

HISTORISCH-POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

10. Jahrgang
2003



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

10. Jahrgang 2003

Im Auftrag der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Brigitte Kaff

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

internet: www.kas.de

Verlag:

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

e-mail: vertrieb@boehlau.de

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt € 19,50. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 2003 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Bayreuth GmbH

Druck und Verarbeitung: MVR-Druck, Brühl

ISSN 0943-691X

Inhalt

AUFSÄTZE

Winfried Becker

Christlicher Glaube und Politik. Zum Wandel des Verhältnisses
von Glaube und Politik in Deutschland. 1

Joachim Scholtyseck

Anti-Amerikanismus in der deutschen Geschichte 23

Bernhard Forster

Ein christlich-nationaler Politiker zwischen Sammlung und
Abgrenzung: Adam Stegerwald und die Große Koalition in den
Anfangsjahren der Weimarer Republik. 43

Daniela Rütther

Freiburger Nationalökonominnen auf dem Weg in den Widerstand.
Neue Erkenntnisse über die Rolle des »Professorenausschusses«
von 1939. 75

Erik Lommatzsch

Hans Globke und der Nationalsozialismus. Eine Skizze 95

Rudolf Morsej

Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten
und zweiten deutschen Demokratie. 129

Wolfgang Schwanz

Adenauers Botschafter in Kairo. Die geheime Friedensvermittlung
Ägypten–Israel 1953 151

Daniela Gniss

Eugen Gerstenmaier. Ein Politiker aus christlicher Überzeugung 173

Norbert Grube

»Schröders Chancen steigen« – »Steigende Chancen für Erhard«.
Demoskopische Politikberatung in der Entscheidung um
die Kanzlernachfolge Konrad Adenauers im Frühjahr 1963 193

Ansbert Baumann

Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs? 225

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

III. Von der »Eurosklерose« zum Maastrichter Vertrag

Werner Link

Einführung 255

Andreas Wirsching

Stationen auf dem Weg nach Maastricht. 261

Ulrich Lappenküper

Die deutsche Europapolitik zwischen der »Genscher-Colombo-Initiative«
und der Verabschiedung der Europäischen Akte (1981–1986) 275

Hanns Jürgen Küsters

Deutsch-französische Europapolitik in der Phase der
Wiedervereinigung 295

Diskussionsbeiträge 311

MISZELLE

Daniel Hildebrand

Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung. 325

LITERATURBERICHTE

Gerhard Wettig

Bonn's »neue Ostpolitik« und der SPD–SED-Dialog in der Sicht
damaliger DDR-Partner
(Karl Seidel, Erich Hahn, Rolf Reissig) 333

Stefan Donth

Die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur im sowjetischen
Machtbereich in Europa nach 1945
(Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker; Ralf Thomas Baus;
Ehrhart Neubert; Christoph Kösters). 349

Martin Schumacher

Abgeordnete, Kanzler und Minister Die Personengeschichte des Deutschen Bundestages im Spiegel historisch-biographischer Neuerscheinungen (Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst, Udo Kempf/Hans Georg Merz, Winfried Becker u. a.)	357
--	-----

Günter Wirth

Konservatives Milieu in Vorpommern am Beispiel der Universitätsstadt Greifswald. Bemerkungen zu einem Buch von Helge Matthiesen	373
---	-----

ABSTRACTS – Résumés – Zusammenfassungen	383
---	-----

Die Mitarbeiter dieses Bandes	404
-------------------------------------	-----

Autorenregister HPM Bd. 1–10	406
------------------------------------	-----

Sachregister HPM 1–10	408
-----------------------------	-----

AUFSÄTZE

Christlicher Glaube und Politik – Zum Wandel des Verhältnisses von Glaube und Politik in Deutschland*

Von Winfried Becker

Probleme und Fragen

Glaube und Politik – ein schwieriges Verhältnis; das gilt nicht nur für den außerchristlichen Bereich, dort besonders für gewisse Fundamentalismen, sondern auch für die europäischen und von Europa beeinflussten christlich geprägten Kulturkreise. Zwei gewissermaßen extreme Einstellungen können Problemzonen aufrichten, die ein gedeihliches Verhältnis zwischen Kirche und Staat erschweren.

Das gilt zunächst für eine vor allem seit den 1960er Jahren zu beobachtende Tendenz zur Ineinssetzung oder Vermischung von Religion und Politik. Damals wurde nicht nur in Lateinamerika die christliche Botschaft als Aufforderung zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden. Man reduzierte sie auf das konkrete, einzig legitime Gebot, unmenschliche und ungerechte Strukturen abzuschaffen. Die Theologie sollte politisch werden und sich mit der gegen ungerechte Herrschaft und gesellschaftliche Unterdrückung gerichteten kritischen Theorie verbinden.¹ Historische Vorläufer solcher Auffassungen lassen sich in millenaristischen Vorstellungen finden, das Gottesreich auf Erden zu verwirklichen, in einer eschatologischen Politisierung des Glaubens, ob man an Oliver Cromwells Parlament der Heiligen denkt² oder das Täuferreich in Münster oder schon an manche theokratischen Anwendungen mittelalterlicher Herrschertheorien.

* Für den Druck überarbeiteter und mit Anmerkungen versehener Vortrag auf der Tagung »Glaube und Politik – Rückbesinnung auf die Grundlagen von Kultur nach dem 11. September 2001« der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bildungszentrum Eichholz am 22./23. Mai 2002. – Der Aufsatz ist dem Andenken an den Parlamentarischen Staatssekretär a.D. Horst Waffenschmidt gewidmet. Er verstarb am 7. Mai 2002 unerwartet während der Vorbereitungen für das von ihm mit angeregte Symposium.

1 Vgl. Wolfgang OCKENFELS, *Politik aus dem Glauben? Katholische Soziallehre und Politische Theologie*, in: Günter BAADTE/Anton RAUSCHER (Hg.), *Christliche Gesellschaftslehre. Eine Ortsbestimmung*, Graz-Wien-Köln 1989, S. 131–145, S. 150ff.; DERS., *Politischer Glaube? Zum Spannungsverhältnis zwischen Katholischer Soziallehre und Politischer Theologie*, Bonn 1987; Hans MAIER, *Kritik der politischen Theologie*, Einsiedeln 1970, S. 58ff., 84f.

2 Hierzu informativ: Leo MILLER, *John Milton and the Oldenburg Safeguard. New Light on Milton and His Friends in the Commonwealth from the Diaries and Letters of Hermann Mylius. Agonist in the Early History of Modern Diplomacy*, New York 1985.

Während der letzten Jahrzehnte allerdings wurden wir Zeugen einer gegenläufigen Entwicklung. Eine Tendenz zu schrankenloser Selbstverwirklichung brach sich Bahn. Bewusstseinsprägend wirkten aus verschiedenen Richtungen gespeiste Tendenzen, gewohnte Bindungen und Voraussetzungen auch in religiöser Hinsicht abzustreifen. Der über Nacht gestärkte Neoliberalismus war wohl eine notwendige Gegenreaktion auf frühere kollektivistische Tendenzen, zeigt aber in seinen wirtschaftliche Anwendungsgebiete überfliegenden Ansprüchen bedenkliche Begleiterscheinungen. Die Begriffe »new age«,³ »new economy«⁴ meinen zwar sehr Verschiedenes, setzen aber Aufbruchsignale, die, obwohl zuweilen diffus, emotionale Akzeptanz fordern. Der Sinn für generationenübergreifende Lebenszusammenhänge und Kontinuitäten scheint demgegenüber in ein Stadium der Erosion getreten. Ein Gusto für raschen Erfolg drängt langfristige Entwicklungsperspektiven zurück. Neueste Umfragen belegen den schon länger sichtbaren Trend zur Parteienverdrossenheit, besonders zur Ablehnung der großen Parteien,⁵ aber auch anderer Agenturen des politischen Lebens. Besonders die Jugend scheint sich von bisher tragenden Institutionen der Gesellschaft, vor allem von den Großkirchen, abgewandt zu haben.

Ist es ein Zufall, dass damit eine teils schon hemmungslose Agitation gegen Christentum und Kirche einhergeht, gegen das Kreuz in den Schulräumen,⁶ gegen zölibatäre Lebensführung, gegen die sog. mittelalterliche, lebensfeindliche Hierarchie? Wo sich aus dem kirchlichen Bereich z. B. warnende Stimmen gegen die Abtreibung oder Genmanipulation erheben, werden sie der Grenzüberschreitung bezichtigt, des religiösen Superioritätsanspruchs gegenüber einer angeblich völlig autonomen Entscheidungsebene des Einzelnen, des Staates und der Politik. Man lässt individuelle Verantwortung in derlei neuen Fragen schon zu oder fördert diese gar. Doch wird kirchlichen Institutionen die öffentliche Stellungnahme verargt, weil man nicht mehr nachvollziehen kann, dass Glaubensverkündigung auch objektive Richtlinien ansprechen will, die sich auf die ganze Gesellschaft erstrecken. Mancherorts reklamiert man für das gesellschaftliche Leben gänzlich säkularistische, autonomistische

3 Okkulte und alternative, auf (kirchliche) Organisation verzichtende religiöse oder pseudoreligiöse Bewegungen wie Astrologie, Tarock u. a. m. Die Suchmaschine www.google.de verzeichnet unter dem Suchbegriff »New age« nicht weniger als 6.190.000 Treffer (4.3.2003).

4 Gemeint ist das Wirtschaften mit fortschrittlichen Technologien, besonders auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik, das vielfach mit dem epochalen Schritt von der Agrar- zur Industriegesellschaft verglichen wird – was übertrieben sein dürfte.

5 Gerhard HIRSCHER (Hg.), *Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel. Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994*, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 1995, S. 16, 22f.

6 Vgl. die Beiträge von Alfred BAYER u. a. in: »Wertekonsens in der Demokratie«. *Christliche Grundwerte – Religiöse Symbole – Staatliche Toleranz*, Sonderheft 2 (1995) der *Politischen Studien*, hg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Selbstregelungen unter Ablehnung jeder Transzendenz, weil diese Zumutungen über das Sicht- oder Beweisbare hinaus fordere. Eine so gedachte Trennung von Religion und Politik würde kirchlich gebundene Äußerungen wieder auf den Innenraum eines »exercitium privatum« reduzieren, könnte dazu beitragen, vergessen zu machen, dass im demokratischen Staat der Bundesrepublik Religionsfreiheit ein positiv interpretierbares Recht ist.

Ohne sich an einer normativen Bestimmung des Verhältnisses von Glauben und Politik zu versuchen, sei doch vor zwei Fehlperzeptionen gewarnt: Die Verdrängung christlich inspirierter Wegweisungen aus dem Politischen kann in politisch-gesellschaftliche Absolutheitsansprüche münden. Indes sollten kirchliche Verlautbarungen nicht zu weit und undifferenziert in Bereiche »weltlicher« Sachgesetzmäßigkeiten hineingreifen, weil diese, wie schon Lebenserfahrung lehrt, nicht immer moralisch perfekt oder ideal – etwa von der Bergpredigt⁷ oder von einem absoluten Friedensgebot her – zu regeln sind. Andererseits: Wenn die unbedingten Heilsansprüche und transzendenten Erwartungen nicht mehr an Glauben und Kirche gerichtet werden, dort Erfüllung finden, können »sich Staat und Gesellschaft zu quasi-religiösen Mächten aufladen.«⁸

Die Geschichtswissenschaft kann allerdings keine wohlfeilen Lösungen für Probleme anbieten, denen metahistorische Voraussetzungen zugrunde liegen. Aber eine ihrer Aufgaben wird immer darin bestehen, historisches Problembewusstsein für aktuelle Fragen zu entwickeln oder: bescheidener, das Wissen um die historische Dimension relevanter Gegenwartsvorgänge, die morgen selbst Vergangenheit sein werden, nicht verlorengehen oder absinken zu lassen. So ist etwa für eine bedeutsame Periode der Zeitgeschichte, die Geschichte der Bundesrepublik bis 1989, die Feststellung zu treffen, dass das Verhältnis zwischen Glaube und Politik oder, institutionell-staatsrechtlich gefasst, zwischen Kirche und Staat, sich gedeihlich, fast harmonisch entwickelt hatte. Die Stellung der Kirchen auf der Basis des Grundgesetzes und vieler Länderverfassungen war gut, die großen Konflikte zwischen Thron und Altar oder zwischen Revolution und Kirche gehörten der Vergangenheit an. Vor diesem Hintergrund bilden scharfe kulturkämpferische Töne, wie sie neuerdings von Einzelnen, aus einigen Gruppen und Medien zu vernehmen sind, ein aus zeitgeschichtlicher Perspektive erstaunliches oder doch unerwartetes Novum. Sie muten an wie ein Rückfall in überwunden geglaubte, unersprißliche Konflikte vordemokratischer Zeiten. Dies gilt trotz der mannigfachen kleineren Auseinandersetzungen

7 OTTO DEPENHEUER, *Religion als ethische Reserve der säkularen Gesellschaft. Zur staats-theoretischen Bedeutung der Kirchen in nachchristlicher Zeit*, in: *Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 2001*, Köln o.J., S. 23–38, betont den »geistlichen Auftrag« der Kirchen (S. 33f.).

8 G. BAADTE/A. RAUSCHER (wie Anm. 1), S. 152; W. OCKENFELS mit Bezug auf Josef ISENSEE, *Die Säkularisierung der Kirche als Gefährdung der Säkularität des Staates*, in: Gerfried W. HUNOLD/Wilhelm KORFF (Hg.), *Die Welt für morgen*, München 1986, S. 164–178.

gen um das Verhältnis der christlichen Kirchen zu Staat und Gesellschaft, die auch in Westdeutschland von 1949 bis 1989 geführt worden sind.

Vom Mittelalter zur Aufklärung: Konkurrenz und Kooperation jenseits der Utopie

Glaube und Politik – das Begriffspaar kann für das christianisierte Mittel- und Westeuropa des Mittelalters in die Termini Spiritualien und Temporalien, geistliche und weltliche Gewalt, übersetzt werden. Weltliche und geistliche Mächte, in sich differenziert, beeinflussten sich gegenseitig, fanden trotz Identifikationstendenzen, die sich z. B. in der Sakralisierung des König- und Kaisertums niederschlugen, schließlich zu einem Mit- und Nebeneinander. In der entstehenden europäischen Staatenwelt bildete sich eine Art Dualismus zwischen dem Kaisertum und dem Papsttum aus, zwischen einer sakral überformten Herrschaft und der eigenverfassten Kirche, wie sie sich auf dem Boden des weströmischen Imperiums entwickelt hatte. Der Investiturstreit und das Wormser Konkordat von 1122 nahmen dem König die Rechte der unmittelbaren, (eigen-)kirchlichen Verwaltung, die Befugnis, direkt ins geistliche Amt einzuführen. Er durfte die Bischöfe nur mit den Regalien, mit ihren weltlichen Herrschaftsrechten, beleihen; daraus entstand ein für Deutschland (bis 1803) typischer Dualismus im Bischofsamt, der Stand des »geistlichen Reichsfürsten«, der stiftische, besitzrechtlich-politische und kirchliche Amtsqualitäten in sich vereinte.⁹ Eine dauerhafte Herrschaft des Kaisertums über die Kirche wehrte das Papsttum nicht nur während der Reform des 11. Jahrhunderts ab. Umgekehrt verhinderte die vom Papsttum geltend gemachte Obergewalt trotz des Canossa-Ganges Heinrichs IV. nicht die Emanzipation der europäischen Könige und deutschen Fürsten, die Ausbildung von deren eigenständiger Herrschaft, welcher die Päpste vor allem während der spätmittelalterlichen Schwächephase und wegen des Konziliarismus Konzessionen machen mussten.¹⁰ Die Romantik hat den mittelalterlichen Universalismus mit Sympathie betrachtet, als ein über der entstehenden europäischen Staaten- und Völkerwelt schwebendes Band der Einheit; indes widersetzten sich gerade manche Päpste zwecks Bewahrung ihrer kirchlichen Autonomie gern der spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Anspannung universalistischer Tendenzen.¹¹ Im Gegensatz zu anderen Kulturkreisen bildete sich in Alt-Europa kein Cäsaropapismus aus, eher eine Wechselwirkung zwischen dem kirchlichen und dem weltlichen

9 Horst FUHRMANN, *Deutsche Geschichte im hohen Mittelalter von der Mitte des 11. bis zum Ende des 12. Jahrhunderts*, Göttingen 1978, S. 108f.

10 Lothar KOLMER, *Mittelalter*, in: Winfried BECKER u. a., *Die Kirchen in der deutschen Geschichte. Von der Christianisierung der Germanen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1996, S. 124, 144, 146.

11 Heinz ANGERMEIER, *Reichsreform und Reformation*, München 1983, S. 6f., 15, 19.

Recht, das ursprünglich, seit der Völkerwanderungszeit, in den Stammesgesetzen hervorgetreten war.

Die Reformation und die länger dauernden Konfessionalisierungsprozesse hatten zur Folge, dass das Bewusstsein der christlichen Einheit allmählich zurückging, wenn es sich auch zunächst noch nicht auflöste. Die *Confessio Augustana* vermochte sich zu behaupten, weil sie Rückhalt bei den – eben im Mittelalter begründeten – weltlichen Obrigkeiten der Städte und Territorien gewann. Zwischen 1517 – Luthers öffentlichem Auftreten – und 1555 – dem Augsburger Religionsfrieden – gab es nur zwei religiös motivierte Kriege, den Schmalkaldischen Krieg und die Fürstenrebellion von 1552. Doch war bei den Fürsten und darüber hinaus wohl auch bei maßgeblichen Teilen des öffentlichen Bewusstseins infolge der theologischen Streitigkeiten und der gescheiterten Religionsgespräche die Meinung vorherrschend geworden, dass der Zwiespalt in Religionsachen nicht weiter die Ordnung und den Frieden im Reich gefährden dürfe. Der Augsburger Religionsfriede hielt zwar an dem Ziel fest, mittels gütlicher Verhandlungen die Einheit der »spaltigen Religion« zurückzugewinnen. Dennoch traf er eine epochal zu nennende Unterscheidung: Indem er die Religionsfrage in den Landfrieden einbezog, den Krieg und die Gewalt zur Durchsetzung von Glaubensartikeln verbot, betrachtete er die konfessionelle Einheit nicht mehr als unabdingbare Grundlage der Rechtsordnung.¹² Das Reich sollte fortan als Friedens- und Rechtsverband die öffentliche Ruhe gewährleisten und war nicht mehr für die theologische Entscheidung von Glaubensdifferenzen zuständig, die damit indirekt einer anderen, vorstaatlichen Sphäre zugewiesen waren.

Allerdings war diese Regelung nicht leicht oder sofort zu realisieren. Es erhoben sich heftige Streitigkeiten um die kirchlichen Güter besonders der geistlichen Territorien, um die Verbreitung des Glaubens bei den eigenen und fremden Untertanen. Kontroverstheologen dreier Konfessionen, der lutherischen, der calvinischen und der katholischen, befehdeten sich heftig.¹³ Aber selbst nach dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg, der mehr ein Mächte-

12 Dies die Schlussfolgerung der eingehenden und vielzitierten Untersuchung von Albrecht Pius LUTTENBERGER, *Glaubenseinheit und Reichsfriede. Konzeptionen und Wege konfessionsneutraler Reichspolitik 1530–1552 (Kurpfalz, Jülich, Kurbrandenburg)*, Göttingen 1982. Allerdings behielten sich die Konfessionen ihre Interpretationen vor, es »bildete sich ein eigener Rechtstyp dissimulierenden Rechts heraus«. Martin HECKEL, *Ius reformandi. Auf dem Wege zum »modernen« Staatskirchenrecht im Konfessionellen Zeitalter*, in: Irene DINGEL/Volker LEPPIN/Christoph STROHM (Hg.), *Reformation und Recht. Festgabe für Gottfried Seebaß zum 65. Geburtstag*, Gütersloh 2002, S. 75–126, 108f.

13 Karl-Heinz ZUR MÜHLEN, *Reformation und Gegenreformation*, Teil 2, Göttingen 1999, S. 77–102; vgl. die von Anton SCHINDLING/Walter ZIEGLER hg. Reihe, *Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650* (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, 49–53, 56–57), H. 1–7, Münster 1992–1997 (teils mehrere Auflagen).

konflikt als eine religiöse Auseinandersetzung war, wussten die verantwortlichen Reichsstände und der Kaiser aus dem Hause Habsburg keinen anderen Ausweg, als zu dem Religionsfrieden des Augsburger Reichsabschieds von 1555 zurückzukehren und diesen zu ergänzen. Der Westfälische Frieden von 1648 bewahrte das Reich rund 150 Jahre vor innerer Zerfleischung. Zwar enthielt das Prinzip »cuius regio eius religio« – der Landesherr bestimmt über die Religion – dem Einzelnen die Gewissensfreiheit vor, doch dämmte die gegenseitige Garantie des Konfessionsstands, so unvollkommen sie aus individuell-religiöser Sicht erscheinen mochte, den offenen Ausbruch von Religionskonflikten zurück.¹⁴ 1648 fand das seit 1555 geltende Recht Bestätigung, wonach in Religionsangelegenheiten kein Stand den anderen durch Mehrheitsentscheidungen zwingen und dringen dürfe. Waren konfessionell strittige Fragen zu entscheiden, so traten die Religionsparteien auf dem Reichstag auseinander, vollzogen die »itio in partes«, um dann auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Parität, miteinander zu verhandeln.

Man wird auch sagen können, dass die weltlichen und die kirchlichen Rechte innerhalb der evangelischen und katholischen Territorien zumindest im Ansatz voneinander geschieden waren. Der Summepiskopat des lutherischen Landesherrn bildete sich allerdings als ein besonderes kirchliches Verfassungselement aus; der Fürst sowie auch hohe Beamte vereinten kirchliche und weltliche Kompetenzen in ihrer Person und Stellung. Die geistlichen Fürsten ihrerseits fühlten sich den »weltlichen« Anforderungen eines guten Regiments und überkommener Landesrechte verpflichtet.

Während der Aufklärungszeit blieb die christliche Religion in die europäische Kultur integriert. Die Unterschiede zwischen der protestantischen und der katholischen Aufklärung im deutschen Sprachraum waren allerdings signifikant, können aber hier nicht aufgerollt werden.¹⁵ In Deutschland wirkte diese neue Bewegung milder, überzog gewissermaßen konfessionsübergreifend die absolutistischen oder ständisch strukturierten deutschen Fürstenstaaten und stimulierte keinen revolutionären und radikalen Umsturz wie im benachbarten Frankreich. Die museale Szenerie des Alten Reiches verstattete Ansätzen

14 Vgl. von den zahlreichen Jubiläums-Publikationen zum Westfälischen Frieden (1648–1998): Konrad REPGEN, *Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Frieden. Studien und Quellen*, hg. von Franz BOSBACH/Christoph KAMPMANN, Paderborn u. a. 1998; Heinz DUCHHARDT (Hg.), *Der Westfälische Friede*, in: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 26, München 1998.

15 Vgl. Harm KLUETING in Zusammenarbeit mit Norbert HINSKE/Karl HENGST (Hg.), *Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland*, Hamburg 1993, S. 104–118 und die anderen Beiträge in diesem Band; Philipp SCHÄFER, Literaturbericht zu »Katholische Aufklärung«, in: *Theologische Revue* 92 (1996), Sp. 89–134, und – seit 1977 (Jahrgang 1) erscheinend: *Das Achtzehnte Jahrhundert. Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für die Erforschung des achtzehnten Jahrhunderts*.

einer pluralistischen Kultur Raum, so wenn geistliche Fürsten gebildete Protestanten in ihre Dienste nahmen.¹⁶ Der schottische Aufklärer Adam Smith entwarf für eine sich bereits abzeichnende »commercial society« die Lehre von einer sich über Angebot und Nachfrage, Preise und Profitraten selbst regulierenden Wirtschaftsordnung; in seinem zuerst erschienenen Werk »The Theory of Moral Sentiments« (1759)¹⁷ ging er trotz seiner Zugeständnisse an die Empirie und die Historie aber noch von moralphilosophischen Prämissen aus, von handlungsbestimmenden Gefühlen und Trieben des Menschen, die in der neuen Wirtschaftsgesellschaft gleichsam noch als Tugenden wirken würden.¹⁸

Dennoch: Mit dem späten Absolutismus und der Aufklärung gingen auch neue Formen der Säkularisierung einher. In der Religion wurde mehr das Vernunftgemäße betont, überlieferte Frömmigkeitsformen und Brauchtümer erschienen als nebensächlich, unnützlich, verdächtig. Im Deismus vieler Aufklärer figurierte Gott nur noch als der distanzierte Verursacher eines anscheinend doch zuletzt vernünftig angeordneten Weltgetriebes. Religion erhielt mehr als bisher eine nützliche Funktion für die Untertanen zugeschrieben, die durch sie zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten werden sollten.

Die Staatenwelt orientierte sich immer weniger am überlieferten Recht, an Prinzipien des Natur- und Völkerrechts, als an Gesichtspunkten der Macht und der Interessen der einzelnen Staaten. Die Potentaten verließen sich zunehmend auf ihre stehenden Heere, ihre merkantilistisch verstandene Wirtschaftskraft und auf ein vorwiegend dem eigenen Machtstreben und der Staatsräson verpflichtetes diplomatisches und kriegerisches Kalkül.¹⁹ Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum es infolge der Revolutionskriege mit Frankreich zur Großen Säkularisation in Deutschland kommen konnte. Die geistlichen Staaten wurden aufgelöst, ihre Bewohner kamen unter protestantische Landesherren, viele Kirchengüter wurden eingezogen. Dadurch war der Grund

16 So wurde der Begründer der vergleichenden Länder- und Völkerkunde, Georg Forster, 1788 Bibliothekar in Mainz. Vgl. Horst DIPPPEL/Helmut SCHEUER (Hg.), *Georg-Forster-Studien*, I–VII, Kassel 1997–2002.

17 2 Bde., London 1759 (dt.: *Theorie der ethischen Gefühle*, hg. von H. G. SCHACHTSCHA-BEL, Frankfurt/M. 1949). Erst 1776 folgte das bekanntere Werk: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*.

18 Vgl. Joachim STARBATTY, *Smith*, in: *Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft*, Bd. 4, 7. Aufl. Freiburg-Basel-Wien 1988, Sp. 1185–1187; Karl Graf BALLESTREM, *Die schottische Aufklärung. Ein Bericht über den Stand der Forschung*, in: Harald DICKERHOF (Hg.), *Festgabe Heinz Hürten zum 60. Geburtstag*, Frankfurt/M. u. a. 1988, S. 317–334, 322, 328.

19 Dies die Kritik zumindest von Joseph Görres und Friedrich Schlegel. Winfried BECKER, *Europa – Erbe des Mittelalters in den historischen Schriften von Novalis, Adam Müller und Friedrich Schlegel*, in: Thomas FRENZ (Hg.), *Papst Innozenz III., Weichensteller der Geschichte Europas*, Stuttgart 2000, S. 185–203, 197.

gelegt für ein großes Thema des 19. Jahrhunderts, die Imparität, das Ungleichgewicht zwischen dem evangelischen und dem katholischen Bevölkerungsteil Deutschlands.

Wandel im Verständnis von Konfession, Kirche und Staat

Die Religionskritik, die in Frankreich von der radikalen Aufklärung ausging, folgte in Deutschland zeitversetzt während des 19. Jahrhunderts, und sie prägte sich auch gegenüber den Konfessionen, mehr von nach-aufklärerischen Motiven getragen, anders aus. Zunächst allerdings befürworteten nach den napoleonischen Kriegen, während der Restaurationsperiode, romantisch-universalistische Denker eine Rückkehr zu religiösen Werten, um eine im Umbruch begriffene Gesellschaft geistig neu zu stabilisieren. Angesichts der Gefahr der Vereinzelung entdeckte Adam Müller die Kohäsionskräfte des Christentums, dessen sanftes Gesetz der Solidarität. Friedrich Schlegel und Novalis verwiesen auf die völkerversöhnende, universalistische Kraft des christlichen Geistes im Mittelalter, als deren historisch sanktionierter Repräsentant ihnen der Papst erschien.²⁰ Das Selbstexperiment seiner Lebenserfahrung hatte Joseph Görres dazu gebracht, am Engagement für die Revolution, darauf für den Nationalstaat, Ungenügen zu empfinden; in seiner letzten Lebensperiode, in München (ab 1827), bekannte er sich zum christlichen Sittengesetz als der Grundlage allen Staats- und Volkslebens. Aber nicht in einer aufgeklärt-verwässerten, sondern nur in einer konfessionell gebundenen, für hoch und niedrig gleichermaßen gültigen Form konnte es nach seiner Meinung aufbauende Kraft entfalten. In seinen Augen fesselte das Staatskirchentum der keiner kirchlichen Oberinstanz mehr unterworfenen Staaten des Deutschen Bundes die für alles Tun so wichtigen Glaubenskräfte des Menschen. Görres verwarf auch die mechanisch-bürokratische Auffassung vom Staat und die Erhebung des Protestantismus zur faktischen Staatsreligion in Preußen; dies sei schon darum unstatthaft, weil dem nunmehr größten deutschen Staat aufgrund seiner Abmachungen mit dem revolutionären Frankreich und der Säkularisation von 1803 große katholische Bevölkerungsteile zugefallen seien.²¹

Die seit Görres' »Athanasius« (1838) einsetzenden publizistischen Auseinandersetzungen um die Kirchenpolitik machten Bruchlinien im Verhältnis der Konfessionen zueinander und zu den politischen Gemeinschaften sichtbar, denen sie nach der Säkularisation angehörten. Im Einklang mit seiner Vorstellung

²⁰ Siehe Anm. 19.

²¹ Letzte Biographie: Jon Vanden HEUVEL, *A German Life in the Age of Revolution. Joseph Görres, 1776–1848*, Catholic University of America Press, Washington DC 2001; Joseph GÖRRES, *Gesammelte Schriften*, hg. im Auftrag der Görres-Gesellschaft von Wilhelm SCHELLBERG u. a., fortgeführt von der Görres-Forschungsstelle an der Katholischen Universität Eichstätt, Bd. 1–18, Köln-Paderborn u. a. 1926–2000.

von der Eigenständigkeit aller Geschichtsepochen sah der protestantische Historiker Leopold von Ranke, der sich vom Niedergang des Kaisertums fasziniert zeigte, den christlichen Universalismus durch die Reformationsepoche überwunden. Die kleindeutsch-preußische Historikerschule erhob die religiöse Selbstbestimmung in Gestalt des Protestantismus, möglichst im Rahmen eines festen Nationalstaats realisiert, zum Prinzip des Fortschritts. Im Gegensatz dazu stand es, wenn der niederrheinische Diasporaprotentantismus nach dem weltlichen Arm des preußischen Staates rief, um gegenüber seinen Gemeindegliedern Kirchenzucht zu üben und sich in der Mischehenpraxis gegen die Katholiken durchzusetzen.

Die preußischen Siege in den 1860er Jahren und vollends im deutsch-französischen Krieg 1870/71 dienten protestantischen Stimmen als Beweis nationaler Auserwähltheit.²² In verkürzter Interpretation wurde der alttestamentliche Bundesvolkgedanke auf das deutsche, insbesondere das preußische Volk bezogen. Der sichtbare Erfolg der preußischen Waffen diente zur Bestätigung der calvinistischen Erwähltheitsidee. Diese nationale Interpretation religiöser Inhalte konnte allerdings den spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts feststellbaren Rückzug breiter, vor allem großstädtischer Bevölkerungsschichten aus dem kirchlichen bzw. gemeindlichen Leben nicht kompensieren. Um die christliche Botschaft säkular zu erfüllen, traten ein kulturelles Sendungsbewusstsein, eine zunehmend mit der Idee nationaler Freiheit amalgamierte kulturelle Fortschrittsidee hinzu. Hegels abstrakte Idee des dialektisch-aufsteigenden Werdens wurde mit den konkreten Inhalten einer säkularen Geschichtstheologie angereichert. Der National- und Kulturprotestantismus begriff zumal den Sieg über Frankreich 1870/71 als Erfolg des Germanismus, des in der deutschen Reformation geborenen Hohenzollerntums, über den Romanismus. Daraus entstand eine Integrationsideologie, die die Unterwerfung der deutschen Katholiken unter das Unfehlbarkeitsdogma und die voreilige Verurteilung des Liberalismus im Syllabus errorum von 1864 als feindselige Akte gegen das neue Reich verstand. Der innerkirchliche Regelungsanspruch des 1. Vatikanischen Konzils wurde als ein politischer Absolutheitsanspruch missverstanden; das zugrundeliegende Perzeptionsproblem erwies sich zunächst als unüberwindlich.

Der nach der Reichseinigung von Bismarck und den Nationalliberalen begonnene Kulturkampf²³ war die Hauptursache für die Bildung einer katholi-

22 Winfried BECKER, *Konfessionen und Kultur. Historische Betrachtungen zu ihrem Verhältnis in Deutschland*, Köln 2002, S. 9f.

23 Vgl. (zuletzt) Rudolf MORSEY, *Bismarck und die deutschen Katholiken*, Friedrichruh 2000; *Der Kulturkampf*, hg. von Rudolf LILL unter Mitarbeit von Wolfgang ALTGELD/Alexia K. HAUS, Paderborn u. a. 1997; Rudolf LILL/Francesco TRANIELLO (Hg.), *Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern* (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, 5), Berlin 1993.

schen Partei in Deutschland, die in manchen Nachbarländern Zustimmung und sogar Nachahmung fand. Zwar musste auch sie sich 1933 selbst auflösen, doch erschien sie nach 1945 als Vorläuferin mancher moderner Entwicklungen. Die Bestrebungen der 1871 gegründeten Deutschen Zentrumspartei lassen sich umrisshaft in mehreren Hauptzielen zusammenfassen.²⁴ Sie war keine säkularistische, sich dem neuen Nationalismus verschreibende Partei, was sie zwar nicht so sehr programmatisch, aber unmissverständlich durch ihr Personal, ihre Wähler und ihre Presse bekundete. Entgegen dem Materialismus und Mechanismus neuer, mit den Erkenntnissen zeitgenössischer Naturwissenschaft draapierter Weltbilder verkörperte sie eine christliche Kulturtradition. In Wiederaufnahme einer schon 1848 eingeschlagenen Linie verlangte sie, gegen das Staatskirchentum gerichtet, religiöse Freiheit für die katholische und die evangelische Kirche und verband damit allgemeinere grundrechtliche Forderungen, die der Reichstag aber mit großer Mehrheit niederstimmte. Dieser Programmpunkt und der vom Zentrum bevorzugte Föderalismus trugen der Minderheits-situation der Katholiken im kleindeutschen Reich Rechnung. Das Zentrum lehnte den Säkularismus, den übertriebenen Nationalismus und den sozialistischen Materialismus als angeblich unabdingbare Bestandteile der modernen Kulturentwicklung ab, bot sich aber nicht als Ersatzkirche an, sondern trat für die freie Entfaltung der christlichen Konfessionen ein. Dabei verfocht sie einen situations- und gruppenbezogenen Pluralismus, der Verfassungselemente eines demokratischen Staatswesens vorwegnahm. Die ab 1871 weitergeführte, 1848 begonnene, entschieden grundrechtliche Wendung unterschied den deutschen etwa vom österreichischen Katholizismus. Dieser hoffte, aus seiner Sicht verständlich, mehr auf ein Arrangement mit der katholischen Habsburger Dynastie gegen den auch in Österreich-Ungarn vordringenden Liberalismus.

Eine Parallele fand die Zentrumsgründung in dem Zusammenschluss der christlichen Gewerkschaften. Sie verteidigten im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ihre interkonfessionelle Ausrichtung im Interesse einer schlagkräftigen Vertretung der Arbeiterrechte gegen Widerstände von Teilen des deutschen Episkopats, der katholischen Arbeitervereine und zunächst auch der Kurie. Ein tiefer weltanschaulicher Graben trennte sie von den sozialdemo-

24 Vgl. Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn u. a. 2002 (Überblicke); Herbert LEPPER (Bearb.), *Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufufe, Aufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870–1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei*, Düsseldorf 1998; Dieter ALBRECHT (Hg. u. Bearb.), *Die Protokolle der Landtagsfraktion der Bayerischen Zentrumspartei 1893–1914*, Bd. 1–5, München 1989–1993 (Quellensammlungen); Bernd HAUNFELDER, *Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien*, Düsseldorf 1999.

kratischen Gewerkschaften, die religiöse Bindungen ablehnten und sich zur marxistischen Gesellschaftslehre bekannten. Schon in den 1880er Jahren arbeitete das Zentrum konstruktiv an Bismarcks Sozialgesetzgebung mit. Es erwarb sich Verdienste um die genossenschaftliche und subsidiäre Organisation der Arbeiterversicherung, während Bismarck ursprünglich mittels des Reichszuschusses die Arbeiterschaft dem bestehenden Staat hatte gefügig machen wollen.²⁵

Von den christlichen Parteien, auch von der durch Adolf Stoecker 1878 gegründeten Christlichsozialen Arbeiterpartei, gingen also Lösungsangebote für moderne Entwicklungsprobleme der Industrialisierung aus. Der erste Zentrumsführer Ludwig Windthorst, der keinen kongenialen Nachfolger hatte, profilierte sich überdies als parlamentarischer Gegenspieler Bismarcks – nicht nur rhetorisch und strategisch, sondern indem er mehr Mitspracherechte des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags bei kirchenpolitischen und anderen Gesetzgebungsvorhaben forderte.²⁶ Anders als etwa das englische Parlament unter Karl II. (1660–1685), das Toleranzerklärungen des Monarchen unterband, setzte sich nun in Deutschland eine parlamentarische Kraft, die numerisch nicht unbeträchtliche Zentrumsfraktion, für das Recht und die Duldung aller christlichen Religionsgemeinschaften und der Juden ein. Hier wurde eine Grundlinie ausgezogen, die 1848 in der Revolution begonnen hatte: die Verbindung der aktiven Religionsfreiheit, die verfassungsmäßig zu gewährleisten sei, mit der Entwicklung freiheitlicher Grundrechte überhaupt.

Im Unterschied zu England und zum Frankreich der Dritten Republik rückte das deutsche Parlament aber nicht in den Mittelpunkt der staatlichen Willensbildung. Die auf den Reichskanzler ausgerichtete Verfassung, die Stellung des Kaisers, die Hegemonie Preußens, aber auch die Beibehaltung der Dynastien und die Uneinigkeit des Reichstags haben dies verhindert. Der Kulturkampf,

25 Nikolaus KIRCHER (Hg.), *Katholiken und die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Ein Quellen- und Arbeitsbuch*, Bonn 1998; Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982.

26 Über ihn zuletzt: Hans-Georg ASCHOFF/Heinz-Jörg HEINRICH (Bearb.), *Ludwig Windthorst. Briefe 1834–1880*, Paderborn u. a. 1995; DIES. (Bearb.), *Ludwig Windthorst. Briefe 1881–1891*, Paderborn u. a. 2002; Rudolf MORSEY, *Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. von Ulrich von HEHL u. a., Paderborn u. a. 1997; Noel D. CARY, *The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer*, Harvard University Press, Cambridge/MA.-London 1996; Margaret L. ANDERSON, *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 14), Düsseldorf 1988 (engl. Ausg. 1981); Paul COLONGE, *Ludwig Windthorst (1812–1891). (Sa pensée et son action politiques jusqu'en 1875)*, Tom. I–II, Lille-Paris 1983 (Thèse Université de Metz 1979).

die andauernde Tendenz zur Zurücksetzung der Katholiken, die anwachsende Arbeiterbewegung haben die in der Volksvertretung bereits vorhandenen Trennlinien vertieft. Immerhin bewahrte der sog. Konstitutionalismus des Bismarckreiches die christlichen Kräfte davor, aufgrund eines rigiden Mehrheitsparlamentarismus völlig an den Rand gedrängt zu werden wie im Frankreich der Dritten Republik.²⁷

Seit der Großen Säkularisation lebten die Katholiken in der Verunsicherung aufgrund ihrer – allerdings numerisch ansehnlichen – Minderheitsposition (1900: 36 % der Bevölkerung des Deutschen Reiches). Die ihnen auferlegten Einschränkungen, die Herausforderung durch ein neues, politisches protestantisches Konfessionsbewusstsein und die Bildung des kleindeutschen Reiches gehörten zu jenen Faktoren, die schließlich zur de facto katholischen Parteibildung führten. Innere Anknüpfungspunkte beim orthodoxen Protestantismus hätten keineswegs der geistigen Grundlage entbehrt, wie viele Artikel der (aus dem Münchener Görres-Kreis entstandenen) »Historisch-politischen Blätter« nahelegen. Der Protestantismus spaltete sich politisch in einen liberalen, kultur- und nationalprotestantischen Flügel und in eine institutionenkonservative Richtung. Aus dem nunmehr politisch aufgeladenen Konfessionengegensatz, der keineswegs einfach als Reprise oder Fortsetzung des Konfessionalismus des 16. bis 18. Jahrhunderts interpretiert werden kann,²⁸ führten auch die Bestrebungen Kaiser Wilhelms II. nicht heraus, den katholischen Bevölkerungsteil mehr in das Reich zu integrieren. Die schwierige wissenschaftliche Debatte um die Religiosität dieses eigentümlichen Herrschers, der sich anachronistisch

27 Vgl. Martin KIRSCH, *Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich*, Göttingen 1999; zur Debatte auch: Winfried BECKER, *Das Bismarck-Reich – ein Obrigkeitsstaat? Die Entwicklung des Parlamentarismus und der Parteien 1871–1890*, Friedrichsruh 2000; ausgewogene und reflektierte Darstellungen bei Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, 2 Bde., München 1990–1992, Bd. 2, S. 381 (mit allerdings falscher Bewertung der Zentrums politik) und Wolfgang J. MOMMSEN, *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850–1890*, Berlin 1993; Hans-Otto BINDER, *Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871–1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation*, Tübingen 1971.

28 Dies gegen die Thesen von Olaf BLASCHKE, *Der »Dämon des Konfessionalismus«. Einführende Überlegungen*, in: DERS. (Hg.), *Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter*, Göttingen 2002, S. 13–69. Strittig dürften nicht mehr das Ob, die Tatsache der Modernisierung der Konfessionen im 19. Jahrhundert, sondern deren Grade, Inhalte, Methoden sein. Vgl. die Beiträge zu Anton RAUSCHER (Hg.), *Probleme des Konfessionalismus in Deutschland seit 1800*, Paderborn u. a. 1984; Albrecht LANGNER (Hg.), *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800*, Paderborn u. a. 1985; Wilfried LOTH (Hg.), *Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne*, Stuttgart-Berlin-Köln 1991.

eine »Theorie des sakralen Königtums von Gottes Gnaden« zu eigen machen wollte, ist erst eröffnet.²⁹

Von der Spaltung zur Verfolgung der konfessionellen Kräfte

Die Zerrissenheit des deutschen Parlaments erbte sich in die Weimarer Republik fort. Für den demokratischen Staat entstanden erhebliche Strukturprobleme, weil die monarchische Spitze weggefallen war und jetzt viel mehr auf den Reichstag ankam. Der mehrfach erwogene Plan des Gewerkschaftsführers Adam Stegerwald, das Zentrum zu einer breit basierten, überkonfessionellen christlichen Volkspartei zu erweitern, konnte 1920, wie schon bei früheren Versuchen, nicht umgesetzt werden.³⁰ Es blieb bei achtbaren Beiträgen der 15%-Partei zur Weiterentwicklung der Selbstverwaltung, der Subsidiarität, etwa auf dem Gebiet der Caritas, und der Sozialpolitik. Das Zentrum bemühte sich redlich um Koalitionsbildungen der Mitte, um die Realisierung einer christlichen Schul- und Kulturpolitik. Auf Länderebene konnten Konkordate mit dem Hl. Stuhl abgeschlossen werden. Ein Reichskonkordat verbot sich wegen der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag.

Die Koalitionsregierungen, an denen das Zentrum beteiligt war, haben Deutschland nicht schlecht verwaltet. Aber das permanent aufgegebene Krisenmanagement hat sie überfordert, und ihr Rückhalt in dem von der Bevölkerung nicht wirklich angenommenen parlamentarischen Regime war zu schwach und schwankend. Die Kirchen genossen mehr Rechte und konnten sich freier bewegen als im Kaiserreich. Aber sie waren im Verein mit den ihnen nahestehenden Parteien durch die indirekt ihnen zufallende Mitwirkung an der Implementierung einer republikanischen Staatsräson überfordert.

29 Jürgen STRÖTZ, *Wilhelm II. und der Katholizismus*, in: Stefan SAMERSKI (Hg.), *Wilhelm II. und die Religion. Facetten einer Persönlichkeit und ihres Umfelds*, Berlin 2001, S. 171–198; vgl. Lothar GALL (Hg.), *Otto von Bismarck und Wilhelm II. Repräsentanten eines Epochenwechsels*, Paderborn u. a. 2000; Nicolaus SOMBART, *Wilhelm II., Sündenbock und Herr der Mitte*, Berlin 1996; Hans RALL, *Wilhelm II. Eine Biographie*, Graz-Wien-Köln 1995; Hans WILDEROTTER/Klaus-D. POHL (Hg.), *Der letzte Kaiser*, Gütersloh-München 1991; Hugo Graf LERCHENFELD-KÖFERING, *Kaiser Wilhelm II. als Persönlichkeit und Herrscher*, hg. von Dieter ALBRECHT, Kallmünz 1985; wichtig bleibt Elisabeth FEHRENBACH, *Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871–1918*, München-Wien 1969. Die Entdeckung des christlichen Monarchen Wilhelm II. geht u. a. auf den national gesinnten katholischen Historiker in Würzburg (1926–1936) und München (1936–1940) Max Buchner zurück: Max BUCHNER, *Kaiser Wilhelm II., seine Weltanschauung und die Deutschen Katholiken*, Leipzig 1929.

30 Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mübbegründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 41), Düsseldorf 2003.

Die Verselbständigung der Nation und des Politischen, der Ruf nach Geschlossenheit und nach dem Aufstieg der Nation, geradezu eine Integrationsideologie, wirkten aus dem Kaiserreich und dem verlorenen Weltkrieg nach und wurden durch die unkluge Behandlung Deutschlands seitens der Siegermächte von Versailles verstärkt. Als um Ausgleich bemühte Kraft der Mitte³¹ spielte das Zentrum jedenfalls eine rühmlichere, qualitativ andere Rolle als die nationalen Rechtskatholiken, der liberale Protestantismus oder die sich im deutschnationalen Umkreis bewegenden orthodoxen Protestanten³². Die Nationalsozialisten werteten allerdings die Abspaltung des Christlich-Sozialen Volksdiensts von der Deutschnationalen Volkspartei, die 1930 der Pastor Reinhard Mumm vornahm, als Annäherungsversuch des Protestantismus an den Katholizismus. Doch hatte diese neue Partei 1930 und 1932 nur sehr geringe Wahlerfolge aufzuweisen. Auch die Integrationskraft des Zentrums blieb konfessionell begrenzt.³³

So verfehlte der Appell, zur Beseitigung des angeblichen nationalen Notstands verfassungsmäßige Bedenken zurückzustellen und Hitlers Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, seine Wirkung auf die Katholiken nicht.³⁴ Seit Bismarcks Zeiten waren sie dazu aufgefordert worden, das Stigma der Reichsfeindschaft abzustreifen, das ihnen aufgeprägt worden war. Dass die Kurie sich beeilte, ausgerechnet mit dem unberechenbaren Kanzler der »nationalen Erhebung« das lang gewünschte Reichskonkordat einzugehen, hat zwar die Selbstaflösung des Zentrums nicht bewirkt, die vielmehr auf den inneren Druck der von vornherein brutalen Diktatur zurückzuführen war. Der Vertragsabschluss, der dem verbrecherischen Regime einen beträchtlichen – wenn auch nicht den ersten – außenpolitischen Prestigeerfolg verschaffte, gehörte dennoch nicht zu den Glanzstücken der vatikanischen Diplomatie, wenn man bedenkt, wem er umstandsbedingt nun einmal zugute kam. Der Abschluss dieses Kirchenvertrags lässt sich indes der seit 1919 zu beobachtenden internationalen Konkordatspolitik der Kurie einordnen und sollte nach Absicht des Kardinalstaatssekretärs Eugenio Pacelli der Kirche eine rechtliche Basis in der

31 Karsten RUPPERT, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992; Rudolf MORSEY/Karsten RUPPERT (Bearb.), *Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925*, Mainz 1981; Rudolf MORSEY (Bearb.), *Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933*, Mainz 1969.

32 Vgl. Wolfram PYTA, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996.

33 Horst MÖLLER, *Weimar. Die unvollendete Demokratie*, München 1985, S. 102.

34 Rudolf MORSEY (Hg. u. Bearb.), *Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des »Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«*, Düsseldorf 1992.

unübersichtlichen Lage, die in Deutschland herrschte, schaffen.³⁵ Aus einer inzwischen um die Erfahrungen der zweiten deutschen Demokratie bereicherten Rückschau lässt sich auch feststellen, dass dieser Vertrag gewisse Säkularisierungstendenzen im Nachkriegsdeutschland eingedämmt hat.

Nach einem schwer verständlichen Schweigen der Beteiligten hat erst die Widerstandsforschung der letzten 25 Jahre das Ausmaß religiös motivierter Resistenz im Dritten Reich in Umrissen erkennen lassen. Die Rassenlehre des Nationalsozialismus und die hemmungslose Agitation sog. nationaler Kampfverbände hatten vor 1933 den Widerspruch der Bischöfe und der Zentrumspresse hervorgerufen.³⁶ Nach der Machtergreifung galten Funktionsträger und Anhänger des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei sogleich als verachtenswerte Komplizen des verhassten Weimarer Systems. Entfernung aus den Ämtern, Bespitzelung und Verfolgung setzten ein. Die konfessionelle Erziehung der Kinder und religiöses Praktizieren unterlagen im Prinzip ebenso politischen Schikanen und strafrechtlichen Sanktionen wie politische und weltanschauliche Kritik an Maßnahmen des NS-Regimes. Der Blutzoll, den Priester und sich exponierende katholische Laien entrichten mussten, war beträchtlich. Erst die Erarbeitung eines breiten und differenzierten, hinsichtlich seiner Reichweite und Gültigkeit indes immer neu zu überprüfenden Widerstandsbegriffs setzte die Forschung instand, eine Vielfalt aufsteigender Resistenzformen zu erfassen.³⁷ Sie reichte von der Identitätsbewahrung und Loyalitätsverweigerung über offene Kritik bis zum aktiven Widerstand bzw. zu jenen Handlungen und Unterlassungen, die das Regime zu Hochverrat oder Verbrechen erklärte. Zeugnis und Martyrium waren die dem Politischen letztlich entzogenen Kategorien, in die christliche Resistenz gegen das totalitäre Regime mündete. Die Einzelnen wurden durch die Verfolgung noch mehr in die Isolierung geworfen; man hat auch von einem »Widerstand ohne Volk«

35 Vgl. zu der vielschichtigen Debatte: Stewart A. STEHLIN, *Päpstliche Diplomatie im Zweiten Weltkrieg. Pius XII., Deutschland und die Juden* (Eichstätter Universitätsreden, 109), Wolnzach 2002, S. 7–12; ein Stück liberaler Verfassungstradition im Reichskonkordat: Heinz HÜRTE, *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn u. a. 1992, S. 231–249; Konrad REPGEN, *Über die Entstehung der Reichskonkordats-Offerte im Frühjahr 1933 und die Bedeutung des Reichskonkordats. Kritische Bemerkungen zu einem neuen Buch*, in: VfZ 26 (1978), S. 499–534.

36 Wieland VOGEL, *Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik*, Mainz 1989, S. 327–339.

37 Dazu: Martin BROZAT, *Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts*, in: Martin BROZAT/Elke FRÖHLICH/Anton GROSSMANN (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit, IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, München-Wien 1981, S. 691–709; Klaus GOTTO/Hans Günter HOCKERTS/Konrad REPGEN, *Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPGEN (Hg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, 3. erw. Aufl. Mainz 1990, S. 173–190; Peter STEINBACH/Johannes TUCHEL (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994.

gesprochen. Dieses Leiden erfährt dadurch keine Entwertung, dass es äußerlich folgenlos blieb und nicht zum politischen Aufstand führte.

Die Betrachtung solcher angeblich historisch nicht relevant gewordener Vorgänge hilft uns heute, den Charakter des diktatorischen und totalitären Regimes genauer zu erkennen, als es vielleicht unter dem Schock der Niederlage während der ersten Nachkriegsjahre möglich war. Die Verfolgungen entsprangen nicht nur willkürlich einem polykratischen Chaos miteinander rivalisierender Kompetenzen und Strukturen; sondern der sofort einsetzende, zielbewusste Kampf gegen die Existenz christlicher, kirchlich gebundener Überzeugungen enthüllte den ersatzreligiösen, weltanschaulichen Charakter des Regimes. Es wollte alle inneren Hemmschwellen auf dem Weg der Schaffung einer arischen Herrenrasse von Übermenschenseitigen und der Begrenztheit der menschlichen Existenz, auch dem Leid und Tod, keinen transzendenten Sinn mehr abgewinnen. Die immer noch im Volk verankerten christlichen Werte sollten langsam aber sicher durch weltimmanente Heilslehren ersetzt werden. Den neuen, schönen, besseren, kämpferischen Menschen, den ganz in den Dienst der Nation und ihrer rassischen Elite gestellten Helden galt es zu schaffen, vergleichbar den für den Sieg der proletarischen Klassen eintretenden Helden des Sozialismus. Eine gewisse innere Geschlossenheit, auch Resultat einer ihr seit Jahrzehnten auferlegten Sonderrolle und einer konsequent kirchlichen Ausrichtung, erleichterte es der katholischen Kirche, sich dem Zugriff des Nationalsozialismus auf ihr inneres Leben mit Erfolg zu widersetzen.

Die evangelischen Landeskirchen waren aus historischen Gründen immer noch in staatliche Institutionen eingegliedert, obwohl sie in der Weimarer Republik verstärkt nach kirchlicher Eigenständigkeit gestrebt hatten. Das Regime versuchte, sie durch Veränderung der kirchlichen Organisationen in den NS-Staat zu integrieren und dadurch von vornherein potentielle Oppositionskräfte zu unterlaufen. Einerseits konnte ein folgsamer Reichsbischof kreiert werden, andererseits erklärte die Barmer Synode 1934, dass die kirchliche Lehre wesentlich vom Staat unabhängig sei. Es ergab sich eine große Bandbreite von Orientierungen, die auf dem rechten Flügel die Deutschen Christen, in der Mitte eine große Anzahl opportunistischer Optionen, schließlich die nach Erhaltung der Orthodoxie strebenden Kräfte, die Anhänger der Bekennenden Kirche und Vertreter des bekennnistreuen Luthertums, umfasste. Die jüngste Studie von Besier³⁸ arbeitet die fortwirkende Verführungskraft der in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurzelnden nationalkirchlichen Bestrebungen heraus, die die Nationalsozialisten nun für ihre Zwecke benutzten. Die internationalen Verbindungen, die die evangelische Kirche Deutschlands zu den Kirchen Englands, Nordeuropas, der Schweiz und der USA unterhielt, ließen sich zur Er-

38 Gerhard BESIER, *Die Kirchen und das Dritte Reich. Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937*, Berlin-München 2001.

haltung ihrer Stellung und zur Abwehr von Eingriffen nur sehr begrenzt verwenden. Das Regime übte Druck auf die Kirchenvertreter, die Kongresse im Ausland besuchten, aus, damit diese ihre Treue zum nationalsozialistischen Deutschland bekundeten und Kritik unterließen. Zudem haben namhafte protestantische Kirchenführer des Auslands mit naiver Gutgläubigkeit die Tragweite des Umsturzes von 1933 unterschätzt. Der katholischen Kirche half das Reichskonkordat immer weniger. Auch für die Angehörigen der Widerstandskreise um Carl Goerdeler, Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg³⁹ galt, dass Hilfe von außen, von den westlichen Demokratien, ausblieb. Selbst die Regimegegner mussten die ganze Verantwortung für das Schicksal Deutschlands bis zum bitteren Ende auf sich nehmen.

Die Wiedergewinnung der Bürgergesellschaft nach dem Totalitarismus

Die Katastrophe von 1945 brachte eine überraschende Wende, was das Verhältnis von Glauben und Politik, Christentum und säkularem Staat betraf. Zu den herausragenden Ereignissen der von vielen als bedrückend empfundenen Nachkriegsjahre gehört das Gelingen einer christlichen Parteibildung auf überkonfessioneller Basis. Diese Weichenstellung ließ sich dem bisher gängigen Kategoriensystem historischer Haupt- und Staatsaktionen nur sehr bedingt zuordnen, etwa wenn man an die weitverbreiteten Reserven deutscher Akademiker gegenüber dem Parteiwesen denkt; auch ein Max Weber hielt sich nicht frei davon.

Nicht in einem wohlgeordneten Zustand der Normalität, sondern unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft fanden katholische und evangelische Christen zu einer politischen Zweckgemeinschaft zusammen. Die Übersteigerung und der Missbrauch des nationalen Gedankens hatten das bisherige Widerstreben protestantischer Kreise gegen ein Zusammengehen mit den als national unzuverlässig geltenden Katholiken zerrinnen lassen. Gläubige beider Konfessionen waren sich ihrer tieferen Gemeinsamkeit im »geistigen Widerstand« gegen die totalitäre, von ihnen als antichristlich empfundene Diktatur bewusst geworden. Die gemeinsam erlittene Verfolgung hatte sie zur Rückbesinnung auf gemeinsame Werte geführt. Schon 1935 registrierte die SS argwöhnisch »das gute Verhältnis« zwischen den Konfessionen: Eine Folge ihres

³⁹ Siehe Anm. 37; Günter BRAKELMANN (Hg.), *Peter Graf Yorck von Wartenburg (13. November 1904–8. August 1944)*, Bochum Mskr. Nov. 2002, S. 37, 41; ein Schlaglicht auf die Bedeutung des katholischen, kirchlich inspirierten Widerstands wirft vielleicht die Tatsache, dass Peter Graf Yorcks »umfassend humanistisch« gebildeter Vater Heinrich 1899 dem Rassentheoretiker Houston Stewart CHAMBERLAIN bei einem Besuch in Wien für dessen soeben erschienenen Werk »*Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts*« dankte. EBD. S. 5. Vgl. zum Moltke-Kreis Ger VAN ROON, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, Köln 1984.

»gemeinsamen Kampfes« gegen Alfred Rosenbergs »Mythos des XX. Jahrhunderts« sei, »dass Katholiken und Protestanten heute in seltener Einmütigkeit Schulter an Schulter in gleicher Front stehen«. ⁴⁰

Es handelte sich nicht um eine bloße Sammlungsbewegung, gar gemäß den Vorgaben der fremden Besatzungsmächte. Vielmehr ist es eine historische Feststellung und keine nachträglich erfundene Gründerlegende, dass Männer und Frauen aus bisher verschiedenen konfessionellen und politischen Lagern einen ideell fundierten politischen Neubeginn wagen wollten, der Stellung bezog gegen die überwundene Rassenlehre, aber auch gegen die totalitäre Ideologie des Klassenkampfes. ⁴¹ Diese Kreise wollten auf eine christlich geprägte Kulturtradition, einschließlich des Dekalogs, zurückgreifen.

Begleitet war die Parteigründung vom schonungslosen Eingeständnis jüngster zeitgeschichtlicher Fehlentwicklungen. Eine Republik ohne tiefere Gemeinsamkeit hatte man erlebt. Gespalten durch innere Gräben und isoliert durch äußere Abkapselung, hatte sie scheitern müssen. Eine tiefer ansetzende historische Perspektive führte die weltanschaulichen Wurzeln fehlender Gemeinsamkeit bis auf die Reformationsperiode zurück. ⁴² Der frühere Führer der Christlichen Gewerkschaften Adam Stegerwald, der sich nach seiner spät erfolgten Desillusionierung über den wahren Charakter des Nationalsozialismus auf diese historische Einsicht berief, hätte hinzufügen können, dass irgendwann im Laufe des 19. Jahrhunderts auch ein gemeinsames, sogar völkerverbindendes Rechtsbewusstsein verlorengegangen war. Zeit seines Bestehens hatte es in Deutschland ein friedliches Zusammenleben der Menschen trotz kultureller und konfessioneller Unterschiede gewährleistet – freilich nicht un-

40 *Der Weg des Protestantismus nach Rom. Sonderbericht des Chefs des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS*, August 1935. Heinz BOBERACH (Bearb.), *Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1934–1944*, Mainz 1971, S. 79–104, 83f.

41 Günter BUCHSTAB, 1945–1949, in: W. BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 24), S. 53–64; Ulrich LAPPENKÜPER, *Zwischen »Sammlungsbewegung« und »Volkspartei«*. *Die CDU 1945–1969*, in: Michael GEHLER/Wolfram KAISER/Helmut WOHNOUT (Hg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Wien-Köln-Weimar 2001, S. 385–398; vgl. die Beiträge in Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten*, 2. Aufl. München 1990; Winfried BECKER/Rudolf MORSEY (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln 1988; Winfried BECKER, *Politische Neuordnung aus der Erfahrung des Widerstands. Katholizismus und Union*, in: Peter STEINBACH (Hg.), *Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte*, Köln 1987, S. 261–292.

42 Winfried BECKER, *Vom politischen Katholizismus zur Christlichen Demokratie. Die Entwicklung christlicher Parteien in Deutschland*, in: Stefan IMMERFALL (Hg.), *Parteien, Kulturen und Konflikte. Beiträge zur multikulturellen Gegenwartsgesellschaft. Festschrift für Alf Mintzel*, Opladen 2000, S. 111–138, 131f.; DERS., *Zur Geschichte und Konzeption der Christlichen Demokratie*, in: Günter BAADTE/Anton RAUSCHER (Hg.), *Christen und Demokratie*, Graz-Wien-Köln 1991, S. 11–39.

bedingt eine darüber hinaus gehende Gemeinsamkeit. War Deutschland, obwohl es keine große Revolution erlebt hatte, nicht doch ein Land, das einschneidende Kultur- und Traditionsbrüche erlebt hatte? 1803 bis 1815 brachte der Übergang vom Alten Reich zum Deutschen Bund tiefgehende Umschichtungen der Herrschaft; 1866 bis 1871 folgten der Prozess der auf kriegerischem Weg errungenen Reichseinigung, der die politische, militärische, konfessionelle und verbale Dominanz des »preußischen« Norddeutschland einleitete, 1918/19 der Umbruch vom äußerlich blendenden Kaiserreich zur glanzlosen Republik mit ihren wirtschaftlichen Nöten. Der Aufschwung zur Hybris führte 1945 in die tiefe Katastrophe. Da lag eine Besinnung auf Bleibendes und Tragendes nahe.

Ein Führungspersonal, das sich meist nicht durch die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten kompromittiert hatte, durfte die zunächst eng gesteckten politischen Spielräume ausfüllen. Unter ihnen waren auch Menschen mit betont säkularistischer Einstellung, liberal-demokratisch oder sozialdemokratisch gesinnt. Da ein politisches Vakuum gegeben war, gelangten die Kirchen, ähnlich wie in Italien,⁴³ zu neuem Ansehen. Sie erhielten eine gute verfassungsrechtliche Position, aufbauend auf den Kirchenartikeln der Weimarer Verfassung. Die vom Grundgesetz gebotene Toleranz und Parität sowie das der Religion günstige Klima ließen an entfernte Vorläufer denken:kehrte ein Staatswesen, obzwar unter ganz anderen historischen Bedingungen, in eine innere Gleichgewichtslage zurück, die trotz gesellschaftlicher Ungleichheit zu Zeiten des Alten Reichs, eines Rechtsverbands geherrscht hatte, der sich christlichem Glauben und Ethos jahrhundertlang verpflichtet wusste?

Man mag geneigt sein, dieser Frage vor dem Hintergrund des gestellten Themas zumindest einige Denkanstöße abzugewinnen. Indes hat sich eine aus tieferem Konsens herrührende dauerhafte Ruhelage und Gemeinsamkeit im Staatswesen Bundesrepublik anscheinend nicht durchgesetzt. Führten ein neues Parteien-, Staats- und Institutionenverständnis zu neuer Selbstgewissheit, ergab sich daraus eine historisch-politische Legitimation für verantwortungsbewusstes Handeln in Gegenwart und Zukunft? Der Ende der 1960er Jahre aufbrechende Dissens, die wie ein Flächenbrand sich ausbreitende Kritik der Neuen Linken an den angeblich verkrusteten Strukturen der obrigkeitsstaatlich geprägten Bundesrepublik, ließen daran zweifeln. Der geistige Wandel, der im Bewusstsein der Gründergeneration der Bundesrepublik diesen Staat vom Dritten Reich und auch von früheren Perioden der deutschen Nationalgeschichte abgehoben hatte, war für jene Kritiker nicht mehr existent oder nachvollziehbar. Auch Kirche und Religion wurden an der Elle basisdemokratischer Modelle gemessen, galten nicht mehr primär als Orte transzendenter Ver-

43 Jean-Dominique DURAND, *L'Église catholique dans la crise de l'Italie (1943–1948)*, Rome 1991.

kündigung, sondern als Übungsplätze demokratischer Mitbestimmung und der Befreiung von der Repression der Herrschenden. Das Feld des Glaubens wurde so in seiner Eigenständigkeit und Besonderheit nicht mehr genügend wahrgenommen. Eine folgenschwere Ausrichtung auf das Konkrete (Politische) setzte ein: »Frieden«, »Umwelt«, »soziale Gerechtigkeit«. Doch scheiterte die 68er Revolution, zunächst jedenfalls. Die zweite, die vermeintlich eigentliche Demokratiegründung fand damals nicht statt.

Blieben die politischen Strukturen vordergründig intakt, so konstatierten Zeithistoriker für Westdeutschland einen auch sonstwo in Europa sich langfristig durchsetzenden Trend zur Säkularisierung des Alltagslebens, zum Abstreifen kirchlicher Bindungen, zur Auflösung tradierter Sozialmilieus, zu einem Vordringen des Staates auf dem den Kirchen immer sehr angelegenen Schul- und Erziehungssektor.⁴⁴ Die Datierungen des Einsetzens dieser Tendenz gehen auseinander. In den Diskussionen um die Geburtenregelung, später – auf einer qualitativ anderen Ebene – um die Abtreibung, setzten sich kirchliche Stellungnahmen dem Vorwurf aus, Rechte von Individuen oder Geschlechtsgruppen zu verletzen. Ende der 1990er Jahre wurden Glaubensgüter und -symbole zunehmend offen angegriffen, während zugleich multikulturelle Toleranz gegenüber nichtchristlichen Religionen gefordert wurde. In manchen Ländern wurde es für die kirchliche Zeitgeschichte seit den 1960er Jahren kennzeichnend, dass die inneren Konflikte der Kirchen, etwa zwischen Laienvertretern und Priestern, sich scharf und dauerhaft ausprägten und im Unterschied zu eventuell vergleichbaren Vorgängen im 19. Jahrhundert nachhaltig an die Öffentlichkeit drängten. Dies erklärte sich nicht nur aus der notwendigen Offenheit und Pluralität einer modernen Gesellschaft. Ein stiller Auszug aus den Groß- und Volkskirchen fand statt, nachdem frühere gesellschaftliche Organisationsformen des kirchlichen Lebens sich gelichtet oder verloren hatten. Anerkennung verdienen darum die vielen Versuche, etwa über eine neu definierte Pastoral einen zeitgemäßen Zugang zu den Menschen zu finden.⁴⁵

Bei allem blieb die günstige verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen im Grundgesetz und in den Ländergesetzen erhalten. Sie sah die Kooperation zwischen Kirche und Staat, die Wahrung beiderseitiger Unabhängigkeit, aber die Respektierung des Vorrangs der demokratisch zustande gekommenen Gesetze vor. Dazu half der Staat den Kirchen weiterhin großzügig, ihren gemäß dem Subsidiaritätsprinzip übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

44 Hierzu von deutschsprachiger Literatur wichtigst: Erwin GATZ (Hg.), *Kirche und Katholizismus seit 1945*, 4 Bde., Paderborn u. a. 1998–2002; Günter BAADTE/Anton RAUSCHER (Hg.), *Neue Religiosität und säkulare Kultur*, Graz-Wien-Köln 1988.

45 Vgl. die Beiträge in *Histoire religieuse de l'Allemagne*, sous la direction de Paul COLONGE/Rudolf LILL (*Histoire religieuse de l'Europe contemporaine*, 4), Paris 2000, S. 259–378.

Die gegenwärtige Situation ist also durch eine gewisse Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Eine gute staatskirchenrechtliche Lage ist weiterhin gegeben, damit geht aber ein erheblicher Verlust an gesellschaftlichem Einfluss einher. Neue Werte wie Gesundheit, Umwelt oder Familie werden zunehmend außerhalb der kirchlichen Gebote oder der christlichen Werthorizonte und ihres Erfahrungsschatzes definiert. Das Sinken der Reproduktionsrate mit höchst bedenklichen, vielleicht schon irreparablen Konsequenzen für den Generationenvertrag und die Altersversorgung dürfte damit in Zusammenhang gebracht werden können.

Resümee

Muss man nun nicht das Verhältnis von Kirche und Staat, etwa nach Effizienz Gesichtspunkten, neu regeln, aus der normativen Kraft des Faktischen die unvermeidlichen Konsequenzen ziehen? Muss man schonungslose Diagnosen wagen, etwa die Amtskirchen zu beseitigen? Statt rascher und aufrüttelnder Antworten kann man versuchen, die Probleme langfristig, nachhaltig, historisch, in einer mehr umfassenden Perspektive zu sehen, die den präsentistischen Reduktionismus, die ziellose Auslieferung an eine zu eng gefasste Gegenwartsorientierung vermeidet. Besonnenheit in der Thesenbildung ist angebracht.

Die Freiheit der kirchlichen Verkündigung und Organisation ist ein hohes, bewahrenswertes Rechtsgut und nicht erst ein Ergebnis der modernen Verfassungsentwicklung seit 1848. Der mit ihr zugleich anerkannte Tendenzschutz hat einen Vorläufer im Schutz der Konfessionen und ihres friedlichen Zusammenlebens, wie er 1555 erstmals eingeführt und 1648 bekräftigt worden ist. Schon seit geraumer Zeit wünscht man sich allerdings, dass die Kirchen wieder ihre eigentliche, religiöse Botschaft deutlicher verkündeten.

Das Neben- und Miteinander von Kirche und Staat verhindert wechselseitige Vereinnahmungstendenzen, sichert lebenswichtige Freiräume und begründet eine Art Arbeitsteilung. Religiöse Gemeinschaften können zugleich freier und verbindlicher ihre Lehren verkünden als der pluralistische, zur Neutralität verpflichtete Staat. Dieser bedarf der inneren, früher hätte man gesagt, der »sittlichen« Bindung des Bürgers an die Gemeinschaft. Es kann nicht hinter jedem ein Polizist stehen, der Drogenkonsum, Diebstahl oder Verbrechen verhindert. Natürlich soll Religion damit nicht instrumentalisiert werden, aber sich ihrer Bedeutung für den Erhalt von Staat und Gesellschaft erneut bewusst sein. Über die Verkündigung des natürlichen Sittengesetzes haben die Kirchen die Chance, an der heute so notwendigen Konstituierung der »civil society«, der Wiederbelebung der Bürgertugenden, mitzuwirken. Als widersprüchlich erscheint es, wenn dieselben Kräfte, die medienwirksam den totalen Liberalismus anstelle christlich inspirierter Lebensformen fordern, sich zu »multi-

kulturellen« Anwälten eines höchst intoleranten Auftretens nichtchristlicher Religionsgemeinschaften aufschwingen.

Gottesreich und Gottesstaat erscheinen nicht als gangbare Alternativen europäischer Entwicklung; doch ist auch eine total säkularisierte Gesellschaft in Europa schwer vorstellbar. In den USA werden Gott und das Leben der Religionsgemeinschaften nicht zur bestehenden Gesellschaft in Gegensatz gestellt, sondern sie werden in Politik und Gesellschaft hineingeholt.

Die Frage nach dem Sinn des Lebens wird immer wieder gestellt werden, sich vielleicht postmoderne, variierende und vagierende Antworten suchen. Das wäre jedermanns Recht. Aber würde eine vordergründige und willkürliche Definition von letzten Werten und daraus resultierenden sittlichen Verpflichtungen dem Einbruch von Totalitätsansprüchen standhalten, wie sie das 20. Jahrhundert in der nationalsozialistischen und kommunistischen Ideologie hervorgebracht hat? Man kann daran zweifeln. Vielmehr hat sich gezeigt, dass es die oft umstrittenen, aber auch durch eine *longue durée* erprobten Transzendenz-Vorstellungen des christlichen Kulturkreises waren, die Halt im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gaben und nach existentieller Gefährdung die Rückkehr zu einem freien, menschenwürdigen Leben in einem geordneten Gemeinwesen ermöglichten⁴⁶ – ohne dass die Kirchen allerdings aus ihrer geistlichen Kraft und Mission imstande gewesen wären, die Diktaturen politisch und militärisch zu beseitigen. Denn letztlich gilt, ihr Reich ist nicht von dieser Welt.

46 Vernehmung von Peter Graf Yorck vor dem Volksgerichtshof durch Dr. Roland Freisler (7./8. August 1944). G. BRAKELMANN (wie Anm. 39), S. 86f.; K. GOTTO/H. G. HOCKERTS/K. REPGEN, *Nationalsozialistische Herausforderung* (wie Anm. 37), S. 190.

Anti-Amerikanismus in der deutschen Geschichte

Von Joachim Scholtyseck

Anti-Amerikanismus in der deutschen Geschichte ist ein gut bestelltes Feld der Historiographie: Über das Thema liegt Literatur vor, mit der man eine halbe Bibliothek füllen könnte. Das ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Kaum ein Land hat die Deutschen im 20. Jahrhundert und offensichtlich auch am Beginn des 21. Jahrhunderts so tief gespalten und zu so widersprüchlichen Reaktionen verleitet wie Amerika. Für die einen ist es das sprichwörtliche »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« und das Land der politischen und wirtschaftlichen Freiheit, für die anderen ist es ein Staat, in dem sich wie in einem darwinistischen Experiment nur der Stärkste und Rücksichtsloseste durchsetzen kann und der diese Lebensweise anderen Gesellschaften und Staaten aufzuzwingen bestrebt ist.

Die Folgen des Angriffes vom 11. September 2001 haben zweifellos nicht nur für die amerikanische Außenpolitik, sondern auch für das Verhältnis zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten noch unabsehbare Folgen, die weit über das tagespolitisch Relevante hinausgehen.¹ Es gibt zwar auch in den USA wohlbegründete Bedenken gegen eine mögliche Hegemonialpolitik,² aber diese »innere« Kritik ist aus der Natur der Sache her anders zu werten als europäische Vorbehalte. Natürlich findet sich in Europa auch außerhalb Deutschlands – unübersehbar etwa in Frankreich, das häufig ein kulturelles Superioritätsgefühl zelebriert und in einer *folie de grandeur* schwelgt³ – Skepsis gegenüber der amerikanischen Weltrolle, aber diese Amerikakritik unterscheidet sich häufig von deutschen Begründungen. Im Fall Deutschlands, wo das »Selbstbewusstsein mit Selbstzweifeln durch-

1 Christian HACKE, *Der Terrorangriff vom 11. September 2001 und seine Folgen für die amerikanische Außenpolitik*, in: Sabine SIELKE (Hg.), *Der 11. September 2001. Fragen, Folgen, Hintergründe*, Frankfurt/M. 2002, S. 11–30; Stefan FRÖLICH, *Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf das transatlantische Bündnis*, EBD., S. 57–68. Inzwischen findet dabei nicht allein der Anti-Amerikanismus Beachtung. Vgl. Timothy Garton ASH, *Anti-Europeanism in America*, in: *New York Review of Books* vom 13. Februar 2003. Zu der hier nicht zu behandelnden Sicht der Amerikaner auf das Nachkriegsdeutschland bis zur Schwelle des 21. Jahrhunderts: Thomas REUTER, *Demokratie auf dem Prüfstand: Amerikanische Deutschlandbilder*, in: Detlef JUNKER (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch*, Bd. 2 (1968–1990), Stuttgart/München 2001, S. 786–796.

2 Überzeugend bei Paul W. SCHROEDER, *The Case Against Preemptive War*, in: *The American Conservative* vom 21. Oktober 2002.

3 Vgl. Jean-François REVEL, *L'Obsession Anti-Américaine*, Paris 2002.

setzt«⁴ ist, liegt es nahe, nach den mentalitätsgeschichtlichen Ursachen des hiesigen Anti-Amerikanismus zu fragen.

Grundsätzlich müssen für eine Analyse solcher Stimmen drei unterschiedliche Formen der Amerikakritik unterschieden werden:

1. wann handelt es sich um *legitime Kritik* an der amerikanischen Politik, um eine bedenkenswerte Beanstandung bestimmter Auswüchse in den USA, also an Missständen der politischen Kultur, des Wirtschafts- und Sozialverhaltens?
2. wann handelt es sich um einen noch genau zu definierenden anti-amerikanischen Reflex, bei dem amerikafeindliche Metaphorik als Ausdruck *einer bestimmten Weltanschauung* oder eines Ressentiments zu gelten hat?
3. welche amerikafeindlichen Stellungnahmen kann man gar dahingehend einordnen, dass man sie als ein spezifisches *antiwestliches deutsches Sonderbewusstsein* charakterisieren müsste? Auf diesen dritten Punkt soll gleichsam als roten Faden aufmerksam gemacht werden, denn sehr häufig hat der deutsche Anti-Amerikanismus einen antidemokratischen Charakter.

Die Unterscheidung, die soeben getroffen worden ist, ist zweifellos akademischer Natur. In der Realität präsentieren sich in der Regel Mischungsverhältnisse, aber anstatt vor der Frage zu kapitulieren, was denn nun Anti-Amerikanismus in Deutschland genau sei, sollte es dennoch möglich sein, etwas Klarheit in diese verschwommene Materie zu bringen. Ein naheliegender Weg ist der Versuch, die Geschichte des deutschen Anti-Amerikanismus in seinem Verlauf zu analysieren. Hierzu sollen vier Phasen untersucht werden. Erstens die Zeit von 1917 bis 1933, zweitens die Jahre des »Dritten Reiches« von 1933 bis 1945, drittens die Nachkriegszeit von 1945 bis in die späten sechziger Jahre (hier wird nicht zuletzt auch auf den Anti-Amerikanismus in der DDR einzugehen sein), und viertens eine daran anschließende Periode, die bis heute andauert.

Zur ersten Phase: Selbstverständlich hat es bereits vor 1917 eine intensive europäische Beschäftigung mit der »Neuen Welt« gegeben.⁵ Amerika war gewissermaßen das *alter ego* Europas, und in diesem Sinn hat Alexis de Tocqueville vor der Mitte des 19. Jahrhunderts mit kritischer Sympathie den Blick auf die demokratischen Institutionen in Amerika geworfen, während in Deutschland die Amerikaner häufig als »oberflächlich, ungebildet, ruhelos« dargestellt wurden⁶ und Heinrich Heine 1830 eher die soziale Ungerechtigkeit

4 Robert KAGAN, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003, S. 10.

5 Vgl. unter macht- und bündnispolitischen Aspekten Reiner POMMERIN, *Der Kaiser und Amerika. Die USA in der Politik der Reichsleitung 1890–1917*, Köln 1986.

6 Zahlreiche Beispiele und Literaturhinweise bei Günther C. BEHRMANN, *Geschichte und aktuelle Struktur des Antiamerikanismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29–30 (1984), S. 3–14, bes. S. 7f.

in den Vereinigten Staaten betrachtet hat: »Oder soll ich nach Amerika, diesem ungeheuren Freyheitsgefängniß, wo die unsichtbaren Ketten mich noch schmerzlicher drücken würden als zu Hause die sichtbaren, und wo der widerwärtigste aller Tyrannen, der Pöbel, seine rohe Herrschaft ausübt! ... Ihr lieben deutschen Bauern! geht nach Amerika! dort gibt es weder Fürsten noch Adel, alle Menschen sind dort gleich, gleiche Flegel ... mit Ausnahme freylich einiger Millionen, die eine schwarze oder braune Haut haben und wie Hunde behandelt werden! ... Dabey machen diese Amerikaner großes Wesen von ihrem Christenthum und sind die eifrigsten Kirchgänger. ... Der weltliche Nutzen ist ihre eigentliche Religion, und das Geld ist ihr Gott, ihr einziger, allmächtiger Gott.«⁷

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert nahm die deutsche Beschäftigung mit den USA weiter zu. Gerade in der wilhelminischen Epoche reisten viele gutsituierte Bürger in die Vereinigten Staaten und verglichen nach ihrer Rückkehr die amerikanische Moderne mit ihrer eigenen Gesellschaft. Und selbstverständlich kamen neben einer Begeisterung für das, was man ganz unbedarft als »modern« bezeichnete, auch die Schattenseiten zur Sprache, die Korruption, der ungehemmte Materialismus, die »Parteimaschinerie« und anderes mehr. Aber das war, wie oft bei Schilderungen anderer Länder, zumeist selbstreferentiell und in erster Linie *auf Deutschland* bezogen.⁸ Das Amerikabild war schon zu dieser Zeit ambivalent. Entweder wurden die USA als Inbegriff einer modernen Gesellschaft oftmals geradezu idealisiert, oder sie wurden mit einer bestimmten Überheblichkeit, aus der die Sicht der »Alten Welt« sprach, nicht für ganz voll genommen. Das war noch nicht einmal an eine bestimmte Weltanschauung oder politische Präferenz gebunden. Gerade bei sozialdemokratischen Beobachtern galten die USA in sozialen Fragen als rückschrittlich. Ein Korrespondent der SPD-Zeitung »Neue Zeit« schrieb beispielsweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts ganz selbstbewusst, die Deutschen seien mit Blick auf die sozialistischen Errungenschaften auf einer Höhe, »die der Amerikaner erst noch erklimmen muss.«⁹ In mancher Hinsicht entsprach diese sozialdemokratische Auffassung dem Gefühl im deutschen Bürgertum, zwischen deutscher »Kultur« und angloamerikanischer bloßer »Zivilisation« unterscheiden

7 Heinrich HEINE, *Sämtliche Werke*. Düsseldorf Ausgabe, Bd. 11, Hamburg 1978, S. 37f.

8 Alexander SCHMIDT, *Reisen in die Moderne. Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich*, Berlin 1997; Michael ERMARTH, *Hyphenation and Hyper-Americanization: Germans of the Wilhelmine Reich's View German-Americans, 1890–1914*, in: *Journal of American Ethnic History* 21 (2002), S. 33–58.

9 Zit. nach Werner KREMP, *Von der Höhe sozialistischer Kultur zur neuen Macht auf dem Weltanschauungsbrett*, in: Ragnhild FIEBIG-VON HASE/Jürgen HEIDEKING (Hg.), *Zwei Wege in die Moderne: Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1900–1918*, Trier 1998, S. 119–127, hier S. 119.

zu können¹⁰ – eine Denkfigur, die sich dann im Zusammenhang des Ersten Weltkrieges verstärkte, als der vermeintliche Gegensatz zwischen deutschen »Helden« und angloamerikanischen »Händlern« weite Verbreitung fand, Deutschland als Land des Geistes, die USA als Land des Geldes gezeichnet und die »Ideen von 1914« den »Ideen von 1789« entgegengesetzt wurden.¹¹

Eine genuin politische Auseinandersetzung mit der »Neuen Welt« begann in Deutschland jedoch erst nach 1917. Es war das Jahr, in dem die USA gegen das Kaiserreich in den Ersten Weltkrieg eintraten. Im gleichen Jahr begann mit der Oktoberrevolution das Zeitalter der Weltpolitik, in der sich mit den USA und der Sowjetunion zwei antagonistische Kräfte gegenüberstanden. Die USA waren nun endgültig Weltmacht, was sich zwar bereits mit dem spanisch-amerikanischen Krieg 1898 angedeutet hatte, aber nun auch mit einem neuen Sendungsbewusstsein einherging, das sich an den Namen des Präsidenten Woodrow Wilson knüpfte.

Politisch wirksam für das *deutsche* Amerikabild wurde dies, als Wilson mit den sog. 14 Punkten einen Friedensvorschlag für die Beendigung des »Great War« vorlegte, der eigene Machtziele mit einer idealistischen Missionsidee wirkungsvoll verband. Daran war die Hoffnung geknüpft, es werde möglich sein, ohne Geheimdiplomatie und auf Basis parlamentarischer Regierungsformen Konflikte in Zukunft zu vermeiden. Wilsons optimistischer Wunsch, »to make the world safe for democracy«, war, wie wir heute wissen, naiv. Im politisch, geographisch und geistig zersplitterten Nachkriegseuropa ließen sich seine Ideen nicht verwirklichen, zumal sich die USA nach Versailles nicht unbedingt wirtschaftlich, aber doch politisch wieder auf ihren eigenen Kontinent zurückzogen.

Weil aber nach dem Scheitern eines maßvollen Friedens die deutschen Erwartungen enttäuscht wurden, reagierte die deutsche Öffentlichkeit mit empörter Ablehnung. Die hehren Ideen, die mit der liberalen Demokratie verbunden waren, schienen in den Augen der meisten Deutschen in den Jahren 1918/19 nur Augenwischerei und Heuchelei zu sein. Das Fatale war, dass die Deutschen zwischen Wilsons Naivität und den Chancen eines demokratischen Neubeginns nach 1918 nicht zu unterscheiden verstanden. Selbst die Exponenten des deutschen Liberalismus widersprachen den Vorstellungen des amerikanischen Präsidenten vehement.¹² Friedrich Naumann vermutete 1919 hinter den Friedenszielen des amerikanischen Präsidenten das Ziel eines »römi-

10 Herbert A. STRAUSS, *Stereotyp und Wirklichkeiten im Amerikabild aus der Perspektive der Vorurteilsforschung*, in: Willi Paul ADAMS/Knud KRAKAU (Hg.), *Deutschland und Amerika. Perzeption und historische Realität*, Berlin 1985, S. 19–38, bes. S. 21–25.

11 Vgl. Klaus HILDEBRAND, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart 1995, S. 337f.

12 Torsten OPPELLAND, *Wilson's Politik im Ersten Weltkrieg*, in: Ragnhild FIEBIG-VON HASE/Jürgen HEIDEKING (wie Anm. 9), S. 129–158, hier S. 146–150.

schen«, amerikanisch-englischen Riesenimperiums, das die Völker in Klassen aufteilen wolle, in Herrscher, Neutrale, Kolonien und Sträflinge.¹³ Es war nicht verwunderlich, dass die Anhänger der Monarchie bereitwillig Wilson als Sündenbock für die Defizite des Kaiserreiches missbrauchten¹⁴ und der Anti- Amerikanismus sogar zu einer »Variante der Dolchstoßlegende«¹⁵ wurde. Ganz am äußeren rechten Rand des politischen Spektrums sprach Adolf Hitler schon 1921 von dem Verhängnis, dass sich Deutschland »wirtschaftlich und kulturell einem Halunken wie Wilson, der mit einem Stab von 117 jüdischen Bankiers und Finanzleuten nach Paris gekommen sei, ... in die Arme geworfen« habe.¹⁶

Auch die Jahre der Weimarer Republik blieben durch *Ambivalenzen* gekennzeichnet. In ihrer herausfordernden Forschung erschienen die USA vielen Deutschen in der Weimarer Republik nun als das leuchtende Vorbild, dem es nachzueifern galt.¹⁷ Das Schlagwort von der »Amerikanisierung« war in aller Munde. Damit gemeint war eine weltpolitische Tendenz, die an dieser Stelle nur durch Stichworte angedeutet werden kann: Eine Modernisierung in Industrie und Technik, die durch die Begriffe »Taylorismus« und »Fordismus« umschrieben wird, aber auch eine kulturelle Dynamik, die bis in die Bereiche der Medien und der Kunst, des Städtebaus und des Verkehrs wirksam wurde.

Neben den Befürwortern, die zudem auf das schier Unausweichliche der Entwicklung verwiesen, gab es aber auch eine breite und angstvolle Strömung, die dem ganzen Prozess der Amerikanisierung und Modernisierung ablehnend gegenüberstand. Zeittypisch bemerkte etwa Stefan Zweig im Jahr 1925: »Die Geschichtsschreiber der Zukunft werden auf dem nächsten Blatt nach dem großen europäischen Krieg einmal einzeichnen für unsere Zeit, dass in ihr die Eroberung Europas durch Amerika begonnen hat. Oder mehr noch, sie ist schon in vollem reißenden Zuge, und wir merken es nur nicht. ... Noch jubelt bei uns jedes Land mit allen seinen Zeitungen und Staatsmännern, wenn es

13 Zit. nach Peter BERG, *Deutschland und Amerika 1918–1929. Über das deutsche Amerika-
bild der zwanziger Jahre*, Hamburg/Lübeck, 1963, S. 48.

14 Peter KRÜGER, *German Disappointment and Anti-Western Resentment, 1918–19*, in: Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.), *Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924*, Providence [RI]/Oxford, 1993, S. 323–335, bes. S. 323.

15 Klaus SCHWABE, »Archäologie des Antiamerikanismus. Linke und Rechte am Ende des Kaiserreichs und in der Weimarer Republik«, in: FAZ vom 25. Januar 2003.

16 Hitler. *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hg. v. Eberhard JÄCKEL zusammen mit Axel KUHN, Stuttgart 1980, 19. August 1921, S. 458f.

17 Mary NOLAN, *Visions of Modernity. American Business and the Modernization of Germany*, Oxford u. a. 1994. Zur »sozialen« Komponente Thomas P. HUGHES, *Die Erfindung Amerikas. Der technologische Aufstieg der USA seit 1870*, München 1991, S. 287–297; Charles S. MAIER, *Between Taylorism and Technocracy: European ideologies and the Visions of industrial productivity in the 1920s*, in: *Journal of Contemporary History* 5 (1970), No. 2, S. 27–61.

einen Dollarkredit bekommt ... in Wirklichkeit werden wir Kolonien ihres Lebens, ihrer Lebensführung, Knechte einer der europäischen im tiefsten fremden Idee, der maschinellen. ... Im Kino, im Radio, im Tanz, in all diesen neuen Mechanisierungsmitteln der Menschheit liegt eine ungeheure Kraft, die nicht zu überwältigen ist. Denn sie alle erfüllen das höchste Ideal des Durchschnitts: Vergnügen zu bieten, ohne Anstrengung zu fordern.«¹⁸

Zweig war in seinem Kulturpessimismus ein Denker, der den Niedergang der »Welt von Gestern«, der Vorkriegszeit, bitter beklagte. Er stand jedoch in seinem Antimodernismus zweifellos denjenigen fern, die – wie die Nationalkonservativen – ein ganz anderes Deutschland wollten. Aber gerade auch auf der *rechten* Seite des Parteienspektrums gab es viele, die sich gegen die als seicht interpretierte Massenkultur zur Wehr setzten und eine kulturpessimistische Technikfeindlichkeit pflegten. Hier sind die Affinitäten zu den antimodernen Tendenzen des Nationalsozialismus mit den Händen zu greifen. Mit seinem unklaren sozialen Antisemitismus sprach Hitler alle an, die »völkisch« dachten: Diese Deutschen hassten die moderne Industriegesellschaft, verachteten die »Asphaltpolitik« der Großstädte, die »undeutsche« Demokratie, den »parlamentarischen Kuhhandel«. Man sehnte sich nach dem starken Mann, der Stabilität, Macht und Einigkeit wiederherstellen würde. Wer so dachte, war geneigt, einem Amerikabild zuzustimmen, das ein damals bekannter Buchautor wie Adolf Halfeld vorlegte. Er schrieb 1927 einen Bestseller mit dem Titel »Amerika und der Amerikanismus«, in dem er den organischen deutschen Volksstaat mit der seiner Meinung nach dekadenten amerikanischen Zivilgesellschaft kontrastierte. Er lehnte wie viele andere konservative Deutsche das ab, was er als »egalitäre Massenkultur« verstand.¹⁹ Halfeld trat schließlich in die NSDAP ein, und die geistige Stimmung, die Antimodernismus und Anti-Amerikanismus miteinander verband, konnte sich nach 1933 durchsetzen: Der Anti-Amerikanismus war damit letztlich »ein Bestandteil des antidemokratischen und antirepublikanischen Denkens im Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg«²⁰ geworden.

Damit ist die zweite Phase markiert. Das »Dritte Reich« war janusköpfig und hatte auch eine moderne Seite. Thomas Mann hat zutreffend von der »explo-

18 Stefan ZWEIG, *Die Monotonisierung der Welt*, zit. nach Anton KAES (Hg.), *Weimarer Republik. Manifeste und Dokumente zur deutschen Literatur 1918–1933*, Stuttgart 1983, S. 268–273, hier S. 270–271.

19 Adolf HALFELD, *Amerika und der Amerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und Europäers*, Jena 1927. Vgl. auch Adelheid VON SALDERN, *Überfremdungsängste. Gegen die Amerikanisierung der deutschen Kultur in den zwanziger Jahren*, in: Alf LÜDKE u. a. (Hg.), *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996, S. 213–240.

20 K. SCHWABE (wie Anm. 15).

dierenden Altertümlichkeit« des Nationalsozialismus gesprochen, den er durch die »Mischung von robuster Zeitgemäßheit, leistungsfähiger Fortgeschrittenheit und Vergangenheitstraum« sowie den »hochtechnisierten Romantizismus« gekennzeichnet sah und darin »das Charakteristische und Bedrohliche« erkannte.²¹ Diese Zwiespältigkeit – die einen nicht geringen Teil seiner Anziehungskraft ausmachte – zeigte sich darin, dass die NS-Ideologie ihren völkischen Atavismus mit einer spezifischen Modernität verbinden konnte, der mit dem Bau von Autos und Autobahnen, der Förderung der Technologie und der Massenunterhaltung einherging. Dem NS-Staat gelang es dabei vor allem in der Wirtschaft, amerikanische Entwicklungen zu adaptieren und zu »germanisieren«.²² Das nationalsozialistische Amerikabild deckte sich in vieler Hinsicht mit demjenigen Hitlers, das zwiespältig war. Er war zwar ein »glühender Anhänger des technischen Fortschrittes«,²³ was sich nicht zuletzt in seiner Begeisterung für moderne Waffentechnik zeigte, während er die »massenzivilisatorischen Aspekte amerikanischer Kultur vehement« zurückwies²⁴ und die »Grundprinzipien der amerikanischen Gesellschaft« verabscheute.²⁵ Diese spezifische Paradoxie ist von dem amerikanischen Historiker Jeffrey Herf treffend als »reactionary modernism« bezeichnet worden.²⁶

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und besonders nach 1941 wurde der Anti-Amerikanismus auch öffentlich propagiert. Hitler sah zumindest für spätere Generationen die Aufgabe vor, die USA auf dem Weg Deutschlands zur Weltmacht auszuschalten. Die Zukunft, so ließ Hitler gegenüber dem italienischen Außenminister Ciano im Jahr 1941 verlauten, gehöre »nicht dem lächerlichen halbkultivierten Amerika, sondern dem neu entstandenen Europa, das sich mit seinen Menschen, seiner Wirtschaft, seinen geistigen und kulturellen Werten auch unbedingt durchsetzen würde. ... Die ältere Kultur und das höhere geistige Niveau Europas werden schließlich doch den Sieg davontragen«²⁷ – ein Europa von Deutschlands Gnaden, hätte er hinzufügen müssen. Begleitet wurde die Propaganda gegen die »jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung« und die mit ihr verwobenen »Plutokraten der USA« öffent-

21 Thomas Mann, »Deutschland und die Deutschen«, in: *Essays*, Bd. 2: Politik, Frankfurt/M. 1977, S. 295.

22 Vgl. Philipp GASSERT, *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945*, Stuttgart 1997; Jürgen Peter SCHMIED, *Hitlers Amerikabild vor der »Machtergreifung«*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 53 (2002), S. 714–724.

23 P. GASSERT, *Amerika* (wie Anm. 22), S. 26.

24 EBD., S. 15.

25 J. SCHMIED (wie Anm. 22), S. 724.

26 Jeffrey HERF, *Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge u. a. 1984.

27 Aufzeichnungen über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Grafen Ciano im Hauptquartier am 24. Oktober 1941, in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, 1918–1945*: Serie D: 1937–1941, Bd. XIII, 2, Göttingen 1970, S. 563–570, hier S. 568.

lichkeitswirksam durch eine in hohen Stückzahlen im Jahr 1942 verbreitete Wehrmachtsausgabe des anti-amerikanischen Buches von Giselher Wirsing, »Der maßlose Kontinent«, das durchaus auf hohem literarischem Kenntnisstand argumentierte.²⁸ Das war die gleiche Argumentation, die bereits Houston Stewart Chamberlain angewandt hatte, als er in einem Briefwechsel mit dem deutschen Kaiser 1915 den Ersten Weltkrieg als »den Krieg des Judentums und des ihm naheverwandten Amerikanertums um die Beherrschung der Welt« bezeichnete und von einem »Krieg der modernen mechanischen «Zivilisation» gegen die uralte heilige ewig in Neugeburt befindliche «Kultur» auserlesener Menschenrassen« sprach.²⁹ Bezeichnend war auch eine weitere Stellungnahme Hitlers aus der Zeit nach dem Kriegseintritt der USA: »Es ist ein innerlich faules Land mit Rassenproblemen und sozialer Ungleichheit, ein Land ohne Ideen. ... Meine Gefühle für Amerika sind voller Hass und Widerwillen; halb verjodet, halb vernegert und alles auf dem Dollar beruhend. ... Die Amerikaner ... haben ein Hühnergehirn. Das Land ist ein Kartenhaus mit ungleichem materiellen Niveau. Die Amerikaner leben wie die Schweine, wenn auch in einem höchst luxuriösen Schweinestall.«³⁰

Weil ein solches Bild durch die Propaganda auch in die Bevölkerung getragen wurde, gelang es dem NS-Regime, Franklin D. Roosevelt als »zweiten Wilson« zu zeichnen. Allerdings war das nur ein vorübergehender Erfolg. Während die USA seit 1941 verteufelt wurden, entstand mit zunehmender Kriegsdauer bei der deutschen Bevölkerung geradezu ein Nimbus der Unbesiegbarkeit der USA. Die Vereinigten Staaten wurden bei den kriegsmüden Deutschen – entgegen der Intention Hitlers – zum Leitbild einer »neuen Welt«, einer jungen Nation, auf die sich die Wünsche und Hoffnungen vieler Deutscher nach Kriegsende projizieren ließen.

Zur dritten Phase: Das Jahr 1945 brachte eine tiefe Zäsur, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Die Amerikaner waren nun Hegemonial- und Besatzungsmacht zugleich, aber durch ihre Politik, die sich positiv von derjenigen der anderen Besatzungsmächte abhob – in erster Linie natürlich von den Sowjets – waren sie »freundliche Feinde«.³¹ Im Gegensatz zur Sowjetunion verhielten sich die Vereinigten Staaten wie ein »intelligent hegemon«.³²

28 Giselher WIRSING, *Der maßlose Kontinent*, Jena 1942.

29 Houston Stewart CHAMBERLAIN, *Briefe 1882–1924 und Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm II.*, Bd. 2, München 1928, S. 251–254, hier S. 252.

30 Zit. nach James V. COMPTON, *Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges*, Oldenburg/Hamburg 1968, S. 21.

31 Heinrich OBERREUTER/Jürgen WEBER (Hg.), *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München 1996.

32 Melvyn P. LEFFLER, *The Specter of Communism. The United States and the Origins of the Cold War, 1917–1953*, New York 1994, S. 128.

Von den noch kriegsbedingten Morgenthau-Plänen waren die USA schnell abgegangen. Statt einer ökonomischen Entwaffnung sollten die Deutschen, einhergehend mit einer Dezentralisierung des deutschen Staates, zu einer verantwortungsvolleren, friedlichen Außenpolitik erzogen und zugleich ans westliche Lager gebunden werden. Mit der eskalierenden Ost-West-Auseinandersetzung kam es zu einer »atemberaubenden Umkehr der amerikanischen ›Dämonologie‹: Aus den bösen Deutschen, guten Russen, bösen Japanern und guten Chinesen des Zweiten Weltkrieges wurden die guten Westdeutschen, die bösen Russen, die guten Japaner und die bösen Chinesen des Kalten Krieges.«³³ Angesichts der stalinistischen Bedrohung wollten die Vereinigten Staaten seit 1947/48 das Risiko eingehen, das mit einer neuerlichen Einbindung Westdeutschlands in die Staatengemeinschaft verbunden war. Washington führte diese Politik, gestützt durch die öffentliche Meinung und den überwiegenden Teil der amerikanischen Bevölkerung, konsequent auch gegen Widerstände bei den Verbündeten durch. Sie beruhte auf der, allerdings noch von Skepsis durchsetzten Ansicht, eine Integration Westdeutschlands ins westliche Lager werde gleichsam automatisch die Demokratisierung des westdeutschen Teilstaates mit sich bringen. So kam es in den späten vierziger und fünfziger Jahren zu einer *reeducation* der Deutschen, die deshalb erfolgreich war, weil nach der Katastrophe des »Dritten Reiches« die Deutschen diesem amerikanisch-westlichen Kulturtransfer selbst aufgeschlossen gegenüberstanden. Kritik an der Amerikanisierung gab es im Wesentlichen nur am rechten Rand des Parteienspektrums, wo gegen den Verlust der abendländischen Tradition, die »Vermassung« und die Egalisierungstendenzen der Konsumgesellschaft geklagt wurde. Diese konservativen Kritiker konnten recht problemlos an die »antidemokratische Tendenz des kulturellen Antiamerikanismus« der Weimarer Jahre anknüpfen, der im deutschen Bürgertum noch latent vorhanden war.³⁴ In diesen Kreisen blieb die Sichtweise Moeller van den Brucks vorherrschend, der in Anlehnung an Oswald Spengler ausführte, der Aufstieg Amerikas stelle den Komplementärvorgang zum »Untergang des Abendlandes« dar.³⁵

33 DETLEF JUNKER, *Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, Mannheim u. a. 1995, S. 73

34 Kaspar MAASE, BRAVO Amerika, *Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992, S. 194 und S. 204–219. Hans-Joachim von Merkatz machte 1963 mit Blick auf die USA darauf aufmerksam, dass sich nicht nur aus dem Nationalsozialismus, sondern auch »aus den westlichen Formen der Demokratie eine andere totalitäre Gesellschaftsordnung entwickeln« könne. Hans-Joachim von MERKATZ, *In der Mitte des Jahrhunderts. Politische Lebensfragen unserer Zeit*, München/Wien 1963, S. 54.

35 Dan DINER, *Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland. Ein historischer Essay*, Frankfurt/M. 1993, S. 15. Die Thesen sind inzwischen in aktualisierter Form erschienen: *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München 2002.

Die Verwestlichung, die zum großen Teil eine Amerikanisierung war, ließ sich durch diese Klagen allerdings nicht aufhalten. In dem Maß, wie die Bundesrepublik in die westliche Welt integriert wurde – ganz wesentlich getragen durch eine neue Jugendkultur –, wurden amerikanische Mode und amerikanische Umgangsformen akzeptabel und sogar zum Signum der deutschen Kultur. Kritik an den USA und am Amerikanismus galt als Mäkelei von Ewiggestrigen; Vorbehalte gegen Amerika schienen überholt: Anti-Amerikanismus wurde in den fünfziger Jahren als ein biographisches und biologisches Problem angesehen, das mit einem Generationenwechsel in den Orkus der Geschichte verschwinden würde. Das erwies sich als eine unzutreffende Prognose.

Ein tiefgreifender Wandel war erst in den späten sechziger Jahren zu spüren, und damit ist die vierte Phase erreicht. Anti-Amerikanismus war bis dahin in der Bundesrepublik meist eine Angelegenheit der extremen Rechten gewesen. Die Gründe dafür, dass es in den sechziger Jahren aber zu einer bis heute wirkungsmächtigen *spezifisch linken* Ausprägung des deutschen Anti-Amerikanismus kommen konnte, sind trotz vielfacher Beschreibungen bis heute noch nicht ausreichend analysiert.

Es gab auch eine signifikante linke Tradition des Anti-Amerikanismus. Die KPD-Abgeordnete Clara Zetkin hatte schon in einer Reichstagsrede am 7. März 1923 behauptet, dass die amerikanischen Bankiers nur das Ziel verfolgten, »Deutschland in eine Kolonie der Vereinigten Staaten zu verwandeln«. ³⁶ Dafür hatte sie Zustimmung und Beifall auch von rechts bekommen. An diese spezifische marxistische Amerikakritik konnte später in der DDR problemlos angeknüpft werden. Bertold Brecht, dessen einstige Amerikabegeisterung umgeschlagen war, formulierte seine Kritik ausgesprochen radikal: »Die Fehler der Russen sind Fehler von Freunden, die Fehler der Amerikaner sind die Fehler von Feinden.« ³⁷ In der DDR war Kritik an den USA gleichsam institutionalisiert. In Ost-Berlin wurde noch in den fünfziger Jahren das »völlig schablonenhafte und verzerrte Bild der USA als Hauptmacht des ›internationalen Monopolkapitalismus‹« gezeichnet. ³⁸ Besonders bedenklich war, dass der Anti-Amerikanismus und die Agitation gegen die »Dollarkönige« mit antisemitischen Stereotypen einhergingen, die schon von der KPD der Weimarer Republik gepflegt worden waren. Auch in der DDR waren die Vokabeln eines »Kampfes« gegen »jüdische Börsenjobber« und das »verjudete Finanzkapital«

³⁶ Zit. nach J. P. SCHMIED (wie Anm. 22).

³⁷ Zit. nach D. DINER (wie Anm. 35), S. 87.

³⁸ Christian M. OSTERMANN, *Die USA und die DDR (1949–1989)*, in: Ulrich PFEIL (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001, S. 165–183, hier S. 171. Zum Amerikabild der DDR Rainer SCHNOOR, *Zwischen privater Meinung und offizieller Verlautbarung: Amerikabilder in der DDR*, in: D. JUNKER (wie Anm. 1), S. 775–785.

im Umlauf³⁹ – Ressentiments, die sich aus dem Vorurteilsgedankengut bedienen konnten, das Nationalsozialisten und Kommunisten in der Weimarer Republik gemeinsam gewesen war.

Jenseits der krypto-antisemitischen Vorwürfe dienten die USA dem »zweiten deutschen Staate« auch in anderer Hinsicht als Angriffsfläche. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde in der DDR in einen konterrevolutionären Putsch der »faschisierten Adenauer- und Eisenhower-Staaten« umgedeutet,⁴⁰ und in einer Vorlage für das Politbüro wurde ein Jahr später als Leitlinie für die Amerikapolitik sogar ein Kurs festgelegt, der »zur Erziehung breiter Schichten im Geiste des Hasses gegenüber den amerikanischen Imperialisten, die die schändlichsten Feinde des deutschen Volkes sind«, dienen sollte.⁴¹

Obwohl solch scharfe Töne seit den sechziger Jahren verhaltener wurden – nicht zuletzt weil die DDR auf die völkerrechtliche Anerkennung durch die USA hoffte –, blieb der »zweite deutsche Staat« mit seinem ideologischen Dogmatismus vehement anti-amerikanisch. In den Kinder- und Jugendschriften fand sich ein Schwarz-Weiß-Bild, das für Nuancen keinen Platz ließ. Die »Trommel«, das FDJ-Organ für »Thälmannpioniere und Schüler«, schrieb in den achtziger Jahren in einem typischen Kommentar: »Die USA haben es gern, andere für sich die schmutzige Arbeit machen zu lassen. Vor allem, wenn es um die Ausplünderung, Knechtung und Tötung anderer Völker geht, die nicht so wollen, wie es die USA-Bosse wollen. Dafür haben sie ihre Stellvertreter, Diktatoren, Banden und auch so manche westliche Regierung, beispielsweise da und dort in Westeuropa.«⁴²

Das Zerrbild der Vereinigten Staaten, das z. B. in Ost-Berliner Schulbüchern⁴³ gezeichnet wurde, bietet ein weiteres anschauliches Beispiel. Es kam den Machthabern in der ostdeutschen Diktatur dabei ausgesprochen gelegen, dass der Wahrheitsgehalt der düsteren Szenarien nicht überprüft werden konnte: Die Mauer verhinderte, dass sich die Ostdeutschen ein eigenes Bild von den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten machen konnten. Einen Höhepunkt erreichte der ostdeutsche Anti-Amerikanismus in der Zeit des sog. »Zweiten Kalten Krieges« nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan

39 Thomas HAURY, *Antisemitismus von Links: kommunistische Ideologie, Nationalsozialismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002.

40 Zit. nach Klaus SCHROEDER, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*, München 1998, S. 124. Vgl. auch Hans Günter HOCKERTS (Hg.): *Das Adenauer-Bild in der DDR* (Rhöndorfer Gespräche 15), Bonn 1996.

41 Vorlage für das SED-Politbüro vom 22. Mai 1954 über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, zit. nach Ch. M. OSTERMANN (wie Anm. 38), S. 172.

42 *Trommel* 42 (1983), zit. nach Jürgen GROSSE, *Amerikapolitik und Amerikabild der DDR 1974–1989*, Bonn 1999, S. 293.

43 EBD., S. 295–298.

und dem im Gegenzug zur Stationierung sowjetischer atomarer Mittelstreckenraketen im Dezember 1979 verabschiedeten sog. NATO-Doppelbeschluss. Die Schuldzuweisungen der SED-Führung richteten sich gegen die angeblich »aggressivsten Kräfte des Imperialismus«. Dabei wurden »vor allem die USA ... als Kriegstreiber gebrandmarkt.«⁴⁴ Es mag an dieser Stelle der Hinweis genügen, dass auch in der Bundesrepublik die linke Kritik hauptsächlich den NATO-Doppelbeschluss – und damit vornehmlich die USA – ins Blickfeld nahm,⁴⁵ sich jedoch blind für die aggressive Aufrüstungspolitik der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten zeigte.

Auch schriftstellerisch konzentrierte sich das offizielle Amerikabild Ost-Berlins auf die negativen Aspekte der amerikanischen Gesellschaft. Rassismus, Armut und Ausbeutung gehörten dabei zu den bevorzugten Mitteln, um das »Bild vom ›hässlichen Amerikaner‹« zu verstärken.⁴⁶ In der Literatur waren die USA »überwiegend das Schreckensbild eines imperialistischen Landes, regiert von einer kleinen Schicht, dem militärisch-industriellen Komplex, der über die Mehrheit, die Werktätigen, die Mittelschicht und die Intelligenz« herrschte.⁴⁷ Es ist nicht abwegig zu vermuten, dass sich solche »Feindbilder« nur langsam und über Generationen hinweg abbauen lassen: Wahrscheinlich ist der heutige Anti-Amerikanismus in den neuen Bundesländern ganz wesentlich noch ein Reflex auf den Anti-Amerikanismus der ostdeutschen Diktatur.

Auch in der westdeutschen Sozialdemokratie war nach 1945 bisweilen an alte Stereotype angeknüpft worden. Der Vorwurf Kurt Schumachers an Konrad Adenauer, dieser sei ein »Kanzler der Alliierten«, war Kritik an dessen Politik der unbedingten Westbindung und zugleich der Verweis darauf gewesen, dass Deutschland seine nationale Sonderstellung auch gegen die amerikanisch-britischen Interessen durchsetzen solle. Der ganz überwiegende Teil der SPD hatte sich jedoch nach 1945 hinter die USA gestellt, die mit ihrem nuklearen Schutzschirm die westdeutsche Demokratie garantierten.

Eine Neubewertung der USA auf Seiten der Linken fand dagegen in der Mitte der sechziger Jahre statt. Fast immer wird der Vietnamkrieg als Auslöser dieses Umschwungs benannt, obwohl nicht sicher ist, ob der Protest gegen die amerikanische Intervention in Indochina wirklich so entscheidend gewesen ist. Sicherlich jedoch war der eskalierende Vietnamkrieg ein Katalysator für eine sich verschärfende Auseinandersetzung mit der Politik der Vereinigten

44 Benno-Eide SIEBS, *Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen*, Paderborn u. a. 1999, S. 222.

45 David B. MORRIS, *Auf dem Weg zur Reife: Amerikabilder in der westdeutschen Öffentlichkeit*, in: D. JUNKER (wie Anm. 1), S. 761–774, bes. S. 769f.

46 J. GROSSE (wie Anm. 42), S. 327.

47 Daisy WESSEL, *Bild und Gegenbild. Die USA in der Belletristik der SBZ und der DDR*, Opladen 1989, S. 326.

Staaten, die bis dahin als das leuchtende Vorbild für eine gelungene Demokratisierung gegolten hatte.

Dies zeigte sich nicht zuletzt in den seit Mitte der sechziger Jahren zunehmenden Protesten gegen die amerikanische Indochinapolitik. Vom 13. bis 17. Dezember 1965 veranstaltete der Sozialistische Studenten Bund (SDS) in West-Berlin eine Vietnam-Ausstellung, in deren Verlauf Intellektuelle wie Günther Anders, Ernst Bloch, Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger, Helmut Gollwitzer, Jürgen Habermas, Erich Kästner und Martin Niemöller öffentlich gegen die amerikanische Einflussnahme in Vietnam protestierten.⁴⁸ Im Februar 1966 kam es in Berlin nach einer Vietnam-Kundgebung zu turbulenten Ausschreitungen. 500 Demonstranten zogen zum Amerikahaus, bewarfen die Fassade mit Eiern und setzten das Sternenbanner auf Halbmast.

Ein Beispiel für die geradezu euphorische Beschäftigung mit den Vorgängen in Fernost bieten die Erinnerungen eines Tübinger Orientalistikstudenten, der noch kurz zuvor ein Porträt John F. Kennedys an seiner Zimmerwand befestigt hatte:

»Im Frühjahr 1968 bereitete der SDS in Tübingen eine Kampagne zur Unterstützung der Tet-Offensive der Vietminh vor. Als die Offensive in Vietnam geführt wurde, arbeitete die Gruppe nächtelang an der Auswertung von Rationnachrichten. Der SDS hatte herausgefunden, dass zwischen ein Uhr nachts und fünf Uhr morgens die Nachrichten direkt aus dem Fernschreiber verlesen wurden. Ab sechs Uhr pflegte ein Nachrichtenredakteur eine Auswahl unter den Meldungen zu treffen. Eine Zeitlang saßen die Genossen begierig am Radioapparat und leisteten journalistische Rekonstruktionsarbeit, präzise Lokalisierung von Gebieten bei Saigon, die durch Bombenabwürfe verwüstet wurden. Nach fünf Uhr verarbeiteten sie die Informationen in Flugblättern, die sie bleich, heiser und glücklich an der Mensa der Universität verteilten.«⁴⁹

Zwar entsprach der geradezu rigide Humanismus mancher deutscher Studenten und Intellektueller dem hohen moralischen Anspruch, der sich auch in der amerikanischen Bürgerrechts- und Antivietnamkriegs-Bewegung fand. Aber der westdeutsche Protest war zugleich doch durch einen signifikanten und latent sichtbaren Anti-Amerikanismus gekennzeichnet. Es ging nicht nur um Solidarisierung gegen Ausbeutung und Unterdrückung in einem fernen Land, von dem man zumeist wenig wusste, sondern auch um »Kritik an den Erscheinungen der modernen Industriegesellschaft, da die Vereinigten Staaten als Inbegriff einer solchen verachtungswürdigen Gesellschaft gesehen wurden. Die USA wurden also in den Diskussionen der Neuen Linken weniger mit den liberalen Freiheitsrechten der amerikanischen politischen Tradition als mit

48 »Erklärung über den Krieg in Vietnam«, in: *Der Spiegel* vom 15. Dezember 1965.

49 Zit. nach Peter MOSLER, *Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach*, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 43.

Leistungswillen, Effizienzdenken, Vermassung und Unterdrückung identifiziert.«⁵⁰

Zur gleichen Zeit zeichnete sich bereits ab, dass in Teilen der Studentenbewegung noch radikalere Konsequenzen gezogen wurden, Abspaltungstendenzen, die sich beispielsweise aus dem Flugblatt Nummer 6 der Kommune I in Berlin aus dem Mai 1967 unschwer herauslesen lassen. War hier zunächst noch vom »Coca-Cola-Blut« der amerikanischen Soldaten die Rede, die als »arme Schweine« im Dschungel kämpften, so endete das Blatt mit einer düsteren Prognose: »Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genauso wenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines nach China.«⁵¹ Während Herbert Marcuse noch »eine klare Stellungnahme gegen den amerikanischen Imperialismus und für den Befreiungskampf« verlangte, zog sein Mitstreiter Theodor Adorno freilich 1969 skeptisch die Konsequenz aus der bedenklichen Entwicklung der Studentenbewegung. Er wandte ein, angesichts des studentischen Schweigens über die »unsäglichen Folterungen chinesischen Stils« der Nordvietnamesen habe der »Protest gegen die Amerikaner etwas Ideologisches«.⁵² Der Studentenbewegung sei »ein Quentchen Wahn beigemischt, dem das Totalitäre teleologisch innewohnt.«⁵³ Im Mai 1972 wurden Anschläge gegen die in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte in Heidelberg und Frankfurt verübt, bei denen vier Menschen starben und dreizehn schwer verletzt wurden. Festzuhalten bleibt, dass auch jenseits solcher terroristischer Akte der Anti-Amerikanismus seit jener Zeit mit wechselnder Stärke ein integraler Bestandteil der deutschen politischen Kultur geworden ist.

Letztlich bleiben hinsichtlich der Beweggründe dieses spezifisch westdeutschen Anti-Amerikanismus viele Fragen offen. Hat etwa der Bremer Kultur-

50 Gerd LANGGUTH, *Protest von links. Die Studentenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Manfred FUNKE (Hg.), *Extremismus im demokratischen Rechtsstaat*, Düsseldorf 1978, S. 164–201, hier S. 170f. Eine andere Meinung vertritt Axel SCHILDT: Im »Gegensatz zu bestimmten Legenden« seien »auch die «68er» nicht «antiamerikanisch» gewesen, sondern hätten »durchaus zwischen den willkommenen Produkten und Leitbildern amerikanischer Vergnügungsindustrie und der Kritik der US-Administration« unterschieden: »In diesem Punkt fühlte sich die junge westdeutsche Protestgeneration ihren Altersgenossen in den USA näher als je zuvor – in der gleichen Abneigung gegen das jeweilige *establishment*.« (Axel SCHILDT, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1999, S. 103).

51 Zit. nach P. MOSLER (wie Anm. 49), S. 55.

52 Theodor Adorno an Herbert Marcuse vom 5. Mai 1969, in: Wolfgang KRAUSHAAR (Hg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946 bis 1995*, Bd. 2, Hamburg 1998, S. 625.

53 Theodor Adorno an Herbert Marcuse vom 6. August 1969, in: EBD., S. 671.

wissenschaftler Kaspar Maase Recht, wenn er diesen Wandel wie folgt beschreibt: »Aus einer Generation von Oberschülern und Studenten, die bis zur Mitte der sechziger Jahre jedermann als Musterschüler des Westens bezeichnet hätte, geistig genährt mit New Orleans- und Modern Jazz, mit Pollock, Wilder und Hemingway, Unabhängigkeitserklärung und Gettysburg Address, wurden enttäuschte und aggressive Oberlehrer der Demokratie. Angesichts des brutalen und selbstgerechten Krieges der USA in Vietnam griffen sie auf die Mitgift an Stereotypen des kulturellen Antiamerikanismus zurück.«⁵⁴

Warum sich Bürgerkinder als Teil der Achtundsechziger-Revolution mit einer »säkularisierten Erlösungshaltung«⁵⁵ auf die »Suche nach dem verborgenen Diesseits«⁵⁶ begeben haben und bisweilen gegen Amerika, nicht aber gegen den Totalitarismus im sowjetischen Machtbereich auf die Straße gingen, ist nicht einfach zu erklären. Ideologische Verblendung und jugendliches Pathos mischten sich; angesichts vergleichbarer Phänomene – etwa der Jugendbewegung, der städtischen Kriegsbegeisterung 1914 und selbst der ja ebenfalls stark jugendlich ausgerichteten NS-Bewegung – kann man die zum Teil ekstatische Politisierung vielleicht auch nur anthropologisch erklären.⁵⁷

Der in Tel Aviv als Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte lehrende Dan Diner hat in einer Analyse des schriftstellerischen Anti-Amerikanismus der sechziger und siebziger Jahre eine ganz ähnliche Hypothese aufgestellt: »Die in Vietnam erkannten Verbrechen verwoben sich mit denen der Väter, schoben sich gleichsam über sie. Im Reigen einer als verallgemeinerbar erachteten Schuldgeschichte wurde den USA das auferlegt, was auszuhalten an der eigenen Geschichte so unerträglich war.«⁵⁸ Auch der Tübinger Zeithistoriker Anselm Doering-Manteuffel hält diese Interpretation für überzeugend: »In dialektischer Verbindung mit der kulturellen Amerikanisierung wurde aus dem alten Antiamerikanismus ... eine durchweg ideologisch begründete – antikapitalistische, antiimperialistische, antipragmatische – Abwehrhaltung, die es erlaubte, sowohl »Woodstock« mit zu vollziehen als auch die Aversion der Väter gegen die Vereinigten Staaten unter veränderten politischen Vorzeichen fortzuführen.«⁵⁹

54 Kaspar MAASE, »Amerikanisierung der Gesellschaft«. *Nationalisierende Deutung von Globalisierungsprozessen?*, in: Konrad JARAUSCH/Hannes SIEGRIST (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt/M.-New York 1997, S. 219–241, hier S. 227.

55 Lothar VOIGT, *Aktivismus und moralischer Rigorismus. Die politische Romantik der 68er Studentenbewegung*, Wiesbaden 1991, S. 9.

56 Hellmuth PLESSNER, *Die verspätete Nation* (Gesammelte Schriften, Bd. IV), Frankfurt/M. 1982, S. 118.

57 Vgl. Gerd KOENEN, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001, S. 377 und 379.

58 D. DINER (wie Anm. 35), S. 142.

59 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 43.

So plausibel diese sozialpsychologischen Analysen sein mögen, alles können sie nicht erklären. Auch in anderen westlichen Staaten gab es ja massive Kritik am Vietnamkrieg und der amerikanischen Politik in der Dritten Welt. Und die Anti-Vietnam-Bewegung selbst hatte ihre Wurzeln in den USA – *hier* gab es die ersten massiven Proteste gegen die Politik Johnsons und Nixons: Können also Amerikaner anti-amerikanisch sein? Die sozialpsychologische Deutung des Anti-Amerikanismus der 68er Bewegung verkennt daher, dass deren politische Ziele zwar »*antiamerikanisch*, der Protest jedoch von seinen Formen her *proamerikanisch* geprägt« war.⁶⁰ Die neue Linke hatte die inner-amerikanischen Protestformen importiert und im Rahmen einer allgemeinen Kapitalismuskritik auf die Verhältnisse der Bundesrepublik übertragen. Der Anti-Amerikanismus der 68er Bewegung folgte der paradoxen Maxime »mit Amerika gegen Amerika«.⁶¹

Die Zusammenhänge sind nicht leicht zu erfassen. Es erscheint jedoch symptomatisch und bedenkenswert, dass gerade aus dem jüdischen Kulturkreis stammende Historiker und Publizisten wie Dan Diner und Henryk M. Broder auf die *antidemokratischen* Elemente dieses deutschen Anti-Amerikanismus aufmerksam machen. Schon in den achtziger Jahren ist zudem darauf aufmerksam gemacht worden, dass »rechter und linker Antiamerikanismus fast ununterscheidbar geworden« waren.⁶² Gerade im linken fundamentalistischen Spektrum finden sich Argumentationen, die erstaunlich an die Beweisführung derjenigen Konservativen erinnern, die in der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik vor einem »Kulturverlust« durch den amerikanischen »Mammon« warnten.

Für dieses Sich-Stemmen gegen einen vermeintlichen »Kulturverlust« könnte man aus den siebziger und achtziger Jahren zahlreiche Beispiele aus der Feder von Intellektuellen anführen. So wandte sich etwa der Medienwissenschaftler Wolfgang Michal gegen eine von den USA ausgehende »Kolonisierung des Bewusstseins«. Vielfach war nun auch von der Bundesrepublik als einem »Cola-Hinterland«⁶³ und von einer »McDonaldisierung« der Gesellschaft die Rede. Ähnliche Stellungnahmen findet man bei Hans Magnus Enzensberger und vielen anderen Schriftstellern. An dieser Stelle soll dies gar nicht weiter im Einzelnen belegt werden. Stellvertretend soll nur eine Stellungnahme des Filmemachers Wim Wenders angeführt werden, der im Oktober 1987 im »Spiegel« eindringlich vor einer unmittelbar bevorstehenden »Amerikanisierung durch Medialisierung« warnte: »Auch die Bundesrepublik

60 Wolfgang KRAUSHAAR, *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000, S. 54.

61 P. GASSERT, *Mit Amerika gegen Amerika: Antiamerikanismus in Westdeutschland*, in: D. JUNKER (wie Anm. 1), S. 750–760, hier S. 755.

62 G. BEHRMANN (wie Anm. 6), S. 11.

63 Jürgen PLOOG, *Cola-Hinterland*, Darmstadt 1969.

hat nur noch den Wunsch, zu diesem großen, furchtbaren Amerika zu gehören, damit sie endlich der 51. Bundesstaat der USA wird.« Er beklagte den Verlust jeglicher Kultur, der Identität und der Chance zur Selbstbestimmung: »Man kann das am besten in amerikanischen Kleinstädten sehen, wo die Leute ein völlig verblödetes Dasein fristen wie in einem Science-fiction-Roman, der von Menschen handelt, die unter Drogen gesetzt und nur noch wie Zombies verwaltet werden.«⁶⁴ Auch das sind Überlegungen, die erstaunlich kongruent mit dem ultrakonservativen Anti-Amerikanismus der zwanziger bis fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind.

Einen Höhepunkt erreichte diese Kritik an den USA in der deutschen Debatte um die NATO-Nachrüstung. Die von den Anhängern der »Friedensbewegung« ausgehenden Verurteilungen blieben auch in den folgenden Jahren ein nicht verstummendes Hintergrundgeräusch.⁶⁵ Die »Kontinuität älterer deutscher Amerikabilder« zeigte sich angesichts der Nachrüstungsdebatte, als es bei Teilen der Friedensbewegung und der Grünen zu Forderungen – etwa nach der Neutralisierung Deutschlands – kam, die auch am rechten Rand des Parteienspektrums zu hören waren, wie Philipp Gassert herausgearbeitet hat: »Wo Westdeutschland als ein Vasallenstaat der Amerikaner gesehen wurde, näherte sich die linke Amerikakritik im Laufe der 1970er Jahre nationalistischen Positionen an, die bislang vor allem von der radikalen Rechten vertreten worden waren.«⁶⁶ Es war daher nicht verwunderlich, dass sich auch die Neue Rechte in den achtziger Jahren den Gedanken der Friedensbewegung in der Hinsicht öffnete, als ein gemeinsames Ziel die Vertreibung der fremden Okkupanten und die Wiedererlangung der nationalen Souveränität zu sein schien.⁶⁷

Das damit verbundene Denken wurde in einer geradezu manichäischen Weltdeutung noch gesteigert in der Zeit des Golfkrieges 1990, als der Kalte Krieg sich schon seinem Ende zuneigte und die USA geradezu als Grundübel alles Bösen gezeichnet wurde. In diesem Zusammenhang hat Gesine Schwan vor kurzem eine umfangreiche Untersuchung über den Anti-Amerikanismus vorgelegt. Ausgangspunkt ihrer Studie war ein Schlüsselerlebnis, das sie im

64 »Das Kino könnte der Engel sein«: André Müller spricht mit Wim Wenders über seinen Film »Der Himmel über Berlin«, in: *Der Spiegel* Nr. 43 vom 19. Oktober 1987, S. 235. Beispiele für die Sorge vor einer zunehmenden »Amerikanisierung« der Bundesrepublik: Rolf WINTER, *Little America. Die Amerikanisierung der deutschen Republik*, München 1995; Michael ERMARTH, *Fluch oder Segen? Der Einfluss der amerikanischen Populärkultur in der Bundesrepublik*, in: D. JUNKER (wie Anm. 1), S. 507–516.

65 Vgl. Emil-Peter MÜLLER, *Antiamerikanismus in Deutschland. Zwischen Care-Paket und Cruise Missile*, Köln 1986; Andrei S. MARKOVITS, *On Anti-Americanism in West Germany*, in: *New German Critique* 34 (1985), S. 3–27.

66 P. GASSERT (wie Anm. 61), S. 756.

67 Vgl. die Studie von Richard HERZINGER/Hannes STEIN, *Endzeit-Propheten oder die Offensive der Antiwester. Fundamentalismus und Neue Rechte*, Reinbek 1995.

Vorwort ihrer Studie beschreibt: Eine »Debatte mit einem linken Soziologiestudenten und dessen eher preußisch, ja deutsch-national gesinnter Mutter. Beide stimmten in ihrer umfassenden Verurteilung Amerikas nahtlos überein. Kulturlosigkeit, Geschichtslosigkeit, Materialismus, Oberflächlichkeit, soziale Ungerechtigkeit waren die Stichworte, mit denen die USA von links wie rechts abfällig verworfen ... wurden. Rechts und links trafen sich in der Ablehnung des liberalen Westens. Setzte der junge linke Student eine Mentalität fort, die er in seinem konservativen Elternhaus mitbekommen hatte?«⁶⁸

Herbert A. Strauss hat in einem nachdenklichen Essay diese zugleich »von links wie rechts patronisierende Stereotypisierung« letztendlich auf das Denken Hegels zurückgeführt. In dessen europazentrierter Sicht waren die USA nur eine Art minderes Europa, »eines Ablegers der Tradition, die man erwerben muss, um sie zu besitzen.« Das Amerikabild der Linken, so Strauss, spiegelt das »auf den Kopf gestellte Hegelsche Geschichtsschema«. Diese Vorurteilsstruktur könne man auch als deutsche Schwierigkeit interpretieren, den Eigenweg in die Moderne zu finden. Der Anti-Amerikanismus sei somit »Symbol für die mangelnde Bereitschaft, Modernität überhaupt zu bewältigen. Gerade die Technologiefeindschaft ... setzt den aus der Geschichte des deutschen Bildungsbürgertums, der Hegelschen Rechten, ererbten Gegensatz zwischen Bildung und Geist auf der einen und Naturwissenschaft und Technologie auf der anderen Seite fort.«⁶⁹

Am Ende dieser Betrachtung sollte folgendes Fazit Beachtung finden:

1. Kritik an der amerikanischen Politik ist grundsätzlich legitim – aber eine solche Feststellung ist fast schon banal.
2. Ein Anti-Amerikanismus, der dogmatisch-antikapitalistische Residuen aus der Zeit des Kalten Krieges bedient, ist aufgrund seiner Ambivalenz fragwürdig, aber selbst wenn man nicht übereinstimmt, muss eine solche Kritik erlaubt sein.
3. Problematisch dagegen sind anti-amerikanische Stellungnahmen deutscher Provenienz, wenn unterschwellig Gefühle eine Rolle spielen, die daran erinnern lassen, dass Deutschlands demokratische Traditionen, wenn man das 20. Jahrhundert betrachtet, nicht gerade vertrauenserweckend sind. Schon Konrad Adenauer hat ja den Weg der Westbindung – und damit in erster Linie die Bindung an die USA – auch deshalb eingeschlagen, weil er sich nicht ganz sicher war, ob die Deutschen die Lektionen der Demokratie auch

68 Gesine SCHWAN, *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden 1999, S. 5.

69 Herbert A. STRAUSS, *Urteil und Vorurteil: Deutsche und Amerikaner*, in: Siegfried QUANDT/Gerhard SCHULT (Hg.), *Die USA und Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg*, Paderborn u. a. 1985, S. 11–17, hier S. 14–16.

wirklich verinnerlicht hatten. Man sollte daher in einem solchen Fall daran erinnern, dass Anti-Amerikanismus in Deutschland stets auch eine *antidemokratische* Seite hatte.

Dieses Defizit hat die Bundesrepublik erst auf dem »langen Weg nach Westen«⁷⁰ mühsam und in einem stetigen Lernprozess überwunden. So wie die USA in Europa ein »Empire by invitation« (Geir Lundestad) waren, so beruhte auch die Rolle der Amerikaner in Westdeutschland im Wesentlichen auf Freiwilligkeit: Politische, wirtschaftliche und kulturelle Angebote, die von der Führungsmacht USA gemacht und von den Westdeutschen akzeptiert wurden. Allerdings scheinen in einer Welt, in der der Kalte Krieg der Vergangenheit angehört, die grundlegenden Entstehungsbedingungen der Bundesrepublik bisweilen in Vergessenheit zu geraten. Henry Kissinger hat schon 1994 weitsichtig – man ist fast geneigt zu sagen prophetisch – auf die Folgen dieses Generationswechsels hingewiesen: »In the years ahead, all the traditional Atlantic relationships will change. Europe will not feel the previous need for American protection and will pursue its economic self-interest much more aggressively ... These trends will not be fully apparent so long as Helmut Kohl, the heir of the Adenauer tradition ..., is in office. Yet he represents the last of that type of leader. The emerging generation has no personal recollection of the war or of America's role in the rehabilitation of the devastated postwar Germany.«⁷¹

Es bleibt zumindest zu hoffen, dass diese Zusammenhänge der politischen Geschichte in Erinnerung bleiben. Heinrich August Winkler, der im Jahr 2000 eine prägnante zweibändige Studie über den deutschen Weg nach Westen vorlegte,⁷² hat insofern recht, wenn er aus der Sicht eines sozialdemokratischen Historikers vor einer bequemen anti-amerikanischen Haltung warnt: »Sich für die Freiheit der westlichen Demokratien so einzusetzen, wie es die anderen westlichen Demokratien tun, ist keine Absage an die Lehren der deutschen Geschichte. Das Gegenteil ist der Fall. Aus der deutschen Geschichte ergibt sich, dass antiwestliche Sonderwege Deutschland immer geschadet haben. Wenn das vereinigte Deutschland sich auch militärisch als Teil des Westens fühlt und entsprechend handelt, folgt es dem Gesetz, nach dem die Bundesrepublik 1948/49 beim Neuaufbau der Demokratie angetreten ist.«⁷³ In dieser Perspektive ist ein »deutscher Weg« eine fragwürdige Alternative, weil dies für die »europäischen Nachbarn vielleicht noch beunruhigender als für die Vereinigten Staaten (ist). Ironischerweise kann selbst deutscher Pazifismus

70 Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde., München 2000.

71 Henry KISSINGER, *Diplomacy*, New York u. a. 1994, S. 821.

72 Wie Anm. 70.

73 Die Stellungnahme Heinrich August Winklers findet sich in: *Die Woche* vom 19. Oktober 2001, S. 17.

und deutsche Neutralität den Europäern Angst einjagen, wenn ein deutscher Regierungschef vom ›deutschen Weg‹ spricht.«⁷⁴

Historiker sollten sich nicht anmaßen, Empfehlungen für politische Entscheidungen zu geben, aber sie können aus der Vergangenheit bestimmte Entwicklungen verständlich machen. Anderes bleibt in der Zukunft aufgehoben. Ob der heutige deutsche Anti-Amerikanismus »europäischer« wird, ob sich sogar eine Kluft zwischen europäischem und amerikanischem Selbstverständnis auftut, lässt sich angesichts des momentanen Stimmengewirrs nur schwer ausmachen. Die bedenkenswerte Sorge vor einem hegemonialen Machtanspruch der USA geht bisweilen einher mit bedenklichen Untertönen: Wenn beispielsweise gegen das amerikanische »Ostküsten-Establishment« polemisiert wird, meint man bisweilen nicht nur bekannte antikapitalistische, sondern auch antisemitische Töne herauszuhören. Es wäre zweifellos ein Erfolg, wenn die gegenwärtige politische Debatte dazu beitragen würde, in dieser Hinsicht die Spreu vom Weizen zu trennen.

74 R. KAGAN (wie Anm. 4), S. 75.

Ein christlich-nationaler Politiker zwischen Sammlung und Abgrenzung: Adam Stegerwald und die große Koalition in den Anfangsjahren der Weimarer Republik

Von Bernhard Forster

»Grundsätzlich kann es in dem Verhältnis zwischen dem Unternehmertum und den Arbeitern auch nur zweierlei geben: entweder Klassenkampf von unten und oben oder verstärkte Friedensbereitschaft in beiden Lagern. Alles andere ist Halbheit und bringt nur Verwirrung und Unsicherheit in beide Lager. Man redet seit vielen Wochen von einer großen Koalition in Deutschland. Große Koalition nach der politischen Seite hat nur einen Sinn, wenn auch nach der wirtschaftlichen Seite der Weg zur beiderseitigen Verständigungsbereitschaft resolut betreten wird. ... Wenn aber die Verständigungsbereitschaft auf wirtschaftlichem Gebiete meinerwegen einstweilen nur für einige Jahre nicht zur Tat wird, dann schlagen wir praktisch wirtschaftlich das wieder entzwei, was wir politisch aufzubauen suchen.«¹ Mit diesen Worten forderte Adam Stegerwald, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« (DGB), namens der zu dieser Zeit von ihm kommissarisch geleiteten Zentrumsfraktion des Reichstags am 12. November 1928 die Parteien zur Bildung der großen Koalition von Zentrum, SPD, DDP und DVP auf, die von einem grundlegenden Einvernehmen zwischen den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften flankiert sein sollte. Bezweckte der Appell Stegerwalds konkret die Beilegung des zu dieser Zeit die Grundfesten des Weimarer Sozialstaates erschütternden »Ruhreisenstreits«,² so umschrieb er damit gleichzeitig sein von jeher verfochtenes Ideal von einem am übergeordneten Gemeinwohl orientierten Ausgleich der widerstreitenden Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, der sowohl in der Regelung der Arbeitsbeziehungen als auch in einer breiten Sammlung der politischen Kräfte zum Tragen kommen sollte und den herbeizuführen Stegerwald aufgrund seiner Doppelfunktion als Arbeiterführer und als Spitzenpolitiker der Deutschen Zentrumspartei zu seiner persönlichen Aufgabe machte. Während diese Bemühungen Stegerwalds für

1 Verhandlungen des Reichstags 4. WP, 1928, Bd. 423, S. 269.

2 Zum Ruhreisenstreit Johannes BÄHR, *Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919–1932*, Berlin 1989, S. 250–286.

die Endphase der Weimarer Republik, vor allem für seine Zeit als Verkehrsminister in der großen Koalition unter dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller 1929/30 und als Arbeitsminister im Präsidialkabinett unter Heinrich Brüning (1930/32), bereits frühzeitig dokumentiert wurden,³ blieb das von der Forschung gezeichnete Bild von Stegerwalds Rolle in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ungleich blasser. Seine selbst gewählte Mittlerposition zwischen den politischen Lagern wurde zwar grundsätzlich zutreffend erkannt und dargestellt, weniger aber, welche Konsequenzen er daraus im politischen Alltag zog.⁴ Dies betrifft gerade seinen Einsatz für die große Koalition zwischen 1920 und 1923, der sich nur schwer mit dem häufig gezeichneten Zerrbild von Stegerwald als einem strammen Verfechter einer Anbindung des Zentrums an die Rechts-Parteien DNVP und DVP verträgt. Auch der eminente Einfluss, den er auf die Regierungsbildungen im Reich und in Preußen ausübte und der dazu führte, dass er gerade in diesen Jahren wiederholt als Kandidat für höchste Staatsämter genannt wurde, blieb zumeist eine Randnotiz,⁵ selbst in den – ansonsten ergiebigen – Darstellungen zur Geschichte der Christlichen Gewerkschaften.⁶ Schließlich deuten auch die älteren Stegerwald-Biographien

3 Karl Dietrich BRACHER, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 5. Aufl. Düsseldorf 1984; Werner CONZE, *Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933*, in: Werner CONZE/Hans RAUPACH (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33*, Stuttgart 1967, S. 176–252; Rudolf MORSEY: *Die Deutsche Zentrumspartei*, in: Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente*, Düsseldorf 1984, S. 281–453; Heinrich August WINKLER, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin 1985; DERS., *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933*, Berlin 1987.

4 Vgl. Karl-Egon LÖNNE, *Germany*, in: Tom BUCHANAN/Martin CONWAY (Hg.), *Political Catholicism in Europe, 1918–1965*, Oxford 1996, S. 156–186, besonders S. 162ff.

5 Helga GREBING, *Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918–1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik*, [Berlin] 1952; Arthur ROSENBERG, *Geschichte der Weimarer Republik*. Frankfurt/M. 1961; Hagen SCHULZE: *Weimar. Deutschland 1917–1933*, 4. Aufl. Berlin 1994; Heinrich August WINKLER, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993; Detlef LEHNERT, *Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft*, Stuttgart 1999. Klarer artikuliert wurde die Schlüsselstellung Stegerwalds zunächst bei Rudolf MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 32), Düsseldorf 1966; Hans MOMMSEN, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933* (Propyläen Geschichte Deutschlands, 8), Berlin 1989; Karsten RUPPERT, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 96), Düsseldorf 1992.

6 Eric Dorn BROSE, *Christian Labor and the Politics of Frustration in Imperial Germany*, Washington 1985; William L. PATCH Jr., *Christian Trade Unions in the Weimar Republic, 1918–1933. The Failure of »Corporate Pluralism«*, New Haven 1985; Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982; ideologisch voreingenommen: Hartmut RÖDER, *Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)*

aufgrund ihrer dürftigen Quellengrundlage die herausragende Rolle, die ihm in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zukam, allenfalls an.⁷

Diese Desiderata konnten mittlerweile weitgehend ausgeräumt werden,⁸ vor allem durch eine detaillierte Auswertung der zugänglichen unveröffentlichten Quellen – an erster Stelle des Nachlasses Stegerwalds⁹ – und der umfangreichen Quellenpublikationen zur Weimarer Republik. Als von großer Aussagekraft erwies sich die systematische Durchsicht der Publizistik der christlichen Arbeiterbewegung, neben dem »Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands« vor allem das von Stegerwald 1920 gegründete Organ des DGB: »Der Deutsche. Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft«, das als einzige gewerkschaftliche Tageszeitung vor 1933 Stegerwalds wichtigstes Sprachrohr war und überhaupt zu den bestinformierten Blättern der Reichshauptstadt zählte.¹⁰ Dabei wird deutlich, dass Stegerwald nach 1919 keineswegs zielstrebig auf den Ausschluss der SPD und der Freien Gewerkschaften von den Schnittstellen der Macht hinarbeitete, sondern im Gegenteil eine Sammlung aller politischen Kräfte auf der Grundlage der Weimarer Reichsverfassung erstrebte. Dafür warf er seine Schlüsselstellung zwischen den politischen Lagern in die Waagschale und versuchte – auf der Grundlage eines bereits während des Ersten Weltkriegs und der Revolution bewährten Pragmatismus –, Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf einen Nenner zu bringen und dadurch die von ihm erstrebte »Volksgemeinschaft« zu begründen. Dabei war er bereit, die Christlichen Gewerkschaften angesichts der dramatischen Wirtschafts- und Staatskrise nach 1919 auf die Hinnahme drastischer Einschnitte einzuschwören und auf die Durchsetzung isolierter Standesinteressen zu verzichten. Auch wenn dies Stegerwald nicht immer gelang, mag hierin über das allgemeine historische Interesse hinaus eine aktuell bedeutsame Lehre aus sei-

im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Funktion und Praxis der bürgerlichen Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zur faschistischen Diktatur, Frankfurt/M. 1986; unzureichend auch Heinrich August WINKLER, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, 2. Aufl. Berlin 1985, S. 280ff., 428ff.

- 7 Apologetisch: Helmut J. SCHORR, *Adam Stegerwald. Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik*, Recklinghausen 1966; differenzierter: Josef DEUTZ, *Adam Stegerwald. Gewerkschafter – Politiker – Minister 1874–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland*, Köln 1952; lediglich anekdotenhaft: Ludwig ALTENHÖFER, *Stegerwald. Ein Leben für den kleinen Mann. Die Adam-Stegerwald-Story*, Bad Kissingen 1965.
- 8 Vgl. meine Dissertation: *Adam Stegerwald 1874–1945. Christlich-nationaler Gewerkschafter – Zentrumspolitiker – Mitbegründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 41), Düsseldorf 2003.
- 9 Nachlass Stegerwald: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin, 01-206.
- 10 Rudolf MORSEY, *Zur Gründung der Tageszeitung »Der Deutsche«*, in: *Publizistik 17* (1972), S. 351–358; Hermann ULLMANN, *Publizist in der Zeitenwende*, München 1956.

nem Leben liegen – zumal in einer Zeit, in der weite Teile der regierenden politischen Elite Deutschlands aus Furcht vor den auf sie einstürmenden organisierten Einzelinteressen davor zurückzuschrecken scheinen, den seit Jahren parteiübergreifend beklagten Reformstau aufzulösen.¹¹

Ideologische Abgrenzung und praktische Zusammenarbeit in Weltkrieg und Revolution

Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit über ideologisch-weltanschauliche Grenzen hinweg gehörte zum ideellen Grundbestand der Christlichen Gewerkschaften. Stegerwald, 1874 in Greußenheim bei Würzburg geboren, war 1899 maßgeblich an ihrer Gründung beteiligt, fungierte bis 1903 als Vorsitzender des Christlichen Holzarbeiterverbandes in München, dann übte er bis 1919 das Amt des Generalsekretärs des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Köln aus und wurde 1920 zum Vorsitzenden gewählt. Unter seinem Einfluss waren die Christlichen Gewerkschaften von bescheidensten Anfängen zur zweitstärksten Arbeiterorganisation nach den eng mit der SPD verflochtenen Freien Gewerkschaften und vor den liberalen, 1868 gegründeten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen aufgestiegen. 1903, als Stegerwald sein Amt als Generalsekretär antrat, waren insgesamt 91.440 Arbeiter den Christlichen Gewerkschaften zuzurechnen, seinen höchsten Mitgliederstand vor 1914 erreichte der Gesamtverband 1912 mit 350.930 Arbeitern in 24 Zentralverbänden, und nach einem Einbruch während des Ersten Weltkriegs zählten sie 1920 über 1,1 Millionen Mitglieder. Um das erdrückende Übergewicht der Freien Gewerkschaften mit ihren – im Jahr 1912 – rund 2,6 Millionen Mitgliedern (1920: 7,3)¹² auszugleichen, setzte sich Stegerwald 1903 für die Zusammenfassung der gesamten nicht-sozialistischen Arbeiterschaft im »Deutschen Arbeiterkongress« bzw. in der »christlich-nationalen Arbeiterbewegung« ein, die neben den Christlichen Gewerkschaften die katholischen und die protestantischen Arbeitervereine sowie den nationalistisch-antisemitischen, der Christlichsozialen Partei des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker nahestehenden »Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband« umfasste und bei ihrem ersten Zusammentreffen 1903 in Frankfurt am Main rund 600.000 Arbeiter repräsentierte. Die Einbeziehung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wurde anfangs von deren Führungsgremien abgelehnt, später dann von Stegerwald nicht mehr weiterverfolgt.¹³ Spätestens ab 1912 identi-

11 Vgl. Anton RAUSCHER, *Fehlt uns die Kraft zu Reformen?* (Kirche und Gesellschaft, 299), Mönchengladbach 2003.

12 M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 107–149, 452, 768–771.

13 E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 181–251; H. RODER (wie Anm. 6), S. 19–183; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 236–253.

fizierten sich die Christlichen Gewerkschaften vorbehaltlos mit ihrem Generalsekretär, dem es mit seinem unnachgiebigen Einsatz für das in ihnen verwirklichte interkonfessionelle Prinzip im Verlauf des »Gewerkschaftsstreits« innerhalb des deutschen Katholizismus gelungen war, die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber kirchlicher Einflussnahme zu verteidigen.¹⁴

Stegerwald war von Anfang an auch an der programmatischen Konsolidierung der Christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Arbeiterkongresses maßgeblich beteiligt. So hatte er bereits 1899 an den »Mainzer Leitsätzen« mitgearbeitet, die mit ihrem Bekenntnis zur Kooperation der Arbeiter beider Konfessionen und zur parteipolitischen Neutralität sowie mit ihren an der katholischen Soziallehre orientierten Aussagen zur Sozialreform und zur subsidiären Selbsthilfe der Arbeiter bis 1933 im Prinzip unverändert in Kraft blieben.¹⁵ Die Christlichen Gewerkschaften lehnten sowohl einen das Individuum überbetonenden Liberalismus und Kapitalismus als auch den sozialistischen Klassenkampf ab, wie er von der SPD und den Freien Gewerkschaften vertreten wurde. An die Stelle dieser beiden Extrempole setzte Stegerwald – abermals im Einklang mit der katholischen Soziallehre, wie er sie um die Jahrhundertwende im katholischen Gesellen- und im Arbeiterverein, besonders aber durch den 1890 gegründeten »Volksverein für das katholische Deutschland« kennengelernt hatte – das Ideal eines Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der sich in dem auf gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung gründenden Tarifvertrag konkretisierte. Den Christlichen Gewerkschaften wies Stegerwald die Aufgabe zu, als Brücke zwischen den Tarifparteien zu fungieren und dadurch jenen gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleich herbeizuführen, den er als wichtigstes Ziel einer von christlichen Prinzipien motivierten Sozialreform innerhalb einer auf Privateigentum und individueller Freiheit beruhenden, aber dem Gemeinwohl verpflichteten, sozialpartnerschaftlichen Wirtschaftsverfassung verstand.¹⁶ Diese Mittlerposition implizierte zweierlei: einerseits die scharfe ideologische Abgrenzung

14 Rudolf BRACK, *Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914*, Köln 1976; E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 253–284; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 172–211; Franz Josef STEGMANN/Peter LANGHORST, *Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus*, in: Helga GREBING (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, A 13), Essen 2000, S. 694–700.

15 Michael GASTEIGER, *Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland. Eine geschichtliche Darstellung*, München 1908; die »Mainzer Leitsätze« u. a. in: *Geschichte und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nebst Protokoll des III. christlichen Gewerkschafts-Kongresses zu Krefeld*, Mönchengladbach 1901, S. 10ff.; zum Programm der Christlichen Gewerkschaften M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 150–270.

16 Dies wurde von Stegerwald in zahlreichen Schriften detailliert erläutert. Siehe exemplarisch A. STEGERWALD, *Gewerkschaftliche Arbeit. Die christliche Arbeiterbewegung. Skizze*, o. O. [1905]; DERS., *Die jüngsten gewerkschaftlichen Kämpfe. Vortrag Stegerwalds ... in Es-*

von den übrigen Richtungsgewerkschaften und den Arbeitgebern sowie andererseits die an übergeordneten Zielen orientierte Bereitschaft zur Zusammenarbeit ungeachtet der weltanschaulichen Trennlinien. Fanden die Christlichen und die Freien Gewerkschaften – insbesondere auf betrieblicher Ebene, weniger auf der Ebene der Spitzengremien – wiederholt zu einer gemeinsamen Basis, so bestanden unüberwindliche weltanschauliche Gräben außer in Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem in der Bewertung des Christentums als Ausgangspunkt für das staatliche Zusammenleben sowie in der Haltung zum Pazifismus und zur Kolonialpolitik,¹⁷ schließlich in der Stellung zur Monarchie, die für Stegerwald nicht nur die »zweckmäßigste Staatsform«, sondern vielmehr »ein Stück Weltanschauung« war, wie er 1917 formulierte.¹⁸

Zu einer engeren Zusammenarbeit der Christlichen mit den Freien Gewerkschaften kam es erst im Zeichen des »nationalen Burgfriedens« nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914. Erster Höhepunkt dieses Anwanderrückens war ihre Mitwirkung am Gesetz über den »Vaterländischen Hilfsdienst« vom 2. Dezember 1916, das alle nicht einberufenen Männer vom 17. bis 60. Lebensjahr zur Arbeit in kriegswichtigen Betrieben und Institutionen verpflichtete. Als Kompensation für diese massive Beschneidung der persönlichen Freiheit sah das Gesetz die Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in den Hilfsdienstbetrieben mit mindestens 50 Beschäf-

sen am 14. Juli 1907, Essen 1907; zum Tarifgedanken M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 272–281. Vgl. auch Stegerwalds Rede am 23. August 1903 in Köln, *Kölnische Volkszeitung* (KV) Nr. 709, 24. August 1903; zur katholischen Soziallehre Lothar ROOS, *Kapitalismus, Sozialreform, Sozialpolitik*, in: Anton RAUSCHER (Hg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, Bd. 2, München 1982, S. 52–158; F. J. STEGMANN/P. LANGHORST (wie Anm. 14), S. 599–712 (mit weiteren Literaturangaben).

17 Dies zeigte sich vor allem bei der Reichsfinanzreform 1909 und im Verlauf der sog. »Marokko-Krise« 1911; Stegerwald am 14. Oktober 1909 bei einer Rede zum Thema »Reichsfinanzreform und christliche Arbeiterschaft« in Aachen, KV Nr. 878, 17. Oktober 1909; ähnlich beim Kongress der Christlichen Gewerkschaften am 18. Juli 1909 in Köln, *Protokoll der Verhandlungen des VII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands*, Köln 1909, S. 38f., 79ff.; »Christlich-nationale Arbeiterbewegung und Massenstreiks«, in: *Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands* (ZBL), 18. September 1911. Zur Reichsfinanzreform E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 287–293; Ellen Lovell EVANS, *The German Center Party 1870–1933. A Study in Political Catholicism*, Carbondale/Edwardsville 1981, S. 263ff.; Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969, S. 315ff.; Wilfried LOTH, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 75), Düsseldorf 1984, S. 166–180. Zur Marokko-Krise Klaus HILDEBRAND, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 260–269.

18 *Bericht über die Verhandlungen des vierten Deutschen Arbeiter-Kongresses*, Köln 1918, S. 13.

tigten sowie paritätische Schlichtungsausschüsse von Arbeitgebern und Gewerkschaften für die Regelung von Konflikten bei der Durchführung des Gesetzes sowie bei Tarifstreitigkeiten vor und damit erstmals Elemente gesetzlich garantierter betrieblicher Mitbestimmung. Außerdem wurden die Gewerkschaften insgesamt als alleinige Vertretung der gesamten Arbeiterschaft anerkannt.¹⁹ Auch wenn Stegerwald hoffte, die im Zusammenhang mit dem Hilfsdienstgesetz praktizierte enge Kooperation der Richtungsgewerkschaften als Basis für die Überwindung der sozialen Trennlinien innerhalb der Gesellschaft in die Nachkriegszeit hinüberzuretten,²⁰ leitete er gleichzeitig Maßnahmen in die Wege, um das Profil der Christlichen gegenüber den Freien Gewerkschaften zu schärfen. Im Dezember 1915 erschien die erste Nummer des mit »Deutsche Arbeit« überschriebenen Organs der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in dem über konkrete sozialpolitische Fragen hinaus die weltanschauliche Position der christlichen Arbeiter zur Diskussion gestellt wurde – und das durchweg in Abgrenzung zur SPD und den Freien Gewerkschaften. Dem war auch das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verschrieben, das Stegerwald gemeinsam mit dem Straßburger Historiker Martin Spahn und dem Leiter des Bildungswesens der Christlichen Gewerkschaften, dem Nationalökonom und Schriftleiter der »Deutschen Arbeit«, Theodor Brauer, verfasste und das im September 1916 in einem ersten Entwurf veröffentlicht wurde.²¹ Denn ungeachtet der praktisch orientierten Zusammenarbeit im Rahmen des Burgfriedens bestanden die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Christlichen und den Freien Gewerkschaften unverändert fort. So war der Ende 1917 von der »Gesellschaft für soziale Reform« initiierte

19 Hans-Joachim BIEBER, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920* (2 Bde.), Hamburg 1981, S. 296–328; Gerald D. FELDMAN, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*, Berlin 1985, S. 135ff.; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 398, 431ff.; Klaus SCHÖNHOFEN, *Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890–1918*, in: Ulrich BOSDORF (Hg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945*, Köln 1987, S. 257–262; F.-J. STEGMANN/P. LANGHORST (wie Anm. 14), S. 707–711.

20 Stegerwald bei einer Kundgebung der drei Richtungsgewerkschaften am 12. Dezember 1916 in Berlin, in: *Die Gewerkschaften in Krieg und Revolution 1914–1919*, bearb. v. Klaus SCHÖNHOFEN (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, 1), Köln 1985, S. 294–298.

21 Stegerwald an M. Spahn am 31. August 1916, Bundesarchiv Koblenz (BAK) NL Spahn 19; das Programm der christlich nationalen Arbeiterbewegung in: *Westdeutsche Arbeiterzeitung*, 24. September 1916. Vgl. H.-J. BIEBER (wie Anm. 19), S. 73–85; G. D. FELDMAN (wie Anm. 19), S. 39f.; E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 333ff.; Ursula RATZ, *Zwischen Arbeitsgemeinschaft und Koalition. Bürgerliche Sozialreformer und Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg*, München 1994, S. 131ff, 146ff.; Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor Demokratie*, 2. Aufl. München 1993, S. 691ff., 780–783; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 398–403; K. SCHÖNHOFEN (wie Anm. 19) S. 263–267.

und von den Arbeiterführern Stegerwald und Johannes Giesberts (Christliche Gewerkschaften), Gustav Bauer, Carl Legien und Otto Hué (Freie Gewerkschaften) und Gustav Hartmann (Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) mitbegründete »Volksbund für Freiheit und Vaterland« allein von dem gemeinsamen Bestreben geeint, eine Radikalisierung im Reich nach der umstrittenen Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 und nach der Gründung der annexionistischen »Deutschen Vaterlandspartei« zu verhindern und innenpolitische Reformen wie die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts noch während des Krieges auf den Weg zu bringen. In Streitfragen wie den Friedenszielen, der Parlamentarisierung oder gar der Monarchie fanden die Richtungsgewerkschaften – personifiziert in Stegerwald und Bauer – jedoch zu keiner gemeinsamen Linie.²² Die Grenzen der Zusammenarbeit wurden schließlich auch evident, als der Nationalökonom Lujo Brentano, bei dem Stegerwald zwischen 1900 und 1902 an der Universität München Vorlesungen gehört hatte, ein Tarifvertragsrecht vorschlug, das die für einen Betrieb oder einen eng umgrenzten Bezirk frei ausgehandelten Tarifverträge für die gesamte Branche verbindlich erklären sollte. Da die von den Gewerkschaften beschickten Tarifkommissionen nach dem Proportionalwahlrecht gebildet werden sollten und damit die Christlichen von den Freien Gewerkschaften wohl permanent majorisiert worden wären, wurde die Initiative von Stegerwald abgelehnt, was letztlich zum Scheitern des Projektes führte.²³

Obwohl Stegerwald sich noch im Oktober 1918 in einem programmatischen Artikel in der »Deutschen Arbeit« zu einem sozial orientierten, konstitutionell-monarchisch verfassten »Volkskaisertum« bekannt und für die Christlichen Gewerkschaften formuliert hatte: »Wir bleiben Monarchisten auch in der Zukunft«,²⁴ verpflichtete er nach der Abdankung Wilhelms II. am 9. November die christlichen Arbeiter darauf, den Umsturz als gegebene Tatsache anzuerkennen und mit den neuen Machthabern, den Arbeiter- und Soldatenräten, zusammenzuarbeiten, um eine weitere innenpolitische Eskalation und die für den Fall eines Bürgerkriegs im Reich wahrscheinliche wirtschafts- und ernährungspolitische Katastrophe zu verhindern. Mit der punktuellen Kooperation mit dem »Rat der Volksbeauftragten«, der provisorischen Regierung von SPD und USPD unter Friedrich Ebert (SPD), bezweckte er zudem die baldige Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung und damit das Ende

22 Exemplarisch: Bauer an Stegerwald am 7. November 1917 und Stegerwald an Bauer am 8. November 1917, Bundesarchiv Berlin (BAB), Volksbund für Freiheit und Vaterland 6 Bl. 141–144. Vgl. Herbert GOTTWALD, *Volksbund für Freiheit und Vaterland (VfFV)*, in: Dieter FRICKE u. a. (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, Bd. 4, Köln 1986, S. 414–419.

23 U. RATZ (wie Anm. 21), S. 347–358.

24 A. STEGERWALD, *Das Alte stürzt!*, in: *Deutsche Arbeit* 3 (1918), S. 481–497.

des von der extremen Linken wie dem Spartakusbund unter Karl Liebknecht verfochtenen Rätemodellens sowjetischer Prägung mit seiner geringen demokratischen Legitimation. Die Entscheidung des Rätekongresses vom 19. Dezember 1918, am 19. Januar 1919 Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten, war daher ein entscheidender Etappensieg für Stegerwald.²⁵ Eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilisierung der Lage war die als »Stinnes-Legien-Abkommen« bekannte Vereinbarung über die »Zentralarbeitsgemeinschaft« von Arbeitgebern und Gewerkschaften vom 12. November 1918, an deren Vorbereitung er maßgeblich mitgearbeitet hatte. In dem Abkommen verzichteten die Richtungsgewerkschaften auf sofortige Sozialisierungen, wurden dafür aber erstmals von den Arbeitgebern als »berufene Vertreter« der Arbeiterschaft anerkannt. Neben Sofortmaßnahmen für die Zeit der Demobilisierung enthielt das Abkommen Bestimmungen, die Stegerwald als eine Bestätigung des von ihm verfochtenen Ideals der institutionalisierten, vom Staat geschützten, von diesem aber unabhängigen Zusammenarbeit der Tarifparteien wertete: So verpflichteten sich die Unternehmer zu Verhandlungen über Branchentarifverträge sowie zur Einrichtung von »Arbeiterrausschüssen« in Betrieben über 50 Mitarbeiter und erklärten ihre Bereitschaft, in von den Tarifparteien gemeinsam getragenen »Arbeitsnachweisen« an der Stellenvermittlung mitzuwirken. Schließlich gestanden die Unternehmer den Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich zu.²⁶ Auf die Abwehr des revolutionären Radikalismus zielte auch die von Stegerwald betriebene Gründung des »Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbundes« (DDGB) am 13. November 1918, dem neben den Christlichen Gewerkschaften die – 1919 wieder ausgetretenen – Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, eine Reihe von kleineren Arbeiter- und Angestelltenverbänden sowie der Deutschnationale Handlungsgeliefenverband angehörten. Über eine Million Arbeiter und Angestellte waren in der Organisation zusammengefasst, aus der die konfessionellen Arbeitervereine von vornherein ausgeschlossen waren und die sich 1919 in »Deutscher Gewerkschaftsbund« (DGB) umbenannte. Einigendes Band des DGB, zu dessen Vorsitzenden Stegerwald im Dezember 1918 gewählt wurde, war neben sozialpolitischen Forderungen die Gegnerschaft zu den Spartakisten und zur Rätebewegung. Ganz in diesem Sinne bezweckte Stegerwald mit der Grün-

25 Stegerwald an die Einzelverbandsvorstände der Christlichen Gewerkschaften am 30. November 1918, BAB NL Giesberts 94 Bl. 16–21; A. STEGERWALD, *Unsere Not und unsere Rettung*, Berlin 1919, S. 9–14.

26 H.-J. BIEBER (wie Anm. 19), S. 608–619; Gerald D. FELDMAN, *German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag*, hg. v. Gerhard A. RITTER, Berlin 1970, S. 336ff.; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 504–507.

derung des DDGB die Unterstützung der revisionistischen MSPD und der Freien Gewerkschaften gegen die USPD und die Spartakisten.²⁷

Während der Revolution erlangte Stegerwald als Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften und des DDGB mit ihrem engmaschigen Organisationsnetz eine zentrale Schlüsselstellung zwischen den verschiedenen politischen Lagern. So stand er in engem Kontakt sowohl mit Wirtschaftsführern wie Walther Rathenau, Gustav Stresemann und Hjalmar Schacht als auch mit den Spitzenvertretern der SPD und der Freien Gewerkschaften um Carl Legien, Theodor Leipart, Friedrich Ebert und Otto Wels. Enge Verbindungen unterhielt er auch zu den im November/Dezember 1918 gegründeten bürgerlichen Parteien DVP und DNVP, denen eine Reihe führender christlicher Gewerkschafter wie Franz Behrens, Hans Bechly, Friedrich Baltrusch, Georg Streiter und Wilhelm Gutsche beigetreten waren, nachdem Stegerwalds Versuch gescheitert war, das Zentrum und die christlich-sozialen Flügel der untergegangenen Parteien zu einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei zu vereinigen. Obwohl er es bislang mit Rücksicht auf die parteipolitische Neutralität der Christlichen Gewerkschaften mehrfach abgelehnt hatte, direkte politische Verantwortung zu übernehmen, und er auch in seiner Partei – außer einem Sitz im Provinzialausschuss des Rheinischen Zentrums (seit 1905) und seit Juli 1918 im Reichsausschuss – keine Spitzenfunktion innehatte, war er in der Umbruchsituation von 1918/19 schließlich dazu bereit, sowohl in der Weimarer Nationalversammlung als auch in der Preußischen Landesversammlung Mandate zu übernehmen. In beiden Fraktionen kam Stegerwald wegen seiner Querverbindungen über Parteigrenzen hinweg, vor allem aber wegen seiner unangefochtenen Position in den Christlichen Gewerkschaften und im DGB, die in beiden Parlamenten eine erhebliche Anzahl von Abgeordneten stellten, von Anfang an eine Spitzenstellung zu, auch wenn seine Wahl zum dritten stellvertretenden Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums wegen seiner Parteigründungspläne während der Revolution vorerst scheiterte. Hohe Achtung genoss er zu dieser Zeit gerade bei den Mehrheitssozialdemokraten, die ihm im Verlauf der Regierungsbildung in Weimar wahlweise das Postministerium, das Ernährungsministerium oder den Posten eines Staatssekretärs in dem von Gustav Bauer (SPD) geleiteten Reichsarbeitsministerium anboten, was er allerdings wegen seiner Stellung in den Christlichen Gewerkschaften und wegen seiner Pläne, vom DDGB aus die Umstrukturierung des bürgerlichen Parteiwesens weiterhin voranzutreiben, ablehnte. Auch die Anregung,

27 Stegerwald an die Einzelverbandsvorstände der Christlichen Gewerkschaften am 30. November 1918, BAB NL Giesberts 94 Bl. 16–21; A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben*, Berlin 1924, S. 13f.; »Deutsch-Demokratischer Gewerkschaftsbund«, in: ZBL, 2. Dezember 1918; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 366, 453, 486ff.; H. RODER (wie Anm. 6), S. 235f.

Stegerwald das Amt des Volkswohlfahrtsministers in der am 25. März 1919 unter dem SPD-Politiker Paul Hirsch auf der Grundlage der »Weimarer Koalition« von SPD, Zentrum und DDP gebildeten preußischen Regierung anzubieten, ging von der SPD aus, die ihn aber nur durch einen eindringlichen Appell an sein Verantwortungsbewusstsein dazu brachte, von seiner bisherigen politischen Zurückhaltung Abstand zu nehmen.²⁸

Von der »Volksgemeinschaft« zur großen Koalition in Preußen und im Reich

Stegerwalds gesellschaftliches Leitbild während der Weimarer Republik war die überparteiliche, am christlichen Familienverständnis ausgerichtete, von sachorientiertem Aufbauwillen getragene »Volksgemeinschaft« aller gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen auf der Grundlage der Reichsverfassung. Mit dem Postulat der Volksgemeinschaft, das Stegerwald unter dieser Bezeichnung erstmals 1916 in einem Artikel über die künftige Rolle der Arbeiterschaft im Nachkriegsdeutschland erhob,²⁹ griff er auf ein Gedankengut zurück, das in den Anfangsjahren der Weimarer Republik von nahezu sämtlichen politischen Richtungen von der DNVP bis hinein in den gemäßigten Flügel der SPD, also von den Kräften des Burgfriedens des Ersten Weltkriegs artikuliert wurde, besonders großen Widerhall aber in den Organisationen des politischen und sozialen Katholizismus wie dem »Volkverein« fand. Während die beiden führenden Theoretiker des Volkvereins, Anton Heinen und August Pieper, den Begriff eher als eine allgemein ethische, religiös-sittlich motivierte Maxime verwendeten, versuchte Stegerwald, der wie kaum ein anderer Politiker zur Verbreitung dieser Idee beitrug, konkrete politische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und das Ideal der »von christlichem Geist getragenen Volksgemeinschaft« – so Stegerwald im Juli 1921 – zur politischen Handlungskategorie auszuweiten.³⁰ Die am Burgfrieden orientierte, im Ge-

28 Zu Stegerwalds gescheiterten Parteigründungsplänen vgl. Stegerwald an Becker am 22. November 1918, BAB Volkverein 180 Bl. 21–25; Stegerwald am 14. Juli 1921 im Preußischen Landtag, Sitzungsberichte des Preußischen Landtags 1. WP, Bd. 2, Berlin 1922, Sp. 2779 (SBerPrLt); Larry Eugen JONES, *Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems*, in: VfZ 27 (1979), S. 5f.; W. L. PATCH (wie Anm. 6), S. 41; Amrei STUPPERICH, *Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933)*, Göttingen 1982, S. 17–21. Zu Stegerwalds Wahl in den Reichsausschuss des Zentrums im Juli 1918 KV Nr. 517, 3. Juli 1918. Zu seiner gescheiterten Wahl in den Fraktionsvorstand das Protokoll der konstituierenden Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen vom 5. Februar 1919, BAK NL Erzberger 14. Zu seiner Berufung zum Minister A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27), S. 15.

29 A. STEGERWALD, *Die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland*, in: Friedrich THIMME (Hg.), *Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens*. 2. Aufl. Leipzig 1916, S. 320–338.

30 DERS., *Vom Willen zur Volksgemeinschaft*, in: *Das Zentrum*, 15. Juli 1921.

gensatz zur späteren NS-Ideologie kulturell, nicht rassistisch begründete Volksgemeinschaft im Sinne Stegerwalds sollte die landsmannschaftliche, konfessionelle und soziale Zerrissenheit des deutschen Volkes überwinden und die Basis für den Wiederaufstieg des Reiches nach dem Versailler Friedensvertrag von 1919 bilden. Einen Ansatzpunkt dafür sah Stegerwald in der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918, auf der politischen Ebene verstand er darunter eine breite Koalition von der SPD bis zur DNVP, die sämtliche relevanten Wirtschaftsgruppen von der Industriearbeiterschaft bis hin zur Landwirtschaft und zur Schwerindustrie umfasst hätte.³¹

Entsprechend dem Ideal der Volksgemeinschaft erstrebte Stegerwald während der instabilen ersten Jahre der Weimarer Republik eine möglichst breite Sammlung der politischen Kräfte. Dafür setzte er bewusst seine Verbindungen in die bürgerlichen Parteien, zu den Freien Gewerkschaften und zur SPD ein. Die Christlichen Gewerkschaften und den DGB wiederum nahm er ungeachtet aller Vorbehalte gegen den Weimarer Parlamentarismus in die Pflicht, an der Stabilisierung des neuen Staatswesens als legitimer Ordnungsmacht mitzuwirken. Während Stegerwald als Gewerkschaftsführer demgemäß die kompromissbereite Zusammenarbeit der Tarifparteien in der Zentralarbeitsgemeinschaft propagierte, setzte er sich als Politiker im Reich und in Preußen dafür

31 Zum Volksgemeinschaftsbegriff Stegerwalds exemplarisch seine Rede vor dem Katholischen Deutschen Frauenbund, Oktober 1921 in Berlin: »Wege zur deutschen Volksgemeinschaft«, in: *Der Deutsche* (DD), 6. November 1921; A. STEGERWALD, *Zusammenbruch und Wiederaufbau*, Berlin 1922, besonders S. 21f.; DERS., *Landarbeiterbewegung und Volksgemeinschaft*, in: *Die christlich-nationale Landarbeiterbewegung und die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion als Voraussetzung des deutschen Wiederaufstiegs. Drei Vorträge*, Berlin 1922, S. 6–17; Stegerwald beim Katholikentag 1922 in München, in: *Die Reden, gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München*, Würzburg 1923, S. 75ff.; VERUS [Pseudonym], A. Stegerwald, in: *Deutsche Handels-Warte* 12 (1924), S. 129–134. Zum Volksgemeinschaftsbegriff Alois BAUMGARTNER, *Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik* (Beiträge zur Katholizismusforschung, Abhandlungen), München 1977, S. 39ff.; Gotthard KLEIN, *Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 75), Paderborn 1996, S. 139ff.; Gunther MAI, »Verteidigungskrieg« und »Volksgemeinschaft«. *Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkriegs (1900–1925)*, in: *Bericht über die 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum*, Stuttgart 1991, S. 235ff.; Jeffrey VERHEY, *Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000, S. 346–355; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 530ff. Zur Rezeption des Begriffs im Zentrum Winfried BECKER, *Staats- und Verfassungsverständnis der christlichen Demokratie von den Anfängen bis 1933*, in: Günther RÜTHER (Hg.), *Geschichte der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Bewegungen in Deutschland*, Teil 1, Bonn 1984, S. 129ff. Zum Unterschied zwischen dem Volksgemeinschaftsbegriff Stegerwalds und dem der Nationalsozialisten Hermann ULLMANN, *Das Essener Programm. November 1920*, in: *Deutsche Rundschau* 76 (1950), S. 897–903.

ein, zu möglichst breiten Regierungsbündnissen zu gelangen, in denen das Zentrum als die ausgleichende Mitte fungieren sollte, selbst wenn es in der gegebenen politischen Konstellation nicht all seine Ziele durchsetzen konnte. Bereits im Februar 1919, bei der ersten Regierungsbildung auf Reichsebene nach dem Umbruch, erklärte er sich trotz anfänglicher Bedenken gegen ein Zusammengehen mit der in seinen Augen für die Revolution mitverantwortlichen Sozialdemokratie mit der »Weimarer Koalition« aus SPD, Zentrum und DDP einverstanden, als deren Grundlage er die zu dieser Zeit verwirklichte Zusammenarbeit der Christlichen und der Freien Gewerkschaften betrachtete.³² Die im Zentrum vorgebrachten kulturpolitischen Bedenken gegen das Bündnis mit der weitgehend atheistischen SPD und der erklärt laizistischen DDP, wie sie auch im Verlauf der Regierungsbildung in Preußen erhoben wurden, wo am 25. März 1919 ebenfalls ein Kabinett der Weimarer Koalition gebildet wurde, zerstreute Stegerwald mit dem Argument, durch die Kooperation mit dem weltanschaulichen Gegner in der Regierung könne das Zentrum Fehlentwicklungen eher verhindern als aus der Opposition heraus – ein Gedankengang, den Stegerwald auch durch seine Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit der SPD und den Freien Gewerkschaften nach 1914 untermauern konnte.³³

Während Stegerwald noch nach dem Kapp-Putsch im März 1920 eine Neuaufgabe der Weimarer Koalition im Reich und in Preußen billigte, die am 27. März sowohl unter dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller im Reich als auch unter dem bisherigen preußischen Landwirtschaftsminister Otto Braun (SPD) in Preußen zustande kam,³⁴ gelangte er mit der zunehmenden innenpolitischen

32 Verhandlungen der Weimarer Nationalversammlung, Sten. Ber., Bd. 326, S. 267.

33 Stegerwald in der Sitzung der Zentrumsfraktion am 21. März 1919, in: *Die Zentrumsfraktion in der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung 1919–1921. Sitzungsprotokolle*, bearb. v. August Hermann LEUGERS-SCHERZBERG und Wilfried LOTH (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien III, 8), Düsseldorf 1994, S. 12f. Zur Regierungsbildung im Reich und in Preußen Herbert HÖMIG, *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 28), Mainz 1979, S. 39–48; Horst MÖLLER, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932* (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), Düsseldorf 1985, S. 324–330; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 154–179; H. SCHULZE, *Weimar* (wie Anm. 5), S. 182–188. Zur Problematik der Weimarer Koalition Winfried BECKER, *Politischer Katholizismus und Liberalismus vom Kaiserreich zur Bundesrepublik*, in: DERS. (Hg.), *Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871–1933*, Paderborn 1986, S. 89–110, hier S. 96–101.

34 A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27) S. 15; Stegerwald in den Sitzungen der Zentrumsfraktion vom 24. bis zum 27. März 1920, in: *Zentrumsfraktion* (wie Anm. 33), S. 202–211. Zum Kapp-Putsch und zur Regierungsbildung im Reich und in Preußen H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 85–89; H. MÖLLER (wie Anm. 33), S. 331–339; Dietrich ORLOW, *Preußen und der Kapp-Putsch*, in: VfZ 26 (1978) S. 222ff.

Radikalisierung und der außenpolitischen Isolierung des Reichs zu der Überzeugung, dass für die nachhaltige Gestaltung des Wiederaufbaus die Einbeziehung der rechten Parteien und der hinter diesen stehenden Wirtschaftsgruppen in die Regierungsverantwortung unerlässlich sei. Dieser Gedanke kam letztlich auch in seinem »Essener Programm« zum Tragen, an dem er seit dem Kapp-Putsch mit seinem Fraktionskollegen, dem Arbeitsminister Heinrich Brauns, seinem damaligen persönlichen Referenten, Heinrich Brüning, und Theodor Brauer arbeitete und das er auf dem ersten Nachkriegskongress der Christlichen Gewerkschaften im November 1920 in Essen vorstellte. In seinem Kern zielte das Essener Programm auf den Umbau des – zwar von jeher auch den Protestanten offen stehenden, letztlich aber weitgehend katholisch geprägten – Zentrums zu einer interkonfessionellen, alle Schichten umfassenden, implizit am Selbstverständnis der Christlichen Gewerkschaften angelehnten Volkspartei unter dem Motto »deutsch, christlich, demokratisch, sozial« im Rahmen einer generellen Umstrukturierung des zersplitterten deutschen Parteiensystems. Sie hatte Stegerwald bereits mehrfach in unterschiedlichen Nuancen, regelmäßig aber ohne Erfolg postuliert – so im Zusammenhang mit dem Zentrums- und dem Gewerkschaftsstreit vor 1914, als er eine Öffnung der Partei zu den Protestanten forderte, während des Ersten Weltkriegs, als er auf eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Industriearbeiter im Zentrum drängte, und dann – wie bereits angedeutet – im Herbst 1918, als er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Windthorstbunde, Eduard Stadtler, und Martin Spahn versuchte, die christlich-sozialen Flügel der bürgerlichen Parteien in einer »christlichen Mittelpartei« zusammenzufassen. Ein neuer Aspekt war 1920, dass Stegerwald seine Überlegungen in ein umfassendes Konzept zur Ergänzung der Weimarer Reichsverfassung um ständische Elemente einbettete und dass der Appell zur Gründung der »Wiederaufbaupartei« außer an die Arbeiterflügel der bürgerlichen Parteien auch – bei aller ideologischen Distanzierung – an den rechten Flügel der SPD und der Freien Gewerkschaften adressiert war – eine Kräftekonstellation, die im Prinzip auch der »Volksgemeinschaft« nahe kam.³⁵

Nach dem Scheitern des Essener Programms bereits Ende 1920 – verantwortlich waren Beharrungstendenzen in den bürgerlichen Parteien, die Furcht der maßgeblichen christlichen Arbeiterführer vor einer Politisierung der Christlichen Gewerkschaften und nicht zuletzt Stegerwalds eigene Unent-

35 A. STEGERWALD, *Deutsche Lebensfragen. Vortrag ... Gehalten auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen*, Köln 1920. Zum Essener Programm L. E. JONES (wie Anm. 28), S. 1–29; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 360–378; Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 43), Stuttgart 1981, S. 137–140.

schlossenheit – betrachtete er es als seine wichtigste Aufgabe, die große Koalition von DVP, Zentrum, DDP und SPD im Reich und in Preußen herbeizuführen und als Voraussetzung dafür die Annäherung zwischen den in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch in der Bewertung der Republik divergierenden Flügelparteien SPD und DVP anzubahnen. Die große Koalition in Preußen, wo Stegerwald als Regierungsmitglied größeren Einfluss ausüben konnte als im Reich, war für ihn nicht nur eine logische Schlussfolgerung aus dem Ergebnis der ersten preußischen Landtagswahlen vom 20. Februar 1921, die den bisherigen Regierungsparteien der Weimarer Koalition zwar eine knappe Mehrheit, aber insgesamt massive Stimmenverluste, und der DVP einen Zuwachs um gut zehn Prozent bescherte,³⁶ sondern auch eine Antwort auf die zunehmende innenpolitische Radikalisierung. Darüber hinaus ließen die für das Frühjahr 1921 angesetzte Londoner Konferenz der Alliierten über die endgültige Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen und die für den 20. März anberaumte Volksabstimmung über den Verbleib Oberschlesiens beim Reich eine breite Regierungsbasis in Form der großen Koalition ratsam scheinen. Deren etwaiges Zustandekommen bezeichnete Stegerwald als den »größten außen- und innenpolitischen Erfolg seit der Revolution. Damit würde der Welt gezeigt, dass die deutsche Republik keine Episode ist, sie vielmehr für längere Zeit als die gegebene Staatsform betrachtet werden muss, dass also in Deutschland in den nächsten Jahren nicht mehr um Monarchie oder Republik gestritten wird, sondern dass die allerbreitesten politischen Kreise entschlossen sind, unter Zurückstellung innerpolitischer Streitfragen sich zu gemeinsamer deutscher Aufbauarbeit zusammenzufinden. Diese Koalition bedeutet aber auch einen großen außenpolitischen Erfolg, da sie sowohl Arbeiterschaft wie Industrie und Großhandel umfasst und damit in starkem Maße die Voraussetzungen geschaffen sind für das Vertrauen in dem deutschen Volksstaat und in der deutschen Wirtschaft [!].«³⁷

Nur um die große Koalition zustande zu bringen, war Stegerwald im März 1921 bereit, sich nochmals in der preußischen Landespolitik zu engagieren, obwohl er nicht mehr für den Landtag kandidiert hatte und er eigentlich bei der kommenden Regierungsbildung auch sein Amt als Volkswohlfahrtsminister niederlegen und sich an der Spitze der Christlichen Gewerkschaften und des DGB ganz der Verwirklichung des Essener Programms widmen wollte. Aufgrund seines Rückhalts in der christlichen Arbeiterbewegung und wegen seiner Verbindungen sowohl zu den bürgerlichen Parteien als auch zur SPD

36 H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 95.

37 Stegerwald an Francisco Mühlenkamp am 8. Oktober 1921, ACDP 01-206-018/8. Zur Oberschlesienfrage ausführlich Guido HITZE, *Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 40), Düsseldorf 2002, S. 165–490.

bzw. zu den Wirtschaftsverbänden und den Freien Gewerkschaften schien er aber nun prädestiniert, die große Koalition in Preußen herbeizuführen. Als dort nach über vier Wochen dauernden Sondierungen nicht einmal absehbar war, welche Koalition überhaupt erstrebenswert sei, wurde er in der Zentrumsfraktion am 7. April erstmals als möglicher Kandidat genannt, am 8. April wurde er von den Fraktionen von Zentrum, DDP, DVP und DNVP offiziell aufgefordert, das Ministerpräsidentenamt zumindest übergangsweise zu übernehmen. Stadler und Brüning hatten bereits zuvor bei DVP und DNVP in diesem Sinne vorgefühlt, womit sie allerdings die Verdrängung der SPD aus der Regierungsverantwortung beabsichtigten und nicht wie Stegerwald die Erweiterung der bestehenden Weimarer Koalition um die DVP.³⁸ Das allseitige hohe Vertrauen, das Stegerwald genoss, zeigte sich, als er am 8. April mit 332 von 388 Stimmen bei 23 Enthaltungen im Preußischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.³⁹

Da die Parteien allerdings mit völlig unterschiedlichen Zielen in die Regierungsbildung gingen, bedeutete dieser Vertrauensvorschuss keinen Blankoscheck für Stegerwald. Vor allem die SPD beharrte darauf, dass er sofort zurücktreten müsse, wenn die von ihm gebildete Regierung nicht die Billigung der Sozialdemokraten finden würde – eine Zusicherung, die die Verhandlungsführer des Zentrums der SPD gegeben hatten, von der Stegerwald aber nichts wusste. Dabei war er während der Koalitionsverhandlungen gegenüber der SPD zu großen Konzessionen bereit, indem er ihr nicht nur Schlüsselressorts wie das Innenministerium, ja sogar das Ministerpräsidentenamt selbst anbot, sondern auch erzog, die von der SPD beargwöhnte DVP zunächst nur indirekt über zwei ihr nahestehende Beamte in die Regierung aufzunehmen. Als die DVP diese Lösung als brüskierend ablehnte, standen die Chancen für das von Stegerwald gewünschte Regierungsbündnis denkbar schlecht, zumal sich gleichzeitig die Landtagsfraktion der SPD kategorisch weigerte, mit der noch in weiten Teilen monarchischen DVP in ein Kabinett einzutreten. Die von Stegerwald als Notlösung favorisierte Zwischenlösung, eine Regierung aus Zentrum, DDP und Beamten wurde freilich von der SPD scharf abgelehnt, die nun unter Berufung auf die Zusagen der Zentrums-Verhandlungsführer seinen sofortigen Rücktritt forderte. Da dies für Stegerwald nach den langwierigen Koalitionsverhandlungen nicht in Frage kam, er aber keine Zweifel an der Legitimation seines Kabinetts aufkeimen lassen wollte, stellte er sich auf Vorschlag von Hugo Preuß (DDP) am 21. April erneut dem Landtag, wo er schließlich von Zentrum, DVP, DDP und DNVP mit 227 von 349 Stimmen erneut zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Sein einziger ernst zu neh-

38 Stadler an M. Spahn am 10. März 1921 und an Stegerwald am 24. März 1921, BAK NL Spahn 3.

39 SberPrLt Bd. 1, Sp. 159f.

mender Gegenkandidat, der bisherige Ministerpräsident Otto Braun, erhielt 100 Stimmen.⁴⁰ Die SPD unterstellte ihm nun – völlig wahrheitswidrig –, er habe von Anfang an den Ausschluss der SPD aus der Regierung und damit die Zurückdrängung der Arbeiter im Staatswesen insgesamt erstrebt,⁴¹ wenig später ließ sie verlauten, es sei »tief bedauerlich, dass diese ganze, auch für das Reich verhängnisvolle Entwicklung der preußischen Dinge gerade mit dem Namen Adam Stegerwalds verknüpft ist, der – bei dem starken sozialen Gefühl und dem ehrlichen demokratischen Empfinden seines Trägers – einst auch in sozialistischen Kreisen einen guten Klang hatte.«⁴² Der »Vorwärts« ignorierte damit nicht nur das aufrichtige Ringen Stegerwalds um die Einbeziehung der SPD in sein Kabinett, sondern unterschlug damit auch, dass er es weiterhin als seine Hauptaufgabe betrachtete, die große Koalition im Reich und in Preußen herbeizuführen. Sowohl in seiner Regierungserklärung am 22. April 1921 als auch während der Haushaltsberatungen am 16. und 17. Juni versuchte er den Faden zur SPD wieder anzuknüpfen und stellte sein Regierungsprogramm vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ausdrücklich in die Kontinuität seiner beiden sozialdemokratischen Vorgänger im Ministerpräsidentenamte, Paul Hirsch und Otto Braun. In diese Richtung wies auch seine Distanzierung von extrem nationalistischen und antirepublikanischen Strömungen innerhalb der DVP, die freilich im selben Atemzug dadurch relativiert wurde, dass er sich mit Rücksicht auf die am rechten Rand des DGB vorhandenen monarchischen Strömungen nicht klar zum Wesen der Weimarer Verfassung bekennen wollte. An seiner Bereitschaft, sofort zurückzutreten, wenn die SPD davon ihre Zustimmung zur großen Koalition abhängig machen sollte, ließ er aber keinen Zweifel.⁴³

Bewegung in die Koalitionsverhandlungen kam in Preußen wie im Reich im Zusammenhang mit dem Londoner Ultimatum Anfang Mai 1921, mit dem Näherrücken der Entscheidung über Oberschlesien und mit der Ermordung von Stegerwalds Fraktionskollegen und schärfstem innerparteilichen Gegner, dem ehemaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger am 16. August 1921. An den Verhandlungen im Reich war Stegerwald nur indirekt beteiligt, als nach der Festlegung der Reparationen durch die Alliierten auf 132 Milliarden Goldmark und dem »Londoner Ultimatum« die Reichsregierung unter dem Zentrumspolitiker Constantin Fehrenbach am 4. Mai zurücktrat. Da die von Stegerwald favorisierte große Koalition nicht zustande kam, weil die DVP

40 Typoskript »Die Regierungsbildung in Preußen«, BAK NL Herold 11; Robert JANSEN, *Die Regierungsbildung in Preußen*, Berlin [1921]; Ernst HEILMANN, *Adam Stegerwalds Todsünde*, Stuttgart 1921. Zur Regierungsbildung H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 92–103; H. MÖLLER (wie Anm. 33), S. 339–348.

41 *Vorwärts* Nr. 184, 20. April 1921.

42 Konrad HAENISCH, *Die »entpolitisierte« Regierung*, in: *Vorwärts* Nr. 323, 12. Juli 1921.

43 *SBerPrLt Bd. 1*, Sp. 631–636, 688–693; *SBerPrLt Bd. 2*, Sp. 1585f., 1638–1643.

das Ultimatum ablehnte, dessen Erfüllung aber für das Zentrum außer Frage stand, drängte er in seiner Fraktion zunächst, den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer zum Reichskanzler zu berufen, dem er am ehesten zutraute, die Brücke zur DVP zu schlagen und damit den Weg für die große Koalition im Reich offen zu halten. Während Stegerwald damit kein Erfolg beschieden war, gelang es ihm zumindest, den neuen Reichskanzler, seinen badischen Fraktionskollegen Joseph Wirth, der selbst ein grundsätzlicher Gegner der DVP war und ein Kabinett der Weimarer Koalition bildete, nach der Ermordung Erzbergers im August 1921 von der Notwendigkeit der großen Koalition zu überzeugen, um die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Erbringung der Reparationslasten zu schaffen. Im Gegenzug versprach Stegerwald Wirth, nun in direkte Verhandlungen mit der SPD in Preußen zu treten, was allerdings zunächst erneut in eine Sackgasse führte, da Stegerwald die USPD nicht an den Gesprächen beteiligen wollte, die SPD ohne sie aber nicht mit der DVP verhandeln wollte. Auf der Grundlage dieser Absprachen, über die Stegerwald den Reichspräsidenten Ebert auf dem Laufenden hielt, sagte er dem Reichskanzler seine volle Unterstützung zu, obwohl beide für verschiedene Flügel innerhalb des Zentrums standen. Außerdem stellte Stegerwald in der Zentrumsfraktion des Reichstags klar, dass bei der Bildung der großen Koalition im Reich ausschließlich der von den Alliierten respektierte Wirth als Kanzler in Frage komme.⁴⁴ Als die SPD sich auf ihrem Görlitzer Parteitag vom 17. bis 24. September grundsätzlich mit der Bildung eines Bündnisses mit der DVP einverstanden erklärte, waren die Ausgangspositionen für die große Koalition besser denn je.⁴⁵

44 Stegerwald an Joos am 22. September 1921, ACDP 01-206-018/8; A. STEGERWALD, *Rezialpolitik oder Stimmungspolitik?*, in: DD, 11. September 1921; DERS., *Keine Legendenbildung*, in: *Germania* Nr. 642/643, 9. Dezember 1922; DERS., *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27) S. 16; Sitzungen am 27. September und 19. Oktober 1921, in: *Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925*, bearb. v. Rudolf MORSEY und Karsten RUPPERT (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, A 33), Mainz 1981, S. 242–245, 267–272; Gotthard JASPER, *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930*, Tübingen 1963, S. 40; Carl SEVERING, *Mein Lebensweg*, Köln 1950, Bd. 2, S. 332; Hugo STEHKÄMPER, *Konrad Adenauer und das Reichskanzleramt während der Weimarer Republik*, in: DERS. (Hg.), *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag*, Köln 1976, S. 405–431.

45 Diesen Stimmungsumschwung verbuchte Stegerwald als seinen persönlichen Erfolg, wie er am 27. September in der Zentrumsfraktion des Reichstags erläuterte: Demnach hätten die englischen Trade Unions, mit denen Stegerwald seit dem Kaiserreich in Verbindung stand, an die SPD appelliert, ihren Widerstand gegen ihn aufzugeben, was schließlich den Stimmungsumschwung der SPD in Görlitz ermöglicht habe. *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 242–245; Stegerwald an Francisco Mühlenkamp am 8. Oktober 1921, NL Stegerwald ACDP 01-206-018/8. Zum Görlitzer Parteitag H. A. WINKLER, *Von der Revolution zur Stabilisierung* (wie Anm. 6), S. 434–454. Vgl. R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 409ff.

Bei den daraufhin eingeleiteten, parallelen Verhandlungen im Reich wie in Preußen spielte Stegerwald eine wichtige Rolle. Am 28. September einigten sich die potenziellen Koalitionspartner im Reich auf eine Verhandlungsbasis, worüber Stegerwald sofort informiert wurde.⁴⁶ Daraufhin ergriff er selbst die Initiative in Preußen. Am 30. September erläuterte er den dortigen Vertretern des Zentrums, der SPD, der DDP und der DVP die zu klärenden Fragen: Sanierung des Haushalts, Demokratisierung der Verwaltung, Ausgleich zwischen Preußen und dem Haus Hohenzollern, Besetzung der Ministerien. Ein wahrscheinlich großes Hindernis gegen die große Koalition bei der SPD räumte er von vornherein mit der Feststellung aus, er selbst habe kein Interesse am Ministerpräsidentenposten, da er das öffentliche Leben vom DGB aus stärker beeinflussen könne als von einem politischen Amt aus. Daraufhin verzichtete die Zentrumsfraktion überhaupt auf das Amt des Kabinettschefs und beanspruchte nur mehr das Wohlfahrts- und das Justizministerium wie bereits in den vorangegangenen, von der SPD geführten Kabinetten. Auf dieser Grundlage einigten sich die Parteien rasch auf die Einleitung von offiziellen Koalitionsverhandlungen, die am 12. Oktober begannen.⁴⁷ Die Verhandlungen in Preußen standen auch dieses Mal unter dem Vorbehalt der Oberschlesienfrage, wovon Stegerwald auch seine weiteren Schritte abhängig machte.⁴⁸ Bereits Anfang Oktober war durchgesickert, der Völkerbundsrat werde Oberschlesien entgegen dem Abstimmungsergebnis vom März, das den Verbleib der Provinz bei Preußen vorsah, aufteilen und das Industrieviertel Polen zuschlagen. Damit geriet freilich Reichskanzler Wirth in Erklärungsnot, der mit dem Argument, nur durch die Annahme des Londoner Ultimatums sei der ungeteilte Verbleib Oberschlesiens beim Reich garantiert, das Schicksal seiner Regierung an den Schiedsspruch des Völkerbunds geknüpft hatte. Als sich die Gerüchte über die bevorstehende Teilung Oberschlesiens verdichteten und damit die Forderung nach dem Rücktritt Wirths immer lauter wurde, riet auch Stegerwald dem Kanzler sein Amt niederzulegen, plädierte aber dafür, Wirth in diesem Fall neuerlich an die Spitze der Regierung zu berufen, nun aber in einer großen Koalition. Dies tat er auch, als am 22. Oktober der Völkerbundsrat die Teilung Oberschlesiens bekannt gab.⁴⁹ Letztlich kam die große Koalition aber auch

46 Die Übereinkunft in: *Akten der Reichskanzlei: Die Kabinette Wirth I/III*, bearb. v. Ingrid SCHULZE-BIDLINGSMAIER, 2 Bde., Boppard 1973, S. 292. Vgl. die Besprechung der Parteiführer mit Wirth am 3. Oktober 1921, EBD. S. 297–302.

47 Typoskript »Die Bildung der großen Koalition in Preußen, November 1921«, BAK NL Herold 11; DD, 7. Oktober 1921; C. SEVERING (wie Anm. 44), S. 334f.

48 Stegerwald am 15. Oktober 1921 beim Kongress des DNHV in Berlin, DD, 18. Oktober 1921.

49 Stegerwald bei der Sitzung der Reichsregierung am 12. Oktober 1921, *Akten der Reichskanzlei Wirth* (wie Anm. 46), S. 314; Fraktionssitzungen vom 19., 22. und 23. Oktober 1921, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 267–272, 277ff.; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923*

dieses Mal im Reich nicht zustande, da die DVP und die DDP die Mitarbeit an einer Durchführungskommission für das Votum des Völkerbunds ablehnten. Das Argument von Hugo Preuß, der Rücktritt Wirths stärke den Zentrumsflügel um Stegerwald und damit den außenpolitisch unkalkulierbaren »Bürgerblock« aus Zentrum, DVP und DNVP,⁵⁰ hielt die DDP von ihrer Entscheidung nicht ab – abgesehen davon, dass diese Behauptung angesichts von Stegerwalds Eintreten für die Regierungsbeteiligung der SPD und seiner Aussöhnung mit Wirth haltlos war. Da Wirth als einziger Kandidat das Vertrauen Eberts genoss, blieb trotz heftiger Debatten in der Reichstagsfraktion des Zentrums kein anderer Ausweg als die am 25. Oktober gebildete schwarz-rote Koalition von Zentrum und SPD unter dem bisherigen Kanzler.⁵¹ Damit war das Ziel Stegerwalds, gleichzeitig die große Koalition im Reich und in Preußen auf den Weg zu bringen, gescheitert. Als Ideal hielt er an ihr aber weiterhin fest.⁵²

Nun gingen die Koalitionsgespräche in Preußen in ihre entscheidende Phase. Am 27. Oktober wurde Stegerwald von dem SPD-Abgeordneten Wilhelm Siering aufgefordert, die Bedingungen für die große Koalition in Preußen zu schaffen, wenig später erklärte er öffentlich, die Einbeziehung der SPD sei sowohl »ein Gebot politischen Anstandes als auch der Staatsnotwendigkeiten«. Die SPD beanspruchte jetzt nur mehr zwei Ministerien, darunter das Innenressort für Carl Severing, und erklärte sich gegebenenfalls sogar mit Stegerwald als Ministerpräsidenten einverstanden.⁵³ Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Preußischen Landtag, Felix Porsch, ging Stegerwald auf die Wünsche der SPD ein und bot ihr das Innen- und das Wohlfahrtsministerium an. Dies schwächte jedoch die Position der DDP, die bislang mit Alexander Dominicus den Innenminister gestellt hatte, dem Stegerwald den Rücktritt nicht selbst nahe legen wollte. Auf Vermittlung Eberts beschloss die DDP daraufhin am 31. Oktober, Dominicus zurückzuziehen, beanspruchte aber das Kultusministerium, was Stegerwald mit Rücksicht auf die kulturpolitischen Be-

(wie Anm. 5), S. 413ff.; Heinrich KÜPPERS, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik* (Historische Mitteilungen, Beiheft 27), Stuttgart 1997, S. 132ff.; Ulrike HÖRSTER-PHILIPPS, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 82), Paderborn 1998, S. 142ff.

50 Preuß am 13. Oktober 1921 bei einer Sitzung der Führungsgremien der DDP, *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933*, bearb. v. Lothar ALBERTIN und Konstanze WEGNER (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, III/5), Düsseldorf 1980, S. 209.

51 Fraktionssitzung vom 25. Oktober 1921, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 283–287. Zur Demission Wirths und zur Regierungsbildung vgl. U. HÖRSTER-PHILIPPS (wie Anm. 49) S. 144ff., H. KÜPPERS (wie Anm. 49), S. 132ff.; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 418–423.

52 Interview Stegerwalds, in: DD, 29. Oktober 1921.

53 EBD. (Zitat); *Große Koalition* (wie Anm. 47), BAK NL Herold 11.

denken seiner Partei nicht zugestand. Als daraufhin die DDP am 1. November aus der Regierung austrat, war Stegerwald endgültig zum Rücktritt gezwungen.⁵⁴ Wie in der preußischen Verfassung vorgesehen, führte das Kabinett seine Geschäfte vorerst weiter. Dass Stegerwald aber auch darüber hinaus im Amt bleiben würde, war zunächst nicht ausgeschlossen, da die Zentrumsfraktion an ihm festhielt und auch die DVP sich für ihn als Ministerpräsidenten »aus der Mitte« aussprach. Die SPD dagegen wollte schließlich doch nicht gleichzeitig in die Große Koalition eintreten und auf den Ministerpräsidenten verzichten. Als daraufhin Stegerwald bekräftigte, die große Koalition dürfe nicht an Personalien scheitern, nahm das Zentrum von seiner Nominierung Abstand.⁵⁵ Damit war das Ende des Kabinetts Stegerwald, »das nicht leben und schwer sterben konnte« (O. Braun),⁵⁶ besiegelt und der Weg für die große Koalition geebnet, zu deren Ministerpräsident der Landtag am 5. November erneut Otto Braun wählte. Das Zentrum versuchte Stegerwald noch zu bewegen, das Volkswohlfahrtsministerium weiterzuführen, und auch Braun glaubte trotz erheblicher persönlicher Ressentiments, auf den anerkannten Sozialpolitiker nicht verzichten zu können, zumal er ihn als ausgleichenden Pol zwischen den widerstrebenden Flügeln der Koalition gerne im Amt gehalten hätte.⁵⁷ Stegerwald ging darauf jedoch nicht ein, um sich wieder ganz den Christlichen Gewerkschaften und dem DGB zu widmen. Sein Nachfolger als Wohlfahrtsminister wurde der Sekretär des Christlichen Metallarbeiterverbands, Heinrich Hirtsiefer.⁵⁸

Nach seinem Rückzug aus der preußischen Landespolitik hielt Stegerwald im Vorfeld der internationalen Konferenzen von Cannes (Anfang Januar 1922) und Genua (Mai 1922) an der großen Koalition fest, ohne aber bei der SPD und bei Reichskanzler Wirth Widerhall zu finden.⁵⁹ Bestärkt von den innen-

54 EBD.; KV Nr. 794, 2. November 1921; C. SEVERING (wie Anm. 44), S. 334f.; Herbert STEGEMANN, *Wie man nicht regieren soll*, in: DD, 3. November 1921; Interview Stegerwalds, in: DD, 4. November 1921. Der Präsident des Landtags, Robert Leinert, gab den Rücktritt am 3. November bekannt, SberPrLt Bd. 3, Sp. 4134f.

55 *Große Koalition* (wie Anm. 47), BAK NL Herold 11; DD, 13. November 1921.

56 Otto BRAUN, *Von Weimar zu Hitler*, Hildesheim 1979, S. 108.

57 *Große Koalition* (wie Anm. 47), BAK NL Herold 11; DD, 13. November 1921. Zur Regierungsbildung in Preußen vgl. Thomas ALEXANDER, *Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar*, 2 Teile, Frankfurt/M. 1996, S. 639–649; H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 108–111; H. MÖLLER (wie Anm. 33), S. 352–356; Hagen SCHULZE, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt/M. 1977, S. 347ff.; Joachim STANG, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 101), Düsseldorf 1994, S. 273ff.

58 A. STEGERWALD, *Mein Rücktritt*, in: DD, 8. November 1921. Vgl. Carl Herold am 5. November 1921 im Preußischen Landtag, SberPrLt Bd. 3, Sp. 4158.

59 Stegerwald bei einer Rede Anfang Dezember 1921 in Essen, DD, 6. Dezember 1921; am 15. Februar 1922 in der Zentrumsfraktion des Reichstags, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 316; A. STEGERWALD, *Das Essener Programm*, in: *Germania* Nr. 217, 1. April 1922;

politischen Turbulenzen nach der Ermordung von Außenminister Walther Rathenau am 24. Juni 1922 durch die rechtsextremistische »Organisation Consul«, versuchte er im Sommer 1922 erneut die Erweiterung der bestehenden Weimarer Koalition um DVP und BVP und erklärte sich unter dieser Voraussetzung sogar mit der von der SPD geforderten Einbeziehung der USDP einverstanden.⁶⁰ Das Zentrum und die DDP ergriffen am 6. Juli die Initiative und überzeugten die DVP von der notwendigen Zusammenarbeit auf der Grundlage der in der republikanischen Reichsverfassung fixierten Prinzipien. Als die SPD am 10. Juli jedoch wegen grundsätzlicher Bedenken ein Bündnis mit der DVP ausschloss, waren diese Übereinkommen bereits wieder Makulatur. Als Antwort auf die Bildung der daraufhin gegründeten »Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen« von SPD und USPD vom 14. Juli 1922⁶¹ verhandelte Stegerwald an der Spitze einer Zentrumsdelegation ab dem 17. Juli mit der DDP und der DVP über die zwei Tage später gebildete »Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte«, die eine enge Abstimmung der bürgerlichen Fraktionen bei unangetasteter Selbstständigkeit bezweckte, ohne eine Fühlungnahme zur SDP/USPD unmöglich zu machen. So sollte sie auf der Grundlage einer prinzipiellen Übereinstimmung über die resolute Verteidigung der Republik gegenüber dem Radikalismus, über die Revision des Versailler Vertrags und in Fragen der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik als Brücke zwischen SPD und DVP fungieren und damit die große Koalition vorbereiten. Auf Vermittlung Stegerwalds trat im Herbst 1922 auch die BVP der Arbeitsgemeinschaft bei, wobei ihm seine engen Verbindungen zu den christlichen Arbeitern der bayerischen Schwesterpartei des Zentrums zugute kamen.⁶² Als das Kabinett Wirth im Herbst 1922 wegen der fortgesetzten innenpolitischen Radikalisierung, der galoppierenden Inflation und der immer deutlicheren Differenzen mit den Alliierten über die Erbringung der Reparationen massiv unter Druck geriet, startete Stegerwald einen neuer-

Erinnerungsbericht von Wilhelm Marx (nach 1939), Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK) NL Marx 53.

60 Fraktionssitzung vom 5. Juli 1922, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 379.

61 R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 462–465; Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 7: *Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik*, Stuttgart 1984, S. 259f.; Ernst LAUBACH, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*, Lübeck 1968, S. 245.

62 A. STEGERWALD, *Zusammenbruch* (wie Anm. 31), S. 2; Rede Stegerwalds Ende August bei der Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbands in Fulda, ZBL, 4. September 1922, sowie bei einer Zentrumskundgebung am 12. September in Friedenau, *Germania* Nr. 494, 13. September 1922. Vgl. L. E. JONES (wie Anm. 28), S. 27. Zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft vgl. den Erinnerungsbericht von Wilhelm Marx (nach 1939) HASTK NL Marx 53; G. JASPER (wie Anm. 44), S. 85f.; E. LAUBACH (wie Anm. 61), S. 294; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 259f., 266ff. Zu den Christlichen Gewerkschaften Bayerns vgl. Sedlmayr an Kaiser am 3. August 1922, BAK NL Kaiser 250.

lichen Versuch, die große Koalition zu verwirklichen, mit der sich auch Wirth einverstanden erklärte, um durch die Einbeziehung der DVP mit ihrem Rückhalt bei den Industrieverbänden seine Position gegenüber den Alliierten zu stärken.⁶³ Wie Wirth befürchtet hatte, zeitigten die Verhandlungen jedoch erneut kein Ergebnis, als die SPD mit der USPD fusionierte und der Schwerindustrielle Hugo Stinnes namens der DVP am 24. September die Wiedereinführung des Zehnsturentags, ein Streikverbot in lebenswichtigen Industrien und massive Subventionen für die Unternehmen als Grundlage des Regierungsprogramms forderte und damit für die SPD unüberwindliche Hürden aufbaute. Wirth, der mittlerweile auf die große Koalition festgelegt war, blieb schließlich nur der Rücktritt am 14. November übrig, wofür er später Stegerwald wegen seines Drängens auf die große Koalition heftige Vorwürfe machte.⁶⁴

Das am 22. November 1922 gebildete Minderheitenkabinett aus Zentrum, DDP, DVP und BVP unter dem ehemaligen Hapag-Lloyd-Generaldirektor Wilhelm Cuno, der erst nach dem Kapp-Putsch von der DVP zum Zentrum übergetreten war, betrachtete Stegerwald allenfalls als eine vorübergehende Notlösung. Daher riet er seiner Fraktion, die Unterstützung der Regierung von deren Erfolgen abhängig zu machen.⁶⁵ Dass das Zentrum Cuno wegen dessen Lavierens im Verlauf des »Ruhrkampfes« im Frühjahr und Sommer 1923 und wegen dessen Untätigkeit gegenüber der Inflation und der Wirtschaftskrise das Vertrauen entzog, war auf diesem Hintergrund ebenso wenig verwunderlich wie Stegerwalds neuerliches Drängen auf die große Koalition nach dem Rücktritt des völlig isolierten Cuno am 12. August 1923. Die Voraussetzungen dafür waren in der Tat günstig, vor allem wegen der weitgehenden Einigkeit der Parteien und Wirtschaftsverbände über den »passiven Widerstand« gegen die französische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet, der nur durch die – wenn auch kurzzeitige – Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch den Schulterchluss der Gewerkschaftsverbände vor Ort möglich wurde. Obwohl durchaus Differenzen bestanden, wie weit die Bereitschaft

63 Stegerwald in der Fraktionssitzung vom 13. November 1922, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 404; Wirth an Brüning am 5. Februar 1929, BAK NL Wirth 213 (CD-ROM) Bl. 53–57.

64 EBD.; Wirth an Kaiser am 23. Dezember 1935, BAK NL Wirth 430 (CD-ROM) Bl. 2–6; Briefwechsel zwischen Wirth und Braun von 1941, *Rückblick auf Weimar. Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil*. Dokumentation von Hagen SCHULZE, in: VfZ 26 (1978), S. 176ff., 181–184. Zum Rücktritt Wirths E. LAUBACH (wie Anm. 61), S. 293ff. Diese auch in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe wurden von Wirth und dem Zentrum aber zunächst dementiert; KV Nr. 874, 15. November 1922; *Germania* Nr. 602/603, 15. November 1922.

65 Fraktionssitzung vom 20. November 1922, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 417f. Zur Regierungsbildung R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5) S. 489ff., 499f.; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 272f.

zum Widerstand gehen und wann bzw. in welcher Form der Ruhrkampf beendet werden solle, fanden auch die Spitzenverbände der organisierten Arbeiterschaft erstmals seit dem Kapp-Putsch wieder zu gemeinsamen Initiativen zusammen, vor allem hinsichtlich der Bekämpfung der Inflation und der damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen für die sozial Schwachen.⁶⁶ Stegerwald sah hierin einen Ansatz für die Verwirklichung der Volksgemeinschaft und hoffte, die von außen erzwungene Einigkeit nach dem Ende der Besetzung aufrecht erhalten zu können. Den Arbeitern als den im Ruhrkampf bewährten »Trägern des deutschen Staatsgedankens« sollte bei der Schaffung eines »wahrhaft freien, nationalen und sozialen Staates« die entscheidende Rolle zukommen.⁶⁷ Bei den Koalitionsverhandlungen nach dem Rücktritt Cunos vertrat Stegerwald das Zentrum gemeinsam mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Marx und seinem Fraktionskollegen Theodor von Guérard.⁶⁸ Mit dem bereits am 13. August gebildeten Kabinett unter dem DVP-Politiker Gustav Stresemann war das seit 1920 von Stegerwald verfolgte Ziel, die große Koalition im Reich und in Preußen, verwirklicht. Von der neuen Regierung mit ihrer zumindest theoretisch breiten Legitimationsbasis erwartete Stegerwald die entschiedene Bekämpfung der Inflation, die Sicherung der Ernährungslage, eine Neuregelung der Reparationen, eine durchgreifende Steuerreform und schließlich eine Verwaltungsreform – und damit nichts weniger als die umfassende Sanierung des gesamten Staatswesens. Gegenüber dem bereits allenthalben geäußerten Ruf nach einem mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Diktator rief er zur vorbehaltlosen Unterstützung des verfassungsmäßigen Kabinetts auf.⁶⁹

Stegerwalds Abrücken von der großen Koalition Ende 1923

Bei seinem Einsatz für die große Koalition wusste Stegerwald die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften und des DGB hinter sich. Umso erstaunlicher war, dass er nur wenige Wochen nach der Bil-

66 W. L. PATCH (wie Anm. 6), S. 76–81; Heinrich POTTHOFF, *Freie Gewerkschaften 1918–1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1987, S. 271f.; H. RODER (wie Anm. 6), S. 338–346, Michael RUCK, *Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923*, Köln 1986, S. 55–60, 181–198; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 522ff.

67 A. STEGERWALD, *Ostern 1923*, in: DD, 1. April 1923; DERS., *Fragen der Stunde*, in: DD, 20. Mai 1923; sein Vortrag am 2. Juni 1923 in Dessau, DD, 6. Juni 1923.

68 Fraktionssitzung vom 15. August 1923, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 473; Stegerwald an Marx am 8. Februar 1925, HASTK NL Marx 67. Zur Regierungsbildung und Stegerwalds Rolle dabei vgl. R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5) S. 516f.; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 302–307, 331–334; H. POTTHOFF (wie Anm. 66), S. 294f.

69 Bei einer Rede am 20. August 1923 in Berlin, KV Nr. 604, 21. August 1923.

derung des Kabinetts Stresemann dem Drängen einer Minderheit innerhalb der DGB-Spitze um den Vorsitzenden des Christlichen Landarbeiterversbands, des DNVP-Reichstagsabgeordneten Franz Behrens, und den zur DVP gehörenden Vorsitzenden des Christlichen Eisenbahnerverbands, Wilhelm Gutsche, nachgab und sich für den Bruch der großen Koalition einsetzte. Behrens und Gutsche hatten sich angesichts der fortgesetzten Wirtschafts- und Staatskrise Ende September 1923 mit den DNVP-Politikern Oskar Hergt und Kuno Graf Westarp darauf verständigt, mit Unterstützung des DGB die SPD aus der Regierung zu drängen und auf die Berufung des Reichwehrgenerals Hans von Seeckt an die Spitze eines mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Kabinetts hinzuwirken, in dem Stegerwald das Arbeitsministerium übernehmen sollte. Stegerwald war bereits mehrfach seit der Revolution von Vertretern der extremen Rechten umworben worden, hatte bislang aber immer mit dem Hinweis auf die mit einem Abrücken von der Weimarer Verfassung absehbare Eskalation derartigen Überlegungen eine klare Absage erteilt.⁷⁰ Auch als Behrens ihn bei einer DGB-Ausschusstagung am 27. September 1923 in Berlin in seine Machenschaften einweihte, hielt er im Einklang mit der Mehrheit der aus dem Westen des Reiches stammenden, dem Zentrum zuzurechnenden Ausschussmitglieder an der Einbeziehung der SPD in die Regierungsverantwortung fest und lehnte eine Initiative des DGB gegen das regierende Kabinett ab.⁷¹ Als am 3. Oktober die große Koalition wegen Auseinandersetzungen über die von der DVP heftig geforderte, von der SPD aber strikt abgelehnte Einbeziehung der Arbeitszeitfrage in ein im Prinzip bei allen Parteien unumstrit-

70 So im Mai 1919, als der Jungsolidarier Eduard Stadler nach dem Bekanntwerden der alliierten Friedensbedingungen versuchte, die Unterstützung Stegerwalds für einen vom Freikorps Lüttwitz ausgehenden Umsturz im Reich zu gewinnen. Nach den Planungen des Majors Walther von Lüttwitz sollte Stegerwald im Juni 1919 gemeinsam mit Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) und dem preußischen Innenminister Wolfgang Heine (SPD) ein Regierungs-»Triumvirat« bilden. Auch Wolfgang Kapp hatte bei seinem Putsch im März 1920 erwogen, Stegerwald als Verbindungsmann zur Arbeiterbewegung in sein »Putschkabinett« aufzunehmen. Zu den Umsturzplänen Stadlers: Stadler an M. Spahn am 27. Juli 1919, BAK NL Spahn 3; Eduard STADTLER, *Als Antibolschewist*, Düsseldorf 1935, S. 164–169; *Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Beiträge zur Geschichte des neuen Deutschlands. Nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses*, bearb. v. Karl BRAMMER, Berlin 1922, S. 73. Zum Kapp-Putsch: Kapp an Jagow am 31. Januar 1922, in: Erwin KÖNNEMANN/Gerhard SCHULZE (Hg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*, München 2002, S. 571f.

71 A. STEGERWALD, *Wahrheit und Klarheit*, in: DD, 9. Oktober 1923; *Germania* Nr. 273, 2. Oktober 1923; »Ein Nachwort zur Ausschusssitzung des DGB«, in: ZBL, 22. Oktober 1923. Zur Nennung Stegerwalds als Arbeitsminister vgl. *Germania* Nr. 275, 4. Oktober 1923; *Vorwärts* Nr. 466, 5. Oktober 1923; Tagebuchaufzeichnung von Generalleutnant Lieber, in: *Akten der Reichskanzlei: Die Kabinette Stresemann I/II* (2 Bde.), bearb. v. Karl Dietrich ERDMANN und Martin VOGT, Boppard 1973, S. 1190f.; Günter ARNS, *Die Krise des Weimarer Parlamentarismus im Frühherbst 1923*, in: *Der Staat* 8 (1969), S. 181–216.

tenes, zeitlich begrenztes Ermächtigungsgesetz zerbrach, schwenkte Stegerwald jedoch auf die Haltung von Behrens und Gutsche ein.⁷² Der Grund für diesen Gesinnungswandel war weniger eine ideologische Affinität zu den Frondeuren um Seeckt als vielmehr Stegerwalds Überzeugung von der Notwendigkeit eines grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kurswechsels, der den Arbeitern erhebliche Zumutungen beschert hätte und den er daher der SPD nicht zutraute: Als Dreh- und Angelpunkt der Währungssanierung und der Wirtschaftsbelebung nach dem Abbruch des Ruhrkampfes am 26. September sah Stegerwald eine Erhöhung der Produktivität und damit eine Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Da die SPD nicht nur die Maximalforderung der DVP nach einer weitgehenden Freigabe der Arbeitszeit im Bergbau ablehnte, sondern auch einen Kompromissvorschlag von Arbeitsminister Heinrich Brauns, der Arbeitszeitverlängerungen im Bergbau prinzipiell ermöglichte, aber nur nach Maßgabe der mit der jeweiligen Tätigkeit verbundenen gesundheitlichen Belastung, setzte sich Stegerwald nun für das Ende der Koalition mit der SPD ein.⁷³ Provozierte Stegerwald schon damit erhebliche Widerstände in den eigenen Reihen, so stellte er sich mit einem Artikel in der DGB-Zeitung »Der Deutsche« vom 3. Oktober noch weiter ins Abseits, in dem er angesichts der fortwährenden Regierungskrisen seit 1919 und des enormen Handlungsbedarfs in der Innen- und Wirtschaftspolitik dafür plädierte, ein »kleines, homogenes Kabinett« solle bis zu einer allgemeinen innen- und außenpolitischen Beruhigung, die er erst nach einigen Jahren erwartete, auf der Grundlage eines allgemeinen Ermächtigungsgesetzes regieren. Der Reichstag sollte bis dahin nur mehr zu vereinzelt, kurzen Sessionen zusammentreten, ansonsten aber die Regierung gewähren lassen.⁷⁴ Als Stresemann am 6. Oktober erneut zum Reichskanzler einer großen Koalition berufen wurde und die Parteien vereinbarten, wie von der SPD gefordert, die umstrittene Arbeitszeitfrage aus dem am 13. Oktober vom Reichstag beschlossenen Ermächtigungsgesetz auszuklammern, war Stegerwald nicht nur bei der SPD restlos diskreditiert.⁷⁵ Auch in seiner eigenen Fraktion und bei den Christlichen Gewerkschaften hatte seine bislang unangefochtene Stellung wegen

72 EBD. S. 186–192; Uwe OLTSMANN, *Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns in der Staats- und Währungskrise 1923/24. Die Bedeutung der Sozialpolitik für die Inflation, den Ruhrkampf und die Stabilisierung*, Kiel 1968, S. 194–213.

73 Stegerwald in den Fraktionssitzungen vom 2. bis 5. Oktober 1923, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 482–490; A. STEGERWALD, *Zur Regierungskrise*, in: DD, 7. Oktober 1923; Rede in Frankfurt/Main am 21. Oktober 1923, DD, 25. Oktober 1923; KV Nr. 719, 3. Oktober 1923; Erinnerungsbericht von Wilhelm Marx (1939), HASTK NL Marx 54.

74 A. STEGERWALD, *Handeln statt Reden!*, in: DD, 3. Oktober 1923. Vgl. Kaiser an Sedlmayr am 22. Februar 1924, BAK NL Kaiser 250; A. STEGERWALD, *Märchen*, in: KV Nr. 251, 3. April 1924.

75 *Vorwärts* Nr. 233, 4. Oktober 1923.

seines Werbens für eine »legale Diktatur« erhebliche Blessuren davongetragen.⁷⁶

Bereits hier hatte sich gezeigt, dass Stegerwalds Rückbindung in den Christlichen Gewerkschaften und im DGB einerseits die Voraussetzung für seine politische Tätigkeit war, andererseits aber auch seine Gestaltungsspielräume erheblich einengte. Dies wurde nur wenige Wochen später in aller Schärfe deutlich, als er nach dem Rücktritt Stresemanns am 23. November selbst möglicher Kanzlerkandidat genannt wurde.⁷⁷ Da nach dem endgültigen Scheitern der großen Koalition eine Mehrheitsregierung nur unter Einschluss der DNVP möglich war, der Wunsch kandidat des Reichspräsidenten, Wilhelm Marx, wegen grundsätzlicher Bedenken aber ablehnte, erschien Stegerwald kurzzeitig als der geeignete Zentrumsolitiker für die heikle Aufgabe, die schwerindustrielle und noch weitgehend monarchische Partei in ein Kabinett auf der Grundlage der Reichsverfassung einzubinden. Für ihn sprachen tatsächlich gewichtige Gründe, da er über die Christlichen Gewerkschaften und den DGB gute Beziehungen zur DVP und zur DNVP besaß, in der BVP geachtet war und damit zu rechnen war, dass er die Kraft zur Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber den Arbeitern besaß. Auch war nicht ausgeschlossen, dass er – abermals über die Arbeiterbewegung – den unterbrochenen Gesprächsfaden mit der SPD letztlich doch wieder anknüpfen könne. Und nicht zuletzt besaß er das Vertrauen des mächtigen Generals Seeckt, der seit dem Hitler-Putsch vom 8./9. November die vollziehende Gewalt im Reich innehatte.⁷⁸

Wilhelm Marx forderte am 24. November bei einer Sitzung des Fraktionsvorstandes Stegerwald erstmals dazu auf, selbst die Regierung zu bilden, was dieser zunächst »entschieden und unwiderruflich« zurückwies.⁷⁹ Auch »Der Deutsche« dementierte die daraufhin bald aufkeimenden Gerüchte um eine Kandidatur des Arbeiterführers – allerdings ebenso heftig wie ergebnis-

76 Fraktionssitzung vom 4. Oktober 1923, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 486f.; Erinnerungsbericht von W. Marx (1939), HASTK NL Marx 54; A. STEGERWALD, *Zur Regierungskrise*, in: DD, 7. Oktober 1923; Stegerwald im Oktober 1924 bei einem Gewerkschaftskongress in Köln, »Öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften«, in: ZBL, 27. Oktober 1924; »Ein Nachwort zur Ausschußsitzung des DGB«, in: ZBL, 22. Oktober 1923; A. STEGERWALD, *Märchen*, in: KV Nr. 251, 3. April 1924. Zur Regierungsbildung und zum Ermächtigungsgesetz G. ARNS (wie Anm. 71), S. 191f.; Michael FREHSE, *Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914–1933*, Pfaffenweiler 1985, S. 91–113; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 359ff.

77 EBD. S. 390–431; R. MORSEY, *Zentrumsparterie 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 545–549.

78 Erinnerungsbericht von W. Marx (1939), HASTK NL Marx 54 (Zitat); Denk an Marx am 30. November 1923, HASTK NL Marx 133; DD, 2. Dezember 1923; Tagebuchaufzeichnung von Generalleutnant Lieber über eine Unterredung mit Seeckt am 24. Oktober 1923, *Akten der Reichskanzlei Stresemann* (wie Anm. 71), S. 1190f.; Hans MEIER-WELCKER, *Seeckt*, Frankfurt/Main 1967, S. 394, 415.

79 Erinnerungsbericht von W. Marx (1939), HASTK NL Marx 54.

los.⁸⁰ Denn nachdem Siegfried von Kardorff (DVP), der parteilose Heinrich Albert und der Oberbürgermeister von Duisburg, Karl Jarres, schon nach ersten Gesprächen wieder aufgegeben hatten, schlugen Vertreter aller bürgerlichen Parteien am 27. November Stegerwald dem Reichspräsidenten als akzeptablen Kandidaten vor, und noch in der Nacht auf den 28. November trug Ebert Stegerwald die Kanzlerwürde an. Stegerwald lehnte zunächst zwar wegen politischer Bedenken und aus gesundheitlichen Gründen ab, erklärte sich nach einer weiteren Bedenkzeit am 28. November aber schließlich »aus vaterländischen Gründen« bereit, zumindest die Möglichkeiten für eine Kabinettsbildung auszuloten. Dabei stellte er klar, dass die große Koalition, die Weimarer Koalition und ein von den Parteien unabhängiges Kabinett für ihn nicht in Frage kämen. Als erstes wandte er sich an die DNVP, da er die von ihr vertretene Landwirtschaft und die Reichswehr als »reale Kraftzentren« in die Verantwortung einbinden wollte. Die prinzipielle Zustimmung der DNVP erhielt er zwar sofort, aber mit ihrer Forderung an das Zentrum, die große Koalition in Preußen aufzukündigen und gleichzeitig mit der Regierungsbildung im Reich dort ebenfalls ein bürgerliches Kabinett zu bilden, verringerte sie bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Stegerwalds Spielraum erheblich, was das anschließende Abwinken der übrigen bürgerlichen Parteien nachdrücklich unterstrich.⁸¹ Deren Reaktionen zeigten auch, wie gering der Spielraum für Stegerwald überhaupt war. Schon die Zusage Stresemanns, das Außenministerium weiterführen zu wollen, war lediglich ein Entgegenkommen an Marx, kein Vertrauensbeweis für Stegerwald.⁸² Groß war die Skepsis auch bei der DDP, die Stegerwald das persönliche Format und die fachliche Qualifikation für das hohe Amt absprach und ihm allenfalls wohlwollende Neutralität entgegen bringen wollte.⁸³ Ja selbst in der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums regte sich Widerstand, da sie Stegerwald nicht die große Koalition in Preußen zu opfern gedachte. Zudem wurden hier auch persönliche Ressentiments gegen ihn geäußert, die noch von seinem Intermezzo als Ministerpräsident herrührten. Und schließlich ließen auch durchaus begründete Sorgen vor Konflikten zwischen Stegerwalds Rolle als Gewerkschafter und Parteipolitiker es zwingend scheinen, von seiner Nominierung abzura-

80 DD, 25. November 1923; KV Nr. 865, 28. November 1923.

81 KV Nr. 867, 28. November 1923; Interview Stegerwalds, DD, 1. Dezember 1923; A. STEGERWALD, *Zur Innenpolitik der letzten Jahre*, in: DD, 5. Dezember 1923; *Germania* Nr. 325, 28. November 1923; Aufzeichnung von Wilhelm Marx vom 28. November 1923, HASTK NL Marx 58; Erinnerungsbericht von W. Marx (1933), HASTK NL Marx 57.

82 Stresemann an Marx am 28. November 1923, in: *Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden*, hg. v. Henry BERNHARD, Berlin 1932/33, Bd. 1, S. 247f.

83 Hamm an Gessler am 25. November 1923, in: Otto GESSLER: *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*, hg. v. Kurt SENDTNER, Stuttgart 1958, S. 494f.

ten.⁸⁴ Einen vollständigen Vertrauensverlust in der Arbeiterbewegung hätte Stegerwald aber riskiert, wenn er auf die Forderungen eingegangen wäre, die der Großindustrielle Friedrich Minoux, der dem Umkreis von Stinnes und Seeckt angehörte, und Clemens Lammers vom Reichsverband der Deutschen Industrie – beide Zentrumsmitglieder – Stegerwald als Gegenleistung für die Unterstützung durch die Industrieverbände am Abend des 28. November präsentierten: Schwer wog bereits die hier erörterte Zusammenfassung des Arbeits-, des Wirtschafts- und des Ernährungsministeriums unter Führung von Minoux. Schlicht untragbar musste für Stegerwald aber der Gedanke von Lammers sein, die tägliche Arbeitszeit wieder auf bis zu 15 Stunden auszudehnen, was sämtliche bisherigen Errungenschaften der Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage während der Revolution mit einem Schlag zunichte gemacht hätte. Stegerwald blieb nur zu antworten: »Das ist sehr interessant, was Sie mir da erzählt haben, es wäre mir sehr lieb, wenn Sie diese Auseinandersetzungen noch einmal im Beisein meiner Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre in einem Vortrag in der Kaiserallee [am Sitz der Christlichen Gewerkschaften] wiederholen könnten.« Lammers kommentierte die Rücksichtnahme, die Stegerwald notwendigerweise auf die Arbeiterbewegung nehmen musste, später mit den Worten: »In dieser schicksalsschwersten Stunde Deutschlands kam dieser Mann ..., auf den sich hoffnungsvoll die Augen fast ganz Deutschlands richteten, nicht über das Niveau eines Arbeitersekretärs hinaus.«⁸⁵

Nach neuerlichen Verhandlungen mit Stresemann am Vormittag des 29. November musste Stegerwald einsehen, dass er die bürgerlichen Parteien nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen konnte. Als letzte Möglichkeit blieb nun lediglich ein Minderheitenkabinett aus Zentrum, DVP und DDP, dem er im Zeichen der für 1924 anberaumten Reichstagswahlen und angesichts von absehbar drastischen Maßnahmen keinen langen Bestand prophezeite. Als sich Ebert zuletzt weigerte, Stegerwald eine Blankovollmacht für die Reichstagsauflösung an die Hand zu geben, keine Aussicht auf die Mehrheit für ein allgemeines Ermächtigungsgesetz für ihn im Reichstag bestand, er aber nicht auf der Grundlage des »zweifelhaften« Art. 48 der Reichsverfassung regieren wollte, sofern er dafür überhaupt Eberts Unterschrift erhalten hätte, musste er seine Sondierungen als gescheitert betrachten. Dem Reichspräsidenten empfahl er, den als ausgleichend geltenden und allseits geachteten Wilhelm Marx mit der Regierungsbildung zu beauftragen und Stresemann erneut zum Außenminister zu berufen. Bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen mit

84 Aufzeichnung von W. Marx über eine Unterredung mit der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags am 29. November 1923 und Schulte an Marx am 30. November 1923, HASTK NL Marx 58. Vgl. VERUS (wie Anm. 31), S. 131f.

85 So die spätere Schilderung bei Hermkes an Dessauer am 10. November 1924, Archiv der Kommission für Zeitgeschichte NL Dessauer 1 Bl. 178–181.

der DVP und der DDP am 29. und 30. November sowie bei der Zusammenstellung der Kabinettsliste machte Stegerwald weiterhin seinen Einfluss geltend.⁸⁶ Der von Marx geführten Koalition sagte Stegerwald aber schon bei einer Besprechung mit dem DNVP-Führer Oscar Hergt am Abend des 29. Oktober keine lange Zukunft voraus, vielmehr herrschte bei dieser Gelegenheit Übereinstimmung, dass bald ein Zusammengehen des Zentrums mit der DNVP nötig sei, um die Schwerindustrie und die Großagrarier für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in die Pflicht zu nehmen. Auf welche Gratwanderung er sich dabei einließ, war ihm bewusst. Denn als ihn Hergt neuerlich ersuchte, er solle sich bei Ebert und Seeckt für das Ende der großen Koalition und die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen einsetzen, um Otto Braun aus dem Amt zu drängen, winkte er mit der Bemerkung ab, er wolle sich mit einem solchen Schritt nicht der Opposition seiner Gewerkschafter aussetzen.⁸⁷

Tatsächlich provozierte Stegerwald erhebliche Widerstände, als er sich 1924 für eine Koalition mit der DNVP einsetzte und versuchte, die Christlichen Gewerkschaften für diesen Richtungswechsel zu gewinnen. Dass es ihm dabei weniger um ideologisch begründete Gemeinsamkeiten mit der DNVP ging als vielmehr darum, diese Partei durch die Teilhabe an der Verantwortung zu domestizieren und in den Weimarer Parlamentarismus zu integrieren, vermochte er seinen Kollegen in den Gewerkschaften und im Zentrum nicht überzeugend zu vermitteln. Die heftigen, auch persönlich gefärbten Angriffe, die deswegen der Bergarbeiterführer Heinrich Imbusch und sein Fraktionskollege Joseph Wirth 1924/25 gegen ihn richteten, waren ein nicht zu leugnendes Anzeichen dafür. Als sowohl die Christlichen Gewerkschaften als auch die Zentrumspartei wegen der mit Stegerwald verbundenen internen Auseinandersetzungen in Mitleidenschaft gerieten, ja bisweilen sogar zu zerbrechen drohten, lenkte Stegerwald ein und besann sich darauf, noch mehr als bisher den Charakter der Gewerkschaften und des Zentrums als Brücke zwischen den Tarifparteien bzw. zwischen den politischen Lagern herauszuarbeiten. Im Fall der Gewerkschaften bedeutete dies eine Rückbesinnung auf die rein tarifpolitischen Aufgaben und eine Wiederannäherung an die Freien Gewerkschaften sowie ein Ringen um die Wiederbelebung der Anfang 1924 untergegangenen Zentralarbeitsgemeinschaft, im Fall der Zentrumspartei eine prononcierte Profilierung als die Mittelpartei der Weimarer Republik schlechthin, die im Inte-

86 Notiz Stresemanns vom 29. November 1923, *Stresemann: Vermächtnis*, Bd. 1 (wie Anm. 82), S. 255; DD, 1. Dezember 1923; Interview Stegerwalds, DD, 1. Dezember 1923; Stegerwald bei einer Wahlkampfreda am 23. März 1924 in Hagen, KV Nr. 225, 24. März 1924; A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27), S. 18; DERS., *Märchen* (wie Anm. 74); Stegerwald an Marx am 3. April 1924, HASTK NL Marx 67. Zur Bildung des Kabinetts Marx vgl. Ulrich von HEHL, *Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie*, Mainz 1987, S. 252–255; K. RUPPERT (wie Anm. 5), S. 35–39.

87 W. L. PATCH (wie Anm. 6), S. 86f.

resse der Stabilisierung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems zu jeder Koalition auf der Basis der Weimarer Reichsverfassung bereit sein müsse. Beides floss Ende 1928 in Stegerwalds neuerlichem Einsatz für die dann im April 1929 gebildete und im März 1930 zerbrochene große Koalition unter Hermann Müller (SPD) zusammen, wie es in dem eingangs erwähnten Zitat pointiert zum Ausdruck kam. Dass das Zentrum auf der Grundlage des Selbstverständnisses von der ausgleichenden Mitte als die stabilisierende Konstante der Weimarer Republik agieren konnte, ging in entscheidendem Maße auf Stegerwald zurück. Er war zwar keineswegs der Einzige, der dieses Gedankengut in seiner Partei vertrat. Er war aber sicherlich derjenige, der daraus die zwingendsten praktischen Schlussfolgerungen zog.

Freiburger Nationalökonomien auf dem Weg in den Widerstand: Neue Erkenntnisse über die Rolle des »Professorenausschusses« von 1939¹

Von Daniela Rütter

In der Historiographie über die oppositionellen Freiburger Kreise rund um die Nationalökonomien Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe wird er immer wieder am Rande erwähnt, der so genannte »Professorenausschuß« von 1939. Dabei erscheint er im Kontext der Vorgeschichte der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath, eines der Freiburger Kreise, der 1943 aus einer stillgelegten Arbeitsgemeinschaft der Akademie für Deutsches Recht hervorging. Abgeleitet wird dies im Wesentlichen aus personellen Überschneidungen: Wie die beiden Freiburger Walter Eucken und Adolf Lampe gehörten auch Jens Jessen und Heinrich von Stackelberg beiden Gremien an. Die tradierte Darstellung impliziert, dass es sich um eine von offizieller Seite aus eingerichtete temporäre Institution zur wissenschaftlichen Politikberatung handelte, die von den unabhängig agierenden Professoren genutzt wurde, um Kritik an der eingeschlagenen Richtung der Wirtschaftspolitik zu üben. Die bis dato bekannten Fakten: Reichswirtschaftsminister Funk habe zu Beginn des Krieges ein Gremium von Wirtschaftswissenschaftlern beauftragt, ein Gutachten über das Problem der Kriegsfinanzierung zu erstellen.² Die Arbeit dieses Professorenausschusses, dem außer Eucken, Lampe, Jessen und von Stackelberg noch Wilhelm Hasenack, Rudolf Stucken und Hans Teschemacher angehörten, habe sich quasi unabhängig, auf neutralem Boden vollzogen, im Harnack-Haus, dem Gästehaus der Berliner Universität. Das geheime, »hochpolitische« Gutachten, das dezidiert »antiinflationistische Ratschläge« enthielt, sei, so impliziert es die Überlieferung, aufgrund seiner kritischen Tendenz totgeschwiegen worden und habe keinerlei Wirkung gezeigt. Gestützt wurde diese Deutung des Professorenausschusses durch die Aussage eines der Beteiligten, Professor Wilhelm Hasenacks, der berichtete, dass ein an dem

1 Vorliegender Aufsatz fußt auf meiner unter dem Titel »Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler« veröffentlichten Dissertation. Paderborn 2002.

2 Dagmar RÜBSAM/Hans SCHADEK (Hg.), Der »Freiburger Kreis«. Widerstand und Nachkriegsplanung 1933–1945. Katalog einer Ausstellung, Freiburg i.Br. o.J. [1989], S. 91f.; Christine BLUMENBERG-LAMPE, Einführung in die Edition, in: *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–1947*, bearb. v. Christine BLUMENBERG-LAMPE, Stuttgart 1986, S. 23.

Abend der Unterzeichnung des Gutachtens geplanter Empfang beim Reichswirtschaftsminister unter irgendeinem Vorwand kurzfristig abgesagt worden sei.³ – Der Professorenausschuss war nach dieser Sicht lediglich eine kurze Episode der Widerstandsgeschichte der Freiburger Kreise.

Viele Fragen lässt diese Darstellung indes unbeantwortet. So bleibt verborgen, wo aufseiten der Freiburger NationalökonomInnen potentielle Motive lagen, die sie dazu bewogen, sich an einem Ausschuss des Reichswirtschaftsministeriums zu beteiligen, also letztendlich mit einer offiziellen Stelle des Regimes zu kooperieren. Schließlich setzten sie sich gleichzeitig im schon seit 1938 tagenden Freiburger Konzil kritisch mit diesem Regime auseinander, und es wird bisher zumeist behauptet, die an den Freiburger Kreisen Beteiligten hätten sich im »Dritten Reich« in die »innere Emigration« zurückgezogen.⁴ Auch die mit der Einrichtung des Professorenausschusses aufseiten des Reichswirtschaftsministeriums verbundenen Intentionen lagen bisher im Dunkeln. Wie kam es überhaupt zur Einberufung dieses Gremiums, das dann eine unbequem-kritische Stellungnahme verfasste?

Bisher nicht berücksichtigte Quellen aus dem Nachlass Adolf Lampes sowie Schriftstücke aus den Akten des Reichswirtschaftsministeriums ermöglichen es, die Entstehung und den Verlauf des Professorenausschusses en détail nachzuzeichnen. Die bisherige Überlieferung wird dabei in entscheidenden Punkten revidiert. Die Einordnung in die Geschichte der Freiburger Kreise macht evident, dass der Professorenausschuss weit mehr als eine kurze Episode der Widerstandsgeschichte ist. In vielfacher Hinsicht ist seine Geschichte bedeutungsvoll: Sie ist nicht nur ein instruktives Beispiel für die spezifischen nationalökonomischen Auffassungen der Freiburger NationalökonomInnen und ihre daraus hervorgehenden Aktivitäten, wobei insbesondere die maßgebliche treibende Rolle Lampes ins Licht rückt. Dem Professorenausschuss kommt eine Schlüsselbedeutung für die Rolle der Freiburger im Widerstand zu, da hier Grundlagen für die Kontakte der Freiburger NationalökonomInnen zum Kreis der engeren Verschwörung des 20. Juli 1944 gelegt wurden.

Die Konstituierung des Professorenausschusses – Adolf Lampe als Initiator

Es war nicht Reichswirtschaftsminister Funk, der den Anstoß zur Konstituierung des Professorenausschusses gab, auch wenn dies das Anschreiben der

3 Olaf TRIEBENSTEIN, *Vorbemerkung*, zu: Adolf LAMPE, *Preisbindung und Rationierung als Mittel zur Ausschaltung von Inflationenwirkungen*, in: *Sozialökonomie in politischer Verantwortung. Festschrift für Joachim Tiburtius*, hg. von Olaf TRIEBENSTEIN, Berlin 1964, S. 181f.

4 Ulrich KLUGE, *Der »Freiburger Kreis« 1938–1945. Personen, Strukturen und Ziele kirchlich-akademischen Widerstandsverhaltens gegen den Nationalsozialismus*, in: *Freiburger Universitätsblätter*, H. 102, Dezember 1988, S. 35f.

Professoren an den Minister nahe legt, das dem Gutachten vorausging.⁵ Darin heißt es: »Sie haben uns den Auftrag erteilt, uns als Wissenschaftler zu der Wirtschaftslage, den daraus zu ziehenden Folgerungen und insbesondere auch zu den Fragen der Kapitalbildung und dem Finanzierungsproblem gutachtlich zu äußern.«⁶ Anders als in der Forschung bisweilen dargestellt, ging die Initiative zu dem Ausschuss auch nicht auf Jens Jessen⁷ oder auf die des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium und Mitglieds des Reichsbankdirektoriums, Kurt Lange,⁸ zurück und war ebenso nicht allein der Anregung von Ministerialrat Dr. Paul Josten⁹ zu verdanken. Vielmehr wurde der Ausschuss nach hartnäckigen Interventionsversuchen Lampes ins Leben gerufen. Er hatte seit 1934 den verschiedensten Stellen einen Vorschlag zur Einberufung einer »Konferenz der Volkswirte« (erfolglos) unterbreitet – so dem NS-Juristenbund, der Reichsleitung der NSDAP und einem Oberstleutnant im Reichskriegsministerium.¹⁰

Die Fakten: Im März 1939 ließ Lampe durch seinen Assistenten drei Exemplare seines Vorschlags an Ministerialrat Josten im Reichswirtschaftsministerium senden, mit dem er bereits zuvor auf dem Korrespondenzweg über das Thema Kreditschöpfung diskutiert hatte. Zwei Monate später fragte er nach, ob die Konferenz stattfinden werde.¹¹ Anfang September war es dann

5 Vollständige Exemplare des Gutachtens befinden sich im Nachlass Adolf Lampes (die 15. Ausfertigung des Gutachtens), ACDP 01-256-025, in den Akten des Reichswirtschaftsministeriums (die 6. Ausfertigung ohne Minderheitsvoten), BA R 7/4236, Bl. 351-400 und im Nachlass von Johannes Popitz (die 1. Ausfertigung des Gutachtens sowie die im NL Lampes nicht vorhandenen Vorgutachten von Hasenack, Jessen, Stucken und Teschemacher), BA NL 262/106; ein Teil des Gutachtens ist publiziert in: Hans MÖLLER (Hg.), *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948*, Basel-Tübingen 1961, S. 25–37; ein Teilgutachten Lampes zum Thema »Preisbindung und Rationierung als Mittel zur Ausschaltung von Inflationswirkungen« ist gedruckt bei O. TRIEBENSTEIN, *Sozialökonomie* (wie Anm. 3), S. 181–193.

6 Von Eucken, Hasenack, Jessen, Lampe, von Stackelberg, Stucken und Teschemacher gezeichnetes Schreiben an Funk vom Dezember 1939 (ACDP 01-256-025).

7 Vgl. Hans MÖLLER, *Heinrich von Stackelberg – Leben und Werk*, in: *Heinrich von Stackelberg. Gesammelte wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen*, hg. v. Norbert KLOTEN/Hans MÖLLER, Bd. 1, Regensburg 1992, S. 20*.

8 Gerhard SCHULZ, *Über Johannes Popitz (1884–1945)*, in: *Der Staat*, 24 (1985), S. 500.

9 Christine BLUMENBERG-LAMPE, Einführung (wie Anm. 2), S. 23, Anm. 20. Dr. Paul Josten (1883–1974) war seit 1920 im Reichswirtschaftsministerium tätig. 1946 wurde er stv. Geschäftsführer des Zonenbeirats Hamburg und Preiskommissar beim Länderrat Stuttgart, von 1947 bis 1948 war er MinDir. bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

10 Lampe an die Reichsleitung der NSDAP, z.H. Max Beust, 2.1.1936 (in diesem Schreiben findet sich ein Verweis darauf, dass der Vorschlag etwa eineinhalb Jahre zuvor »ohne Erfolg« beim Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbund eingereicht worden war), ACDP 01-256-006; Lampe an Oberstleutnant von Belli, Reichskriegsministerium, 13.3.1937, Ebd. 034/4, vgl. dazu die Korrespondenz, Ebd. 034/4.

11 Ebd. 025.

soweit. Via Rundschreiben, das als »vertraulich« klassifiziert wurde und von Ministerialdirektor Kurt Lange unterzeichnet war, dem Leiter der Hauptabteilung IV, zu dem das Referat 3 »Steuerpolitik, Grundsatzfragen volkswirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Art, Währungsfragen, Geldverfassung« unter Josten gehörte¹², erging die Einladung zu einer »Aussprache über die Aufgabenstellung und die Art der Zusammenarbeit« an die Professoren.¹³ Begründet wurde die Einladung damit, dass sich das Reichswirtschaftsministerium zur Behandlung der ihm gestellten »vordringlichen Fragen«, der »Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft« und der »Pflege des Kapitalmarkts einschließlich der Lösung der Finanzierungsprobleme«, der »Mitarbeit namhafter Wirtschaftswissenschaftler versichern« wolle.

Wie aus einem vermutlich von Josten stammenden dreiseitigen Schriftstück hervorgeht, das im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des Professorenausschusses am 14. September 1939 anzusiedeln ist und Zweck, Zusammensetzung, Thema, wirtschaftspolitische Voraussetzungen sowie Bedingungen und Durchführung der Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses umriss, lehnte sich die Struktur des Gremiums eng an Lampes Vorschlag für eine »Volkswirtekonzferenz« an.¹⁴ Nach dem ursprünglichen Vorschlag Lampes sollte die aus einer Auswahl aller derjenigen Dozenten der Volkswirtschaftslehre, die »praktisch dienliche Vorschläge« zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme machen könnten bzw. bereits gemacht hätten, zusammengesetzte und unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagende Arbeitsgemeinschaft zur Lösung damaliger (wehr)wirtschaftspolitischer Probleme Denkschriften ausarbeiten, die – ohne Nennung der jeweiligen Verfasser – ausschließlich den zuständigen Ressorts zur Verfügung gestellt werden sollten. Angesichts der Pflicht und des Anspruchs (sic!) der Wirtschaftswissenschaft darauf, »ihren Dienst zu leisten«, sollte der Einzelne hinter der Gesamtaufgabe zurücktreten. Jedoch sah Lampe vor, dass auch Minderheitsgutachten und Einzelvoten zulässig seien, sofern sie »eindeutig pessimistischer gehalten sind als die Hauptgutachten«.¹⁵

Bei der Konstituierung des »Professorenausschusses« wurde auf ein sämtliche Dozenten der Volkswirtschaftslehre umfassendes Auswahlverfahren verzichtet – wobei die Beschränkung des Mitarbeiterkreises in offensichtlicher Auseinandersetzung mit dem Vorschlag Lampes mit dem Kriegszustand und der eingeschränkten Möglichkeit zu aktiver Mitarbeit gerechtfertigt wurde. In

12 Geschäftsverteilungsplan vom 5.4.1939 (BA R 7/6, Bl. 80).

13 Schreiben Langes vom 8.9.1939 (ACDP 01-256-025).

14 O.V., *Betr.: Professorenausschuß am Donnerstag, den 14. Sept. 1939, vorm. 11 U., Sitzungssaal I. Stock*, Ebd.

15 Adolf LAMPE, *Vorschlag eines Wirtschaftstheoretikers betr. Einberufung einer Konferenz der Volkswirte, Anlage zu »Möglichkeiten marktlicher Wehrwirtschaftspolitik und herrschende Wirtschaftsauffassung (etwa 1937)*, Ebd. KO34/4 (7).

deutlicher Parallele zu Lampes Vorschlag wurde als Voraussetzung der Zusammenarbeit u. a. bestimmt, dass kein »persönlicher Ehrgeiz« ins Spiel kommen dürfe und der Einzelne nach außen nicht herausgestellt werden könne. Außerdem wurde neben einem Gesamtgutachten auch die Möglichkeit eingeräumt, dass Minderheitsvoten verfasst werden könnten, »falls jemand die Entwicklung ungünstiger sieht als die Gesamtheit oder einen weitergehenden Vorschlag zu machen hat«. ¹⁶ Schließlich verriet auch die Definition des Zwecks des »Professoren Ausschusses« den Einfluss Lampes. So wurde nicht nur bestimmt, dass der Ausschuss der »Auswertung der theoretischen und praktischen Kenntnisse aus dem Erfahrungsbereich der Universitätslehrer« und der »Einschaltung der Wissenschaft bei der Planung wirtschaftspolitischer Maßnahmen« dienen sollte, sondern auch, dass die Gelegenheit gegeben werden sollte, »unter Beweis zu stellen, dass die volkswirtschaftliche Theorie keineswegs unfruchtbar ist«. Seine Legitimation erhielt der Ausschuss durch die Aussage, er solle die »Arbeit des Verwaltungsbeamten« ergänzen, »dem die Zeit fehlt, sich auf sämtlichen Gebieten so eingehend zu orientieren wie der wissenschaftliche Spezialist auf seinem jeweiligen Arbeitsgebiet«. ¹⁷

Der Hintergrund: Versuch der Determinierung der Wirtschaftspolitik

Lampes von einem Ethos dienender »staatsbürgerlicher Pflichterfüllung« ¹⁸ getragenes Engagement stand in Kontinuität zu seinen schon zu Beginn der dreißiger Jahre verfolgten Versuchen, Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen. Der von einem rastlosen Wirkungswillen getriebene Nationalökonom richtete 1931 diverse Eingaben an die politische Administration – darunter auch einen Vorschlag, der das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen teilweise antizipierte. 1933 setzte er seine Bemühungen fort, indem er das Reichswehrministerium von der Notwendigkeit einer »marktlichen Wehrwirtschaftspolitik« zu überzeugen versuchte. ¹⁹ Erstmals Früchte trugen Lampes Bemühungen dann mit der Konstituierung des Professoren Ausschusses im September 1939.

Die Erkenntnis, dass die Freiburger Professoren, insbesondere Lampe, in der Geschichte des Professoren Ausschusses keine reaktive, sondern eine aktive Rolle spielten, stellt historiographische Deutungen in Frage, die die Kooperationen mit staatlichen Stellen als »taktische Kompromisse« mit dem Regime

16 O.V., *Betr.: Professoren Ausschuss* (wie Anm. 14).

17 Ebd.

18 So die Formulierung von Lampe in einem Bericht an das Rektorat der Universität Freiburg vom 26. Mai 1933, den er gemäß § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (politische Unzuverlässigkeit) abzugeben hatte. Universitätsarchiv Freiburg, Personalakten Adolf Lampe, Bl. 26 ff.

19 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 75f. und S. 116ff.

interpretieren, die sich nicht vermeiden ließen.²⁰ Die Freiburger Professoren zogen sich nach 1933 nicht in die Forscherstube oder gar ins Private zurück. Trotz der einschneidenden Veränderungen infolge der Gleichschaltung und trotz des massiven Gesinnungsdrucks, dem die nach dem Personalschub an den Hochschulen verbliebenen Professoren und Dozenten ausgesetzt waren, gingen sie nicht in die »innere Emigration«²¹, sondern intervenierten rege in den wissenschaftlichen Disput.²² Besonders unerschrocken zeigte sich wiederum Lampe, der 1933 gar öffentlich in seiner Vorlesung »innerlich gewisse Vorbehalte« gegenüber dem Nationalsozialismus geltend machte und konsequent seine Auffassungen verteidigte, woraufhin er wiederholt denunziert wurde, weil er »liberalistische« Anschauungen vertrete. Für Lampe, der sich dagegen mit Duellforderungen und mit dem Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst zur Wehr setzte, blieb dieser Kampf nicht ohne berufliche Folgen: wiederholte Anträge auf Ernennung zum persönlichen Ordinarius wurden immer wieder abgelehnt bzw. zurückgestellt. Auch Franz Böhm und von Dietze hatten existenzgefährdende Konflikte mit dem Nationalsozialismus auszufechten. Aufgrund einer kritischen Äußerung zur »Judenpolitik« wurde Böhm denunziert und das folgende Dienststrafverfahren endete mit seiner Entlassung aus dem Hochschuldienst. Von Dietze war 1937 im Zusammenhang mit seinem Engagement für die Bekennende Kirche von der Gestapo verhaftet worden.

Aus der Retrospektive betrachtet scheint die Gleichzeitigkeit von oppositioneller Aktivität und mit Vehemenz betriebenen Kooperationsangeboten an offizielle Stellen ein widersprüchlicher Befund zu sein, bedeutete dies doch, an dem Fortbestand des kritisch betrachteten und späterhin bekämpften Regimes aktiv mitzuwirken. Bisweilen hat diese Beobachtung dazu geführt, das Verhalten der Freiburger Professoren einseitig als Beleg der »weitgehenden Anpassung des Liberalismus an den Faschismus« zu interpretieren oder ihnen gar ihre oppositionelle Tätigkeit ganz abzusprechen.²³ In der Forschung zum Widerstand besteht indes ein weitgehender Konsens darüber, dass der Weg in den Widerstand nicht ohne Friktionen verlief und pauschale Zuordnungen angesichts des Faktums, dass mit allen Formen von Teilkritik und Gegnerschaft

20 So U. KLUGE (wie Anm. 4), S. 36, 38.

21 Vgl. dagegen EBD. S. 24.

22 Vgl. auch für das Folgende: D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 77ff.

23 Vgl. Robert NAUMANN, *Theorie und Praxis des Neoliberalismus. Das Märchen von der freien oder sozialen Marktwirtschaft*, Berlin (Ost), 1957, S. 71; Dieter HASELBACH, *Autoritärer Liberalismus und die Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden 1991, S. 79, der aufgrund der Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« und weiterer Publikationen Einspruch gegen die spätere vermeintliche »Selbsteinordnung« der Freiburger Professoren als Widerstandskämpfer erhebt.

auch »situationsbedingte und temporär schwankende Gleichschaltungsphänomene« verbunden waren, vielfach irreführend sind.²⁴

Jedoch vermag auch dieses Erklärungsmuster im Falle der »Freiburger« nicht ganz zu greifen. Es ging hier nicht um Selbstgleichschaltung und im engeren Sinne um Kooperationsangebote an offizielle administrative Stellen. Die Bestrebungen der Freiburger zielten nicht auf eine wissenschaftliche Politikberatung auf der Basis eines Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik, sondern hier lag ein ‚technokratisches Modell der Politikberatung‘ (Habermas) vor.²⁵ Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Politik zum Vollzugsorgan der Wissenschaftler gemacht werden, ihr nur eine fiktive Entscheidungstätigkeit belassen bleiben sollte. Hinter den Interventionsversuchen stand keine Kooperations-, sondern eine Manipulationsabsicht. Die Nationalökonomien intendierten, ihre spezifischen Wirtschaftsauffassungen durchzusetzen.

Um diese Hintergründe der Geschichte des Professorenausschusses zu erhel- len, muss der Fokus über die persönlichen Dispositionen Lampes hinweg er- weitert und der Blick auf die Forschungs- und Lehrgemeinschaft von Juristen und Nationalökonomien an der Freiburger Universität gerichtet werden, in deren Rahmen seit 1933 eine spezifische nationalökonomische Theorie entwik- kelt wurde, deren Grundlagen Walter Eucken und Alexander Rüstow schon in der Zeit der Weltwirtschaftskrise gelegt hatten. Die nach 1945 so genannte ordoliberalen Theorie, die nach der zeitgenössischen Terminologie treffender als Leistungswettbewerbstheorie zu bezeichnen ist, war genuin verbunden mit einem qua Leistungsprinzip verbundenen Führungsanspruch der Nationalöko- nomien, der die Professoren geradezu dazu verpflichtete, eine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik zu spielen.²⁶ Publizistischen Ausdruck fand dieser An- spruch in der Mitte der dreißiger Jahre ins Leben gerufenen Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft«.²⁷ Sie war nur auf den ersten Blick ein Zeugnis des Methodenstreits innerhalb der Nationalökonomie. Adressiert war sie nicht allein an die Wissenschaft, sondern auch an die nationalsozialistische Führung. Ganz offen empfahlen sich die Professoren, überzeugt von ihrer besonderen,

24 Hellmut SEIER, *Die Hochschullehrerschaft im Dritten Reich*, in: *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945*, hg. v. Klaus SCHWABE, Boppard 1988, S. 250f.; Hans MOMMSEN, *Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 241 (1985), S. 95.

25 Jürgen HABERMAS, *Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung*, in: DERS., *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*, Frankfurt/M. 1969, S. 122f.

26 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 21ff.

27 Es erschienen: Heft 1: Franz BÖHM, *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung*, Stuttgart-Berlin 1935; Heft 2: Friedrich LUTZ, *Das Grundproblem der Geldverfassung*, Stuttgart-Berlin 1936; Heft 3: Hans GESTRICH, *Neue Kreditpolitik*, Stuttgart-Berlin 1936, Heft 4: Leonhard MIKSCH, *Wettbewerb als Aufgabe. Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung*, Stuttgart-Berlin 1937.

von partikularen Interessen ungetrübten Urteilskompetenz, als wirtschaftspolitische Berater, die »die wissenschaftliche Vernunft, wie sie in der Jurisprudenz und in der Nationalökonomie zur Entfaltung kommt, zum Aufbau und zur Neugestaltung der Wirtschaftsverfassung zur Wirkung bringen« wollten,²⁸ denn sie seien »durch ihren Beruf und ihre Position außerhalb der wirtschaftlichen Interessen die einzigen objektiven, unabhängigen Ratgeber, die der staatlichen Wirtschaftspolitik und der öffentlichen Meinung einen zutreffenden Einblick in die schwierigen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens geben und damit die Grundlage für die wirtschaftspolitische Urteilsbildung liefern können«.²⁹ Es ging um den politischen Anspruch, den Disziplinen der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie »wieder den ihnen gebührenden Platz im Leben der Nation« zurückzuerobern, nämlich »ihre Führerstelle im öffentlichen Leben«, die sie erst im Verlauf des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts eingeübt hätten.³⁰

Zwar war dieses Bestreben, die Wirtschaftspolitik zur angewandten Wirtschaftswissenschaft zu machen, ein schulen- und richtungübergreifendes Charakteristikum der zeitgenössischen Nationalökonomie³¹, doch unterschieden sich die Vertreter der Leistungswettbewerbstheorie insofern, als sie einer ganz bestimmten Wirtschaftsordnung zur Realisierung verhelfen und damit gleichsam ihren politischen Einfluss als Leitinstanz institutionalisieren wollten. Angesichts des nationalsozialistischen Postulats des Primats der Politik war hier

28 Franz BÖHM u. a., *Unsere Aufgabe* (Geleitwort der Herausgeber zur Schriftenreihe *Ordnung der Wirtschaft*), in: F. BÖHM, *Die Ordnung der Wirtschaft* (wie Anm. 27), S. XVIII.

29 EBD. S. VII.

30 EBD. S. VII, VIII.

31 Die Tendenz der Nationalökonomien, den eigenen politischen Wirkungskreis zu vergrößern, war in gewisser Weise eine Antwort auf die nationalsozialistische Politisierungsforderung, die den Anspruch größerer Praxisnähe mit einschloss. Das tendenziell technokratische Streben eines Großteils der Nationalökonomien nach einem Einfluss auf die Wirtschaftspolitik, das mit dem Übergang der Wirtschaftspolitik zu immer offeneren Formen der Wirtschaftslenkung und vollends mit der Kriegswirtschaft, wodurch sich der Nationalökonomie ein weites Feld für wissenschaftliche Politikberatung zu erschließen schien, forciert wurde, ist auch als Bemühen um eine Aufwertung der eigenen Disziplin zu verstehen, denn die Nationalökonomie nahm im Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen nur einen niedrigen Rang ein. Zudem gab es aufgrund des Juristenmonopols in der Verwaltung für die Absolventen kein spezifisches Berufsbild. Vgl. dazu: Harald WINKEL, Art.: *Wirtschaftswissenschaft, I: Geschichte*, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*, Bd. 9, S. 413–425; Erhard STÖLTING, *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*, Berlin 1986, S. 227–237; als Beispiele für das Verlangen, in den Prozess der wirtschaftspolitischen Willensbildung miteinbezogen zu werden vgl. Jens JESSEN, *Über die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre*, in: *Schmollers Jb.*, 63. Jg., H.1 (1939), S. 1–13, und Günter SCHMÖLDERS, *Wirtschaftslenkung als angewandte Wirtschaftswissenschaft. Festrede gehalten bei der Feier des Tages der nationalen Erhebung verbunden mit der feierlichen Immatrikulation für das Trimester 1941 am 29. Januar 1941*, Köln 1941.

bereits in der Theorie Konfliktpotential von großer Sprengkraft angelegt, denn das Ideal, der zur Norm erhobene Leistungswettbewerb, war damit schlechthin unvereinbar. Schließlich war – wie auch ein Rezensent in der lebhaften Debatte nach Erscheinen der ersten Beiträge der Schriftenreihe hervorhob – das nicht vorhersehbare Resultat des Auspendelns des Marktes im Zustand der vollständigen Konkurrenz nicht per se gleichbedeutend mit den politisch gesetzten Zielen.³²

Der Professorenausschuss: Instrument in den Machtkämpfen der NS-Polykratie

In der Konstituierung des Professorenausschusses manifestierte sich jedoch nicht nur der Wirkungswille der Professoren. Sie ist auch ein Zeugnis für die aus der NS-Polykratie resultierenden Machtkämpfe. Lampes Vorschlag zur Einberufung einer »Konferenz der Volkswirte« fiel auf fruchtbaren Boden, weil er offensichtlich gelegen kam, um die Position des Reichswirtschaftsministeriums, und hier insbesondere die von Ministerialrat Josten, der als zuständiger Referent der Abteilung Kredit mit der Frage der Kriegsfinanzierung befasst war und diverse Stellungnahmen zu entsprechenden Denkschriften verfasste³³, in der laufenden Diskussion über die Kriegsfinanzierung zu stärken. Als eine Voraussetzung der Zusammenarbeit wurde eigens fixiert, dass die Arbeiten des Ausschusses nicht »aus ressortmäßigen Zuständigkeitsfragen« beschränkt werden sollten, dass vielmehr die Klärung der Zuständigkeitsfrage nachher Aufgabe des Reichswirtschaftsministeriums sei.³⁴

Warum gerade die Freiburger Nationalökonomien zum Professorenausschuss hinzugezogen wurden, macht der Blick auf die wirtschaftspolitischen Anschauungen von Ministerialrat Josten plausibel, die nicht sehr weit entfernt waren von denen der Vertreter der Leistungswettbewerbstheorie. In seiner Stellungnahme zu einer Denkschrift aus dem Reichsfinanzministerium lehnte er vehement inflatorische Mittel der Kriegsfinanzierung ab und votierte dafür, die erforderlichen Aufwendungen durch Steuern und Anleihen zu erbringen. Zudem präferierte Josten die Lenkung der Wirtschaft durch den Preis und den privatwirtschaftlichen Gewinn, um die »für den staatspolitischen Bedarf erforderlichen Produktionsfaktoren« sicherzustellen.³⁵ Verwunderlich ist die Parallelität in den Auffassungen nicht, schließlich hatte Ministerialrat Josten, der

32 Hans PETER, *Norm und Theorie. Bemerkungen zu den Fragen der ›Ordnung der Wirtschaft‹*, in: *Finanzarchiv NF*, Bd. 6 (1939), S. 352.

33 Siehe BA R 7/4236.

34 O.V., *Betr.: Professorenausschuß* (wie Anm. 14).

35 So Jostens »Vorläufige Stellungnahme« (BA R 7/4236, Bl.125) zur als Geheime Reichssache klassifizierten Denkschrift von Staatssekretär Fritz Reinhardt (RFM) über »Die Möglichkeiten der Kriegsfinanzierung«, datiert 22.7.1939 (BA R 7/4236, Bl. 50–72).

lange Zeit das Kartellreferat im Reichswirtschaftsministerium leitete, indirekten Anteil an der Entstehung der Leistungswettbewerbstheorie³⁶: Franz Böhm sammelte als Referent im Reichswirtschaftsministerium unter seiner Leitung die praktischen Erfahrungen auf dem Gebiet des Kartellrechts, die er in seiner Habilitationsschrift umsetzte, welche er »in Dankbarkeit und Verehrung« seinem früheren Vorgesetzten widmete.³⁷

Aus dem im Nachlass Lampes erhaltenen Schriftwechsel zwischen Josten und Lampe geht hervor, dass der Ministerialrat die treibende Kraft des Professorenausschusses war. Ihm war nicht nur daran gelegen, dass die Arbeit des Ausschusses schnell abgeschlossen wurde, sondern auch daran, dass überhaupt ein Gesamtgutachten zustande kam. Diesem sollte außerdem aus taktischen Gründen erkennbar der Stempel aufgedrückt sein, »dass es die Eigenarten einer partiell gelenkten Wirtschaft erkannt hat und in seine Schlussfolgerungen einbezieht«, womit es »Aussichten auf ernste Würdigung« hätte. Angesichts der mangelnden Resonanz auf das Gutachten interpretierte Lampe späterhin die »Anpassung« an die »Einstellung« des Auftraggebers als »eine Sünde wider den Geist der Wissenschaft«. Nach Lampe hatte das Endgutachten »bei weitem nicht das ›wissenschaftliche Gesicht‹, das jeder Fachkennner, er mag nun diesen oder jenen Standpunkt vertreten, dem ursprünglich von uns eingereichten Gutachten zubilligen müsste.«³⁸

Nicht nur das Reichswirtschaftsministerium intendierte, den Professorenausschuss für sich zu nutzen, auch von anderer Seite wurde versucht, die Arbeit des Ausschusses für eigene Zwecke zu instrumentalisieren: Der Preußische Finanzminister Johannes Popitz nutzte die Professoren, um seinem Vorschlag der Einführung einer Kleinhandelssteuer ein größeres Gewicht zu verleihen. Nach seiner Darstellung hatte er bei einer Unterhaltung mit dem Reichswirt-

36 Josten blieb bis in die frühe Bundesrepublik den Leistungswettbewerbstheoretikern verbunden. Unter seiner Leitung entstand 1946 der »Entwurf zu einem Gesetz zur Sicherung des Leistungswettbewerbs und zu einem Gesetz über das Monopolamt«. Zu dem Kreis von Sachverständigen, die den Entwurf erarbeiteten, gehörte auch Franz Böhm. Der Entwurf, der nach langjährigen Vorarbeiten im Juli 1949 dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt, Ludwig Erhard, vorgelegt wurde, enthielt ein absolutes Kartellverbot, eine sehr weit reichende Monopolaufsicht und strenge Entflechtungsvorschriften. Aufgrund seiner bis in die Formulierungen hinein allzu doktrinären Tendenz kam der Entwurf für eine Vorlage an den Gesetzgeber kaum in Betracht. Der Regierungsentwurf zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen baute dennoch in vielem auf dem so genannten »Josten-Entwurf« auf. Vgl. Eberhard GÜNTHER, *Die geistigen Grundlagen des sogenannten Josten-Entwurfs*, in: *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung*, hg. v. Heinz SAUERMANN u. Ernst-Joachim MESTMÄCKER, Tübingen 1975, S. 183–204; Fritz RITTNER, *Wirtschaftsrecht*, 2. Aufl., Heidelberg 1987, S. 216.

37 Franz BÖHM, *Wettbewerb und Monopolkampf. Eine Untersuchung zur Frage des wirtschaftlichen Kampfrechts und zur Frage der rechtlichen Struktur der geltenden Wirtschaftsordnung*, Berlin 1933 (Reprint Frankfurt/M. 1964).

38 Josten an Lampe, 12.9.1940, sowie Lampe an Josten, 1.3.1940, ACDP 01-256-025.

schaftsminister die Frage aufgeworfen, »ob es sich nicht empfiehlt, zur Abschöpfung der in den Verbraucherkreisen vorhandenen übermäßigen Kaufkraft eine Steuer auf die Umsätze in die letzte Hand zu legen«. Auf den Wunsch Funks hin habe er dann diese Frage zum Gegenstand einer Besprechung im Professorenausschuss gemacht.³⁹ Josten lud eigens die Professoren für den 21.10.1939 zu einer Sitzung im Preußischen Finanzministerium ein.⁴⁰ Das Ergebnis präsentierte Popitz dem Reichswirtschaftsminister mit der Bemerkung, »dass die in der Besprechung anwesenden Professoren im wesentlichen meiner Ansicht beigetreten sind«. ⁴¹ Die vorgeschlagene »Kleinhandelssteuer« wurde Anfang Januar 1940 im Rahmen einer Staatssekretärbesprechung zu Fragen der »Kriegsfinanzierung« unter Vorsitz von Reichsminister von Krosigk im Reichsfinanzministerium thematisiert und, »da sie vor Weihnachten politisch nicht tragbar gewesen wäre und nach Weihnachten angesichts des weitgehenden Ausverkaufs als überholt zu gelten habe«, ablehnend beschieden.⁴²

Deutlich wird hier, dass der Professorenausschuss kein isoliert arbeitendes, unabhängiges Sachverständigengremium war, sondern dass er innerhalb der NS-Polykratie von mehreren Seiten zu verschiedenen Zwecken, aber immer aus der gleichen Motivation der Stärkung der eigenen Position heraus benutzt wurde. Den beteiligten Professoren gelang es nicht, den Ausschuss in ein unabhängig arbeitendes Gremium zu verwandeln. Wie Details der organisatorischen Durchführung evident machen, bedingte die Mitarbeit in dem Ausschuss ein beträchtliches Maß an Anpassung und Kooperation mit staatlichen Stellen: Die Sitzungen des Ausschusses fanden unter der Leitung von Ministerialrat Josten statt, und Tagungsort war nicht ausschließlich das Harnack-Haus, sondern, wie aus den vorhandenen Einladungsschreiben hervorgeht, auch das Reichswirtschaftsministerium und das Preußische Finanzministerium. Im Harnack-Haus tagte bis zum 1. November 1939 ein aus Lampe und Eucken bestehender »Rumpfausschuß«, der den endgültigen Gutachtentext »mit verschiedenen wichtigen Anlagen« erstellte.⁴³ Zuvor waren nach der konstituierenden Sitzung des Ausschusses im Reichswirtschaftsministerium in Berlin zunächst Einzelgutachten verfasst worden.⁴⁴ Auf Druck von Josten wurde dann das Gesamtgutachten formuliert.

39 Schreiben des Preußischen Finanzministers Popitz an Funk (Geheime Reichssache) vom 26.10.1939, BA R 7/4236, Bl. 233.

40 Josten an Lampe, 18.10.1939, ACDP 01-256-025.

41 Popitz an Funk, 26.10.39 (wie Anm. 39).

42 Protokoll der Besprechung vom 3.1.1940, BA R 7/4236, Bl. 445.

43 Brief Euckens an Ritter vom 2.11.[1939], BA NL 166 (Ritter)/487.

44 W. EUCKEN und A. LAMPE, *Kriegsfinanzierung durch Geldvermehrung*, 23.9.1939 (ACDP 01-256-025), A. LAMPE, *Gutachtennachtrag zu: Kriegsfinanzierung durch Geldvermehrung (Eucken und Lampe): Preisbindung und Rationierung als Mittel zur Ausschaltung von Inflationseffekten*, 26.9.1939, Ebd., gedruckt bei: O. TRIEBENSTEIN, *So-*

Das Professorengutachten: offene Kritik an der NS-Wirtschaftspolitik

Obwohl das Endgutachten vom »Radikalismus der ursprünglichen Formulierungen« – so Lampe – gereinigt wurde, enthielt es dennoch eine geharnischte Kritik an jeglicher Art von inflationärer Kriegsfinanzierung und an dem bestehenden Finanzierungssystem, das als eine »Abart« der »Vorfinanzierung« als Kriegsfinanzierungsmittel« gekennzeichnet wurde.⁴⁵ Das Gutachten stellte klar, dass offene oder verdeckte Geldschöpfung jeder Art als Finanzierungsmittel ausscheiden und der Krieg nur durch Steuern und Anleihen finanziert werden sollte.⁴⁶ Ganz im Sinne der spezifischen Auffassungen der Freiburger Nationalökonomien entwarfen die Gutachter ein System der indirekten Wirtschaftssteuerung, das »das private Interesse dem öffentlichen der Volksgemeinschaft« gleichstellen sollte, und forderten in ihrem Anschreiben an den Reichswirtschaftsminister, die praktische Wirtschaftspolitik auf dessen Verwirklichung auszurichten.⁴⁷

Die Gutachter beschränkten sich in ihrer Kritik jedoch nicht auf das Thema »Kriegsfinanzierung«, sondern nutzten die Gelegenheit, um auf die aus der »dualistischen« Struktur des bestehenden Wirtschaftssystems – definiert als fehlende »organische Verbindung zwischen dem marktwirtschaftlichen und dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Organisationsprinzip«⁴⁸ – resultierenden Gefahren hinzuweisen. In einer solchen Wirtschaftsstruktur sei die Wirtschaft besonders empfindlich »a) gegen dauernde Abweichungen von dem Grundsatz, daß in unserer Lage der Staat keine Ausgaben machen darf, ohne daß zugleich die Geldmittel im zivilen Bereich um denselben Betrag vermindert werden; b) gegen die Vernachlässigung der Linien der großen Wirtschaftspolitik bei der Anordnung oder Durchführung von Einzelmaßnahmen, wie sie ein Pluralismus wirtschaftslenkender Stellen nur zu leicht zur Folge hat«. Daran knüpften die Professoren die Forderung, den Reichswirtschaftsminister über die formellen Möglichkeiten hinaus in die Lage zu versetzen, »die Notwendigkeit einer einheitlichen Wirtschaftssteuerung allen Ressorts und Stellen gegenüber unmittelbar zur Geltung zu bringen«, d. h. die Polykratie zu beseitigen, um –

zialökonomie (wie Anm.3); W. EUCKEN, o.T. [*Inflation*], 17.10.1939 (ACDP-01-256-025); Jens JESSEN, o.T. [*mit handschriftlicher Überschrift »25.9.39. Abschrift des Gutachtens für Ausschuss Lange RWiMi«*], BA NL 262 (Popitz)/106; Wilhelm HASENACK, *Wie ist die Real-Finanzierung eines langen Wirtschaftskrieges optimal möglich?*, Ebd.; Rudolf STUCKEN, *Reichsbank und Kreditbanken im Dienst der Kriegsfinanzierung* (undatiert), Ebd.; o. V., *Erläuterungen zu Stucken: Geld-, Steuer- und Kreditpolitik im Dienst der Kriegsführung* (undatiert), Ebd.; Hans TESCHEMACHER, *Kriegsfinanzierung, insbesondere Steuerfinanzierung, und Wirtschaftsordnung*, 29.9.39, Ebd.

45 Gutachten, II. Teil, S. 7ff. (ACDP 01-256-025).

46 Ebd. S. 13.

47 W. Eucken u. a., *Anschreiben* (wie Anm. 6).

48 Gutachten, I. Teil, S. 7.

wiederum ganz im Sinne der Leistungswettbewerbstheorie – eine einheitliche Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu garantieren.⁴⁹

Das Gutachten des Professoren Ausschusses, dem v. a. Eucken und Lampe ihren Stempel aufdrückten⁵⁰, illustriert deutlich den Stimmungswandel der Freiburger Nationalökonomien von einer anfänglichen positiven Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des autoritären Staates hin zu einer offen kritischen Haltung. Hatten die Herausgeber der Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« noch 1936/37 in den Maßnahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ein in ihrem Sinne positives Potential gesehen und sie in dieser Richtung (um)interpretiert, fand sich im Gutachten des Professoren Ausschusses, obgleich der endgültige Text durch die erzwungene Selbstzensur bereits »entschärft« worden war, eine deutlich pessimistische und kritische Einschätzung der Wirtschaftspolitik und wurde offen vor den Gefahren der eingeschlagenen Richtung der Politik gewarnt. Offensichtlich hatte die immer deutlicher werdende wirtschaftspolitische Abwendung von der Zielprojektion der Leistungswettbewerbstheorie, nämlich der staatlich überwachten bzw. veranstalteten Wettbewerbsordnung, den Professoren die Augen geöffnet. Wie Günter Schmolders in der Retrospektive formulierte, musste spätestens im Frühjahr 1938 »jedem wirtschaftswissenschaftlich Geschulten der wahre Kurs der Hitlerregierung mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar werden.«⁵¹

Der kritische Ton war jedoch nicht ursächlich dafür verantwortlich, dass das Professorengutachten offiziell nicht gewürdigt wurde. Ohne persönliche Übergabe wurde das als »Geheime Reichssache« deklarierte Abschlussgutachten am 9. Dezember 1939 an den Reichswirtschaftsminister erstattet. Ursprünglich hatte Josten in seiner Einladung zu einer letzten Aussprache für den 7. Dezember 1939 im Reichswirtschaftsministerium in Aussicht gestellt, »daß die Herren des Ausschusses im Laufe des 8. Dezember ihr Gutachten Herrn Staatssekretär Dr. Landfried persönlich überreichen.«⁵² Dazu kam es jedoch nicht. Eine offizielle Übergabe fand nicht statt, und die Professoren erhielten keinerlei Feed-back. Dies hatte nicht zwangsläufig etwas damit zu tun, dass hier eine oppositionelle Meinungsäußerung totgeschwiegen werden sollte. Schließlich war das Gutachten unter Jostens Aufsicht entstanden und der Einstellung des Auftraggebers in gewisser Weise »angepasst« worden. Zudem waren die

49 W. Eucken u. a., Anschreiben (wie Anm. 6).

50 Aus dem Schreiben Lampes an Josten vom 1.3.1940 (ACDP 01-256-025) geht hervor, dass gerade Eucken und Lampe in der Diskussion über das Gutachten besonders unnachgiebig ihre eigene Position vertraten.

51 Günter SCHMÖLDERS, *Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftsordnungskonzeption des Kreisauer Kreises der deutschen Widerstandsbewegung*, Köln/Opladen 1969, S. 26.

52 Einschreibe- und Eilbrief Jostens an Lampe vom 2.12.1939 (ACDP 01-256-025).

Gutachter mit ihrer Kritik nicht allein, denn es wurde auch von anderer Seite auf die Inflationsgefahren durch eine weitere Betätigung der Notenpresse hingewiesen, so in einer Denkschrift des Reichsbankdirektoriums vom Januar 1939 und in einer geheimen, an den Beauftragten des Vierjahresplans gerichteten Denkschrift von Preiskommissar Wagner vom 9. Februar 1939.⁵³ Außerdem wiesen auch andere Nationalökonomien in zahlreichen Untersuchungen in der Vorkriegszeit und dann unmittelbar nach Kriegsausbruch auf die Gefahren der Staatsverschuldung hin.⁵⁴

Dass das Gutachten nicht gewürdigt wurde, war angesichts des Kompetenz-Wirrwarrs in der Wirtschaftspolitik nicht verwunderlich. Auch eine parallel zum Professorenausschuss laufende Initiative des Stabs des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft (eine in ihren überministeriellen Kompetenzen ohnehin zur Machtlosigkeit verurteilte Behörde⁵⁵) zur Klärung des Problems der Kriegsfinanzierung vom Oktober 1939 wurde vom Beauftragten für den Vierjahresplan, nachdem sie zunächst die Ministerialbürokratie beschäftigt hatte, kurzerhand mit der Begründung abgeschmettert, dass zu einer endgültigen Regelung der Kriegsfinanzierung die »Zeit noch nicht reif« sei.⁵⁶ Schließlich mag auch der weitere Machtverlust des wenig entscheidungsfreudigen Reichswirtschaftsministers Funk⁵⁷ dazu beigetragen haben, dass das Professorengutachten sang- und klanglos zu den Akten gelegt wurde. Funks Amt wurde zunehmend vom Vierjahresplan und von der Parteikanzlei abhängig – ein nur zwei Tage vor der Erstattung des Professorengutachtens ergangener Erlass, der das Nebeneinander von Vierjahresplan und dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft beseitigte, bewirkte de facto eine wirtschaftspolitische Machtsteigerung Görings, der nun die Gesamtlenkung der Wirtschaft übernahm.⁵⁸

Obwohl die Professoren keinerlei Antwort auf ihr Gutachten erhielten, zeigte die darin vertretene Position, die von einem Fachkollegen drei Jahre später so beurteilt wurde, dass sich wohl niemals zuvor die Finanztheorie »zu einer so bedingungslos puristischen Haltung bekannt« habe, doch eine gewisse Wirkung. Da – so der Fachkollege in seinem zeitgenössischen Urteil – auch die Finanzpraktiker von weitgehend ähnlichen Überzeugungen erfüllt waren, »wurden ganz ungewöhnliche Anstrengungen gemacht, um die Kriegskosten – und schon vorher: die Kosten der Aufrüstung – zu einem möglichst hohen

53 Vgl. W. A. BOELCKE, *Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums*, Düsseldorf 1983, S. 223, Hans DICHGANS, *Zur Geschichte des Reichskommissars für die Preisbildung*, Düsseldorf 1977, S. 7.

54 Vgl. Willi A. BOELCKE, *Die Kosten von Hitlers Krieg*, Paderborn 1985, S. 133, s.a. S. 17.

55 Vgl. W. A. BOELCKE, *Wirtschaft* (wie Anm. 53), S. 227.

56 Vgl. BA R7/4236, Bl. 267–328.

57 W. A. BOELCKE, *Wirtschaft* (wie Anm. 53), S. 239.

58 EBD.

Anteil durch ordentliche Einnahmen zu decken.«⁵⁹ Tatsächlich zog die Reichsregierung, anders als die »Reichsleitung« zwischen 1914 und 1916, in der ersten Phase des Krieges auch die Steuererhebung zur Deckung des militärischen Bedarfs heran. Bereits wenige Tage nach Ausbruch des Krieges führte sie einen Kriegszuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer ein und unterwarf den Verbrauch von Bier, Branntwein, Sekt und Tabakwaren einer Kriegssteuer.⁶⁰

Folgewirkungen des Professorenausschusses: Kontakte zur Verschwörung

Inwieweit das Gutachten nun diesen kurzzeitig verfolgten Kurs der Wirtschaftspolitik mit initiierte und damit Wirkung zeigte oder nicht – maßgeblich für die spätere Entwicklung wirtschaftspolitischer Konzepte für den Widerstand war die Wirkung, die das ausbleibende Feed-back vonseiten des Ministers auf die beteiligten Professoren hatte, sowie die durch diesen erstmalig erfolgreichen Interventionsversuch entstandenen Kontakte. Die offizielle Missachtung des Engagements der Gutachter bewirkte eine resignative Stimmung. Lampe beschwerte sich bitter über die fehlende Resonanz und bekundete resigniert: »Nach einem guten Jahrzehnt wirklich unermüdlicher Versuche, die verantwortliche Praxis für ernsthafte (*immer* unbequeme!) Zusammenarbeit mit dazu berufenen Wirtschaftswissenschaftlern zu gewinnen, habe ich jetzt das Rennen aufgegeben in der Überzeugung, dass man nicht hören will, also fühlen muss.«⁶¹ Die Ankündigung blieb freilich eine leere Drohung. Lampe stellte zwar zunächst seine Interventionen beim Reichswirtschaftsministerium ein, blieb aber mit Ministerialrat Josten in Kontakt. So ist überliefert, dass er zu Beginn des Jahres 1943 mit ihm über Fragen einer Steuerreform diskutierte.⁶² Zu einer offiziellen Zusammenarbeit mit dem Reichswirtschaftsministerium kam es nicht mehr, obwohl Josten im Frühjahr 1944 sich darum bemühte, die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath in die Arbeit des Mi-

59 Otto DONNER, *Die Grenzen der Staatsverschuldung*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 56 (1942 II), S. 183–226.

60 Fritz BLAICH, *Wirtschaft und Rüstung im »Dritten Reich«*, Düsseldorf 1987, S. 41.

61 Lampe an Josten, 28.3.1940 (ACDP 01-256-025)

62 Der sehr offene und freundschaftliche Schriftwechsel, aus dem hervorgeht, dass es auch zu einer persönlichen Aussprache in Berlin kam, ist erhalten im NL Lampes. Darin: Lampe an Josten, 5.3.1943, Josten an Lampe, 2.4.1943, Lampe an Josten 6.4.1943, Josten an Lampe, 9.4.1943, Lampe an Josten, 14.4.1943 (ACDP 01-256-017). Obwohl Lampe seine Briefe (bis auf sein letztes Schreiben) – vielleicht immer noch aus seiner Enttäuschung über die Missachtung der Gutachtertätigkeit im Jahre 1939 heraus – an Jostens Privatadresse richtete und damit offensichtlich kund tat, dass es sich um einen privaten Gedankenaustausch handelte, ist eines seiner Schreiben (vom 5.3.1943) auch in den Akten des Reichswirtschaftsministeriums erhalten (BA R 7/4238), was darauf hindeutet, dass Josten die Diskussionsergebnisse auch »dienstlich« nutzte und der Austausch keineswegs einen konspirativen Charakter hatte.

nisteriums einzubinden. Dabei wandte er sich an Lampe, der als eine Art Geschäftsführer die Arbeit dieses Freiburger Kreises vorantrieb. Lampe reagierte brieflich auf dieses Ansinnen, wie einem Schreiben an Erwin von Beckerath zu entnehmen ist: »Bei Gelegenheit dieser Zeilen gebe ich Ihnen eine Durchschrift meiner Zeilen an Herrn Ministerialrat Josten. Ich glaube, dass auf diese Weise eine Form gefunden ist, die Herrn Josten nicht kränkt, uns aber freie Hand vorbehält, während andererseits doch auch eine gewisse Rückversicherungswirkung erzielt werden kann.«⁶³ Zwar ist die erwähnte Durchschrift nicht mehr erhalten, doch ist Lampes Formulierung zu entnehmen, dass er Josten eine Absage erteilte. – Von besonderer Bedeutung ist diese bislang nicht bekannte Kontaktaufnahme, als Josten zu diesem Zeitpunkt zum Mitarbeiterstab von SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf gehörte, der seit November 1943 in der Funktion eines Hauptabteilungsleiters und ständigen Vertreters des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium tätig war und ohne das Wissen Hitlers systemkonforme Planungen zur Nachkriegswirtschaft vorantrieb.⁶⁴ Bislang war davon ausgegangen worden, dass die Freiburger von sich aus dazu tendiert hätten, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen.⁶⁵ Dass die Freiburger hingegen nun nach ihren früheren Interventionsversuchen sogar eine Einladung zur Mitwirkung an offiziellen Planungen für die Nachkriegsordnung ausschlugen, kann als Zeugnis ihrer Desillusionierung und ihrer grundsätzlichen oppositionellen Haltung gegenüber dem NS-Regime interpretiert werden.

Ein instruktives Beispiel für den Wandel ihrer Einstellung zur Rolle der Wissenschaftler gegenüber der Politik ist Euckens Schrift »Nationalökonomie wozu?«, die 1938 in erster Auflage erschien und 1947 in einer revidierten Fassung.⁶⁶ Hatte Eucken noch 1938 eine aktive Rolle der Nationalökonomie in der Wirtschaftspolitik für unabdingbar erklärt, relativierte er in der Nachkriegsaufgabe diese Forderung deutlich. In der ersten Auflage hatte er formuliert, dass in Bezug auf die Marktregulierungen, die der Schaffung einer »wirklichen Ordnung der Märkte« dienen sollten, sich »große, praktisch wichtige Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft« ergäben: Sie müsse »überall den Gedanken der Ordnung zur Geltung bringen«, ihr falle die Aufgabe zu, »die Idee einer Wirtschaftsverfassung« zu erfassen und bis in die Einzelheiten hinein auszuarbeiten. Dabei forderte Eucken kategorisch: »Weil das wirtschaftliche Sachgebiet besondere Forderungen stellt, ist die Mitwirkung der Wirtschaftswissenschaft bei der Ordnung der Wirtschaft unentbehrlich« und kam zu der Schlussfolgerung: »Gäbe es noch keine Nationalökonomie, so müsste sie jetzt

63 Lampe an v. Beckerath, 6.4.1944 (ACDP 01-256-017).

64 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 149ff.

65 So H. MOMMSEN (wie Anm. 24), S. 100.

66 Walter EUCKEN, *Nationalökonomie wozu?*, Leipzig 1938 (3. Aufl. Godesberg 1947).

geschaffen werden.«⁶⁷ Hingegen setzte sich Eucken dann in der Nachkriegsauflage mit der »sehr ernstesten Problematik« auseinander, »daß die Wissenschaft in den Dienst politischer Mächte tritt«, wodurch sie zum Werkzeug werde. Eucken zog nun die Folgerung, dass, bevor die Wissenschaft überhaupt der Politik diene und ihr Ratschläge gebe, sie fragen sollte, »wem sie dient«. Für die Wissenschaft sei es bedenklich, in die Wirtschaftspolitik hineinzuwirken, weil die Ergebnisse der »mit reinen Händen« arbeitenden Forschung »zu dunklen Zwecken verwandt werden« könnten. Trotzdem hielt er daran fest, dass zur Lösung der bestehenden, über die politischen Tagesfragen hinausreichenden wirtschaftspolitischen Aufgaben die Mitwirkung der Wissenschaft erforderlich sei.⁶⁸

Die Versuche der Freiburger Nationalökonomien und Juristen, in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess im Sinne ihrer Leistungswettbewerbstheorie zu intervenieren, stehen nicht nur durch ihr Scheitern und die damit verbundene offensichtliche Desillusionierung in Verbindung zur Widerstandstätigkeit. Bedeutsam wurde die Aktivität dadurch, dass die Professoren durch ihre fortgesetzten Interventionen sowohl auf fachlicher Ebene wie im Bereich der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger nicht nur im fachlichen Diskurs präsent blieben, sondern zahlreiche Kontakte, vor allem auch zu Mitgliedern bzw. späteren Akteuren des Widerstandes, knüpfen konnten. Dem Professorenausschuss kommt in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle zu: Durch ihn kamen die Freiburger Professoren insbesondere mit Jens Jessen in Verbindung. Der Nationalökonom, der dann in den vierziger Jahren unter dem Decknamen »Nordmann« an allen wichtigen Besprechungen über den Sturz des Regimes beteiligt war und nach dem 20. Juli aufgrund seiner Verwicklung in das Attentat hingerichtet wurde, blieb mit den Freiburger Professoren seit dieser gemeinsamen Tätigkeit in Kontakt. Dabei beschränkte Jessen sich nicht auf eine gleichsam wohlwollende Betrachtung der oppositionellen Aktivitäten der Freiburger aus der Ferne.⁶⁹ Vielmehr wirkte er, was bisher der Forschung verborgen geblieben ist, auch an dem Projekt einer »Volkswirtschaftsfibel« mit, über die, da sie bis jetzt als verschollen galt, nur bekannt war, dass von Dietze, Eucken und Lampe sie etwa 1942/43 verfasst hätten.⁷⁰ Des Weiteren kam aufgrund des Vortrags des Preußischen Finanzministers vor dem Professorenausschuss ein Kontakt zu Johannes Popitz zustande, der frühzeitig in die

67 W. EUCKEN; *Nationalökonomie*, 1. Aufl. (wie Anm. 66), S. 53ff.

68 W. EUCKEN, *Nationalökonomie*, 3. Aufl. (wie Anm. 66), S. 62ff.

69 Vgl. Christine BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1973 (Diss. Freiburg 1973), passim.

70 Dieses Dokument wurde im Rahmen der Recherchen für die diesem Aufsatz zugrunde liegende Dissertation wiederaufgefunden. Vgl. dazu D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 287ff.

Verschwörung involviert war und wie Jessen nach dem Attentat auf Hitler zum Tode verurteilt wurde. Für Popitz war das Professorengutachten offensichtlich der Anstoß, sich auf einer breiteren Ebene mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinander zu setzen. Der Preußische Finanzminister, der bereits seit Jahren ein kleines Institut – im Prinzip ein »Ein-Mann- (richtiger: Frau-)Institut« – protegierte, das sich mit wirtschaftspolitischen Reformvorschlägen befasste, machte das Gutachten zum Ausgangspunkt einer Sammlung von Denkschriften zu Wirtschaftsfragen, die er laufend fortführte und in Diskussionen mit seinem Arbeitskreis, dem neben der Mitarbeiterin des erwähnten Instituts auch Jens Jessen angehörte, für künftige Perspektiven auswertete.⁷¹ Bislang nicht bekannt war, dass Popitz - vermutlich im Zusammenhang mit seinen Erfahrungen mit dem Professorenausschuss – der Fachkompetenz der Freiburger Nationalökonominnen eine solche Bedeutung beimaß, dass er ihnen zu Beginn der vierziger Jahre einen Reformentwurf aus seinem Arbeitskreis zur Diskussion und Begutachtung vorlegte.⁷²

Mittelbar brachte der Professorenausschuss weitere Kontakte zur engeren Verschwörung, denn Jessen sorgte für eine Art Institutionalisierung des Professorenausschusses auf breiterer Ebene. Auf sein Betreiben hin und unter seiner Führung schlossen sich die Nationalökonominnen in der Akademie für Deutsches Recht, die sich bereits innerhalb der Klasse III Mitte 1938 unter ihm formiert hatten, am 10. Januar 1940 offiziell zu einer eigenen Klasse, der Klasse IV »Zur Erforschung der völkischen Wirtschaft«, zusammen.⁷³ Nicht nur der enge zeitliche Zusammenhang, nach dem es so scheinen will, als habe sich die Tätigkeit der Nationalökonominnen nahtlos vom Professorenausschuss zur Akademie für Deutsches Recht fortgesetzt, spricht dafür, dass er ein unmittelbarer Vorläufer der neuen Klasse IV war. Zum einen fällt auf, dass alle Mitglieder des Professorenausschusses bis auf Hasenack und die Freiburger Eucken und Lampe schon vor 1939 der Klasse III der Akademie an-

71 Die Sammlung ist in Popitz' Nachlass erhalten. Signifikanterweise befindet sich die 1. Ausfertigung des Professorengutachtens darin (BA NL 262/106). Vgl. Gerhard SCHULZ, *Über Johannes Popitz (1884–1945)*, in: *Der Staat*, 24 (1985), S. 500; sowie DERS., *Johannes Popitz*, in: *20. Juli – Porträts des Widerstandes*, hg. v. Rudolf LILL/Heinrich OBERREUTER, München 1989, S. 249.

72 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), S. 423ff.

73 Vgl. *Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht*, in deren Ausgabe vom 1.7.1938 gemeldet wurde, dass der Präsident der Akademie aus Anlass der 5. Jahrestagung eine Reihe von Professoren der Wirtschaftswissenschaft in die Akademie berufen habe, womit die Zahl der in Klasse III der Abteilung für Rechtsforschung der Akademie vereinigten Vertreter der Wirtschaftswissenschaften auf eine arbeitsfähige Gruppe angewachsen sei. Frank habe Jessen zum Leiter dieser Gruppe bestellt »mit dem Auftrag, im Rahmen der Akademie für Deutsches Recht nunmehr auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeiten stärker zu fördern«; vgl. Dennis LeROY ANDERSON, *The Academy for German Law, 1933–1944*, New York/London 1987, S. 373f.

gehörten⁷⁴ und dass nach der Konstituierung der Klasse IV alle Unterzeichner des Gutachtens Mitglieder der Klasse IV waren.⁷⁵ Unzweifelhaft ist daher, dass die Freiburger Nationalökonomien durch den Professorenausschuss den Weg in die Akademie für Deutsches Recht fanden. Sicherlich warb Jessen, der bestrebt war, alle namhaften Fachkollegen in seiner Gruppe zusammenzufassen, die Freiburger Nationalökonomien für seine neue Klasse. Dass er bereits bei der personellen Zusammensetzung des Professorenausschusses seine Hände im Spiel hatte, legt ein Schreiben an Heinrich Lange vom 8.11.1939 nahe, in dem Jessen berichtete, dass es ihm gelungen sei, den verfügbaren Teil der Mitglieder seiner Gruppe bei einer ihm vom Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft übertragenen Aufgabe einzuspannen.⁷⁶ Weiteres Indiz dafür, dass der Professorenausschuss ein Vorläufer der Klasse IV war, ist ein in den überlieferten Akten der Akademie befindlicher Bericht über diese Klasse, der dokumentiert, dass sie bereits während ihrer Gründung »im Herbst und im Winter 1939/40 im Auftrage des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, Reichswirtschaftsminister Funk, tätig geworden« sei und »zwei geheime Gutachten über die Finanz- und Preispolitik während des Krieges erstattet [habe], die als Unterlage für wichtige Maßnahmen der deutschen Kriegswirtschaft« gedient hätten.⁷⁷ Mit großer Wahrscheinlichkeit handelte es sich bei einem der Gutachten um das des Professorenausschusses.

Als Vorläufer der Klasse IV der Akademie für Deutsches Recht kamen über den Professorenausschuss mittelbar die Querverbindung der Freiburger Kreise zum Kreisauer Kreis, nämlich zu Peter Graf Yorck von Wartenburg und zu Günter Schmölders, zustande, die beide zusammen mit den Freiburger Professoren an Arbeitsgemeinschaften der Akademie für Deutsches Recht beteiligt waren. Außerdem wurde zu dem mit von Dietze seit der gemeinsamen Zeit an der Universität Jena bekannten Gerhard Albrecht der Kontakt geknüpft, der wiederum in Verbindung stand zu den ehemaligen christlichen Gewerkschaftern um Jakob Kaiser.⁷⁸

Von Relevanz für die Widerstandsaktivitäten auf dem Gebiet der Diskussion und Konzeption wirtschaftspolitischer Pläne ist die Akademie für Deutsches

74 S. die Mitgliederliste der Klasse III und Klasse IV [undatiert], BA R61/29, Bl. 177ff.

75 Berkenkopf gehörte der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik an, Eucken der AG Volkswirtschaftslehre, Hasenack der AG Geld und Kredit, Lampe der AG Preispolitik, von Stackelberg der AG Volkswirtschaftslehre, Stucken der AG Geld und Kredit, Teschemacher der AG Finanzwirtschaft/Finanzgeschichte. Jessen war nicht nur Klassensekretär der Klasse IV, sondern auch aktiv in der AG Finanzwirtschaft/Finanzgeschichte (Mitgliederverzeichnisse der Arbeitsgemeinschaften), BA R 61/100, Bl. 18 ff.).

76 BA R 61/98, Bl. 6.

77 »Klasse IV: »Zur Erforschung der völkischen Wirtschaft«, Klassensekretär: Prof. Dr. Dr. Jessen, Berlin«, o.V., o.D., o.S., masch. geschr., BA R 61/100, Bl. 16f.

78 Tilman MAYER, *Ein christlicher Gewerkschafter im Widerstand. Jakob Kaiser und der 20. Juli 1944*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 41 (1993), S. 602.

Recht und insbesondere die auf Betreiben von Jessen konstituierte Klasse IV insofern, als sie ein Forum aller der Professoren wurde, die darum bemüht waren, eine seriöse Wissenschaftskultur im überkommenen Sinne zu erhalten⁷⁹, indem sie Raum für fachwissenschaftliche, von politischen Maximen weitgehend unbeeinflusste Diskussionen bot, in denen auch Kritik an der verfolgten (Wirtschafts-)Politik offen geäußert wurde – und das vor einem Publikum, in dem einige Persönlichkeiten des Widerstandes vertreten waren. Damit waren günstige Bedingungen dafür gegeben, dass die Ideen der Leistungswettbewerbstheorie Eingang in die wirtschaftspolitischen Diskussionen der Widerstandsbewegung fanden. Die Freiburger NationalökonomInnen wurden in der Folge von den unterschiedlichen Gruppierungen der engeren Verschwörung, von Goerdeler, dem Kreisauer Kreis und von Johannes Popitz als Fachleute in wirtschaftspolitischen Fragen konsultiert. Ihr Einfluss ist in der Entwicklung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Pläne der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 deutlich nachweisbar.⁸⁰

Dass die scheinbar wenig bedeutende Episode des Professorenausschusses eine wichtige Rolle für diese Entwicklung spielt, sie die Freiburger NationalökonomInnen dem Widerstand des 20. Juli als wirtschaftspolitische Berater empfahl, dafür liefert auch das Tagebuch des Diplomaten Ulrich von Hassell einen bislang nicht beachteten Beweis. Obwohl sich die Tätigkeit des Ausschusses unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzog und das Abschlussgutachten als »Geheime Reichssache« klassifiziert wurde, gelangten der Tenor des Gutachtens und die Umstände seiner Entstehung auch von Hassell zur Kenntnis. Er verzeichnete in seinem Tagebuch unter dem 5. Dezember 1939, dass nach dem Bericht von Walther Goetz (1933 emeritierter Historiker) »vor kurzem« eine Konferenz von Finanzsachverständigen nach Berlin einberufen worden sei, die zu einer sehr pessimistischen Beurteilung der Kriegsfinanzierung gekommen sei. Schließlich habe man ein Gutachten angenommen, das versucht habe, wenigstens nicht gänzlich negativ Stellung zu nehmen.⁸¹

79 Siehe die Bemerkung Lampes in seinem Schreiben an General Thomas vom 10.3.1942, dass sein Berliner Kollege Jessen in der Klasse IV der Akademie »wohl fast alle deutschen Wirtschaftswissenschaftler zusammengefasst« habe, »die heute noch Anspruch darauf erheben dürfen, ernst genommen zu werden« (BA MA Freiburg i.Br. RW 19/1958). Vgl. die retrospektive Darstellung von Günter SCHMÖLDERS, *In memoriam Jens Jessen (1895–1944)*, in: *Schmollers Jb.*, 69 (1949), S. 9.

80 Vgl. D. RÜTHER (wie Anm. 1), passim.

81 *Die Hassell-Tagebücher 1938–1944*, hg. v. Friedrich FREIHERR HILLER VON GAERTRINGEN, Berlin 1988, S. 148. Dass von Hassell von der Tätigkeit des Professorenausschusses wusste, hatte indes keine dokumentarisch nachweisbaren Konsequenzen für eine potentielle Querverbindung zu den Freiburger Kreisen.

Hans Globke und der Nationalsozialismus. Eine Skizze

Von Erik Lommatzsch

Über mangelndes Interesse an seiner Tätigkeit während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft konnte sich Hans Globke nie beklagen, seit er 1949 in das Bundeskanzleramt eingetreten war. Mit seiner Ernennung zum Staatssekretär 1953 nahmen die Angriffe zu, vor allem im Umfeld von Bundestagswahlen und politisch besonders umstrittenen Entscheidungen Adenauers. Erst mit seinem altersbedingten Ausscheiden 1963 ebten die öffentlichen Diskussionen langsam ab.

Die moralischen Urteile, die über den ehemaligen Beamten des Reichsinnenministeriums und Kommentator der Nürnberger Gesetze gefällt wurden, sind zahlreich; viel seltener hingegen sind Versuche, die Tätigkeit Hans Globkes unter dem NS-Regime über das Schlagwort des Kommentators hinaus zu erhellen und so eine differenziertere Bewertung zu ermöglichen.¹

Die folgende Skizze soll einen Überblick über die Thematik vermitteln²: Zunächst werden die berufliche Laufbahn Globkes als Ministerial-

1 Von den Studien, die Globkes Wirken im Dritten Reich partiell Aufmerksamkeit widmen, seien genannt: Ulrich von HEHL, *Hans Globke 1898–1973*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 3, hg. v. Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER, Mainz 1979, S. 247–259; um zumeist persönliche Erinnerungen handelt es sich bei: Klaus GOTTO (Hg.), *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes*, Stuttgart 1980; publizistisch: Stephan REINHARDT, *Der Fall Globke*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 42 (1995), S. 437–447; zur Rezeption und Diskussion siehe u. a. Norbert JACOBS, *Der Streit um Dr. Hans Globke in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1963. Ein Beitrag zur politischen Kultur in Deutschland*, Diss. phil., Bonn 1992; John P. TESCHKE, *Hitler's Legacy. West Germany Confronts the Aftermath of the Third Reich*, New York u. a. 1999; die im Zuge der Kampagnen gegen Globke der fünfziger und frühen sechziger Jahre entstandenen Publikationen – etwa des sog. Ausschusses für deutsche Einheit oder die Veröffentlichung von Reinhard-M. STRECKER, *Dr. Hans Globke. Aktenauszüge – Dokumente*. Hamburg 1961 – wären aufgrund der mit ihnen verbundenen Absicht gesondert zu diskutieren und sind nicht Gegenstand der vorliegenden Skizze.

2 Die vorliegende Darstellung stützt sich vor allem auf den im Archiv für Christlich-Demokratische Politik befindlichen Nachlass Globkes (ACDP 01-070), auf Akten des preußischen Innenministeriums und des Reichsinnenministeriums. Eine umfangreichere Behandlung des hier auf einige exemplarische Bereiche beschränkten Überblicks des Komplexes »Hans Globke und der Nationalsozialismus« soll demnächst in meiner Dissertation (Arbeitstitel: *Hans Globke 1898–1973. Eine biographische Studie zum politischen Wirken*) erfolgen.

beamter und seine dienstlichen Aufgaben bis 1945 dargestellt; in einem zweiten Teil wird der vielfach geäußerten Argumentationslinie nachgegangen, Globke hätte innerhalb des Ministeriums die nationalsozialistische Gesetzgebung zugunsten der Entrechteten beeinflusst. Dass es selbstredend eine Fülle von Akten gibt, in denen sich Äußerungen Globkes im Sinne des Regimes finden, wird dabei nicht aus dem Auge verloren, eine Betrachtung dieses Materials dürfte jedoch nicht zu weiteren Erkenntnissen führen, da Globke als Referent – unabhängig von einer Wertung seiner Person und seiner Einstellung – für den größten Teil seiner Tätigkeit an entsprechende Vorgaben resp. Gesetze gebunden war. In einem dritten Abschnitt wird das »inoffizielle«, m. E. oppositionelle Wirken Globkes betrachtet, welches sich von Hilfe für Verfolgte in Einzelfällen bis hin zu Kontakten zu Widerstandskreisen, die an den Staatsstreichplanungen des 20. Juli 1944 beteiligt waren, erstreckt. Für Globkes Einfluss auf die Gesetzgebung und für sein oppositionelles Wirken wird jeweils eine Auswahl von prominenten Beispielen angeführt.

Hingewiesen sei noch auf ein besonderes Quellenproblem: Die meisten Äußerungen und Beurteilungen, die Globke eine ablehnende Haltung gegenüber dem NS-Regime bescheinigen, entstanden erst nach Kriegsende; für einige Punkte ließen sich bis auf seine eigenen Aussagen keine weiteren Belege finden. Zudem entstanden viele der Belege erst aufgrund von Vorwürfen, die gegen Globke in der Nachkriegszeit erhoben wurden.

Der Werdegang Hans Globkes bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft

Hans Globke wurde 1898 als Sohn eines Tuchgroßhändlers in Düsseldorf geboren. Aufgewachsen ist er in Aachen. Nachdem er dort das Abitur abgelegt hatte, wurde er 1916 zum Kriegsdienst eingezogen und diente bis zum Ende des Krieges als Angehöriger einer Artillerieeinheit an der Westfront. Noch 1918 konnte er das juristische Studium beginnen, welches er in Bonn und Köln absolvierte. Im Jahre 1922 trat er der Zentrumsparterie bei. Nach der Promotion³ und den üblichen Referendarstationen war Hans Globke ab Mai 1925 als Vertreter des Polizeipräsidenten von Aachen tätig,⁴ im Februar 1926 erfolgte mit

3 Hans GLOBKE, *Die Immunität der Mitglieder des Reichstags und der Landtage*, Diss., Gießen 1922.

4 Vgl. dazu die Vorgänge in Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (BA DH), ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 5 und 6; Globke wirkte quasi als Polizeipräsident, da diese Position selbst nicht besetzt war.

der Ernennung zum Regierungsassessor die endgültige Übernahme in den preußischen Staatsdienst⁵.

Als Regierungsrat trat er am 3. Dezember 1929 in das Preußische Ministerium des Inneren ein.⁶ Hier war er in der Verfassungs- und Rechtsabteilung (Abteilung I) beschäftigt, zunächst als Hilfsarbeiter,⁷ seit 1932 als Referent für Verfassungs- und Staatsrecht. Hinzu kamen kleinere Arbeitsgebiete, die innerhalb des Ministeriums anderen Abteilungen unterstellt waren. Dazu gehörten u. a. »Standesamtssachen«, »Namensänderungen« und »Saarsachen«. Weiterhin war er mit Problemen befasst, die sich aus der Entmilitarisierung des Rheinlandes, den Regelungen des Versailler Vertrages für die Westgrenze und den Besatzungsfolgen ergaben.⁸

Durch die von Reichspräsident Hindenburg erlassene »Reichstagsbrandverordnung«⁹ und das vom Reichstag verabschiedete Ermächtigungsgesetz¹⁰ waren die Möglichkeiten der Nationalsozialisten bezüglich einer verfassungsrechtlichen Umgestaltung nahezu unbegrenzt. Das Land Preußen unterstand seit Papens »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932 einem Kommissar des Reiches, was den Zugriff auf das Landesrecht erleichterte. Dieser Zusammenhang dürfte jedoch nach der »Machtergreifung« ohnehin keine Rolle mehr gespielt haben, da mit Hermann Göring einer der wichtigsten Repräsentanten der nationalsozialistischen Bewegung an der Spitze des preußischen Innenministeriums stand, der im April 1933 auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten übernahm.

Globke war unter anderem beteiligt an den Entwürfen und Ausarbeitungen zu dem sogenannten Preußischen Ermächtigungsgesetz¹¹, dem Gesetz über

5 Ernennungsurkunde des Preußischen Ministers des Inneren vom 20.2.1926, BA DH, ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 5.

6 Personalbogen Globke, undatiert, 1930 BA DH, ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 6, Bl. 112.

7 Als Hilfsarbeiter wurden diejenigen, meist jungen Beamten des höheren Dienstes bezeichnet, die verschiedenen Referenten zugeteilt, jedoch (noch) nicht selbst für ein Referat verantwortlich waren.

8 Für die genannten Bereiche war Globke als Referent bzw. Vertreter des Referenten zuständig. Die Aufzählung versteht sich als Zusammenfassung der Aufgaben Globkes in den Jahren von 1929–1934. In den Geschäftsverteilungsplänen (GVP) sind die Arbeitsgebiete z.T. detaillierter ausgewiesen. Sie wurden des öfteren neu verteilt und umbenannt. Globke übernahm die Aufgaben nach und nach, von Anfang an war er jedoch mit Verfassungsfragen beschäftigt. Zu Globkes Arbeitsgebieten vgl. GVP des Preußischen Ministeriums des Inneren (PrMI) vom 24.10.1930, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), Rep. 77, Nr. 59; GVP des PrMI vom 30.3.1933, Ebd., Nr. 60; GVP des PrMI [nur für die Zentralabteilung] vom 16.6.1934, GStA, Ebd., Nr. 61; Handbuch für den Preußischen Staat, 1931, S. 179–192 und 1934, S. 64–78.

9 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933, Reichsgesetzblatt (RGBl.) I, 1933, S. 83.

10 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24.3.1933, RGBl. I, 1933, S. 141.

11 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Land. Preußisches Ermächtigungsgesetz vom 1.6.1933, Preußische Gesetzsammlung (GS), S. 186. Zu den Vorbereitungen und Entwürfen insgesamt: GStA, Rep. 77, Tit. 496a, Nr. 209.

den Provinzialrat¹², dem Gesetz über die Landesregierung¹³, der Neuregelung der Aufgaben des Staatsrates¹⁴ und dem Gesetz über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates¹⁵. Weiterhin befasste sich Globke in seinem Hauptarbeitsgebiet mit Angelegenheiten, die sich für Preußen aus dem nun immer mehr an Bedeutung gewinnenden Reichsrecht ergaben, so zum Beispiel mit den Vorgängen um die »Einsetzung von Kommissaren z.b.V. aus Anlass der nationalen Revolution«¹⁶ oder den Folgen der Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.¹⁷

In seiner Zeit im Preußischen Ministerium des Inneren war Hans Globke Autor bzw. Mitautor von Abhandlungen, die ihn als Sachverständigen der behandelten Themen auswiesen.¹⁸ Zudem gehörte es zu seinen Aufgaben als Verfassungsreferent, einzelne Gesetze im neuen preußischen Gesetzbuch zu kommentieren, an deren Ausarbeitung er beteiligt gewesen war.¹⁹

Am 1. Dezember 1933 wurde Hans Globke zum Oberregierungsrat befördert.²⁰ Ein derartiger Beförderungsvorschlag hatte bereits im Frühjahr 1932 vorgelegen, war aber zurückgestellt worden. Dafür waren zunächst haushalts-technische Gründe maßgeblich, nach Globkes späteren eigenen Angaben kamen jedoch politische hinzu: Am 20. Juli 1932 hatte der Reichspräsident die Regierung Braun abgesetzt und an deren Stelle einen Reichskommissar beru-

-
- 12 Gesetz über den Provinzialrat vom 11.7.1933, GS 1933, S. 254–256; zu den Vorbereitungen und Entwürfen insgesamt: GStA, Rep. 77, Tit. 496a, Nr. 211; der *Völkische Beobachter* vom 18.7.1933 feierte dieses Gesetz über die Schaffung des einflusslosen, lediglich beratenden Gremiums der Ober- und Regierungspräsidenten als die Durchsetzung des Führerprinzips in der preußischen Staatsverwaltung.
 - 13 Gesetz über die Landesregierung vom 17.7.1933, GS, S. 259; zu den Vorbereitungen und Entwürfen insgesamt: GStA, Rep. 77, Tit. 496a, Nr. 212.
 - 14 Gesetz über den Staatsrat vom 8.7.1933, GS, S. 241–243; zu den Vorbereitungen und Entwürfen insgesamt: GStA, Rep. 77, Tit. 494b, Nr. 1, Bd. 2 und 3. Der Staatsrat hatte jetzt nur noch beratende Funktion, auch die Besetzung war neu geregelt.
 - 15 Gesetz über Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates vom 15.12.1933, GS 1933, S. 479; zu den Vorbereitungen und Entwürfen insgesamt: GStA, Rep. 77, Tit. 496a, Nr. 213.
 - 16 GStA, Rep. 77, Tit. 496a, Nr. 210; im Zusammenhang damit: Gesetz über die Einsetzung eines Staatskommissars für die Hauptstadt Berlin vom 31.5.1933, GS 1933, S. 196f.; zum Vorgang insgesamt: GStA, Rep. 77, Tit. 227a, Nr. 104, Bd. 1.
 - 17 Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31.3.1933, RGBl. I, 1933, S. 153; Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7.4.1933, RGBl. I, 1933, S. 173; zu den Vorgängen insgesamt: GStA, Rep. 77, Tit. 253a, Nr. 72.
 - 18 Hans GLOBKE, *Volksbegehren und Volksentscheid*, Berlin 1931; Walter KRIEGE/Fritz OPITZ/Hans GLOBKE, *Die Namensänderung aufgrund der preußischen Verordnung vom 3. November 1919*, Eberswalde 1934.
 - 19 Roland FREISLER/Ludwig GRAUERT, *Das neue Recht in Preußen*, Berlin 1933–1941. Globke kommentierte hier u. a. das Ermächtigungsgesetz und die Gesetze über den Staats- und Provinzialrat. Vgl. hierzu auch die Übersichten in: ACDP 01-070-096/2.
 - 20 Ernennungsurkunde vom 1.12.1933, Ebd. 071/2.

fen. Die entmachtete preußische Regierung klagte daraufhin gegen den Reichspräsidenten. Dessen Klagebeantwortung wurde im wesentlichen im Preußischen Innenministerium ausgearbeitet. Globke, der nach eigener Darstellung im Vorgehen Hindenburgs eine Verletzung der Reichsverfassung sah, wäre mit dieser Aufgabe betraut gewesen. Er konnte jedoch mit Erfolg bei seinem Abteilungsleiter um eine Entpflichtung ersuchen. In der Folge war er bei weiteren Beförderungen trotz ausgezeichnete Beurteilungen durch seine Vorgesetzten benachteiligt.²¹ Auch seine Aufgaben im Saarreferat hatte er gleich nach der Machtergreifung auf Wunsch der NSDAP abgeben müssen.²²

Am 1. November 1934 wurde das Preußische Innenministerium mit dem Reichsinnenministerium zusammengelegt. Der Oberregierungsrat Hans Globke wurde als Referent in das neugebildete Reichs- und Preußische Ministerium des Inneren²³ unter Wilhelm Frick übernommen; 1934 arbeiteten in dieser Behörde insgesamt 13 Oberregierungsräte.²⁴ Globkes Arbeitsgebiet umfasste wiederum Aufgaben innerhalb der Abteilung Verfassung und Gesetzgebung (Abteilung I). Allerdings wurden die Aufgaben des ehemaligen preußischen Verfassungsreferats nun vom zuständigen Referenten des Reichsministeriums übernommen. Globke verblieben von seinen bisherigen Aufgaben die Zuständigkeit für Namensänderungen und Personenstandswesen, 1937 kam der Bereich »Internationale Fragen auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitswesens und Optionsverträge« hinzu. Weiterhin war Globke mit einer Anzahl von Korreferaten betraut, unter anderem war er zeitweise Korreferent für »Allgemeine Rassenfragen«, »Ein- und Auswanderung« und Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Blutschutzgesetz.²⁵ Die Aufgabe eines Korreferenten be-

-
- 21 Stellungnahme Globkes zu den im Urteil des Obersten Gerichts der SBZ vom 23. Juli 1963 erhobenen Vorwürfen, undatiert, S. 11, Ebd. 093/2 [künftig: Globke, Stellungnahme]. Für diesen Vorgang waren innerhalb der eingesehenen Bestände keine weiteren Bestätigungen als die Globkes zu finden. Allerdings lässt sich zeigen, dass Globkes Beförderungen immer erst nach mehreren diesbezüglichen Vorschlägen erfolgten. Vgl. dazu z. B. Personalbogen und Befähigungsbericht vom 23.5.1934 mit sehr positiver Beurteilung und Vorschlag zur Ernennung zum Ministerialrat, die dann erst vier Jahre später erfolgte, BA DH, ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 6, Bl. 63.
- 22 Vgl. die Änderungen im GVP des PrMI vom 30.3.1933, GStA, Rep. 77, Nr. 60, Globkes Zuständigkeiten für Saarangelegenheiten gingen auf Heinrich Schneider, den späteren saarländischen Landtagspräsidenten und Wirtschaftsminister, über; Entwurf einer Aufzeichnung Globkes als Reaktion auf die während der Pressekonferenz des »Ausschusses für Deutsche Einheit« vom 28.7.1960 und in der Broschüre »Globke und die Ausrottung der Juden« erhobenen Vorwürfe, undatiert, S. 2, ACDP 01-070-104/1 [künftig: Globke, Aufzeichnung].
- 23 So die offizielle Bezeichnung bis 1938, danach nur noch Reichsministerium des Inneren. Entsprechendes galt für den Titel des Ministers.
- 24 Vgl. Aufstellung nach Reichs- und Preußischen Haushaltsplänen, ACDP 01-070-097/3.
- 25 Genannt sind nur die wichtigsten Arbeitsgebiete. Globke war zeitweise als Referent auch zuständig für Amnestie- und Gnadensachen, Straflöschungen, Stiftungen, Schenkungen, Freistellen, Nachlasssachen und Beglaubigungen von Urkunden. Siehe dazu die Geschäfts-

stand darin, die vom verantwortlichen Referenten zugeleiteten Vorgänge vom Standpunkt des eigenen Referats auf Einwände zu prüfen, verantwortlich war jedoch allein der Referent.²⁶

Neben der Bearbeitung von Anfragen und Anträgen, insbesondere in seiner Funktion als Namens- und Personenstandsreferent,²⁷ gehörte es weiterhin zu den Aufgaben Globkes, Vorlagen und Entwürfe für Gesetze und Verordnungen zu verfassen.²⁸ Er war beteiligt an den Beratungen über die Ersten Ausführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen²⁹, er wirkte mit am Ehegesundheitsgesetz³⁰ und am Personenstandsgesetz³¹. Das Gesetz zur Namensänderung³² und die nachfolgenden drei Ausführungsverordnungen³³ wurden von Hans Globke verfasst.

Auch seine Funktion als Referent für Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen schlug sich, neben seiner Tätigkeit als Sachverständiger,³⁴ im Zuge der nationalsozialistischen Außenpolitik verstärkt in der Ausarbeitung von Gesetzen nieder, zunächst bei Fragen, die infolge des Münchener Abkommens vom 30. September 1938 entstanden waren.³⁵ Bei dem im März 1938 vollzogenen

verteilungspläne des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Inneren: GVP des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Inneren (RuPrMI) vom 23.10.1934, BA B, R 1501/4; GVP des vom 15.7.1936, Ebd. 1501/5; GVP des RuPrMI vom 15.1.1937, Ebd. 22/4219; GVP des RuPrMI vom 15.1.1938, Ebd. 1501/7; GVP des RuPrMI vom 21.7.1938, Ebd. 1501/8.

26 Zur Stellung des Korreferenten im Reichsministerium des Inneren vgl. Wilhelm Loschelder, Eidesstattliche Erklärung, 20.8.1961, ACDP 01-070-071/1.

27 Vgl. dazu die Vorgänge in Bundesarchiv Berlin (BA B), R 1501/127400, 127403, 127404, 127405, 127409, 127439, 127440, zu den Vorarbeiten für die Gesetze insbesondere 127401.

28 Zu Globkes Mitwirkung an den Vorarbeiten zu den einzelnen Gesetzen: Globke, Aufzeichnung, S. 17.

29 Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935, RGBl. I, 1935, S. 1333f.; Erste Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 14.11.1935, Ebd., S. 1334–1336.

30 Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes vom 18.10.1935, Ebd., S. 1246.

31 Personenstandsgesetz vom 3.11.1937, Ebd., 1937, S. 1146–1149. Zu Globkes Arbeitsgebiet Personenstandswesen vgl. BA B, R 1501/127463, 127452, 127465.

32 Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5.1.1938, Ebd., 1938, S. 9.

33 Erste Verordnung über die Durchführung des Gesetzes zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 7.1.1938, Ebd., S. 12; Zweite Verordnung über die Durchführung des Gesetzes zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17.8.1938, Ebd., S. 104; Dritte Verordnung über die Durchführung des Gesetzes zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 24.12.1940, Ebd., 1940, S. 1669.

34 Vgl. dazu u. a. die Vorgänge in BA B, R 1501/7020, 125626/3.

35 Zur Beteiligung an der Ausarbeitung der Gesetze vgl. die Aufstellung in ACDP 01-070-096/1, sowie Globke, Aufzeichnung S. 23; Globke wirkte u. a. mit an der Ausarbeitung und den Abschlussverhandlungen über den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 20.11.1938, RGBl. II, 1938, S. 895, und

»Anschluss« Österreichs musste Globke die Vertretung des Verfassungsreferenten übernehmen. Grund hierfür waren seine Kenntnisse in dieser Frage, die er als ehemaliger Verfassungsreferent des preußischen Ministeriums besaß. So war Globke auch an der Ausarbeitung von Verordnungen im Zusammenhang mit der Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich beteiligt³⁶.

Weiterhin kommentierte und erläuterte er die Regelungen seiner Sachgebiete in den einschlägigen Gesetzessammlungen.³⁷ 1936 veröffentlichte Hans Globke, gemeinsam mit seinem Abteilungsleiter, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, die »Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung«.³⁸ Stuckart hatte dafür jedoch lediglich die Einführung verfasst, die Kommentierung der Nürnberger Gesetze und der ersten Ausführungsbestimmungen stammte von Globke.

Am 13. Juli 1938 wurde Hans Globke zum Ministerialrat ernannt.³⁹ Dies war seine letzte Beförderung bis zum Ende des Dritten Reiches. Während auch dienstjüngere Kollegen weiter aufstiegen, blieb er bis 1945 einer von etwa 40 Ministerialräten des Reichsinnenministeriums.⁴⁰ Wegen seiner fachlichen Kenntnisse war er im Ministerium angesehen und wurde von seinen Vorgesetzten geschätzt,⁴¹ jedoch hatte er bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Bereit-

er war Mitverfasser der Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit in den sudetendeutschen Gebieten vom 2.12.1939, RGBl. I, 1939, S. 205; vgl. zum deutsch-tschechoslowakischen Staatsangehörigkeits- und Optionsvertrag auch die Vorgänge in BA B, R 1501/5512.

- 36 Zur Beteiligung an der Ausarbeitung der Gesetze vgl. die Aufstellung in ACDP 01-070-096/1; Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Ernennung des Reichsstatthalters in Österreich vom 15.3.1938, RGBl. I, 1938, S. 248; Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Österreichische Landesregierung vom 15.3.1938, Ebd., S. 249; Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 16.3.1938, Ebd., S. 249.
- 37 Globke kommentierte hier eine Vielzahl von einzelnen Bestimmungen: zu Reichsbürgergesetz, Blutschutzgesetz und Standesregisterwesen in R. FREISLER/L. GRAUERT (wie Anm. 19); zu Staatsangehörigkeit und Optionsfragen in Hans PFUNDTNER/Reinhard NEUBERT/Franz A. MEDICUS (Hg.), *Das neue Reichsrecht. Ergänzbare Sammlung des geltenden Rechts seit dem Ermächtigungsgesetz mit Erläuterungen*, Berlin 1933ff.
- 38 Wilhelm STUCKART/Hans GLOBKE, *Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung*, Bd. I: *Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935. Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935. Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz) vom 18. Oktober 1935. Nebst allen Ausführungsvorschriften und den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen erläutert von Dr. Wilhelm Stuckart, Staatssekretär, und Dr. Hans Globke, Oberregierungsrat, beide im Reichs- und Preußischen Ministerium des Inneren*, München u. a. 1936.
- 39 Ernennungsurkunde vom 13.7.1938: BA DH, ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 6, Bl. 108.
- 40 Aufstellung nach den Reichs- und Preußischen Haushaltsplänen, ACDP 01-070-097/3.
- 41 Vgl. z. B. Befähigungsbericht und Beförderungsvorschlag vom 23.5.1934, BA DH, ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 6, Bl. 63; Befähigungsbericht und Beförderungsvorschlag vom 30.8.1935, Ebd., Bl. 83.

schaft gezeigt, sich äußerlich mit dem neuen Staat zu identifizieren, etwa durch Mitgliedschaften in staatstragenden NS-Organisationen⁴². Bereits seine Ernennung zum Ministerialrat – ein erster Vorschlag dafür stammte von 1934⁴³ – musste beim »Stellvertreter des Führers«, der in diesen Fragen ein maßgebliches Mitspracherecht besaß, von wohlwollenden Vorgesetzten mühevoll durchgesetzt werden.

Mit Kriegsbeginn trat ein neuer Geschäftsverteilungsplan in Kraft. Hans Globke behielt in der Zeit nach 1939 von seinen bisherigen Aufgaben lediglich die Zuständigkeiten auf den Gebieten des Staatsangehörigkeitswesens und der Optionsverträge. Dazu kamen mit dem Fortgang des Krieges die Referate »Verwaltungsaufbau und Organisation« in Eupen-Malmedy, Luxemburg, Elsass und Lothringen sowie kleinere Aufgaben und eine Vielzahl von Korreferaten.⁴⁴ Seit 1943 war Globke auch stellvertretender Unterabteilungsleiter, zuständig für »Neuordnung im Westen«.⁴⁵

Verbunden waren die Arbeitsgebiete, die die Verwaltungsregelung in den besetzten Gebieten betrafen, mit einer Vielzahl von Reisen, die Hans Globke als Begleiter seiner Vorgesetzten unternahm, meist von Staatssekretär Wilhelm Stuckart, seltener von Innenminister Wilhelm Frick.⁴⁶ In der Praxis hatte das Innenministerium auf die Vorgänge in den eroberten Gebieten allerdings keinen Einfluss, als oberste Verwaltungsbehörde des Deutschen Reiches musste es jedoch zumindest theoretisch über für diese Fragen zuständige Stellen verfügen.⁴⁷

Die von Hans Globke in dieser Zeit bearbeiteten Gesetze betrafen vor allem Regelungen der Staatsangehörigkeit. So bearbeitete er unter anderem den Ver-

42 Globke gehörte lediglich Beamten- und Juristenvereinigungen, dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps, dem Reichskolonialbund und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt an, vgl. Anlage zur Personalmachweisung, 31.1.1938, Ebd., Bl. 102.

43 Befähigungsbericht und Beförderungsvorschlag vom 23.5.1934, Ebd., Bl. 63.

44 Vgl. dazu die Geschäftsverteilungspläne des Reichsministeriums des Inneren: GVP des Reichsministeriums des Inneren (RMI) vom 4.4.1940, 15.7.1941, 1.7.1943, BA B, R 1501/10, 1501/14, 1501/17; vom 15.2.1944, ACDP 01-070-097/6; GVP vom 15.1.1945, BA B, R 1501/19 und 1501/20.

45 GVP des RMI vom 1.7.1943, Ebd., 1501/17. Die Position des Abteilungsleiters war jedoch nicht besetzt. Dies mag erklären, warum er im Taschenbuch für Verwaltungsbeamte 1943, S. 13, als Abteilungsleiter geführt wird; vgl. dazu auch die Stellungnahme Globkes zu dieser Funktion: Globke an den Leitenden Oberstaatsanwalt beim Amtsgericht Bonn, 1.2.1964, ACDP 01-070-090/2.

46 Globke reiste zwischen 1940 und 1942 mehrfach als Begleiter von Staatssekretär Stuckart nach Frankreich, Belgien, in die Niederlande und nach Luxemburg, vgl. die Aufstellung in ACDP 01-070-071/2.

47 Vgl. dazu Günter NELIBA, *Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates*, Paderborn 1992, S. 303–353; Dieter REBENTISCH, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945*, Stuttgart 1989, S. 283–331.

trag über die Staatsangehörigkeit der Memelländer,⁴⁸ einen entsprechenden Vertrag mit der Slowakei⁴⁹ sowie die Verordnung über die Staatsangehörigkeit in der Untersteiermark, Kärnten und Krain⁵⁰. Außerdem veröffentlichte Hans Globke in dieser Zeit eine Reihe von Aufsätzen über Staatsangehörigkeitsfragen.⁵¹

In der Kriegszeit war Globke jedoch zum größten Teil mit Aufgaben beim Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung betraut, dort war er Referent für »Allgemeine Angelegenheiten und Geschäftsführung«.⁵²

Die Funktion des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung war mit dem Reichsverteidigungsgesetz vom 4. September 1938 geschaffen worden. Mit der Erklärung des Kriegszustandes sollte diese Behörde die einheitliche Führung der nichtmilitärischen Verwaltung übernehmen und mit dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und dem Oberkommando der Wehrmacht zusammenwirken. Obwohl der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung eine Oberste Reichsbehörde war, blieb er personell im Innenministerium integriert. Generalbevollmächtigter war der Minister, als Stabsleiter fungierte Staatssekretär Stuckart. Die Behörde blieb unbedeutend. Aufgrund der unklaren Kompetenzverteilungen, der Weigerung anderer Ministerien, sich unterzuordnen und der ohnehin schwachen Stellung Fricks verfügte der Generalbevollmächtigte kaum über Einfluss, auch wenn es gerade von Seiten Stuckarts nicht an Versuchen fehlte, die Position der Behörde zu stärken. Die Haupttätigkeit bestand darin, Verordnungsentwürfe des Minister-

48 Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen über die Staatsangehörigkeit der Memelländer vom 8.7.1939, RGBI. II, 1939, S. 1000f. – Zu den Ausarbeitungen vgl. BA DH, ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 7.

49 Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkszugehörigen beider Staaten vom 27.12.1939, RGBI. II, 1940, S. 78; zu Globkes Beteiligung an den Verhandlungen über diesen Vertrag: Globke, Aufzeichnung, S. 21.

50 Vertrag über den Erwerb der Staatsangehörigkeit in den befreiten Gebieten der Untersteiermark, Kärntens und Krains vom 14.10.1941, RGBI. I, S. 648; vgl. dazu Globke, Stellungnahme, S. 34; der Vertrag stammt vom 14.10.1941; vgl. auch: Vermerk, 6.1.1943, betr. Besprechung beim RMI über die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit auf Widerruf an die Slowenenabsiedler aus der Untersteiermark, BA B, SS-Hängeordner 4528.

51 Hans GLOBKE, *Die Regelung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse und der Schutz der Volksgruppen nach den deutsch-tschechoslowakischen Vereinbarungen vom 20.11.1938*, in: *Zeitschrift für Osteuropäisches Recht* N.F. 5 (1939), S. 473–486; Hans GLOBKE, *Der deutsch-litauische Vertrag über die Staatsangehörigkeit der Memelländer*, in: EBD. N.F. 6 (1939), S. 105–113; Hans GLOBKE, *Die Staatsangehörigkeit der volksdeutschen Umsiedler*, in: *Deutsche Verwaltung* 17 (1940), S. 18–22.

52 GVP des RMI vom 15.7.1941, 1.7.1943, BA B, R 1501/14; 1501/17, vom 15.2.1944, ACDP 01-070-097/6, GVP vom 15.1.1945, BA B, R 1501/19 und 1501/20; *Taschenbuch für Verwaltungsbeamte 1942*, 59. Jg., Berlin 1942; S. 5; EBD. 1943, 60. Jg., Berlin 1943, S. 5.

rats für die Reichsverteidigung an die formal unterstellten Ressorts weiterzuleiten, ohne selbst Einfluss nehmen zu können, oder Repräsentationsaufgaben gegenüber anderen Behörden und dem Ausland wahrzunehmen.⁵³ Globkes formal wichtigste Aufgabe blieb bis 1945 die Verwaltung des geschäftsführenden Referats des Generalbevollmächtigten. Auch diese Funktion war mit einer Vielzahl von dienstlichen Reisen als Begleiter von Staatssekretär Stuckart oder des Ministers verbunden.⁵⁴

1940 hatte Globke die Aufnahme in die NSDAP beantragt.⁵⁵ In einer nach dem Krieg abgefassten Stellungnahme legte er die Gründe dafür dar: Er habe dem wiederholten Drängen von Parteidienststellen nachgegeben, sich insgesamt aber wenig kooperativ gezeigt und quasi eine Ablehnung provoziert.⁵⁶ Dies sei dahingestellt, jedenfalls wurde sein Antrag im Februar 1943 endgültig abgelehnt.⁵⁷ Innerhalb der Parteidienststellen war über seinen Aufnahmeantrag ein recht umfangreicher Schriftwechsel entstanden, auch eine Abwägung von Beweggründen, die für bzw. gegen seine Aufnahme sprachen, hatte stattgefunden.⁵⁸ Ein vom Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, unterzeichnetes Schreiben⁵⁹ empfahl schließlich, Globke nicht in die NSADP aufzunehmen. Es gebe Bedenken in politischer Hinsicht, Globke habe der Zentrumspar- tei von 1922 bis zur Auflösung angehört, er unterhalte auch jetzt noch Verbindungen zu Kreisen führender Männer der ehemaligen Zentrumspar- tei. Obwohl Globkes Abteilungsleiter, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, Globke außerordentlich schätze, sei dieser wohl kein wertvoller Zugewinn für die Par- tei.

Aufgrund seiner Fachkenntnisse war Globke im Reichsministerium des Inneren unentbehrlich geworden. Eine weitere Fronterfahrung blieb ihm somit erspart. Seit Anfang 1940 wurde, vor allem durch Stuckart, immer wieder seine Rückstellung vom Heeresdienst beantragt und durchgesetzt,⁶⁰ noch im Februar 1945 brauchte er einem Einberufungsbefehl nicht Folge zu leisten, der Reichs-

53 Zum Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung im Überblick: D. REBENTISCH (wie Anm. 47), S. 143–162.

54 So zum Beispiel nach Jugoslawien und in die Slowakei im September 1941 sowie nach Rumänien im März 1942. Vollständige Aufstellung in ACDP 01-070-071/2.

55 Aufnahmeantrag vom 14.10.1940, BA B, ehem. Berlin Dokument Center (BDC), Akten betr. Globke.

56 Undatierte Stellungnahme Globkes, ohne Titel, ACDP 01-070-114/1

57 Die Parteikanzlei an den Gauschatzmeister Berlin, 27.2.1943, BA B, ehem. BDC, Akten betr. Globke.

58 Handschriftlich, ohne Titel, 31.7.1941, Ebd.

59 Die Parteikanzlei (Bormann) an den Reichsschatzmeister (Schwarz), 30.11.1941; Die Parteikanzlei (Bormann) an den Obersten Richter der Partei, 4.12.1941, Ebd.

60 Vgl. u. a.: Der Reichsminister des Inneren, Vermerk, 15.5.1940, BA DH, ZA-VI 2570, Akte 1, Bd. 6, Bl. 146; Der Reichsminister des Inneren, Vermerk, 1.11.1940, Ebd., Bl. 147.

verteidigungskommissar benötigte ihn »auch bei unmittelbarer Feindbedrohung zur Aufrechterhaltung einer Notverwaltung«. ⁶¹

Am 12. April 1945 erhielt Hans Globke den Auftrag, sich zum (evakuierten) Dienstsitz seiner Behörde nach Garmisch-Partenkirchen zu begeben. ⁶² Ob er dort jemals zum Dienst antrat, ließ sich nicht ermitteln. Fest steht, dass der entsprechende Marschbefehl es ihm ermöglichte, in den letzten Kriegstagen vergleichsweise problemlos nach Oberbayern zu gelangen. Seine Frau hielt sich mit den drei Kindern bereits seit der Zerstörung der Berliner Wohnung im November 1943 in dem kleinen Kurort Kochel auf. ⁶³ Dort erlebte auch Hans Globke den Zusammenbruch des Dritten Reiches.

Einflussnahme auf die Gesetzgebung

Geht man der Frage nach, wie Hans Globke dem Nationalsozialismus gegenüberstand, so findet man auf der einen Seite die damals von ihm verfassten Ausarbeitungen im Sinne des NS-Regimes; auf der anderen Seite gibt es eine Vielzahl von durchaus gewichtigen Stimmen, wie etwa die des stellvertretenden Hauptanklägers bei den Nürnberger Prozessen, Robert Kempner ⁶⁴, die ihm eine grundsätzlich oppositionelle Haltung bescheinigen und seine Arbeit im Ministerium so bewerten, dass er – im Rahmen seiner Möglichkeiten als Oberregierungsrat resp. Ministerialrat – versucht hätte, bei Gesetzesvorhaben, die auf die Entrechtung und Verfolgung von dem Regime missliebigen Personengruppen abzielten, Milderungen oder wenigstens Verzögerungen zu erreichen.

Vorweg wäre noch darauf zu verweisen, dass Globke in seinem unmittelbaren beruflichen Umfeld Voraussetzungen vorfand, die ein solches Unterfangen begünstigt bzw. ermöglicht haben. Genannt seien hier der ebenfalls in der Abteilung I beschäftigte Referent für Rassenfragen, Bernhard Lösener, sowie der Abteilungsleiter Wilhelm Stuckart. Lösener war anfangs überzeugter Nationalsozialist, hat dann aber – bis zu seinem Ausscheiden aus dem Ministerium 1943 – nach seinen Möglichkeiten zugunsten der Verfolgten und Entrechteten gewirkt; Stuckart war zwar ein ehrgeiziger Nationalsozialist, aber kein ausgeprägter Antisemit und für die von Lösener und Globke angestrebte Beschränkung der nationalsozialistischen Judengesetzgebung zugäng-

61 Der Reichsverteidigungskommissar für den Reichsverteidigungsbezirk Berlin, Bescheinigung, 5.2.1945, ACDP 01-070-071/2.

62 Marschbefehl, 12.4.1945, ausgestellt und unterschrieben vom Leiter der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers und von Wilhelm Stuckart als Vertreter des Reichsministers des Inneren, Ebd.

63 Vgl. die Angaben auf dem Fragebogen des Military Government of Germany, Ebd.

64 Robert M.W. KEMPNER, *Begegnungen mit Hans Globke. Berlin-Nürnberg-Bonn*, in: K. GOTTO (wie Anm. 1), S. 213–229, hier S. 213f.

lich.⁶⁵ Sicher kann gesagt werden, dass Globke zu beiden auch ein gutes persönliches Verhältnis unterhielt.⁶⁶

Die Milderungs- und Verzögerungsbemühungen Globkes lassen sich für mehrere Gesetzgebungsvorhaben der Nationalsozialisten rekonstruieren, von denen einige der wichtigsten hier aufgezeigt werden.

Am 15. September 1935 wurden die Nürnberger Rassengesetze erlassen, das Reichsbürgergesetz und das Blutschutzgesetz.⁶⁷ Diese können nach Hans Buchheim als »erstaunliches Phänomen« bezeichnet werden: Obwohl sie materielles Unrecht darstellten, wurden sie von den Betroffenen vielfach mit Erleichterung aufgenommen, da jetzt die bis dahin schrankenlose Diskriminierung des jüdischen Bevölkerungsteils kodifiziert war und fortan wenigstens berechenbar erschien – ein Zustand, der unter den Bedingungen der totalitären Herrschaft leichter zu ertragen war.⁶⁸

65 Die Rolle von Bernhard Lösener und Wilhelm Stuckart wäre gesondert zu diskutieren. Der sog. Lösener-Bericht (Bernhard LÖSENER, *Als Rassereferent im Reichsministerium des Inneren*, in: VfZ 9 (1961), S. 264–313) gilt u. a. als maßgebliche Quelle für das Zustandekommen der Nürnberger Gesetze. Auf die von Cornelia Essner geäußerte Kritik am angeblich zu unkritischen Umgang mit dem Lösener-Bericht (Cornelia ESSNER, *Die »Nürnberger Gesetze« oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945*, Paderborn 2002, insbes. S. 113–134) kann in der vorliegenden Skizze nicht eingegangen werden, dafür wäre eine detaillierte, gesonderte Diskussion erforderlich. Zu Stuckart vgl. D. REBENTISCH (wie Anm 47), S. 104–111. Bei von HASSELL finden sich Überlegungen, ob Stuckart für den Widerstand zu gewinnen sei; *Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom anderen Deutschland*; hg. v. Friedrich Freiherr HILLER VON GAERTINGEN, 3. Aufl., Berlin 1989, S. 131f.

66 Vgl. die Aussagen Globkes zugunsten Stuckarts in den in der Nachkriegszeit gegen ihn geführten Prozessen und den z.T. persönlichen Schriftwechsel Globkes über bzw. mit Stuckart in: BA Koblenz, N 1292, Nr. 46 und 14 sowie den Schriftwechsel Globkes mit Lösener aus der Zeit nach Kriegsende, ACDP 01-070-127/1.

67 Reichsbürgergesetz vom 15.9.1935, RGBl. I, 1935, S. 1146; Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935, Ebd., S. 1146f. Der Vollständigkeit halber sei angefügt, dass zum Komplex der Nürnberger Gesetze auch noch das Reichsflaggengesetz vom 15.9.1935, Ebd., S. 1145 zählt. – Allgemeine Darstellung der Entstehung und Auswirkungen: Uwe Dietrich ADAM, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 114–144; Lothar GRUCHMANN, *Justiz im Dritten Reich. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*, 2. Aufl., München 1990, S. 864–886.

68 Nach Hans BUCHHEIM, *Die SS – das Herrschaftsinstrument*, in: Hans BUCHHEIM/Martin BROZAT/Hans-Adolf JACOBSEN/Helmut KRAUSNICK, *Anatomie des SS-Staates*, 6. Aufl., München 1994, S. 13–212, hier S. 20f. Die Nürnberger Gesetze können danach auch nicht als Grundlage der Judenverfolgungen der Nationalsozialisten betrachtet werden. Die willkürliche Judenverfolgung setzte sofort nach der Machtergreifung ein und wurde auch nach dem 15. September 1935 fortgesetzt. Es handelte sich bei der fortgesetzten willkürlichen Verfolgung um eine außernormative Maßnahme, die Entrechtung wurde zudem auch juristisch durch den Erlass weiterer Gesetze fortgeführt. Dies stand der Ankündigung der Nationalsozialisten und der allgemeinen Erwartung entgegen, dass mit Erlass der Nürnberger Gesetze die Willkür beendet sei und die Rechte der Juden zwar eingeschränkt, aber eindeutig festgesetzt seien.

Schon bei der Ausarbeitung der Nürnberger Gesetze, die Hitler überraschend auf dem »Parteitag der Freiheit« angeordnet hatte,⁶⁹ gab es Bestrebungen einiger der aus Berlin eilig herbeigeholten Mitarbeiter des Reichsinnenministeriums – allen voran Lösener –, das zu schaffende Unrecht, welches sie nicht verhindern konnten, wenigstens so weit wie möglich einzuschränken⁷⁰. Der Kreis der Betroffenen sollte so klein wie möglich gehalten werden, ein Vorhaben, welches es vor allem gegen die fanatisch-antisemitischen Bestrebungen führender Repräsentanten der NSDAP, den Reichsärztesführer, vor allem aber gegen die Stabsstelle des Stellvertreters des Führers⁷¹ durchzusetzen galt. Spielräume sahen die Beamten um Lösener vor allem in der Definition des Judenbegriffs. Entscheidend für die Einordnung war die Anzahl der »nichtarischen« Großeltern.⁷² Noch nach der Ersten Durchführungsverordnung zum Berufsbeamtengesetz⁷³ genügte es, einen »nichtarischen« Großelternanteil zu haben, um als »Nichtarier« zu gelten. Diese Regelung wollten die Vertreter der Partei nun auch auf die Nürnberger Gesetze übertragen, eine Einigung mit den Beamten des Innenministeriums konnte in Nürnberg jedoch nicht erreicht werden. Die Rassengesetze vom 15. September 1935 ergingen dann zunächst ohne eine Erklärung, wer als »Nichtarier« zu betrachten sei.

Eine Regelung musste jedoch so schnell wie möglich gefunden werden. Globke, der nicht unter den nach Nürnberg zitierten Beamten gewesen war, wurde in seiner Eigenschaft als Referent für Personenstandsfragen im Innenministerium zu den Beratungen über die Ersten Ausführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen hinzugezogen.⁷⁴

69 Ausgearbeitet wurden die Nürnberger Gesetze zwischen dem 13. und 15. September 1935. Zu den (möglichen) Motiven Hitlers, die Ausarbeitung der Gesetze überraschend anzuordnen, vgl. U. D. ADAM, (wie Anm. 67), S. 125f.; Jeremy NOAKES, *The Development of Nazi Policy towards the German-Jewish »Mischlinge« 1933–1945*, in: *Leo Baeck Institute Year Book XXXIV* (1989), S. 291–354, hier S. 309; Hans MOMMSEN, *Die Realisierung des Utopischen. Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 381–420, hier S. 387, Anm. 20; vereinzelt wird jedoch die Ansicht geäußert, dass sich (indirekt erkennbar an verschiedenen Anweisungen) seit Frühjahr 1935 eine Vorbereitung der Gesetze abzeichnete: Otto Dov KULKA, *Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte*, in: *VfZ* 32 (1984), S. 582–624, hier S. 619f.; dazu auch C. ESSNER (wie Anm. 65).

70 B. LÖSENER (wie Anm. 65) S. 272–277.

71 Der Stellvertreter des Führers war gemäß Erlass vom 25.7.1934 bei allen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen der einzelnen Ministerien als mitbeteiligter Minister zu betrachten. Zur Sonderrolle des Stellvertreters des Führers vgl. H. BUCHHEIM (wie Anm. 68), S. 25.

72 Die »Rasse« wurde mangels anderer Anhaltspunkte von den Nationalsozialisten paradoxerweise über die Religion festgestellt, d. h. die Religion der Großeltern war entscheidend.

73 Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11.4.1933, RGBl. I, 1933, S. 195.

74 Globke, Aufzeichnung, S. 9.

Vor allem durch die Bemühungen Löseners und Stuckarts gelang es, nach langwierigen Auseinandersetzungen mit der Stabsstelle des Stellvertreters des Führers, eine Fassung durchzusetzen, wonach als Jude nur betrachtet wurde, wer mindestens drei volljüdische Großeltern besaß.⁷⁵ »Vierteljuden« wurden den »Deutschblütigen« rechtlich gleichgestellt, »Halbjuden« erhielten einen Sonderstatus. Globke trug dazu bei, dass die ursprünglich vom Stellvertreter des Führers beabsichtigte Ausdehnung des Judenbegriffs bis hin zu den »Vierteljuden« verhindert werden konnte. So veranlasste er beispielsweise einen für Ersatzwesen zuständigen Oberst des Reichswehrministeriums zu erklären, vom Standpunkt der Wehrmacht aus könne auf die »Halbjuden« nicht verzichtet werden.⁷⁶ Als Juden wären sie vom Wehrdienst ausgeschlossen gewesen.⁷⁷

Rechtlich waren die »Halbjuden« gegenüber »Deutschblütigen« massiv benachteiligt, zu verweisen wäre hier beispielsweise auf die restriktiven Einschränkungen bei Eheschließungen in der Ersten Verordnung zum Blutschutzgesetz.⁷⁸ Aber bis zum Ende des Dritten Reiches wurde der in der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz festgelegte Status der »Halb- und Vierteljuden« nicht mehr geändert, sie wurden den Juden de iure nie gleichgestellt, entsprechende, immer wieder aufgenommene Bestrebungen von Seiten der Partei wurden nicht umgesetzt bzw. konnten abgeblockt werden. Damit entgingen die »Halb- und Vierteljuden« zum großen Teil der Deportation.⁷⁹

75 Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935, RGBl. I, 1935, S. 1333f. Die hier erwähnten Auseinandersetzungen um die Erste Durchführungsverordnung sind ausführlich dargestellt bei Jeremy NOAKES, *Wohin gehören die »Judenmischlinge«? Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen*, in: Ursula BÜTTNER (Hg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 2, Hamburg 1986, S. 69–89; vgl. dazu auch BA B, R 1501/5513 und 1501/5514; deutlich wird die Rolle Globkes in der Darstellung Löseners: »Dr. Globke, der Referent für das Personenstandswesen, war oft zugegen und hat durch klugen Rat vielen geholfen. Im wesentlichen aber haben Stuckart und ich den Kampf geführt.« B. LÖSENER (wie Anm. 65), S. 280.

76 Globke, Aufzeichnung, S. 10.

77 Arierparagraph in der Wehrmacht vom 28.2.34 (nicht veröffentlicht). Joseph WALK (Hg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, 2. Aufl., Heidelberg 1996, S. 72.

78 Erste Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 14.11.1935, RGBl. I, 1935, S. 1334–1336.

79 Im Überblick zu den Versuchen, die Besserstellung der »Mischlinge« aufzuheben: U. D. ADAM (wie Anm. 67), S. 316–333. – 1939 waren im sogenannten Altreich 0,08% (52.005 Personen) der Bevölkerung »Mischlinge 1. Grades«, 0,05% (32.669 Personen) »Mischlinge 2. Grades«. In Österreich waren es 0,25% (16.938 Personen) bzw. 0,11% (7.391 Personen); nach J. NOAKES (wie Anm. 69), S. 293. Zur Stellung der »Mischlinge« im Dritten Reich vgl. weiterhin John A.S. GRENVILLE, *Die »Endlösung« und die »Judenmischlinge« im Dritten Reich*, in: U. BÜTTNER (wie Anm. 75), S. 91–121; Alan ABRAMS, *Special Treatment. The untold Story of Hitler's third Race*, Seacaucus 1985.

Noch während der Beratungen über die Erste Ausführungsverordnung zu den Nürnberger Gesetzen wurde Globke von seinem Abteilungsleiter, Staatssekretär Stuckart, aufgefordert, mit ihm gemeinsam einen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen zu verfassen. Globke erklärte später, Stuckart selbst habe von einem »einschränkenden Kommentar« gesprochen, da angesichts der Tendenzen des Stellvertreters des Führers mit einer äußerst extensiven Auslegung der Nürnberger Gesetze durch die Partei und die von ihr beeinflussten Behörden zu rechnen gewesen sei. Nach längerer Überlegung entschloss sich Globke zu einer Mitarbeit am Kommentar. Ursprünglich sollte er – seiner referatmäßigen Zuständigkeit entsprechend – nur die eherechtlichen Fragen kommentieren, die Bearbeitung der anderen Passagen wollte Stuckart selbst übernehmen. Da der Staatssekretär jedoch für längere Zeit erkrankte, musste Globke den Kommentar Stuckart/Globke schließlich allein verfassen. Stuckart schrieb dann lediglich die umfangreiche Einleitung.⁸⁰

Mit der amtlichen Kommentierung war für Globke nach eigener Darstellung die Hoffnung verbunden, den rassistisch Verfolgten helfen zu können und die Bereiche sowie den Personenkreis, die von den Gesetzen betroffen waren, möglichst eng zu halten. Zudem war Globke wie viele andere zu dieser Zeit noch im Glauben, die Nürnberger Gesetze wären der Abschluss der gegen die Juden gerichteten Maßnahmen. Eine andere Überlegung kam hinzu: Die Nationalsozialisten erkannten das vor der Machtergreifung gesetzte Recht oft nicht an, wenn es ihren Zwecken zuwider lief; das nationalsozialistische Recht wurde jedoch bis weit in die Kriegszeit hinein in der Regel befolgt.⁸¹

Globke trug in seiner Kommentierung dafür Sorge, dass dies auch für den Bereich der Judenfrage so bleiben sollte und der Willkür ein (zumindest juristischer) Riegel vorgeschoben wurde: »Soweit die oberste Staats- oder die oberste Parteiführung davon absehen, eine bestimmte Maßnahme [auf dem Gebiet der Juden- und Mischlingsfrage] anzuordnen, muss angenommen werden, dass die Interessen der Allgemeinheit ihre Durchführung nicht verlangen. Verwaltungsbehörden und Gerichte wie Parteidienststellen müssen daher auf dem Gebiet der Juden- und Mischlingsfrage davon ausgehen, dass eine unterschiedliche Behandlung von Juden und Mischlingen gegenüber den deutschblütigen Staatsangehörigen nur da erfolgen darf, wo sie durch Gesetze, durch Erlasse ... ausdrücklich angeordnet ist.«⁸²

Globke bemühte sich, die Nürnberger Rassengesetze für die Betroffenen so günstig wie möglich auszulegen, ein besonderes Anliegen des Kommentars war es, wenigstens die »Mischlinge« von den Bestimmungen für die »Volljuden« auszunehmen. Dies wurde ihm später mehrfach bestätigt – sowohl von

80 Zur Entstehungsgeschichte des Kommentars: Globke, Aufzeichnung, S. 10f.

81 So Globke selbst: Globke, Stellungnahme, S. 12.

82 W. STUCKART/H. GLOBKE (wie Anm. 38), S. 47f.

Rechtsanwälten, die sich für jüdische bzw. »nichtarische« Mandanten einsetzen,⁸³ als auch von Betroffenen, die durch den Kommentar Auswege aus ihrer Lage fanden.⁸⁴

Die einschränkende Tendenz zieht sich durch die gesamte Kommentierung. So traf der Kommentar räumliche Begrenzungen, indem er ausdrücklich Oberschlesien und – bis zum 31. März 1936 – das Saarland von der Rassengesetzgebung ausnahm.⁸⁵ Das besondere Anliegen des Kommentars, Ausnahmeregelungen für die »Mischlinge« zu erreichen, wird an mehreren Stellen sichtbar.⁸⁶ Auch wandte sich der Kommentar gegen die damals oft willkürlich geübte Zuordnung zur »jüdischen Rasse«.⁸⁷ Durch den Kommentar wurde auch die Regelung getroffen, dass nur als Jude gilt, wer drei jüdische Großeltern hat, fünf jüdische Urgroßeltern hingegen für diese Klassifizierung noch nicht ausreichen,⁸⁸ eine Regelung, die der nationalsozialistischen Rassenlogik widerspricht, hätte doch danach eine Person mit fünf jüdischen Urgroßeltern einen über fünfzigprozentigen »jüdischen Bluteinschlag« und hätte daher, zumal schon die Besserstellung der Halbjuden sehr umstritten war, zu den Juden gezählt werden müssen. Weiterhin gestattete der Übertritt zur jüdischen Religionsgemeinschaft nicht eine Einordnung im Sinne der Nürnberger Gesetze.⁸⁹ Deutlich wandte sich der Kommentar gegen zusätzliche, nicht im Gesetz vorgesehene, schikanöse Maßnahmen und sicherte den Juden eine Anzahl verbleibender Rechte zu.⁹⁰ Ebenso war ausdrücklich die freie wirtschaft-

83 Heinrich Steffensmeier an Heinrich Weitz, 8.6.1948; [Vorname nicht ermittelt] von Leyden an Konrad Adenauer, 2.4.1956, Otto Wirmer, Erklärung, 9.5.1961, ACDP 01-070-071/1; Rudolf Dix an Hans Globke, 2.5.1950, ACDP 01-070-114/1; Heinrich Weitz, Erklärung: »Betr.: Herrn Staatssekretär Dr. Hans Globke«, 1.3.1956, Ebd.

84 Wilhelm Katz an Globke, 24.2.1961, Ebd. 071/1; Katz erklärt, die Feststellung des Kommentars, dass die »deutschblütige« Frau eines Juden auch dann »deutschblütig« bliebe, wenn sie dem jüdischen Glauben angehöre« hätte seiner Frau und seinen Kindern das Leben gerettet, da sich die Beamten der Prager Polizeidirektion von dem amtlichen Kommentar hätten überzeugen lassen. Die entsprechende Kommentierung bei W. STUCKART/H. GLOBKE (wie Anm. 38), S. 55f., lautet: »Mischlinge zweiten Grades oder deutschblütige Personen gelten auch dann nicht als Juden, wenn sie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören.«

85 W. STUCKART/H. GLOBKE, (wie Anm. 38), S. 47f.

86 EBD. S. 47, 55f., 74.

87 EBD. S. 56.

88 EBD. S. 65: »Sog. Dreiachteljuden und Fünffachteljuden spielen entgegen dem bisherigen Zustand nunmehr in der Praxis keine Rolle mehr. Der Dreiachteljude, der einen volljüdischen und einen halb-jüdischen Großelternanteil besitzt, gilt als Mischling mit einem volljüdischen Großelternanteil [d. h. als Vierteljude und ist somit rechtlich dem »Deutschblütigen« gleichgestellt – E.L.], der Fünffachteljude mit zwei volljüdischen und einem halb-jüdischen Großelternanteil als Mischling mit zwei volljüdischen Großeltern.«

89 EBD. S. 55f., 66.

90 EBD. S. 67, 71: »... dagegen wird dem Judentum als einer blutmäßigen Gemeinschaft sein Eigenleben in gesetzlichen Grenzen gewährleistet, insbesondere ist ihm freie Religionsausübung, kulturelles Eigenleben und Erziehung garantiert.«

liche Betätigung der »Mischlinge« gewährleistet.⁹¹ Der Kommentar wandte sich auch gegen die oftmals willkürliche Verweigerung der Eheschließung durch Standesbeamte bei Ehen zwischen »Nichtariern«; die Ehe eines Juden mit einem »Deutschblütigen« fremder Staatsangehörigkeit wurde für zulässig erklärt,⁹² übertriebene Anforderungen der Standesbeamten an den Nachweis der Abstammung wurden zurückgewiesen.⁹³ Globke verwies auch darauf, dass die Feststellung, wer als »Mischling« bzw. als Jude zu gelten hatte, in der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz festgelegt worden war und jede andere Zuordnung unzulässig sei. Damit wurde der Ausweitung des Judenbegriffs auf die »Halbjuden« und der damit einhergehenden Entrechtung vorgebeugt.⁹⁴

Für den sachkundigen Leser gab der Kommentar »zwischen den Zeilen« auch wertvolle Hinweise darauf, wie die gesetzlichen Bestimmungen umgangen werden konnten, um den Betroffenen zu helfen. So lässt sich zum Beispiel im Abschnitt über die rassischen Voraussetzungen zur Eheschließung die Passage – »Kann ein deutscher Staatsangehöriger trotz nachgewiesener Bemühungen oder wegen Fehlens von Anhaltspunkten, z. B. wenn der Erzeuger eines unehelichen Kindes unbekannt ist, seine Abstammung nicht in vollem Umfang durch Urkunden belegen, so muss angenommen werden, dass er deutschblütig ist, sofern nicht bestimmte Tatsachen für einen jüdischen Bluteinschlag sprechen«⁹⁵ – auch als Hinweis verstehen, bei einer für die Eheschließung nach den Nürnberger Gesetzen hinderlichen Abstammung eine uneheliche vorzugeben. Mit der Vorgabe einer unehelichen Abstammung war eine »rassische Besserstellung« und somit auch eine allgemeine rechtliche Besserstellung verbunden.

Außerdem enthält der Kommentar ausführliche juristische Erörterungen über die Beachtung des deutschen Rechts durch ausländische Behörden bezüglich der Eheschließung. Eine Umgehung des Eheverbots durch Eheschließung im Ausland war allerdings in Deutschland nicht gültig.⁹⁶ Zudem schützte der Kommentar in bestimmten Fällen auch den Bestand von Ehen, die nach der nationalsozialistischen Auffassung unerwünscht waren.⁹⁷ Weitere Umgehungsmöglichkeiten werden im Abschnitt über die Regelung zur Beschäftigung von »arischen« Angestellten in jüdischen Haushalten aufgezeigt.⁹⁸ Einschränkungen in der

91 EBD. S. 67.

92 EBD. S. 96f.

93 EBD. S. 101.

94 EBD. S. 74.

95 EBD. S. 101.

96 EBD. S. 103–105.

97 EBD. S. 105.

98 EBD. S. 114.

Strafverfolgung traf der Kommentar bezüglich des von den Nationalsozialisten unerwünschten Zusammenlebens von Deutschen und »Nichtariern«. ⁹⁹

Globke hatte so das Unterfangen gemeistert, einen Kommentar zur Rassen-gesetzgebung zu schreiben, in welchem er für die Betroffenen die bestmöglichen Regelungen einbauen konnte. Dies war um so schwieriger, da sich der Kommentar den Anschein geben musste, im Sinne der nationalsozialistischen Juden- bzw. Rassenpolitik zu argumentieren. Der Kommentar musste von den maßgeblichen Parteivertretern und der offiziellen Justiz des Dritten Reiches akzeptiert werden, sollte er seine Wirkung entfalten können. Aus diesem Grund hatte sich Globke vor allem in den allgemeiner gehaltenen Passagen stark der nationalsozialistischen Terminologie bedient. Bei Auslegungen, deren mildere Fassung keinerlei Vorteile für die Betroffenen bedeutet hätte, schloss sich Globke stets den Argumenten der Verfechter der Rassenideologie an. Dies war beispielsweise der Fall in der Frage des Beginns der Frist zur Anfechtung einer Ehe mit einem Juden wegen »Irrtums über die rassischen Eigenschaften«: Hatte das Reichsgericht hier die Auffassung vertreten, dass ein solcher »Irrtum« seit der Veröffentlichung des nationalsozialistischen Parteiprogramms vom 24. Februar 1920 nur selten anzunehmen sei, so hatte das Kammergericht erklärt, dass die grundlegende Bedeutung des Rassenproblems der Masse der Bevölkerung erst nach dem 30. Januar 1933 aufgegangen sei. Globke konnte in seiner Kommentierung der härteren Auffassung des Kammergerichtes den Vorzug geben, ohne den Betroffenen zu schaden, da die Anfechtungsfrist nur sechs Monate betrug und im Kommentar festgestellt wurde, dass spätestens am 15. April 1933 das »Problem« der rassischen Eigenschaften jedermann hätte bekannt sein müssen. Somit war die Anfechtungsfrist zum Zeitpunkt des Erscheinens des Kommentars in jedem Falle abgelaufen. ¹⁰⁰

Die von Wilhelm Stuckart beigesteuerte Einleitung stellte den Kommentar zusätzlich in den Rahmen von Ideologie und Gesetzgebung des nationalsozialistischen Staates. Diese Einleitung dürfte dazu beigetragen haben, dass der Kommentar in den ersten Besprechungen als Meilenstein auf dem Weg der Gesetzgebung des neuen Staates gefeiert wurde. ¹⁰¹

Eine vom Verlag angeregte Überarbeitung für eine zweite Auflage nahm Globke nicht mehr vor. Die Gerichte waren seiner Kommentierung immer seltener gefolgt, zudem hatte sich inzwischen gezeigt, dass die Nürnberger Gesetze keinesfalls den Abschluss der Entrechtung der deutsche Juden durch die

⁹⁹ EBD. S. 123.

¹⁰⁰ EBD. S. 108–110.

¹⁰¹ Vgl. die Besprechungen des Kommentars: Max HAGEMANN, in: *Kriminalistische Monatshefte* 10 (1936), S. 167; August JÄGER, in: *Deutsche Verwaltung* 13 (1936), S. 102f.; Roland FREISLER, in: *Deutsche Justiz* 98 (1936), S. 587.

Nationalsozialisten darstellten. Der Kommentar Stuckart/Globke war spätestens seit 1942 nicht mehr gebräuchlich.¹⁰²

Der Anfang 1936 erschienene Kommentar Stuckart/Globke war das erste Werk, welches die Nürnberger Gesetze erläuterte. Weitere Kommentare erschienen, die dann wesentlich deutlicher im Sinne der nationalsozialistischen Rassenideologie Stellung bezogen. Gegenüber diesen gilt der von Globke verfasste Kommentar als die gemäßigte Fassung, die unter der nationalsozialistischen Diktatur möglich war.¹⁰³ Durch den Kommentar wurde manchem Betroffenen ein Ausweg aufgezeigt.¹⁰⁴

Neben der beschriebenen Kommentierung versuchte Globke auch andere Möglichkeiten zu nutzen, um Gesetzesausnahmen zu erreichen. Im Juli 1939 verhandelte er als zuständiger Referent des Reichsinnenministeriums gemeinsam mit einem Vertreter des deutschen Außenministeriums mit der litauischen Regierung über Staatsangehörigkeitsfragen,¹⁰⁵ die sich aus der »Rückgliederung« des Memelgebietes, welche die Reichsregierung erzwungen hatte, er-

102 Gerhard SCHULZ, *Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates*, in: Karl Dietrich BRACHER/Wolfgang SAUER/Gerhard SCHULZ, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, 2. Aufl., Köln 1962, S. 371–682, hier S. S. 571, Anm. 258.

103 Andere Kommentare zu den Nürnberger Rassengesetzen: Bernhard LÖSENER/Friedrich A. KNOST, *Die Nürnberger Gesetze über das Reichsbürgerrecht und den Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre nebst den Durchführungsverordnungen, dem Ehegesundheitsgesetz sowie sämtlichen einschlägigen Bestimmungen (insbesondere über den Abstammungsnachweis) und den Gebührenvorschriften*, 5. Aufl., Berlin 1942 (1. Aufl. 1936); Arthur GÜTT/Herbert LINDEN/Franz MASSFELLER, *Blutschutz- und Ehegesundheitsgesetz. Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre und Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes nebst Durchführungsverordnungen sowie einschlägigen Bestimmungen. Dargestellt, medizinisch und juristisch erläutert*, München 1936; Siegfried BOSCHAN, *Nationalsozialistische Rassen- und Familiengesetzgebung. Praktische Rechtsanwendung und Auswirkungen auf Rechtspflege, Verwaltung und Wirtschaft*, Berlin 1937. – Marius HETZEL, *Die Anfechtung der Rassenmischehe in den Jahren 1933–1939. Die Entwicklung der Rechtsprechung im Dritten Reich: Anpassung und Selbstbehauptung der Gerichte*, Tübingen 1997, S. 146–148; Hetzel bestätigt Globke eine milde Auslegung der Gesetze, kritisiert ihn (auch unter Berücksichtigung der Globke unterstellten mildernden Absicht) jedoch insgesamt für seine Bereitschaft, den Kommentar überhaupt zu verfassen.

104 Neben den bereits genannten Stellungnahmen von Anwälten und Betroffenen wird dem Kommentar insgesamt eine mildernde Tendenz bescheinigt durch: Eugen Budde, Rechtschutzstelle für Verfolgte des NS-Regimes an die Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, 13.11.1953, ACDP 01-070-114/2; von Leyden an den Bundeskanzler, 2.4.1956, Ebd. 071/1; Heinrich Steffensmeier an Heinrich Weitz, 8.6.1948, Ebd.; Otto Wirmer, Erklärung, 9.5.1961, Ebd.

105 Zur Beauftragung Globkes vgl. das Schreiben des Auswärtigen Amtes an den Reichsminister und Chef der Präsidialkanzlei vom 23.6.1939, BA DH, ZA-VI, Akte 1, Bd. 7, Bl. 321. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes war der VLR Adolf Siedler beauftragt worden.

gaben.¹⁰⁶ Diesen Verhandlungen lag der deutsch-litauische Vertrag über die Wiedervereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich zugrunde.¹⁰⁷ Der Vorschlag für den Staatsangehörigkeitsvertrag, der dann, nur unwesentlich redaktionell verändert, Gesetz wurde, war von den litauischen Vertretern unterbreitet worden.¹⁰⁸ Globke hatte angeregt, die im Memelgebiet ansässigen Juden, einschließlich der nach der Machtergreifung eingewanderten Juden, zu litauischen Staatsangehörigen zu machen. Das wurde jedoch von den Vertretern der litauischen Regierung abgelehnt.¹⁰⁹ Auch dies war ein – letztlich gescheiterter – Versuch Globkes, seinen Spielraum als dafür zuständiger Ministerialbeamter, in diesem Falle als Referent für Staatsangehörigkeitsfragen, zu nutzen, um Juden dem Bereich der nationalsozialistischen Gesetzgebung zu entziehen.

Andere Bemühungen standen im Zusammenhang mit der von den Nationalsozialisten angestrebten Kennzeichnung der Juden. Am 5. Januar 1938 war das Gesetz zur Änderung von Familiennamen und Vornamen ergangen, wonach vor dem 30. Januar 1933 genehmigte Namensänderungen, sofern sie unerwünscht waren, widerrufen werden konnten.¹¹⁰ Die zweite Durchführungsvorordnung zu dem Gesetz vom 17. August 1938¹¹¹ legte fest, dass alle Juden (sofern sie keinen von den Nationalsozialisten als jüdisch betrachteten Vornamen führten, der auf einer speziellen Liste aufgeführt war) als zusätzlichen Vornamen »Israel« bzw. »Sara« annehmen mussten. Ausgearbeitet hatte diese Gesetze Hans Globke in seiner Eigenschaft als Referent für Namensangelegenheiten. Vorausgegangen waren langjährige Versuche, die Gesetzesvorhaben, die Zwangsmaßnahmen gegen die Juden bezüglich ihrer Namen vorsahen, zu verzögern und zu verschleppen, in der Hoffnung, dass das Interesse daran

106 Das Memelgebiet musste 1919 durch die Regelungen des Versailler Vertrages von Deutschland an die Alliierten abgetreten werden und wurde von französischen Truppen besetzt. 1923 marschierten litauische Freischärler ein, Litauen stimmte dann aber 1924 einem Autonomiestatus zu. 1939 erzwang die nationalsozialistische Regierung die Rückgabe des Memelgebietes.

107 Vertrag über die Wiedervereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich vom 22.3.1939, RGBI. II, 1939, S. 608f.; für unaufschiebbare Staatsangehörigkeitsfragen war daran anschließend eine (vorläufige) innerdeutsche Regelung erfolgt: Gesetz über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich vom 23.3.1939, RGBI. I, 1939, S. 559f. Der endgültige Staatsangehörigkeitsvertrag war aber erst der u. a. von Globke ausgehandelt vom Juli 1939.

108 Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen über die Staatsangehörigkeit der Memelländer vom 8.7.1939, RGBI. II, 1939, S. 1000f.

109 Erklärung von Juozas Sakalauskas vom 20.7.1963, ACDP 01-070-071/1; Sakalauskas war im Juli 1939 Vorsitzender der litauischen Verhandlungsdelegation.

110 Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5.1.1938, RGBI. I, 1938, S. 11.

111 Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17.8.1938, Ebd., S. 1044.

schließlich verloren gehen würde. Als die Gesetzgebung sich dann als unumgebar erwies, sorgte Hans Globke dafür, dass den Juden im Bereich der Namensgebung die ursprünglich vorgesehene, noch entwürdigendere Fassung erspart blieb.

Fanatische Antisemiten, die nicht immer zwangsläufig identisch mit überzeugten und exponierten Nationalsozialisten waren,¹¹² erstrebten schon seit längerem eine durch Gesetz zu erzwingende Rückgängigmachung von Namensänderungen der Juden, die einen vermeintlich deutschen Namen¹¹³ angenommen hatten.¹¹⁴ Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurden diese Bemühungen intensiviert, zumal jetzt auch viele der neuen Machthaber eine Regelung wünschten, wonach Juden nur bestimmte Namen führen dürfen bzw. einen Namenszusatz erhalten sollten, der den Träger deutlich als Juden auswies.

Bereits am 7. April 1933 regte die Reichskanzlei das Preußische Innenministerium im Auftrage Hitlers an, alle nach dem November 1918 genehmigten Namensänderungen rückgängig zu machen.¹¹⁵ Globke, zu dieser Zeit noch zu ständiger Referent im Preußischen Innenministerium, konnte dies mit der Empfehlung abblocken, die Zwangsänderung aus verwaltungstechnischen Gründen auf Einzelfälle zu beschränken.¹¹⁶ Ebenso konnte er diesen Bestrebungen bis Mitte der dreißiger Jahre mit Hinweisen auf außenpolitisch erforderliche Rücksichtnahmen begegnen. So wurden in einem Schreiben des Preußischen Innenministers an den Reichsinnenminister vom 15. März 1934, welches Globke verfasst hatte, bewusst Schwierigkeiten aufgezeigt, die sich bei der Behandlung von Namensträgern mit finnischen und ungarischen Vorfahren

112 Vgl. beispielsweise Heinrich Claß: Auf der einen Seite Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes und engagiert in der Frage der Zwangsänderung von jüdischen Namen, setzte er sich auf der anderen Seite für die Freilassung des inhaftierten Hitlergegners Ewald von Kleist-Schmenzin ein; zur Namensänderung: BA, R 1501/12740: Löwenstein an Claß, 2.7.1935 und 12.8.1935.

113 Über die Frage, welche Namen eigentlich als »deutsch« zu bezeichnen sind, gingen die Meinungen auch innerhalb der um die Zwangsänderungen bemühten Kreise weit auseinander.

114 Zur Problematik der Diskussion um die jüdischen Namen seit Anfang des 19. Jahrhunderts vgl. Dietz BERING, *Der Name als Stigma. Antisemitismus im deutschen Alltag 1812–1933*, Stuttgart 1992. Da Bering aus der Autorenschaft verschiedener Darstellungen und Gesetze auf persönliche Einstellungen schließt, den Einfluss eines Referenten überschätzt und den Gesamtzusammenhang der Entstehung und der Handlungsmöglichkeiten außer Acht lässt, wird Globke ein Agieren im Sinne der von den Nationalsozialisten gewünschten Stigmatisierung zugeschrieben, S. 190–202.

115 Der Vorschlag aus der Reichskanzlei wurde über das Reichsinnenministerium übermittelt: Der Reichsminister des Inneren an den Kommissar des Reiches für das Preußische Innenministerium des Inneren, 7.4.1933, BA B, R 1501/127401, Bl. 2.

116 Der Preußische Minister des Inneren (Referent: RR Dr. Globke) an das RMI, 6.6.1933, Ebd., Bl. 10–12.

ergaben – auf gute Beziehungen zu Finnland und Ungarn legte das Deutsche Reich zu dieser Zeit großen Wert.¹¹⁷ Vor allem aber die 1936 in Deutschland stattfindenden Olympischen Spiele konnte Globke nutzen, um in einem Bericht vom 18. April 1936 die Verzögerung der Maßnahmen zur zwangsweisen Namensänderung mit Hinweisen auf die Erfordernisse der Außenpolitik zu begründen.¹¹⁸

Eine Beschleunigung der befohlenen Maßnahmen wurde von Reichsinnenminister Frick mehrfach angemahnt.¹¹⁹ Dem verstärkten Drängen verschiedener Regierungs- und Parteiinstitutionen, allen voran wieder der Stabsstelle des Stellvertreters des Führers, musste nach anfänglich erfolgreicher Verzögerung schließlich nachgegeben werden.¹²⁰ Auch gab es seit 1933 verstärkt Eingaben aus der Bevölkerung an das Ministerium. Hier wurde eine durch die Namensgebung zu erfolgende Kennzeichnung der Juden gefordert. Das Motiv der Eingaben war zumeist, dass man den eigenen »deutschen« Namen nicht von einem Juden getragen wissen wollte. Eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verfahrensweise liegt diesen Eingaben bei.¹²¹

117 Der Preußische Minister des Inneren (Referent ORR Dr. Globke) an den Reichsminister des Inneren, 15.3.1934, Ebd.1501/127403.

118 Abteilung I [des RMI, Unterschrift: Globke], Dem Herrn Minister mit folgendem Bericht vorzulegen, 18.4.1936, Ebd.1501/127401, Bl. 146-148. Globke nimmt hier Stellung zu verschiedenen Anregungen aus der Bevölkerung oder von Dienststellen, die die Änderung jüdischer Namen betreffen. Neben dem Hinweis auf die bevorstehende Olympiade werden ausführlich die Hindernisse erläutert, die einer praktischen Durchführung im Wege stehen würden; mit ähnlichen Argumenten: Vortragsanmeldung [bei StS. Stuckart] von ORR Dr. Globke, 1.7.1936, Ebd., Bl. 150.

119 Reichsinnenminister Wilhelm Frick beschwerte sich mehrfach beim Ltd. StS. Hans Pfundtner über die wohl offensichtliche Verzögerung bei der Namensgesetzgebung, so am 3.2.1937, am 19.8.1937 und zuletzt noch einmal am 18.12.1937. Siehe dazu die Darstellung bei G. NELIBA (wie Anm. 47), S. 226f.

120 NSDAP, Gauleitung Weser/Ems, Kreisleitung Leer-Ostfriesland an den Reichs- und Preußischen Minister des Inneren, 17.9.1935, BA B, R 1501/127401, Bl. 127. (»Ein großer Teil der Bevölkerung ist in rassischer Beziehung noch so instinktos, daß er hinter den arischen Namen nicht den Juden sieht. Ist es für die Erziehung unseres Volkes nicht ratsam, gesetzmäßig zu bewirken, daß Juden diese arischen Namen sofort abzulegen haben und nur ihre vorherigen jüdischen Namen tragen dürfen?«); Der Stellvertreter des Führers an den Reichs- und Preußischen Minister des Inneren, 27.1.1937, Ebd., Bl. 161; dazu die Antwort des Innenministers, verfasst von Globke: Der Reichs- und Preußische Minister des Inneren (Referent: ORR Dr. Globke) an den Stellvertreter des Führers, 10.2.1937, Ebd., Bl. 163-165.

121 Vgl. dazu beispielsweise: Oberpostsekretär i.R. G. Fenkohl an den Preußischen Minister des Inneren, 9.4.1933, Ebd., Bl. 22; Anna Merbitz an das Preußische Justizministerium, 25.8.1933, Ebd., Bl. 33.; [Vorname nicht ermittelt] von und zu Löwenstein an Heinrich Claß, 2.7.1935, Ebd., Bl. 37f.; Börries Freiherr von Münchhausen an den Reichs- und Preußischen Minister des Inneren, 25.9.1936, Ebd., Bl. 152.

Globke gelang es, die entwürdigenden Vorschläge von Parteidienststellen und von Reichsinnenminister Frick¹²² selbst zu verhindern. Danach hätten alle Juden einen Doppelnamen führen sollen, an den Familiennamen wäre eine Bezeichnung wie »Judd«, »Jüd« oder »Itzig« angehängt worden. Globke verwies auf die enormen Schwierigkeiten bei der Durchführung eines solchen Vorhabens und die grundsätzliche Unerwünschtheit von Doppelnamen. Um den diskriminierenden Doppelnamen (der dann auch bei einer Auswanderung hätte beibehalten werden müssen) zu verhindern, musste die Konzession eines zusätzlichen Vornamens in Kauf genommen werden. Globke hatte sich für die Auswahl bei der jüdischen Gemeinde in Berlin erkundigt, die Namen »Israel« und »Sara« waren ihm als besonders angesehene Namen genannt worden.¹²³

Eine gegen die Juden gerichtete Namensgesetzgebung konnte auf Dauer nicht verhindert werden. Im Ergebnis war es Globke jedoch gelungen, diese Regelungen hinauszuzögern und das Vorhaben abzuwehren, die deutschen Juden per Verordnung zu zwingen, einen entwürdigenden Zusatz zum Familiennamen zu führen.

Im September 1938 weilte Globke anlässlich einer internationalen Zivilstandskonferenz in Bern.¹²⁴ Hier ergab sich für ihn eine weitere Gelegenheit, gegen Maßnahmen zur Zwangskennzeichnung der Juden anzugehen. In einem Gespräch machte ihn der deutsche Gesandte auf den Wunsch der Schweizer Regierung aufmerksam, dass Pässe von Juden mit deutscher Staatsangehörigkeit besonders gekennzeichnet werden sollten. Der deutsche Gesandte hatte diesbezüglich bereits eine Besprechung mit den zuständigen Schweizer Beamten vereinbart und Globkes Teilnahme als Vertreter des Reichsinnenministeriums angekündigt. Dieser machte den Gesandten darauf aufmerksam, dass er in dieser Sache nicht zuständig sei. Er nahm aber letztlich an der Besprechung am 17. September 1938 teil,¹²⁵ da eine Absage seiner schon angekün-

122 Vgl. zu Fricks Bestrebungen: G. NELIBA (wie Anm. 47), S. 225–227.

123 Ausführliche Darlegung der Schwierigkeiten bei der zwangsweisen Namensänderung: Globke, Dem Herrn Minister auf dem Dienstweg mit folgendem Bericht vorzulegen, 1.10.1935, Ebd., Bl. 142f.; Globke, Dem Herrn Minister mit folgendem Bericht vorzulegen, 18.4.1936, Ebd., Bl. 146–148; vgl. auch: Der Reichs- und Preußische Minister des Inneren an den Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen, 6.11.1937, Ebd., Bl. 223–227; zum Hinweis auf Fricks Vorschläge, die Unerwünschtheit von Doppelnamen und die bei der jüdischen Gemeinde eingezogenen Erkundigungen: Globke, Aufzeichnung, S. 18f. sowie Globke, Erklärung in Nürnberg, 13.11.1947, ACDP 01-070-081/1.

124 Aus der Sicht Globkes zum folgenden Vorgang insgesamt: Vermerk über die angebliche Beteiligung Dr. Globkes an der Kennzeichnung der Pässe deutscher Juden durch den Stempelaufdruck »J«, undatiert, Ebd.113/3.

125 Bericht über die Sitzung: Der Deutsche Gesandte (Koecher) an das Auswärtige Amt, 17.9.1938, Druck bei Léon POLIAKOV/Josef WULF, *Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente*, Berlin 1956, S. 92f.; die Sitzung ist auch beschrieben bei Carl LUDWIG, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (1957)*, Bern 1966, S. 119–

digten Teilnahme einen Affront gegenüber der Schweiz bedeutet hätte. Im Verlauf der Besprechung machte Globke dann den Vorschlag, statt einer Kennzeichnung der jüdischen Pässe einen besonderen Vermerk für deutsche Nichtjuden vorzusehen, die in die Schweiz einreisen wollten. Damit wäre eine generelle Kennzeichnung der Pässe deutscher Juden unterblieben. Sie hätten damit den durch die Kennzeichnung eventuell entstehenden Schwierigkeiten bei der Einreise in andere Länder entgehen können. Ein ähnlicher Vorschlag, von dem Globke allerdings erst später erfuhr, war bereits früher vom Schweizer Gesandten in Berlin gemacht worden. Später kam Globke mit dieser Angelegenheit nicht mehr in Berührung; sein Vorschlag, die Pässe der deutschen Nichtjuden zu kennzeichnen, wurde nicht aufgegriffen. Am 5. Oktober 1938 erging eine Verordnung, wonach deutsche Reisepässe von Juden für ungültig erklärt wurden und abgeliefert werden sollten. Die Auslandspässe erlangten erst wieder Gültigkeit, nachdem sie mit einem »J«-Aufdruck versehen worden waren.¹²⁶

Was die Milderungs- und Verzögerungsargumentation anbetrifft, so gibt es sogar einen Beleg seitens des Sicherheitsdienstes der SS: In einem Bericht über die Besprechung im Reichsinnenministerium am 7. April 1938 betreffend die Einführung der Rassengesetze in Österreich – an der verschiedene Ministerialbeamte und der berichtende SD-Vertreter teilnahmen – wird verzeichnet, dass Globke (und im übrigen auch Lösener) versucht hätte, einen späteren Stichtag für die Geltung der Rassengesetze festzulegen und ihn nicht mit dem Stichtag, der in Deutschland gültig war, gleichzusetzen, da »dies unter Umständen für die betroffenen Personen eine große Härte bedeuten könne, weil die Grundgedanken der Nürnberger Gesetze in Österreich nicht anerkannt gewesen seien, und weil sich die einzelnen Staatsangehörigen deshalb nicht darauf hätten einrichten können.«¹²⁷ Ein Erfolg war diesem Unterfangen allerdings nicht beschieden.

121. Die kommentierte Dokumentensammlung von Poliakov/Wulf und der Bericht von Ludwig suggerieren, dass Globke sich mit seinem Vorschlag im Sinne der Judenpolitik des Dritten Reiches geäußert hätte (zu dieser Zeit war noch an die »bloße Vertreibung« der Juden gedacht). Es ist jedoch eindeutig erkennbar, dass der Vorschlag Globkes, abgesehen von der gleichbleibenden Konsequenz für die Einreise in die Schweiz, den Juden zumindest vorerst die Stigmatisierung durch die Passkennzeichnung erspart hätte.

126 Verordnung über die Reisepässe von Juden vom 5.10.1938, RGBl. I, 1938, S. 1342.

127 Niederschrift über eine Besprechung im Reichsministerium des Inneren am 7.4.1938, vormittags 10.30 Uhr, betr. die Einführung der Nürnberger Rassengesetze in Österreich, U.S. Holocaust Memorial Museum Archives, RG-11.001, Reel 5. Ich danke Carsten Schreiber für den Hinweis auf dieses Dokument.

Im Umfeld der Opposition

Weit umfangreicher und vielschichtiger als die nur begrenzt mögliche Einflussnahme auf die Gesetzgebung waren die Bemühungen Hans Globkes, abseits seiner eigentlichen Aufgaben als Referent für verschiedene Sachgebiete, in vielen konkreten Fällen vom Regime Verfolgten behilflich zu sein. Manchmal genügte ein Hinweis des mit der einschlägigen Materie gut vertrauten Ministerialrates auf eine nicht allzu offensichtliche Möglichkeit, ein gegen »Nichtarier« gerichtetes Gesetz zu umgehen. Zuweilen konnte ein Gespräch mit einem zuständigen Beamten, mit dem Globke bekannt oder befreundet war, für einen Ausweg sorgen. Oder es verschwand einfach eine Akte. Diese auf den ersten Blick wenig spektakulären Aktionen, die für Globke stets mit einem persönlichen Risiko verbunden waren, erwiesen sich für manche, die vom nationalsozialistischen Regime verfolgt waren, als Ausweg aus ihrer bedrängten Situation.

So holten sich in Berlin tätige Anwälte, die »nichtarische« Mandanten vertraten, bei Globke in Fragen der Rassengesetzgebung Rat, um ihren Klienten so gut wie möglich helfen zu können.¹²⁸

Die »rassischen Anforderungen« zur Kassenarztpraxis wurden – aufgrund einer Anregung Globkes bei einem Referenten der Medizinalabteilung – abgemildert. Globke wäre in dieser Frage eigentlich nicht zuständig gewesen, er war jedoch in einem konkreten Fall um Hilfe gebeten worden.¹²⁹

128 Rechtsanwalt Hellmuth Dix erklärte 1946: »... Globke war jederzeit in außergewöhnlichem Maße mit besonderem Mut und Geschick bereit, politisch Verfolgten zu helfen, sowohl in grundsätzlichen Fragen als auch in Einzelfällen. Insbesondere hat er auch meine Sozien und mich sowohl in kirchlichen Angelegenheiten wie bei der Vertretung von Juden und Mischlingen weitgehend unterstützt. Seine genaue Kenntnis der einschlägigen, auch internen Bestimmungen und der zuständigen Sachbearbeiter der Dienststellen hat uns dann stets wertvolle Hilfe geleistet. Es handelte sich hierbei vor allem um ... die Ausräumung von Schwierigkeiten bei der Auswanderung von jüdischen Klienten und Freunden, der Einstufung als Mischling und der Anwendung der ›Vergünstigungen‹ für sog. privilegierte Mischehen. Teils hat Globke direkt ministerielle Schritte veranlasst, teils hat er uns wertvolle Informationen gegeben oder auch Gespräche mit maßgebenden Beamten vermittelt ...«, Hellmuth Dix, Eidesstattliche Erklärung vom 29.3.1946, ACDP 01-070-071/1; vgl. auch die Briefe bzw. Erklärungen verschiedener Anwälte: Thea Bähnisch an Heinrich Weitz, 21.6.1948, Ebd.; Georg Krauss an Globke, 30.5.1961, Ebd.; Herbert Nath und Agnes Nath-Schreiber, Erklärung, 11.1.1946, Ebd.; es existiert auch ein, allerdings vager, Hinweis auf eine Zusammenarbeit von Globke und Thea Bähnisch bei der Erstellung des Kommentars (W. STUCKART/H. GLOBKE, *Kommentare*): Laurentius Siemer O.P. an Globke, 11.10.1950, ACDP 01-070-114/1: »... Globke [im Brief so formuliert – E.L.] habe mit ihr [Thea Bähnisch] zusammen den Kommentar zu den Judengesetzen gemacht, um die Juden vor der Willkür der Nazirichter zu schützen.«

129 Die Frau eines Arztes, die als »Mischling 2. Grades« galt, hatte sich 1937 in dieser Frage an Globke gewandt. In der ursprünglichen Fassung der »Zulassungsordnung Deutscher Kassenärzte« wäre dem Mann die Zulassung versagt gewesen. Durch Globkes Interven-

Einen Weg, sogenannten Volljuden zu helfen, sah Globke in der Möglichkeit, eine endgültige (negative) Entscheidung über den rassistischen Status hinauszuzögern und Zweifelsfälle zu konstruieren. Der bekannte Staatsrechtler Professor Walter Jellinek wäre nach den Gesetzen des nationalsozialistischen Staates Volljude gewesen. Auf Globkes Anraten gab Jellinek an, dass seine Vorfahren im 18. Jahrhundert unter Zwang zum Judentum übergetreten wären.¹³⁰ Die Überprüfung dieser Angabe erforderte langwierige und aufwendige Nachforschungen in der Tschechoslowakei und in Ungarn, die schließlich nicht zu Ende geführt wurden. Eine endgültige Entscheidung über die »rassistische Einordnung« Walter Jellineks blieb aus. Als »Nichtarier« rechtlich benachteiligt und seines Amtes enthoben, aber nie offiziell zum Volljuden erklärt, konnte er das Dritte Reich in Deutschland überleben.¹³¹

Globke unterstützte auf diese Weise auch aktive Widerstandsgruppen, selbst wenn er nicht in deren Tätigkeit involviert war. So sorgte er dafür, Mitgliedern der Gruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen, der sogenannten »Roten Kapelle«, nach deren Entdeckung durch die Gestapo, Alibis zu verschaffen.¹³² Zahlreiche weitere Beispiele ließen sich für Globkes Hilfe in Einzelfällen aufzählen.¹³³

Einen anderen Charakter als die Hilfe in Einzelfällen trägt Globkes Wirken als regelmäßiger Informant für Vertreter der katholischen Kirche.¹³⁴ Kontakte mit dem Bischöflichen Ordinariat Berlin hatte er seit seiner Übersiedlung nach Berlin, mit Aufnahme seiner Tätigkeit im Preußischen Ministerium des Inneren. Er wirkte zu Anfang der dreißiger Jahre bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen der Katholischen Aktion im Bistum Berlin mit. Dort arbeitete er eng mit deren Leiter, dem später im Zuge des »Röhm-Putsch« ermordeten Ministerialdirektor Erich Klausener, und dem Sekretär der Katholischen Aktion, Domvikar Walter Adolph,¹³⁵ zusammen. Persönliche

tion war jetzt statt der deutschblütigen Abstammung der Frau lediglich das vorläufige Reichsbürgerrecht, welches sie als Vierteljüdin besaß, erforderlich. Anna Pahl an Globke, 16.5.1961, ACDP 01-070-071/1.

130 Kaiser Josef II. hatte festgelegt, dass es in seinem Herrschaftsbereich nur Juden, Protestanten oder Katholiken geben dürfe. Jellinek gab vor, dass seine Vorfahren, die einer Sekte angehört hätten, aufgrund dieser Anordnung zum Judentum übergetreten wären.

131 Walter Jellinek an Globke, 3.10.1949, ACDP 01-070-071/1, mit dem bezeichnenden Schlusssatz: »Sie [Globke] gehören ja zu den wenigen Männern der Hitlerzeit, derer ich gern und dankbar gedenke.«

132 Herbert Engelsing und Ingeborg Engelsing-Kohler, Erklärung unter Eid, undatiert, ACDP I-070-071/1. Nach dieser Erklärung gehörte das Ehepaar Engelsing zum Kreis um Harro Schulze-Boysen.

133 Vgl. ACDP 01-070, 071/1.

134 Vgl. Heinz HÜRTEN, *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn 1992, S. 520–522.

135 Zu Adolph vgl. Ulrich VON HEHL, *Walter Adolph (1902–1975)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 9, hg. v. Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER, Münster 1999, S. 169–181.

Kontakte unterhielt Globke weiterhin mit Domkapitular Georg Banasch und Ordinariatsrat Maximilian Prange.¹³⁶

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde Globke, der als einer der wenigen Ministerialbeamten, die der katholischen Kirche nahe- und dem Regime ablehnend gegenüber standen, auf seinem Posten verbleiben konnte, zum wohl wichtigsten Informanten des Bischöflichen Ordinariats Berlin. So war es dem Ordinariat möglich, rechtzeitig von den Vorbereitungen von Maßnahmen zu erfahren, die gegen die Kirchen geplant wurden, vor allem aber ging es in Globkes Mitteilungen um die immer weiter um sich greifende Entrechtung und Verfolgung der »Nichtarier«.

Globkes Auskunftsmöglichkeiten über die antikirchlichen Aktionen waren dadurch beschränkt, dass er selbst auf Auskünfte aus dem Reichskirchenministerium angewiesen war; manchmal konnte er auch Vorgänge aus dem Reichssicherheitshauptamt in Erfahrung bringen. In diesen Angelegenheiten wurde er mehrfach von Weihbischof Heinrich Wienken aufgesucht und um Rat und Informationen gebeten. Als Leiter des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz war Wienken bemüht, sich durch Vorsprache beim Reichskirchenministerium, bei der Gestapo und beim Reichssicherheitshauptamt im Interesse seiner Kirche zu verwenden.¹³⁷

Wesentlich bessere Möglichkeiten hatte Globke, Pläne über Vorbereitungen von Maßnahmen gegen »Nichtarier« in Erfahrung zu bringen. Dies war möglich aufgrund seiner eigenen Zuständigkeiten sowie aufgrund der guten Beziehungen, die er zu Lösener und anderen Beamten des Reichsinnenministeriums unterhielt.

An der Spitze des Berliner Bistums stand seit 1935 Konrad Graf von Preysing, ein konsequenter Gegner des nationalsozialistischen Regimes.¹³⁸ Mit Preysing traf Globke im Ordinariat persönlich zusammen, und er wurde von diesem mehrfach gezielt um Informationen gebeten. Besonderer Ausdruck des Bemühens des Berliner Bischofs war die im August 1938 beschlossene Einrichtung des »Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat zu Berlin«, welches insbesondere zur Unterstützung der katholischen »Nichtarier« eingerichtet

136 Maximilian Prange an Globke, 12.2.1963, ACDP 01-070-071/1.

137 Zu Wienken vgl. Martin HÖLLEN, *Heinrich Wienken, der »unpolitische« Kirchenpolitiker. Eine Biographie aus drei Epochen des deutschen Katholizismus* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 33), Mainz 1981; zu den Vorsprachen bei den Dienststellen des Dritten Reiches insbes. S. 81 und 111f.

138 Zu Preysing siehe z. B. Stephan ADAM, *Die Auseinandersetzung des Bischofs Konrad von Preysing mit dem Nationalsozialismus in den Jahren 1933 bis 1945*, St. Ottilien 1996; Ulrich von HEHL, *Konrad Kardinal von Preysing in der Auseinandersetzung mit zwei Diktaturen (1935–1950)*, in: *Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin*, Neue Folge 6, 40.–41. Jahrgang (2000/2001), S. 83–100.

worden war.¹³⁹ Dessen Leiterin, Margarete Sommer, stand auch in Kontakt mit Globke.¹⁴⁰

Die Verbindung zum Ordinariat hielt Globke aber vor allem über dessen Justitiar, Wilhelm Happ. Bereits aus der Zeit seiner Tätigkeit in der preußischen Verwaltung war ihm Happ bekannt, der 1933 von den Nationalsozialisten als Regierungspräsident von Breslau abgesetzt worden war; Happ seinerseits informierte Preysing, und nach Möglichkeit konnten dann entsprechende Maßnahmen gegen nationalsozialistische Bestrebungen ergriffen werden. Happ übermittelte Globke auch mehrfach Preysings Wunsch nach direkten Eingriffen, insbesondere wenn es um die Verhaftung von Personen ging, die nach den geltenden Bestimmungen nicht inhaftiert hätten werden dürfen.¹⁴¹

Durch seine Informantentätigkeit konnte Globke dazu beitragen, eine gesetzlich verordnete Zwangsscheidung der deutsch-jüdischen Mischehen zu verhindern.¹⁴² Juden, die in sogenannter privilegierter Mischehe lebten, waren von den antijüdischen Maßnahmen auch nach Erlass der Nürnberger Gesetze ausgenommen. Führende Parteivertreter bemühten sich jedoch um eine Verordnung zur Zwangsauflösung dieser Ehen, um juristisch den Zugriff auf die Juden zu ermöglichen, ohne die Einrichtung der »privilegierten Mischehe« aufheben zu müssen. Dazu wurden verschiedene Gesetzentwürfe ausgearbeitet. Globke, der davon Kenntnis erhielt, informierte Happ. Über Preysing gelangte die Nachricht an Adolf Kardinal Bertram, den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz. Dieser wiederum wurde bei der Reichsregierung vorstellig und drohte Kanzelproteste an, sollten die Entwürfe weiter verfolgt werden. Dies trug maßgeblich dazu bei, dass seitens der Regierung von einer weiteren Verfolgung der Regelungen zur Zwangsscheidung der deutsch-jüdischen Mischehe abgesehen wurde und den Juden die Konsequenzen, die sich aus der Aufhebung des Sonderstatus ergeben hätten, erspart blieben.¹⁴³ Und

139 Vgl. Margarete Sommer, Kurzer Bericht über Entstehung und Entwicklung des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin, 13.7.1946, Diözesanarchiv Berlin (DA B), I/1-103; Heinrich HERZBERG, *Dienst am höheren Gesetz. Dr. Margarete Sommer und das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin«*, Berlin 2000.

140 Lutz-Eugen REUTTER, *Die Hilfstätigkeit katholischer Organisationen und kirchlicher Stellen für die im nationalsozialistischen Deutschland Verfolgten*, Diss. phil, Hamburg 1969, S. 281. Danach hielt Sommer den Kontakt mit Globke über einen Mittelsmann, Reutter benennt diesen Mittelsmann jedoch nicht.

141 Wilhelm Happ, Eidesstattliche Erklärung, 21.1.1946, DA B VI/1.

142 Zur Frage der geplanten Zwangsscheidung vgl. allgemein: U. D. ADAM (wie Anm 67), S. 316–333; zu staatlichen Maßnahmen gegen jüdische Partner in sog. privilegierten Mischehen vgl. BA B, R 1501/3746a.

143 Konrad Graf von Preysing, Erklärung, 18.1.1946, DA B, I/4-35; Globke, Stellungnahme, S. 51f.; zum erfolgreichen Protest Bertrams im Namen des deutschen Episkopats: Mündliche Mitteilung von Ordinariatsrat Erich Klausener an Lutz-Eugen Reutter am

schließlich konnte Bischof von Preysing 1946 erklären: »Da diese Zersetzungsarbeit um ihrer Wirkung willen von allen Beteiligten streng geheim gehalten werden musste, ist es allen Nichtbeteiligten unbekannt geblieben, was die Juden in Deutschland Herrn Dr. Globke zu verdanken haben.«¹⁴⁴

Globkes Zusammenarbeit mit Vertretern der katholischen Kirche war jedoch nicht auf das Berliner Ordinariat beschränkt. Über den mit ihm befreundeten Rechtsanwalt Josef Müller¹⁴⁵ hatte Globke einige Jahre vor dem Krieg den Provinzial der Oberdeutschen Ordensprovinz der Jesuiten, Augustin Rösch, kennengelernt. Auf dessen Veranlassung hin wurde Globke während des Kriegs mehrfach vom Jesuitenpater Lothar König aufgesucht, der als Kurier zwischen den Bischöfen und als Mitglied des Ausschusses für Ordensangelegenheiten der Bischofskonferenz fungierte.¹⁴⁶ Für König, der zum Kreisauer Kreis gehörte, war Globke ein wichtiger Informant.¹⁴⁷ Als die Gestapo gegen den Jesuitenorden vorging, war es den Bemühungen Globkes zu verdanken, dass mehrfach die Entlassung von verhafteten Geistlichen bewirkt werden konnte.¹⁴⁸

Über die kirchlichen Verbindungen hinaus hatte Globke auch Kontakte zu anderen oppositionellen Kreisen unterschiedlichster Schattierungen. In der Zeit nach der Machtergreifung handelte es sich zunächst um informelle Zu-

21.11.1966: L.-E. REUTTER (wie Anm. 140), S. 281; zum Wirken Globkes: Ludwig VOLK, *Episkopat und Kirchenkampf im Zweiten Weltkrieg. II.: Judenverfolgung und Zusammenbruch des NS-Staates*, in: *Stimmen der Zeit* 198 (1980), S. 687–702, hier S. 698 sowie Anm. 4; zu den Bemühungen des Episkopats um die sogenannten Mischehen siehe: *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945*, Bd. V: 1940–1942 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, A 34), bearb. von Ludwig VOLK, Mainz 1983, S. 938–943 (Sommer an Bertram, 10.11.1942) sowie Ebd., Bd. VI: 1943–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, A 38), bearb. von Ludwig VOLK, Mainz 1985, passim.

144 Konrad Kardinal von Preysing, Bischof von Berlin, Erklärung, 18.1.1946, DA B, I/4-35.
145 Josef MÜLLER, *Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, München 1975, S. 191.

146 Zum Ausschuss für Ordensangelegenheiten vgl. Antonia LEUGERS, *Gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens. Der Ausschuss für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941–1945*, Frankfurt/M. 1996. Lothar König und andere Ordensauschussmitglieder trafen nach Leugers mit Globke mehrfach in Berlin zusammen (S. 397–400: 6.6.1941, 23.11.1942, 17.12.1942, 9.1.1943, 11.2.1943), auf die Gesprächsinhalte gibt es keine Hinweise. Leugers zählt Globke zu den wichtigen Informationsquellen bezüglich der Planungen gegen die »Nichtarier«, bewertet seine Rolle aber als »zweifelhaft«.

147 Lothar König an Globke, 6.1.1946, ACDP 01-070-071/1.

148 Franz Prinz SJ, Bestätigung, 19.12.1945, Ebd.: »... seinen [Globkes] dankenswerten Bemühungen ist es auch gelungen, dem Hochw. P. Superior Franz Josef Müller, Bruder Moser, Pfarrer Neumayer und dem Superior der Superiorenkonferenz die Entlassung aus Dachau bzw. aus dem Gefängnis zu erwirken. Ich persönlich war ebenfalls ... verhaftet worden, ... Wären nicht durch die Bemühungen des Herrn Dr. Globke meine Akten rechtzeitig geschlossen worden, so wäre ich wohl bis zum Ende des Krieges im Gefängnis festgehalten oder nach Dachau transportiert worden.«

sammenkünfte von regimekritisch eingestellten Personen, meist waren es mit Globke bekannte oder befreundete Ministerialbeamte oder Anwälte. Über persönliche Verbindungen fand Globke dann den Weg zu den Kreisen, die den Staatsstreich planten und am 20. Juli 1944 durchführen wollten. Auch nach dem Fehlschlag der Aktion versuchte er, soweit wie möglich am Umsturzversuch Beteiligte und deren Angehörige zu unterstützen.

Seit 1934 traf wöchentlich ein Kreis von etwa zehn kritisch eingestellten Ministerialbeamten zusammen, der sich jedoch zunächst darauf beschränkte, Ansichten und Erfahrungen auszutauschen. Zu diesem Kreis zählte neben Hans Globke auch Otto Lenz.¹⁴⁹ Ein anderer Kreis fand sich regelmäßig um den Berliner Rechtsanwalt Alfred Etscheid zusammen. Etscheid wurde zur Jahreswende 1943/44 verhaftet und kam schließlich im Konzentrationslager Flossenbürg ums Leben.¹⁵⁰ Auch zu Kreisen der militärischen Opposition hatte Globke Beziehungen. Schon lange vor 1933 war er mit dem späteren General Hellmuth Stieff befreundet.¹⁵¹

Neben der Beteiligung an den regelmäßigen Zusammenkünften von systemkritischen Kreisen und bloßen Kontakten zur aktiven Opposition war Hans Globke in verschiedene Umsturzplanungen einbezogen.¹⁵² Den ehemaligen Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser kannte Globke bereits aus der Zeit vor 1933. Mit ihm erörterte er oft in seinem Dienstzimmer die politische Lage. Kaiser deutete dann, im Laufe des Jahres 1940, vorsichtig die Notwendigkeit einer Änderung der politischen Verhältnisse an, die nur mit Hilfe der Wehrmacht möglich sein würde. Als Globke zustimmte, beschloss Kaiser, diesen in die Pläne der sich formierenden Widerstandsbewegung – deren Bestrebungen dann im gescheiterten Staatsstreich des 20. Juli 1944 kulminierten – einzuweihen. Er nannte Globke gegenüber als prominente Mitglieder den ehemaligen Leipziger Bürgermeister Carl Goerdeler, den ehemaligen hessischen Innenminister Wilhelm Leuschner sowie die Generäle Kurt von Hammerstein und Ludwig Beck. Globke erklärte sich zu einer Mitwirkung bereit; wichtigster Verbindungsmann für ihn blieb Jakob Kaiser. Mit ihm sprach er fortan regel-

149 Über diesen Kreis berichtete der Abgeordnete der Bayernpartei, Gebhard Seelos, in der Bundestagssitzung vom 12.7.1950. Als weitere Teilnehmer – neben Globke, Lenz und Seelos selbst – werden genannt: Quecke, noch am 28.4.1945 von Nationalsozialisten erschossen, Münz, der nach dem 20. Juli 1944 zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, sowie der ebenfalls unter dem NS-Regime umgekommene Ministerialrat Grünwald; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sten. Ber. 1. WP, Bd. 4, S. 2638.

150 Globke, Stellungnahme, S. 53.

151 Cäcilie Stieff, Erklärung, 23.2.1961, ACDP 01-070-071/1.

152 Im Überblick zu Globkes Verbindungen zu den Staatsstreichplanungen: Globke, Stellungnahme S. 53–57.

mäßig über die Planungen, oder er erhielt von Kaiser entsprechende Informationen; das letzte diesbezügliche Gespräch fand im Juni 1944 statt.¹⁵³

Anfang der vierziger Jahre war jedoch in den Widerstandskreisen noch nicht allgemein von einem Attentat auf Hitler die Rede, sondern lediglich von einer Verhaftung und Verbringung in eine Anstalt. Einer der vielen Pläne für die Zeit nach der Beseitigung Hitlers, der von dem pommerschen Gutsbesitzer Karl Magnus von Knebel-Döberitz entworfen worden war, sah die Einsetzung eines interimistischen Reichsverwesers für zunächst ein Jahr vor. Die Aufgabe sollte der preußische Kronprinz übernehmen, nach Ablauf des Jahres sollte ein Volksentscheid über die Staatsform – konstitutionelle Monarchie oder parlamentarische Demokratie – stattfinden. Carl Goerdeler und der an den Staatsstreichplanungen mitwirkende Rechtsanwalt Josef Wirmer wollten im Falle der Ausführung des Planes Hans Globke dem Kronprinzen als Berater zur Seite stellen. Der Plan wurde jedoch dann mit dem Tode von Knebel-Döberitz Ende 1942 nicht weiter verfolgt.¹⁵⁴

Globke war bereit, seine Kenntnisse in den Dienst der Staatsstreichplanungen zu stellen. Insbesondere war er an Erörterungen über die notwendigen Maßnahmen für die Zeit nach dem Umsturz beteiligt. Seine Gesprächspartner waren dabei insbesondere die Rechtsanwälte Otto Lenz¹⁵⁵ und Josef Wirmer¹⁵⁶ sowie der stellvertretende Oberpräsident von Ober- und Niederschlesien Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg.¹⁵⁷ Aufgrund seiner Personalkenntnisse in der allgemeinen Verwaltung arbeitete Globke an der Vorbereitung der Pläne für die leitenden Verwaltungsstellen mit, auf besonderen Wunsch Schulenburgs überprüfte er auch das Programm einer neuen Regierung und äußerte sich beratend zu Plänen für den Neuaufbau des Reiches und verschiedene Übergangsmaßnahmen. Die Zusammenkünfte mit Wirmer und Schulenburg fanden zu Anfang noch in den jeweiligen Diensträumen statt, in der Zeit un-

153 Zur Vermittlung der Kontakte: Jakob Kaiser, Eidesstattliche Erklärung, 31.12.1945, ACDP 01-070-071/1. – Allgemein zu Globkes Kontakten mit dem Widerstand: Schuster [Vorname nicht ermittelt], Erklärung, 23.2.1961, Ebd.; Schuster war Abwehrbeauftragter des Reichspostministeriums, er kam so über Wilhelm Canaris und Hans Oster mit dem Widerstand in Kontakt, auf Wunsch Goerdelers sollte er nach dem Umsturz die Leitung der Post- und Fernmeldeverwaltung übernehmen; weiterhin allgemein zu Globkes Kontakten zum Widerstand: Eduard Schalfew, Vermerk über Besprechungen mit dem im Anschluss an den 20. Juli 1944 ermordeten Rechtsanwalt Dr. Hans Koch, Berlin, 20.3.1961, Ebd.; die Tatsache, dass die Gespräche in Globkes Dienstzimmer stattfanden, und die Datierung des letzten Gesprächs gehen nur aus der Darstellung Globkes hervor, Globke; Stellungnahme, S. 53–57.

154 Zu den Planungen von Knebel-Döberitz: Otto Wirmer, Erklärung, 9.5.1961, Ebd.

155 Otto Lenz, Eidesstattliche Versicherung, 3.1.1946, Ebd.

156 Otto Wirmer, Erklärung, 9.5.1961, Ebd.; Hedwig Wirmer, Erklärung, 27.7.1964, Ebd.

157 Ewald-Heinrich von Kleist an Globke, 20.9.1960, Ebd.; zu Ewald von Kleist vgl. Bodo SCHEURIG, *Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler*, Berlin 1994.

mittelbar vor dem geplanten Attentat traf man sich aus Sicherheitsgründen auf der Straße. So weit wie möglich unterblieben auch ausführliche Aufzeichnungen.

In verschiedenen Planungen für die Zeit nach dem Staatsstreich war Globke für hohe Positionen in der neu zu bildenden Regierung vorgesehen, so als Staatssekretär im Kultus- oder Erziehungsministerium oder in einer leitenden Stellung im Innenministerium.¹⁵⁸

Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurden Wirmer und Schulenburg verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, Lenz erhielt eine Zuchthausstrafe, Kaiser konnte untertauchen. Auch eine Verhaftung Globkes war geplant, allerdings gab es gegen ihn wohl lediglich Verdachtsmomente. Stuckart erhielt Kenntnis von der geplanten Verhaftung seines Referenten. Er konnte den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, davon überzeugen, bei der mangelhaften Beweislage zunächst von einer Verhaftung abzusehen.¹⁵⁹ Globke erfuhr von Stuckarts Einsatz erst nach Kriegsende. Dass Stuckart über Globkes Aktivitäten voll im Bilde war, ist sehr unwahrscheinlich; von dessen grundsätzlicher Einstellung dürfte er jedoch gewusst haben.

Globke hielt auch nach dem Scheitern des Umsturzes Kontakt zu den Verschwörern, und er stand deren Angehörigen hilfreich zur Seite.¹⁶⁰ Schon Hinweise zum zweckmäßigen Verhalten gegenüber der Gestapo konnten hier von großem Wert sein.¹⁶¹ Anwälten der Inhaftierten ließ er Informationen zukommen. Es gab auch Pläne, Verhaftete beim Herannahen der Roten Armee aus einem Berliner Militärgefängnis zu befreien. Globke hatte die für einen Freilassungsbefehl erforderlichen gestempelten Formulare aus dem Reichsinnen-

158 Otto Lenz, Eidesstattliche Versicherung, 3.1.1946, ACDP 01-070-071/1; Jakob Kaiser, Eidesstattliche Erklärung, 31.12.1945, Ebd.; Walter Hoffmann an Globke, 26.7.1961, Ebd.

159 Hans-Joachim Kettner, Erklärung, 24.4.1950, Ebd.; Kettner war der persönliche Referent Stuckarts, nach seiner Darstellung hatte Stuckart von der geplanten Verhaftung durch Kaltenbrunner wegen des Verdachts einer Beteiligung am Anschlag auf Hitler Kenntnis erhalten. Kettner, der von den Kontakten Globkes zu Stieff und Schulenburg wusste, erklärte Stuckart, dass Globke seiner Ansicht nach unter bewusster Wahl des Wortlautes, am »Anschlag selbst unbeteiligt gewesen sei«. Aufgrund dieser Erklärung habe sich Stuckart mit dem Reichssicherheitshauptamt in Verbindung gesetzt und dafür gesorgt, dass Globkes Verhaftung vorerst unterblieb.

160 Otto Lenz an die Welt am Sonntag, 19.7.1950, ACDP 01-070-114/1: »Er [Globke] war es, mit dem wir nach dem Misslingen des 20. Juli überlegten, wie wir die Kinder Stauffenbergs dem Zugriff der Gestapo entziehen könnten, und verzweifelte Versuche unternahmen, die Vollstreckung des Todesurteils an meinem Freund Josef Wirmer zu verhindern.«; Hedwig Wirmer, Erklärung, 27.7.1964, ACDP; 01-070-071/1: »Er [Globke] hat dabei mitgewirkt, daß sowohl ich wie meine Kinder außerhalb Berlins ein Unterkommen fanden, so daß ich vor dem Zugriff der Gestapo verschont blieb.«

161 Cäcilie Stieff, Erklärung, 23.2.1961, Ebd.

ministerium besorgt; das Vorhaben konnte dann aber nicht verwirklicht werden, da die Häftlinge ins Zuchthaus Brandenburg verlegt wurden.¹⁶²

Die Untersuchungen gegen Globke selbst wurden jedoch fortgeführt. Noch am 27. April 1945 erschien die Gestapo mit einem Haftbefehl in Kochel/Oberbayern, wo er sich bei seiner Familie aufhielt. Durch das Heranrücken der Amerikaner waren die Gestapobeamten jedoch gezwungen, sich selbst in Sicherheit zu bringen, so dass die Verhaftung nicht mehr durchgeführt werden konnte.¹⁶³

Fazit

Würde man lediglich Globkes Hilfe für Verfolgte in Einzelfällen, seine Verbindungen zur katholischen Kirche und zum Widerstand betrachten, so wäre sein Verhalten in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft nach der von Richard Löwenthal eingeführten Terminologie durchaus als Opposition gegenüber dem Regime zu bezeichnen.¹⁶⁴ Behält man diesen Bereich von Globkes Wirken im Blick, so fällt es auch leichter, sich auf die Argumentation einzulassen, Globke hätte von seiner dienstlichen Stellung aus versucht, so weit wie möglich Milderungen und Verzögerungen in der Gesetzgebung zugunsten der vom Nationalsozialismus Verfolgten zu erreichen. Demgegenüber steht die Tatsache, dass er fast bis zuletzt Beamter im nationalsozialistischen Staat gewesen ist und als solcher natürlich für das NS-Regimes gewirkt hat,¹⁶⁵ zudem gibt es Punkte, die sich nur schwer in ein in sich geschlossenes Bild einordnen lassen, wie beispielsweise die beantragte Aufnahme in die NSDAP. Bemühungen, auf der Basis der vorliegenden Quellen eine Kohärenz herzustellen, würden sich im Bereich des Spekulativen verlieren.

Noch eine Anmerkung zum Schluss: Alle ermittelten Stellungnahmen, die nach Kriegsende zugunsten Globkes verfasst wurden, würdigen seine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und waren zugleich mehr oder weniger direkt dafür gedacht, ihm den weiteren beruflichen Weg zu ebnen. Nur eine kritische Stimme im Kreis derer, die schon vor 1945 Kontakt

162 Georg Dertinger, Erklärung, 3.1.1946, Ebd.; Otto Lenz, Eidesstattliche Versicherung, 3.1.1946, Ebd.

163 Globkes Verhaftung durch die Gestapo war am 15.4.1945 angeordnet worden. Zum Datum, das jedoch auf eine Mitteilung Globkes zurückgeht: Hans-Joachim Kettner, Erklärung, 24.4.1950, Ebd. – Über die versuchte Verhaftung in Kochel am 27.4.1945 berichtet auch eine Hausangestellte Globkes: Gertrud Ikier, Erklärung, 27.12.1945, Ebd.

164 Zum Begriff vgl. Richard LÖWENTHAL, *Widerstand im totalen Staat*, in: Richard LÖWENTHAL/Patrick von zur MÜHLEN, *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, S. 11–24, hier S. 14.

165 Hierbei darf auch nicht vergessen werden, dass wirksamer Widerstand in totalitären Diktaturen nur im Modus einer partiellen Mitwirkung möglich ist. Vgl. dazu allgemein Hans BUCHHEIM, *Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale*, München 1962, S. 47.

zu ihm hatten, ließ sich finden: Margarete Sommer, Leiterin des »Hilfswerkes beim Bischöflichen Ordinariat zu Berlin«, die sich intensiv um Hilfe für die »Nichtarier« bemühte und gut über die Kontakte Bescheid wusste, die Hans Globke zum Berliner Ordinariat unterhielt, und die von dessen Informationen selbst Gebrauch machte, war 1953 der Meinung, dass seine Ernennung zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt eine Fehlentscheidung gewesen sei. Sie vertrat die Ansicht, dass – bei aller Anerkennung seiner Hilfeleistungen – Globkes Position im Reichsinnenministerium zu exponiert gewesen sei, um ihn in der jungen Bundesrepublik in eine derartige Stellung zu berufen.¹⁶⁶

166 Margarete Sommer an Gertrud Luckner, 21.11.1953, DA B, I/1-103.

Andreas Hermes.
Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten
deutschen Demokratie

Von **Rudolf Morsej***

Nach dem Tode von Andreas Hermes, der am 4. Januar 1964 in Krälingen, einem kleinen Eifeldorf in der Nähe von Bonn, im Alter von 86 Jahren gestorben ist, widmete ihm Heinrich Krone, sein früherer Kollege in der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei vor 1933 und Mitgründer der Berliner CDU, einen Nachruf. Darin verwies der amtierende Bundesminister auf ein »beispielhaftes Leben in der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung, in seiner Ablehnung jeglichen Terrors gegen Mensch und Meinung, in seinem aktiven Eintreten für Demokratie und Freiheit und nicht zuletzt in seinem vom christlichen Glauben geprägten Handeln. Mit ihm ging ein Leben zu Ende, das im Dienen bestand, im Dasein für das deutsche Volk.«¹

Hermes' Leben war in der Tat »beispielhaft«. Es ging, wie er es selbst an seinem 80. Geburtstag formulierte, »über Wellenberge und durch Wellentäler«.² Dabei umspannte es fünf Epochen deutscher Geschichte:

- das Wilhelminische Kaiserreich mit seinem äußeren Glanz und bitterem Ende,
- die freiheitlich verfasste, aber von der Mehrheit ihrer Bürger nicht geliebte und strukturell instabile Weimarer Republik,
- das unselige Hitler-Regime,
- das um seine Ostgebiete verkleinerte, doppelt viergeteilte Deutschland und Berlin, sowie schließlich
- die Bundesrepublik Deutschland in der nach ihrem Gründungskanzler benannten »Ära Adenauer«.

* Erweiterte und mit Belegen versehene Niederschrift eines Referats vom 14.7.2003 in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, aus Anlass des 125. Geburtstags von Andreas Hermes, im Rahmen der Reihe »Historisches Gedächtnis«.

1 *Deutschland-Union-Dienst* Nr. 3 vom 6.1.1964. Vgl. einen (nicht gezeichneten) Nachruf in: *Bulletin des Bundespresse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 7.1.1964, S. 27.

2 In seiner Dankansprache in: *Andreas Hermes 80 Jahre. Bericht über die Feier am 16. Juli 1958*, hg. v. Deutschen Raiffeisenverband, Neuwied 1958, S. 65.

I.

Andreas Hermes wurde am 16. Juli 1878 in Köln geboren, zweieinhalb Jahre später als sein soeben erwähnter Landsmann. 1878 war das Jahr des Berliner Kongresses, in dem Bismarck auf dem Gipfel seiner Macht stand. Es war aber auch der Höhepunkt seines Kulturkampfes gegen das katholische Volksdrittel und der Beginn der Sozialistenverfolgung. Hermes stammte aus einfachen Verhältnissen eines katholischen Elternhauses. Dessen christliche Prägung behielt Bestand, sein Glaube wurde zur »unerschütterlichen Richtschnur seines Lebens«.³

Als jüngstes von drei Kindern wuchs er in Mönchengladbach auf, verlor aber bereits, acht Jahre alt, seinen Vater. Als Erbe der Mutter, die von einem großen Bauernhof in der Voreifel stammte, begann Andreas – »eine Instinkthandlung, die meine Mutter förderte«, wie er später formulierte⁴ – eine Ausbildung in der Landwirtschaft. Er schloss sie 1900, nach einem entsprechenden Studium in Bonn, ergänzt um das der Volkswirtschaft, mit einem Diplom der dortigen Landwirtschaftlichen Hochschule ab. Drei Jahre später, nach landwirtschaftlicher Lern- und Lehrtätigkeit, absolvierte er, wiederum in Bonn, ein weiteres Examen als Tierzuchtinspektor. 1905 schließlich wurde er in Jena mit einer nationalökonomischen Dissertation über ein Strukturproblem der französischen Landwirtschaft, Ergebnis eines längeren Studienaufenthalts im Nachbarland, zum Dr. phil. promoviert.

Seine anschließende Berufslaufbahn begann Hermes in Berlin, bei der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Durch die Teilnahme an internationalen Konferenzen, auch in Südamerika, und Fachveröffentlichungen entwickelte er sich zu einem international bekannten Agrarexperten. Dabei kamen ihm neben Fleiß und Organisationstalent seine außergewöhnlichen Sprachkenntnisse, später in sieben Sprachen, zugute. 1911 folgte er einer Berufung zum Direktor am Internationalen Agrarinstitut in Rom – dem Vorläufer der heutigen UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft. Damit schien für den 33-jährigen Hermes eine steile Karriere vorgezeichnet. Sie wurde jedoch 1914, nach Beginn des Ersten Weltkrieges, jäh unterbrochen.

3 So Peter HERMES, *Zusammenführen und Maßhalten. Andreas Hermes (1878 bis 1964) zum 125. Geburtstag*, in: *Die politische Meinung*, H. 404 (2003), S. 74–80, hier S. 74.

4 In den während seiner Haftzeit in Berlin am 24.2.1945 verfassten »Lebenserinnerungen«, die »nach dem Todesurteil« seiner Frau als Grundlage seiner »Lebensgeschichte« dienen sollten. Vgl. Anna HERMES, *Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen*, Stuttgart 1971, S. 16. Dazu vgl. Fritz REICHARDT, *Andreas Hermes*, Neuwied 1953. Reichardt, Pressereferent des Deutschen Raiffeisenverbands e.V. in Bonn, konnte erstmals Unterlagen von Hermes benutzen. Vgl. auch REICHARDTS Kurzbiographie von Hermes in: *Christliche Demokraten der ersten Stunde*, hg. v. der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1966, S. 151–173. Zuletzt Günter BUCHSTAB, *Andreas Hermes*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. v. Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 271f.

Der ungediente Rheinländer meldete sich in Berlin zum Einsatz. Dort gelangte er – erste Frucht eines verzweigten persönlichen Netzwerks, in dessen Zusammenhang er als »geübter Reiter und unermüdlicher Arbeiter« beschrieben wurde⁵ – in die Auslandsstelle des Kriegspresseamts. Seine Aufgabe bestand darin, die internationale Presse auszuwerten. 1916 wurde der Agrarexperte benötigt. Hermes wechselte als Abteilungsleiter in den Kriegsausschuss für Ersatzfutter. Ein Jahr später wurde er für den Reichsausschuss für Öle und Fette nach Bulgarien und Rumänien kommandiert – wo er nebenbei Rumänisch lernte –, um dort den Ölfruchtbau zu organisieren.

Als er im Dezember 1918 nach Berlin zurückkehrte, war das monarchische System durch die November-Revolution weggefeht. Der Kriegsheimkehrer fand in der neuen Republik sofort eine adäquate berufliche Betätigung. Sein früherer akademischer Lehrer in Bonn, Professor Ramm, der inzwischen die Abteilung für Land- und Forstwirtschaft im Reichswirtschaftsministerium leitete, holte ihn in dieses Ressort.

Noch im selben Jahr wurde Hermes sein Nachfolger und Ministerialdirektor. Seine Abteilung bildete die Grundlage eines neuen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Es entstand Ende März 1920, nach dem gescheiterten Kapp-Putsch, im Zuge einer Neubildung der Regierung – bereits der vierten seit 13 Monaten. Die Errichtung dieses, von Hermes vorbereiteten, Ministeriums⁶ gelang mit Hilfe des an der Koalition beteiligten Zentrums, der katholischen Konfessionspartei. Ihrem Landwirtschaftsflügel verdankte es Hermes, dass er am 1. April 1920 als Reichsminister an die Spitze des neuen Ressorts gelangte.⁷

Diesen kometenhaften Aufstieg krönte der damals 42-jährige Rheinländer mit einem privaten Nachschlag. Er heiratete die sechzehn Jahre jüngere, in Köln geborene Anna Schaller, die im katholischen Bürgertum Berlins aufgewachsen war. Sie war als Rote-Kreuz-Schwester an der Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus Russland (Moskau, Perm, Taiga) beteiligt gewe-

5 In einer Empfehlung von Generalfeldmarschall Colmar Frhr. von der Goltz vom 17.8.1914; Druck: F. REICHARDT (wie Anm. 4), S. 54.

6 Die Einzelheiten über die mehrfachen Umgruppierungen bis hin zum Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in: Heinz HAUSHOFER/Hans-Joachim RECKE, *Fünfundzwanzig Jahre Reichsernährungsministerium - Bundesernährungsministerium*, Bonn 1969, S. 8–13.

7 Hermes war von einem Zentrumspolitiker, Unterstaatssekretär Busch im Preußischen Landwirtschaftsministerium, empfohlen worden. Diese Patronage gelangte Ende 1920 in die Presse. Vgl. *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Das Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920*, bearb. v. Anton GOLECKI, Boppard 1980, S. 493f. Die daraufhin von der Reichskanzlei der Presse übermittelte Stellungnahme ist nicht veröffentlicht worden (Bundesarchiv [BA], Berlin, R 43 I/927). Vgl. auch die kritische Beurteilung dieses Vorgangs im Rahmen einer Kurzbiographie Hermes' bei Johannes FISCHART (= Erich DOMBROWSKI), *Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands. 4. Folge: Neue Köpfe*, Berlin 1925, S. 306–316.

sen, seitdem engagiert im Zentralausschuss für Auslandshilfe und im Katholischen Frauenbund. Bei seinem 80. Geburtstag würdigte Andreas Hermes seine Frau als seinen »treuen Lebenskameraden« und erklärte (mit betonter Zurückhaltung), »dass ohne die Kraft und die sich verzehrende Hingabe meiner Frau es vielleicht nicht möglich gewesen wäre, so manche schwere Stunde zu überwinden«. ⁸ Dem Historiker sei gestattet, das »vielleicht« zu streichen.

II.

Dreieinhalb Jahre lang, bis zum August 1923, gehörte Hermes fünf Reichsregierungen an, unter vier Kanzlern – Hermann Müller (SPD), Constantin Fehrenbach (Zentrum), Joseph Wirth (Zentrum) und Wilhelm Cuno (parteilos) –, zuletzt als Finanzminister. Die Folgen des vom Kaiserreich verlorenen Krieges zu bewältigen, gelang nur mühsam. Schlagzeilen machte Hermes im April 1922, als er den von Reichskanzler Wirth und Außenminister Walther Rathenau in Rapallo insgeheim abgeschlossenen Vertrag mit der Sowjetunion als verfrüht ablehnte. ⁹ Wirth hat Hermes diese Opposition (»Er wollte Kanzler werden«) lebenslang nicht verzeihen können. ¹⁰

In der Staats- und Wirtschaftskrise nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen 1923 stand auch der Finanzminister der Hochinflation hilflos gegenüber. Eine Regierungsneubildung unter Gustav Stresemann im August dieses Jahres machte Hermes von einem zum anderen Tag arbeitslos, wenn auch mit einer Ministerpension. So suchte er zunächst durch eine monatelange Studienreise in die USA, mit einem Abstecher nach Kuba, Abstand zu gewinnen, rechnete aber mit einer Wiederberufung ins Kabinett. 1924 gelangte er als Agrarexperte für die Zentrumsparterie in den Preußischen Landtag, 1928 in den Reichstag (Wahlkreis Köln-Aachen). In beiden Parlamenten gewann er jedoch keinen Einfluss.

Seit 1926 stand der weltläufige Exminister wieder stärker im Blickfeld der Öffentlichkeit. Als Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Raiffeisenbank übernahm er für die Regierung wirtschaftspolitische Funktionen, häufig auf internationalen Agrarkongressen, und bei der Weltwirtschaftskonferenz 1927. Er leitete auch eine Delegation für Handelsvertrags-Verhandlungen mit Polen, die allerdings scheiterten. Ende 1928 erhielt er die Leitung der neugebildeten »Vereinigung der deutschen Bauernvereine«, einer in West- und Süddeutschland verbreiteten katholisch-mittelbäuerlichen Interessenvertretung. Drei Jahre

⁸ So in der in Anm. 2 zitierten Ansprache von 1958, S. 66; vgl. auch A. HERMES (wie Anm. 4), S. 43–45.

⁹ Vgl. Rudolf MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 32), Düsseldorf 1967, passim.

¹⁰ Vgl. Ulrike HÖRSTER-PHILIPPS, *Joseph Wirth 1879–1956*, Mainz 1998, S. 206f.

später setzte Hermes ihre Umbenennung in »Vereinigung der deutschen *christlichen* Bauernvereine« durch.¹¹

Seit 1930 stand er gleichzeitig, als einer von zwei Präsidenten – seit Mitte Januar 1933 allein –, an der Spitze des neu errichteten »Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen e.V.« Damit zählte dieser christliche Demokrat in den Jahren der Weltwirtschaftskrise zu den führenden europäischen Agrarpolitikern. Durch die Teilnahme seiner Vereinigung an der von der Großlandwirtschaft bestimmten »Grünen Front« machte er allerdings Reichskanzler Heinrich Brüning, seinem Fraktionskollegen, das Leben nicht leichter.

Wie andere prominente Persönlichkeiten des Zentrums – darunter Adenauer – unterschätzte auch Hermes die Gefährlichkeit der braunen Massenbewegung. Noch im Dezember 1932 glaubte er, dass die Zeit »gegen Hitler« arbeite.¹² Und noch am 15. Februar 1933 ging er davon aus, mit seinen Verbänden auch dieser Regierung gegenüber – es war die 21. in 14 Jahren – »die gleiche sachliche Linie« einnehmen zu können, »wie gegenüber den anderen«.¹³ Nur vier Wochen später erlebte er die Wirklichkeit des Dritten Reiches.

Am 5. März erneut für die Zentrumsparlei in den Reichstag, den achten seit 1920, gewählt – auf Platz fünf der Reichswahlliste –, geriet Hermes bereits elf Tage später in die Schusslinie der Machthaber, die ihn politisch auszuschalten suchten. Als Vorwand für ein Ermittlungsverfahren diente die Behauptung, dass er staatliche Mittel veruntreut habe, die zur Reorganisation des ländlichen Genossenschaftswesens bestimmt waren. Daraufhin legte Hermes, von Überläufern in seiner Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine gedrängt, sofort sein Reichstagsmandat nieder,¹⁴ offiziell »wegen beruflicher Belastung«¹⁵. Der vorschnelle Mandatsverzicht am 17. März erleichterte es den Nationalsozialisten, den Verbandspolitiker bereits am 21. März – am Tag der berüchtigten »Rührkomödie von Potsdam« – wegen »Fluchtverdachts« und »Verdunkelungsgefahr« zu verhaften. Der öffentlichkeitswirksame Vorwurf lautete: »Korruption«.

11 Vgl. Ferdinand JACOBS, *Von Schorlemer zur Grünen Front. Zur Abwertung des berufsständischen und politischen Denkens* (Schriften zur ländlichen Bildung, 1), Düsseldorf 1957, S. 50f.

12 A. HERMES (wie Anm. 4), S. 79.

13 In einer Vorstandssitzung seiner Vereinigung. Vgl. Heide BARMEYER, *Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933* (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, 24), Stuttgart 1971, S. 45, 122.

14 Noch zwei Tage zuvor (15.3.1933) hatte Hermes den entsprechenden Vorschlag eines Vorstandsmitglieds seiner Vereinigung »entrüstet von sich gewiesen«. H. BARMEYER (wie Anm. 13), S. 123.

15 *Kölnische Volkszeitung* vom 18.3.1933. Zitiert bei Rudolf MORSEY, *Die Deutsche Zentrumsparlei*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hg. v. Erich MATTHIAS und Rudolf MORSEY, Düsseldorf 1960, S. 281–453, hier S. 356.

Ausgerechnet Hitlers Vizekanzler Franz von Papen, der Steigbügelhalter der neuen Regierung, ein früherer Kollege Hermes' in der Preußischen Landtagsfraktion, forderte im Ministerrat, »den Fall nicht politisch zu frisieren, sondern strafrechtlich«. ¹⁶ Nur war das für die Machthaber kein Unterschied.

III.

Für den Agrarpolitiker begannen »Jahre der Prüfung, Jahre des Leids, Jahre des Unglücks, aber auch Jahre der Bewährung«. ¹⁷ Mit der Gleichschaltung der Agrarverbände bereits im April verlor er sämtliche Ämter. Nach fünfmonatiger Untersuchungshaft entlassen, begann der politisch motivierte Prozess gegen ihn im Mai des folgenden Jahres. Das Hauptverfahren füllte, bis Ende Juli, 27 Verhandlungstage. Die Strafe, vier Monate Gefängnis, galt durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Auf Grund einer Amnestie vom August 1934 war Hermes eine Revision des Verfahrens verwehrt. ¹⁸ Eine daraufhin von ihm über Monate hin ausgearbeitete Rechtfertigung schwoll auf 380 Seiten an, verschwand aber in der Ablage seiner Strafakten. ¹⁹

Der Exminister, der von seiner Bauernvereinigung nicht einmal die Prozesskosten erstattet bekam, und deswegen noch 1943/44 mit ihr prozessierte, ²⁰ geriet in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. So nahm er 1936 ein durch die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft vermitteltes Angebot der Regierung von Kolumbien an, dort zwei Jahre lang das ländliche Genossenschaftswesen aufzubauen. Zusammen mit seiner Frau ging er den bitteren Weg in ein befristetes Exil. Die fünf Kinder, zwischen 15 und fünf Jahren, blieben

16 *Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Teil I: 1933/34*, bearb. v. Karl-Heinz MINTH, Boppard 1983, S. 249.

17 So der Vizepräsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Hermann CASPERS, in der Einleitung der *Festschrift zum 80. Geburtstag von Andreas Hermes*, hg. vom Deutschen Raiffeisenverband, Neuwied 1958, S. 29.

18 Dasselbe Schicksal erlitt Heinrich Lübke, Direktor der (kleinbäuerlichen) Deutschen Bauernschaft, der insgesamt 18 Monate in Berlin inhaftiert war. Ihr Zusammentreffen 1935 erwähnte der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Lübke, bei Hermes' Geburtstagsfeier 1958 (wie Anm. 2), S. 29, ferner A. HERMES (wie Anm. 4), S. 100f.; Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke*, Paderborn 1996, S. 110f.

19 Im Zusammenhang dieses Prozesses spielte ein Entlastungszeugnis des inzwischen emigrierten letzten Präsidenten der Preußenkasse, Otto Klepper, eine wichtige Rolle; vgl. F. REICHARDT (wie Anm. 4), S. 143ff. Die von Hermes erbetene, aber erst nach der Urteilsverkündung eingetroffene Erklärung Kleppers (aus New York) deckte die Haltlosigkeit der gerichtlichen Entscheidung auf; EBD., S. 145. Bei Astrid von PUFENDORF, *Otto Klepper (1888–1957)*, München 1997, S. 72, Anm. 120, ist von diesem »Entlastungsbrief« Kleppers (Archiv für Christlich-Demokratische Politik [ACDP], Nachlass [NL] Hermes, 01-090-004) die Rede, ergänzt um den Kommentar: »Dagegen hat Hermes nach dem Kriege nichts für Klepper in dessen Pensionsangelegenheiten getan.«; ähnlich S. 294, Anm. 341.

20 H. BARMAYER (wie Anm. 13), S. 146, Anm. 113.

in der Heimat, betreut von der unverheirateten Hermes-Schwester in der Nähe von Osnabrück.²¹ Erst drei Jahre später, im Frühjahr 1939, kehrten Andreas und Anna Hermes nach Berlin zurück. Ihre Absicht, auch die Kinder nach Bogotá zu holen, verhinderte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Die harten Jahre in der Fremde waren keine »glänzende Erfolgsstory«, wurden aber – hier zitiere ich zustimmend Peter Hermes – »eine in Würde bestandene Zeit«.²²

Dieses Urteil gilt gleichermaßen für das Leben und Überleben in den Kriegsjahren. 1943 verlor die Familie, inzwischen in Godesberg, das frühere Haus in Berlin-Lichterfelde durch Bomben, die auch das Haus der Schwiegereltern zerstörten. Fast gleichzeitig kam die Nachricht, dass zwei Söhne im Russlandkrieg gefallen seien, während vom dritten Sohn kein Lebenszeichen vorlag. Inzwischen hatte sich Hermes zur Mitarbeit am Wiederaufbau in einem Nach-Hitler-Deutschland entschlossen und Kontakt zum Widerstandskreis des Ketteler-Hauses in Köln gewonnen. Über Jakob Kaiser lernte er Carl Goerdeler kennen und war bereit, in einem späteren Goerdeler-Kabinet das Landwirtschaftsministerium zu übernehmen. Diese Zusage zog er aber Ende 1943 zurück, enttäuscht über den mutigen, aber unklug handelnden Kommunalpolitiker, dem er »leichtfertigen Dilettantismus« vorwarf.²³

Nebenbei: Wegen der bekannten Unvorsichtigkeit Goerdelers hatte Adenauer jeglichen Kontakt mit ihm abgelehnt, war aber auch nicht zu einem Gespräch mit Hermes bereit gewesen. Vermutlich wusste er von dessen Nähe zum Goerdeler-Kreis.

Hermes entwickelte in den Programmberatungen im Rheinland und in Berlin für ein »neues Deutschland« – wie er es später formulierte²⁴ – das Konzept

21 A. HERMES (wie Anm. 4), S. 100ff.

22 Peter Hermes, *Rückblicke und Einsichten 1933–1950*, hg. v. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1996, S. 32.

23 In der Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof am 11.1.1945 bestritt Hermes, gewusst zu haben, dass Goerdeler einen gewaltsamen Umsturz geplant habe. Dabei verteidigte er sich mit dem »Einwand, er habe bei seiner Zusage, in ein künftiges Kabinet einzutreten, an einen von den Feinden erzwungenen Zusammenbruch des Nationalsozialismus gedacht. Später sei er von verschiedenen Seiten vor Goerdeler gewarnt worden und daher von diesem abgerückt.« Walter WAGNER, *Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat*, Stuttgart 1974, S. 745. In seinem Abschiedsbrief vom 26.1.1945 an seinen Sohn Peter hat Hermes mitgeteilt, dass er Goerdeler »niemals eine solche feste Zusage« zum Eintritt in eine »nach dem militärischen Zusammenbruch zu bildende neue Regierung« gegeben, sondern sich seine Entscheidung »für den Fall der befürchteten Katastrophe ausdrücklich vorbehalten« habe. P. HERMES (wie Anm. 22), S. 109.

24 Wilhelm ELFES hat 1956 folgende Äußerung von Hermes aus der *Neuen Zeit* (Berlin), Nr. 43/1945, zitiert: »Im Rheinland bildeten wir einen Kreis, der sich der Erarbeitung einer neuen Staatsordnung widmete. Unser Kreis erarbeitete ein vollständiges Programm für ein neues Deutschland. Damals nahm ich die ständige Verbindung mit Jakob Kaiser auf. Er stellte auch die Verbindung mit Goerdeler her.« *Gespräche um Deutschland*, Düsseldorf 1956, S. 6. In dem in Anm. 23 zitierten Abschiedsbrief Hermes' vom 26.1.1945 ist

einer christlichen Volkspartei der »Bürger, Bauern und Arbeiter«, offensichtlich bereits unter dem Namen »Union«.

Nur zwei Tage nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 wurde der Zwangspensionär verhaftet und in mehreren Leidensstationen gefoltert und gedemütigt. Schließlich in Berlin, im Gefängnis in der Lehrter Straße 3, inhaftiert, wurde er im Oktober aus dem Status des Ruhestandsbeamten ausgestoßen und seine Pension gestrichen. Nach der Entdeckung der Goerdeler-Papiere mit den verhängnisvollen Ministerlisten verurteilte ihn der Volksgerichtshof – unter dem Vorsitz von Roland Freisler – am 11. Januar 1945 wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode.

In seinem als Abschiedsbrief verfassten Schreiben vom 12. Januar an seine Frau – einem Schlüsseldokument christlicher wie patriotischer Überzeugung – heißt es: »Für nichts anderes und nichts weniger habe ich mich stets eingesetzt, als dass unserem Volke die unveräußerliche Grundlage christlicher Ethik erhalten bleiben möge und dass die in Gott gegründeten Menschenrechte der Gerechtigkeit, Freiheit, Würde und Ehre wieder als ein unantastbares Gut Achtung und Schutz finden mögen. Dafür habe ich gearbeitet und dafür werde ich sterben.«²⁵

IV.

Diese Zielsetzung zu verwirklichen, war Hermes wenige Monate später möglich; denn das Todesurteil wurde nicht mehr vollstreckt, dank aufopfernder Bemühungen seiner ebenso mutigen wie klugen Frau. Am 25. April 1945 war Hermes frei. Sein neuer, vierter Lebensabschnitt begann mit dem Beginn des staatlichen Interregnums in Deutschland. Bereits am 7. Mai berief ihn die sowjetische Besatzungsmacht, die in Berlin noch zwei Monate lang allein herrschte, an die Spitze der städtischen Ernährungsverwaltung, zum Mitglied des Magistrats und zu einem der Stellvertreter des Oberbürgermeisters. In der Trümmerstadt lebten noch 2,6 Millionen Menschen.

Walter Ulbricht hatte die Adresse von Hermes »durch einen Zufall« erfahren. So stand er am späten Abend des 4. oder 5. Mai, mit »Schiebermütze« in der Hand,²⁶ in Begleitung eines sowjetischen Offiziers, in der Platanenallee 11 in Charlottenburg – vor dem Haus einer Tante von Frau Hermes. Was dann geschah, hat Ulbricht später, 1960, so geschildert: »Als ich nachts 24 Uhr in der Villa ... ankam, lag alles in den Betten. Nachdem ich genügend Lärm

die Rede von seinem »lieben und hochverehrten Freund Elfes«, der in diesem Brief noch weitere drei Mal erwähnt wird. P. HERMES (wie Anm. 22), S. 107.

25 A. HERMES (wie Anm. 4), S. 146; P. HERMES (wie Anm. 22), S. 112.

26 Nach einer Mitteilung von Frau Hermes, zitiert bei Klaus DREHER, *Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht*, Düsseldorf 1972, S. 99. Bei A. HERMES (wie Anm. 4), S. 190, ist abschwächend von einer »Schirmmütze« die Rede.

gemacht hatte, wurde geöffnet, und wir stellten uns im Kerzenschein gegenseitig als frühere Reichstagsabgeordnete vor.«²⁷

Diese gespenstische Szene fehlte in Ulbrichts Schilderung über sein Gespräch mit Hermes, über das er noch am 6. Mai dem »werten Genossen« Generaloberst I.A. Serow berichtete.²⁸ Danach habe der frühere Reichsminister seine »Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee« geäußert und mehrmals betont, »dass Russland und Deutschland keine Gegensätze« hätten, auch daran erinnert, dass er seinerzeit *für* den Rapallo-Vertrag eingetreten sei – was nicht zutraf. Weiter habe der »Fachmann in Ernährungsfragen« seine »Antipathie gegen die Großgrundbesitzer« geäußert und betont, dass das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft gefördert werden müsse.

Auch wenn Hermes – wie es bei Ulbricht abschließend hieß – zur »Zusammenarbeit mit uns« bereit sei, gelte es, ihn »systematisch und geduldig zu beeinflussen«, um ihn »für die Freundschaft zur Sowjetunion zu festigen«. Im übrigen habe das von Frau Hermes bereitete »Abendbrot aus einer Ersatzmargarine und einer undefinierbaren Ersatzwurst« bestanden. Daraufhin habe er, Ulbricht, versprochen, »dass für ihn und seine Familie selbstverständlich die Frage der Versorgung sofort geregelt werden wird«.

Drei Tage später forderte der kommunistische Remigrant den Ernährungsfachmann Edwin Hörnle aus Moskau an, für die »weitere Bearbeitung von Dr. Hermes«.²⁹ Der frühere Reichsminister und international bekannte Agrarexperte verkörperte für die roten Machthaber geradezu die »Idealfigur eines ›antifaschistisch-demokratischen‹ Politikers ›bürgerlicher‹ Herkunft«.³⁰

Der inzwischen 67-jährige Leiter des Ernährungswesens (seit 13. Mai) stürzte sich in die neue Arbeit. Dabei verstand und organisierte er sein Amt, am Fehrbelliner Platz, als Kern eines künftigen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der Reichshauptstadt und vergrößerte es rasch auf mehr als 1.000 Personen.³¹ Gleichzeitig begann Hermes mit dem politi-

27 Das berichtete Ulbricht am 6.5.1945 an Generaloberst I.A. Serow. Gerhard KEIDERLING (Hg.), »Gruppe Ulbricht« in *Berlin, April bis Juni 1945. Eine Dokumentation*, Berlin 1993, S. 674f. Vgl. Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 36), Düsseldorf 2001, S. 48f.

28 Druck: G. KEIDERLING (wie Anm. 27), S. 298–302.

29 In einem Schreiben Ulbrichts vom 9.5.1945 an Georgii Dimitroff, zit. bei G. KEIDERLING (wie Anm. 27), S. 323. Dazu R.T. BAUS (wie Anm. 27), S. 51, Anm. 70.

30 Alexander FISCHER, *Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union*, in: *Die CDU in der sowjetischen Zone/DDR 1945–1952* (Aktuelle Fragen der Politik, 4), Sankt Augustin 1994, S. 7–20, hier S. 9.

31 Vgl. Peter HERMES, *Ein Versuch mit den Sowjets. Berlin im Mai 1945*, in: *Die politische Meinung*, H. 105 (1965), S. 63–73; DERS., *Sozialismus oder Volkspartei. Andreas Hermes und die Gründung der CDU in Berlin 1945*, in: *Die politische Meinung*, H. 193 (1980), S. 69–89.

schen Wiederaufbau. Als Grundlage dazu diente seine im Krieg entwickelte Konzeption einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei.

V.

So war er vorbereitet, als bereits am 10. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration – lange vor den anderen Hauptsiegermächten – die Bildung politischer Parteien verfügte und die Kommunisten sofort mit ihrem aus Moskau mitgebrachten Programm auftraten. Daraufhin forcierte Hermes die bereits begonnenen Gespräche zur Parteibildung in einem von ihm geleiteten Kreis alter und neuer Bekannter. Sie stammten aus dem früheren Zentrum, der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und aus dem protestantisch-konservativen Lager.

Die Beratungen über ein Parteiprogramm fanden zunächst im Ernährungsamt, dann in der Platanenallee statt.³² Heinrich Krone notierte nach der ersten Besprechung dort am 17. Juni: »Als ich in das Haus kam, glaubte ich, in die Zeit des Friedens zurückversetzt zu sein.« Da in der Allee »so gut wie nichts beschädigt« gewesen sei, habe »alles an seinem Platz gestanden«. »Und es gab Zigarren und einiges aus der Küche.«³³

Bereits am 26. Juni konnten die Berliner Christdemokraten ihr Programm veröffentlichen. Es war von 31 Männern und vier Frauen unterschrieben, in alphabetischer Reihenfolge. Der Name Hermes stand an der Spitze. Elf dieser 35 (Durchschnittsalter: 56,6 Jahre) hatten vor 1933 herausgehobene Staats- oder Parteiämter innegehabt.³⁴ Die Mehrheit gehörte zu den Opfern des vergangenen Regimes. Heftige Diskussionen hatte es, neben Sachfragen, auch um den Namen der neuen Partei gegeben. Der Vorschlag von Hermes »Demokratische Union Deutschlands« war schließlich, allerdings nur mit dem Zusatz »Christlich«, akzeptiert worden.³⁵ Die Zufügung »Deutschlands« signa-

32 Vgl. Michael STEINBRECHER, *Die Wohnung von Andreas Hermes Platanenstraße 11*, in: *Die historische Stadt* (Geschichtslandschaft Berlin, 1), Berlin 1986, S. 81–85.

33 *Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*, bearb. v. Hans-Otto KLEINMANN, Düsseldorf 1995, S. 16. Dazu R.T. BAUS (wie Anm. 27), S. 83 f. (auch über die Namensgebung).

34 Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998, S. 32.

35 Wortlaut (als Faksimile-Druck) u. a. in: *Christliche Demokraten der ersten Stunde* (wie Anm. 4), vor S. 5. – Der bei den Programmberatungen beteiligte frühere Landrat Theodor Steltzer (1944/45 in Berlin inhaftiert) hat 1958 daran erinnert, dass Frau Hermes jeweils »das geistige Ergebnis unserer Betrachtungen niedergeschrieben hatte – persönlich mit der Schreibmaschine. Wir glaubten damals, unser Werk getan zu haben. Dann aber kam Frau Hermes wieder herein und sagte: ›Meine Herren! Hier sieht man es einmal wieder, was dabei heraus kommt, wenn keine Frauen dabei sind. Sie haben hier in Ihrem Entwurf geschrieben:‹ – ich zitiere aus dem Gedächtnis – ›Die CDU unterstützt die caritativen Verbände und alle Formen freier Liebestätigkeit. Wir sahen ein, dass das nicht ging.« In: *Andreas Hermes 80 Jahre* (wie Anm. 2), S. 64.

lisierte einen reichsweiten Führungsanspruch. Er wurde durch eine rasch errichtete »Reichsgeschäftsstelle« in der Jägerstraße – später Otto-Nuschke-Straße – und durch die Bildung von Aktionsausschüssen noch unterstrichen.

Die Unterzeichner bekannten sich – zum Teil mit »wörtlichen Anklängen an Formulierungen der Briefe, die Hermes in der Zuchthauszelle niedergeschrieben hatte«³⁶ – zur Demokratie und rechtsstaatlichen Verfassung. Sie forderten einen politisch-sozialen Neubeginn auf christlicher Grundlage, allerdings, was die Umsetzung betraf, mit bewusst mehrdeutigen Kompromissformeln.³⁷ Im Gründungsaufruf war die Rede von einem »Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte« und von einem notwendigen »Weg der Wiedergeburt«.³⁸ Der Begriff »Union« war glücklich gewählt. Er meinte eine »Überbrückung und Vereinigung nicht nur der Konfessionen, sondern auch überlieferter politischer Richtungen, sozialer Schichten und Generationen.«³⁹ »Christlich-demokratisch« wurde als ein »Begriffspaar empfunden, dessen Bestandteile einander widerspruchlos zugeordnet werden konnten.«⁴⁰

Bevor die Sowjets die CDUD genehmigten, musste sie sich zur Zusammenarbeit mit den drei anderen Parteien in einem »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« verpflichten. Hermes konnte nur noch verbale Korrekturen durchsetzen, auch die Gründung einer Liberal-demokratischen Partei nicht verhindern.

Nach der Genehmigung zur Parteigründung trat die CDUD am 22. Juli 1945, einem Sonntag, mit einer Kundgebung im Theater am Schiffbauerdamm, an die Öffentlichkeit. Auf der Einladung war vermerkt: »Für die Unterbringung von Fahrrädern wird gesorgt!«⁴¹ In seinem auch rhetorisch beeindruckenden Grundsatzreferat rechnete Andreas Hermes mit den Irrtümern der Vergangenheit ab, setzte neue Signale der Hoffnung für den Wiederaufbau und bekannte

36 Günter BUCHSTAB, *Andreas Hermes (1878–1964)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, hg. v. Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER, Bd. 6, Mainz 1994, S. 102–114, hier S. 109; Ebd., S. 271, ein Verzeichnis der Schriften von und der Literatur über Hermes.

37 M. WILDE (wie Anm. 34), S. 33.

38 Die Protokolle der Sitzungen des Berliner Gründungsausschusses von der 3. bis zur 16. Sitzung (19.7.1945–4.1.1946) sind gedruckt in: »Echte Idee der Union«, *Protokolle des Berliner Gründerkreises der CDU 1945. Eine Gabe der DDR-CDU an den ersten gemeinsamen Parteitag der CDU in Hamburg*, o. O., o. J. (Berlin 1990), S. 7–48.

39 Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*, Stuttgart 1969, S. 20.

40 Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950*, Mainz 1987, S. 182f.; DERS., *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46 – Motive der Gründung und parteipolitischer Standort*, in: *Geschichte der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Bewegungen in Deutschland*, hg. v. Günther RÜTHER, 2. Aufl., Bonn 1987, S. 333–360, hier S. 335.

41 Zitiert bei H.-O. KLEINMANN (wie Anm. 33), S. 26; R.T. BAUS (wie Anm. 27), S. 97.

sich zum deutschen Vaterland.⁴² Nach ihm sprachen noch neun Mitstreiter – teilweise, wie er, »Märtyrer der Demokratie« (Ernst Lemmer), darunter Jakob Kaiser. Sie untermauerten den Anspruch der Union als Volkspartei.⁴³ Am selben Tage erschien die erste Ausgabe ihrer Tageszeitung »Neue Zeit«. In den folgenden Wochen kümmerte sich Hermes zusätzlich um den Aufbau der CDUD in der SBZ.

VI.

Wegen seiner christlich-demokratischen Zielsetzungen geriet er jedoch bereits Anfang August in die Schusslinie der Sowjets – denen er übrigens selbstbewusst gegenübertrat – und ihrer Handlanger. Die Verlegung seines Ernährungsamts in den Ost-Sektor konnte er nicht verhindern, wohl aber mit Mühe die seines Wohnsitzes. Da er inzwischen die Eroberungstaktik der Kommunisten durchschaut hatte und die bereits begonnene Bodenreform unter kommunistischen Vorzeichen ablehnte,⁴⁴ wurde er Ende Juli aus dem Magistrat abberufen und konzentrierte sich nunmehr ganz auf den CDUD-Vorsitz in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone.

In dieser Eigenschaft reiste er am 31. Oktober – zusammen mit Heinrich Vockel, dem früheren Generalsekretär der Zentrumsparterie – in die Westzonen. Er hatte inzwischen von der für das »Unionsexperiment« bedrohlichen Gründung des neuen Zentrums in dessen früheren Kernlandschaften Westfalen und im Rheinland erfahren und suchte dessen Repräsentanten, vor allem Wilhelm Hamacher, für die Union zu gewinnen. Dieser Versuch scheiterte am 10. November in Düsseldorf.⁴⁵ Dafür gewann Hermes die Christlichen Demokraten

42 Druck: A. HERMES (wie Anm. 4), S. 285-298.

43 Dazu J.B. GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands*, Köln 1981, S. 27; R.T. BAUS (wie Anm. 27), S. 90.

44 Vgl. Peter HERMES, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945*, Saarbrücken 1963, passim. Vgl. auch Hermes' Position in den Sitzungen des Einheitsfront-Ausschusses bei Siegfried SUCKUT, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses*, Köln 1986.

45 Vgl. Josef HOFMANN, *Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947*, bearb. und eingel. v. Rudolf MORSEY, Mainz 1977, S. 160. Hermes schätzte die Chancen der neuen Zentrumsparterie negativ ein. Vgl. Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone*, Düsseldorf 1988, S. 176f.; M. WILDE (wie Anm. 34), S. 377. In einem Schreiben von »Aschermittwoch 1964« an Leo Schwing in Köln hat Heinrich Vockel (Berlin) mitgeteilt, dass er zusammen mit Hermes – im Anschluss an das Treffen in Düsseldorf – Adenauer in Rhöndorf besucht habe: »Adenauer war noch im politischen Bierverschiss [Verbot politischer Betätigung durch die britische Besatzungsmacht nach seiner Absetzung als Oberbürgermeister], so dass er ein politisches Gespräch in seiner Wohnung ablehnte und mit uns (durch eine Hecke) zu einem befreundeten Zahnarzt in der französischen Zone ging. Dort erzählte Hermes die Bemühungen wider das Zentrum

des Rheinlands für ein Interzonentreffen möglichst aller Landesverbände. Es sollte vom 14. bis zum 16. Dezember in Bad Godesberg stattfinden mit dem Ziel, eine »Reichspartei« zu bilden. Die Einladungen dazu verschickte Hermes am 21. November von Wiesbaden aus,⁴⁶ allerdings ohne das Wort »Reich«. Die Teilnehmer wurden gebeten, »auf alle Fälle sich auf eine gewisse Eigenverpflegung einzustellen«⁴⁷.

Für den 15. Dezember hatte der Berliner Initiator eine programmatische Rede angekündigt. Sie sollte die Reichspartei begründen, gleichzeitig aber auch seinen Anspruch auf deren Vorsitz anmelden. Dieses Vorhaben misslang. Zum einen standen die Teilnehmer noch unter dem Eindruck einer aufwühlenden Rede von Maria Sevenich aus Darmstadt, einer gebürtigen Kölnerin. Sie war der neue, mit ihren 38 Jahren damals noch junge Fixstern am Himmel der frühen Christdemokraten in den Westzonen.⁴⁸

Zum anderen fehlten am Rhein Hermes und seine mehr als 30 Berliner Delegierten, weil ihnen die Sowjets die Reiseerlaubnis verweigert hatten. Dabei lag die Zustimmung des britischen Oberbefehlshabers vor.⁴⁹ So trugen zwei Professoren, Ulrich Noack und Hans Peters, das Manuskript der Hermes-Rede abwechselnd vor – »wirkungslos«, wie Anna Hermes später beklagte.⁵⁰ Das aber lag weniger an dieser Art von Vor-Lesung als an deren Dauer; denn die dreistündige Rede entnervte auch gutwillige Zuhörer. Sie gab in der Tat, wie es auf Seite 32 des 90seitigen Manuskriptes hieß, eine »erschöpfende Antwort

– und über das politische Bild in Berlin.« Historisches Archiv der Stadt Köln, Nachlass L. Schwering, Abt. 1193/30.

- 46 Dort saßen er und Vockel eine Woche fest, da die amerikanische Militärmaschine, die sie nach Berlin zurückbringen sollte, wegen schlechter Witterung nicht starten konnte. Am 27.11.1945 bat Hermes den Organisator der Tagung, Maximilian H. Frhr. v. Gumpenberg in Düsseldorf, für ein »technisches Büro« mit »drei tüchtigen Sekretärinnen« sowie Schreib- und Vervielfältigungsmaschinen in Bad Godesberg zu sorgen (ACDP 01-090-016/1).
- 47 Kopie im Besitz des Verfassers. – Nach der Rückkehr von dieser Reise äußerte sich Hermes gegenüber Vertretern der britischen Besatzungsmacht in Berlin allzu optimistisch über die von ihm berichtete Anerkennung der Berliner CDU-Führung durch die Christdemokraten in der britischen Zone. Nach einem Bericht des politischen Beraters der britischen Militärregierung, Strang, vom 13.12.1945 an das Foreign Office. Vgl. Harald HURWITZ, *Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945*, Bd. 3, Köln 1984, S. 74.
- 48 Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der CDU*, Recklinghausen 1963, S. 156; J. HOFMANN (wie Anm. 45), S. 181; A. HERMES (wie Anm. 4), S. 223.
- 49 M. WILDE (wie Anm. 34), S. 143.
- 50 Wie Anm. 4, S. 218. Hermes hatte ein Exemplar seiner Rede bereits am 11.12.1945 an Oberpräsident Robert Lehr in Düsseldorf geschickt mit der Bitte, es in Godesberg eventuell durch seinen Freund Dr. Karl Müller (Bonn) vortragen zu lassen. Anschließend sollte die Rede im Rheinland gedruckt und von dort aus »in unseren Kreisen« verbreitet werden (ACDP 01-090-016/1).

auf alle Fragen nach unseren Wegen und Zielen«. ⁵¹ Nur fehlte in dieser quasi »Regierungserklärung« die zündende Parole.

Immerhin einigten sich die cirka 140 Delegierten auf den gemeinsamen Namen CDU, um »insbesondere die Verbundenheit mit unseren politischen Freunden im Osten« zu bekunden. In einer weiteren Entschließung wurde die Einheit Deutschlands betont, sodann verabredet, eine Zonenverbindungsstelle, aber in Frankfurt, zu errichten. ⁵² Das war ein Schlag gegen die Berliner Zentralisten, ein weiterer der Verzicht auf eine »Reichspartei«. Zudem verschwand, auf Intervention der Besatzungsmacht, der Zusatz »Deutschland« im Namen der Westzonen-Union. ⁵³

Hermes erfuhr das Ergebnis des Godesberger Treffens am 17. Dezember. Am selben Tage wurde er in Karlshorst von den Sowjets bedrängt, der von kommunistischen Vorstellungen bestimmten Bodenreform zuzustimmen. Für den Fall einer Unterwerfung stellten sie ihm die vorzeitige Rückkehr seines Sohnes Peter aus russischer Gefangenschaft in Aussicht. Der Unionspolitiker widerstand diesem Erpressungsversuch – im Gegensatz zu zwei führenden Liberaldemokraten. ⁵⁴

VII.

Zwei Tage später erhielt er die Quittung: Absetzung (zusammen mit Walther Schreiber) als Parteivorsitzender, nachdem er einen Rücktritt abgelehnt hatte. ⁵⁵ Bei seiner Ausschaltung scheint auch – und möglicherweise sogar ent-

51 Text: ACDP 01-090-114/2. Erheblich gekürzte Fassungen bei F. REICHARDT (wie Anm. 4), S. 455–473 und A. HERMES (wie Anm. 4), S. 219–222. Vgl. L. SCHWERING (wie Anm. 48), S. 161; J. HOFMANN (wie Anm. 45), S. 181; H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 178–181; M. WILDE (wie Anm. 34), S. 356–359, 380f.

52 *Erste Reichstagung der Christlich-Demokratischen Union in Bad Godesberg 14., 15. und 16. Dezember 1945* (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, H. 3), Köln 1946, S. 14. In diesem Heft sind nicht die Reden von Sevenich und Hermes veröffentlicht. Nur die Rede von Sevenich wurde 1946 publiziert, Recklinghausen.

53 H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 247. – In der Sitzung des Berliner Gründungsausschusses der CDU am 4.1.1946 referierte Hans Peters über die Godesberger Tagung, zu der »etwa 200 Personen« erschienen seien (in anderen Quellen ist eine Zahl von etwa 140 genannt). Es sei zum Ausdruck gekommen, »dass der Westen hinter der Berliner Führung steht. ... Es sei die Tendenz vorherrschend, sich auf die wichtigsten Gemeinsamkeiten zu beschränken, im übrigen den Verbänden tunlichste Freiheit zu lassen.« *Echte Idee der Union* (wie Anm. 38), S. 48.

54 Peter HERMES, *Geisel in Kriegsgefangenschaft*, in: *Die politische Meinung*, H. 310 (1995), S. 51–67; S. 62: »Tatsächlich war ich im Herbst 1945 in eine Art Geiselhaft genommen worden, um meinen Vater gefügig zu machen.« Ferner P. HERMES (wie Anm. 22), S. 127.

55 Vgl. die von Hermes und Schreiber unterzeichnete Darstellung über ihre Absetzung vom 20. Dezember 1945. Druck u. a.: W. CONZE (wie Anm. 38), S. 45–52; P. HERMES (wie Anm. 44), S. 86–93.

scheidend – die von Marshall Shukow als »eigenmächtig« kritisierte Reise von Hermes durch die Westzonen eine Rolle gespielt zu haben.⁵⁶ Auch Jakob Kaiser bekräftigte zwei Jahre später, dass es beim Ausscheiden der beiden Unionsvorsitzenden nicht allein um die »Frage der Bodenreform« gegangen sei: »Es war im Grunde ein Zusammenstoß zwischen dem eigenen Willen von uns und den Kräften von der anderen Seite. ... Vielleicht war Hermes dabei zu temperamentvoll.«⁵⁷

Die Entscheidung der Besatzungsmacht beendete abrupt – wie sich bald erweisen sollte – die grandios begonnene parteipolitische Tätigkeit von Andreas Hermes. Am 24. Dezember gelangte er, mit seiner Frau, in einer britischen Militärmaschine in die Westzonen. Von Godesberg aus hoffte er, erneut eine nationale Führungsrolle in der Union übernehmen zu können. In Berlin hinterließ er ein »Büro für Westkontakte«.⁵⁸

Im Rheinland erwuchs ihm jedoch ein unerwarteter Konkurrent: Konrad Adenauer, ebenfalls Zwangspensionär seiner Besatzungsmacht. Er begann noch im Januar 1946 seine parteipolitische Blitzkarriere zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone. Dabei scheute er nicht davor zurück, Hermes am 22. Januar 1946 in Herford, beim ersten Treffen des CDU-Zonenausschusses, durch einen Verfahrenstrick zu brüskieren.⁵⁹ Adenauer vertrat von Anfang an eine diametral entgegengesetzte politische Konzeption. Er ging von der faktischen Teilung Deutschlands und Europas und der tödlichen Bedrohung durch die Sowjetunion aus. In deren Konsequenz lehnte er es ab, eine von deren Einflussnahme abhängige »Reichsleitung der CDU« in Berlin anzuerkennen.

56 So M. WILDE (wie Anm. 34), S. 363. Diese Interpretation ist bisher nicht aufgegriffen worden.

57 Am 28. Dezember 1947. *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, bearb. v. Brigitte KAFF (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 17), Düsseldorf 1991, S. 153. Am 2.2.1946 waren Kaiser von den Sowjets Kontakte mit Hermes untersagt worden. Vgl. H. HURWITZ (wie Anm. 47), Bd. 4/2, Köln 1990, S. 780.

58 H. HURWITZ (wie Anm. 47), Bd. 1, Köln 1983, S. 311. Hermes hatte Kaiser und andere führende Politiker der SBZ-CDU nicht dafür gewinnen können, mit ihm im Westen neu anzufangen. M. WILDE (wie Anm. 34), S. 385.

59 Zu den Vorgängen bei dieser (ersten) Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone in Herford vgl. H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 197–201; M. WILDE (wie Anm. 34), S. 386. Dazu Adenauers Schreiben vom 25.1.1946 an Hermes; Druck: *Adenauer. Briefe 1945–1947*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 144. Am 13.5.1946 teilte Adenauer Maria Sevenich mit, dass er von Hermes in Godesberg »noch nichts gehört« habe. Am 26.5. hingegen konnte er hinzufügen, dass er mit Hermes »mehrere telefonische Besprechungen gehabt« habe; der Rekonvaleszent fahre nach längerem Krankenhausaufenthalt »morgen in Erholung, hoffentlich mit vollem Erfolge«. Ebd., S. 255. Am 6.7.1946 hieß es (wiederum an Sevenich), er, Adenauer, hoffe, dass sich Hermes vor seiner Rückkehr nach Godesberg »unverzüglich mit mir in Verbindung setzen wird«. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf [StBKAH], NL Adenauer 08.56.

Sorge bereitete ihm auch das von Hermes für Ende März 1946 in Heidelberg vorgesehene neue »Reichstreffen«.⁶⁰

In dieser unentschiedenen Situation wurde Hermes, ab Ende Januar 1946, durch eine lebensbedrohende Krankheit monatelang ausgeschaltet. Erst im Herbst begann er einen zweiten politischen Anlauf. Er hatte im Dezember 1945, aus den Mitteln der Berliner CDU, mit Zustimmung ihres Finanzausschusses, einen hohen Betrag (200.000 RM) mit nach Godesberg nehmen können, zum »Aufbau des Parteiapparates« in den Westzonen.⁶¹ Jakob Kaiser hingegen wollte die Gelder, die vom Union-Verlag in Berlin stammten, für eine »Förderung berufsständischer Organisationen der deutschen Bauernschaft« eingesetzt wissen.⁶²

Hermes verstand sich zunächst als eine Art »Verbindungsstelle West« der Berliner CDU und plante, sich mit dem Aufbau einer überzonalen Bauernorganisation zugleich eine »starke politische Machtbasis« zu schaffen.⁶³ Er drängte, wie Jakob Kaiser formulierte, in das »politische Feld zurück«.⁶⁴ Zu

60 So am 7.2.1946 an Oberbürgermeister Karl Scharnagl (München); H. P. MENSING (wie Anm. 59), S. 153.

61 Nach einer Mitteilung des Leiters des Union-Verlags in Berlin, Hermann Katzenberger, vom 28.11.1945 an Hermes; M. WILDE (wie Anm. 34), S. 134. In diesem Schreiben ist weiter erwähnt – was Wilde nicht mehr zitiert –, dass die Mittel auch für die »Schaffung von Presseorganisationen« in Form von Kopfblättern der Berliner *Neuen Zeit*, darunter in Köln, gedacht seien. Bereits am 8.9.1945 hatte Hermes einem Berliner Bekannten mitgeteilt, »dass wir bereits seit einigen Wochen vertraulich den Plan einer Unionszeitung in Köln erörtern« (ACDP 01-090-018/2). Am 8.10.1946 bestätigte der Finanzausschuss der Berliner CDU die Verwendung der ihm am 8.12.1945 bewilligten und Hermes übergebenen Mittel für die von ihm »in Angriff genommenen wirtschaftspolitischen Arbeiten«. Bei M. WILDE (wie Anm. 34), S. 135, der Hinweis, dass Hermes es später »unterlassen« habe, über die von ihm erwartete Verwendung der Gelder »Rechenschaft zu legen«.

62 Am 23.12.1946 an Adenauer; H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 264f. Aus einem Schreiben eines Mitarbeiters der CDUD-Geschäftsstelle in Berlin, Fritz Blauel, vom 7.3.1947 an Jakob Kaiser geht hervor, dass der neue CDU-Vorsitzende offensichtlich über die Verwendung dieser Mittel »nicht vollauf« informiert gewesen sei (BA Koblenz, NL Kaiser 129).

63 So in einem undatierten Vermerk von Ernst Lemmer nach einem Gespräch mit Hermes im Dezember 1946; H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 264. Am 14.1.1947 erinnerte Hermes Jakob Kaiser daran, dass die ihm »zur Verfügung gestellten Mittel« für »wirtschaftspolitische Aufgaben« verwendet werden sollten, auch für den Aufbau einer »berufsständischen Organisation des deutschen Bauernstandes« (BA Koblenz, NL Kaiser 129).

64 So in der Konferenz der Landesvorsitzenden der Union am 5./6.2.1947; B. KAFF (wie Anm. 57), S. 50. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Adenauer über die »Gelder«, die er, Kaiser, Hermes für den Aufbau einer »Bauerngenossenschaftsbewegung« zur Verfügung gestellt habe. Adenauer teilte mit, dass es ihm noch nicht gelungen sei, von Hermes eine Auskunft zu erhalten, »was er mit den Geldern macht«. EBD., S. 52. Kaiser hatte am 18.8.1946 Adenauer geschrieben, dass Hermes ohne sein Wissen Gelder, »die der CDU Berlin gehörten, in das britisch besetzte Gebiet gebracht« habe; Hermes könne keinesfalls irgend eine »Einrichtung treffen, ohne vorherige Verständigung mit der Leitung der britischen Zone«. H. HEITZER (wie Anm. 32), S. 263, Anm. 360.

seinen bald sechs Mitarbeitern in zwei Büros in Godesberg – darunter Johannes Hummel⁶⁵ als »Bauernsekretär«⁶⁶ – suchte er im Sommer 1946, und dann erneut zum Jahresende, allerdings vergeblich, auch Maria Sevenich für die politische Arbeit hinzuzugewinnen.⁶⁷ Er war entschlossen, so erklärte er Ernst Lemmer im Dezember, mit oder ohne Jakob Kaiser den Kampf gegen den CDU-Vorsitzenden der britischen Zone zu führen: »Adenauer ist ein unmöglicher Mann, ohne politischen Instinkt. Kurzum ein Oberbürgermeister.«⁶⁸

VIII.

Dieser »unmögliche Mann« verfolgte die Tätigkeit der Hermes-Büros in Godesberg mit zunehmendem Misstrauen.⁶⁹ So verschaffte er sich am 18. Dezember 1946 von seinem Zonenausschuss eine Entschliebung, nach der Hermes Auskunft über die Herkunft seiner »Geldmittel in erheblichem Umfang« und deren Zweck geben sollte. Der entsprechend Befragte vertröstete Adenauer jedoch auf ein Treffen,⁷⁰ das dann nicht zustande kam. Allerdings stellte

65 Er war später Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes in Bonn.

66 So in dem in Anm. 62 zitierten Schreiben (BA Koblenz, NL Kaiser 129). Dieser Punkt ist bei H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 264, nicht erwähnt.

67 Das geht aus einem Schreiben Sevenichs vom 14.12.1946 an Hermes hervor. Danach sollte Frau Sevenich in der von Hermes »geschaffenen Verbindungsstelle« mitarbeiten. In diesem Schreiben erläuterte sie ihren politischen Standpunkt – gegen den »Vormachtanspruch« der Berliner CDU – und erklärte ihre »völlige Solidarität« mit den Vorstellungen Adenauers. Abschrift in: StBKAH (wie Anm. 59), NL Adenauer 08.56. In dem in Anm. 63 zitierten Vermerk Lemmers war schließlich noch von einem »Verbindungsmann zu den Gewerkschaften« die Rede.

68 H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 264. – Am 11./12.1.1947 drängte Hermes – gegenüber dem Berliner Geschäftsführer der CDUD, Vockel, der ihn in Godesberg besucht hatte – auf eine Einigung mit Kaiser; andernfalls würde er »politisch nicht mehr aktiv werden«. EBD., S. 269.

69 Am 15.12.1946 erkundigte sich Adenauer beim Godesberger Bürgermeister Zander, »was Herr Hermes jetzt dort vorbereitet?« Es interessiere ihn, »darüber etwas zu hören, ob er ein größeres Büro einrichtet, wie viel Herrn er mitbringt, was er beabsichtigt«. Am 29.12.1946 ergänzte Adenauer, er habe »zuverlässig gehört«, dass Kaiser und Lemmer Hermes »dringend von einer Verfolgung seiner Pläne abgeraten« hätten; im übrigen werde der Zonenausschuss der CDU es nicht dulden, »dass ohne Unterstellung unter ihn jemand ein wirtschaftspolitisches Büro der CDU in der britischen Zone aufmacht«. In seiner Antwort vom 21.2.1947 teilte Zander mit, dass Hermes »bis jetzt« in Godesberg zwei Büros »für die Organisation der Bauernvereine eingerichtet« habe, eines davon in seinem Haus in der Uhlandstraße 16, das andere in Mehlem, jeweils besetzt »mit einem Herrn und zwei weiblichen Angestellten« (StBKAH, NL Adenauer 08.56).

70 *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949*, bearb. v. Helmut PÜTZ, Bonn 1975, S. 237. Daraufhin erbat Adenauer am 4.1.1947 eine Auskunft von Hermes (StBKAH, NL Adenauer 08.56); vgl. H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 262f. Am 4.1.1947 erklärte sich Hermes gegenüber Adenauer bereit, eine »Klarstellung vor dem gesamten Zonenausschuss« vorzunehmen, und ergänzte, es träfe nicht zu, dass er »mit Mitteln von Berlin« Adenauers »Aufgabenerfüllung in der Union zu stören ver-

Hermes nunmehr, zumal sich auch Jakob Kaiser spürbar distanzierte, in realistischer Einsicht der Machtverhältnisse, seine parteipolitische Aktivität ein. Statt dessen forcierte er mit Erfolg die noch in Berlin begonnene Bildung einer interzonalen »Arbeitsgemeinschaft der deutschen Bauernverbände« – als Vorläufer des Deutschen Bauernverbands – und die Wiedergründung des Raiffeisenverbands, aber auch, im November 1946, die einer »Arbeitsgemeinschaft der heimatvertriebenen Landwirte«.⁷¹

Im Februar 1947 lehnte Hermes »wegen Arbeitsüberlastung« ein durch Karl Müller (Bonn) vermitteltes Angebot Adenauers ab, bei der Wahl zum ersten Landtag von Nordrhein-Westfalen im April 1947 zu kandidieren, bedankte sich jedoch für das ihm »geschenkte Vertrauen«.⁷² Im Juni aber wählte die Landtagsfraktion der CDU in Nordrhein-Westfalen, die Adenauer leitete, im Rahmen ihres Kontingents auch Hermes in den neuerrichteten Zweizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt. Dort zählte er zur Minderheit der Unionsparlamentarier, die sich am 21. Juli 1947 dagegen aussprachen, dass die Union den Posten des »Direktors in der Wirtschaft« übernehme: »Die Auswirkungen der Verantwortung seien zu groß.«⁷³

Im Wirtschaftsrat leitete Hermes den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Seine Devise, »Der beste Verbraucherschutz ist eine kontinuierliche Förderung der Produktion«, begründete er mit seinen »eigenen Erfahrungen als Landwirtschafts- und Ernährungsminister«.⁷⁴ Im Februar 1948 stimmte er mit seiner Fraktion dafür, die Verantwortung für das neugeschaffene Amt des Oberdirektors der Bizone zu übernehmen,⁷⁵ in das Hermann Pünder gewählt wurde. Am 21. Oktober 1950 gedachte Adenauer aus Goslar, wo die CDU sich soeben zu einer »gesamtdeutschen Organisation« zusammenge-

suche«. In seiner ausführlichen Antwort vom 13.1.1947 verteidigte Adenauer seine Haltung, die er im Zonenausschuss am 18./19.12. des Vorjahres eingenommen hatte, und erinnerte Hermes daran, dass er ihn, trotz einer entsprechenden Zusage, nach seiner Rückkehr aus Berlin »nicht mehr aufgesucht« habe (StBKAH, NL Adenauer 08.56). Dazu vgl. die in Anm. 64 erwähnte Auseinandersetzung Adenauers mit Kaiser. In diesem Zusammenhang gab Theodor Steltzer als seinen Eindruck wieder, dass Hermes »Besprechungen ausweicht«. S. 49.

71 F. REICHARDT (wie Anm. 4), S. 240 f.; H. HEITZER (wie Anm. 45), S. 264, 269; B. KAFF (wie Anm. 57), S. 52, Anm. 7.

72 ACDP 01-090-018/2.

73 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949*, bearb. v. Rainer SALZMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 13), Düsseldorf 1988, S. 44.

74 2.12.1948. EBD., S. 309. Der gerade nach fünfzehnjähriger Emigration zurückgekehrte frühere Reichskanzler Joseph Wirth schrieb am 26.11.1948 an einen Bekannten: »Für mich ist Adenauer der Reaktionär. Dazu kommt Dr. Hermes, um das Maß voll zu machen.« Zitiert bei Josef BECKER, *Partei Gründungen im deutschen Südwesten*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 110 (1962), S. 199, Anm. 7.

75 23.2.1948; R. SALZMANN (wie Anm. 73), S. 139.

schlossen hatte, in einem Telegramm an Hermes dessen »besonderer Verdienste um die Gründung unserer Partei«. ⁷⁶

Die letzten 15 Jahre seines Lebens verbrachte Andreas Hermes, souverän und selbstbewusst wie eh und je, in der Hauptstadt der zweiten deutschen Demokratie, der als Provisorium begonnenen Bundesrepublik. Deren Konstituierung hielt Hermes allerdings für eine »Fehlentwicklung«. ⁷⁷ Gleichwohl gelangte er in dieser Zeit auf den Höhepunkt seiner agrarpolitischen Wirksamkeit: als Präsident des Deutschen Bauernverbands (1947–1954) und des Deutschen Raiffeisenverbands (1946–1961). Davon wird anschließend die Rede sein. ⁷⁸ Hermes selbst blieb weiterhin ohne landwirtschaftlichen Besitz, ein Agrarpolitiker ohne Ar und Halm. ⁷⁹

IX.

Bei aller Machtfülle behielt er Distanz zu Bundeskanzler Adenauer. In dessen Kabinett als Landwirtschaftsminister einzutreten, lehnte er ab. Darauf war das entsprechende Angebot vom 18. September 1949 ohnehin nicht angelegt ⁸⁰; denn es enthielt Kritik an Hermes' »Verbundenheit mit dem Nadolny-Kreis«, der »Gesellschaft zur Wiedervereinigung Deutschlands«. ⁸¹

Dieses Deutschland aber sollte, nach Weimarer Vorbild, eine Mittel- und Mittlerfunktion zwischen Ost und West einnehmen, eine Konzeption, die Adenauer als »Schaukelpolitik« ablehnte. Mit seiner angesichts des Kalten Krieges unrealistischen Brückentheorie geriet Hermes in eine politische Isolation, gab auch 1952 den Vorsitz der »Gesellschaft für die Wiedervereinigung« ab. Er

⁷⁶ ACDP 01-090-018/3.

⁷⁷ A. HERMES (wie Anm. 4), S. 257.

⁷⁸ Im Anschluss an mein Referat in Berlin sprachen der Präsident des Deutschen Bauernverbandes e.V., Gerd Sonnleitner, und der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., Manfred Nüssler. – Dazu vgl. Antonius JOHN, *Andreas Hermes und der Deutsche Bauernverband*, Hennef 1978.

⁷⁹ Friedrich STEDING, *Agrarpolitik zwischen Zwang und Freiheit. Ein Erlebnisbericht*, Prien am Chiemsee 1975, S. 45, ergänzt um den Hinweis, dass das Landhaus in Krälingen, in dem Hermes gestorben ist, ihm vom Raiffeisenverband nach seinem Ausscheiden (1968) »übergeben« worden, aber nicht mit Landwirtschaft verbunden gewesen sei.

⁸⁰ *Adenauer. Briefe 1949–1951*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 108; Hermes' Antwort vom folgenden Tage bei A. HERMES (wie Anm. 4), S. 258. Ein erneutes Angebot des Bundeskanzlers vom Februar 1951, von Otto Lenz vermittelt, lehnte Hermes ebenfalls ab, »freute sich aber, dass er [Adenauer] nun seine Ansicht geändert habe«. Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Otto Lenz 1951–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 11), Düsseldorf 1989, S. 46.

⁸¹ Über den »Nadolny-Kreis« hatte sich Adenauer bereits am 19.3.1949 im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Unionsparteien kritisch geäußert; B. KAFF (wie Anm. 57), S. 413. Vgl. A. HERMES (wie Anm. 4), S. 259ff.; Rudolf NADOLNY, *Mein Leben. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches*, Köln 1985, S. 349–356.

blieb aber weiterhin skeptisch gegenüber der Westintegrationspolitik, gemäß seiner Devise: »Vor einem einigen Europa ein wiedervereinigtes Deutschland.«⁸² So zählte Hermes nicht zu den Vorkämpfern der integrierten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als einer nur kleineuropäischen Institution.⁸³

Theodor Sonnemann, sein Nachfolger im Amt des Präsidenten des Raiffeisenverbands, hat später berichtet, dass Hermes den Bundeskanzler gemieden habe: »Wo er nur konnte, nahm [er] keine offiziellen Einladungen an und suchte ihn nur auf, wenn es nicht zu vermeiden war – durchaus zum Nachteil der Sachinteressen, die er gegenüber dem Regierungschef zu vertreten hatte. Auf der anderen Seite ließ Adenauer es sich angelegen sein, Hermes seine politische Niederlage nicht fühlen zu lassen. Er begegnete seinem unterlegenen Gegenspieler mit betontem Respekt.«⁸⁴

So auch 1958, bei der Feier von Hermes 80. Geburtstag in Bonn. Hier waren die Spitzen der Bundesrepublik Deutschland ebenso geschlossen zur Stelle wie die der nationalen und internationalen Landwirtschaftsverbände. Adenauer nahm nach Bundespräsident Heuss das Wort, als vierter von insgesamt zwölf Rednern – die außer ihm den Jubilar nahezu ausnahmslos als »Herr Reichsminister« titulierten. Dabei dankte ihm der Bundeskanzler für alles, was er »in vielen Jahrzehnten für das deutsche Volk getan« und auch »für das, was Sie als Kämpfer und Märtyrer für Freiheit und Christentum getan und gelitten haben.«⁸⁵ Das war ein zwar schlicht formuliertes, aber hohes und zutreffendes Lob. Am Abend desselben Tages, bei einer zweiten Geburtstagsfeier in Godesberg, bekannte Andreas Hermes in seinem Dankeswort: »Es ist nicht allein der Europäer, der zu Ihnen spricht. Ich würde kein guter Europäer sein, wenn ich vergessen würde, dass ich ein Deutscher bin.«⁸⁶

Dieser deutsche Europäer hat einen langen »Arbeits- und Opferweg« – wie Adenauer bereits 1955 anerkannt hatte⁸⁷ – durchschritten und durchlitten. Als ein christlicher Demokrat der ersten Stunde hat er die schmerzlichen geschicht-

82 In seiner Ansprache von 1956 zur Feier der zehnjährigen Wiederkehr der Gründung des Deutschen Bauernverbandes; A. HERMES (wie Anm. 4), S. 276.

83 F. STEDING (wie Anm. 79), S. 32.

84 *Adenauer und die Bauern*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit*, hg. v. Dieter BLUMENWITZ u. a., Bd. 1: *Beiträge der Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 260–269, hier S. 268.

85 *Andreas Hermes 80 Jahre* (wie Anm. 2), S. 27. Bereits am 2.2.1961, nach der Wahl von Hermes zum Ehrenpräsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, hatte Adenauer seinem Glückwunsch angefügt: »Hierbei gedenke ich zugleich Ihrer tapferen und unbeugsamen Haltung während der Zeit des Nationalsozialismus und Ihres harten Widerstandes, den Sie der Zerstörung der deutschen Landwirtschaft in der Sowjetzone von Anbeginn entgegengesetzt haben.« *Adenauer. Briefe 1955–1957*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1995, S. 419, Anm. 3.

86 *Andreas Hermes 80 Jahre* (wie Anm. 2), S. 67.

87 In seinem Dank vom 22.10.1955 an Hermes für die Übersendung der Hermes-Biographie von F. Reichardt; H. P. MENSING (wie Anm. 85), S. 78.

lichen Erfahrungen seiner Generation verarbeitet und daraus politische Lehren gezogen. In deren Konsequenz hat Andreas Hermes entscheidend dazu beigetragen, »unserem politischen Leben« – wie er sich das am 8. August 1945 in Berlin vorgenommen hatte – einen »neuen Inhalt« zu geben. Dazu gehörte das Bekenntnis zum C im Namen der neuen Union genauso wie das zu einem entscheidend von ihr mitgestalteten neuen, ungeteilten Deutschland.

Adenauers Botschafter in Kairo: Die geheime Friedensvermittlung Ägypten–Israel 1953

Von Wolfgang G. Schwanitz

Bekleidet mit Cutaway und Zylinder schritt Dr. Günther Pawelke unter den Klängen des Deutschlandliedes Ägyptens Ehrengarde ab. Sieben Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten in seiner Heimat »vier Mächte« das Sagen. Deutschland war geteilt und nicht souverän. Es musste daher diesen Gesandten recht unerwartet treffen, als ihm in Kairo zwei Rollen für eine Vermittlung zum Frieden in Nahost zufielen. Aber erst heute, fünfzig Jahre danach, können wir die historischen Einzelheiten aufzeigen.¹ Denn das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes hat die hochgeheimen Akten kürzlich offen gelegt.

Nahost-Historikern ist der Tatbestand nicht unbekannt, womit kurz die Quellenlage vorgestellt wird. Im Jahr 1993 las ich im Politischen Archiv einen Vermerk Dr. Theodor Kordts für Staatssekretär Walter Hallstein vom Ende Juli 1953. Dort hieß es auch: »Es sei daran erinnert, daß Botschafter Pawelke im April von Abdel Nasser um Sondierung eines Friedensschlusses mit Israel ersucht wurde. Die Aktion ist im Sande verlaufen.« In Klammern folgten die Nummern von sechs weiterhin klassifizierten Geheimberichten.² Seither gab ich diesen erstaunlichen Fakt in der Literatur bekannt.³ Aber diese Berichte selbst blieben gesperrt.

Ein halbes Jahr bevor neue Aktenbände zur Auswärtigen Politik ediert wurden, ist der fragliche Gesamtvorgang endlich deklassifiziert worden. Nachdem ich ihn publiziert hatte, entspann sich ein internationaler Disput, auf den ich hier abschließend eingehen und mithin den Forschungsbedarf umreißen möch-

-
- 1 Meine Übersicht zu 50 Jahren: »Gharbi, Sharqi, Ittihadi«: Zur Geschichte deutsch-ägyptischer Beziehungen 1945–1995: <http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/naherosten/ae-gypten.htm>.
 - 2 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (ParchAA), III-430, Vermerk, 15658/53, Bonn 31.07.1953, gez. Kordt [Stempel: »Hat M.D. Blankenhorn vorgelegen«; die sechs Geheimberichte haben folgende Bezeichnungen: »geheim III 206g, 232g, 233g, 275g, 277g, 278g«.
 - 3 Wolfgang G. SCHWANITZ, *125 Jahre Sueskanal. Ein Beispiel der regionalhistorischen Komparatistik*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Berlin 23 (1995), S. 397–414; DERS., *Deutsche in Nahost 1946–1965*. Frankfurt/M. 1998, Bde. I, II; DERS. (Hg.), *125 Jahre Sueskanal*. Hildesheim 1998, S. 221; W. SCHWANITZ/Wagih ATIQ (Hg.), *Egypt and Germany in the 19th and 20th century as reflected in archives*. Cairo 1998, S. 158–215.

te. Dabei zeigt sich, wie wenig gesichertes Wissen es um einige wesentliche Vorgänge in der Geschichte der deutschen Nahostbeziehungen gibt.

Hier bildete das Jahr 1953 eine Doppelzäsur: Zum einen vermochte Bonn seine Beziehungen zu den Ländern in Nahost zu normalisieren, die diese zu- meist 1939 abgebrochen und 1945 in den Kriegszustand überführt hatten. Zum anderen tauchten erstmals zwei deutsche Gesandte in den Metropolen des Na- hen Orients auf; diese west- und ostdeutschen Vertreter verkörperten neue Fronten des heraufziehenden Kalten Krieges. Vor diesem Hintergrund sollen hier die Problemlage, der historische Vorgang, seine damaligen Auswirkungen und abschließend die aktuelle Forschungslage dargestellt werden.

»Zweierlei« Deutsche, Wiedergutmachung und Hochdamm

Mitte Oktober 1952 übergab Dr. Pawelke dem zeitweiligen Regenten Abd al-Munim das Beglaubigungsschreiben, denn König Faruq weilte seit Juli nicht mehr im Land, hatte ihn doch das Militär nach einem Umsturz abgesetzt. Wie würde nun General Nagib, der Senior der Freien Offiziere, den Deutschen auf- nehmen? Dr. Pawelke besuchte ihn nach der Beglaubigung. Zunächst umgin- gen die beiden noch die strittigen Punkte. Im Folgetreffen aber sprach Premier Nagib das Abkommen zur Wiedergutmachung mit Israel an. Demnach hatten die Ägypter nichts gegen das Prinzip der Entschädigung, aber sie befürchteten in der konkreten Ausführung gegenüber dem Staat Israel eine Stärkung ihres regionalen Rivalen.

Da es keine Einigung gab, drohte Kairo Bonn einen panarabischen Boykott an. Nun rief Konrad Adenauer Dr. Pawelke zur Berichterstattung heim. Der Kanzler reagierte auf die Drohung mit Bemühungen um einen deutsch-arabi- schen Dialog und mit einer Wirtschaftsdelegation unter Staatssekretär Ludger Westrick. Ihr trug Premier Nagib im Februar 1953 an, das nationale Großpro- jekt, den Hochdamm von Assuan, anzugehen. Dies Vorhaben beschäftigte Dr. Pawelke maßgeblich, zumal es zur Prestigefrage im Tauziehen um Paktfreie zwischen dem Westen und dem Ostblock aufrückte.

Als die Ägypter sahen, Adenauer und sein Gesandter seien nicht einmal mit der Drohung eines panarabischen Boykotts von jenem Abkommen mit Is- rael abzubringen, suchten sie andere Wege. Zunächst verzögerten sie aus Pro- test ein Jahr lang die Entsendung ihres Botschafters nach Bonn. Dann bemerk- ten sie, dass man dort empfindlich reagierte, wenn es um ägyptische Kontakte zu Ostberlin ging. Die deutsche Nationalfrage, wie die Ägypter sie auffassten, nämlich »Zwei deutsche Nationen oder Wiedervereinigung?«, wurde zu ihrem hauptsächlichen Druckmittel gegen Bonn.

Da die deutsche Regierung unbeirrt das Abkommen über Wiedergutmachung mit Israel und der Jewish Claims Conference einging, signalisierte Kairo rasch gegenüber Ostberlin, einen Handelsvertrag abschließen zu wollen. Wäh-

rend Dr. Pawelke noch seinen Stab im Hotel Semiramis einrichtete, reiste Fritz Koch aus Ostberlin an den Nil, um diesen Vertrag vorzubereiten. Als er wenig später Nahostbevollmächtigter seiner Regierung wurde, gab es seit der Jahreswende 1952/1953 zweierlei Deutsche in Ägypten. Diese veranschaulichten neue Fronten im Herzen Europas. Keineswegs zufällig ging Fritz Koch den Handelsvertrag in Kairo im März 1953 ein, im gleichen Monat also, in dem Bonn auch das Israelabkommen ratifizierte.

Seither residierte neben dem Botschafter Pawelke der Ostberliner Handelsrat Kurt Enkelmann in Kairo. Dies war für alle Seiten gewöhnungsbedürftig. Zunächst vor allem für die ägyptische Post, deren Boten die beiden deutschen Seiten zu verwechseln pflegten. Unbesehen gingen sowjetische Einladungen für ostdeutsche Außenhändler an die Bonner Vertreter in Kairo. Hingegen sagten Ägypter auch Rückantworten für die ostdeutschen Empfänge bei der bundesdeutschen Botschaft ab (beide Seiten pflegten Kopien solcher Unterlagen nach Moskau bzw. Washington zu senden, weshalb in den dortigen Archiven entsprechende Sammlungen sind). Das sollte sich im Zuge des Schaukelkurses zwischen West und Ost ändern, der die ägyptische Gunst mit Blick auf die Bonner Israelpolitik mehr ostwärts verlagerte. Die Deutschen wiederum begannen, sich im Al-Gazira Sport-Club, im Groppi Café oder im schweizerisch-deutschen Buchladen Lehnert und Landrock zu begegnen, wo Bayern und Sachsen unüberhörbar waren. Bald gab es Auflagen, die Kontakte mit »den Anderen« unerwünscht werden ließen.

Ob gedrängt, gelockt oder aus Eigeninteresse, Ägypten behielt seinen Opportunitätskurs zwischen West und Ost bei und suchte dabei seine Vorteile. Politisch erfuhren die Ägypter von West- oder Ostdeutschen, wie die Weltmächte auf bestimmte Probleme reagierten, zumal der Amtswechsel von Harry S. Truman zu Dwight D. Eisenhower bzw. von Joseph Stalin zu Nikita S. Chruschtschow in diesem Zeitraum stattfand.

Auch bei Wirtschaftsprojekten spielten die Ägypter ab und an die deutschen Seiten gegeneinander aus. Manchmal erlaubten sie den Ostdeutschen etwas, was sie den Westdeutschen verwehrten, und umgekehrt: eine Industriemesse oder ein Filmfestival. Damit versuchten sie, ihren jeweiligen Haltungen Ausdruck zu verleihen. Auch die Deutschen entdeckten ihre Hebel. Walter Hallstein war erbost, dass Kairo gleichzeitig eine Delegation aus dem deutschen Osten und Westen eingeladen hatte: Pawelke und Westrick sollten sofort General Nagib informieren, dass die Bundesregierung dies als völlig neue Lage betrachte. Der Staatssekretär bat zudem in seinem Telegramm, Muhammad Nagib »als von Ihnen kommend« vorzutragen: Allein ein sofortiger Abschluss eines Abkommens auf der Basis der [west-]deutschen Vorschläge könne Schlimmeres verhüten. Abgesehen von dieser Drohung, offenbarte sich zugleich ein neues Kräfte-Viereck mit den Achsen Ostberlin–Kairo und Bonn–Westjerusalem.

Bonn begann nun, mit dem Abbruch von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gegenüber den Ländern zu drohen, die sich mit Ostberlin einließen. Der »doppelte« deutsche Anspruch auf rechtmäßige auswärtige Vertretung und die später sogenannte Hallstein-Doktrin prägten den Kalten Krieg unter den deutschen Vertretern im Ausland. Daraufhin reagierten nicht wenige Paktfreie gegenüber der deutschen Nationalfrage mit einem Kurs der politischen Opportunität, je nach dem, welche deutsche Seite bei ihnen gerade politische Konjunktur hatte, und was die andere Seite dagegen ökonomisch und militärisch anbieten konnte.⁴

Dies wirkte sich auf das Hauptprojekt, den Hochdamm von Assuan aus. Zunächst trugen Ägypter dieses Vorhaben den Westdeutschen an. Als aber Streitigkeiten um die Finanzen aufkamen, zogen sie den Ostblock hinein, der damit im Nahen Osten »einen Fuß in die Tür bekam«. Ostberlins Außenhandelsminister Heinrich Rau, der mehrfach in Kairo weilte, erklärte auch dem Kreml die volle Tragweite des Staudammprojekts. Demnach wollten die Ägypter mit dem Bauprojekt mehrere Zielsetzungen zugleich verwirklichen: Wie sie es sahen, würde dieser Damm den Nil bändigen und Hungersnöte abwenden, seine Fluten würden Wüsten bewässern und die Ernährungslage des rasch wachsenden Volkes verbessern, seine Elektrizität würde dem industriellen Aufbau dienen und Arbeit schaffen. Als Washington sehr kurzsichtig, wie es Konrad Adenauer einmal einschätzte, die bereits zugesagte Finanzierung der Gelder jedoch ablehnte, nationalisierte Kairo kurzerhand die Suezkanalfirma, um Einnahmen für den Dammbau zu erhalten, worauf Großbritannien, Frankreich und Israel gegen Ägypten Krieg führten. Moskau übernahm danach den Bau des Staudammes.

Aber der Kreml eroberte auch einen anderen Kernbereich, in dem wiederum, wie beim Assuan-Projekt, Ostdeutsche eine Rolle spielten. Die ägyptische Regierung hatte begonnen, die Gegensätze in der sich nach Militärpaktens aufspaltenden Welt auszunutzen. Je mehr sich ihre Probleme mit dem Westen anhäuften, um so stärker ging sie auf den Ostblock zu. Eine Delegation unter General Hasan F. Ragab erkundete schon am Jahresende 1953 auf einer Rundreise in Osteuropa Wege, alternative Lieferanten für Waffen, *asliha*, zu finden. Die Militärs besuchten Ostberlin und zuvor Prag, woher zwei Jahre später einschlägige Lieferungen mit Rückendeckung der UdSSR kamen. Relativ früh hatten diese Offiziere also militärische Beziehungen zu den Ostdeutschen angebahnt. Wie zu zeigen ist, kamen aus dem Westen Berater und aus dem Osten Waffen, was Ägypten später noch zugunsten des Ostblocks korrigieren sollte.

4 Werner KILIAN, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973*, Berlin 2001.

Geheimanfrage an Pawelke am Nil und Adenauers Staatsbesuch in Amerika

Trotz dieses widrigen Klimas in Kairo, wo sich konträre deutsche Beziehungen im Lichte des Kalten Krieges und des arabisch-israelischen Konfliktes anbahnten, gelang es Dr. Pawelke, ein gutes Verhältnis sowohl zu Muhammad Nagib als auch zu dessen Rivalen herzustellen, zu Abd an-Nasir als »Nummer zwei« der Offiziere. Es war daher nicht ungewöhnlich, dass der Botschafter eines Abends in das Haus seines designierten Amtskollegen für Amerika eingeladen wurde, um mit Abd an-Nasir über Wirtschaftshilfe zu beraten. Aber dies entpuppte sich als Vorwand.

Alles drehte sich um die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit Israel an jenem 4. April 1953. Von Abd an-Nasir ging dabei ein bemerkenswertes Ersuchen an Dr. Pawelke. Der Botschafter berichtete darüber in einem Kabel, das Konrad Adenauer nach New York weitergeleitet wurde, wo Amerika den Bundeskanzler und sein Land erstmals in der freien Welt begrüßte. Pawelke kabelte ihm die Kernfrage so: »Ich wurde gebeten, in diskreter Weise festzustellen, ob Israel geneigt sei, Bedingungen vorzuschlagen, die eine Aufnahme von Friedensverhandlungen zu gegebener Zeit erfolgversprechend erscheinen lassen.« Dabei hätte man auf Seiten der Ägypter betont, dass der Zeitpunkt für die offiziellen Verhandlungen noch nicht da sei. Äußerste Geheimhaltung der Sondierung sei die Voraussetzung für einen möglichen Erfolg (Dokument 1).⁵

Ein unbekanntes Blatt der Geschichte. Erst heute kann geklärt werden, wie dieses erste ägyptische Ersuchen um eine westdeutsche Vermittlung in Nahost behandelt worden war, dem ein zweites Vermittlungersuchen folgte. Ging es in einem Fall um den Frieden zwischen Ägypten und Israel, so im anderen um den Frieden zwischen London und Kairo beim Abzug des Militärs aus der Suezkanalzone. Warum war gerade der Westdeutsche so gefragt? Wie sahen dies der Kanzler, zugleich Außenminister, und seine Beamten? Wie nahmen dies andere Seiten auf, etwa palästinensisch-muslimische Würdenträger, Israelis, Amerikaner und Briten?

Zunächst einige Hinweise zur Biographie Pawelkes. Geboren an der Jahrhundertwende im oberschlesischen Pawlowitz, war Günther Pawelke bis 1917 Kadett. Im Jahr darauf wurde er Flugschüler mit Fronterfahrung in Frankreich. Bis 1924 studierte er Recht in Breslau und wurde zum »Dr. jur.« promoviert. Zwei Jahre lang besuchte er die School of Foreign Service der Georgetown University, ein halbes Jahr das Pariser Institut des Hautes Etudes Internationales. Er lernte außerdem Italienisch und Arabisch, wobei er in der orientalischen Sprache keine Sprechfertigkeiten entwickelt hat. Als Attaché trat er 1927

5 ParchAA, B130, Bd. 4677a: Alle weiteren Zitate und Angaben stammen aus diesem VS-Band.

in den auswärtigen Dienst ein, zuerst in die Pressestelle der Reichsregierung und im folgenden Jahr in die Politische Abteilung des Auswärtigen Amts. In den 30er Jahren war er in Kowno Leiter der Handelsabteilung, in Bagdad Legationssekretär, Referatsleiter in Berlin und Konsul in Madras. Er war ein Katholik. Den Beitritt zur NSDAP lehnte er mehrfach ab. Im Krieg diente er als Pilot und flog im Kampfgeschwader Boelcke Einsätze gegen London. Im Sonderverband Werner Junck wurde er 1941 »vor den Augen des Gesandten Grobba« über Bagdad abgeschossen: Iraker verwechselten seine deutsche mit einer britischen Maschine. Kriegsverwendungsfähig war er danach nicht mehr.

Zwei Jahre nach Kriegsende entstanden in der Bizone erste Listen mit Namen von 574 Beamten für eine mögliche auswärtige Verwendung. Liste I enthielt unter anderem 57 Namen mit Orientbezug, die entweder aufgrund der Dienstzeit im Orient oder aufgrund der Stellung im Auswärtigen Amt berücksichtigt waren. Neben Pawelke standen darauf Herbert Blankenhorn, Dr. Theodor Kordt, Dr. Kurt Munzel und Dr. Hermann Voigt, die späterhin das fragile ägyptische Friedensersuchen handhaben sollten. Mitte 1950 trat Dr. Pawelke in die Vorläuferbehörde des noch zu gründenden Auswärtigen Amts ein, wo er Fachleute für Wirtschaftsfragen auswählte. Im folgenden Frühjahr hatte ihn Konrad Adenauer als Botschafter für Ägypten ausersehen, wo er aber erst anderthalb Jahre später eintraf, denn Bonn nahm auf Querelen zwischen London und Kairo Rücksicht.

Wie gezeigt, fand Dr. Pawelke verschiedene Probleme vor. Zum einen das neue Kräfte-Viereck zwischen Kairo und Ostberlin sowie Bonn und Westjerusalem, zum anderen zweierlei Gruppen ehemaliger deutscher Militärs, die Ägyptens Armee berieten. Dies war ein Fazit Kairos aus dem verlorenen Krieg gegen Israel. Aber nicht nur deshalb lief Israels Presse Sturm. Blätter wie »Emeth« und »Journal de Jerusalem« meinten, Dr. Pawelke steuere den arabischen Widerstand gegen das Abkommen über Restitution mit Israel. Sie behaupteten sogar, er wäre ein Nazi-Diplomat. Dass dies nicht einmal für seine Bagdader Zeit stimmte, in der er als Chef der Mission acht Monate Dr. Fritz Grobba vertrat, ermittelten Amerikaner sogleich aus den Akten des Berlin Document Centers: Pawelke avancierte im Auswärtigen Amt nicht, da er sich nie zu den Prinzipien der Nazis bekannt habe.

Unter diesen Begleitumständen kabelte der Gesandte also am 4. April 1953, er solle erkunden, ob Israel bereit sei, Bedingungen vorzuschlagen, die einen Beginn von Friedensverhandlungen zur gegebenen Zeit erfolgreich erscheinen lassen würden. War das ernst gemeint oder war das ein ägyptisches Störmanöver gegen die jungen Beziehungen zwischen Bonn und Westjerusalem? Der Botschafter prüfte nun das Umfeld. Das an ihn gerichtete Ersuchen, so fand er dabei heraus, kannten neben den an jenem Abend anwesenden Salah Salim und Mahmud Riyad auch noch Präsident Nagib und sein Außenminister Mahmud Fauzi. Die Offiziere hatten darüber vorab gar den US-Botschafter Jef-

ferson Caffery informiert. Dieser ermunterte Dr. Pawelke noch, denn die Ägypter vertrauten ihm. Das ist also seriös, drahtete der Deutsche an Herbert Blankenhorn in Bonn. Dahinter stehe Abd an-Nasir, der einflussreichste, aber radikalste Offizier, der bisher stets gegen jede Annäherung an Israel gewesen sei. Öffentlich könne dieser allerdings von seinen anti-israelischen Positionen noch nicht abrücken. Der Kanzler, so regte Dr. Pawelke an, möge unterrichtet werden, und er bat um Weisung. Von Bonns Länderabteilung aus leitete Dr. Theodor Kordt die Nachricht zwei Tage später an Konrad Adenauer nach Amerika weiter.

Allerdings fügte Ministerialdirektor Kordt einen Satz an das Telegramm an. Demnach bat Kairo um Weisung, ob Blankenhorn [in Bonn] Sondierungen vornehmen solle oder ob die gleichzeitige Anwesenheit des israelischen Außenministers Sharett in den USA zu einer unmittelbaren Fühlungnahme benutzt werde. In Amerika, wo Konrad Adenauer für knapp ein Dutzend Tage weilte, prüfte man, Moshe Sharett anzusprechen, der ebenfalls dort war. Da kam aus Kairo ein zweites Kabel Pawelkes: Präsident Eisenhower trug kürzlich privat (später ergänzte er im dritten Schreiben: über General Foster, der am Nil als Tourist weilte) Nagib an, »die Israelfrage zu lösen«: Akko und Nazareth gehen an Syrien, Israels Gebiete südlich des Toten Meeres an Jordanien; Jerusalem und Gaza werden internationalisiert. Dem sei Nagib ausgewichen, da dies an die Suezkanalfrage (den Abzug der Briten) und an den Beitritt Kairos zu einem Mittelostpakt unter Einschluss Israels gekoppelt sei. »Erfahre vertraulich«, drahtete Pawelke, »daß General und Offiziers-Komitee Vorschlag trotzdem als diskutabel ansehen«, wenn die zu erwartende Gegnerschaft anderer Araber nicht zu stark würde.

Wenn die internationale Forschung Pawelkes zweite und dritte Information für Konrad Adenauer als zutreffend bestätigen würde, so wäre dies noch eine Entdeckung. Denn zum einen hat demnach Washington über einen besonderen Privatkanal gegenüber den Offizieren versucht, eine Regelung des arabisch-israelischen Konfliktes im Austausch zu finden, der zwar auch die fraglichen UN-Beschlüsse der Internationalisierung Jerusalems erhärtete, der aber aus heutiger Sicht als etwas grobflächig erscheinen muss. Dafür wollte das Weiße Haus einen Mittelostpakt unter Einschluss Ägyptens und Israels einhandeln. Dieser Gedanke an sich war nicht neu, aber unter jenen Umständen war er es schon.

In New York wandte sich Dr. Hans E. Riesser an Dr. Walter Hallstein, der den Bundeskanzler begleitete. Der Generalkonsul trug dem Staatssekretär vor, das an Pawelke gerichtete Ersuchen aus Kairo doch an Israels UN-Gesandten Lourie weiterzuleiten. Außerdem werde der Israeli auch zum New Yorker Empfang des Bundeskanzlers erscheinen. Dabei könne Dr. Hallstein Lourie konsultieren und hernach entscheiden, wie weiter zu verfahren oder zu vermitteln sei. Dr. Riesser, zugleich Ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen, legte dem Vorschlag noch seinen Geheimbericht vom Jahresende über

die Restitution, den arabischen Boykott und arabisch-israelische Kontakte bei, der erhellte, dass Ägypter und Jordanier mit Israelis bereits über die UNO eine Friedensregelung sondiert hatten, was aber am Streit in der Arabischen Liga gescheitert sei.

Nach dem New Yorker Empfang für Adenauer am 16. April berichtete Dr. Riesser wieder dem Staatssekretär, Arthur Lourie habe ihm dort erzählt, dass Israels Pariser Botschaft die Ägypter schon im Herbst gefragt hatte, ob sie zu Friedensgesprächen bereit wären. Nagib beschied den Israelis aber, er müsse dies noch zurückstellen. Die Ägypter hätten dann über die UNO bei den Amerikanern wegen Friedensverhandlungen mit Israel sondiert. Dies wäre verfrüht, teilten die Amerikaner jedoch den Israelis mit: Zuerst komme die Sudan-Frage (die Umstände der Entlassung des Landes als britisch-ägyptisches Kondominium in die Unabhängigkeit), zweitens der Abzug der Briten aus der Suezkanalzone, drittens ein Mittelostpakt und viertens erst ein Frieden mit Ägypten. Obgleich es den Israelis gelang, die Amerikaner von einer anderen Reihenfolge zu überzeugen, machten sich jedoch die Briten die ursprüngliche Abfolge der Amerikaner zu eigen und wollten gar nichts mehr von Gesprächen zwischen Ägyptern und Israelis wissen. Im Januar habe noch Dr. Ralph Bunche von den Vereinten Nationen strittige Fragen der ägyptisch-israelischen Grenze besprochen, jedoch blieb Muhammad Nagib gegenüber Israel unbeweglich. Riesser, der wegen seiner jüdischen Herkunft nach dem Machtantritt der Nazis in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war, ehe er 1950 an das New Yorker Generalkonsulat kam, betonte gegenüber Hallstein noch, er habe Lourie nichts von der Friedensbemühung aus Kairo gesagt, weil er dazu nicht autorisiert worden war.

Für die Deutschen bot sich ein anderer Vermittlungskanal an. Ende April 1953 stattete Dr. Felix E. Shinnar, Chef der Kölner Mission Israels, Herbert Blankenhorn seinen Antrittsbesuch ab. Der Ministerialdirektor setzte ihn damals offiziell über das ägyptische Ersuchen ins Bild. Genau 24 Tage nach dem ersten Kabel Dr. Pawelkes über das ägyptische Angebot zum Frieden, trug der Beamte überdies dem Israeli in Bonn noch das zweite Kabel mit Dwight D. Eisenhowers Ideen vor. Darauf habe Shinnar, übrigens ein gebürtiger Stuttgarter und langjähriger Leiter des namhaften Blattes »Haaretz«, spontan mit den Worten »völlig illusionistisch« reagiert. Aber er wolle nach Rücksprache bald antworten (Dokument 2).

Möglicherweise hat Blankenhorn einen Fehler gemacht. Indem der Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt Dr. Shinnar auch das zweite Kabel Pawelkes über den etwas merkwürdigen privaten Vorstoß des Weißen Hauses in Kairo für einen Frieden in Nahost (Nr. 97) vorlas, riskierte er, dass die wichtige Kernfrage aus dem ersten Kabel (Nr. 94) unterging, nämlich die ägyptischen Friedensfühler. Denn Pawelke hatte die zweite Information speziell gegeben, weil er wusste, dass sich Konrad Adenauer anderen Tags mit

Dwight D. Eisenhower treffen würde, und dass dies wohl ein Anknüpfungspunkt sei. Sicher hoffte der Botschafter in Kairo, dass der Kanzler, der außerdem zufällig am selben Tage noch Moshe Sharett in Washington begegnete, diese ägyptische Initiative anspreche.

Auswirkungen in Amerika, Nahost und Europa

An jenem 28. April, da Blankenhorn in Bonn Dr. Shinnar die beiden Kabel Pawelkes vortrug, suchte der Jerusalemer Mufti in Kairo den deutschen Botschafter auf. Amin al-Husaini sagte, erst die Hilfe Londons und Washingtons mache Israel starr. Wage es ein arabischer Führer, einen separaten Frieden mit Israel nach den Bedingungen des Waffenstillstandes einzugehen (Lausanne 1949), so würde er diesen Schritt nicht lange überleben. Frieden sei nur möglich, sofern Tel Aviv bereit sei, Gebiete abzutreten. Günther Pawelke bilanzierte in seinem Bericht für Bonn, dieser Jerusalemer Mufti, der ein enger Freund des Kairoer Außenministers Mahmud Fauzi sei, stehe gut mit Abd an-Nasir über die Muslimbrüder und habe um dieses Gespräch nur ersucht, um wegen der Friedensinitiative der Ägypter nachzufragen. Auch der designierte Botschafter für Washington erkundigte sich, ob es dazu Neuigkeiten gäbe. Ahmad Husain fügte noch hinzu, Pawelke möge doch aus der Anwesenheit Abd al-Nasirs an jenem Abend die Bedeutung der an den deutschen Botschafter gerichteten Frage ersehen.

Mitte Mai erfuhr Dr. Pawelke, Bonn habe bei der israelischen Regierung zum Ersuchen einer Friedensvermittlung sondiert, aber die Antwort stehe noch aus. Dr. Kordt stellte Herbert Blankenhorn anheim, Dr. Shinnar noch einmal zu erinnern. Legationsrat Dr. Kurt Munzel, der sich auf seinen Einsatz zur Jahresmitte an der Bagdader Gesandtschaft vorbereitete, verfertigte daher für Blankenhorn eine Aufzeichnung über »Friedensfühler zwischen Israel und den arabischen Staaten«. Sie listet von Herbst 1952 bis Ende April 1953 sechs israelische oder arabische Initiativen und die diesbezüglichen deutschen Geheimberichte auf.⁶

Dr. Munzel stützte sich im wesentlichen auf die Akten des Auswärtigen Amts. Seitdem am Nil die Freien Offiziere an die Macht gelangt waren, gab es eine Folge wechselseitiger Fühlungen über Pariser Vertretungen, die Amerikaner und die Vereinten Nationen. Das Ersuchen an Pawelke ordnete sich an vierter Stelle ein. Was fällt dabei auf? Erstens war es der stärkste Vorstoß. Hingegen mangelte es zweitens an Koordination im Westen, denn Bonn erfuhr nur unter der Hand von Eisenhowers Vorschlägen, indes die Israelis

⁶ ParchAA, B130, Bd. 4677a, III 277/53g, Aufzeichnung, Friedensfühler zwischen Israel und den arabischen Staaten, geheim, Bonn, 16.05.1953, gez. Munzel [die Geheimberichte haben diese Bezeichnungen: »III 157/53g, 232/53g, 233/53g, 277/53g«]

gar nichts davon hörten. Die Amerikaner wiederum handelten anders als die Briten. Drittens zeigte sich frühzeitig der Trend, bei einer kommenden Friedensregelung Entschädigungen für die palästinensischen Flüchtlinge und damit die Anliegen der Palästinenser in die bilateralen Abmachungen einzubeziehen. Dem folgte Kurt Munzel in seiner Darstellung, indem er entsprechende ägyptische und israelische Vorschläge nach der israelischen Presse aufzeichnete.⁷

Viertens verfremdeten die Angelsachsen regionale Friedensansätze, indem sie diese in Militärpakte gegen den Ostblock einzubetten suchten. Das komplizierte alles nur, denn es brachte in den arabisch-israelischen Disput noch die ideologischen Auseinandersetzungen des Ost-West-Konflikts mit hinein, der die Form des Kalten Kriegs annahm. Manchen Arabern fiel es schwer, die »Paktfrage« zu bejahen, ob sie sich denn nicht durch Moskaus Doktrin bedroht fühlten. Im Gegenteil, sie wähten sich durch ihre Religion immun. Es gab für sie, die eben ihre Eigenstaatlichkeit errungen hatten und nach einer »positiven Neutralität« zwischen den Blöcken strebten, noch wenig Anlass, Frieden mit Israel gegen einen Mittelostpakt, gerichtet gegen den Kreml, einzutauschen.

Mitte Juni notierte der Referent Dr. Voigt in Bonn, Dr. Shinnar habe nicht reagiert. Im Juli empfing Abd an-Nasir, inzwischen zum Vizepremier aufgerückt, zweimal Dr. Pawelke in einer zweiten Vermittlung und gab ihm damit Gelegenheit, ihn persönlich über mögliche Ergebnisse aus Israel zur streng geheimen Anfrage der Ägypter zu informieren. Mitte Juli vermerkte Hermann Voigt in Bonn, die israelische Seite habe sich bisher nicht geäußert. Dies stehe wohl auch nicht mehr zu erwarten. Bis auf weiteres werde die Angelegenheit auf sich beruhen bleiben müssen.

Daher hatte Dr. Pawelke den Ägyptern in dieser Hinsicht nichts zu übermitteln. Hingegen geschah der zweimalige Empfang durch Abd an-Nasir im Hinblick auf eine weitere, zweite Vermittlungsaktion Pawelkes, der dabei die Ägypter in der Suezkanalfrage im Sinne der westlichen Bemühungen beriet. Es ging darum, unter welchen Bedingungen die britischen Truppen den dortigen Stützpunkt räumen würden. Washington und London hätten es gern gesehen, wenn Ägypten noch bleibende Rechte an der Basis für einen Kriegsfall gewähren würde oder wenn der Abzug gegen Ägyptens Beitritt zum Mittelostpakt eingetauscht worden wäre. Kairo pochte jedoch auf volle Souveränität, zumal es in der UdSSR keine Gefahr erkannte.

Immerhin brachte Dr. Pawelke in dieser zweiten Vermittlung so manche Details für den Westen ein. Plötzlich erhielt er von Staatssekretär Hallstein ein Telegramm, »nur für den Botschafter zu entziffern«.⁸ Pawelke, hieß es

⁷ *Jewish Observer* und *Middle East Review*, 27.03.1953.

⁸ ParchAA, III-430. Für Botschafter [Pawelke] persönlich selbst zu entziffern, Telegramm, Brief, 16722/53, Bonn, 20.08.1953, gez. Hallstein

darin, möge doch von seiner Vermittlerrolle absehen, da man im Orient keinerlei politischen Ziele habe, der Suezkanalfrage völlig fern stehe und enge Beziehungen zu London pflege. Abgesehen von den labilen Verhältnissen am Nil, könne bei der Vermittlertätigkeit leicht eine Wendung eintreten, dass eine der beiden Parteien, unter Umständen gar beide, den Vermittler nicht mehr als völlig neutral ansähen. Dies würde die erfreulich gute deutsche Stellung gefährden, die ja gerade darin bestehe, dass »wir im Orient und insbesondere in Ägypten keinerlei politische Ziele und Wünsche besitzen«. Damit waren die Vermittlungen des Botschafters beendet. Ende Juli schrieb Dr. Voigt in Bonn, Abd an-Nasirs Ersuchen an Dr. Pawelke um Sondierung eines Friedens mit Israel sei im Sande verlaufen. Bonn hatte mit Pawelke einen Meisterdiplomaten in Kairo. Es gab wechselseitig einen Willen zum Frieden. Aber warum ist damals kein Durchbruch erzielt worden?

Auf der Vermittlerebene geriet der deutsche Botschafter in Kairo zwischen zwei Pole der Regierung. Sagte der Senior Nagib zu einer Sache Ja, so verwarf es der junge Abd an-Nasir, und umgekehrt: Den Mittelostpakt oder einen Frieden mit Israel. Dies lehnte Nagib im Januar ab, indes es drei Monate später Abd an-Nasir vortrug. Aber beide vertrauten Dr. Pawelke. Sie formulierten ihre Kernfrage geschickt und aktiv: Er möge bitte in diskreter Weise feststellen, ob Israel denn geneigt sei, jene Bedingungen vorzuschlagen, die dann eine Aufnahme von Friedensverhandlungen zur gegebenen Zeit erfolversprechend erscheinen lassen.

Zugleich glaubten die Ägypter aber nicht an rasche Erfolge. Doch ihre Idee war gut: Sie trennten harte Vorarbeiten, in denen Erfolgsbedingungen auszuhandeln sind, vom offiziellen Start der Gespräche, nämlich erst wenn alles klar ist. Obwohl es nicht klappte, war es ein Erfolgsrezept. Denn der Ansatz führte 25 Jahre später unter Marokkos Vermittlung zu den Abkommen von Camp David und zum »Kalten Frieden« zwischen Israel und Ägypten. Dass Kairo gleich von Anbeginn Amerika mit einbezog, zeugte nur von der Seriosität des Anliegens.

Bonn übermittelte die ägyptische Anfrage drei Wochen später an Israel. Soweit es heute bekannt ist, antwortete Israel gar nicht auf die Initiative. Warum haben sich die Ägypter gerade an den deutschen Botschafter gewandt? Zum einen hatten die beiden führenden Männer der Offiziersgruppe zu Pawelke Vertrauen gefasst, wie es auch der amerikanische Gesandte Cafferey einschätzte. Die Ägypter, sonst voller Misstrauen gegen die auswärtige Welt der »imperialen Komplote«, hielten diesen Deutschen, zumal nach den (falschen) israelischen »Nazi«-Kampagnen gegen ihn, einer Zusammenarbeit mit dem jüdischen Staat für unverdächtig, der seinerseits zu Bonn Kontakte wegen der Wiedergutmachung pflegte. Daher erschien er ihnen als ein geeigneter Vermittler, zumal ein früherer Versuch mit den Amerikanern an Indiskretion gescheitert war.

Den Israelis wiederum waren die Bonner Vermittler, nach allem, was geschehen war, zumeist unwillkommen. Bislang hatten sie sich nicht in der Lage gesehen, diplomatische Beziehungen mit Bonn aufzunehmen, wie sie von dort einmal beim Abkommen über die Wiedergutmachung, *schilumim*, angeboten worden waren. Andererseits gab es bereits vor allem im Ausland deutsch-israelische Kontakte, darunter in New York zwischen den beiden UN-Gesandten Riesser und Lourie, die dort am 27. März 1953 die Urkunden über die Ratifizierung des Schilumim-Abkommens ausgetauscht hatten. Schließlich mehrten sich auch im auswärtigen Dienst Israels die Stimmen, die für einen neuen Kurs gegenüber Bonn eintraten.

So vermerkte Michael Amir, der israelische Gesandte in Den Haag, in seinem sehr bemerkenswerten Memorandum vom 2. April 1953, Westdeutschland könne eventuell eine wichtige und konstruktive Rolle bei den Friedensbemühungen zwischen Israel und den arabischen Staaten übernehmen. Es könne daran interessiert sein, gewissermaßen als Sühne für die Verbrechen, die das Hitler-Regime den Juden angetan hat, einen Beitrag zur Garantie der Existenz des Staates Israel zu leisten. Das wäre dann »eine Art moralischer Schilumim«. Doch traf diese Idee auf ein schwaches Echo.

Aber Bonn ließ sich mit der Übermittlung des ägyptischen Ersuchens Zeit und es nutzte bestimmte Kanäle nicht, die es gegenüber Moshe Sharett oder dem UN-Gesandten Lourie gegeben haben mag. Auch ist sicher, dass Kairos Initiative sowohl im Gespräch Adenauers mit Eisenhower im Weißen Haus als auch mit Außenminister John F. Dulles am 7. April 1953 keine Rolle gespielt hat, wie die Besprechungsprotokolle belegen. Daher taucht die Frage auf, ob Konrad Adenauer in Amerika über Pawelkes Berichte informiert worden war. Das ist mit letzter Sicherheit nicht zu sagen, doch ist dies sehr wahrscheinlich. Denn Adenauer war bekanntlich Kanzler sowie Bundesaußenminister und das »Friedens-Kabel« Pawelkes ist von den Beamten, die den Kanzler umgaben, als wichtige Sache behandelt worden.

Morgens, am Vortag der beiden Gespräche des Kanzlers mit seinen amerikanischen Kollegen in der Metropole am Potomac, lag Pawelkes »Friedens-Kabel« zunächst dem Gesandten Riesser in New York vor, der es sogleich an Staatssekretär Hallstein, »zur Zeit New York«, mit seinen eigenen Vorschlägen weitergeleitet hat. Überdies gab es dazu ein Telefonat zwischen Pawelke in Kairo und Herbert Blankenhorn in Bonn. Insgesamt hat Konrad Adenauer sehr wahrscheinlich von seinem Staatssekretär davon Kenntnis erhalten. Eine andere Frage ist, wie wichtig er diese Angelegenheit auf seiner Agenda angesehen hat.

Konrad Adenauer hat dem ägyptischen Ersuchen nach einer deutschen Vermittlung eines Friedens mit Israel vermutlich keine Priorität eingeräumt. Am Rhein hatte man in Nahost drei enge Ziele: Das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel umzusetzen, den dabei drohenden arabischen Boykott und ein

weiteres arabisches Zugehen auf Ostberlin abzuwenden. An mehr konnte dem Bundeskanzler nicht gelegen sein. Überdies stand auch der zweiten Vermittlung Pawelkes im Suezstreit zwischen Kairo und London entgegen, dass man sich in Bonn in der Rolle eines Vermittlers weder für souverän noch für neutral genug hielt.

Zu Recht. Abgesehen davon, dass nach wie vor das Besatzungsstatut galt, konnte der Bundeskanzler keine riskante außenpolitische Nebenrolle der Bonner Republik im Nahen Osten zulassen. Er hatte eben das Israel-Abkommen, das Londoner Schuldenabkommen und den Staatsbesuch in den USA erreicht. Mit den traditionellen Nahostmächten Frankreich und Großbritannien, zugleich Besatzungsmächte in Deutschland, gab es aber noch viel zu regeln, insbesondere für Westeuropa. Schließlich entwickelte Adenauer wenig Sympathien für junge Militärmachthaber in den alten Kulturen des Nahen Orients, die sich, wie es Abd an-Nasir anzeigte, immer stärker dem Ostblock zuwandten. Der Kanzler gab sich davon überzeugt, dass sich solche Völker noch nicht verantwortungsvoll selbst regieren könnten. Während der Suezkrise meinte er daher einmal, Abd al-Nasir sei längst zum willigen Idioten der Sowjets verkommen.⁹

Mögliche Reibungen durch Vermittlungen auf einem Nebenschauplatz waren da tunlichst zu vermeiden. Dies könnte Bonn nur Konflikte mit Paris und London einbringen. Zwar hätte die Politik des Vermittelns der traditionell sekundären deutschen Politik gegenüber dem Nahen Orient entsprochen, deren drei Säulen der Verzicht auf koloniale Ansprüche, die Wahrung des Status quo in der Region und die vermittelnde Diplomatie in der Orientalischen Frage bildeten. Aber eine Politik des Vermittelns hätte nicht zur damaligen westdeutschen Politik gepasst, die sich sehr eng an den Westmächten und auf Westeuropa orientierte. Kurzum, aus Bonner Sicht gab es vorrangigere Probleme der transatlantischen und westeuropäischen Beziehungen, in denen solche Nahostfragen sekundär waren. Diese würden nur dann einen primären Charakter erhalten, sofern sie die deutsche Nationalfrage berührten. Diese deutschlandpolitische Rückkopplung der Nahostpolitik fanden die Araber freilich schnell heraus.

Dennoch fanden der Kanzler und der Staatssekretär einen Weg, Israel die Kernfrage der Ägypter offiziell übermitteln zu lassen. Dass Adenauer sehr wohl eingeweiht war, wird in einem Gesprächsvermerk vom 11. Juni 1953 deutlich. An jenem Tage empfing er im Palais Schaumburg Dr. Shinnar, um mit ihm Fragen der Wiedergutmachung zu besprechen. Am Rande erkundigte sich der Bundeskanzler rundweg, ob denn in absehbarer Zukunft eine Chance

⁹ Hans Peter SCHWARZ, *Adenauer: Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 239, 317; *Protokolle des CDU-Bundesvorstands, 1953–1957*, Düsseldorf 1990, S. 1027f. (Sit-
zung vom 20.09.1956).

auf Frieden mit den Arabern bestehe. Der Kölner Missionsleiter unterstrich daraufhin den klaren Willen seines Landes zum Frieden mit den Nachbarn, gab aber merkwürdigerweise keinen konkreteren Hinweis auf den damals noch schwebenden Vorgang, von dem er sechs Wochen zuvor offiziell durch Herbert Blankenhorn in Kenntnis gesetzt worden war. Im Gegenteil, Shinnar betonte gegenüber dem Kanzler, man müsse dabei mit orientalischen Zeitbegriffen rechnen.

Das sahen einige der beteiligten Orientalen aber anders. Die Ägypter drängten mehrfach und ließen bei Pawelke zu ihrem Ersuchen nachfragen, darunter durch Amin al-Husaini. Modern formuliert sagte dieser: »Tod dem separaten Friedensstifter« und »Land für Frieden«. Beides geschah, als Islamisten drei Jahrzehnte später Abd an-Nasirs Nachfolger Anwar as-Sadat ermordeten und als Israel auf dem Sinai nach dem Friedensvertrag und dem Gerichtsverfahren um Taba Boden für Frieden abtrat. Ägypten fehlte 1953 der innere und äußere islamische Segen für eine Friedensaktion mit Israel, wie dies Amin al-Husaini selbst betont hatte. Sie nutzten daher die Streitigkeiten einer gespaltenen Welt aus und gingen auf den Ostblock zu. Dazu trug nicht wenig eine unkoordinierte westliche Politik bei, die sich mit ungewohnten Attributen der Staatswerdung und des *nation buildings* nicht abfinden wollte.

Dass Amin al-Husaini überhaupt gegenüber dem Botschafter auftrat, darf als Schachzug Abd an-Nasirs gelten. Zum einen konnte sich der Mufti mit Deutschen aus, lebte er doch während des Zweiten Weltkriegs im Berliner Exil als Gast der Hitler-Regierung. Zum anderen bezog Abd an-Nasir somit seinen – speziell im Fall eines positiven Ausgangs von Friedensgesprächen mit Israel – schärfsten Opponenten ein, hinter dem die Muslim-Brüder und Gruppen der Palästinenser standen. Denn im April 1953 hatten die Muslim-Brüder in einem Flugblatt erneut gedroht, »wer Frieden mit dem zionistischen Feind schließt, ist des Todes«. Das war auch die Position des Muftis. Heute ändert das Wissen um dieses ägyptische Ersuchen gegenüber dem deutschen Botschafter auch das historische Zerrbild, wonach Ägypter und andere Araber von Anbeginn Israels Existenzrecht bestritten hätten. Im Gegenteil, so erweist sich nun, sie bahnten insgeheim gar den Friedensschluss mit dem jungen Nachbarn an.

Den Amerikanern wiederum war vor allem am Mittelostpakt gegen Moskau gelegen. Sie setzten dabei ihre Globalinteressen über regionale Befriedigungsansätze, indem sie zunächst das ägyptische Ersuchen auf Platz vier verwiesen hatten. Als es den Israelis aber gelang, sie von der gegenteiligen Abfolge zu überzeugen, blockierte London diesen neuen Ansatz. Krieg und Frieden in Nahost war von Anfang an nicht allein die Sache der daran direkt Beteiligten, sondern dies war auch von den Großmächten und der Großwetterlage im Kalten Krieg abhängig, der in Nahost öfter in heiße Kriege umschlug. Da daraus auch ein nuklearer Weltbrand werden konnte, gab es konträre Achsen des

Burgfriedens von Demokratien mit Diktaturen wie auch solche zwischen totalitären Mächten und islamischen Regimes. Als die Bedrohung eines nuklearen Weltkriegs zwischen dem Westen und dem Ostblock entfiel, verschwanden nicht nur die künstlichen Allianzen, sondern es entfiel der zeitweilige Waffenstillstand zwischen Demokratien und Diktaturen. Konflikte folgten, die manche als »Kampf der Kulturen« bezeichnen.

Bonn hatte sich aus der Vermittlung zurückgezogen. Wie auch Ostberlin verfolgte es in der Nahostpolitik aufgrund der Zweistaatlichkeit nur noch begrenzte Vermittleraktionen, die unter dem Vorzeichen des Ost-West-Konflikts in Abstimmung mit den beiden Paktführern USA oder UdSSR abliefen. Deutsche Traditionen der Vermittlung gegenüber dem Nahen Orient waren zwar bereits im Kaiserreich herangereift, aber durch den Versailler Vertrag wurde Berlin davon ausgeschlossen. Damit entfiel die nahostpolitische Vermittlung durch Deutsche auch in der Weimarer Republik, die wieder eine sekundäre Nahostpolitik betrieb, während das Dritte Reich solche Vermittlungen in Nahost Italien überließ.¹⁰ Aufgrund der Teilung Deutschlands und der Spaltung Europas liefen deutsche Vermittlungsaktionen für und in Nahost einander oft zuwider – man denke nur an die nahostbezogenen Aspekte der RAF-Problematik einerseits und an den Ostberliner Einfluss auf die PLO und auf Terroristen wie »Carlos« andererseits –, indes sie fünf Jahrzehnte später von dem souveränen, ungeteilten Berlin wieder gefragt sind. Berlin erlebt den Paradigmenwechsel von der sekundären zur primären Nahostpolitik des Friedens, die sowohl europäische als auch nahöstliche und transatlantische Interessen gebührend berücksichtigen muss. Welche Rolle dabei die Fähigkeit und die Bereitschaft insbesondere der kontinentalen Europäer zur militärischen Intervention in Nahost spielen, bleibt jedoch abzuwarten. Viel deutet auf die Vorbereitung auch einer interventionistischen Nahostpolitik hin.

Akteure, Memoiren und Forschungsbedarf

Noch ist über die deutschen Quellen hinaus wenig zur ägyptischen Initiative gegenüber Israel vom April 1953 bekannt. In der Forschung spielte sie – von meinen eingangs bereits erwähnten frühen Hinweisen darauf abgesehen – im Grunde keine Rolle, zumal auch die Memoiren, darunter von Muhammad Nagib und Amin al-Husaini, keine Auskunft erteilen. In der deutschen Fachliteratur finden sich gleichwohl keine Hinweise, auch nicht einmal in jüngeren Arbeiten, die allein der westdeutschen Nahostpolitik in der Adenauer-Ära gelten.¹¹ In Ägypten und Israel gibt es wenig Bücher über geheime Fühler zum

10 Wolfgang G. SCHWANITZ (Hg.), *Germany and the Middle East, 1871–1945*. Princeton NJ 2003.

11 Jüngere deutsche Werke behandeln den fraglichen engeren Sachverhalt nicht: Sven Olaf BERGGÖTZ, *Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949–1963*,

Frieden, über »The Road not taken«. Einige Bände betreffen nur die spärlichen arabisch-israelischen Kontakte, die entweder vor oder nach 1953 abliefen sowie manche damit verknüpften Spionagefälle. In diese Richtung zielt auch ein journalistisches Werk, das die Störversuche gegen die Wiedergutmachung im damaligen Klima illustriert.¹²

In der Forschung noch nicht geklärt sind die internen Reaktionen in den vier maßgeblich beteiligten Machtzentren auf den ägyptischen Wunsch gegenüber Botschafter Pawelke um eine Vermittlung von Frieden und auf die Inhalte der drei Haupttexte Pawelkes, darunter das eigenartige Vorgehen Präsident Eisenhowers für eine »Regelung der Israelfrage«. Nicht umsonst ist der Gesamtvorgang deutscherseits fünfzig Jahre unter Verschluss gehalten worden. Wie ist die diesbezügliche Lage in den anderen nationalen Archiven? Für London, Washington und Westjerusalem lassen sich schon die hauptsächlichen Reaktionen aktenmäßig ermitteln.

In Kairo hingegen ist der Zugang zu den betreffenden Dokumenten schwierig, denn nicht wenige Unterlagen sind noch gesperrt. Dort wären insbesondere die Debatten in der politischen Führung um Abd an-Nasir aufzuklären, also wie es dazu kam, dass sich die Offiziersgruppe dazu entschlossen hatte, den deutschen Botschafter einzuschalten und welche Erwartungen man in Kairo überhaupt gehegt hat. Der ägyptische Historiker Wagih Abd as-Sadiq Atiq, der von der arabischen Seite bisher am intensivsten diese Periode der ägyptisch-deutschen Beziehungen erkundet hat,¹³ nannte diesen Vorgang sehr erstaunlich. Er betonte, dass Abd an-Nasirs Gefährte und Chronist, der Kairiner Publizist Muhammad Hasanain Haikal, in seinen umfänglichen Schriften gar nichts über die Friedensinitiative der Offiziersgruppe berichtet hat. Gleiches trifft, darf ich ergänzen, auf den Historiker der Ära Abd an-Nasirs zu, Ahmad Hamrush, ein Mitglied der damaligen Bewegung der Freien Offiziere.¹⁴

Für die Forschung in den Archiven Israels besteht nach wie vor diese Kernfrage: Wie ging man dort mit Ägyptens Friedensangebot um, das Dr. Felix E. Shinnar am 28. April 1953 offiziell in Bonn übermittelt worden war? Auf meine Publikation dieses Vorgangs gab es erste Reaktionen. In Israel publizierten

Düsseldorf 1998 [meine Besprechung in: *Orient* 41 (2000) S. 3]; Niels HANSEN, *Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion*, Düsseldorf 2002; Markus A. WEINGARDT, *Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949*, Frankfurt/M. 2002 [meine Besprechung in: *Sozial. Geschichte*, 18 (2003) S. 3].

12 Henning SIETZ, *Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen Anschlags*, Berlin 2003.

13 Wageh ATEK, *Probleme der ägyptisch-deutschen Beziehungen 1952–1965*, Essen 1983; der Autor lehrt derzeit an der Al-Ain-Universität der Vereinigten Arabischen Emirate, wo ich ihn zum vorliegenden Sachverhalt befragt habe.

14 Ahmad HAMRUSH, *Thaurat 23. Yûlyû* [Die Revolution vom 23. Juli]. Kairo 1992, Bde. I–II [meine Beprechung in: *Der Islam* 73 (1996) 2, S. 360–363].

sie die Zeitung »Haaretz« und in Ägypten das Journal »Akhir Sa'a«, letzteres nach dem israelischen Blatt.¹⁵

Der israelische Historiker Yeshayahu A. Jelinek, der solche Themen am intensivsten untersucht und 1997 eine Sammlung von Dokumenten über die westdeutsch-israelischen Beziehungen herausgegeben hat, die den hier untersuchten Vorgang freilich auch nicht enthält, zeigte sich in »Haaretz« überrascht. Seine Dokumentensammlung enthält keinen Gesprächsvermerk Dr. Shinnars über jenen Antrittsbesuch bei Herbert Blankenhorn. Dies ist sehr merkwürdig, denn der Leiter der Israel-Mission in Köln pflegte gewissenhaft über solche Treffen zu berichten. Die fehlende Aufzeichnung mutet um so eigenartiger an, zumal ihm an jenem Apriltag 1953 in Bonn eine wichtige Initiative der Ägypter und eine Information über das private Vorgehen Eisenhowers durch General Foster vorgetragen worden war.

Kurzum, das Fehlen des Berichts läßt vermuten, dass dieser bis dahin zu den weiter in Westjerusalem klassifizierten Akten gehörte. In »Haaretz« versuchte Jelinek – damals noch ohne Kenntnis der für diesen Vorgang relevanten Literatur und der jüngst deklassifizierten Dokumente – die ausgebliebene Antwort Israels mit den Fehlern der westdeutschen Diplomatie zu erklären. Bonn habe sich an Dr. Shinnar und damit an den falschen Mann gewandt, da er kein *mapainik*, also Mitglied der regierenden Mapai-Partei, mithin kein Entscheidungsträger gewesen sei. Pawelke, den Jelinek unzutreffend einen Orientalisten nannte, sei im israelischen Außenministerium unbeliebt gewesen und habe Kompromisse gesucht. Im ganzen habe man den Eindruck, dass die Deutschen sich nicht genügend ausgekannt und sogar eine politisch unseriöse Haltung vertreten hätten, die an Scharlatanerie grenzte. Dies sei dem Auswärtigen Amt in seinen Beziehungen zu Israel lange abträglich gewesen.¹⁶

Diese nicht ganz untypische Reaktion und das Argument, Shinnar sei die falsche Adresse gewesen, sind nicht stichhaltig. Er war der Leiter der Israel-Mission in Köln. Sie stellte damals die einzige Vertretung Israels in Deutschland dar (die Schließung des israelischen Konsulats war Anfang April 1953 wegen dieser neuen Vertretung verfügt worden, die vorrangig zur Abwicklung des Wiedergutmachungsabkommens eingerichtet worden war, die aber auch konsularische Rechte erhielt). Mithin war Dr. Shinnar für Bonn der offizielle Vertreter des Staates Israel, ungeachtet noch weiterer Partner wie etwa sein Vertreter Chaim Jachil oder Giora Josephthal als Leiter der israelischen De-

15 Haim HANDWERKER, *The road not taken*. A German document indicates that in the early 1950s, Egypt's Gamal Abdel Nasser tried to explore the possibility of peace with Israel. In: *Haaretz*, Jerusalem 20.07.2001; DERS., *24 Shanim lifnei Sadat* [24 years before Sadat]. Ebd., 01.02.2002, B5; Adil SHABHUN, *Sirri lilghaya, watha'iq Almaniya* [Top secret, German documents]. In: *Akhir Sa'a*, Kairo 12.09.2001, S. 24–25.

16 Yeshayahu A. JELINEK: *Teguwa* [Antwortartikel: Wenn die Deutschen einen Mapainik beauftragt hätten]. In: *Haaretz*, 22.02.2002.

legation bei den Verhandlungen zur Wiedergutmachung in Wassenaar. Konrad Adenauer hat Dr. Shinnar auch als den offiziellen Vertreter behandelt und 1953 öfter empfangen. Überdies sollte man annehmen, dass der Missionsleiter wichtige politische Anliegen zum Krieg oder Frieden ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit an die zuständigen Stellen in seiner Heimat weiterleitete.

Für die Forschung haben sich jetzt die Bedingungen zur Beurteilung des Hauptvorganges verbessert, seitdem in zwei Bänden der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953¹⁷ auch das erste »Friedens-Kabel« Dr. Günther Pawelkes gedruckt ist, das von Bonn aus – »nur für Bundeskanzler und Staatssekretär« – seinen Weg nach New York nahm. Allerdings ist dort die Bearbeitung des Dokuments 112 weniger glücklich ausgefallen.¹⁸ Dies vor allem, weil dabei der Eindruck erweckt wird, dass sich Shinnars Ausruf »völlig illusionistisch« auf die ägyptische Friedensinitiative bezog und dass damit der Gesamtvorgang schon damals als erledigt galt.

Wie gezeigt, bezog sich Shinnars »völlig illusionistisch« auf das zweite Kabel Pawelkes mit Eisenhowers Vorschlägen. Da auch Dr. Shinnars Erinnerungen »Bericht eines Beauftragten« von 1967 zu diesem Geschehen einem »weißen Fleck« gleichen, mögen Forscher die beiden Aktenbände dennoch dankbar aufnehmen, denn jetzt können weitere Seiten im Ausland wenigstens das Schlüsseldokument des hier untersuchten Vorganges überprüfen, einordnen und gleichwohl die ewige Frage ausloten, ob und warum möglicherweise eine Chance zum Frieden in Nahost verpasst worden war. Denn was wäre mit dem Grundkonflikt in der Region wohl geschehen, wenn die Israelis Abd an-Nasirs Offiziere beim Wort genommen und schließlich bis zum Erfolg insgeheim einen Frieden verhandelt hätten? Die Antwort darauf muss hypothetisch bleiben, doch wäre der Region viel erspart worden. Dennoch sind manche der methodischen und inhaltlichen Ansätze, die damals aufgekommen sind, weiterhin für die laufende Suche nach einem gerechten Frieden in Nahost aktuell.

17 *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni 1953. Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1953*, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, bearb. v. Ilse Dorothee Pautsch, Matthias Jaroch und Mechthild Lindemann, München 2001.

18 Meine Quellenkritik: *Die westdeutsche Nahostpolitik 1953 im Licht der Edition der Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP)*. In: *Sozial. Geschichte*, 18 (2003) 1, S. 134–145.

Streng geheim

Telegramm
(verschlüsselt)

aus Kairo 4.4.1953 1445 Uhr Ortszeit
an Auswärtig Bonn 4.4.1953 2130 Uhr
fertiggestellt 0045 Uhr

Auswärtig Bonn Geheimhaltungsgrad
Nr.94 vom 4. April 1953 geheim Streng geheim!

Streng geheim!
(Geheimhaltungsgrad)

Für Ministerialdirektor Blankenhorn.

Neu ernannter ägyptischer Botschafter in Washington Ahmed Hussein hat mich unter Vorwand einer "Besprechung über deutsche Wirtschaftshilfe an Ägypten" mit Oberst Gamal ^{Abdel} Nasser, einflussreichsten Mitglied des Offiziers-Komitees in sein Haus gebeten. Anwesend waren ausserdem Major Salah Salim, Sudan-Experte des Offiziers-Komitees, und Oberst Riad, Palästina-Experte ägyptischer Regierung.

Bei Zusammenkunft wurde fast ausschließlich Möglichkeit eines Friedensschlusses mit Israel besprochen. Ich wurde gebeten, in diskreter Weise festzustellen, ob Israel geneigt sei, Bedingungen vorzuschlagen, die eine Aufnahme von Friedensverhandlungen zu gegebener Zeit erfolgsversprechend erscheinen lassen. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß Zeitpunkt für offizielle Verhandlungen noch nicht gekommen ist. Äusserste Heimehaltung meiner Sondierungen sei Voraussetzung möglichen Erfolges. Oberst Riad wird mich in Kürze mit Unterlagen für Studium Problems versehen. General Nagib und Aussenminister sind, wie ich mich überzeugt habe, über diese Führungnahme mit mir unterrichtet.

Oberst Riad hat ausserdem Botschafter Caffery über das an mich gerichtete Ersuchen verständigt.

Telegrammkontrolle
AUSWÄRTIGES AMT

Verteiler:	
1	II
2	BK
3	St.S.
4	Dr. Kordt

Dies ist Expl. Nr. 4

- 2 -

Caffery hat Washington unterrichtet. Er sagte mir, daß endgültige Regelung ägyptisch-israelischer Beziehungen nach Ansicht der amerikanischen Regierung Voraussetzung vernünftiger Lösung Suez-Kanal-Frage, die Aufrüstung Ägyptens zur Folge haben müsse, sei. Er begrüßt unsere Einschaltung, da Ägypter Vertrauen zu uns hätten.

Ich messe der Tatsache, daß Ersuchen um Vermittlung von Oberst Nasser ausgeht, entscheidende Bedeutung bei. Mir ist aus zuverlässiger Quelle bekannt, daß Nasser als einflußreichstes, aber auch radikalstes Mitglied Offiziers-Komitees bisher gegen jede Verständigung mit Israel war. Er wird und kann aber m.E. diese Haltung nach aussen hin zur Zeit nicht ändern.

Anrede, Bundeskanzler zu unterrichten. Erbitte Weisung.

Pawelke

Dr. Pawelkes »Friedens-Kabel«, Nr. 94, v. 4.4.1953, mit dem er der Bundesregierung Ägyptens Anfrage nach israelischen Bedingungen für spätere Friedensverhandlungen mit geheimer westdeutscher Vermittlung angezeigt hat (ParchAA VS-Band B 130, Bd. 4677a). Für die Genehmigung des Abdrucks der Dokumente danke ich Frhn. Dr. von Boeselager.

2-111 233/539

Minister Shinnar hat mir heute seinen Antrittsbesuch gemacht. Ich habe den Anlass benutzt, um ihn von dem Inhalt der telegrafischen Berichterstattung Botschafter Pawelkes über gewisse Friedensabsichten der ägyptischen Regierung und die Möglichkeiten einer deutschen Vermittlungsaktion zu unterrichten. Die erste Reaktion Dr. Shinnars war, daß der Inhalt des Vorschlags zur Regelung der Israelfrage, wie er sich aus Drahtbericht Nr. 97 vom 6. April ergibt, völlig illusionistisch sei. Er werde sich im einzelnen über den Stand der Frage orientieren und mich in Kürze über das Ergebnis unterrichten.

Hiermit

²⁹
Muc F
Herrn Mungel, Abteilung III

29
E. g. K. v. f. d. 29/4

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Bonn, den 28. April 1953

Blankenhorn

g. R. 29/4

Wv. 18. 5. 53 (bei LV)

Ablichtungen gefertigt am 19. Dez. 2000 Nr. 2222
115-VS-Ablichtungsstelle
Unterschrift: CML

Geheimhaltungsgrad
geändert in Berlin ^{geändert} den 12.1.2001
H. Mungel AB
(Umschreibungs-Mitglied)

Drei Wochen nach dem ägyptischen Ersuchen übermittelte Herbert Blankenhorn in Bonn dem israelischen Geschäftsträger Felix E. Shinnar bei dessen Antrittsbesuch die ägyptische Friedensinitiative, 28.4.1953 (wie Dok. 1).

Eugen Gerstenmaier: Ein Politiker aus christlicher Überzeugung

Von Daniela Gniss

Der Name des 1906 im schwäbischen Kirchheim/Teck geborenen CDU-Politikers Eugen Gerstenmaier ist im Gedächtnis der Nachwelt untrennbar mit seinem Wirken als Bundestagspräsident verbunden.¹ Gerstenmaier prägte »wie kein anderer«² dieses protokollarisch zweithöchste Amt in der Bundesrepublik, das er rund 14 Jahre lang ausübte. Über sein Wirken als zweiter Mann im Staat hinaus gehörte der wortgewandte Gerstenmaier zu den einflussreichsten Politikern in der Union. Als stellvertretender Parteivorsitzender, Mitglied von Fraktionsvorstand, Parteivorstand und -präsidium zählte er zum inneren Führungszirkel der CDU/CSU. Gleichwohl bot seine ausgeprägte Individualität zahlreiche Angriffspunkte. Nach der Übernahme des Präsidentenamtes 1954 traten besonders mit der eigenen Partei Differenzen auf, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen parteipolitischem Engagement und Führung des zweithöchsten Staatsamtes ergaben.

Als zentrales Element in seinem parlamentarischen Wirken erwies sich das Verschmelzen von kirchlichem und politischem Engagement. Eine christliche Grundüberzeugung und seine Verankerung im Protestantismus formten Gerstenmaiers Wertesystem. Sein Werdegang und sein Handeln als Parlamentarier und Präsident des Bundestags werden nur vor diesem Hintergrund nachvollziehbar.

Von der Theologie zur Politik

Der Weg in die Politik war für Eugen Gerstenmaier, das älteste von acht Kindern einer nordwürttembergischen Handwerkerfamilie, nicht vorgezeichnet. Aus wirtschaftlichen Gründen war er zunächst gezwungen, eine Kaufmannslehre zu beginnen. Diese sichere Existenz gab er 1929 auf, um wieder auf die Schulbank zurückzukehren und sich die Ausgangsbasis für ein Studium zu

1 Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht die Analyse der parlamentarischen Arbeit Gerstenmaiers nach 1945. Die Darstellung seines Lebenswegs vor Einzug in den Deutschen Bundestag wurde nur insoweit einbezogen, wie sie für seine spätere Tätigkeit als Politiker relevant war. Vgl. Matthias STICKLER, Art. *Gerstenmaier*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie*, hg. v. Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 247ff.

2 *Die Zeit* vom 29. Mai 1981.

schaffen.³ Der junge Kirchheimer hatte in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Instabilität den Mut, einen Neubeginn zu wagen.

An der Rostocker Universität, an der Gerstenmaier ein Theologiestudium absolvierte, ragte er nicht nur durch seine guten Studienleistungen, sondern auch wegen seines Engagements in der Studentenschaft heraus. Aufgrund seiner starken Bindung an die evangelische Kirche geriet er frühzeitig in Konflikt mit den nationalsozialistischen Machthabern, da er sich für die Aufrechterhaltung der kirchlichen Autonomie einsetzte.⁴ Die Einleitung eines universitären Disziplinarverfahrens gegen den Theologiestudenten war die Konsequenz dieses Aufbegehrens. Eugen Gerstenmaier wurde zwar vom Vorwurf der Verfehlung gegen Ordnung und Sitte des akademischen Lebens freigesprochen, jedoch war er seit diesem Vorfall in den Augen der Nationalsozialisten als potentieller Unruhestifter gebrandmarkt.

Doch trotz der öffentlich artikulierten Kritik und der sich hieraus ergebenden ernsthaften Konsequenzen war in dieser Phase bei Gerstenmaier noch keine Pauschalverurteilung des NS-Regimes feststellbar. Er wehrte sich im Herbst 1934 zwar gegen die Beschneidung kirchlicher Entscheidungsbefugnisse durch die braunen Machthaber, doch blieb seine Studienzeit nicht völlig frei von der Bereitschaft zur Konformität, wie seine Beitrittsanträge für SA⁵ und NSDAP⁶ belegen. Die Hinwendung Gerstenmaiers zur Opposition verlief vielmehr in Form eines graduellen Prozesses. Der Bogen spannte sich von einer

3 Bis zum Alter von 14 Jahren besuchte Gerstenmaier die Kirchheimer Realschule. Er begann im Anschluss daran eine kaufmännische Ausbildung in seiner Heimatstadt. Die inflationäre Entwicklung in Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre und die damit einhergehende angespannte finanzielle Lage der Familie hatten es ihm nicht erlaubt, ein Gymnasium zu besuchen. Erst im Alter von 23 Jahren war es Gerstenmaier möglich, die Hochschulreife nachzuholen, um das von ihm angestrebte Theologiestudium zu beginnen. Nach Ablegung des Abiturs am Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart nahm er 1931 das Studium in Tübingen auf und wechselte nach zwei Semestern an die Universität Rostock.

4 Gerstenmaier hatte im November 1934 federführend bei der Abfassung eines Protestschreibens gegen die Einsetzung des Reichsbischofs Ludwig Müller mitgewirkt. Vgl. Schreiben der Rostocker und Erlanger evangelischen Theologiestudenten an Ludwig Müller vom 23. November 1934, Bundesarchiv (BA), N 1266/1624. Im Streit um die Besetzung des Reichsbischofsamtes wurden die nationalsozialistischen Expansionsbestrebungen auf kirchlichem Gebiet evident. Die Auseinandersetzung zwischen dem vom Kirchenausschuss favorisierten Friedrich von Bodelschwingh und dem regimehörigen Pastor Müller um das Amt des Reichsbischofs hatte auch Gerstenmaier politisiert. Der Theologiestudent schlug sich in diesem Konflikt auf die Seite derer, die die massive staatliche Beeinflussung interner Entscheidungsprozesse der evangelischen Kirche ablehnten.

5 Gerstenmaier hatte im Verlauf des Wintersemesters 1933/34 um Aufnahme in die Rostocker Reiter-SA gebeten. Nach seiner Aussage war eine offizielle Aufnahme allerdings nie erfolgt: Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981, S. 42.

6 Aufgrund des wachsenden Druckes hatte Gerstenmaier im Sommer 1934 eingewilligt, der NSDAP beizutreten. Brief Gerstenmaiers an Hermann Brügelmann vom 2. Juni 1934, ACDP 01-210-005/1.

sehr kurzen Verdrängungsphase der dramatisch veränderten politischen Rahmenbedingungen über einen Zeitraum der »inneren Emigration«, die mit der Ablehnung von Teilaspekten des Nationalsozialismus einherging. Am Ende stand dann die bewusste Entscheidung, das Regime mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Der Übergang zwischen den beiden ersten Abschnitten verlief bei Gerstenmaier weitgehend fließend im ersten Jahrfünft der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft; seine Hinwendung zur politischen Opposition lässt sich indessen zeitlich konkreter einordnen. Als Anlass für die Entscheidung, den Nationalsozialismus zu bekämpfen, verwies Gerstenmaier, der nach Abschluss seines Studiums als Mitarbeiter in das Kirchliche Außenamt eingetreten war,⁷ auf den widerrechtlichen Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei im März 1939; dieser Schritt habe ihn endgültig vom Unrechtscharakter der Regierung überzeugt.⁸

Den Schritt zum aktiven Widerstand besiegelte Eugen Gerstenmaier schließlich durch seinen Anschluss an den Kreisauer Kreis 1942.⁹ Gemeinsam mit seinen oppositionellen Freunden erarbeitete er Konzepte einer christlich geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung für die post-nationalsozialistische Zeit. Im Mittelpunkt der Neuordnungspläne stand die Wiederherstellung der Menschenrechte und die Verknüpfung von »christlicher Lebenshaltung mit der Lösung der sozialen Frage«¹⁰. Eine fundamentale Bedeutung kam hierbei der Herausstellung des christlichen Glaubens als Kern und unverzichtbarer Grundlage der Staatskonzeption zu¹¹; eine Maxime, die von Gerstenmaier uneinge-

7 Gerstenmaiers Tätigkeit in dem von Bischof Theodor Heckel geleiteten Kirchlichen Außenamt von 1936 bis 1944 wird ausführlich in der von der Autorin 2002 vorgelegten (noch unveröffentlichten) Dissertation dargestellt: Daniela Gniss, *Eugen Gerstenmaier. Eine politische Biografie*.

8 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 114 sowie Günter Gaus, *Zur Person. Porträts in Frage und Antwort*, München 1964, S. 126.

9 Die ersten Kontakte zum Kreisauer Kreis hatte Gerstenmaier in einem Gespräch mit Helmut James Graf Moltke Anfang Juni 1942 in Berlin geknüpft; vier Monate später nahm er erstmals an einem Treffen auf Gut Kreisau teil. Die Initiative zum ersten Gespräch war von Moltke ausgegangen, der sich durch Gerstenmaier die Herstellung des Kontakts zu Bischof Wurm erhoffte. Damit wollte der Widerstandskreis auf evangelischer Seite ein Pendant zur Verbindung mit der katholischen Kirche schaffen, die vor allem zum Bischof von Berlin, Konrad Graf Preysing bestand. Barbara VON HAEFTEN, *Nichts Schriftliches von Politik. Hans Bernd von Haefen. Ein Lebensbericht*, München 1997, S. 71.

10 Hans MOMMSEN, *Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus Sicht des Kreisauer Kreises*, in: Peter STEINBACH/Johannes TUCHEL (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 246–261, hier S. 258.

11 Deutlich wird dies in den ersten drei Sätzen der Erklärung: »Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft. Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und

schränkt begrüßt wurde. Die Widerstandskämpfer betonten ferner die Notwendigkeit, Deutschland in ein politisch und wirtschaftlich geeintes Europa zu integrieren. Zwar erschienen einige Aspekte der erarbeiteten Entwürfe in der Retrospektive unausgereift,¹² doch prägten gerade die außenpolitischen Vorstellungen des Kreises das spätere parlamentarische Wirken Gerstenmaiers, wie besonders sein Einsatz für den europäischen Einigungsprozess unterstrich.

Gerstenmaiers konspirative Arbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die theoretische Befassung mit der Neuordnung eines vom Nationalsozialismus befreiten Landes. Er war davon überzeugt, dass es keine Alternative zur gewaltsamen Beseitigung des Diktators gab und der Kreisauer Kreis auch eine aktive Rolle bei der Vorbereitung eines Coup d'État zu spielen habe.¹³ Seine moralischen und religiösen Bedenken waren der Erkenntnis gewichen, dass die Ermordung Hitlers als unabdingbare Voraussetzung für den Sturz des Regimes und damit zur Verhinderung weiterer Verbrechen notwendig sei. Vor diesem Hintergrund unterstützte er Pläne eines gewaltsamen Vorgehens, wie sie von Claus Graf Schenck von Stauffenberg im Juli 1944 ausgeführt wurden. Gerstenmaier entschloss sich am Tag des Umsturzversuches sogar, das Hauptquartier der Verschwörer aufzusuchen und fand sich – als einziger Zivilist – am 20. Juli 1944 in der Bendlerstraße ein. Nach dem Scheitern des Putsches wurde er verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt. Es gelang ihm jedoch, in der unter dem Vorsitz von Roland Freisler geführten Verhandlung des Volksgerichtshofes überzeugend die Rolle des weltfremden Theologen zu spielen, dem die Tragweite der in Kreisau erarbeiteten Umsturzpläne nicht bewusst gewesen sei.¹⁴ Im Gegensatz zur großen Mehrheit seiner Mitverschwö-

Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.« Grundsätze für die Neuordnung vom 9. August 1943, S. 1. Eine Abschrift des Dokumentes findet sich in einer Zusammenstellung der Intentionen und Ergebnisse des Kreisauer Kreises von Freya Moltke und Marion Yorck vom 15. Oktober 1945, Anlage V, ACDP 01-210-009; gedr. in: Freya von MOLTKE/Michael BALFOUR/Julian FRISBY, *Helmuth James von Moltke 1907–1945, Anwalt der Zukunft*, Stuttgart 1975, S. 235.

12 Eugen Gerstenmaier selbst bezeichnete in seinen Memoiren beispielsweise die Pläne des Kreisauer Kreises zum Staatsaufbau als »originell«, aber nicht »durchführbar«. E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 161. Auch die Denksätze zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes beurteilte er später kritisch, wie er Marion Gräfin Yorck von Wartenburg in einem Schreiben vom 7. Juli 1967 mitteilte: »... wie halbgar mir insbesondere die Ideen unserer Betriebsgewerkschaft mit ihrem verschwommenen Eigentumsbegriff, der unklaren Betriebsbestimmung etc. schon lange erscheinen. Damals verstand ich es halt nicht besser. Keiner von uns kam aus der Wirtschaft. Überhaupt hatten wir anderes im Kopf«. ACDP 01-210-040/2.

13 Vgl. dazu: Eugen GERSTENMAIER, *Der Kreisauer Kreis. Zu dem Buch Gerrit van Roons »Neuordnung im Widerstand«*, in: VfZ 15 (1967), S. 221–246.

14 Die Verhandlung gegen die Mitglieder des Kreisauer Kreises wurde in zwei Gruppen unterteilt. Gerstenmaier hatte sich mit Helmuth von Moltke, Alfred Delp, den der Zorn Freislers in besonderem Maße traf, und den in losem Kontakt mit der Widerstandsgruppe

rer wurde er deshalb nicht zum Tode verurteilt, sondern erhielt eine siebenjährige Zuchthausstrafe.¹⁵ Zunächst in Tegel, dann in Bayreuth inhaftiert, wurde er im April 1945 durch die vorrückenden amerikanischen Truppen befreit.

Nach Kriegsende engagierte sich Gerstenmaier zunächst nicht parteipolitisch. Da im Nachkriegsdeutschland vor allem pragmatisches Handeln zur Linderung der größten Not erforderlich war, wandte er sich der karitativen Arbeit zu. Hilfeleistungen für das am Boden liegende Land waren in der Tat das Gebot der Stunde. Zwar war Deutschland von der Diktatur befreit worden, doch erst, nachdem die Waffen endlich schwiegen, offenbarte sich das ganze Ausmaß der Zerstörung. Gerstenmaier setzte sich deshalb energisch für die Errichtung eines kirchlichen Hilfswerks ein, um den Wiederaufbau voranzutreiben. Anlässlich der ersten Konferenz evangelischer Kirchenführer nach Kriegsende im August 1945 in Treysa trug er die Eckpunkte einer zu gründenden karitativen Einrichtung vor, die er gemeinsam mit Vertretern des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖKR) in Genf erarbeitet hatte. Besonderen Wert legte er darauf, den kirchlichen Beistand nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. In diesem Sinne bezeichnete er das zu initiiierende Hilfswerk als »*Versuch, diese Selbsthilfe über den ganzen deutschen Volksboden hin in Gang zu bringen*«¹⁶. Diese Konzeption wurde ohne längere Aussprache von den Kirchenführern akzeptiert und Gerstenmaier mit der Leitungsaufgabe beauftragt.

Für die Abwicklung der administrativen Arbeit des Hilfswerks, dem die »*organisatorische Zusammenfassung der gesamten karitativen Aktivität der Evangelischen Kirche auf deutschem Boden*«¹⁷ oblag, wurde in Stuttgart ein Zentralbüro eingerichtet. Gerstenmaier selbst fasste seine Situation 1945 mit den Worten zusammen: »*Ich wurde zum Leiter des Hilfswerks bestellt. Den Segen der Kirche hatte ich. Sonst nichts.*«¹⁸ Er bemühte sich in der Anfangszeit deshalb vor allem um die Einwerbung von Spenden und die Distribution von

stehenden Franz Sperr, Josef Ernst Fugger von Glött und Franz Reiser in der vom 9. bis 11. Januar dauernden Hauptverhandlung zu verantworten.

- 15 Urteil des Volksgerichtshofes vom 11. Januar 1945. BA, N 1263/339, Bl. 70–73; *Spiegelbild einer Verschwörung*, hg. v. Hans-Adolf JACOBSEN, Stuttgart 1984, S. 704ff. Nicht nur Gerstenmaier fragte sich, warum der Volksgerichtshof dieses relativ milde Urteil ausgesprochen hatte, nachdem »weit weniger belastete Freunde« von Freisler in den Tod geschickt worden waren. Bericht Eugen Gerstenmaiers zum Umsturzversuch des 20. Juli 1944 in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. Juni 1945. Diese Frage wurde auch nach Beendigung des Krieges von Gegnern Gerstenmaiers immer wieder aufgeworfen.
- 16 Ausführungen Gerstenmaiers zum »Ausbau des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland«, in: Fritz SÖHLMANN (Hg.), *Treysa 1945. Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer*, Lüneburg 1946, S. 83.
- 17 So Gerstenmaier in einer Mitteilung an die amerikanischen Alliierten am 27. September 1945. Gedr. in: Herbert KRIMM, *Quellen zur Geschichte der Diakonie*, Bd. 3, Stuttgart 1966, S. 196.
- 18 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 245.

Hilfsgütern. Seine Tätigkeit in den folgenden Jahren erfolgte nach Ansicht seiner innerkirchlichen Kritiker allerdings zu häufig nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel. Gerstenmaiers Hang zum Zentralismus und seine Bemühungen, eine Expansion des ursprünglich karitativen Aufgabenbereichs des Hilfswerks in den sozialpolitischen Sektor zu erreichen,¹⁹ erregten in der Kirche zunehmend Unmut.²⁰ Die Querelen um seine Person und seine Erkenntnis, in der EKD nicht mehr über ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten zu verfügen, ließen ihn 1949 einen Wechsel in die Politik erwägen. Auch seine leitenden Mitarbeiter in Stuttgart bestärkten ihn darin, dass die als notwendig erachteten gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Fortsetzung der Hilfswerkarbeit durch sein politisches Engagement zügiger erreicht werden könnten. Sein schließlich Ende Juli 1949 gefasster Entschluss, die ihm von der nordwürttembergischen CDU angetragene Bundestagskandidatur anzunehmen, diente daher primär der Fortführung seines sozialpolitischen Engagements.²¹

Der Beginn der parlamentarischen Arbeit in Bonn

Der Einstieg Gerstenmaiers in die Politik war so wohl nur im Nachkriegsdeutschland möglich, als sich das Parlament besonders offen für Quer- und Seiteneinsteiger zeigte.²² Die Christdemokraten nahmen den politischen Neuling, der sich im Bundestagswahlkampf 1949 mit hauchdünnem Vorsprung gegen seinen liberalen Mitbewerber im bäuerlich geprägten Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall durchgesetzt hatte,²³ gerne in ihre Reihen auf. Die CDU-Fraktion versuchte, sich die integrative Kraft Gerstenmaiers in mehreren

19 Die allgemeine Notlage veranlasste das Zentralbüro auch die Bereiche Wohnraum- und Arbeitsplatzbeschaffung aufzugreifen. Mit der Angliederung einer Siedlungsgesellschaft, eines Wirtschaftsbetriebs sowie eines evangelischen Verlagswerks wurde eine Ausdehnung des Hilfswerks erreicht, die weit über den eigentlich karitativen Charakter hinausging und eine Ausweitung des Organisationsapparats der Stuttgarter Zentrale nach sich zog.

20 Der von Gerstenmaier vorangetriebene Ausbau seiner Organisation ließ besonders die Innere Mission um ihren angestammten Platz auf dem Gebiet der kirchlichen Wohlfahrt bangen. Zu Querelen kam es in der Folgezeit auch mit den Landeskirchenleitungen, die einen größeren Spielraum für eigenverantwortliches Handeln einforderten, sowie mit der Kirchenkanzlei.

21 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 293f.

22 Zur Berufsstruktur der Bundestagsabgeordneten in der 1. Legislaturperiode vgl.: *Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–199*, bearb. v. Christian HANDSCHELL (Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, 12/1), Düsseldorf 2002, S. 250–253.

23 Eugen Gerstenmaier hatte im Wahlkreis 10 einen Vorsprung von nur 617 Stimmen gegenüber dem DVP-Kandidaten Georg Schuster erzielt. Statistische Zusammenstellung des *Murrtaal-Boten* v. 15. August 1949.

Bereichen zunutze zu machen. So diente der Leiter des Evangelischen Hilfswerks²⁴ aufgrund seiner karitativen Arbeit in besonderem Maße als Integrationsfigur für die Bevölkerungsgruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen. Zudem wurden seine starken kirchlichen Bindungen von der CDU als wertvoll erachtet. Gerstenmaiers Einzug in das Parlament erwies sich deshalb nicht nur bei der Erfüllung des von Konrad Adenauer sorgsam geachteten Konfessionsproporz innerhalb der Bundestagsfraktion als hilfreich. Der überregional bekannte Schwabe diente als protestantische Leitfigur und unterstrich das christdemokratische Bestreben, der evangelischen Wahlbevölkerung politische Heimat sein zu wollen. Aufgrund seiner langjährigen kirchlichen Arbeit fungierte der Theologe zudem als Vermittler zwischen Partei und EKD-Führungsspitze.²⁵

Über seine Rolle als Integrationsfigur hinaus trugen Gerstenmaiers rhetorische Fähigkeiten, verbunden mit der Tatsache, dass er als Verfolgter des Nationalsozialismus politisch unbelastet war, zu seinem raschen Aufstieg in der Fraktion bei. So wurde er bereits in der ersten Legislaturperiode stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. 1953 übernahm er als Nachfolger von Carlo Schmid sogar den Vorsitz dieses bedeutsamen Gremiums. Der Tätigkeit in diesem Ausschuss maß der schwäbische Abgeordnete in seiner politischen Arbeit besondere Bedeutung bei. Er engagierte sich ferner stark in der Europapolitik. Die Beschäftigung mit außenpolitischen Themen, insbesondere mit der europäischen Einigung und der Einbindung Deutschlands in die Völkergemeinschaft, waren wesentliche Anliegen, denen er sich seit seiner Mitarbeit im Kreisauer Kreis verbunden fühlte. Er war sich zudem bewusst, dass zahlreiche nationale Probleme, wie beispielsweise die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen, nur im internationalen Austausch gelöst werden konnten.²⁶ Er begrüßte vor diesem Hintergrund deshalb auch uneingeschränkt die im Juli 1950 erfolgte Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat.²⁷

24 Eugen Gerstenmaier übte noch bis Herbst 1951 parallel zu seiner Arbeit als Parlamentarier die Leitungsfunktion im Stuttgarter Zentralbüro des Hilfswerks aus.

25 Gerstenmaier verfügte zudem als Mitbegründer der Zeitschrift »Christ und Welt« seit Sommer 1948 über ein Standbein auf dem Zeitungsmarkt. Der Politiker war zwar nicht in die redaktionelle Bearbeitung des Blattes eingebunden, er verteidigte aber dessen protestantisch konservatives Profil und artikulierte mitunter in Artikeln seine politische Meinung. Der Einfluss der christlich geprägten Zeitung auf die öffentliche Meinung war Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren durchaus beträchtlich. Vgl. Klaus MEHNERT, *Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981*, Stuttgart 1981, S. 332f.

26 Interview Eugen Gerstenmaiers in: *Der Neubürger. Mitteilungen für Heimatvertriebene*, 4. Jg., Nr. 9 v. September 1950.

27 Rede Gerstenmaiers vor dem Deutschen Bundestag vom 15. November 1949, BT, Sten. Ber. 1. WP, S. 411.

Gerstenmaiers außenpolitische Vorstellungen waren zu Beginn der fünfziger Jahre deckungsgleich mit der Politik Adenauers. Die Bundesregierung strebte eine rasche und vollständige Einbindung Deutschlands in den Westen an und hoffte, damit die militärische Sicherheit sowie die internationale Gleichberechtigung des Landes zu erreichen. Wie der Bundeskanzler so hielt Gerstenmaier eine deutsche Wiedervereinigung nur im europäischen Rahmen und mit der vollen »*Unterstützung der westlichen Gemeinschaft*«²⁸ für möglich. Diese Überzeugung artikuliert er auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Europarats von 1950 bis 1954.²⁹ Im August 1950 sprach er als erster Deutscher vor dem Straßburger Gremium. In seiner auf deutsch gehaltenen Rede – ein weiteres Novum im Kreis des Europarats – bekundete Gerstenmaier die deutsche Bereitschaft zur Beteiligung an einem europäischen Verteidigungskonzept.³⁰ Er vertrat diese Überzeugung in einer Zeit, in der sich die Bevölkerung nach den überwundenen Schrecken des Krieges zu einem großen Teil gegen eine Wiederbewaffnung aussprach. Das Echo auf seine Ausführungen in Deutschland war geteilt. Während ihm vor allem von Vertretern der evangelischen Kirche heftige Kritik entgegenschlug, gab es in den Medien auch durchaus positive Reaktionen. Seine entschiedene Ansprache nahmen zumindest die nicht-oppositionellen bundesdeutschen Blätter zum Anlass, den CDU-Abgeordneten nicht mehr nur als Leiter des Evangelischen Hilfswerks und Fachmann für Flüchtlingsfragen wahrzunehmen, sondern ihn als einen der Aktivposten deutscher Außenpolitik herauszustellen.³¹

Zum außenpolitischen Kurs Adenauers sah Gerstenmaier zu diesem Zeitpunkt prinzipiell keine Alternative,³² und er bekämpfte leidenschaftlich alle Ansätze einer Neutralitätspolitik.³³ Die Ansichten der Kritiker der Westintegration und Wiederbewaffnung stuft er geradezu als gefährlich ein. Er bezeichnete die Hoffnung, durch die Abkehr vom Kurs der Westbindung einen

28 Rede Gerstenmaiers auf dem 5. Bundesparteitag der CDU in Köln am 29. Mai 1954, gedr. in: CDU, 5. Bundesparteitag, Bonn 1954, S. 48–56, hier S. 53.

29 Eugen Gerstenmaier war einer von 18 Vertretern, die die Bundesrepublik Deutschland im Straßburger Gremium, dem ersten europäischen Parlament, repräsentierten.

30 Rede Gerstenmaiers vor dem Europarat am 9. August 1950. Die Kernpassage seines Redebeitrages, die im offiziellen Sitzungsprotokoll ins Englische übersetzt worden war, lautete: »We shall not expect others to defend us without being ourselves ready to take part in this defence on a footing of equality and justice.« Council of Europe Consultative Assembly. Second Session, 7.–28. August 1950. Reports, Part I, Straßburg 1950, S. 73.

31 Vgl. *Rheinische Post* vom 14. August 1950 sowie *Die Zeit* vom 17. August 1950.

32 In einem Brief an Gerhard Ritter vom 29. März 1952 erklärte Gerstenmaier, dass er Adenauers Außenpolitik immer »energisch und entschlossen« vertreten habe; BA, N 1166/339.

33 In einer Besprechung von CDU-Politikern mit dem Bundeskanzler bekräftigte Gerstenmaier, dass seitens der Christdemokraten gegen die Neutralisierungsthese Stellung genommen werden müsse. Otto LENZ: *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953*, bearb. v. Klaus Gotto u. a. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 11), Düsseldorf 1989, S. 128, Eintrag vom 11. August 1951.

Friedensvertrag sowie ein geeintes Deutschland erreichen zu können, als frommen Wunsch ohne jegliche Aussicht auf Erfolg.³⁴ Der CDU-Politiker war der festen Überzeugung, dass nur durch ein militärisches Gleichgewicht sowjetische Zugeständnisse und damit mittelfristig eine Vereinigung beider Teile Deutschlands erzielt werden könnten. Aufgrund dieses Votums für eine Politik der Stärke war es für ihn nur konsequent, die bundesdeutsche Wiederbewaffnung als Mittel zur Stabilisierung des Friedens in Europa zu charakterisieren und sie als zwingend notwendig zur Verhütung eines von Moskau gesteuerten militärischen Angriffs auf die Bundesrepublik zu bezeichnen.

Im Zuge der Befürwortung des außenpolitischen Regierungskurses avancierte Gerstenmaier in der Auseinandersetzung um den Deutschland- und EVG-Vertrag³⁵ auch zu einer wichtigen Stütze des Kanzlers.³⁶ Bedeutende inhaltliche Diskrepanzen zwischen seinen Ansichten und den von Adenauer ausgehandelten Vertragstexten gab es nicht. So zählte der Abgeordnete aus Backnang beispielsweise nicht zu den fraktionsinternen Kritikern der Bindungsklausel,³⁷ sondern er verteidigte auch innerhalb der eigenen Reihen den Kurs des Bundeskanzlers. Diese loyale Haltung zur Regierungspolitik und seine unumschränkte Zustimmung zum eingeschlagenen Kurs der Westintegra-

34 Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gustav Heinemann vom 15. Januar 1952, BA, N 1166/339.

35 Zur Diskussion über dieses Vertragswerk vgl.: Karl DOEHRING, *Deutschlandvertrag, westliches Bündnis und Wiedervereinigung*, Berlin 1985; Lutz KÖLLNER, *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, Bd. 2: *Die EVG-Phase*, München 2001.

36 Eugen Gerstenmaier zählte zu einem kleinen Kreis von Abgeordneten aus der Koalition, denen die Vertragstexte unter Wahrung höchster Vertraulichkeit frühzeitig mitgeteilt wurden. Vgl. Kurt Georg KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre: Erinnerungen 1904–1958*, Stuttgart 1989, S. 428f.

37 Zum Wortlaut des umstrittenen Artikels 7 Abs. 3 vgl.: *Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1963*, hg. v. Auswärtigen Amt, Köln 1999, S. 197. Bis zum Einlenken Adenauers war der Protest gegen die Bindungsklausel vor allem von Kaiser und Brentano sowie von Blücher und Dehler vorgebracht worden. Die Streichung von Artikel 7 des Deutschlandvertrages wurde aufgrund der massiven Einwände letztlich beschlossen, obwohl die Mehrheit im Kabinett ursprünglich für die Beibehaltung der Klausel votiert hatte. Vgl. Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 26), Düsseldorf 1993, S. 27. Gerstenmaier hatte sich auf der Kabinettsitzung vom 20. Mai 1952 gemeinsam mit den Fraktionskollegen Fritz Schäffer, Robert Lehr und Ludwig Erhard sowie Hans-Christoph Seebohm und Hans-Joachim von Merkatz (beide DP) für die Beibehaltung von Artikel 7, 3 ausgesprochen. Vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 5 (1952), bearb. v. Kai von JENA, Boppard 1989, S. 348. Einziger Kritikpunkt Gerstenmaiers war die Formulierung von Artikel 5 des Deutschlandvertrages, da er für den Fall eines Notstandes befürchtete, das souveräne Land könne wieder in den Status eines »politischen Objekts« zurückfallen. Gerstenmaier in der Kabinettsitzung vom 10. Mai 1952, O. LENZ (wie Anm. 33), S. 319.

tion sowie in der Remilitarisierungsdebatte steigerten die Wertschätzung, die Gerstenmaier in dieser Phase bei Konrad Adenauer genoss.

In der Nachfolge Hermann Ehlers

Auf diesen zuverlässigen Gefolgsmann fiel daher folgerichtig die Wahl des Regierungschefs, als im November 1954, nach dem unerwarteten Tod von Hermann Ehlers, die Neubesetzung des Amtes des Bundestagspräsidenten anstand. In der drängenden Frage der Nachfolge schien Konrad Adenauer von Anfang an Eugen Gerstenmaier als seinen Wunschkandidaten im Auge gehabt zu haben.³⁸ Der zu diesem Zeitpunkt 48-Jährige vereinte in seiner Person vor allem zwei Vorzüge, die dem Kanzler bei der Besetzung des zweithöchsten Staatsamtes wichtig waren: Er hatte im Verlauf seiner rund fünfjährigen Parlamentszugehörigkeit das Vertrauen Adenauers durch die Unterstützung der Regierungspolitik gewonnen. Ferner war mit der Wahl des Protestanten Gerstenmaier der von der Union angestrebte Konfessionsproporz gewahrt. Dennoch war der Vorschlag des Bundeskanzlers, Gerstenmaier zum Nachfolger von Hermann Ehlers zu küren, in den eigenen Reihen umstritten. Doch Adenauer vermochte den Widerstand der Unionsfraktion, die zunächst Ernst Lemmer favorisiert hatte, zu brechen.³⁹ Ferner gelang es ihm, den zögernden Gerstenmaier von der Notwendigkeit seiner Kandidatur zu überzeugen.

Aber auch die Opposition wehrte sich gegen den Wahlvorschlag, da der streitbare Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt als »hundertfünfzigprozentiger Adenauer-Mann«⁴⁰ galt. Gerstenmaier zeigte durchaus Verständnis für die Vorbehalte der SPD und räumte später selbst ein, dass er nicht zuletzt aufgrund seiner Haltung in der Saarfrage sowie seines Eintretens für einen deutschen Verteidigungsbeitrag als »Partei­gänger«⁴¹ des Bundeskanzlers gegolten habe. Die Zweifel der Opposition, ob der CDU-Politiker zu einer objektiven Amtsführung in der Lage sei, waren durchaus nachvollziehbar. Gerstenmaier re­prä­sen­tierte einen neuen Typ des Parlamentspräsidenten. Im Unterschied zu

38 Ein erstes Gespräch über die Nachfolge fand bereits unmittelbar nach der Bestattung Ehlers' während der Rückreise im Zug von Oldenburg nach Bonn zwischen Adenauer, Kiesinger, Brentano, Globke, Blankenhorn und Gerstenmaier statt. Bereits zu diesem Zeitpunkt kristallisierte sich heraus, dass letzterer nach dem Willen Konrad Adenauers neuer Bundestagspräsident werden sollte. Vgl. Hans VON HERWARTH, *Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen*, Berlin 1990, S. 160.

39 Lemmer berichtet in seinen Erinnerungen, dass Adenauer sich »mit seiner ganzen Autorität« gegen eine Kandidatur Lemmers ausgesprochen habe und mit »gewohnter Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit« gegen das Votum der Fraktion vorgegangen sei. Ernst LEMMER, *Manches war doch anders*, Frankfurt/M. 1968, S. 347.

40 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1994, S. 15.

41 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 356.

dem im Amt überforderten Erich Köhler⁴² und dem evangelischen »Kulturkämpfer«⁴³ Ehlers war mit Gerstenmaier ein ausgewiesener Parteipolitiker als Kandidat aufgestellt worden, dessen prononcierte Äußerungen zu Kernthemen deutscher Politik Widerspruch herausforderten.

Der Widerstand in der Union und bei der parlamentarischen Opposition gegen Gerstenmaier wurde bei der Wahl des Bundestagspräsidenten am 16. November 1954 deutlich. Drei Wahlgänge waren notwendig, um den Nachfolger von Hermann Ehlers zu küren. Ein beträchtlicher Teil der Unionsabgeordneten hatte ihrem Parteifreund selbst im zweiten und dritten Wahlgang die Unterstützung verweigert,⁴⁴ ein Umstand, der Gerstenmaier besonders verletzte. Trotz der unrühmlichen Begleitumstände seiner Wahl schlug der »Präsident durch Kaiserschnitt«⁴⁵ in seiner Antrittsrede versöhnliche Töne an, indem er auf die zur Arbeit im Parlament notwendige Toleranz im Umgang miteinander hinwies.

Schon in seiner Antrittsrede waren die Eckpunkte seiner Amtsführung deutlich angeklungen: Er betonte nachdrücklich die essentielle Rolle des Bundestags als Stütze des demokratischen Rechtsstaats.⁴⁶ Dahinter stand sein Wunsch, die parlamentarische Auseinandersetzung von ihrem negativen Image als vermeintlich unproduktives Parteiengezänk zu befreien. Ihm war ferner daran gelegen, all jene Kritiker eines Besseren zu belehren, die Zweifel hegten, ob der kämpferische CDU-Politiker und Adenauer-Vertraute in der Lage sein würde, sein Amt unparteiisch auszuüben. Das Bestreben des neuen Bundestagspräsidenten, den Respekt zu gewinnen, den sein Vorgänger genossen hatte,⁴⁷ war unverkennbar. Gerstenmaier gelang es indes rasch, die Vor-

42 Erich Köhler (CDU) legte sein Amt nach nur rund 13 Monaten am 18. Oktober 1950 nieder. Die SPD-Fraktion hatte die offenkundige Überforderung des Bundestagspräsidenten mit einem Antrag vom 16. März 1950 zum Ausdruck gebracht, in der Köhler ersucht wurde, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Diese Vorlage wurde allerdings nicht zur Abstimmung zugelassen, da sie von der Mehrheit der Parlamentarier als rechtlich nicht haltbar erachtet worden war. Vgl. Karl-Heinz KLEINSCHNITTGER, *Die rechtliche Stellung des Bundestagspräsidenten*, Münster 1962, S. 27f.

43 Meier subsumiert mit dieser Bezeichnung den Ehlers gemachten Vorwurf, er sei ein Verfechter des militanten Protestantismus gewesen. Andreas MEIER, *Hermann Ehlers. Ein Leben in Kirche und Politik*, Bonn 1991, S. 359.

44 Nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von 14 Stimmen vermochte sich Gerstenmaier gegen Lemmer, den Mitbewerber aus der eigenen Partei, durchzusetzen, obwohl sich die Regierung auf eine Zweidrittelmehrheit im Parlament stützen konnte. Gerstenmaier wurde mit 204 gegen 190 Stimmen bei 15 Enthaltungen zum Bundestagspräsidenten gewählt. BT, Sten. Ber. 2. WP, 55. Sitzung v. 16. November 1954, S. 2698.

45 So die von FDP-Politiker Pfleiderer gewählte Bezeichnung für den neu gewählten Parlamentspräsidenten. *National-Zeitung*, Basel, vom 17. November 1954.

46 BT, Sten. Ber. 2. WP, 55. Sitzung, S. 2698f.

47 Ehlers war 1953 mit 93,2 % der Stimmen als Parlamentspräsident wiedergewählt worden; *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999*, bearb. v. Peter SCHINDLER, CD-ROM, Bonn 2000, S. 869.

behalte gegen ihn auszuräumen,⁴⁸ wie die hohen Zustimmungsraten durch die Opposition bei seinen drei Wiederwahlen zwischen 1957 und 1965 belegen.⁴⁹

Gerstenmaiers Bemühungen im neuen Amt waren durch sein Parlamentarismusverständnis getragen. Vor allem unterstrich er die Bedeutung von Artikel 38 des Grundgesetzes⁵⁰ als »Polarstern des freiheitlichen Parlamentarismus«⁵¹. Es war ihm wichtig, sich für die Rechte der Parlamentarier einzusetzen. Seinen Ansatz, eine Stärkung des Parlaments zulasten der Exekutive zu erreichen,⁵² vermochte er allerdings wegen des Widerstands seitens der Regierung nur in Ansätzen zu realisieren. Ein weiteres Anliegen Gerstenmaiers war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abgeordneten, um ein modernes, effizienter arbeitendes Parlament sicherzustellen. Ausdruck fand sein diesbezügliches Bestreben vor allem in seinen langjährigen Bemühungen um den schließlich 1966 begonnenen Bau eines Abgeordnetenhochhauses, des im Volksmund als »Langer Eugen« bezeichneten Gebäudes. Ebenso setzte sich der Bundestagspräsident für eine Belebung der Debatten im »Hohen Haus« ein. Doch scheiterte er mit seinem Wunsch, der Bundestag möge sich vermehrt am Debattierstil des britischen Unterhauses orientieren, an dem quer durch alle Fraktionen gehenden Widerstand.⁵³ Er bemühte sich deshalb – beispielsweise durch die Einführung der Aktuellen Stunde – den Sitzungsverlauf zu modifizieren; eine einschneidende Parlamentsreform vermochte er allerdings nicht auf den Weg zu bringen.

48 Carlo Schmid merkte zur Amtsführung von Gerstenmaier an: »Eugen Gerstenmaier wurde ein guter Präsident des deutschen Parlaments, der es auch politisch Andersdenkenden gegenüber nie an Loyalität fehlen ließ, sie vielleicht sogar – aus Furcht, sich von seinen Neigungen treiben zu lassen – in Zweifelsfällen eher begünstigte.« Carlo SCHMID, *Erinnerungen*, 2. Aufl. Bern 1980, S. 562.

49 Gerstenmaier wurde bei den Wiederwahlen zwischen 1957, 1961 und 1965 mit 88,5 %, 91,9 % und 75,8 % der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt; *Datenhandbuch 1949–1999* (wie Anm. 47), S. 869.

50 Art. 38,1 GG bestimmt, dass die Bundestagsabgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes an »Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen« sind.

51 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 369.

52 Da es nicht in der Macht des Präsidenten der Volksvertretung lag, die Regierung zu einer intensiveren Einbindung der Abgeordneten zu bewegen, versuchte Gerstenmaier zumindest die Unterrichtung der Parlamentarier zu verbessern. Auf seine Anregung hin erfolgte deshalb die Neugestaltung der Fragestunde Ende Juni 1960 sowie die Einrichtung einer »Aktuellen Stunde« im Januar 1965, um den Informationsfluss zwischen Kabinett und Parlamentariern zu verbessern. Vgl. Hans TROSSMANN, *Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Kommentar*, Bonn 1967, S. 12f., 113.

53 Gerstenmaier versuchte eine zeitnähere Auseinandersetzung mit den anstehenden Problemen und damit eine aktuellere politische Debatte im Bundestag durch einen flexibleren Ablauf der Sitzungen zu erzielen. Tagespolitische Themen sollten in einer zeitlich begrenzten Debatte im Plenum ohne den Terminzwang einer Großen Anfrage oder einer Fragestunde behandelt werden können. Vorschlag Gerstenmaiers an die Fraktionsvorsitzenden vom 16. Oktober 1964, AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1316.

Erfolgreich war der CDU-Politiker im Verlauf seiner rund 14-jährigen Amtszeit hingegen bei der parlamentarischen Selbstdarstellung. Sein Anliegen, den Sitzungen einen »würdevollen Stil«⁵⁴ zu verleihen, ging jedoch über einen reinen Selbstzweck hinaus. Vielmehr wurde hierdurch das neu gewonnene Selbstbewusstsein der in der Rechtsstaatlichkeit verankerten jungen Bundesrepublik dokumentiert, die sich zunehmend an den großen europäischen Demokratien Frankreich oder Großbritannien orientierte. Sowohl die von Gerstenmaier angeregten Modalitäten des Einzugs des Präsidenten in den Plenarsaal, der durch ein akustisches Zeichen angekündigt wurde, als auch das Erheben der Abgeordneten bis zur offiziellen Eröffnung der Sitzung fanden die Zustimmung der Volksvertreter jeglicher Couleur.⁵⁵

Ein Kernpunkt der Amtszeit Gerstenmaiers jenseits der Regelung des parlamentarischen Miteinanders war sein stetes Eintreten für die deutsche Einheit. Deutlich wurde dieses Engagement vor allem durch seine Entscheidung, verstärkt Bundestags- bzw. Ausschusssitzungen in Berlin anzuberaumen. Unter keinem anderen Bundestagspräsidenten bis zur Vereinigung 1990 zeigte die deutsche Volksvertretung mehr »demonstrative Bundespräsenz«⁵⁶ in der ehemaligen Reichshauptstadt als unter Eugen Gerstenmaier. Er hoffte so das Wiedervereinigungsgebot und Berlins Rolle als Hauptstadt Deutschlands zu betonen. Beharrlich ließ er sich in diesem Ansinnen weder von sowjetischen noch von Ostberliner Drohgebärden abhalten.⁵⁷

Von den Eckwerten seines eigenen politischen Koordinatensystems wich Eugen Gerstenmaier auch als Repräsentant des Bundestags im Ausland nicht ab. Die diplomatischen Bemühungen außerhalb der deutschen Grenzen waren dem Parlamentspräsidenten besonders wichtig, gaben sie ihm doch die Möglichkeit, auf außenpolitischem Sektor aktiv zu werden. Denn trotz seines von Amts wegen beschränkten Aktionsradius vermochte er es, bei Auslandsreisen persönliche Akzente zu setzen. Die von ihm vor seiner politischen Arbeit gesammelten Erfahrungen als Kirchenmann, Mitglied des Kreisauer Kreises und Leiter des Hilfswerks machten den CDU-Politiker im Ausland zu einem ge-

54 Gerstenmaier erläutert in seinen Memoiren, dass der Anstoß zur Änderung des Sitzungsablaufs von Thomas Dehler ausgegangen sei; E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 366.

55 Protokoll der 46. Ältestenratssitzung vom 19. Januar und der 49. Ältestenratssitzung vom 26. Januar 1955; Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

56 *Datenhandbuch* (wie Anm. 47), S. 1499. Allein in der 5. Legislaturperiode wurden insgesamt 634 Sitzungen in Berlin abgehalten. Darunter fielen sowohl Plenarsitzungen als auch Zusammenkünfte von Ältestenrat, Präsidium und Fraktionen und in besonderem Maße Ausschusssitzungen; EBD. S. 1500.

57 Vgl. Franz MÖLLER, *Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969*, in: HPM 9 (2002), S. 95–126

schätzten Gast.⁵⁸ Vor allem im Hinblick auf das besondere Verhältnis der Bundesrepublik zum jungen Staat Israel erleichterte die Vita des Bundestagspräsidenten die ersten Schritte auf dem dünnen diplomatischen Eis. Aber auch bei Staatsbesuchen in Ländern, die unter der nationalsozialistischen Besetzung im zweiten Weltkrieg gelitten hatten, vermochte Gerstenmaier es, Vorbehalte abzubauen und glaubhaft die deutsche Wandlung zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit zu verkörpern.

Der CDU-Politiker Gerstenmaier

Im Unterschied zu seiner Tätigkeit als Parlamentspräsident war Gerstenmaiers parteipolitisches Wirken wenig erfolgreich. Das Verhältnis zu seiner Partei war seit seiner Amtsübernahme im November 1954 von Spannungen und Konflikten gekennzeichnet. War er in der ersten Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter vor allem in außenpolitischen Debatten kämpferisch für die Union aufgetreten und hatte mit harschen Worten an die Adresse der Opposition nicht geegzt, nahm er als Parlamentspräsident die überparteiliche Ausübung seines Amtes sehr ernst und distanzierte sich dadurch von seinen Fraktionskollegen. Im Laufe seiner Amtszeit galt Gerstenmaier in den eigenen Reihen zunehmend als unsicherer Kantonist, dem es schwer fiel, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen. Er repräsentierte den Typus des unabhängigen Parlamentariers, der sich seiner Partei zwar loyal verbunden fühlte, zugleich aber unter Berufung auf § 38 des Grundgesetzes bei wichtigen Fragen auf sein autonomes Entscheidungsrecht pochte. Auch war im gesamten Verlauf seiner parlamentarischen Tätigkeit stets eine Distanz zur Politik spürbar. Besonders deutlich wurde dies durch sein Beharren auf dem formalen Fortbestand seines kirchlichen Arbeitsverhältnisses bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1969. Sein eigenwilliger Charakter trug des Weiteren dazu bei, die Kluft zu seinen politischen Freunden zu vertiefen.

Auch die Gerstenmaier zuerkannte Rolle des »Parteitheoretikers« und »Chefidologen«⁵⁹ festigte eher seine Außenseiterposition. Denn obwohl er sich weiterhin als Parteipolitiker mit dem politischen Gegner auseinander setzte, lehnte er selbst in Wahlkampfzeiten schablonenartiges Denken ab. Ihm war

58 Noch Anfang der sechziger Jahre wurde bei der Berichterstattung seiner Auslandsreisen Gerstenmaiers Zugehörigkeit zum Widerstand unterstrichen, z. B. bei seinem offiziellen Besuch in Dänemark 1963; Bericht der deutschen Botschaft in Kopenhagen über die vom 18. bis 20. März dauernde Visite Gerstenmaiers an das AA v. 21. März 1963, ACDF 01-210-019/1.

59 *Die Welt* vom 20. September 1957. – Heinrich Krone in der Sitzung am 6. April 1961, Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, 1957–1961*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 24), Düsseldorf 1994, S. 897.

es vielmehr ein Anliegen, eine zeitgemäße, programmatische Weiterentwicklung der CDU sicherzustellen. Sein Wunsch nach Differenzierung fiel hingegen bei der CDU-Führungsspitze kaum auf fruchtbaren Boden. Der von Gerstenmaier verfochtene Ansatz, in großen, über die Tagespolitik hinausgehenden Linien zu denken, fand kaum Zustimmung in seiner Partei.

Das gespannte Verhältnis zu seinen Fraktionskollegen führte in letzter Konsequenz dazu, dass die evidenten Ambitionen Gerstenmaiers, als Kabinettsmitglied – vorzugsweise an der Spitze des Auswärtigen Amtes – aktiv in die Tagespolitik eingreifen zu können, zum Scheitern verurteilt waren. Zwar wurde er nach 1954 als potentieller Kandidat für eine Reihe einflussreicher politischer Ämter in der Öffentlichkeit gehandelt, doch fehlte ihm zur tatsächlichen Berufung der notwendige Rückhalt in der Union. Negativ gewertet wurde in den eigenen Reihen vor allem, dass der von den Grenzen seines Amtes zunehmend frustrierte Gerstenmaier mit eigenständigen Vorstößen auf außenpolitischem Feld auf sich aufmerksam machte. In der Tat suchte er bei seinen Initiativen zu wenig die Abstimmung mit seiner Fraktion. So stießen beispielsweise seine ost- und deutschlandpolitischen Konzeptionen, die eine flexiblere Ostpolitik – ohne sich dem Hegemonieanspruch der Sowjetunion zu beugen – vorsahen, auf heftigen Widerstand im Regierungslager. Seine Wandlung vom unkritischen Interpreten der Politik Adenauers zum selbstbewusst agierenden Bundestagspräsidenten, der sich in wichtigen politischen Fragen, wie etwa den Modalitäten eines Friedensvertrags, das Recht zur Einmischung nahm, kostete ihn in wachsendem Maße die Unterstützung der eigenen Partei. Gerstenmaiers cholerasches Temperament und seine Entschlossenheit, seiner Meinung auch gegen die Parteiräson Ausdruck zu verleihen, taten ihr Übriges, um seine Position zu schwächen.

Die Außenseiterrolle in der Unionsfraktion war letztlich dafür ausschlaggebend, dass Gerstenmaier der Sprung in eine Regierungsposition nicht gelang. Die Haltung der Bundestagsfraktion in Personalfragen war auch deshalb so entscheidend, da er in seiner Landespartei über wenig Rückhalt verfügte und den starken baden-württembergischen Verband nicht als Hausmacht nutzen konnte. Der politische Seiteneinsteiger hatte es versäumt, sich in seiner schwäbischen Heimat eine loyale Basis aufzubauen. Die Landespolitik war eindeutig nicht das Metier des Kirchheimers. Die Distanz zur CDU-Führungsspitze Baden-Württembergs ergab sich aus der Tatsache, dass Gerstenmaier als Abgeordneter der Bundespolitik eindeutig Priorität in seinem Wirken einräumte.⁶⁰ Er hatte es nicht vermocht, sich die Probleme seines bäuerlich ge-

60 Gerstenmaier hatte sich in deutlicher Form zum Stellenwert der Wahlkreisarbeit geäußert. Er war sogar der Auffassung, dass es mandatswidrig sei, wenn Bundestagsabgeordnete zu sehr von ihren Verpflichtungen auf Kreis- und Ortsparteebene in Anspruch genommen würden. Vgl. Wortprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises I (Grundsatzfragen – Fragen

prägten Wahlkreises zu Eigen zu machen und er blieb aufgrund seiner Konzentration auf die Bonner Politik der Mehrheit der nordwürttembergischen CDU fremd. Die guten Wahlergebnisse, die er dennoch ab Mitte der fünfziger Jahre für die CDU in Nordwürttemberg erzielen konnte, waren vor allem auf sein Renommee als stellvertretender Parteivorsitzender und amtierender Bundestagspräsident zurückzuführen. Mit dem Verlust dieser Positionen nach seiner Amtsniederlegung im Januar 1969 wurde aber schnell deutlich, wie oberflächlich die Unterstützung für ihn in seiner Heimat wirklich war.⁶¹

Seine Position innerhalb der Union war vor diesem Hintergrund stark von den CDU-Führungspersonlichkeiten auf Bundesebene abhängig. Der Rückhalt, den er bei seinen Parteifreunden genoss, stand und fiel mit der Durchsetzungskraft seiner Fürsprecher. Es bestand jedoch die Gefahr, das Wohlwollen dieser Personen durch Kritik an deren politischem Kurs zu verlieren und damit seine Stellung in Fraktion und Partei zu gefährden. Deutlich wurde diese Gratwanderung in Gerstenmaiers Verhältnis zu Konrad Adenauer. Die Beziehung, die vor November 1954 vonseiten des Abgeordneten aus Kirchheim durch eine weitgehend unkritische Unterstützung des Kanzlers geprägt war, begann sich nach seinem Wechsel auf den Stuhl des Parlamentspräsidenten zu verändern. Der einst loyale Gefolgsmann Adenauers entwickelte sich in der Folgezeit zu einem kritischen Wegbegleiter, der vor eigenständigen, auch im Gegensatz zur offiziellen Kabinettslinie stehenden politischen Meinungsäußerungen nicht zurückschreckte. Gerstenmaiers wachsender Anspruch, Adenauer auf gleicher Augenhöhe gegenüberzutreten zu wollen, veränderte das Verhältnis beider zueinander.

Bereits 1958 hatte es zwischen Adenauer und Gerstenmaier in Fragen der Außenpolitik ernsthafte Auseinandersetzungen gegeben, da letzterer den Bundeskanzler gedrängt hatte, einen flexibleren Entspannungskurs zu verfolgen.⁶² Darüber hinaus wurde das einstmals gute Verhältnis 1959 durch die Entscheidung des Bundestagspräsidenten belastet, kurz nach Ablauf des sowjetischen Berlin-Ultimatums die Bundesversammlung trotz lebhafter Proteste der Regierung nach Berlin einzuberufen. Auch in der »Präsidentenkrise« fand Gerstenmaier deutliche Worte. Als einer von wenigen innerhalb der Union hatte er den Mut gehabt, eine Kandidatur Adenauers für das Amt des Bundespräsidenten offen zu unterstützen, da er hierin die Chance eines ehrenhaften Ab-

der Parteiarbeit) des 12. Bundesparteitags der CDU in Hannover vom 15. März 1964, S. 124; ACDP 07-004-400/5.

61 Zur Kritik, die Gerstenmaier innerhalb der örtlichen CDU in seinem Wahlkreis entgegenschlug siehe u. a.: *Der Teckbote* vom 24. Januar 1969.

62 Zur Konfrontation zwischen Gerstenmaier und Adenauer im CDU/CSU-Fraktionsvorstand sowie im CDU-Bundesvorstand siehe H.-P. SCHWARZ, *Adenauer 2* (wie Anm. 40), S. 374f.

gangs für den Kanzler sah, dessen Rückzug von der Regierungsbank er für unausweichlich hielt.⁶³

Zu einer besonders heftigen Konfrontation zwischen Adenauer und Gerstenmaier kam es 1961. Der Bundestagspräsident hatte seine Ansprache zum Schluss der dritten Legislaturperiode des Bundestages am 30. Juni dazu genutzt, dem Plenum seine Vorschläge für einen Friedensplan mit den Alliierten zu erläutern. Er trat für Verhandlungen über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands sowie die Einigung in der Grenzfrage auch ohne vorherige Konsultationen zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ein.⁶⁴ Damit sprach er sich gegen den von der Bundesregierung als unumstößlich angesehenen Grundsatz aus, dass freie Wahlen die unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen darstellten. Gerstenmaier erwartete für diese Erklärung Anerkennung und Unterstützung von der Opposition, doch wurde er aus den eigenen Reihen scharf kritisiert. Besonders Außenminister Heinrich von Brentano sowie Bundeskanzler Adenauer beharrten auf der Haltung der Bundesregierung und zwangen Gerstenmaier in der Folgezeit zum partiellen Einlenken.⁶⁵

Die anfängliche Wertschätzung Adenauers schlug aufgrund der politischen Differenzen zunehmend in Misstrauen um.⁶⁶ Verstärkt wurde der Vertrauensverlust noch durch die positive Resonanz, die vor allem die deutschlandpolitischen Vorstellungen Gerstenmaiers bei der Opposition hervorriefen. Die Tatsache, dass der Bundestagspräsident die von Adenauer verfochtene harte Konfrontationslinie gegenüber den Sozialdemokraten in der Frage der Außenpolitik nicht mehr konsequent mittrug, ließ in der Union sogar Gerüchte laut werden, die dem politisch ambitionierten Gerstenmaier die Vorbereitung einer großen Koalition unterstellten.

Konrad Adenauer reagierte auf diesen Wandel, indem er dem Mann aus Kirchheim seine Hilfe bei anstehenden Personalentscheidungen entzog. Die Unterstützung, die er Gerstenmaier bei dessen Kandidatur um das Amt des

63 Daniel KOERFER, *Der Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 280–282.

64 Die Rede des Bundestagspräsidenten gipfelte in der Forderung, dass ein Friedensvertrag Klarheit zu schaffen habe, über 1. den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands, 2. die Reichsgrenzen und 3. es unerlässlich sei, das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechend der Charta der Vereinten Nationen zu garantieren. BT, Sten. Ber. 3. WP, 166. Sitzung, S. 9762–9766.

65 In einer Erklärung des CDU-Vorstandes wurde die Position Gerstenmaiers und seine »zu weitgehende Interpretation« der außenpolitischen Konzeption der Bundesrepublik »korrigiert«; *Süddeutsche Zeitung* vom 12. Juli 1961.

66 Besonders argwöhnisch beobachtete Adenauer die Initiativen Gerstenmaiers in der Deutschlandpolitik, wobei er unterstellte, dass Gerstenmaier »aus Geltungsbedürfnis« für einen von der offiziellen Regierungspolitik abweichenden Kurs eintrat. Zitiert nach: Michael LEMKE, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963*, Berlin 1995, S. 245.

Bundestagspräsidenten im November 1954 gewährt hatte, versagte er ihm nun. Adenauer machte keinen Hehl daraus, dass er Gerstenmaier nicht für geeignet hielt, eine politische Schlüsselposition zu bekleiden.⁶⁷ Eine aussichtssreiche Chance, seinen politischen Ehrgeiz zu verwirklichen und als Kabinettsmitglied in das tagespolitische Geschehen eingreifen zu können, bot sich Eugen Gerstenmaier deshalb erst nach dem Rückzug Adenauers vom Amt des Regierungschefs. 1963 wurde er als potientes Kabinettsmitglied gehandelt. Doch sein Herzenswunsch, das Amt des Bundestagspräsidenten gegen das des Außenministers unter Kanzler Ludwig Erhard einzutauschen, erfüllte sich nicht. Zwar hatte er Erhard bereits frühzeitig seine Unterstützung zugesichert,⁶⁸ doch entschied sich der neue Regierungschef, den bereits unter Adenauer amtierenden Außenminister Gerhard Schröder zu berufen. Die politischen Ambitionen Gerstenmaiers hatten erneut einen Dämpfer erhalten, und das anfangs einvernehmliche Verhältnis mit Ludwig Erhard verschlechterte sich in der Folge vor allem durch seine außenpolitischen Alleingänge rapide.⁶⁹ Der Bruch zwischen Parlamentspräsident und Regierungschef war am Ende der Kanzlerschaft Erhards nicht mehr zu kitten.

Die letzte Chance, seinen politischen Ehrgeiz zu verwirklichen, bot sich im Sommer 1966, als sich der Sturz Erhards abzeichnete. Gerstenmaier wurde neben Rainer Barzel, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß sogar als Kanzlerkandidat gehandelt.⁷⁰ Doch scheiterte sein Wunsch, die Nachfolge Erhards

67 In der Diskussion um die Nachfolge von Theodor Heuss hielt Adenauer eine Kandidatur Gerstenmaiers als Bundestagspräsident für inopportun; vgl. Gespräch v. 28. Oktober 1958; *Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Rhöndorfer Ausgabe, Berlin 1997, S. 285. Auch nach seinem Rückzug aus dem Palais Schaumburg versagte Adenauer Gerstenmaier seine Hilfe. In der Diskussion um den künftigen Kanzler hatte ihm Adenauer 1965 die Fähigkeit abgesprochen, dieses Amt auszuüben, indem er ihn als »zu sprunghaft« bezeichnete; Notiz einer Besprechung zwischen Adenauer und Hans Berger vom 13. September 1965, ACDP 01-400-15/1.

68 Gerstenmaier fühlte sich im Herbst 1962 gegenüber Erhard »im Wort«. Im Nachhinein bezeichnete er diese Entscheidung als ehrbar, aber falsch. E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 485.

69 Vor allem die Kritik am Frankreichkurs der Bundesregierung rief Unmut bei seinen Parteifreunden hervor. Besonders deutlich wurde der Gegenwind, der Gerstenmaier aus den eigenen Reihen entgegenblies, bei der Wahl des CDU-Präsidiums. Er musste bei der Wahl 1964 das zweitschlechteste Ergebnis aller Kandidaten hinnehmen; er hatte bei 482 abgegebenen Stimmen nur 383 Ja-Stimmen auf sich vereinigen können. Lediglich der intern umstrittene Bundesarbeitsminister Theodor Blank, der sich mit einem Gegenkandidaten auseinander zu setzen hatte, wies ein schlechteres Ergebnis auf. CDU (Hg.), 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover, 14.–17. März 1964, Hamburg 1964, S. 498–502.

70 Nach Morsey blockierten sich die innerparteilichen Rivalen Barzel, Gerstenmaier, Schröder und Strauß in der Nachfolge Erhards gegenseitig. Kiesinger hingegen hatte die Unterstützung der CSU erhalten. Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 3. Aufl. München 1995, S. 95.

an der Kabinettspitze anzutreten, am Widerstand der Unionsfraktion. Allerdings ergab sich für ihn nach dem Bruch des Regierungsbündnisses am 27. Oktober 1966 und der Bildung einer Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger noch die Möglichkeit, das Amt des Außenministers zu übernehmen; ein zwischen den schwäbischen Landsleuten geschlossenes »Gentlemen's-Agreement« schien Gerstenmaier das begehrte Außenministerium zu garantieren. Doch das vor Abschluss des Koalitionsvertrags mit der SPD vereinbarte Tauschgeschäft – Gerstenmaiers Unterstützung für den Kanzlerkandidaten Kiesinger im Tausch gegen seine Berufung an die Spitze des Auswärtigen Amtes – schlug fehl. Die Sozialdemokraten machten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner den Plan in letzter Minute zunichte, indem sie das Außenministerium für sich reklamierten. Damit hatte sich für Gerstenmaier die Tür ins Kabinett endgültig geschlossen. Trotz wachsender Frustration aufgrund des beschränkten politischen Handlungsspielraums blieb er im Amt des Bundestagspräsidenten.

Das abrupte Ende einer politischen Karriere

Die Auseinandersetzung um das von Gerstenmaier beantragte Wiedergutmachungsverfahren als Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft führte zum unrühmlichen Ende seines Wirkens in Bonn. Anlass seines Abtretens von der politischen Bühne war eine Entschädigungssumme in Höhe von rund 280.000 DM, die er 1968 für die ihm vom NS-Regime verwehrte Dozentur erhalten hatte. Die Rechtmäßigkeit dieser Zahlung wurde sowohl von rechtsextremen Kreisen⁷¹ als auch aus dem dezidiert linken politischen Spektrum angezweifelt. Massiv unterstützt wurde die sich hieraus entwickelnde Pressekampagne gegen ihn durch die DDR, die Gerstenmaier aufgrund seiner antikommunistischen Haltung bereits über Jahre hinweg als Gestapo-Spitzel und »*Steuermann des neonazistischen Bonner Kurses*«⁷² diffamiert hatte. In der von Studentenprotesten und Demonstrationen gegen die Notstandsgesetzgebung aufgeheizten Atmosphäre wurde die Berechtigung dieser Zahlung auch von weiten Teilen der Bevölkerung in Zweifel gezogen. Von seinen politischen

71 In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Anhängerschaft des ehemaligen Generals der Fallschirmjäger Bernhard Ramcke zu verweisen. Gegen Ramcke war Gerstenmaier 1961 rechtlich vorgegangen, weil dieser behauptet hatte, Gerstenmaier sei nicht im Widerstand aktiv gewesen, sondern er habe in Diensten der Nationalsozialisten gestanden. Auch die DDR-Propaganda in den sechziger Jahren griff diese Vorwürfe auf; Belege für diese Behauptung konnten die Kritiker Gerstenmaiers jedoch nicht präsentieren. Vgl. F. MÖLLER (wie Anm. 57).

72 So lautete eine Kapitelüberschrift aus der vom Nationalrat der Nationalen Front hg. Publikation »*Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier*«, Berlin-Ost 1969.

Freunden weitgehend im Stich gelassen, reagierte Gerstenmaier auf diese Vorwürfe unbeherrscht und aufbrausend.⁷³ Sein Verhalten ließ jegliche Besonnenheit vermissen und sorgte dafür, dass der kleine Kreis, der zu ihm stand, rasch verstummte. Obgleich die Rechtmäßigkeit der Wiedergutmachungszahlung mehrfach bestätigt wurde, galt der Bundestagspräsident politisch als nicht mehr tragbar. Er trat am 31. Januar 1969 von seinem Amt zurück, nachdem sich seine Partei von ihm distanziert hatte. Es sollte ein vollständiger Rückzug aus der aktiven Politik werden, denn sein Versuch, 1969 erneut für den Bundestag zu kandidieren, scheiterte am Widerstand in den eigenen Reihen.

Die Enttäuschung über das Verhalten seiner Parteifreunde überwand er nur sehr langsam. Erst nachdem Helmut Kohl ab 1976 als Fraktions- und Parteivorsitzender den Kurs der CDU bestimmte, ließ Gerstenmaier wieder Bereitschaft erkennen, sich öffentlich für seine Partei einzusetzen. Allerdings war dieses parteipolitische Engagement als »elder statesman« von nachgeordneter Bedeutung, wie seine Tätigkeit für den Ältestenrat der CDU, dessen Vorsitz er bis zu seinem Tod innehatte.⁷⁴ Gleichzeitig wirkte Gerstenmaier in der 1977 gegründeten, überparteilichen »Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags« mit, deren erster Präsident er wurde.⁷⁵ Gerade diese Arbeit im Kreis der parlamentarischen Ruheständler nahm der »leidenschaftliche Demokrat«⁷⁶ ernst. Bis an sein Lebensende war es Gerstenmaier ein Anliegen, sich für die »Lebendigkeit und Kraft«⁷⁷ des Parlamentarismus in der Bundesrepublik einzusetzen. Mit seinem Engagement im Kreis der »Ehemaligen« bis zu seinem Tod 1986 schien sich für Gerstenmaier ein Kreis zu schließen: Er wurde an seinem Lebensende wieder »der Präsident«⁷⁸ – ein Amt, das er im Verlauf seines Politikerlebens nicht angestrebt hatte, mit dem er aber doch zeit lebens identifiziert wurde und das sein parlamentarisches Wirken geprägt hatte.

73 dpa-Meldung Nr. 122 vom 12. Januar 1969. Gerstenmaier hatte seine diesbezüglichen Äußerungen wenige Stunden später sogar noch mit den Worten präzisiert: »Wenn ich, wie so mancher Trommelbube Hitlers gewesen wäre, dann wäre ich 1938 Professor geworden, wäre 1945 vielleicht für kurze Zeit aus dem Verkehr gezogen worden, hätte sicher 131er Bezüge bekommen und schon bald wieder mein Ordinariat ausgeübt. So aber saß ich im Loch, während andere damals Hitler verherrlichten, die heute glauben, die Demokratie höre auf ihr Kommando.« dpa-Meldung Nr. 125 vom 12. Januar 1969.

74 Gerstenmaiers Engagement im Ältestenrat, der sich die Beratung der CDU-Parteispitze zur Aufgabe gemacht hatte, lässt sich nur mit wenigen Quellen belegen. Vgl. u. a. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Helmut Kohl vom 13. Juli 1979, ACDP 01-210-042/1.

75 Der Zusammenschluss der ehemaligen Bundestagsabgeordneten setzte es sich zum Ziel, der »parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dienen«, § 2, 1 der Satzung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V. v. 25. Mai 1977; ACDP 01-148-075/2.

76 Würdigung Eugen Gerstenmaiers durch Franz Josef Strauß, in: *Die Welt* vom 6. Juni 1981.

77 Ausführungen des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier zur Eröffnung der 3. Wahlperiode des Bundestags am 15. Oktober 1957, BT, Sten. Ber. 3. WP, S. 7.

78 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. März 1986.

**»Schröders Chancen steigen« – »Steigende Chancen
für Erhard«***
**Demoskopische Politikberatung in der Entscheidung um die
Kanzlernachfolge Konrad Adenauers im Frühjahr 1963**

Von Norbert Grube

1. Zeithistorischer Forschungsstand und Fragestellung

1.1 Konsens der zeithistorischen Forschung

Die Vorgänge um den Rücktritt Konrad Adenauers vom Amt des Bundeskanzlers und die Nominierung Ludwig Erhards zum Nachfolger durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. April 1963 sind historisch fundiert dargestellt – nicht zuletzt durch vier große Biographien über die politischen Protagonisten der CDU in der westdeutschen Nachkriegszeit. In dieser Frage hat sich die zeitgeschichtliche Forschung inzwischen auf folgenden Konsens eingestimmt: Adenauer musste nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Bundestagswahl 1961 nicht nur eine Koalition mit der FDP eingehen, zwei Tage nach der Wahl gab er im CDU-Bundesvorstand auch die Zusicherung ab, zur Mitte der Legislaturperiode als Bundeskanzler abzutreten.¹ Mit der »Spiegel«- und Koalitionskrise im Spätherbst 1962 verstärkten sich Gerüchte und Spekulationen über Adenauers genauen Rücktrittszeitpunkt, die schon in den Jahren zuvor latent umgingen, am heftigsten 1959 während Adenauers Kandidaturpläne für das Amt des Bundespräsidenten.²

* Die genannten Zitate erschienen als Überschriften in verschiedenen Zeitungen. Dass »Schröders Chancen steigen«, meldeten regionale Tageszeitungen am 25. März 1963 unter Berufung auf Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach. »Steigende Chancen für Erhard« leitete eine dpa-Meldung ein, die in mehreren regionalen Tageszeitungen und in der FAZ am 20. April 1963 erschien und auf EMNID-Werten beruhte.

1 Vgl. Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«, *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 16), bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1998, S. 7, 46.

2 Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3), Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 286f.; DERS., *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 710–715; 771; Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München, Landsberg a.L. 1996, S. 403, 406f.; Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt/M., Berlin 1994, S. 1206–1211. Zum Verhältnis Schröder–Erhard vgl. Torsten OPPELLAND, *Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (Forschungen und Quellen zur Zeit-

Zugleich wurden die Debatten um seine Nachfolge in der CDU/CSU, aber auch in den Medien, verschärft geführt. Ludwig Erhard schien – wie all die Jahre zuvor – einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers zu sein. Doch Adenauer hielt den Wirtschaftsminister und -fachmann bis zuletzt für ungeeignet zur Führung einer von der Volkspartei CDU gestellten Bundesregierung und lehnte eine Kanzlerschaft Erhards vehement ab.

In der Union mehrten sich allerdings die Stimmen, die auf eine Regelung der Kanzlernachfolge im Frühjahr 1963 drängten angesichts der verlorenen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Februar und des Verlusts der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 31. März. Vor der anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen wollten besonders niedersächsische Unionspolitiker rasch die Nachfolge klären, weil sie sich davon ein Ende der Wahlniederlagen für die CDU versprachen. Zahlreiche Unions-Abgeordnete fürchteten sogar schon für die Bundestagswahl 1965 den Verlust der Mehrheit und ihres Parlamentsmandats, wenn der lähmende Streit um das politische Erbe Adenauers andauerte. Sie unterstützten Erhard mit seinen Kanzlerambitionen, dem als Symbol des Wirtschaftswunders der Ruf einer Wahllokomotive vorauselte.

Bereits am 5. März beauftragte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Vorsitzenden Heinrich von Brentano mit der Sondierung der Nachfolgekandidaten. Ihm zur Seite gestellt wurden wenig später CDU-Bundesgeschäftsführer Josef-Hermann Dufhues und Franz Josef Strauß (CSU), während Adenauer wie üblich seinen mehrwöchigen Osterurlaub im norditalienischen Cadena abbatia antrat. Hier frönderte der 87jährige gegen Erhard, konnte sich allerdings auch nicht eindeutig für einen anderen Kandidaten entscheiden. An Autorität einbüßend blieb er am Ende machtlos gegen die Willensbildung der Unionsfraktion zugunsten Erhards.

1.2 Demoskopie und Politikberatung in der Kanzlernachfolgedebatte – Fragestellungen, Forschungsstand und Quellen

Die Nominierung Erhards durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. April 1963 ging auf Kosten anderer Kanzleranwärter aus der CDU, etwa Eugen Gerstenmaiers oder Gerhard Schröders. Der Meinungsbildungsprozess bis dahin war u. a. geprägt durch Medieneinflüsse, geschickt lancierten Umfrageergebnissen und demoskopischer Beratung. Schon 1965 behauptete Gerhard

geschichte, 39), Düsseldorf 2002, S. 506–518. Eher auf parteigeschichtlicher Ebene mit dem Fokus auf dem Konfessionsproporz innerhalb der Union analysiert den Kanzlerwechsel: Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart, München 2001, S. 346–364.

Schmidtchen, langjähriger leitender Mitarbeiter am Allensbacher Institut für Demoskopie: »Bundestagspräsident Gerstenmaier oder Bundesaußenminister Schröder wäre wahrscheinlich der Nachfolger von Adenauer geworden, – wenn es keine Meinungsforschung gäbe.«³

Diese pointierte These über den demoskopischen Einfluss auf die Kanzlernominierung Erhards griff die Zeitgeschichte ebenso wenig auf wie allgemein die kontroverse Auseinandersetzung aus den 50er und 60er Jahren über die politische Funktion der Umfrageforschung oder die neueren Erkenntnisse der Publizistikwissenschaft hierzu.⁴ Nur wenige Untersuchungen über die Kanzlernachfolge Adenauers berücksichtigen die Rolle der Demoskopie, allerdings häufig nur am Rande.⁵ Dagegen steht die Bedeutung der Demoskopie während der Kanzlernachfolgedebatte im Frühjahr 1963 im Zentrum dieses Aufsatzes. Die veröffentlichten Ergebnisse der Repräsentativbefragungen waren besonders im März und April 1963 viel beachtet: einerseits sicherlich von der politisch interessierten Bevölkerung, andererseits gerade von vielen Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, weil sie sich von dem Kanzlerkandidaten mit dem größten Rückhalt in der Bevölkerung auch einen Sog-Effekt für die Bundestagswahl 1965 versprochen. Wenn die historische Forschung die Rolle der Demoskopie in dieser Frage berücksichtigt, stürzt sie sich häufig unreflektiert und ohne Kenntnis der Zusammenhänge auf die Ergebnisse der sogenannten Abstimmungsfragen nach dem besten Nachfolger Adenauers. So schreibt zum Beispiel Daniel Koerfer über die Beratung Adenauers durch das Allensbacher Institut und Erich Peter Neumann: »Als ihm [Adenauer] bei seinem Frühjahrsurlaub in Cadenabbia Erich Peter Neumann aus Allensbach die Ergebnisse der jüngsten Meinungsumfrage vorlegte, in denen Erhard wieder deutlich gestiegene Popularitätswerte attestiert wurden, bemerkte der Alte Herr voller Kampfesmut: ›Den bringe ich schon auf Null!‹«⁶

3 Gerhard SCHMIDTCHEN, *Die befragte Nation. Über den Einfluss der Meinungsforschung auf die Politik*, Frankfurt/M. 1965, S. 9, Taschenbuch-Ausgabe.

4 Kritisch zur politischen Funktion der Umfrageforschung: Ludwig VON FRIEDEBURG, *Zum politischen Potential der Umfrageforschung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 13 (1961) Heft 2, S. 201–216; Jürgen HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, 2. Aufl., Neuwied/Berlin, 1976, S. 286. Kaum von der Zeitgeschichte rezipiert wurde Wolfgang DONSBACH, *Die Rolle der Demoskopie in der Wahlkampf-Kommunikation. Empirische und normative Aspekte der Hypothese über den Einfluss der Meinungsforschung auf die Wählermeinung*, in: *Zeitschrift für Politik*, 31 (1984) Nr. 4, S. 388–407.

5 Klaus GÜNTHER, *Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik. Adenauer – Erhard – Kiesinger* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 75), Hannover 1970, S. 67–70. T. OPPELLAND (wie Anm. 3), S. 513 handelt die Rolle der Demoskopie in einer Fußnote ab.

6 Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 737. Ähnlich: Jess M. LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*, Düsseldorf

Koerfers Aussage⁷ enthält eine Reihe von fehlerhaften Passagen, die schon bei näherem Hinsehen auffallen müssen. Erstens hätte Neumann mit dem ihm zur Verfügung stehenden Fundus an Allensbacher Daten dem Bundeskanzler wohl kaum Zahlen des konkurrierenden Bielefelder EMNID-Instituts vorgelegt. Zweitens wiesen die Allensbacher Daten – wie noch zu zeigen ist – keinen Anstieg der Umfragedaten für Erhard, sondern für seinen potentiellen Gegenkandidaten um die Kanzlernachfolge, Gerhard Schröder, aus. Drittens ging es nicht um Popularitätswerte, sondern um Umfragedaten, welcher Politiker der CDU/CSU nach Ansicht der Bevölkerung in der Mitte der vierten Legislaturperiode dem scheidenden Bundeskanzler Adenauer folgen sollte. Schließlich ist es bei diesem fehlerhaft rekonstruierten Zusammenhang unwahrscheinlich, dass das vielfach kolportierte Zitat Adenauers, er wolle Erhard auf Null bringen, gegenüber Erich Peter Neumann gefallen ist. Elisabeth Noelle-Neumann hält es glatt für eine Erfindung.⁸

Neue, unbeachtete Quellen liefern Aufschluss über demoskopische Einflüsse zur Diskussion um Adenauers Nachfolge im Frühjahr 1963. Hier sind zunächst zu nennen zahlreiche politische Umfrageberichte, die das Institut für Demoskopie Allensbach seit 1950 bis heute ununterbrochen im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung verfasst.⁹ Diese Berichte aus dem relevanten Zeitraum standen dem Verfasser uneingeschränkt zu Verfügung. Neben dem Allensbacher Institut erhob auch das Bielefelder Umfrageinstitut EMNID im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Repräsentativ-Befragungen zur Kanzlernachfolge. Die Umfragedaten von EMNID sind dem Allensbacher Zeitungsausschnittsarchiv (ZAS) entnommen, teilweise liegen sie abgedruckt vor in zwei autobiographisch geprägten Büchern des EMNID-Gründers Karl-Georg Freiherr von Stackelberg.¹⁰ Schließlich und vor allem

1965, S. 252; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 3), S. 831; H. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 1209; V. HENTSCHEL (wie Anm. 3), S. 418.

8 In Anmerkung 101 nennt Koerfer als Beleg für die vermeintlich gestiegenen Popularitätswerte für Erhard: »Vgl. dpa-Meldung vom 12.3.1963: bundeswirtschaftsministerium – 46 % fuer erhard nach juengsten umfragen des emnid-institutes.« D. KOERFER (wie Anm. 7), S. 864.

8 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Adenauer in der öffentlichen Meinung*, in: *Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik*. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlass des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn, Berlin 1993, S. 94–100, hier S. 95. Das Zitat hat Neumann auch nicht notiert in seiner Gesprächsaufzeichnung, »Am 29. März 1963 bei Adenauer in Cadenabbia«.

9 Die entsprechenden Untersuchungen des Instituts für Demoskopie liegen im Allensbacher Archiv vor: Bonner Berichte, »Die Stimmung im Bundesgebiet«.

10 Allensbacher Archiv (AllA), Zeitungsausschnittsammlung (ZAS). Diese ZAS enthält Presseartikel zur Demoskopie seit 1947. Allein mit Bezug auf das Allensbacher Institut beläuft sich der Bestand auf sechs laufende Regalmeter bzw. 64 hochformatige Belegbücher. Zu EMNID vgl. Karl Georg von STACKELBERG, *Souffleur auf politischer Bühne. Von der Macht der Meinungen und den Meinungen der Mächtigen*, München 1975,

füßt der Aufsatz auf Quellen aus dem Nachlass von Erich Peter Neumann, der von 1950 an bis zu seinem Tod 1973 den Großteil der politischen Umfrageberichte im Allensbacher Institut verfasste und damit Konrad Adenauer als Berater diente. Die Möglichkeit, diesen Nachlass zu archivieren, verdanke ich Elisabeth Noelle, die 1947 das Allensbacher Institut mit maßgeblicher Hilfe Neumanns, ihres 1973 verstorbenen Mannes, gegründet hatte und bis heute leitet.¹¹ Ein zentrales Dokument für das Thema dieses Aufsatzes ist Neumanns Bericht »Am 29. März 1963 bei Adenauer in Cadenabbia«, in dem er das Gespräch mit dem Bundeskanzler über die Kanzlernachfolge aufzeichnete, gut drei Wochen vor der Benennung Ludwig Erhards.¹²

Auf dieser Quellenbasis werden nach einem einleitenden Kapitel über den Beginn der politischen Umfrageforschung in Westdeutschland in Kapitel 3 die bei EMNID und Allensbach unterschiedlichen Daten zur Nachfolgefrage und die Etappen der Veröffentlichung der Umfrageresultate skizziert. Welche Strategien und Motive bestimmten Zeitpunkte, Auswahl und Umfang der Datenveröffentlichung? Die informelle, d. h. vertrauliche und nicht-öffentliche, demoskopische Beratung Adenauers durch Neumann steht im Mittelpunkt von Kapitel 4. Erreicht der Berater den Kanzler mit seinen demoskopischen Erkenntnissen? Wie viel Spielraum hatte er dabei? Diese Fragen werden im Schlusskapitel aufgegriffen, um zu zeigen, ob sich die Strategie der permanenten Veröffentlichung von Umfragedaten in einer Art Mediendemoskopie oder die informelle Beratungsdemoskopie durchgesetzt hat.

2. Umfrageforscher in der Politik: Die Kommunikationsform der »Beratung«

Der im Herbst 1950 geschlossene Vertrag des Allensbacher Instituts mit dem Bundespresseamt (BPA) manifestierte die Einführung der Umfrageforschung als Erkenntnismittel in der bundesdeutschen Politik. Erfolgreich hatten Neumann und Otto Lenz, erster Staatssekretär im Kanzleramt, Adenauer von der

S. 156f.; DERS., *Attentat auf Deutschlands Talisman. Ludwig Erhards Sturz. Hintergründe und Konsequenzen*, Stuttgart u. a. 1967.

- 12 Die Geschichte des Allensbacher Instituts steht noch aus, vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Über den Fortschritt der Publizistikwissenschaft durch Anwendung empirischer Forschungsmethoden. Eine autobiographische Aufzeichnung*, in: Arnulf KUTSCH/Horst PÖTTKER (Hg.), *Kommunikationswissenschaft autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*, Opladen 1997, S. 36–61; Jérôme VAILLANT, *Bildungspolitik und öffentliche Meinung*, in: Franz KNIPPING/Jacques LE RIDER (Hg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950*, Tübingen 1986, S. 135–160.
- 13 AIIA, Nachlass Erich Peter Neumann (NL EPN): Neumanns 24seitiger Bericht »Am 29. März 1963 bei Adenauer in Cadenabbia« ist teilöffentlich in: Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Adenauer und die Wahlen. Ein lehrreiches Kapitel öffentliche Meinung*, in: *Die politische Meinung*, 21 (1976), Nr. 164, S. 5–18 sowie Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Konrad Adenauer, die öffentliche Meinung und Wahlen*, in: Helmut KOHL (Hg.), *Konrad Adenauer 1876/1976*, 2. Aufl., Stuttgart, Zürich 1976, S. 147–159.

Demoskopie überzeugt.¹³ Auf dieser Grundlage beriet Neumann den ersten Bundeskanzler bis zu dessen Amtszeitende 1963. Das Beratungsverhältnis zu Adenauer war geprägt von ungeschriebenen Gesetzen: von wechselseitigem Vertrauen, in erster Linie von Loyalität des Beraters, was ihm, also Erich Peter Neumann, wiederum den direkten und informellen Zugang zu Adenauer an offiziellen Gremien und Parteihierarchien vorbei verschaffte und die Ausschöpfung materieller Ressourcen ermöglichte, aber auch Verpflichtung bedeutete. Heute, rund 52 Jahre nach Beginn der politischen Umfrageforschung im Auftrag der Bundesregierung, zählt die Nutzung der demoskopischen Politikberatung zum Standardkennzeichen modernen Regierungshandelns.¹⁴

Wegen seiner parteipolitischen Ungebundenheit konnten das Allensbacher Institut und Erich Peter Neumann unkonventionell und mit eigenen Akzenten Politikforschung betreiben. Fragebogenkonzeption und Frageformulierung zu bestimmten politischen Themen lagen ganz in der Freiheit und Kompetenz des IfD, ohne dass das BPA hier in die fachliche Arbeit eingriff.¹⁵ Die so über Jahre gewachsene Bindung führte jedoch bei aller Wertschätzung für Adenauer und die Regierungspolitik nicht zu einem Verlust des Eigensinns und des eigenen konzeptionellen Denkens. Von den Parteigremien der CDU ließ sich Erich Peter Neumann nicht vereinnahmen, vielmehr stand er zu ihnen in spannungsreicher Beziehung. Den ihm 1958 angebotenen Posten als Leiter der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei unter dem bis 1966 regierenden Ministerpräsidenten Franz Meyers (CDU) schlug er aus, frühzeitig kritisierte er die programmatische Erstarrung der Union und forderte zu Beginn der 60er Jahre Konzepte in der Gesundheits-, Bildungs- und Umweltschutzpolitik, als sie im Bonner Politikbetrieb noch unpopulär waren.¹⁶ Auch als Mitglied der Unionsfraktion im Deutschen

13 Zum Beginn der politischen Umfrageforschung für das BPA vgl. Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 11), Düsseldorf 1989, S. 40, 107.

14 Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998, S. 29f., 494f.

15 Der Vertrag zwischen dem Allensbacher Institut und dem BPA sah vielmehr vor: »Das Institut für Demoskopie begibt sich mit Abschluss dieses Abkommens nicht unter eine irgendwie geartete Kontrolle des Presse- und Informationsamtes.« Die politische Berichterstattung über zwei bis drei Fragen wurde dem IfD zunächst mit 2.000, dann mit 3.000 DM pro Monat honoriert. Vgl. AllA, NL EPN, Tagebuch 1950–1952; Korrespondenz Bonn 1950–1960: Neumann an Lenz, 17.12.1951. Gleichwohl halten sich zählebig Vorwürfe, dass das Kanzleramt dem Allensbacher Institut die Fragen gleichsam vorgegeben hätte, z. B. bei Hans-Erich VOLKMANN, *Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase*, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, Bd. 2: *Die EVG-Phase*, München 1990, S. 463, Anm. 8.

16 Franz MEYERS, *Gez. Dr. Meyers: Summe eines Lebens*, Düsseldorf 1982. Zur programmatischen Erneuerung: AllA, NL EPN, Expertisen: Neumann an Werner Krueger, Stell-

Bundestag von 1961 bis 1965 vertrat Neumann wiederholt Minderheitenmeinungen. Seine unbequemen, drastischen Ansichten, etwa bei der notwendigen Reform der CDU hin zur Mitgliederpartei oder bei seiner Ablehnung einer zweiten Amtszeit von Bundespräsident Lübke, führten am Ende zu einer für seine Wiederwahl in den Bundestag 1965 aussichtslosen Platzierung auf der hessischen CDU-Landesliste.¹⁷ Wahrscheinlich schwächte am Ende der Kanzlerschaft die enge Bindung Neumanns an Adenauer die Position des demoskopischen Beraters, zumal Adenauer 1963 auch innerhalb der Unionsfraktion im Bundestag zunehmend an Einfluss verlor. Denn die lange Zeit vom Kanzleramt dominierte Fraktions- und Parteispitze und besonders das Bundeswirtschaftsministerium um Staatssekretär Karl Hohmann konkurrierten am Ende erfolgreich mit eigenen demoskopischen Ratgebern. So erstellte das von Karl Georg Freiherr von Stackelberg gegründete EMNID-Institut Imageanalysen über den Wirtschaftsminister und beriet Erhard in der Öffentlichkeitsarbeit.¹⁸

3. Die Datenlage: Umfrageergebnisse von Allensbach und EMNID zur Kanzlernachfolger und ihre Präsentation in der Presse

3.1 Demoskopische Abstimmungsfragen über Erhard und Schröder – Unterschiedliche Umfragewerte bei EMNID und dem IfD Allensbach

Die beiden Umfrageinstitute erzielten unterschiedliche Ergebnisse zu der Frage, welcher Politiker der CDU/CSU Konrad Adenauer als Bundeskanzler ablösen sollte. Vor allem in der heißen Phase der Kandidaten- und Nachfolgediskussion, im März/April 1963, erfuhren die interessierten Zeitungsleser aus der Presse immer wieder neue unterschiedliche Daten. Wie kam es zu solchen Abweichungen? Beide Umfrageinstitute fragten die Bundesbürger, welcher Kandidat aus den Reihen der CDU/CSU Konrad Adenauer im Amt des Bundeskanzlers nachfolgen solle.¹⁹ Hierzu lautete die Allensbacher

vertretender Bundespressechef, 21.3.1960 betreffend Maßnahmen zur Volkswohlfahrt. EPN-Manuskripte, Bd. 6: Die Aufgaben der CDU. Vortrag gehalten von Neumann in Rüsselsheim am 23. Februar 1963. »MdB Neumann sprach. Kreisversammlung der CDU Main-Taunus«, in: *Frankfurter Neue Presse*, 21.3.1963.

18 AIIA, NL EPN, Tagebücher 1964, Korrespondenz Februar–Juli 1964: Zu Neumanns Opposition gegen Lübke vgl. Schriftwechsel mit Dr. Hans Lamm und Briefentwurf an Rainer Barzel. Drastische Vorschläge zur Reform der CDU, z. B. den Ausschluss zahlungsunwilliger Mitglieder, äußerte Neumann gegenüber Dufhues am 22.3.1963, Schriftwechsel MdB 1962–1963.

18 K. G. von STACKELBERG, *Souffleur* (wie Anm. 11), S. 160–162; DERS., *Attentat* (wie Anm. 11), S. 149ff.

19 In der Presse kursierten widersprüchliche Meldungen, wonach die EMNID-Daten einerseits unter CDU-Wählern erhoben wurden, andererseits die Meinung der gesamten Bevölkerung abbildeten zu der Frage, welcher Politiker der Unionsparteien Nachfolger Adenauers werden sollte.

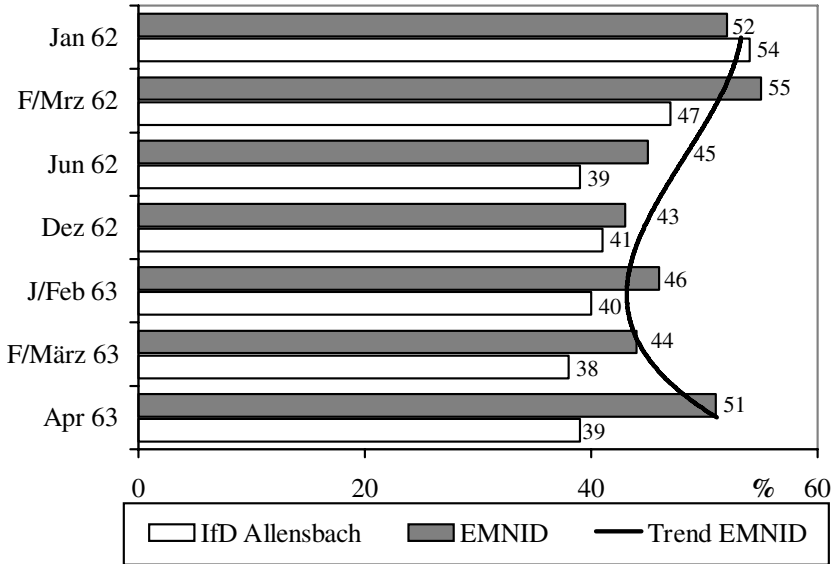
Frage: »Angenommen, Adenauer übergibt sein Amt einem Nachfolger – wer von diesen Politikern der CDU wäre Ihnen persönlich als Nachfolger Adenauers am liebsten, wer sollte dann Bundeskanzler werden?« Den Befragten wurde eine Liste vorgelegt mit den CDU/CSU-Politikern Erhard, Schröder, Gerstenmaier, von Brentano, von Hassel, Strauß, Dufhues und Krone. Der Fragetext von EMNID lautete sehr wahrscheinlich: »Hier ist eine kleine Liste, die Namen von CDU/CSU-Politikern enthält. Die CDU/CSU würde zur Zeit als stärkste Fraktion im Bundestag den Nachfolger für Dr. Adenauer als Bundeskanzler zu stellen haben. Würden Sie diese Liste bitte noch einmal anschauen und dann denjenigen angeben, den Sie unter den Genannten für den geeigneten Nachfolger Dr. Adenauers als Bundeskanzler halten würden?«²⁰ Der EMNID-Fragetext setzt den Rücktritt Adenauers stärker als Faktum fest als die Allensbacher Frageformulierung. Vielleicht gingen deshalb die von EMNID Befragten stärker von einem raschen Rücktritt Adenauers aus und nannten dann mit Erhard eher den bekanntesten und in den Medien präsentesten potentiellen Nachfolger. Schaubild 1 zeigt die Trenddaten vom März 1962 bis April 1963 mit Ergebnissen zu Ludwig Erhard als möglichem Kanzlernachfolger, die bei EMNID im ganzen deutlich günstiger ausfallen als bei Allensbach.

Trotz dieser Differenzen ermittelten beide Institute für das zweite Halbjahr 1962 eine sinkende Zustimmung für Erhard, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Dieser Trend änderte sich auch nicht im Dezember 1962, zur Zeit der schwarz-gelben Koalitionskrise und der Sondierungsgespräche Adenauers mit der SPD, die den Ruf nach einem neuen Kanzler verstärkten. Zu diesem Zeitpunkt unterschieden sich die Ergebnisse von EMNID und dem Institut für Demoskopie Allensbach nur noch um zwei Prozent. Doch während Allensbach für die entscheidenden Monate von Januar bis April 1963 den Rückhalt für Erhard als Kanzlernachfolger auf bis zu 38 Prozent schwinden sah, meldete EMNID genau umgekehrt einen Anstieg zugunsten Erhards auf zunächst 46, dann 51 Prozent im April, dem Monat der Entscheidung über Adenauers Nachfolge (Schaubild 1).

Deutlicher als bei EMNID wiesen die Allensbacher Daten eine wachsende Zustimmung für Außenminister Gerhard Schröder als nächsten Bundeskanzler aus: Im Februar/März 1963 sprach sich danach schon fast ein Viertel der Bevölkerung für ihn aus, während er im Sommer des Vorjahres noch kaum als Kanzlerkandidat gehandelt wurde. Die EMNID-Werte zeigten zwar ebenfalls

²⁰ ACDP 01-070-21/1 (NL Globke, Demoskopie). Dieser Fragewortlaut findet sich in einer EMNID-Umfrage zur Kanzlernachfolge 1959. Die beiden Publikationen von Stackelbergs nennen den Wortlaut zu dieser Frage nicht.

**Schaubild 1: Zustimmung zu Erhard als Adenauer-Nachfolger:
Unterschiedliche Ergebnisse bei EMNID und Allensbach**



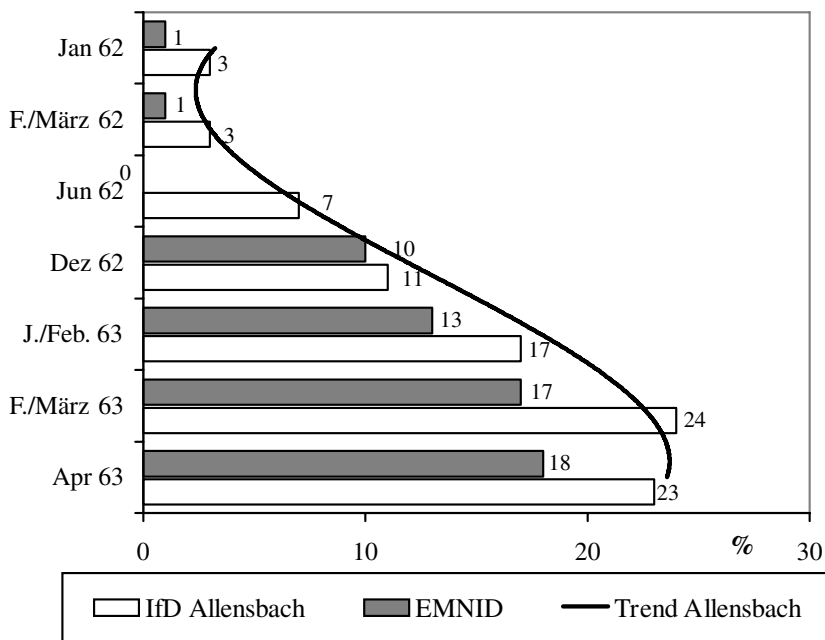
einen Anstieg für Schröder, sie lagen jedoch unterhalb der Allensbacher Daten (Schaubild 2).²¹

Doch EMNID veröffentlichte nicht nur den Trend über den bevorzugten Kanzlernachfolger aus den Reihen der Union, sondern auch Ergebnisse auf die offene Frage nach dem geeignetsten Nachfolger Adenauers aus allen Parteien: »Wenn der Fall eintreten sollte, dass Dr. Adenauer eines Tages als Bundeskanzler ausscheidet, wer ist Ihrer Meinung nach dann der geeignetste Nachfolger Dr. Adenauers als Bundeskanzler?«²² Die Frage, eingeleitet durch einen konditionalen Nebensatz, ist wesentlich hypothetischer formuliert als die Lis-

21 Quellen der Schaubild-Daten: AIIA, Bonn-Bericht Nr. 566, IfD-Pressedienst von Mitte März 1963; EMNID-Daten aus *Der Spiegel*, Nr. 11/1963, S. 16 und *FAZ*, 20.4.1963.

22 Dieser Fragewortlaut ist abgedruckt bei K.G. VON STACKELBERG, *Attentat* (wie Anm. 11), S. 82f. und findet sich auch in einer EMNID-Umfrage zur Kanzlernachfolge 1959, die im Nachlass Globke abgelegt ist (ACDP 01-070-021/1, Demoskopie); K. G. VON STACKELBERG, *Souffleur* (wie Anm. 11), S. 156 nennt allerdings einen abweichenden Fragetext zu denselben Daten: »Wenn der Fall eintreten sollte, dass Konrad Adenauer eines Tages als Bundeskanzler ausscheidet, wer ist Ihrer Meinung nach dann der geeignetste Nachfolger?«

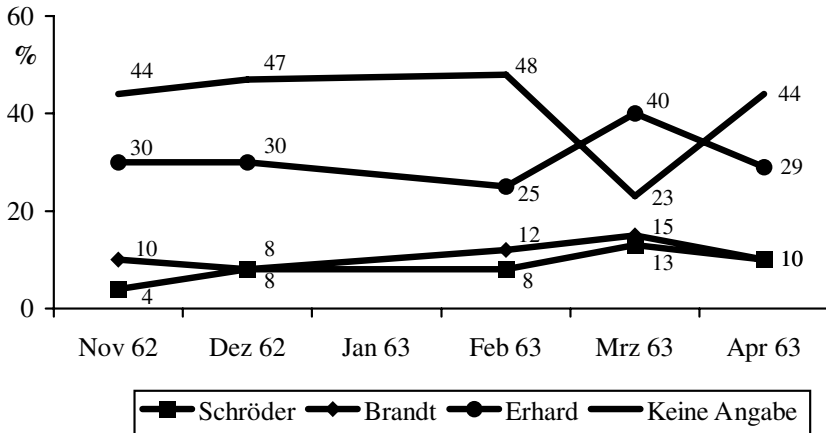
**Schaubild 2: Zustimmung zu Schröder als Adenauer-Nachfolger:
Unterschiedliche Ergebnisse bei EMNID und Allensbach**



tenfrage von EMNID und ähnelt damit eher der Allensbacher Listenfrage. Einige Befragte nannten hier außer Erhard und Schröder auch den Regierenden Bürgermeister von Berlin und SPD-Kanzlerkandidaten bei der Bundestagswahl 1961, Willy Brandt; wenige wünschten sich Carlo Schmid, obwohl beide SPD-Politiker in der Mitte der Legislaturperiode gar nicht als Kanzlernachfolger zur Wahl standen. Die Ergebnisse auf die offene EMNID-Frage wiesen bis zum Februar 1963 ähnlich den in Schaubild 1 gezeigten Allensbacher Werten eine Stagnation und im Februar sogar einen Einbruch in der Zustimmung der Bevölkerung zu Erhard als Bundeskanzler von 30 auf 25 Prozent auf (Schaubild 3).

Fast die Hälfte der Befragten konnte oder wollte keinen Politiker als Kanzler-Nachfolger nennen. Während Gerhard Schröder in der Bevölkerungsgunst nur langsam stieg, schnellten die Zahlen zugunsten Erhards erst im März 1963 nahezu einmalig auf 40 Prozent hoch, um im anderen Monat wieder auf 29 Prozent zu fallen, doch fiel dieser Einbruch im April nicht negativ für Erhard ins Gewicht, da fast ausschließlich der hohe März-Wert im Entscheidungs-

Schaubild 3: EMNID-Werte für Erhard – ein einmaliger Ausreißer im März 1963 vor der Nominierung



monat April in der Presse bekannt gegeben wurde. Mit dem rasanten und einmaligen Anstieg der Umfragewerte für Erhard auf 40 Prozent im März korrespondiert die Abnahme derjenigen, die keine Angaben machten, um über die Hälfte auf 23 Prozent, die ebenfalls im April 1963 mit 44 Prozent fast wieder auf den alten Stand vom Februar kletterten (Schaubild 3).

Dieser einmalige Ausreißer eines (Zu-)Stimmungshochs für Erhard gerade im entscheidenden Monat vor der Nominierung zum Bundeskanzler durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verwundert. Verschiedene Gründe dafür sind möglich. In wenigen Presseartikeln kam der Verdacht auf, die Ministerialbeamten und engen Vertrauten Erhards im Bundeswirtschaftsministerium als Auftraggeber hätten die im März ermittelten EMNID-Zahlen aufgerechnet, u. a. durch Aufteilung der Unentschiedenen auf die einzelnen Kandidaten. Auf diese Weise hätte sich der Vorsprung für Erhard auf seine Kontrahenten, besonders auf Schröder, vergrößert.²³

Dieser Vorwurf ist nicht zu belegen. Allerdings ist möglich, dass der veröffentlichte hohe Zustimmungswert für Erhard im Monat März den »weitesten Unterstützerkreis« abbildet, also nicht nur die expliziten Erhard-Befürworter, sondern auch Unentschlossene, die an anderer Stelle im Interview Sympathien

²³ »Sechs mehr für Erhard«, in: *Kölnische Rundschau*, 13.3.1963.

für Erhard bekundeten. Ähnlich mag mit den EMNID-Parteizahlen verfahren worden sein. Durch Aufrechnung eines Teils der Unentschlossenen steigerte sich z. B. der im April veröffentlichte Umfragewert für die SPD von 35 auf 47 Prozent, während die CDU nur von 31 auf 41 Prozent zunahm.²⁴ Beide Datenvarianten wurden veröffentlicht. Deutlich wird: Der ohnehin bestehende Vorsprung verdoppelt sich – ähnlich wie bei Erhard gegenüber Schröder und Brandt.

Erich Peter Neumann und Elisabeth Noelle-Neumann sahen als weitere Ursache für die unterschiedliche Datenlage, dass die offene Frage nach dem besten Kanzlernachfolger von EMNID die Antworten der politisch zumeist desinteressierten oder wenig kenntnisreichen Bundesbürger zugunsten der Politiker begünstigt, die am bekanntesten und populärsten sind. Dagegen zeigt das Fragemodell mit der Listenvorlage möglicher Kanzler-Nachfolger aus der CDU den Befragten Alternativmöglichkeiten auf. Da EMNID die offene Frage vor der Listenfrage plazierte, verstärkte sich durch einen Reihenfolgeeffekt die Nennung des bekanntesten Politikers, also Erhards, auch bei der Listenfrage, da sein Name bei vielen Befragten noch durch die vorangegangene offene Frage im Kopf war.²⁵

Zudem mag Erhards Präsenz in den Medien in dem Tenor des bemitleidenswerten Weggefährten des Bundeskanzlers, der ihn nur bei jeder Gelegenheit anschwärzen will, zahlreiche Nennungen für Erhard als Kanzlernachfolger provoziert haben. Denn gerade im März 1963, dem Monat mit den hohen EMNID-Daten für Erhard, war der Bundeswirtschaftsminister in aller Munde: als möglicher Kanzlernachfolger, aber auch als erneutes Opfer einer Adenauerischen Intrige, da der Bundeskanzler seine briefliche Auseinandersetzung mit Erhard um den deutsch-französischen Vertrag und einen EWG-Beitritt Englands in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« veröffentlicht hatte.²⁶

24 dpa-Meldung vom 25.3.1963, abgedruckt u. a. in: *Die Welt, Frankfurter Rundschau, Augsburgener Allgemeine Zeitung*.

25 AllA, Bonn-Bericht Nr. 553: Probleme der Nachfolge Adenauers, 15.1.1963, S. 12. Zum Zusammenhang von Erhards großer Bekanntheit in der Bevölkerung und seiner häufigen Nennung als bester Kanzler-Nachfolger, vgl. IfD-Bericht-Nr. 1006: Die soziale Mentalität. 1.4.1963, S. 2–4. Zum Reihenfolgeeffekt: Gerhard SCHMIDTCHEN/Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Die Bedeutung repräsentativer Bevölkerungsumfragen für die offene Gesellschaft*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 4 (1963) Heft 2, S. 168–195, hier S. 173f.

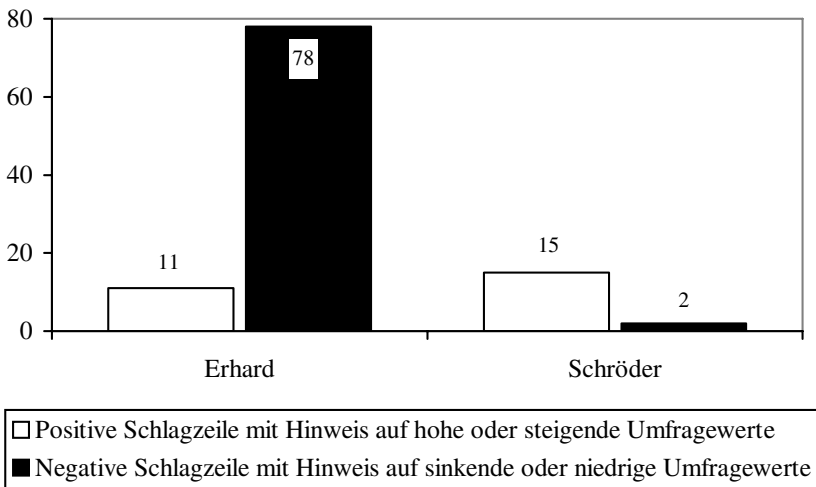
26 H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 3), S. 827f.

3.2 »Timing«: Strategische Presseveröffentlichungen von Umfragedaten zur Kanzlernachfolge

Doch Erhards Medienpräsenz drohte sich gerade im Frühjahr 1963 auch negativ bemerkbar zu machen. Denn Gerhard Schröder erhielt in der Presse durch den Abdruck der Allensbacher Umfragedaten im März 1963 vermehrt den Nimbus eines aufsteigenden Kandidaten.²⁷ Dagegen haftete Erhard zusehends das Etikett des Langzeitkandidaten an, der allmählich die Bevölkerungsgunst verlor (Schaubild 4).²⁸

Zwar dominierte der Wirtschaftsminister selbst bei zunehmend schlechteren Umfragewerten die Pressediskussion um die Kanzlernachfolge, während Außenminister Schröder auch hier erst spät und zögerlich aufholte. Auch erhielt Erhard bei Abdruck der Allensbacher Daten eine teilweise euphorisch positive Schlagzeile, etwa in der BILD-Zeitung: »Das Volk will Erhard.«²⁹ Doch konnte Erhard an dem negativen Presse- und Umfragetrend kein Gefallen finden, denn: »Bei den Befürwortern einer Kanzlernachfolge durch Außenminister

Schaubild 4: Negativer Medientenor, jedoch weitere Mediendominanz für Erhard in der Nachfolgediskussion



27 AllA, Pressedienst »Der nächste Bundeskanzler«, Mitte März 1963.

28 ZAS.

29 »Das Volk will Erhard«, in: BILD, 7.3.1963, S. 1.

Schröder war gerade in letzter Zeit der absinkende Trend Erhards in den Meinungsumfragen als ein gewichtiges Argument ins Feld geführt worden, man dürfe das Schicksal der CDU nicht an eine Person binden, deren Publikumswirksamkeit ständig nachlasse, hieß es.«³⁰

Den Grundstock für einen günstigeren Pressetenor für Erhard kurz vor der Entscheidung im April legte dann vor allem die Präsentation der EMNID-Daten mit den überraschend stark gestiegenen Zustimmungswerten für Erhard auf 51 Prozent im Vergleich zu anderen Unionspolitikern und auf 40 Prozent im Vergleich mit potentiellen Kanzlerkandidaten aller Parteien. Vor allem der Zeitpunkt der Veröffentlichung von demoskopischen Daten entschied über den Einfluss der Umfragen in der Nachfolgedebatte. Dabei lassen sich für den Zeitraum von März bis zum 23. April 1963, zur endgültigen Nominierung Erhards zum Nachfolger Adenauers durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fünf Phasen unterscheiden:

1. In den ersten Märztagen, vor allem am 12. März 1963, veröffentlichten zahlreiche Zeitungen die Allensbacher Pressemitteilung, wonach die Zustimmung für Erhard als Kanzlernachfolger abbröckelte, während Schröders Rückhalt wuchs. Am anderen Tag konterte sofort das Bundeswirtschaftsministerium, um als Auftraggeber einer Umfrage von EMNID der Öffentlichkeit 46 Prozent Zustimmung für Erhard als Nachfolger Konrad Adenauers zu vermelden – sechs Prozent mehr als die von Allensbach ermittelten Daten.³¹ Zeitgleich sekundierte der »Spiegel« am 13. März 1963 unter Hinweis auf eine Graphik mit EMNID-Daten: »Ludwig Erhard blieb der einzige Dauerkandidat, und Konrad Adenauer machte ihm das Leben schwer.«³² Einige Journalisten vermuteten, dass hier ergebnisorientierte Demoskopie am Werk war.³³ Doch war dies erst der Anfang eines Schlagabtauschs von Veröffentlichungen demoskopischer Daten zur Kanzlernachfolge.

2. Als nächstes publizierte das Bundeswirtschaftsministerium im März 1963 den EMNID-Wert der offenen Frage nach dem besten Kanzlerkandidaten von allen Parteien, wonach sich für Erhard 30 Prozent der Befragten aussprachen, für Schröder und Brandt nur je 8 Prozent (Schaubild 3). Obwohl die Zustimmung zu Erhard im Vergleich zum Vormonat stagnierte, untermauerten die Meldungen über Erhards Vorsprung gegenüber dem potentiellen Konkurrenten aus der SPD seinen Ruf als Zugpferd für die nächste Bundestagswahl, zumal sie auch auf der Bundesvorstandssitzung der CDU am 14. März 1963 eine

30 *Kölnische Rundschau*, 20.4.1963.

31 dpa-Meldung, abgedruckt u. a. in der *Frankfurter Rundschau*, *Saarbrücker Landeszeitung* und in den *Westfälischen Nachrichten*, jeweils am 13.3.1963. Diese Meldung nennt auch D. KOERFER (wie Anm. 7).

32 *Der Spiegel*, 13.3.1963, S. 16. Bezeichnende Überschrift des Artikels: »Erhard-Kandidatur: Günstling der Stunde«.

33 »Sechs mehr für Erhard«, in: *Kölnische Rundschau*, 13.3.1963.

Rolle spielte. »Diese Meinungsumfrage hat nach Auffassung der CDU dazu beigetragen, dass neuerdings wieder in den Reihen der Unionsfraktion wie auch in den Parteigremien die Meinung wächst, Erhard solle im Herbst Bundeskanzler werden«, berichteten u. a. die Stuttgarter Zeitung und die Aachener Volkszeitung am 15. März 1963.³⁴

3. Erhards Weg ins Kanzleramt befestigte dann eine weitere Veröffentlichung von EMNID-Daten. Seit Januar/Februar 1963 war zu lesen, dass die SPD die CDU bei den Parteizahlen überholt habe. Diese immer wieder neu veröffentlichten EMNID-Daten zur Parteienstärke unterstützte die bekannte Argumentation vieler Unionsabgeordneter, einen Kanzlernachfolger vorzuschlagen, der hohe Zustimmung in der Bevölkerung erfährt und so die zerstrittene Union in der Wählergunst wieder nach vorn bringt. Damit konnte nur Erhard gemeint sein, dem der Ruf einer Wahllokomotive vorauseilte. Dagegen kursierten die regelmäßig im Auftrag des Bundespresseamts erhobenen Allensbacher Parteizahlen kaum in der Presse. Sie wichen erheblich von den EMNID-Daten ab, denn sie zeigten erst im April 1963 einen knappen Vorsprung der SPD gegenüber der CDU. Im Februar hingegen gaben auf die Allensbacher Frage: »Können Sie mir bitte sagen, welche Partei Ihren Ansichten am nächsten steht?« noch 47 Prozent der Befragten die CDU/CSU an und nur 41 Prozent die SPD (Schaubild 5).³⁵

Die Allensbacher Parteizahlen vom Februar nannte Adenauer in der Bundesvorstandssitzung der CDU am 14. März, um die Stabilität der CDU und seiner Regierung trotz der Kontroversen in der Nachfolgediskussion und in der Außenpolitik zu demonstrieren, während Dufhues und Otto Fricke vom CDU-Landesverband Braunschweig den Gegenwind der CDU in der Wählergunst betonten – wenn auch nicht explizit unter Berufung auf EMNID-Daten.³⁶ Der von Allensbach ermittelte Vorsprung der CDU in der Wählergunst schrumpfte im März auf zwei Prozent, wie Erich Peter Neumann exklusiv dem erstaunten Bundeskanzler in Cadenabbia berichtete: »Ich zeigte ihm die Tabelle mit den letzten Werten für die Parteien: 46 Prozent für die CDU/CSU, 44 Prozent für die SPD. ›Donnerwetter‹, sagte er [Adenauer], ›da hat sich die SPD ja mächtig nach vorne geschoben. Ich will Ihnen mal was sagen, das liegt nur daran, dass bei uns zuviel geredet und zu wenig getan wird.‹«³⁷

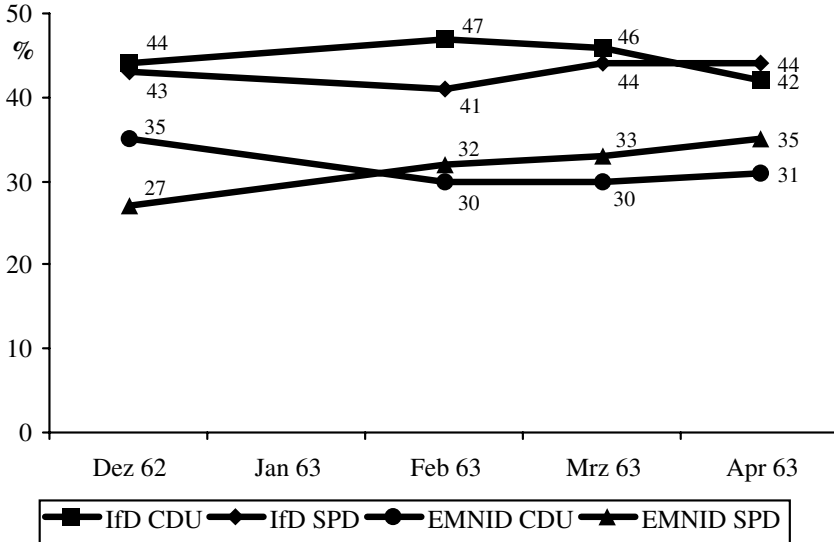
34 »Auch Dufhues sucht nach einem Kanzler«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 15.3.1963. »Union ist zuversichtlich für die Zukunft«, in: *Aachener Volkszeitung*, 15.3.1963. Diese EMNID-Daten druckten mehrere regionale Tageszeitungen.

35 AIIA, Bonn-Bericht, Nr. 566. ZAS 1962/1963. Die niedrigeren Parteizahlen bei EMNID erklären sich aus dem hohen Anteil (rund 30 Prozent) an Unentschlossenen.

36 Vgl. G. BUCHSTAB (wie Anm. 2), S. 411f, 423, 430f. Adenauer ordnet diese Zahlen irrtümlich EMNID zu, doch Heinrich Krone korrigiert und nennt korrekt das Allensbacher Institut.

37 AIIA, NL EPN (wie Anm. 13), S. 5f.

Schaubild 5: Unterschiedliche Parteizahlen von EMNID und Allensbach in den letzten Monaten vor der Nachfolge-Entscheidung



4. In der letzten Märzwoche legte das Institut für Demoskopie Allensbach neueste Zahlen vor. Sie wiesen einen Anstieg der Befürworter für Schröder als Kanzlernachfolger auf 24 Prozent aus, während Erhard auf 38 Prozent fiel. Diese Nachricht fand sich in vielen überregionalen Tageszeitungen und per UPI-Meldung auch in der Lokalpresse.³⁸

5. Die sich dadurch abzeichnende Tendenz zur Negativberichterstattung über Erhard fand ein abruptes Ende. Am 19. April 1963, kurz vor der Rückkehr Adenauers aus Cadenabbia nach Bonn, trommelten die Schlagzeilen: »Steigende Chancen für Erhard«³⁹; »Erhards Popularitätskurve schnellst empor – Lenkt Adenauer ein? / Sonst harte Auseinandersetzungen / Kanzler wieder in Bonn.«⁴⁰ Diese Schlagzeilen ebneten für den Bundeswirtschaftsminister das

38 »Finden oder Sich-Abfinden«, in: *Die Zeit*, 29.3.1963; Otto B. ROEGELE, »Neues von der Kanzlerkür«, in: *Rheinischer Merkur*, 29.3.1963; Helmut HOJER, »Auf der Suche nach einem Kanzler«, in: *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 26.3.1963; »Schröder steigt – Erhard fällt in der Wählergunst«, in: *Kölnische und Bonner Rundschau*, 23.3.1963; UPI-Meldung u. a. abgedruckt in der *FAZ* vom 25.3.1963 unter dem Titel: »Erhards Chancen sinken«.

39 So lautete die Überschrift zu einer dpa-Meldung in der *FAZ* am 20. April 1963. Diese Meldung wurde in 12 weiteren Tageszeitungen abgedruckt.

40 Überschrift im *Schwäbischen Tagblatt*, Tübingen, 20.4.1963. Ähnlich titelten zahlreiche andere regionale Tageszeitungen.

letzte Stück auf seinem Weg ins Kanzleramt, denn sie unterstellten, dass an Erhard in der Frage der Kanzlernachfolge kein Weg mehr vorbeiführe. Der durch Adenauers zögerliche Unterstützung für Schröder ohnehin geringe Handlungsspielraum für alle anderen politischen Kräfte in der CDU, die die Nachfolge anders entscheiden oder auch nur verschieben wollten, wurde somit stark eingeschränkt. Wie kam es zu diesen Schlagzeilen zugunsten Erhards? Die Antwort auf diese Frage lieferte die Stuttgarter Zeitung: »Die Situation am Freitag wurde dadurch bestimmt, dass die CDU zwei Stunden vor der Ankunft Adenauers das Ergebnis einer Meinungsumfrage des Bielefelder EMNID-Institutes an die Öffentlichkeit gelangen ließ, derzufolge gegenüber der Februar-Umfrage die Zahl der Befürworter einer Kanzlerschaft Erhards von 25 auf 40 Prozent gestiegen ist.«⁴¹ Dieser schon mehrfach genannte nur im März von EMNID ermittelte große Vorsprung Erhards vor Brandt und Schröder im unmittelbaren Vorfeld der Kanzlernominierung war via medialer Veröffentlichung vor allem an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gerichtet. Ihnen sollte signalisiert werden, dass der verstärkte Zuspruch der Bevölkerung für Erhard bei der Nominierung des Kanzlernachfolgers nicht unberücksichtigt bleiben könne. Die Veröffentlichung des hohen Umfragerwertes für Erhard kurz vor Adenauers Rückkehr nach Bonn und vier Tage vor der Nominierung des Kanzlernachfolgers durch die Unions-Fraktion wirkte sich positiv auf dessen Wahl aus, so wusste »Die Zeit« zu berichten: »Da Erhards Popularität in den März-Befragungen von 25 auf 40 Prozent gegenüber Februar gestiegen war, wuchsen auch seine Chancen in der Fraktion.«⁴² Die Taktik der Veröffentlichung von Umfragedaten unmittelbar vor wichtigen Entscheidungen ist selbst für den in Fragen des Machterwerbs und Machterhalts erfahrenen ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl problematisch: »Immer wieder können wir beobachten, dass Umfrageergebnisse ganz gezielt zu bestimmten Zeitpunkten veröffentlicht werden – etwa vor Wahlen oder anderen wichtigen politischen Ereignissen wie Parteitag. Es ist ganz offensichtlich, dass mit einem solchen ›Timing‹ Entscheidungen beeinflusst werden sollen.«⁴³ Dass dies auch bei der Wahl Erhards zum Bundeskanzler durch die Unionsfraktion beabsichtigt war, schildert der Gründer und Leiter des EMNID-Instituts, Karl Georg Freiherr von Stackelberg, ganz unbefangen. Die von seinem Institut im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erhobenen

41 »Die CDU in ihrer schwersten Krise«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 20.4.1963.

42 »Machtwort der Union. Wie sich der Bundeskanzler beugen musste«, in: *Die Zeit*, 26.4.1963.

43 »Demoskopie und Demokratie – 50 Jahre Allensbacher Institut«. Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Festveranstaltung anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Instituts für Demoskopie Allensbach im Haus der Geschichte am 24. September 1997 in Bonn, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 84, 27.10.1997, S. 969–971, hier S. 970. Ebenfalls abgedruckt in: *Institutsbroschüre des IfD Allensbach*, 1997, S. 187.

Werte wurden als Quasi-Plebiszite präsentiert, um Erhard als Bundeskanzler zu installieren: »Adenauer war damals mit dem festen Willen aus seinem Ferienort Cadenabbia zurückgekehrt, die Nachfolgeentscheidung nochmals hinauszuschieben und selbst weiter im Amt zu bleiben. In dieser schicksalsträchtigen [Fraktions-]Sitzung lagen jedoch auf den Tischen aller beteiligten Fraktionsmitglieder die neuesten EMNID-Ergebnisse, nach denen Erhard gegenüber Adenauer weit in der Wählergunst vorne lag. Gegenüber diesem Votum (sic!) der Bevölkerung stand Adenauer auf verlorenem Posten.«⁴⁴

Mit der Veröffentlichung einer Vielzahl von EMNID-Umfragedaten wurde kein differenziertes Bild der Bevölkerungsmeinung zur Kanzlernachfolge gezeichnet, sondern vor allem eine Botschaft gesetzt und präsent gehalten: Erhard wird von der Mehrheit als Kanzlernachfolger gewünscht. Die Daten im Detail und die zugrunde liegende Frageformulierung interessierten hier weniger. Diese Mediendemoskopie wurde ergänzt durch informelle Weitergabe neuer Umfragedaten an die Partei- und Fraktionsspitze und war Bestandteil der agilen Öffentlichkeitsarbeit des Bundeswirtschaftsministeriums um Staatssekretär Hohmann. So konnte selbst ein differenzierter Artikel von Theodor Eschenburg zur Kanzlernachfolge nicht in der Wochenzeitung »Die Zeit« gedruckt werden, weil »Zeit«-Chefredakteur Müller-Marein und »Zeit«-Verleger Gerd Bucerius sich an Erhard gebunden fühlten.⁴⁵

3.3 Folge der Nachfolgediskussion für die Umfrageforschung: Demoskopie-Kritik

Die damals ohnehin zur Demoskopie-Skepsis neigende Presse nahm die widersprüchlichen Ergebnisse von EMNID und Allensbach begierig auf, um zu meist undifferenziert die gesamte Methode der Demoskopie zu verdammen. Unter der Überschrift »Demoskokratie« erschien allein in 15 regionalen Tageszeitungen ein Artikel, der die Demokratie durch die Demoskopie gefährdet sah: »Immer wieder gelangen da demoskopische Ergebnisse an die Öffentlichkeit, die in unzulässig-suggestiven Formulierungen gipfeln. Ob da nun Schröder mächtig aufholt oder Erhard klar in Front liegt ...: Zwangsläufig tritt

44 K. G. von STACKELBERG, *Souffleur* (wie Anm. 11), S. 157. Die Nutzung von Umfragen sei mitunter das »Anliegen aller Stellen, welche die öffentliche Meinung beeinflussen und an deren Reaktionen sie aus erwerbswirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gründen interessiert sein müssen«, meinte der wissenschaftliche Leiter von EMNID, Friedrich LENZ, *Meinungsforschung in Deutschland. Eine kurze Darstellung von Ergebnissen, Methoden und Erkenntniswert wissenschaftlicher Erforschung der öffentlichen Meinung*, Stuttgart 1950, S. 8.

45 Theodor ESCHENBURG, *Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999*, Berlin 2000, S. 176; vgl. Ralph DAHRENDORF, *Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit*, München 2000, S. 137–140.

ein werbender Effekt hinzu: Nüchterne Statistik wird ungewollt zum Appell. Das aber kann verhängnisvoll sein, wenn es klare demokratische Spielregeln verletzt.«⁴⁶ Den Umfragen zweier Meinungsforschungsinstitute gab die »Kasseler Post« die Schuld, dass die Nachfolgediskussion nur noch von der Beliebtheit der Politiker geprägt sei, während Eignungskriterien für das Amt des Bundeskanzlers, wie Stetigkeit, Führungsstärke und fachliche Qualifikation, kaum eine Rolle spielen. Der »Münchener Volksbote« forderte gar, »die kindischen demoskopischen Rundfragen« einzustellen.⁴⁷

Auch die »Stuttgarter Zeitung« kritisierte am 13. März 1963 zunächst alle Demoskopien als »Hilfstruppen« der jeweiligen Lager im »Diadochenkampf um den Kanzlersessel«. Doch besonders die vom Bundeswirtschaftsministerium betriebene Mediendemoskopie, die permanent öffentlich präsentierten günstigen Erhard-Daten, waren Zielscheibe der Vorwürfe: »So sind wir auf dem besten Wege, die Demokratie durch die Demoskopokratie zu ersetzen. In dieser Art von »Staatsform« scheint es üblich zu sein, dass sich ein Ministerium, dessen wirtschaftspolitische Untätigkeit weithin beklagt wird, der Karriere seines Ministers widmet.«⁴⁸ Noch schärfer kommentierten die »Bremer Nachrichten« am 14. März 1963: »... wenn das Befragungsergebnis des einen Instituts nicht im Sinne Erhards ausfällt, wird flugs das bessere eines Konkurrenzunternehmens veröffentlicht. Glaubt der Bundeswirtschaftsminister wirklich, sich und seiner Sache mit solchen Späßchen einen Dienst zu erweisen?«⁴⁹

Erich Peter Neumann, als Mitglied der Unionsfraktion im Vierten Bundestag von 1961 bis 1965 selbst umtriebiger politischer und demoskopischer Akteur in der Diskussion um die Nachfolge Adenauers, hat die problematischen Folgen einer unkritischen Demoskopie-Gläubigkeit bei Politikern und einer taktischen Veröffentlichung von vermeintlich brandaktuellen Zahlen ebenfalls gesehen: »Es gilt innerhalb der Unions-Parteien weitgehend als selbstverständlich, dass die Anwartschaft auf das Kanzler-Amt nach Adenauer durch die Popularität des Kandidaten begünstigt werden müsse. Diese Auffassung hat Umfrage-Ergebnissen zu diesem Thema immer eine gewisse Bedeutung gesichert, meist ohne Prüfung der Voraussetzungen, unter denen sie stattgefunden haben. Denn es ist keineswegs so, dass die westdeutsche Bevölkerung auf die Beantwortung dieser Frage hinreichend präpariert ist und konsequent zu

46 Adam MENSCH, *Demokratie...*, in: *Badisches Tagblatt*, 28.3.1963 und in weiteren 14 regionalen Tageszeitungen.

47 »Ab zu den Rosen?«, in: *Kasseler Post Stadttausgabe*, 15.3.1963; »Die Führungskrise der CDU«, in: *Volksbote, München*, 9. März 1963.

48 »Kampf der Demoskopien«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 13.3.1963. Winfried MARTINI, »Demoskopische Republik«, in: *Eßlinger Zeitung*, 30.3.1963 kritisierte ähnlich scharf die Demoskopie, konzedierte aber die differenzierten Umfragen zur Kanzlerfrage des Allensbacher Institut.

49 Walter STEINHAGE, »Zahlenspiegel«, in: *Bremer Nachrichten*, 14.3.1963.

einem einmal eingenommenen Standpunkt hält.«⁵⁰ Neumann verwahrte sich dagegen, dass die Umfrageergebnisse zur Kanzlernachfolge durch Dauerveröffentlichungen zu einem Quasi-Plebiszit stilisiert werden, weil die Antworten zu schwankend seien, um sie zur Abstimmung der Bevölkerung in einer so wichtigen politischen Personalentscheidung aufzuwerten.

4. Die Beratung Konrad Adenauers in der Nachfolgefrage durch Erich Peter Neumann im Frühjahr 1963

4.1 Eintreten für Gerhard Schröder als Kanzlernachfolger

Wohl wissend, dass die sogenannte Abstimmungs-Demoskopie nur das halbe Bild zeigt, fragte das Allensbacher Institut nicht nur stereotyp nach der Zustimmung zu Erhard als Kanzlernachfolger, sondern ermittelte die Bevölkerungsmeinung auch zur kaum diskutierten Alternative: Sollte Erhard Wirtschaftsminister bleiben oder Kanzler werden? Die Mehrheit wünschte nun den Verbleib Erhards in seinem Amt.

Tabelle 1: Erhard soll Wirtschaftsminister bleiben

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Die einen sagen, wenn Adenauer sein Amt abgibt, dann sollte Erhard Bundeskanzler werden, und andere sagen, es wäre besser für uns, wenn Erhard Wirtschaftsminister bliebe. Wenn es nach Ihnen ginge: Sollte Erhard Bundeskanzler werden oder Wirtschaftsminister bleiben?« (Angaben in Prozent)	
	Bevölkerung insgesamt
Wirtschaftsminister bleiben	50
Bundeskanzler werden	18
Unentschieden, weiß nicht	32

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1072 (Dezember 1962)

Dieses Ergebnis sahen Elisabeth Noelle-Neumann und Erich Peter Neumann als Indiz, dass Erhard seine Bekanntheit, sein Prestige und seinen Vertrauensvorsprung in der Bevölkerung erhalten hat durch seine wirtschaftspolitischen Leistungen. Mit ihm verband der Großteil der Bevölkerung den erlangten Wohlstand. Wenn Erhard nun in den üblichen Abstimmungsfragen nach dem geeigneten Kanzlernachfolger hohe Werte erhielt, so transportierte die Mehr-

⁵⁰ ALLA, Bonn-Bericht, Nr. 553, 15.1.1963: Probleme der Nachfolge Adenauers, S. 6.

heit der Bevölkerung Erhards Bekanntheit und Image als Vater des Wirtschaftswunders in die Antworten auf die Fragen nach dem geeignetsten Kanzlernachfolger mit hinein. Erhards demoskopischer Vorsprung resultierte also weniger aus der Überzeugung, er sei ein auf allen politischen Feldern ausgewiesener qualifizierter Kanzlerkandidat, sondern aus der unbewussten Sehnsucht, dass dieser beliebte Politiker erst recht für die Fortsetzung des Wohlstandes steht, wenn er das zweithöchste Staatsamt übernimmt. Andere Politiker, deren Image weniger auf solchen Wünschen beruhte, hatten daher kaum eine Chance.

Neumann kannte die Macht des Irrationalen in der Politik. Gleichwohl versuchte er, Gerhard Schröder, den er aus eigener Erfahrung als führungsstärker, diplomatisch versierter und innenpolitisch kenntnisreicher hielt, als Kanzlerkandidaten ins Gespräch zu bringen, zumal die Allensbacher Umfragewerte für Schröder stetig stiegen. Erhards politischen Platz verortete Neumann nach wie vor im Wirtschaftsministerium. Zudem sprach Neumann Erhard, den er spätestens seit den Allensbacher Umfragen zur Währungsreform im Juni 1948 kannte⁵¹ und ihn als Mitglied der Unionsfraktion im Bundestag häufig aus der Nähe erlebte, die administrativen Fähigkeiten und das nötige rhetorische Geschick zur Führung des Kanzleramts ab. Neumann kritisierte, dass Erhards Selbstgewissheit über den rechten politischen Weg leicht in eine Selbstgerechtigkeit und Wagenburgmentalität ableiten konnte.⁵² Ausdruck dessen war die sogenannte »Brigade Erhard«, ein abgeschlossener Beraterzirkel um Erhard mit Ludger Westrick, Staatssekretär Hohmann und Johannes Gross. Trotz dieser Einwände gegen einen Bundeskanzler Erhard verteidigte Neumann Erhards wirtschaftspolitische Leistungen gegen Adenauers Vorbehalte, so z. B. bei seinem Besuch in Cadenabbia im März 1963: Adenauer: »Die Leute sind gegenüber der Wirtschaft misstrauisch und sagen, wenn der Bundeskanzler aus der Wirtschaft kommt, da kommen die Interessengruppen gleich mit.« Dagegen hielt Neumann: »Erhard hat sich aber doch oft genug mit den Interessenten angelegt.«⁵³

Doch so sehr Neumann in dieser Frage eine feste Überzeugung hatte, so diskret und vorsichtig musste er in der politischen Beratung für Schröder werben. Der Allensbacher Demoskop wusste, dass der kühle Politprofi Schröder, zwar im Evangelischen Arbeitskreis der Union organisiert, eine geringere Unterstützung innerhalb der Partei hatte als Erhard, der im Wirtschaftsministerium seinen ganzen PR-Apparat und innerhalb der Partei zahllose Anhänger

51 AllA, IfD-Bericht 2 Sonderumfrage Währungsreform I 26.–30. Juni 1948. IfD-Bericht 3 Sonderumfrage Währungsreform II 17.–22. Juli 1948 im Auftrag Ludwig Erhards.

52 AllA, NL EPN Briefe und Notizen 1959–1969. In ähnlicher Beurteilung Erhards als freischaffender Künstler: T. ESCHENBURG, (wie Anm. 46), S. 175.

53 AllA, NL EPN (wie Anm. 13), S. 19.

für seine Kanzlerpläne mobilisieren konnte. Neumann schätzte Erhard auch keineswegs so unbedarft und passiv bei der eigenen Karriereplanung ein wie Volker Hentschel in seiner Erhard-Biographie.⁵⁴ Dieses realistische Urteil des Allensbacher Demoskopien über den Wirtschaftsminister fußte auf der Kenntnis von der Rücktrittsdrohung Erhards im Dezember 1962 während der Koalitionsverhandlungen mit der FDP. Damit wollte Erhard von Adenauer die Nennung seines definitiven Rücktrittstermins erzwingen, zumal keiner der Koalitionäre ein Kabinett ohne Erhard bilden wollte.⁵⁵ Wohl unter diesem Druck Erhards, sich als Symbolgestalt des westdeutschen Wiederaufbaus nicht mehr zur Verfügung zu stellen, und der FDP nannte Adenauer den Herbst 1963 als Rücktrittstermin. So bestimmte Erhard den Zeitplan und Diskussionsverlauf der Nachfolgeregelung wesentlich mit, während sich Schröder bedeckt hielt und abwartete, zumal der Außenminister als Wortführer der sogenannten Atlantiker nicht oder nur sehr zögerlich die Rückendeckung Adenauers erhielt, der zuletzt besonders auf Frankreich und Präsident de Gaulle als außenpolitischen Partner der Bundesrepublik setzte.

So wenig aussichtsreich die strategische Ausgangslage für den Außenminister war, in der Kanzlernachfolgediskussion an Boden zu gewinnen, so schwach war auch die Position des für Schröder eintretenden politischen Beraters. Neumann versuchte gleichwohl, zugunsten Schröders Einfluss zu nehmen, indem er mit den wichtigsten Entscheidungsträgern in dieser Frage informelle Gespräche führte oder korrespondierte. Trotz seines schleichenden Autoritätsverfalls in der Fraktion war schon aufgrund der langen Beratertätigkeit der Bundeskanzler der erste Ansprechpartner für Neumann. Bereits am 22. März 1963 sandte er Adenauer die jüngsten Allensbacher Daten über die Haltung der Bevölkerung zur Kanzlernachfolge zu und bot sich für ein Gespräch an, das dann am 29. März in Cadenabbia stattfand.⁵⁶ Hier am Comer See sprach sich Neumann ganz vorsichtig, gleichsam unterschwellig und zwi-

54 So heißt es bei V. HENTSCHEL (wie Anm. 3), S. 403, 405 spöttisch über die vermeintliche Passivität des Wirtschaftsministers: »Erhard tat nichts, das Erlösung [in der Nachfolgediskussion – NG] bringen konnte. Er wartete darauf, dass die Erlösung über ihn käme und ihm dann gutgeschrieben würde; etwa so, wie das Wirtschaftswunder über ihn gekommen und ihm gutgeschrieben worden war.«

55 AIIA, NL EPN, Schriftwechsel MdB, Bd. 3. Hier befindet sich der Brief Adenauers an den ihm loyal ergebenen Staatsminister a.D. Adolf Süsterhenn vom 15.3.1963: »Ich möchte nur folgendes klarstellen: Während der Dezember-Krise mit der FDP sagte mir Bundesminister Erhard, er werde nicht in dem Kabinett bleiben, wenn nicht der Vorstand der Fraktion mich zwingt, einen Termin zu nennen, zu dem ich ausscheiden werde.« Diesen Brief ließ Süsterhenn Erich Peter Neumann zukommen, der sich am 21. März dafür bedankte. In den wichtigen Vorstands- und Fraktionssitzungen der ersten Dezemberwoche 1962 schwieg Erhard zur heiklen Frage – nicht aus Schwäche, sondern aus Kalkül, wie man nun weiß.

56 AIIA, NL EPN, Schriftwechsel MdB, Bd. 3 Neumann an Adenauer, 22.3.1963.

schen den Zeilen, für Gerhard Schröder als Kanzlernachfolger aus. In dem langen Gespräch machte das Thema »Schröder« nur einen Bruchteil aus. Beide umkreisten das heiße Eisen »Schröder als Kanzlernachfolger« eher. Sie ließen sich erst über den schlechten Wahlkampf und Wahlausgang in Berlin aus und sprachen dann die Mitgliederwerbung und die notwendige Reorganisation der CDU an. In der Nachfolgedebatte stellten sie verschiedene andere, längst ad acta gelegte Szenarien voran, etwa dass Heinrich Krone als Übergangskanzler gleichsam den politischen Nachlass von Adenauer verwalten sollte, bis ein geeigneter Kandidat gefunden wäre, oder der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano das Amt übernimmt.⁵⁷ Inmitten dieses Wechselspiels testete Adenauer auch die Resonanz auf seine Pläne, seinen Rücktritt aufzuschieben. Doch Neumann sprach diesem Wunsch energisch jede Aussicht auf Realisierung ab, so dass Adenauer sofort zurückzog.

Zurückhaltend begann Neumann dann mit der Vorlage der Allensbacher Daten, die eine Zustimmung zu Schröder als Kanzlernachfolger auswiesen. »Nach unseren Umfragen ist Schröder rasch und ständig nach vorne gerückt.« Und weiter: »Ich zeigte ihm [Adenauer] eine Tabelle, auf der Schröder von 24 Prozent der Befragten ausgewählt worden war. – »Da hat er ja eine gute Position«, sagte Adenauer.«⁵⁸ Ermutigt durch diese Bemerkung wagte Neumann die direkte Frage: »Wie würden Sie dazu stehen, wenn Schröder Kanzler wird?« Adenauer zögerte lange, Neumann spürte Unbehagen beim alten Kanzler aufsteigen. Etwas unwillig attestierte Adenauer zwar, Schröder sei ein tüchtiger Mann, kritisierte aber im gleichen Atemzug, dass der langjährige Ex-Innenminister Schröder die Bedeutung und Verantwortungsschwere des Außenamts noch nicht erfasst habe – ein Hinweis auf die mangelnde Erfahrung Schröders, die nicht zum Kanzleramt qualifiziere. Neumann verteidigte die innen- und außenpolitischen Leistungen Schröders – ohne großen Erfolg, denn Adenauer beharrte trotzig auf seinen Vorbehalten. Erst als Neumann Schröders vollständig loyale, geradlinige und mutige Haltung zugunsten der CDU und gegen die SPD herausstrich, schien Adenauer weich zu werden. Neumann erinnerte daran, »dass Schröder eigentlich immer für die Regierung gefochten hat, auch wenn die anderen Minister schwiegen. Das muss man sich doch gerade jetzt wieder vor Augen führen; denn Ihr Nachfolger muss ja genau so kämpfen können in entscheidenden Augenblicken wie Sie es getan haben...« Adenauer überlegte einen Augenblick, so notiert Neumann, und sagte: »Damit haben Sie ganz

57 Nach J. LUKOMSKI (wie Anm. 7), S. 252 befürwortete Adenauer gegenüber dem »Welt«-Redakteur Graf von Finkelstein eher Krone, von Brentano oder auch Schröder als Kanzler. Nach F. BÖSCH (wie Anm. 3), S. 346 gab es in Reihen der Union Überlegungen, aus konfessionellen Gründen das Gespann Schröder (evangelisch) und von Brentano (katholisch) als Nachfolger von Adenauer/Erhard aufzubauen.

58 AIIA, NL EPN (wie Anm. 13); S. 14f.

recht.« Doch als sich der Allensbacher Demoskop dann deutlich für Schröder ins Zeug legte und betonte, dass Schröders Vorzüge seine Bescheidenheit und sein Verantwortungsbewusstsein gegenüber hohen politischen Ämtern seien, brach Adenauer ab und »gab ... dem Gespräch eine andere Wendung.«⁵⁹

Neumanns Versuch, Adenauer für eine Kanzlerkandidatur Schröders einzunehmen, war zwar nicht gescheitert, allerdings auch ohne erkennbaren Erfolg geblieben. Adenauer blieb unentschlossen und am Ende zu zögerlich, um Schröder als einzig ernst zu nehmenden möglichen Gegenkandidaten aufzubauen. Die zwei »nebeneinander herfahrenden Züge«⁶⁰, Adenauer und Schröder, konnte auch Neumann nicht auf ein Gleis bringen. Gleichwohl zeigte sich Adenauer von den Argumenten seines demoskopischen Beraters nicht unbeeindruckt. Als wenige Tage vor der entscheidenden Fraktionssitzung Heinrich von Brentano am 14./15. April in Cadenabbia eintraf, argumentierte Adenauer gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden ähnlich für Schröders Kandidatur wie Neumann zwei Wochen zuvor.⁶¹ Zunächst habe er, so Adenauer, auch geglaubt, Schröder sei zu jung und unerfahren. Doch zuletzt habe der Außenminister sich doch sehr entwickelt, sein Ansehen im Ausland wie im Inland sei »erheblich angewachsen«. Diese Bemerkung weist auf Allensbacher Daten hin, die dieses gestiegene Ansehen im Inland am deutlichsten auswiesen. Zudem habe sich Schröder, so Adenauer weiter, in Gesprächen nicht nach dem Amt gedrängt – dieses Argument der Bescheidenheit hatte auch Neumann genannt in Abgrenzung zu den ehrgeizigen Kanzlerambitionen Erhards. Auf Neumann selbst beruft sich Adenauer in seiner Parteinahme für Schröder allerdings nicht, sondern auf den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Meyers und den evangelischen Bischof Hermann Kunst.

Doch der Fraktionsvorsitzende der Union weiß nun, woher der Wind weht, wie Hans-Peter Schwarz in seiner Adenauer-Biographie schreibt.⁶² Schröder soll gegen Erhard als Kanzlernachfolger aufgebaut werden. Von Brentano weiß dies um so mehr, weil Neumann ihm bereits am 6. März die Allensbacher Umfragedaten mit dem fallenden Trend für Erhard und dem Anstieg für Schröder zugesandt hatte, vordergründig, um die verwirrende Darstellung der demoskopischen Daten in der Presse richtig zu stellen, doch vor allem wohl auch, um gegen die EMNID-Daten, die der Fraktion vorlagen, ein Gegengewicht zu schaffen.⁶³ Dies war ein schwacher und vergeblicher Versuch Neumanns,

59 Ebd., S. 15–17.

60 T. OPPELLAND (wie Anm. 3), S. 485.

61 ACDP 01-070-003/4 (NL Globke), Aufzeichnung über von Brentanos Besuch bei Adenauer am 14./15. April 1963.

62 H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 3), S. 835f.

63 ALLA, NL EPN, Schriftwechsel MdB, Neumann an von Brentano, 6.3.1963.

von Brentano informell mit demoskopischen Ratschlägen von Schröders Chancen zu überzeugen. Doch Neumanns ohnehin schwache Hoffnung hatte getrogen. Im Gegenteil: Nach dem Gespräch bei Adenauer und im Besitz der Allensbacher Daten war von Brentano nun so informiert, dass er eine mögliche Willensbildung zugunsten Schröders unterbinden musste, sollte Ludwig Erhard wie angestrebt das Kanzleramt übernehmen. So forcierte er den Abstimmungstermin der Fraktion, die sich eine Woche nach von Brentanos Besuch bei Adenauer für Erhard entschied.

Lag es an der demoskopischen Beratung, an den politischen Akteuren oder eher am schon nahezu unwiderruflich vorangeschrittenen Entscheidungsprozess zugunsten Erhards, dass Neumann mit seiner Argumentation für eine Kanzlerkandidatur Schröders keinen Erfolg hatte? Wenngleich Neumann Adenauer partiell für Schröder einnehmen konnte, so gelang es ihm nicht, die Fraktionsführung zu überzeugen, dass sie die Kanzlernachfolge aufgrund der demoskopischen Entwicklung zugunsten Schröders überdenke. Im Gegenteil sahen sich weite Teile der Fraktion nun veranlasst, den von ihnen favorisierten Ludwig Erhard erst recht zügig als Kandidaten zu nominieren.

Dass Neumanns Hinweise auf eine mögliche Kandidatur des Außenministers wirkungslos verhallen, lag nicht zuletzt am Zaudern von Schröder selbst. Zu unentschlossen und zweideutig vertrat er seine Ambitionen in der Überzeugung, dass Adenauers Nachfolger kaum aus dem mächtigen Schatten des ersten Kanzlers heraustreten könne. So hoffte er auf einen günstigeren späteren Zeitpunkt, indem die Kanzlerschaft mehr oder minder auf ihn zulaufen werde, wie er Neumann fünf Jahre später anvertraute.⁶⁴ Zudem schien Gerhard Schröder den Hinweis auf die wachsende Zustimmung in der Bevölkerung zu seiner eventuellen Kanzlerkandidatur zu missdeuten als Anzeichen, dass die Entscheidung nahezu automatisch ohne sein Zutun zu seinen Gunsten ausfallen werde. Doch Neumann hatte ihn nicht in demoskopischer Sicherheit wiegen wollen. Denn zu dem Zeitpunkt, als die Daten am günstigsten für Schröder standen, forderte Neumann ihn auf, um die Nachfolge Adenauers zu kämpfen: Hier schimmert das Dilemma des demoskopischen Beraters auf, der auf mögliche Entwicklungen hinweist, diese Hinweise aber die politische Entscheidungskraft und -fähigkeit nicht ersetzen, sondern gleichsam erst fordern. In diesem Sinn antwortete Neumann auf Schröders unterschwellige Vorwürfe:

»Ich erwiderte, dass ich ihn nicht optimistisch gestimmt, sondern ihm gezeigt hätte, wie gut seine Position in der Öffentlichkeit sei, und ich hätte ihn mit Nachdruck ersucht, nun etwas für den Ausbau seiner Position zu tun –

64 AIIA, NL EPN: Briefe und Notizen 1959–1969. Die Gespräche mit Schröder 1968 schildert Neumann seiner Frau Elisabeth Noelle-Neumann am 22. und 24.3.1968.

und er habe nichts getan, sondern mir mehrmals entgegengehalten, an Erhard komme man nicht vorbei.«⁶⁵

4.2 Geschichtspolitisch motivierte Pläne eines würdevollen Rücktritts Adenauers⁶⁶

Während die Nachfolgediskussion sich vorwiegend um Erhard und Schröder drehte und Adenauer darin eher als halsstarrig und amtsversessen vorkam, setzte Neumann als langjähriger loyaler Berater seine demoskopischen Erkenntnisse auch ein, um einen ehrenvollen Abschied Adenauers aus dem Kanzleramt zu erreichen.

Was hielt die westdeutsche Bevölkerung am Jahreswechsel 1962/63 von ihrem langjährigen Kanzler? Im Dezember 1962 zeigten die Allensbacher Umfragedaten klar, dass zwei Drittel der Bevölkerung den Rücktritt von Konrad Adenauer vom Amt des Bundeskanzlers wünschten (Tabelle 2). »Die Stimmung im Land, die Adenauers Rücktritt als Bundeskanzler forderte, war bis zum Dezember 1962 übermächtig geworden«, schilderte Elisabeth Noelle die politische Atmosphäre.⁶⁷

Tabelle 2: Adenauer soll bald abtreten

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Was meinen Sie – sollte Adenauer sein Amt als Bundeskanzler bald abgeben, oder sollte er noch möglichst lange Bundeskanzler bleiben ?« (Angaben in Prozent)		
	Bevölkerung insgesamt	CDU/CSU-Anhänger
Bald abgeben	67	52
Möglichst lange bleiben	13	29
Unentschieden, weiß nicht	20	19

Quelle: Allensbacher Archiv, Bonn-Bericht, Nr. 553 (Dezember 1962)

⁶⁵ Ebd., Neumann an Noelle-Neumann, 22.3.1968.

⁶⁶ Geschichtspolitik wird definiert als Versuch, »bestimmten Geschichtsbildern weitmögliche Geltung innerhalb einer Gesellschaft zu verschaffen, ja bindende Entscheidungen beim Umgang mit der Vergangenheit zu treffen.« Edgar WOLFRUM, »1968« in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22–23/25.5.2001, S. 28–36, hier S. 30.

⁶⁷ E. NOELLE-NEUMANN, *Konrad Adenauer* (wie Anm. 13), S. 150.

Rufe nach dem Abschied Adenauers als Bundeskanzler ermittelte das Allensbacher Institut schon im Sommer 1956. Diese Rufe wurden lauter nach der Bundestagswahl 1961, in der die Union zwar erneut als stärkste Partei bestätigt wurde, die absolute Mehrheit von 1957 aber deutlich verlor.⁶⁸ Am Jahreswechsel 1962/63 sagten denn auch 52 Prozent der Unionsanhänger, Adenauer solle sein Amt bald abgeben (vgl. Tabelle 2). Diese Haltung der Bevölkerung machte neben der genannten Rücktrittsdrohung Erhards, den Rücktrittsforderungen der FDP und der Willensbildung in der Unionsfraktion für einen Kanzlerwechsel die Verschiebung von Adenauers Demission unmöglich.

Doch so sehr die Bundesbürger 1962/63 einen anderen Kanzler wünschten: Das Allensbacher Institut ermittelte trotz »Spiegel«-Affäre, Koalitionskrise im Spätherbst 1962 sowie medialer Negativberichterstattung keineswegs einen Totaleinbruch der Zustimmung der Bevölkerung zur Politik Adenauers. Zwar schwankten die Antworten auf die Allensbacher Frage: »Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?«: Im Dezember 1962 erklärten immerhin 40 Prozent ihr Einverständnis mit Adenauers Politik, sogar 47 Prozent im Januar/Februar 1963 und wieder

Tabelle 3: Einverständnis mit der Politik Adenauers

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?« (Angaben in Prozent)				
	Bevölkerung insgesamt			CDU/CSU- Anhänger
	Nov. 1962	Jan./Feb. 1963	Feb./Mrz. 1963	Nov. 1962
Einverstanden	40	47	39	74
Nicht einverstanden	29	25	30	9
Unentschieden, kein Urteil	31	28	31	17

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1071, 1073, 1074

⁶⁸ Erich Peter NEUMANN/Elisabeth NOELLE, *Umfragen über Adenauer. Ein Porträt in Zahlen*, Allensbach, Bonn 1961, S. 74f. Vgl. ACDP 01-070-006/1: Schon kurz nach der Bundestagswahl 1961, am 31.10., informierte Neumann streng vertraulich und besorgt Staatssekretär Globke über die neuen Allensbacher Daten, dass 57 Prozent Erhard und 24 Prozent Adenauer als Kanzler wünschten.

39 Prozent im Februar/März.⁶⁹ Die Anhänger der CDU/CSU waren im November 1962 jedoch recht geschlossen mit der Politik des Bundeskanzlers einverstanden (Tabelle 3).

Dass 43 Prozent der Bevölkerung und fast drei Viertel der Unionsanhänger sich für die Fortsetzung von Adenauers Politik auch nach dem Kanzlerwechsel aussprachen, zeigt den weit verbreiteten Wunsch nach politischer Sicherheit und Kontinuität (Tabelle 4).

Tabelle 4: Adenauers Politik soll auch sein Nachfolger fortsetzen

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Eine grundsätzliche Frage ist ja, ob ein Nachfolger die Politik Adenauers fortsetzen soll oder nicht. Was ist Ihre Ansicht: Sollte die Politik Adenauers fortgesetzt werden, oder sollte sein Nachfolger eine andere politische Linie einschlagen?« (Angaben in Prozent)		
	Bevölkerung insgesamt	CDU/CSU-Anhänger
Politik Adenauers fortsetzen	43	73
Andere politische Linie	20	10
Unentschieden	27	17

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1072 (Dezember 1962)

Diese Wertschätzung für die Politik des ersten bundesdeutschen Kanzlers korrespondiert mit der – gewiss auch verklärenden – Anerkennung Adenauers, der unter den Westdeutschen als derjenige Staatsmann galt, der am meisten für sein Land getan hat. Zu Beginn von Adenauers Kanzlerschaft galt dies in den Augen der Bundesbürger noch eher für Bismarck, und sogar Hitler rangierte vor Adenauer.⁷⁰ Die Anerkennung, den Respekt und vielleicht auch die Dankbarkeit der Westdeutschen gegenüber der Politik Adenauers versuchte Neumann zu nutzen, um einen ehrenvollen Wechsel des Bundeskanzlers zu erreichen. Er wollte die häufigen Ehrverletzungen in der Nachfolgedebatte vergessen machen und die wichtigen psychologischen Instrumente im Kalten

69 Vgl. Elisabeth NOELLE/Erich Peter NEUMANN (Hg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung*, Bd. 3, Allensbach, Bonn 1965, S. 304–305.

70 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Konrad Adenauer und die öffentliche Meinung 1949 bis 1976*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. 2: *Beiträge der Wissenschaft*, Stuttgart 1976, S. 523–554.

Krieg, die politische Kultur und die Symbolik des im engen Wortsinn geschichtslosen westdeutschen Provisoriums, stärken, indem Adenauer in exponierter Position erhalten bliebe. Daher schlug Neumann in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Die politische Meinung« im Herbst 1962 der CDU-Bundestagsfraktion vor, Adenauer als Kandidaten der Union für die 1964 anstehende Wahl zum Bundespräsidenten zu ernennen und bis dahin als Kanzler im Amt zu belassen.⁷¹ Dieser Vorschlag stieß nicht nur auf heftige Ablehnung durch den Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano, der auf innerparteiliche Disziplin drängte, um selbst die Nachfolge Adenauers zu beeinflussen.⁷² Neumanns Initiative zog auch scharfe Angriffe durch die SPD auf sich. Sie warf dem Allensbacher Demoskopener vor, er wolle mit seinem Vorschlag und mit Hilfe einer Umfrage, die eine Zustimmung von 76 Prozent zur möglichen Bundespräsidentschaft Adenauers ergeben habe, ein autokratisches Regierungssystem nach dem Vorbild de Gaulles und Francos etablieren.⁷³ Neumann bestritt die Durchführung einer derartigen Umfrage, die auch im Allensbacher Archiv nicht existiert. Doch trotz des scharfen Gegenwindes blieb er bei seinem Vorschlag und unterbreitete ihn Adenauer noch einmal ausführlich bei seinem Besuch in Cadenabbia im März 1963. Neumann begründete seinen Plan:

»Wir müssen, wenn Sie als Kanzler abtreten, uns die Situation vorstellen: Ihre Regierungszeit hat dann so lange gedauert, wie die Weimarer Republik, und länger als das Dritte Reich. Sie haben, und ich möchte das ganz drastisch sagen, die Aufgabe, die Kontinuität zwischen der Periode Adenauer und dem, was nach ihr – nach Ihnen, Herr Bundeskanzler – kommt, herzustellen, sonst wird der Staat gefährdet. Vergessen wir doch nicht, dass neben und hinter uns eine Generation aufgewachsen ist, die sich die Verhältnisse von 1945 nicht mehr vorstellen kann. Sie sind das Symbol des demokratischen Deutschland – Sie müssen Ihr eigenes Denkmal werden.« – Adenauer antwortete: »Sie sind ein großer Versucher, Herr Neumann. Nun hatte ich mich schon ganz mit dem Gedanken befreundet, dass ich im Herbst ausscheide – ich wollte dann ein Buch schreiben – und jetzt stellen Sie mir die Dinge so dar, wie ich sie noch nicht gesehen habe.«⁷⁴

Mit dieser geschichtspolitischen und -symbolischen Begründung einer verklausuliert empfohlenen Bundespräsidentschaft Adenauers ging Neumann

71 Erich Peter NEUMANN, *Der dritte Bundespräsident. Ein Konzept*, in: *Die politische Meinung* 8 (1962) Nr. 77, S. 15–20.

72 »Brentano nennt die Diskussion über Adenauer peinlich«, in: *FAZ*, 1.10.1962. »Neumanns Privatmeinung«, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 3.10.1962.

73 SPD-Pressedienst in Auszügen abgedruckt u. a. »*Meinungsumfrage von Adenauer selbst angeregt?*«, in: *Hannoversche Rundschau*, 2.10.1962; »*Private Meinungsumfrage des Kanzlers über Amtswechsel?*«, in: *Die Welt*, 2.10.1962.

74 AIIA, NL EPN (wie Anm. 13), S. 12f.

über die kurzatmige und perspektivlose Diskussion um den Kanzlerwechsel hinaus, fand jedoch auch hier keine Mehrheit in der Fraktion, zumal Adenauer nach seiner Kanzlerschaft der CDU-Parteivorsitz verblieb.

5. Fazit und Ausblick

Mit dem ersten Kanzlerwechsel der Bundesrepublik stand die Demoskopie im Brennpunkt der Medienöffentlichkeit wie sonst nur vor Bundestagswahlen. Zwar wurden im Frühjahr 1963 die heutigen Ausmaße der Mediendemoskopie noch nicht erreicht, aber Vorläufer-Tendenzen sind unverkennbar. Die Kontroverse um die Ergebnisse der Umfrageforschung entstand, weil die politischen Protagonisten sich in der Diskussion um die Kanzlernachfolge der empirischen Sozialforschung bedienten um der eigenen politischen Ambitionen willen. Das hat dem wissenschaftlichen Anspruch der Umfrageforschung eher geschadet als genutzt.

Wenn jedoch die Zeitgeschichte die Demoskopie mehr berücksichtigt und deren Ergebnisse nicht nur unreflektiert als Quellenschmuck für die eigene vorgefertigte Aussage gebraucht hätte, dann hätte u. a. das Erhard-Bild sich wandeln müssen. Bislang galt der Mann mit der Zigarre als Opfer Adenauerischer Intrigen in der Kanzlernachfolgedebatte oder wurde zuletzt sogar als beinahe gutmütiger politischer Trottel charakterisiert. Dass der Wirtschaftsminister und vor allem sein geschlossener Beraterkreis, die »Brigade Erhard« um Karl Hohmann, selbst umtriebige Akteure der Öffentlichkeitsarbeit waren, zeigt dieser Aufsatz. Sie wussten Umfragedaten von EMNID geschickt in den Printmedien zu lancieren und so die Botschaft präsent zu halten: Erhard ist der legitime Nachfolger Adenauers, an ihm führt kein Weg vorbei. Ihre Strategie, mit Hilfe der Mediendemoskopie ein Quasi-Plebizit vorzuspiegeln, ging insofern auf, weil die meisten Mitglieder der Unionsfraktion davon nicht unbeeindruckt blieben und über Erhards Zugkraft in der Bevölkerung die CDU wieder auf die Seite der Wahlgewinner bringen wollten. Dagegen war die demoskopische Öffentlichkeitsarbeit des Allensbacher Instituts und von Gerhard Schröder wesentlich zurückhaltender als die des Wirtschaftsministeriums. Der aufsteigende Trend in den Allensbacher Umfragewerten für Schröder drang zwar als Thema in die Presse ein und erschütterte den Versuch des Erhard-Lagers, die Zustimmung für den Wirtschaftsminister als wesentliches Argument für dessen Kanzler-Nachfolge zu präsentieren. Dadurch veränderte sich aber nicht Erhards Mediendominanz.

Neben der Mediendemoskopie wandten die beiden demoskopischen Kontrahenten, Karl Georg Freiherr von Stackelberg von EMNID und vor allem Erich Peter Neumann vom Allensbacher Institut, intensiv das Instrument der vertraulichen und informellen demoskopischen Beratung für den Auftraggeber an. In den entscheidenden Wochen bis zur Wahl Erhards zum Nachfolger Ade-

nauers versuchten beide, den entscheidenden Personen in der Partei- und Fraktionsspitze der Union die jeweiligen Umfragedaten als Argumentationshilfe für den unterschiedlich favorisierten Kandidaten zu präsentieren. Während dabei besonders von Stackelberg unverhohlen die veröffentlichten Umfrageergebnisse auch zur Überzeugung der einfachen Fraktionsmitglieder für Erhard und gegen Schröder einsetzte, plädierte Neumann indirekter in informellen Beratungsgesprächen für Schröder und arbeitete zudem auf Basis der Allensbacher Daten eigene Vorstellungen aus, unabhängig von der parteipolitischen Opportunität, wie der Kanzlerwechsel politisch ehrenvoll zu vollziehen sei. Unterlagen des Allensbacher Archivs zeigen ihn sowohl als selbstkritischen Demoskopen als auch als politischen Akteur in der Nachfolgedebatte. Die dabei erhobenen Allensbacher Daten waren die Grundlage für seine Meinungsbildung und seine Beratung Adenauers, den er am Ende nicht so erreichte, um die Kanzlernachfolge auf Schröder zulaufen zu lassen. Auch Schröder selbst nahm die ihm vorgelegten Allensbacher Daten nicht als Handlungsaufforderung an.

Deutlich wurde auch, dass das Allensbacher Institut die Daten zur Kanzlernachfolge im Rahmen des seit 1950 bis heute bestehenden Vertrags mit dem Bundespresseamt erhob, nicht für spezielle Ministerien, für die Unions-Fraktion im Bundestag oder für die CDU wie EMNID seit 1953. Im Gegenteil: Mit Partei und Fraktion bestand trotz der Mitgliedschaft Erich Peter Neumanns im Deutschen Bundestag ein potentiell spannungsreiches Verhältnis aufgrund der langjährigen informellen Beratung für Konrad Adenauer.⁷⁵ Weitere Forschungen über die Funktion der »Meinungsforschung in der Konkurrenzdemokratie« stehen hier noch aus und werden zur Geschichte der demoskopischen Politikberatung beitragen.⁷⁶

Ebenso ist zu wünschen, dass die Zeitgeschichte die Demoskopie als Quelle stärker berücksichtigt und dabei nicht nur auf Ergebnisse der Entscheidungsfragen »Sind Sie für oder gegen ...?« zurückgreift. Dann werden vergessene Alternativen und wirkungsmächtige Abläufe in politischen Entscheidungsprozessen erkennbar.

75 Dies spricht deutlich gegen gängige Annahmen, das Allensbacher Institut hänge am Auftragstropf der CDU. So zuletzt Frank DECKER, *Politische Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach fünfzig Jahren*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11 (2001) Heft 1, S. 31–69. Dagegen schon 1963 E. NOELLE-NEUMANN/G. SCHMIDTCHEN (wie Anm. 26), S. 170.

76 Anja KRÜKE, *Meinungsforschung in der Konkurrenzdemokratie. Der Aufstieg der politischen Umfrageforschung und seine Auswirkungen auf den politischen Massenmarkt am Beispiel der SPD, 1945–1990*, in: Jörg CALLIESS (Hg.), *Die frühen Jahre des Erfolgsmodells BRD. Oder: Die Dekonstruktion der Bilder von der formativen Phase unserer Gesellschaft durch die Nachgeborenen*, Loccumer Protokolle 25 (2002), S. 105–107.

Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs?

Von Ansbert Baumann

Als Kurt Georg Kiesinger am 1. Dezember 1966 vom Deutschen Bundestag zum dritten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, fand diese Wahl in Frankreich ein positives Echo.¹ Der langjährige französische Botschafter in Bonn, François Seydoux, meinte rückblickend, dass »Kurt Georg Kiesingers Sieg ... einen französischen Unterton«² gehabt habe, und auch der damalige deutsche Botschafter in Paris, Manfred Klaiber, stellte später fest, für ihn sei Kiesingers »Amtsantritt ein ganz großes Aufatmen« gewesen.³ In der Tat hatte der neue Bundeskanzler unmittelbar vor seiner Wahl mehrfach deutlich gemacht, dass er der Frankreichpolitik von Bundeskanzler Ludwig Erhard und Außenminister Gerhard Schröder reserviert gegenüberstehe und hier einen anderen Weg ansteuern wolle.⁴ Folgerichtig sprach er in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966, der Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses eine »entscheidende Rolle für die Zukunft Europas«⁵ zu.

Die Große Koalition erreichte in den knapp drei Jahren ihrer Existenz tatsächlich eine deutliche Verbesserung des Klimas zwischen Deutschland und Frankreich, woran nicht zuletzt das gute persönliche Verhältnis zwischen Kiesinger und de Gaulle entscheidenden Anteil hatte – so stellte der französische Staatspräsident nach der ersten Begegnung mit dem neuen Bundeskanzler gegenüber Botschafter Klaiber fest: »Enfin un homme d'État allemand, avec lequel on peut parler comme avec Adenauer«⁶. Obwohl die Kontakte zu Frankreich auch unter Kiesingers Kanzlerschaft nicht immer ungetrübt blie-

1 Sogar der gegenüber Kiesinger durchaus kritische Deutschland-Korrespondent der Zeitung *Le Monde* stellte fest: »les relations avec la France recevront une impulsion énergique« (Roland DELCOUR, »M. Kiesinger estime que la grande coalition des socialistes et des chrétiens démocrates est une alliance temporaire« in: *Le Monde*, 3 décembre 1966, p. 4).

2 François SEYDOUX, *Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission*, Frankfurt/M. 1978, S. 94.

3 Manfred Klaiber an Kurt Georg Kiesinger, 16. Juni 1978, in NL Kiesinger, Archiv für Christlich-Demokratische Politik [ACDP] 01-226-146.

4 Vgl. Dirk KROEGEL, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition 1966–1969* (Studien zur Zeitgeschichte, 52), München 1997, S. 62.

5 Verhandlungen des Deutschen Bundestages [BT], Sten. Ber. 5. WP, 13.12.1966, S. 3656–3665, hier: S. 3663.

6 Manfred Klaiber an Kurt Georg Kiesinger, 16. Juni 1978 (ACDP 01-226-146).

ben,⁷ konstatierte kein Geringerer als André François-Poncet am Ende von dessen Regierung: »Unsererseits verdient Kiesinger ganz besondere Dankbarkeit. Es ist noch gar nicht lange her, da haben die deutsch-französischen Beziehungen recht kritische Augenblicke erlebt. Der Weitsicht, der Ausgeglichenheit und dem festen Willen von Kanzler Kiesinger verdanken wir es, daß sie nicht zu Schaden kamen. Er ist ein Freund Frankreichs.«⁸

Einen entsprechenden Ruf hatte sich Kiesinger im Grunde jedoch schon vor seiner Zeit als Bundeskanzler erworben. Bezeichnenderweise erkannte der damalige französische Außenminister Couve de Murville bei ihm eine tief verwurzelte »Vorliebe für den französischen Nachbarn«,⁹ die er in Kiesingers Verbundenheit zu traditionellen Bildungswerten sowie zur französischen Sprache und Literatur begründet sah. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Werk des französischen Staatsdenkers Alexis de Tocqueville,¹⁰ welche unter anderem auch die Bewunderung von Theodor Heuss hervorrief,¹¹ verdeutlicht, dass der baden-württembergische Ministerpräsident in der Tat ein profunder Kenner der französischen Geisteswelt war. Ein anderer Grund, warum er bereits vor seiner Wahl zum Bundeskanzler von vielen französischen Politikern als »Freund« eingeschätzt wurde, kommt in einer weiteren Aussage von Botschafter Seydoux zum Ausdruck: »Wir hatten ihn am Werk gesehen, als man ihn im Rahmen des Abkommens vom 22. Januar 1963 berufen hatte, die deutsche Kultur gegenüber unserem Kultusminister, der in Bonn keinen Widerpart hatte, zu vertreten.«¹² Auch Pierre Pflimlin begründete 1966 die Tatsache, dass Kiesinger über das deutsch-französische Verhältnis »besonders gut unterrichtet«¹³ war, mit seiner Tätigkeit als »Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963«.

In der Forschung fand Kiesingers Wirken im Amt des Bevollmächtigten indes bislang keinen größeren Niederschlag,¹⁴ obgleich er selbst diese Tätig-

7 Zu denken ist hier beispielsweise an die finanzwirtschaftlichen Differenzen in den Jahren 1968/69. Vgl. Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Neuausgabe, Stuttgart 1997, S. 190–203.

8 So François-Poncet in einem Artikel in *Le Figaro* vom 22. Oktober 1969. Dieter OBERNDÖRFER (Hg.), *Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger. Festgabe zum 80. Geburtstag*, Stuttgart 1984, S. 393.

9 Maurice COUVE DE MURVILLE, *Außenpolitik 1958–1969*, München 1973, S. 226.

10 Kurt Georg KIESINGER, *Die Prognosen des Grafen Alexis de Tocqueville am Beginn des industriellen Zeitalters*. Vortrag, gehalten bei der Jahresfeier am 3. Dezember 1960 (Karlsruher akademische Reden, N.F., 19), Karlsruhe 1961.

11 Theodor HEUSS, *Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, Tübingen 1970, S. 510f.

12 F. SEYDOUX (wie Anm. 2), S. 94.

13 D. OBERNDÖRFER (wie Anm. 8), S. 304.

14 Dirk Kroegel widmete Kiesingers Frankreichpolitik zwar ein ganzes Kapitel seiner Arbeit, ging dabei aber nicht auf seine Tätigkeit als Bevollmächtigter ein; D. KROEGEL

keit offenbar als wichtige Etappe seiner politischen Laufbahn ansah.¹⁵ Darum soll im Folgenden dieser weniger bekannte Aspekt in der Biographie des Bundeskanzlers der Großen Koalition näher beleuchtet werden.

Das Amt des Bevollmächtigten ist ein Resultat des am 22. Januar 1963 unterzeichneten Elysée-Vertrags, der bekanntlich eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik in den Bereichen »Auswärtige Angelegenheiten«, »Verteidigung« sowie »Erziehungs- und Jugendfragen« vorsah. Die Basis der künftigen Zusammenarbeit sollten regelmäßige Regierungskonsultationen bilden, bei denen die zuständigen Minister beider Staaten zu Unterredungen zusammentreffen sollten. Da mit den »Erziehungs- und Jugendfragen« jedoch ein Hoheitsrecht der Bundesländer tangiert wurde, wurde dieses Prinzip auch auf einen Kompetenzbereich der Länder ausgeweitet: Als Gesprächspartner des französischen Erziehungsministers bestimmte man eine »Persönlichkeit, die auf deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen«¹⁶. Die »Benennung«¹⁷ sollte in Abstimmung mit den Länderregierungen erfolgen. Damit wurde einerseits der Zuständigkeit der Länder in kulturpolitischen Angelegenheiten Rechnung getragen, andererseits aber auch der Versuch unternommen, einen Lösungsansatz für ein bereits seit längerem bestehendes innerdeutsches Problem zu finden: Die Frage der Zuständigkeiten im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik hatte schon seit 1949 immer wieder für Konflikte zwischen Bund und Ländern gesorgt;¹⁸ durch die im Vertrag vorgesehene Regelung schien die innenpolitische Umsetzung

(wie Anm. 4), S. 59 ff. Philipp GASSERT bereitet derzeit eine umfassende politische Biographie vor: *Vom Nationalsozialismus zur Demokratie: Kurt Georg Kiesinger (1904–1988)*.

- 15 Aus diesem Grund beauftragte er 1984 Reinhard Schmoeckel damit, die wichtigsten Informationen zu seiner Amtszeit zusammenzustellen. Vermerk von Schmoeckel vom 19. November 1984 (ACDP 01-226-299).
- 16 Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung und des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 (Bundesgesetzblatt 1963, Teil II, S. 705–710), Abschnitt I, Ziffer 3, Buchstabe a.
- 17 Die Verwendung des Begriffs »Benennung« weicht bewusst von der üblichen Terminologie internationaler Verträge ab, um die Rechtssituation möglichst offen zu halten. Vermerk des Staatsministeriums Baden-Württemberg über »die Stellung des Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages« vom 22. Januar 1963, S. 4f. (Hauptstaatsarchiv Stuttgart [HStAST], EA 3/505, Bd. 327/2).
- 18 Ansbert BAUMANN, *Begegnung der Völker? Der Elysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969* (Moderne Geschichte und Politik, 18), Frankfurt/M. 2003, S. 105–128.

der außenpolitischen Beschlüsse zumindest im deutsch-französischen Verhältnis in Zukunft gewährleistet zu sein.¹⁹

Im Vertragstext wurde allerdings nicht näher bestimmt, wer die benannte Persönlichkeit sein könnte. Bereits bei der Ausarbeitung des Vertrags vertrat Frankreichs Außenminister Couve de Murville gegenüber seinem deutschen Amtskollegen Schröder die Meinung, der französische Erziehungsminister solle künftig wohl am besten mit dem Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz zusammentreffen, während Schröder dem entgegenhielt, dass der Vorsitz in der Kultusministerkonferenz jährlich wechsele und dies einer kontinuierlichen Zusammenarbeit im Wege stünde.²⁰ Die Auffassung, dass »man für diese Kontakte wohl einen Länderkultusminister beauftragen und diese Beauftragung für einen längeren Zeitraum gelten müsse,«²¹ vertrat der Bundesaußenminister nach dem Vertragsabschluss auch gegenüber den Ministerpräsidenten. Die Kultusministerkonferenz zeigte sich von diesen Bedenken jedoch unbeeindruckt und beauftragte am 15. Februar ihren amtierenden Vorsitzenden, den Bremer Senator Willy Dehnkamp, damit, bis auf weiteres die Vertretung der Länder zu übernehmen.²² Um anstelle dieser provisorischen Nominierung²³ eine dauerhafte Lösung zu finden, schlug der Bevollmächtigte des Saarlandes beim Bund Anfang März vor, die Ministerpräsidenten sollten im Verlauf ihrer nächsten, im Juni in Saarbrücken anberaumten Konferenz offiziell einen Vertreter der Länder benennen.²⁴ Damit wurde implizit auch klargestellt, dass eine letztendlich gültige Entscheidung über einen solchen Repräsentanten von den Regierungschefs und nicht von der Kultusministerkonferenz zu treffen sei.

Um die Haltung der Bundesregierung hinsichtlich jener zu benennenden Persönlichkeit zu eruieren, bat der bayerische Staatsminister für Bundesange-

19 Zugleich wurde damit auch der Versuch unternommen, den in Bezug auf die innerstaatliche Struktur der beiden Partnerstaaten herausragenden Unterschied zwischen dem französischen Zentralismus und dem bundesdeutschen Föderalismus wirkungsvoll zu überbrücken.

20 Protokoll der Unterredung Couve de Murville – Schröder, 16. Dezember 1962 in Paris (Ministère des Affaires étrangères, Paris, Archives diplomatiques [MAE], Série: Europe 1961–1970, Allemagne, 1574); M. COUVE DE MURVILLE (wie Anm. 9), S. 210.

21 Auswärtiges Amt, Referat I A 4: Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz beim Bundeskanzler, 15. Februar 1963 (Bundesarchiv, Koblenz [BA], B 106 /34564).

22 93. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister am 14./15. Februar 1963: Stellungnahme zum Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Bayerisches Hauptstaatsarchiv [BayHStA], Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst [MK], 65911).

23 Auf den provisorischen Charakter seiner Wahl wies Dehnkamp selbst in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates am 21. Februar 1963 hin (BayHStA, MK 65911).

24 Der Bevollmächtigte des Saarlandes beim Bund, MinRat Dr. Karl Waltzinger, an die Staatskanzlei Saarbrücken, 8. März 1963 (Landesarchiv Saarbrücken [LA SB], Staatskanzlei /MPK 1963 SB).

legenheiten um eine Stellungnahme des Auswärtigen Amts.²⁵ Am 19. März 1963 präzisierte Staatssekretär Carstens daraufhin die Sichtweise des Bundes: »Die Bundesregierung beabsichtigt, die Länder zu bitten, für die Gebiete ihrer ausschließlichen Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeit dem Auswärtigen Amt einen Kultusminister namhaft zu machen, der insoweit gegenüber der französischen Seite kraft einer Bevollmächtigung durch die Bundesregierung handeln und die Bundesrepublik bei den Zusammenkünften mit dem französischen Erziehungsminister vertreten würde. Dem auf diese Weise Bevollmächtigten wird ein verantwortlicher Beamter des Bundes beigeordnet werden.«²⁶

Auch wenn die Kultusministerkonferenz die provisorische Benennung Dehnkamps kurz darauf bestätigte,²⁷ schienen nicht alle Länderregierungen mit dieser Nominierung zufrieden zu sein: Beispielsweise wies der bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten gegenüber dem französischen Generalkonsul in München darauf hin, dass Dehnkamp als Norddeutscher wohl eher eine Neigung zu England als zu Frankreich verspüre; der nordrhein-westfälische Kultusminister Mikat, der ab Oktober turnusgemäß Vorsitzender der Kultusministerkonferenz sein werde, sei jedoch mit Sicherheit mehr an Frankreich interessiert, weshalb zu wünschen sei, dass jener für einen längeren Zeitraum mit dem neuen Amt beauftragt werden würde.²⁸ Hier deutete sich bereits an, dass auch zwischen den Bundesländern eine unterschiedliche Einstellung gegenüber Frankreich vorhanden war; es war daher zu erwarten, dass der künftige Amtsträger nicht nur die Außenvertretung für ein Hoheitsrecht der Länder wahrnehmen, sondern auch innenpolitisch als Koordinator der Interessen der verschiedenen Bundesländer tätig werden müsste.

Am 15. Mai stellte Bundesaußenminister Schröder in einem Rundschreiben an die Ministerpräsidenten der Länder, die Bürgermeister von Bremen und Hamburg und an den Regierenden Bürgermeister von Berlin nochmals fest: »Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß für die Gebiete, die zur ausschließlichen Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeit der Länder gehören, ein Kultusminister der Länder benannt werden sollte, der Kraft einer Bevollmächtigung durch die Bundesregierung insoweit gegenüber der französischen Seite handeln und die Bundesrepublik bei den Zusammenkünften mit dem französischen Erziehungsminister vertreten würde. Dem auf diese Weise Bevollmächtigten würde ein verantwortlicher Beamter des Bundes beigeord-

25 Mitteilung vom 22. März 1963 (BayHStA, Der Bevollmächtigte des Freistaats Bayern beim Bund [BB], 1069).

26 Note von Sts. Carstens vom 19. März 1963 (BayHStA, BB 1069).

27 Sitzungsprotokoll der 94. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 28./29. März 1963 (BayHStA, MK 65911).

28 Generalkonsul Pierre Saffroy an Außenminister Couve de Murville, 8. April 1963 (MAE, Europe 1961–1970, Allemagne, 1475).

net werden. ... Ich würde es begrüßen, wenn für diese Aufgabe von Seiten der Landesregierungen alsbald ein Kultusminister benannt werden könnte.«²⁹

Die von Bundesaußenminister Schröder erwünschte »Benennung eines Kultusministers für Kontakte im Rahmen der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit« war bereits als Tagesordnungspunkt der Saarbrücker Ministerpräsidentenkonferenz vorgesehen, welche vom 10. bis 12. Juni stattfinden sollte.³⁰ Deswegen forderte der Bremer Bürgermeister Kaisen die Regierungschefs der Länder Ende Mai dazu auf, der Entscheidung der Kultusministerkonferenz zuzustimmen und ihren Vorsitzenden endgültig mit der Aufgabe zu betrauen.³¹ Von der bayerischen Landesregierung wurde eine solche Zustimmung der Ministerpräsidenten zwar als wahrscheinlich eingestuft;³² dennoch favorisierte man in München die Wahl des saarländischen Ministerpräsidenten Franz Josef Röder, der gleichzeitig Kultusminister seines Landes war.³³ Durch die Person Röders sollte die kulturpolitische Zuständigkeit mit dem politischen Gewicht eines Regierungschefs verknüpft werden – ein Argument, aufgrund dessen auch der Quai d’Orsay mit einer Nominierung des saarländischen Ministerpräsidenten rechnete.³⁴

Auf der Saarbrücker Konferenz lehnte Ministerpräsident Röder am 12. Juni die Übernahme des Amtes jedoch überraschend aus gesundheitlichen Gründen ab. Die Karten mussten somit neu gemischt werden. Die Länderchefs verständigten sich schließlich auf die »vorläufige« Benennung von Kurt Georg Kiesinger, wobei »eine weitere Erörterung dieses Beratungspunktes auf der Ministerpräsidentenkonferenz 1964«³⁵ vorgesehen war. Als Gastgeber der Konferenz informierte Röder das Auswärtige Amt über den Beschluss der Ländervertreter und erklärte diesen damit, dass »angesichts der besonderen politischen Bedeutung ... ein Regierungschef mit dieser wichtigen Aufgabe beauftragt werden sollte«.³⁶ Das Bundeskabinett stimmte der Berufung Kiesingers am 3. Juli zu und ernannte ihn zum »Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten gemäß Abschnitt I

29 BA, B 106 /34564.

30 Vgl. LA SB, Staatskanzlei /MPK 1963 SB.

31 Der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen an die Regierungschefs der Länder und an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz Dehmkamp, 24. Mai 1963 (BayHStA, Staatskanzlei [StK], 111967).

32 Vermerk der Bayerischen Staatskanzlei zu Kaisens Rundbrief (BayHStA, StK 111967).

33 Vermerk der Bayerischen Staatskanzlei o.D. (BayHStA, StK 111966).

34 Vermerk des Quai d’Orsay, 10. Juni 1963 (MAE, Europe 1961–1970, Allemagne, 1600).

35 Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zu Punkt 17a der Tagesordnung: Benennung eines Kultusministers für Kontakte im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit (LA SB, Staatskanzlei /MPK 1963 SB).

36 Dr. Röder an den Bundesminister des Auswärtigen, 21. Juni 1963 (LA SB, StK/MPK 1963 SB).

Ziffer 3 Buchstabe a des Vertrages vom 22. Januar 1963 über die deutsch-französische Zusammenarbeit«, wobei ihm »zur Durchführung seiner Aufgaben der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes beigeordnet« wurde.³⁷ Schon einen Tag später, am 4. Juli 1963, traf Kiesinger in seiner neuen Funktion erstmals mit dem französischen Erziehungsminister Christian Fouchet zusammen.³⁸

Kiesinger war somit quasi erst in letzter Minute in das Amt gewählt worden; dennoch war er keineswegs eine Notlösung: Unter den Länderchefs war der Ministerpräsident von Baden-Württemberg eine »herausragende Gestalt«³⁹, der gerade im bildungspolitischen Bereich in seinem Land Maßstäbe setzte. Außerdem hatte er als erfahrener Jurist in verfassungsrechtlichen Fragen, gerade auch in Problemen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, eine unbestreitbare Kompetenz: Deswegen war er auch als Mitglied der sogenannten Dreierkommission direkt an den Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zur Förderung kulturpolitischer Aufgaben beteiligt, welche seit 1958 zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern geführt wurden.⁴⁰ Aus diesem Grund trug er auf der Saarbrücker Ministerpräsidentenkonferenz einen Bericht vor über das »Verfahren in Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten in kulturpolitischen und anderen Angelegenheiten, die die Zuständigkeit der Länder berühren«⁴¹; mit diesem Vortrag konnte er sich unmittelbar vor der Wahl als Experte für die Bund-Länder-Problematik empfehlen. Hinzu kam seine außenpolitische Erfahrung, die er als langjähriger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags erworben hatte.

Auch wenn somit viele Gründe für die Benennung Kiesingers sprachen, war diese nicht unumstritten: Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn hatte offenbar bereits während der Saarbrücker Konferenz größere Einwände geltend gemacht, welche er in einem Rundschreiben an seine Kollegen vom

37 Außenminister Schröder an den bayerischen Ministerpräsidenten Goppel, 2. Sept. 1963 (BayHStA, MK 65912).

38 Niederschrift der Besprechung zwischen dem Bevollmächtigten des Bundes, Ministerpräsident Kiesinger, und dem französischen Erziehungsminister, Fouchet, über kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages am 4. Juli 1963 in Bonn von Dr. Per Fischer (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/1, Blatt 9).

39 Philipp GASSERT, Art., *Kurt Georg Kiesinger* in: *Lexikon der christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. v. Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 296–299.

40 Vgl. Rundschreiben des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister, 23. April 1964: Abkommen zwischen Bund und Ländern über die Förderung kultureller Aufgaben; hier: Datenübersicht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen (Archiv der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Bonn, Abteilung IV: Internationale Angelegenheiten, Handakten Dr. Rübsaamen).

41 Bericht zu Punkt 7a der Tagesordnung (LA SB, StK/MPK 1963 SB).

3. Juli 1963 nochmals bekräftigte:⁴² Er habe der Benennung Kiesingers nur deswegen zugestimmt, weil »es erforderlich war, noch vor dem Staatsbesuch von General de Gaulle eine Einigung der Länder erzielt zu haben und eine angemessene Repräsentation der Länder bei diesem Staatsbesuch sicherzustellen.« Zinn stellte jedoch heraus, dass »die Regelung gemäß der Absprache auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Saarbrücken eine vorläufige ist [und] eine endgültige Entscheidung zu dieser Frage ... erst auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz gefällt werden [sollte], wobei auch Überlegungen zu einem turnusmäßigen Wechsel zwischen den Ländern eine Rolle spielen sollten«. Außerdem sei grundsätzlich »ein Kultusminister eines Bundeslandes besser für das Amt des Bevollmächtigten geeignet ..., da die zu behandelnden Fragen in das Fachgebiet des Erziehungswesens gehören«. Die bayerische Staatsregierung teilte diesen Einwand und stellte in einer Stellungnahme zu Zinns Schreiben fest, dass der Kultusminister eines Bundeslandes als Bevollmächtigter wohl tatsächlich »rechtlich eher fundiert« wäre.⁴³ Der rechtliche Rahmen für das neue Amt war generell jedoch noch völlig unklar – so war beispielsweise auch die Frage umstritten, ob der Bevollmächtigte ein »Bevollmächtigter der Bundesregierung« und ihr gegenüber somit weisungsgebunden, oder ein »Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland« für ein Hoheitsrecht der Länder und damit in erster Linie eine Koordinierungsinstanz der Bundesländer darstellen sollte.⁴⁴ Es zeichnete sich daher ab, dass die Frage der Befugnisse des Bevollmächtigten noch für einige Zeit zu Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern führen und sie deswegen auch eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Durchführung des Elysée-Vertrags spielen würde.⁴⁵

Kiesinger ging, allen juristischen Unsicherheiten zum Trotz, mit großem Elan und kämpferischer Entschlossenheit an seine neue Aufgabe heran und vertrat dabei die Position der Länder mit energischem Selbstbewusstsein. Dabei verstand er es geschickt, innerhalb des juristischen Freiraums, in dem das Amt angesiedelt war, Fakten zu schaffen. So nahm er bereits kurz nach seiner Wahl Kontakt zum Sekretariat der Kultusministerkonferenz auf und erwog den

42 Rundschreiben des hessischen Ministerpräsidenten Zinn an die Regierungschefs der Länder vom 3. Juli 1963 (BayHStA, MK 65911).

43 Vermerk des bayerischen Staatsministeriums o.D. (BayHStA, MK 65912).

44 Aktennotiz aus dem bayerischen Kultusministerium von Anfang Juli 1963 (BayHStA, MK 65912).

45 Die »Ständige Vertragskommission der Länder« hatte sich schon am 25. Januar 1963 an das Auswärtige Amt gewandt und gebeten, »da der ... Vertrag sich auf Gebiete der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder erstreckt, ... an der weiteren Behandlung der Angelegenheit entsprechend der Lindauer Vereinbarung« beteiligt zu werden (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden [HStAWi], Kultusministerium, Abt. 504, Nr. 5864, Blatt 308). Der Vertrag wurde der Kommission daraufhin am 8. Februar 1963 zugeleitet (Auswärtiges Amt an Vertragskommission, Ebd., Blatt 309).

Gedanken, das Büro des Bevollmächtigten an jenes anzubinden.⁴⁶ Es gelang der Bundesregierung zwar, ihn von diesem Vorhaben abzubringen und sein Einverständnis dazu zu gewinnen, die »Arbeitseinheit« des Bevollmächtigten im Auswärtigen Amt einzurichten; Kiesinger wehrte sich jedoch entschieden gegen das erkennbare Bemühen des Bundes, diese Arbeitseinheit zu einem Referat der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes abzuwerten. So versuchte er zunächst mit Klaus-Berto von Doemming⁴⁷ einen Büroleiter einzusetzen, der als Landesbeamter die Zuständigkeit der Länder nachdrücklich verkörpern sollte.⁴⁸ Nachdem dies trotz hartnäckigem Bemühen aufgrund des erheblichen Widerstands von Seiten der Bundesregierung nicht gelungen war und mit Legationsrat Hanns-Gero von Lindeiner-Wildau ein Mitarbeiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes die Leitung der Arbeitseinheit übernommen hatte, setzte er bewusst auf eine zweigleisige Taktik: In einem Vermerk des Staatsministeriums Baden-Württemberg vom 27. September 1963 »über die Stellung des Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963«⁴⁹ wurde deswegen das doppelte Mandat des Amtes in genau diesem Sinne definiert: »Seine Doppelstellung kommt darin zum Ausdruck, dass er innerstaatlich Exponent des Vertrauens der Länder ist, ihr Beauftragter, während er nach aussen, d. h. im Verhältnis zu Frankreich, eine Bundeskompetenz wahrnehmen soll (Pflege der Beziehungen zu einem auswärtigen Staat auf kulturellem Gebiet, Artikel 32 Abs. 1 GG). Innerstaatlich besteht die Tätigkeit des Beauftragten darin, die Meinungen der Länder zu kulturellen Fragen, die den deutsch-französischen Vertrag berühren, zu koordinieren. Die fachliche Seite der Meinungsbildung ist Ländersache. Die Kooperation von Bund und Ländern liegt darin, dass die jeweils vom Beauftragten gegenüber dem französischen Gesprächspartner zu vertretenden Gesichtspunkte und Überlegungen vorher mit den politischen Instanzen – Auswärtiges Amt – und den fachlich zuständigen Behörden der Länder abgestimmt werden müssen. Darin besteht seine eigentliche Tätigkeit.«⁵⁰ In bezug auf die vom Bundeskabinett am 3. Juli beschlossene Beordnung des Leiters der Kulturabteilung wurde festgestellt, dass sich diese »nur auf die dem Beauftragten übertragene Wahrnehmung von Bundeskompetenzen erstrecken« könne, jedoch nicht

46 So der Bericht des Staatssekretärs Prof. Dr. Josef Hölzl aus dem Bundesinnenministerium vom 26. Juli 1963 (BA, B 136 /5531).

47 Der frühere Staatssekretär am rheinland-pfälzischen Innenministerium von Doemming war als Vorsitzender des Unterausschusses Sprachen der deutsch-französischen Kulturkommission mit den Problemen der deutsch-französischen Kulturkontakte gut vertraut.

48 A. BAUMANN, *Begegnung der Völker?* (wie Anm. 17), S. 150f.

49 HStASt, EA 3/505, Bd. 327/2, Blatt 45.

50 Vermerk (wie Anm.17), S. 4 (HStASt, EA 3/505, Bd. 327/2).

»auf seine innerstaatliche Tätigkeit als Beauftragter der Gesamtheit der Länder.«⁵¹

Eine logische Konsequenz dieser Sichtweise, der sich am 3. Oktober auch die übrigen Ministerpräsidenten anschlossen,⁵² war, dass Kiesinger für seine Koordinierungsaufgabe einen weiteren Mitarbeiter aus Ländermitteln anstellen wollte. Dem widersetzten sich jedoch das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium,⁵³ und in einem Entwurf der Bundesregierung für das beabsichtigte Bund-Länder-Abkommen zur Durchführung des Elysée-Vertrags wurde im Hinblick auf den Bevollmächtigten unmissverständlich klargestellt: »Er nimmt ausschließlich eine Bundesaufgabe wahr und ist an die Weisungen des Bundesministers des Auswärtigen gebunden.«⁵⁴

Eine solche Bestimmung stellte für Kiesinger zweifellos eine Provokation dar; bei einer Besprechung im Auswärtigen Amt am 19. Dezember hielt er deswegen unbeirrt an seiner Auffassung fest und erhielt so tatsächlich das Zugeständnis, dass er für »seine Tätigkeit im Innenverhältnis ... von den Ländern eine Arbeitseinheit in Bonn ... erhalten« solle, die von der Dienststelle im Auswärtigen Amt über »die Ergebnisse der Besprechungen des Bevollmächtigten mit dem französischen Erziehungsminister ... sowie alle Angelegenheiten, zu denen auf Länderebene etwas zu veranlassen ist« unterrichtet würde.⁵⁵

Kiesinger beeilte sich, entsprechende Fakten zu schaffen: Am 17. Januar 1964 wandte er sich an den rheinland-pfälzischen Kultusminister Eduard Orth: »Für meine Tätigkeit im Innenverhältnis benötige ich als Berater eine Persönlichkeit, die ihrem Rang, ihren Kenntnissen und ihrer Verwurzelung im kulturellen Raume nach ein Bindeglied zu den Kultusministern ist und die gleichzeitig über eingehende Erfahrungen im deutsch-französischen Kulturgespräch verfügt.«⁵⁶ Ein Mitarbeiter in Orths Kultusministerium, Regierungsdirektor Max Schröder⁵⁷, schien in Kiesingers Augen diesen Anforderungen zu ent-

51 Ebd. S. 5.

52 Protokoll der Besprechung der Ministerpräsidenten am 3. Oktober 1963 in Bonn, Punkt 3 der Tagesordnung: Stellung des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten nach dem deutsch-französischen Vertrag und des von ihm zu bestellenden Sachverständigen (BayHStA, BB 1069).

53 Vgl. Martin J. SATTLER, *Der deutsch-französische Zusammenarbeitsvertrag. Eine Untersuchung zur Vertragsmacht des Bundes und der Länder*, Meisenheim 1976, S. 68.

54 Entwurf vom 12. Dezember 1963, S. 2 (BA, B 138/2674).

55 Niederschrift der Besprechung im Auswärtigen Amt [AA] am 19. Dezember 1963 über die Praxis des Bevollmächtigten (Politisches Archiv des AA [PA AA], Referat 600, B 90 /542).

56 Kiesinger an Orth, 17. Januar 1964, S. 2 (HStAst, EA 3/505, Bd. 328/1).

57 Max Schröder (1907–1995) hatte sich im rheinland-pfälzischen Kultusministerium u. a. intensiv mit Fragen der deutsch-französischen Zusammenarbeit und mit der Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Burgund befasst (Mitteilung von Herrn MinRat Rudolf Mehlinger, Kultusministerium Rheinland-Pfalz).

sprechen; nachdem Minister Orth in einem vorangegangenen Telefongespräch bereits sein Einverständnis mit Schröders Abberufung signalisiert hatte, wollte Kiesinger die Formalien offensichtlich möglichst schnell erledigt wissen: »Nach den Abmachungen mit dem Auswärtigen Amt sollte Herr Schröder seine Tätigkeit schon in den nächsten Tagen aufnehmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Herrn Regierungsdirektor Schröder mit den erforderlichen Weisungen versehen würden. Es ist beabsichtigt, für meine Tätigkeit als Bevollmächtigter im Innenverhältnis in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Bonn, Welckerstr. 2, ein Büro einzurichten. Umfang und Ausstattung des Büros soll dem jeweiligen Arbeitsanfall angepasst werden. Dieses Büro steht Herrn Schröder für seine Arbeit zur Verfügung.«⁵⁸

Auch in seiner Außenfunktion zeigte der Bevollmächtigte großes Selbstvertrauen, was weiterhin zu Konflikten mit der Bundesregierung führte. So bestand er darauf, bei seinen Treffen mit dem französischen Erziehungsminister, wie bei Kabinettsmitgliedern der Bundesregierung üblich, einen Bundesstander am Fahrzeug zu führen. Die Abteilung Protokoll des Auswärtigen Amtes lehnte dies zunächst mit dem Hinweis ab, dass Kiesinger kein Mitglied des Bundeskabinetts sei.⁵⁹ Nachdem allerdings das Bundesinnenministerium, als für Flaggenfragen zuständige Instanz, am 23. Januar 1964 darauf hingewiesen hatte, dass Kiesinger als Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland keineswegs als Ländervertreter auftreten könne und ihm deswegen das Führen eines Bundesstanders zugestanden werden müsse,⁶⁰ musste auch das Auswärtige Amt seine Meinung revidieren und dem Stander auf dem Fahrzeug des Bevollmächtigten zustimmen.⁶¹ Derartige repräsentative Fragen wurden immer wieder aufgeworfen, beispielsweise auch im Hinblick auf die Anrede des Bevollmächtigten, zu welcher das Bundesinnenministerium präziserte: »In der Anrede ist Kiesinger nicht der ›Bevollmächtigte Ministerpräsident Dr. Kurt Georg Kiesinger‹, sondern in seiner Kompetenz als Bevollmächtigter nur der ›Bevollmächtigte Dr. Kurt Georg Kiesinger‹, da er Bevollmächtigter des Bundes und nicht der Länder ist.«⁶² Bei den deutsch-französischen Konsultationstreffen wurde der Bevollmächtigte protokollarisch zwischen dem Bundesaußenminister und dem Bundeswirtschaftsminister eingereiht; außerdem verständigte sich Kiesinger Anfang Juli 1964 mit Bundeskanzler Erhard darauf, dass er künftig an Sitzungen des Bundeskabinetts teil-

58 Kiesinger an Orth, 17. Januar 1964, S. 2f. (HStASt, EA 3/505, Bd. 328/1).

59 Aufzeichnung des AA vom 13. Januar 1964 (PA AA, Referat 600, B 90 /542).

60 Schreiben des BMI, 23. Januar 1964 (Ebd.).

61 Aufzeichnung des LegRats I Dr. Schulte, Abteilung Protokoll AA (Ebd.).

62 MinDir. Dr. von Meibom (BMI) an LegRat von Lindeiner-Wildau (Kulturabteilung AA), 17. Juli 1964 (Ebd.).

nehme, »soweit Angelegenheiten des deutsch-französischen Vertrages behandelt werden.«⁶³

Gerade die Frage, wie weit die Kompetenzen des Bevollmächtigten reichten, führte allerdings zu deutlichen Meinungsdivergenzen mit der Bundesregierung und hier speziell mit dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. Dieses Ministerium, das bei der Kabinettsbildung im Dezember 1962 aus dem früheren Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft hervorgegangen war, wurde von Seiten der Bundesländer, die darin einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte vermuteten, ohnehin mit Argwohn betrachtet. Als Wissenschaftsminister Lenz im März 1963 in Paris mit seinem französischen Amtskollegen Palewski zusammentraf⁶⁴ und die beiden zum Abschluss ihrer Gespräche ein gemeinsames Kommuniqué⁶⁵ zur weiteren Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit verabschiedeten, verstärkte dies das Misstrauen zusätzlich. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Palewskis Gegenbesuch fragte das Wissenschaftsministerium beim Auswärtigen Amt an, ob sich zwischen den Kompetenzbereichen des Bevollmächtigten und des Ministeriums eventuell Überschneidungen ergeben könnten.⁶⁶ Beide Ministerien kamen daraufhin überein, dass dies nicht der Fall sei, da der »deutsch-französische Vertrag ... nichts an der bestehenden innerdeutschen Zuständigkeitsverteilung« ändere und deswegen »die Begegnung der Forschungsminister nicht ›in Ausführung‹ des deutsch-französischen Vertrages, sondern ‚im Geiste‘ dieses Vertrages erfolgen« könne, zumal »der Vertrag eine Begegnung der Forschungsminister nicht ausdrücklich« vorsehe.⁶⁷ Der Bevollmächtigte müsse deswegen nicht an den Gesprächen beteiligt werden, es genüge eine Unterrichtung. Somit erhielt Kiesinger erst nach Palewskis Besuch am 9. und 10. Dezember 1963 ein informelles Schreiben von Wissenschaftsminister Lenz, was ihn dazu veranlasste, Lenz am 18. Dezember aufzusuchen und dabei seine Verärgerung darüber, dass er »nicht rechtzeitig und nicht umfassend über den Besuch von Staatsminister Palewski unterrichtet worden« sei, zum Ausdruck zu bringen.⁶⁸

63 Aufzeichnung des AA (LegRat I von Lindeiner-Wildau) über die Rechtsgrundlagen, Arbeitsweise und bisherigen Erfahrungen des Bevollmächtigten vom 7. Dezember 1964 (BA, B 138/2674).

64 Protokoll der Unterredung zwischen Bundesminister Lenz und Staatsminister Palewski vom 18. März 1963 in Paris (Ebd.).

65 Gemeinsames Kommuniqué vom 19. März 1963 (Ebd.).

66 Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung (im Auftrag MinRat Dr. Scheidemann) an das AA (Leiter der Kulturabteilung MinDir. Dr. Sattler), 24. Oktober 1963 (PA AA, Referat 600, B 90 /597).

67 Ergebnisprotokoll der Besprechung zwischen Vertretern des BMwF und des AA, 18. November 1963 (Ebd.).

68 MinRat Dr. Scheidemann (BMwF) an den Leiter der Kulturabteilung des AA MinDir. Dr. Sattler, 29. Dezember 1963 (Ebd.).

Bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz vom 26. bis 28. Oktober 1964 in Hamburg nahm Kiesinger noch einmal Bezug auf diesen Sachverhalt: »Es gibt eine noch nicht völlig geklärte Frage, nämlich die Frage nach der Kompetenz des Bevollmächtigten auf der Ebene des Bundes. Der deutsch-französische Vertrag betrifft nicht nur Gegenstände, die in Frankreich in den Kompetenzbereich des dortigen Erziehungsministers fallen, sondern er spricht ausdrücklich auch von der Förderung von Wissenschaft und Forschung. Es kam mir zu Ohren, daß der Herr Bundesminister Lenz mit dem französischen Minister für Wissenschaft, Palewski, Gespräche geführt hat. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er solche Gespräche natürlich führen könne, aber nach meiner Meinung nicht im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages. In diesem Vertrag sind ja Begegnungen der Minister vorgesehen, der Außenminister, der Verteidigungsminister und eben auch des französischen Erziehungsministers und des Bevollmächtigten der Bundesrepublik. Hier stoßen wir auf eine Schwierigkeit in Frankreich selbst. Wenn man dem Vertrag voll gerecht werden wollte, dann müßte – das habe ich auch Herrn Fouchet und den Vertretern des französischen Auswärtigen Amtes gesagt –, auf französischer Seite merkwürdigerweise etwas ähnliches geschehen, wie es dies bei uns gemäß unserem bundesstaatlichen Aufbau gibt. Herr Fouchet müßte nämlich das Verhandlungsrecht etwa für die Bereiche delegiert bekommen, die in die Zuständigkeit des Herrn Palewski, vielleicht auch des Herrn Malraux fallen, weil sich die Gespräche ja auf den gesamten kulturellen Sektor erstrecken sollen. Das ist bisher nicht geschehen. Aber ich denke, man sollte darauf achtgeben, daß die Entwicklung nicht dahin verläuft, daß meine Kompetenz lediglich auf die Kompetenz des Herrn Fouchet in Frankreich beschränkt ist, während doch der Vertrag den Ländern – wir müssen ja das Recht der Länder auf diesem Gebiet wahren – eben eine weitere Kompetenz zuweist. Dazu müssen wir nun einmal abwarten, was die Franzosen sagen: Wenn Herr Fouchet diese Zuständigkeit nicht besitzt, spreche ich eben mit Herrn Palewski oder mit Herrn Malraux, weil diese beiden wiederum nicht als Gesprächspartner im Vertrag vorgesehen sind. In ihm ist eben nur der französische Erziehungsminister als Gesprächspartner vorgesehen. Auf diese noch nicht gelöste Schwierigkeit wollte ich hinweisen.«⁶⁹

Mit dieser Aussage machte Kiesinger deutlich, dass er hinsichtlich der Kompetenzen des Bevollmächtigten zu keinerlei Zugeständnissen bereit war, sondern vielmehr sogar von einer noch weitergehenden Zuständigkeit ausging. Gleichzeitig sprach er mit der Frage nach den Kompetenzen auf französischer Seite ein außerordentlich sensibles Thema an: Bekanntlich waren im Vorfeld der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags zwischen beiden Regierungen Me-

69 Ministerpräsidentenkonferenz 1964: Bericht von Ministerpräsident Kiesinger als Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland ..., S. 2f. (HStASt, EA 3/505, Bd. 327/3).

moranden ausgetauscht worden, auf die im Vertrag ausdrücklich Bezug genommen wurde.⁷⁰ Das deutsche Antwortmemorandum vom 8. November 1962 ergänzte dabei die französischen Vorschläge vom 19. September 1962 um einige Anregungen: »Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung, insbesondere zwischen den wissenschaftlichen Spitzenorganisationen und Instituten; Veranstaltung gemeinsamer Kunst- und Buchausstellungen in beiden Ländern; Herausgabe einer deutsch-französischen Buchreihe und einer Illustriertenzeitschrift; gemeinsame Rundfunk- und Fernsehsendungen; Intensivierung der Arbeiten zur Revision der beiderseitigen Geographie- und Geschichtsbücher; Angleichung der beiderseitigen Bestimmungen über die Ausübung akademischer Berufe mit dem Ziel der Förderung einer stärkeren Freizügigkeit in beiden Ländern.«⁷¹ Von diesen deutschen Vorschlägen wurden lediglich zwei in den Elysée-Vertrag übernommen: Die Angleichung der Bestimmungen für akademische Berufe und die wissenschaftliche Zusammenarbeit. Die übrigen Anregungen sorgten dagegen auf französischer Seite für Kompetenzstreitigkeiten, wobei es insbesondere zu Rivalitäten zwischen der Kulturabteilung des Quai d'Orsay und dem Kulturministerium von André Malraux kam, dessen Beteiligung an den Konsultationsgesprächen das französische Außenministerium unter allen Umständen verhindern wollte.⁷²

Kiesingers Vortrag auf der Hamburger Ministerpräsidentenkonferenz zeigte unmissverständlich, mit welchem Selbstbewusstsein er sein Amt als Bevollmächtigter wahrnahm. Von dem ursprünglichen Beschluss der Saarbrücker Ministerpräsidentenkonferenz und der Forderung der hessischen Landesregierung, dass auf der Konferenz nochmals über die Benennung des Bevollmächtigten beraten werden solle, war nichts mehr zu hören. Mit seiner energischen, staatsmännischen Amtsführung hatte Kiesinger vollendete Tatsachen geschaffen und im Kreise seiner Kollegen soviel Ansehen gewonnen, dass es über seine Person keinerlei Diskussionen mehr gab.

Durch sein selbstbewusstes Auftreten verkörperte Kiesinger quasi die Souveränität der Länder. Somit wurde die Frage nach den Kompetenzen und der

70 »Auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der Jugendfragen werden die Vorschläge, die in den französischen und deutschen Memoranden vom 19. September und 8. November 1962 enthalten sind, nach dem oben erwähnten Verfahren einer Prüfung unterzogen« (Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, II C).

71 Memorandum der Bundesregierung vom 8. November 1962 (PA AA, Referat 600, B 90/411).

72 Auf diesen bislang unberücksichtigten Aspekt ging Dr. Corine Defrance bei ihrem Kolloquiumsbeitrag auf der deutsch-französischen Konferenz »1963: année pivot des relations franco-allemandes?« im Deutschen Historischen Institut in Paris am 20. Januar 2003 ein.

rechtlichen Stellung des Bevollmächtigten immer mehr zur zentralen Frage bei der Ausarbeitung der Bund-Länder-Konvention zum Elysée-Vertrag: Wie bereits erwähnt, stieß der erste Entwurf des Bundes vom 12. Dezember 1963 mit seiner Feststellung, der Bevollmächtigte nehme »ausschließlich eine Bundesaufgabe wahr«⁷³ bei den Ländern auf Ablehnung. In ihrem Gegenentwurf vom 12. März 1964⁷⁴ betonten sie deswegen, dass der Bevollmächtigte »seine Tätigkeit im Auftrag der Landesregierungen und im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Auswärtigen«⁷⁵ ausübe. Diese Aussage konnte wiederum von der Bundesregierung so nicht hingenommen werden; allerdings war man auch von Seiten des Bundes von Kiesingers Auftreten stark beeindruckt,⁷⁶ so dass sich die Bund-Länder-Vereinbarung nach den Vorstellungen der Bundesregierung⁷⁷, anders als in den vorangegangenen Entwürfen, lediglich mit dem Amt des Bevollmächtigten befassen sollte. Der nächste Entwurf des Bundes vom 14. Mai 1965⁷⁸ lieferte somit nur noch eine Definition zur Stellung und Arbeitsweise des Amtsinhabers: Der Bevollmächtigte sollte demnach »den Bund für den kulturellen Bereich, der innerstaatlich der ausschließlichen Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz der Länder unterliegt« vertreten; allerdings berühre dies keineswegs »den kulturellen Kompetenzbereich des Bundes«, der »von den zuständigen Bundesministern unmittelbar wahrgenommen« würde.⁷⁹ Neben den zwei Arbeitseinheiten in Bonn wurde auch der protokollarische Rang des Bevollmächtigten bestätigt: »Der Bevollmächtigte wird zu Sitzungen des Bundeskabinetts hinzugezogen, wenn Belange seines Tätigkeitsbereichs beraten werden. Er führt in Wahrnehmung seiner Aufgaben den Dienststand eines Bundesministers. Protokollarisch rangiert der Bevollmächtigte in der Reihe der Bundesminister unmittelbar nach dem Bundesminister des Auswärtigen.«⁸⁰

73 Vgl. Anm. 54.

74 Entwurf vom 12. März 1964, S. 1 (BA, B 138/2674).

75 Ebd. S. 2.

76 Im Begleitschreiben zu dem neuen Vereinbarungsentwurf wurde von Seiten des AA festgestellt: »Inzwischen hat sich ergeben, daß das für Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger als Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages entwickelte Verfahren die Belange der Länder am besten berücksichtigt« (Prof. Meyer-Lindenberg (AA) an den Vorsitzenden der »Ständigen Vertragskommission«, Dr. Heubl, 28. Juni 1965; HStAWi, Kultusministerium, Abt. 504, Bd. 5867).

77 Ergebnisniederschrift über die Ressortbesprechung am 19. März 1965 im AA (BA, B 138/2674).

78 Vereinbarung zwischen der Bundesregierung ... und den Landesregierungen ... über die Durchführung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963, Entwurf vom 14. Mai 1965 (HStAst, EA 3/505, Bd. 327/3).

79 Ebd. Absatz 3, S. 2.

80 Ebd. Absatz 5, S. 3.

Die Bundesländer begrüßten zwar grundsätzlich, dass der Entwurf die aus Kiesingers Tätigkeit resultierenden Erfahrungen berücksichtige,⁸¹ andererseits störte sie die Selbstverständlichkeit, mit der ihre Mitspracherechte auf die Person des Bevollmächtigten reduziert wurden. Deswegen wurde darauf verwiesen, dass »die Landesregierungen die Erklärung ihres Einverständnisses zur Ratifizierung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit ... von einer Reihe von Vorbehalten abhängig gemacht hätten, die in einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Durchführung des deutsch-französischen Vertrages festgestellt werden sollten.«⁸² Eine ausschließliche Reduzierung auf das Amt des Bevollmächtigten war für die Länderseite daher nicht zu akzeptieren. Somit kam es auch zwischen den Bundesländern wieder zu grundsätzlichen Diskussionen um das Amt des Bevollmächtigten. Von Seiten der Kultusministerkonferenz wurde dabei abermals die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft nicht doch besser der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz mit dieser Aufgabe zu betrauen sei, da die Kompetenzen im Grunde nicht in den Zuständigkeitsbereich eines Ministerpräsidenten fallen würden; die Ständige Vertragskommission der Länder beschäftigte sich somit am 2. Dezember 1965 ausführlich mit diesem Problem, wobei jedoch eine Beschlussfassung vertagt wurde, damit die Länderregierungen Gelegenheit hätten, sich zu der Angelegenheit zu äußern.⁸³ Diese sahen es allerdings mehrheitlich als Vorteil an, dass die Vertretung der Länderkompetenz durch einen Regierungschef erfolgte, da dieser zweifellos gegenüber der Bundesregierung eine stärkere Position als ein Kultusminister besaß; so stellte beispielsweise das rheinland-pfälzische Innenministerium am 6. Januar 1966 in einer Stellungnahme zur neu entfachten Diskussion um das Amt des Bevollmächtigten fest, dass »es nicht im Interesse der Länder liegen [dürfte], diese wieder aufzugreifen mit der Konsequenz, daß dadurch das Gesamtinteresse der Länder geschädigt wird. Die Interessen der Kultusminister müssen gegenüber dem Gesamtinteresse der Länder, von dem sie nur ein Teil sind, zurückstehen.«⁸⁴ Auch wenn sie keineswegs damit einverstanden waren, die Bund-Länder-Vereinbarung auf das Amt des Bevollmächtigten zu beschränken,⁸⁵ machten die Länderregierungen

81 Niederschrift über die Sitzung der Ständigen Vertragskommission am 15. Juli 1965, S. 3f. (BayHStA, StK 13143).

82 Ebd. S. 5.

83 Niederschrift über die Sitzung der Ständigen Vertragskommission am 2. Dezember 1965, S. 3 (Ebd.).

84 Zit. nach: Ove SCHLICHTING, *Zwanzig Jahre außenpolitisches Amt zwischen Bund und Ländern. Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit*, in: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, 38. Jg. (1982), S. 319–325, hier S. 320f.

85 Dies wurde von der Ständigen Vertragskommission in der Sitzung am 30. März 1966 definitiv festgestellt (Niederschrift, BayHStA, StK 13143).

somit deutlich, dass sie mit Kiesingers bisheriger Tätigkeit als Bevollmächtigter sehr zufrieden waren und keine Veranlassung dazu sahen, etwas an den bestehenden Verhältnissen zu ändern.

Während die Länder also Kiesingers selbstbewusste Amtsführung unterstützten, verstärkten sich gerade in dieser Zeit seine Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung, welche schließlich in einem grundsätzlichen Kompetenzstreit zwischen dem Bevollmächtigten und dem Auswärtigen Amt gipfelten: Ausgangspunkt war eine zunächst harmlos klingende schriftliche Anfrage, die der kulturpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Georg Kahn-Ackermann, im Hinblick auf die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 8. Dezember 1965 eingereicht hatte: »Welche praktischen Ergebnisse haben, von der Arbeit des deutsch-französischen Jugendwerkes abgesehen, die zwischen Herrn Minister Fouchet und Herrn Ministerpräsident Kiesinger als Beauftragtem der Länder über den im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesehenen Ausbau der gegenseitigen kulturellen Beziehungen gepflogenen Konsultationen bisher gezeitigt?«⁸⁶ Kiesinger ließ, nachdem er über die Anfrage in Kenntnis gesetzt worden war, erklären, er werde diese selbstverständlich vor dem Bundestag beantworten.⁸⁷ Das Auswärtige Amt hielt dem jedoch entgegen, dass der baden-württembergische Ministerpräsident weder Abgeordneter des Bundestags noch Mitglied des Bundeskabinetts sei und folglich nicht berechtigt sei, vor dem Bundestag eine Anfrage im Namen der Bundesregierung zu beantworten. Aus diesem Grund müsse die Anfrage von Bundesaußenminister Schröder beantwortet werden.⁸⁸ Kiesinger reagierte sehr scharf: Er sei ohne jeden Zweifel berechtigt, vor den Bundestag zu treten, da er für den schmalen Sektor der kulturpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages die Stellung eines Bundesministers habe; falls diese Anfrage dennoch durch Außenminister Schröder beantwortet werde, werde er unverzüglich vom Amt des Bevollmächtigten zurücktreten.⁸⁹

Im Auswärtigen Amt riet Staatssekretär Rolf Lahr zu einer harten Linie: Kiesingers Argumentation sei »staatsrechtlich falsch«, da er kein Bundesressort leite und nicht Mitglied der Bundesregierung sei; auf Kiesingers Rücktrittsdrohung reagierte er ziemlich gelassen: »Er wird meines Erachtens nicht zurücktreten. Würde er es tun, sollten wir auf unseren ursprünglichen Wunsch zurückkommen, daß ein Landeskultusminister die Funktion des Bevollmächtigten übernimmt. Das war die Aufforderung gewesen, die der Bund an die Länder gerichtet hatte.«⁹⁰

86 PA AA, Referat 600, B 90 /542.

87 Vermerk von Sts. II im AA, Rolf Lahr, 6. Dezember 1965 (Ebd.).

88 Ebd.

89 Aufzeichnung von LegRat von Lindeiner-Wildau, 6. Dezember 1965 (Ebd.).

90 Vermerk von Sts. II im AA, Rolf Lahr, 6. Dezember 1965 (Ebd.).

Da keine der beiden Seiten zu Zugeständnissen bereit schien und Kiesinger jede Art von Verhandlungen mit Bundesaußenminister Schröder über die Streitfrage ablehnte, versuchte der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes zwischen den festgefahrenen Fronten zu vermitteln.⁹¹ Es gelang ihm tatsächlich, Kiesinger die Zustimmung zu einer Kompromisslösung abzurufen, welche die umstrittene Frage der Kompetenzverteilung geschickt umging: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sollte die Anfrage zunächst beantworten und dann Kiesinger als Ministerpräsident das Wort erteilen.⁹² Eine solche Lösung des Konflikts entsprach auch einer juristischen Stellungnahme des Bundesinnenministeriums: Der Bevollmächtigte Kiesinger habe auf keinen Fall das Recht zur Unterrichtung des Bundestages; allerdings könne der Bundestag »gegebenenfalls aus innenpolitischen Gründen seine Zustimmung dazu erteilen, daß *Ministerpräsident* Kiesinger die Frage beantwortet«.⁹³

Der Lösungsversuch stellte offenbar keine der beiden Seiten wirklich zufrieden; um weitere Konfrontationen zu vermeiden, wurde der Abgeordnete Kahn-Ackermann am Abend des 7. Dezember dazu aufgefordert, seine Anfrage zurückzuziehen, was tatsächlich auch geschah.⁹⁴ Ein möglicher Eklat konnte somit quasi in letzter Minute verhindert werden. Damit derartige Unstimmigkeiten in Zukunft vermieden werden könnten, verlangte Kiesinger vom Auswärtigen Amt eine Klarstellung der Position hinsichtlich der Stellung des Bevollmächtigten.⁹⁵ Er selbst war auf der Landespressekonferenz am 15. Dezember 1965 bemüht, den Streit mit dem Auswärtigen Amt zu entschärfen: Es gebe in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Bundesaußenminister Schröder – auch nach seiner Meinung sei es durchaus möglich, dass zunächst ein Vertreter der Bundesregierung dem Bundestag über seine Gespräche mit dem französischen Erziehungsminister berichte, die Beantwortung von detaillierteren Fragen müsse aber dem Bevollmächtigten überlassen werden, da jener eben nicht nur den Bund, sondern auch die für kulturelle Fragen zuständigen Länder vertrete und deswegen keineswegs dem Auswärtigen Amt unterstellt sei.⁹⁶ Um den Sachverhalt ein für alle Mal zu klären, schickte er am 22. Dezember 1965 ein Schreiben an Bundeskanzler Erhard, mit der Bitte, die Frage der Stellung des Bevollmächtigten im Bundeskabinett grundsätzlich zu überprüfen.⁹⁷ Nachdem er bis Ende Januar keine Reaktion

91 Aufzeichnung von MinDir. Dr. Sattler, 6. Dezember 1965 (Ebd.).

92 Vermerk der Politischen Abteilung des AA, 6. Dezember 1965 (Ebd.).

93 Juristische Stellungnahme von Dr. von Meibom (BMI), 7. Dezember 1965 (Ebd.).

94 Vermerk des AA o.D. (Ebd.).

95 Vermerk des Staatssekretärs II (Rolf Lahr), 9. Dezember 1965 (Ebd.).

96 »Keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Kiesinger und Schröder«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 16. Dezember 1965, S. 8; »Kein Streit mit Schröder«, in: *Schwäbisches Tagblatt*, 16. Dezember 1965, S. 2.

97 Kiesinger an Erhard, 22. Dezember 1965 (PA AA, Referat 600, B 90 /542).

erhalten hatte, bat er am 31. Januar 1966 um einen Gesprächstermin beim Bundeskanzler, um die Frage mündlich zu erörtern.⁹⁸ Tatsächlich traf er dann am 10. Februar 1966 im Kanzleramt mit Erhard zusammen und legte jenem seine Sicht der Dinge dar – der Bundeskanzler zeigte sich allerdings wenig beeindruckt von Kiesingers Argumenten und erklärte ihm sechs Wochen später schriftlich: »Anfragen von Abgeordneten an die Bundesregierung, die den Aufgabenbereich des Bevollmächtigten betreffen, werden von dem Bundesminister des Auswärtigen nach vorheriger Abstimmung mit dem Bevollmächtigten beantwortet.«⁹⁹ Diese Auffassung entsprach auch der Interpretation der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.¹⁰⁰

Erstmals hatte Kiesinger im Streit um die Kompetenzen des Bevollmächtigten eine gewisse Niederlage zu verkraften – als Kahn-Ackermann dann vor der Bundestagssitzung am 4. Mai 1966 nochmals zwei Anfragen an die Bundesregierung richtete, welche die deutsch-französischen Kulturkontakte betrafen, fügte der Bevollmächtigte sich zwar dem von Erhard festgelegten Verfahren, machte zugleich aber deutlich, dass er über diese Frage noch einmal mit dem Bundeskanzler verhandeln wolle und deswegen »kein Präjudiz geschaffen werden« dürfe.¹⁰¹ Für ihn war die Regelung also keineswegs endgültig.

Die politischen Themen, über die Kiesinger und Erziehungsminister Christian Fouchet bei den Konsultationstreffen sprachen, waren durch die Bestimmungen des Elysée-Vertrags größtenteils vorgegeben: Neben der Vermittlung der Sprache des Partnerlandes standen dabei vor allem die Frage der Äquivalenzbestimmungen zu Bildungsabschlüssen und Diplomen sowie die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Mittelpunkt des Interesses. Auch in diesen sachlichen Fragen zeigte der baden-württembergische Ministerpräsident ein beachtliches Engagement.

Im Hinblick auf die Verbreitung der Partnersprache waren die Formulierungen des Elysée-Vertrags aufgrund der Zuständigkeitsproblematik auf bundesdeutscher Seite sehr allgemein und unverbindlich gehalten.¹⁰² Die franzö-

98 Kiesinger an Erhard, 31. Januar 1966 (Ebd.).

99 Erhard an Kiesinger, 23. März 1966 (Ebd.).

100 Noch im April 1966 wurden in der Rechtsabteilung des AA mehrere Ausführungen und Vermerke über die Stellung des Bevollmächtigten angefertigt, welche alle zu ähnlichen Rechtsauffassungen gelangten (Ebd.).

101 Aufzeichnung der Kulturredaktion des AA, 3. Mai 1966 (Ebd.).

102 »Die beiden Regierungen ... werden ... sich bemühen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen. Die Bundesregierung wird in Verbindung mit den Länderregierungen, die hierfür zuständig sind, prüfen, wie es möglich ist, eine Regelung einzuführen, die es gestattet, dieses Ziel zu erreichen.« (Vertrag zwischen der Bun-

sische Seite, für welche die Verbreitung des Französischen traditionell ein Schwerpunktthema der auswärtigen Kulturpolitik bildet, hoffte trotzdem, damit eine Ausweitung des Französischunterrichts in der Bundesrepublik erreichen zu können.¹⁰³

Kiesinger machte schon bei seiner ersten Begegnung¹⁰⁴ mit Fouchet deutlich, dass auch er sich für eine Ausweitung des Französischunterrichts in Deutschland einsetzen wolle.¹⁰⁵ Im Dezember 1963 forderte er die Kultusministerkonferenz dazu auf, sich auf ihrer nächsten Plenarsitzung intensiv mit der Situation des Französischunterrichts in Deutschland zu befassen.¹⁰⁶ Allerdings musste der Bevollmächtigte sehr bald erkennen, dass ihm bei seinen Bemühungen zur Unterstützung des Französischunterrichts starke Grenzen gesetzt waren: Im Februar 1964 erhielt er ein Schreiben von Außenminister Schröder, in welchem dieser ihn aufforderte, bei seinen Gesprächen mit dem französischen Erziehungsminister möglichst rasch zu »greifbaren Ergebnissen bei der Herbeiführung der deutsch-französischen Äquivalenzen« zu gelangen, »da wir im Bereich der Sprachenfolge alsobald die französischen Wünsche nicht erfüllen können.«¹⁰⁷ Tatsächlich versuchte Kiesinger bei seiner nächsten Unterredung mit Fouchet am 5. März 1964 um Verständnis dafür zu werben, dass in Deutschland »die Stellung des Englisch- und Französischunterrichts von der öffentlichen Meinung abhing, die in ihrer Mehrheit für Englisch als erste Fremdsprache sei, und zwar einheitlich für das ganze Bundesgebiet. Die Eltern wollten vor allem aus praktischen Gründen, daß ihre Kinder die Welt-sprache Englisch lernten.«¹⁰⁸

Nichtsdestotrotz veranlasste der Bevollmächtigte, um einen Überblick über die Stellung des Französischunterrichts in den einzelnen Bundesländern zu erhalten, im April 1964 eine Umfrage unter den Kultusministerien der Länder.¹⁰⁹

desrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, II C 1 a).

- 103 Ansbert BAUMANN, *Der sprachlose Partner. Das Memorandum vom 19. September 1962 und das Scheitern der französischen Sprachenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Revue d'Allemagne* 34 (2002), S. 55–76, hier S. 69f.
- 104 Niederschrift der Besprechung zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet ... am 4. Juli 1963 in Bonn (wie Anm. 38).
- 105 Aktenvermerk des baden-württembergischen Kultusministeriums vom 5. November 1963 (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/1, Blatt 10).
- 106 Kiesinger an Frey, Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, 23. Dezember 1963 (HStASt, EA 3/505, Bd. 332/1).
- 107 Schröder an Kiesinger, 17. Februar 1964 (PA AA, Referat 600, B 90 /543).
- 108 Bericht über den Verlauf des dritten Gesprächs zwischen dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Ministerpräsident Kiesinger, und dem französischen Erziehungsminister Fouchet am 5. März 1964 in Bonn, S. 4 (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/1).
- 109 Kiesinger an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz Paul Mikat, 16. April 1964 (Ebd.).

Die Ergebnisse lagen dem Sekretariat der Kultusministerkonferenz zwei Monate später vor und wurden Kiesinger Ende Juni mitgeteilt.¹¹⁰ Die Zahlen waren durchaus ermutigend und deuteten an, dass der Französischunterricht in nahezu allen Bundesländern im Anwachsen begriffen war.¹¹¹

Ein herber Rückschlag für die Hoffnungen der französischen Seite war dann allerdings die Unterzeichnung der »Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens«¹¹² auf der Hamburger Ministerpräsidentenkonferenz am 28. Oktober 1964, in welcher festgelegt wurde, dass die erste an deutschen Schulen unterrichtete Fremdsprache »in der Regel Englisch« sei. Zwar versuchte Kiesinger noch während der Konferenz herauszustellen, dass der Beschluss gegenüber der bisherigen Regelung¹¹³ sogar »einen Schritt vorwärts«¹¹⁴ bedeute, da sich aus der Formulierung ein gewisser Deutungsspielraum ergebe – ein Argument, welches er auch in einem Schreiben an Fouchet¹¹⁵ aufgriff –; er war sich jedoch mit Sicherheit darüber im Klaren, dass dies lediglich im Saarland eine direkte Wirkung haben würde, wo das Französische schon seit der Eingliederung in die Bundesrepublik erste Fremdsprache gewesen war und dies auch weiterhin blieb. In seinem Antwortschreiben bedankte sich Fouchet dennoch für Kiesingers Einsatz zugunsten der französischen Sprache.¹¹⁶ Dass es sich bei diesem Dank nicht bloß um eine Höflichkeitsfloskel handelte, verdeutlicht die Tatsache, dass Kiesingers Engagement zur Förderung des Französischunterrichts in Deutschland auch in einem internen Vermerk des Quai d'Orsay vom Januar 1965 explizit herausgestellt wurde.¹¹⁷

Der Kulturbvollmächtigte war dabei stets für ungewöhnliche Ideen und Anregungen offen: So verständigte er sich bereits bei seinem zweiten Treffen mit Fouchet im November 1963 darauf, in beiden Ländern einen Ideenwettbewerb zur Förderung der Sprachkenntnisse im außerschulischen Bereich auszuschreiben.¹¹⁸ Im Juli 1964 vereinbarten die beiden Gesprächspartner, dass

110 Frey an Kiesinger, 26. Juni 1964 (Ebd.).

111 Ebd., Anhang: Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Stellung des Französischunterrichts.

112 Vgl. Manfred ABELEIN (Hg.), *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente*, Düsseldorf 1970, Dok. 34, S. 185–190.

113 Bis dahin war das 1955 in Düsseldorf von den Ministerpräsidenten verabschiedete »Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens« gültig gewesen (vgl. AdG 1955, S. 5055–5056).

114 Bericht von Ministerpräsident Kiesinger als Bevollmächtigtem der Bundesrepublik Deutschland ..., S. 4 (HStASt, EA 3/505, Bd. 327/3).

115 Kiesinger an Fouchet, 16. November 1964 (MAE, Europe 1961–1970, Allemagne, 1665).

116 Fouchet an Kiesinger, 16. Dezember 1964 (PA AA, Referat 600, B 90 /543).

117 Note du 14 janvier 1965 (MAE, Europe 1961–1965, Allemagne, Bd. 1476).

118 Bericht über den Verlauf des zweiten Gesprächs zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 8. November 1963 in Paris (BayHStA, MK 65912).

die Verwendung audio-visueller Hilfsmittel im Fremdsprachenunterricht, deren verstärkter Einsatz in den Schulen bereits in Angriff genommen worden war,¹¹⁹ auch auf den außerschulischen Bereich ausgedehnt werden sollte.¹²⁰ Das Auswärtige Amt stellte dafür einen Betrag in Höhe von 150.000 DM zur Verfügung,¹²¹ und Kiesinger ließ die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes im November 1964 wissen, er »beabsichtige, diese Mittel zur sofortigen Einrichtung mehrerer Sprachlabors für den Französischunterricht zu verwenden«¹²². Tatsächlich wurden bis zum Ende des Jahres 1964 noch fünf Sprachlabors an vier verschiedenen Bildungseinrichtungen im gesamten Bundesgebiet bezuschusst.¹²³ In den Jahren 1965 und 1966 wurden dann ebenfalls entsprechende Unterstützungen gewährt.¹²⁴

Eine andere Initiative betraf die Ausstrahlung von Französischkursen in Rundfunk und Fernsehen. Im April 1964 ließ Kiesinger bei der ARD eruieren, ob es in dieser Hinsicht bereits Erfahrungen oder Aktivitäten gebe. Der Vorsitzende der ARD teilte daraufhin mit, dass fast alle Sendeanstalten der ARD im Hörfunk Französischkurse ausstrahlen würden, im Fernsehen seien bislang allerdings noch keine entsprechenden Sendungen gezeigt worden; es bestehe jedoch die Absicht, solchen Kursen in den künftigen dritten Fernsehprogrammen einen festen Platz zu geben – der Bayerische Rundfunk habe bereits eine entsprechende Sendereihe produziert und werde sie zu gegebener Zeit auch den anderen Rundfunkanstalten anbieten.¹²⁵

Bei seinem nächsten Treffen mit Fouchet im Juli 1964 bat Kiesinger darum, doch auch »im französischen Fernsehen einen entsprechenden Deutschunterricht vorzusehen«.¹²⁶ Fouchet teilte ihm im Januar 1965 mit, dass es in Frank-

119 Der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Kurt Frey an den Bevollmächtigten Kiesinger, 26. Juni 1964, Anlage: Förderung des Fremdsprachenunterrichts durch audio-visuelle Hilfsmittel (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/1).

120 Bericht über den Verlauf des vierten Gesprächs zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 3. und 4. Juli 1964 in Bonn, S. 5f. (Ebd.).

121 Ebd. S. 7.

122 Kiesinger an Sattler, 9. November 1964 (PA AA, Referat 600, B 90 /592).

123 Bereits Ende November war je ein Sprachlabor an den Volkshochschulen in Ingelheim und Kaiserslautern eingerichtet worden, Anfang Dezember erfolgte die Lieferung an das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg. Auch die Volkshochschulen in Hamburg und Wiesbaden schafften noch vor Weihnachten derartige Sprachlabors mit Zuschuss des AA an (Nachricht des Büros Welckerstraße an das Büro Koblenzer Straße vom 14. und 22. Dezember 1964, Ebd.).

124 Vermerk des Büros Koblenzer Straße (AA): Bewilligung von Sprachlabors 1964–1966, Ebd.

125 Der Vorsitzende der ARD, Klaus von Bismarck, an den Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten ..., z. Hd. Herrn RegDir. Schröder, 17. April 1964 (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/1).

126 Bericht über den Verlauf des vierten Gesprächs zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 3. und 4. Juli 1964 in Bonn, S. 4 (Ebd.).

reich noch keinen entsprechenden Deutschkurs gebe; man habe jedoch erfahren, dass »der Bayerische Rundfunk zusammen mit dem Goethe-Institut einen solchen Kursus vorbereite, sei aber nur unzureichend über Stand und Zielsetzung der Arbeit unterrichtet.«¹²⁷ Bei ihrem Zusammentreffen im April 1966 berichtete Kiesinger seinem Gegenüber, dass der Sprachkurs des Bayerischen Rundfunks seit September 1965 ausgestrahlt werde und inzwischen vom Norddeutschen Rundfunk, von Radio Bremen, vom Sender Freies Berlin und von der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft übernommen worden sei.¹²⁸ Außerdem sende das Zweite Deutsche Fernsehen ebenfalls einen auf einer französischen Produktion fußenden Französischkurs. Auch wenn sich die Vertreter beider Seiten bei der anschließenden Diskussion darüber einig waren, »dass trotz vieler kritischer Einwände der Wert der Fernslehrcurse nicht zu bestreiten sei«,¹²⁹ wurden derartige Kurse, insbesondere von französischer Seite, zunehmend mit einer gewissen Skepsis bewertet, so dass im französischen Fernsehen vorerst kein Deutschkurs ausgestrahlt wurde.

Im Hinblick auf die im Elysée-Vertrag angestrebten »Bestimmungen über die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, der Prüfungen, der Hochschultitel und -diplome« stellten Kiesinger und Fouchet schon bei ihrer ersten Begegnung »die inzwischen von der deutsch-französischen Rektorenkonferenz geleistete Arbeit«¹³⁰ heraus. Die aus beiden nationalen Rektorenkonferenzen gebildete deutsch-französische Rektorenkonferenz war 1958 erstmals zusammengetreten und hatte sich seither in der Tat bereits intensiv mit dem Problem befasst;¹³¹ dabei waren auch schon erste Empfehlungen zu Äquivalenzbestimmungen in den stark frequentierten Studienfächern erarbeitet worden.¹³² Um die Kultusministerien in den Entscheidungsprozess über die entsprechenden Bestimmungen mit einzubeziehen, informierte Kiesinger daraufhin den Präsidenten der Kultusministerkonferenz über den aktuellen Stand der Verhandlungen und bat darum, dass sich auch die Kultusministerkonferenz mit der Frage auseinan-

127 Bericht über den Verlauf des fünften Gespräches zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 26. Januar 1965 in Paris, S. 8 (BayHStA, MK 65913).

128 Bericht über den Verlauf des achten Gespräches zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 21. April 1966 in München, S. 5f. (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/2).

129 Ebd. S. 6f.

130 Kiesinger an Kultusminister Prof. Dr. Wilhelm Hahn, 13. November 1964, Anlage: Ein Jahr Tätigkeit als Bevollmächtigter, S. 6 (Ebd.).

131 Helmut COING, *Les relations entre les universités françaises et allemandes pendant les années 50*, in: Klaus MANFRASS (Hg.), *Paris-Bonn: Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949*, Sigmaringen 1984, S. 84–89, hier S. 86f.

132 Vgl. Protokoll der V. Tagung der Gemischten deutsch-französischen Kulturkommission, Hamburg, 18./19. Juni 1963, S. 10f. (BA, B 106 /34562).

dersetzen möge.¹³³ Die Kultusministerkonferenz beschäftigte sich daraufhin tatsächlich intensiv mit dem Problem der Äquivalenzvereinbarungen.¹³⁴

Kiesinger verstand sich offensichtlich gerade in dieser überaus schwierigen Frage als Vermittler: Hier koordinierte er nicht nur die über die Kultusministerien übermittelten Haltungen der einzelnen Bundesländer, sondern er bildete auch ein Bindeglied zwischen der Kultusministerkonferenz, den bereits bestehenden binationalen Organen¹³⁵, der Bundesregierung¹³⁶ und den Hochschulen.

Im Januar 1964 wandte sich daher der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Julius Speer, an den Bevollmächtigten und bat um Informationen darüber, welche Ergebnisse die Besprechungen zwischen Kiesinger und Fouchet inzwischen ergeben hätten.¹³⁷ Dabei wies er darauf hin, dass auf bundesdeutscher Seite für die Feststellung der formalen Gleichwertigkeit die Kultusministerien, für die Ermittlung der materiellen Gleichwertigkeit der Studienabschnitte und Examina jedoch die Universitäten und Hochschulen zuständig seien.¹³⁸ In seinem Antwortschreiben teilte Kiesinger mit, dass er zusammen mit dem französischen Erziehungsminister im November 1963 die Einsetzung eines Unterausschusses der deutsch-französischen Kulturkommission empfohlen habe, der »mit der deutsch-französischen Rektorenkonferenz und den zuständigen Dienststellen auf dem Gebiet der Äquivalenz der Schulzeiten und Zeugnisse« zusammenarbeiten solle.¹³⁹ Um das weitere Vorgehen zu planen, schlug er ein Gespräch mit Speer und dem Vorsitzenden der Kommission für Internationale Hochschulfragen der Westdeutschen Rektorenkonferenz vor. Bei einer Unterredung zwischen Kiesinger, Speer und dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz Ende Februar wurde ein formal dreistufiges Verfahren zur Festlegung von Äquivalenzen im Hochschulbereich vorgeschlagen: »Erste Stufe: Materielle Regelung oder innere Äquivalenz; zweite Stufe: Administrative Re-

133 Vermerk des Kultusministeriums Baden-Württemberg, 5. November 1963, S. 3 (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/1).

134 Protokoll der 99. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 16. und 17. Januar 1964 in Hamburg (Ebd., Bd. 333).

135 Bei seiner ersten Begegnung mit Fouchet nahm Kiesinger nicht nur Bezug auf die Tätigkeit der deutsch-französischen Rektorenkonferenz, sondern erklärte auch, die im Anschluss an das Kulturabkommen von 1954 gebildete deutsch-französische Kulturkommission aktiv in ihrer diesbezüglichen Arbeit unterstützen zu wollen. Niederschrift der Besprechung zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet ... am 4. Juli 1963 in Bonn von Dr. Per Fischer, S. 3: (HStASt, EA 3/505, Bd. 329/1, Blatt 9).

136 Wie bereits erwähnt, drängte Bundesaußenminister Schröder im Februar 1964 darauf, im Bereich der Äquivalenzen möglichst bald zu »greifbaren Ergebnissen« zu kommen (wie Anm. 107).

137 Speer an Kiesinger, 8. Januar 1964 (HStASt, EA 3/505, Bd. 333, Blatt 10).

138 Ebd., Anlage: Entwurf einer Note.

139 Kiesinger an Speer, 16. Januar 1964 (HStASt, EA 3/505, Bd. 333).

gelung oder formelle Anerkennung; dritte Stufe: Entscheidung über die Zulassung zur Berufsausübung.«¹⁴⁰

Bei seinem nächsten Treffen mit Fouchet berichtete Kiesinger über diesen Vorschlag, der die komplizierte Rechtslage auf deutscher Seite vereinfachen sollte; im Gegensatz dazu war in Frankreich, wie Fouchet nochmals bekräftigte, ausschließlich das Erziehungsministerium zuständig, was das formale Vorgehen dort natürlich deutlich vereinfachte.¹⁴¹ Als dann die deutsch-französische Rektorenkonferenz im Mai 1964 ihre Empfehlungen für Äquivalenzregelungen in den Fächern Romanistik, Germanistik und klassische Philologie verabschiedet und den zuständigen Behörden in beiden Staaten zugeleitet hatte,¹⁴² konnte das französische Erziehungsministerium einen Erlass¹⁴³ verkünden, mit welchem die Zulassung deutscher Bewerber zum französischen Doktorat für eben diese Fächer geregelt wurde; in einem weiteren Dekret¹⁴⁴ wurde deutschen Doktoranden die »thèse complémentaire« erlassen, wenn sie einen französischen Dokortitel erwerben wollten.

Für die deutsche Seite wies Kiesinger im Januar 1965 darauf hin, dass »die Äquivalenzfeststellungen auf den Gebieten der französischen, der deutschen und der klassischen Philologie auf der Grundlage der Beratungsergebnisse der deutsch-französischen Rektorenkonferenz praktisch abgeschlossen«¹⁴⁵ seien und die Kultusministerkonferenz die Vorschläge wohl in vollem Umfang akzeptieren werde. Fouchet kündigte einen weiteren Erlass an, dass in den betreffenden Fächern »Studenten, die in Deutschland erworbene Bescheinigungen über die erfolgreiche Teilnahme an Seminarübungen vorlegen, von gewissen ... französischen Zwischenprüfungen befreit werden.«¹⁴⁶ Dieser wurde wenige Tage später veröffentlicht.¹⁴⁷

Die rasch durchgeführten Maßnahmen der französischen Regierung brachten die deutsche Seite in Zugzwang. Kiesinger drängte die Kultusministerkonferenz deswegen zu überprüfen, »ob und in welchem Umfang ähnliche Be-

140 Ministerpräsidentenkonferenz 1964, Bericht zu Punkt 14 der Tagesordnung: Bericht von Ministerpräsident Kiesinger als Bevollmächtigtem der Bundesrepublik ..., S. 4 (Ebd., Bd. 327/3).

141 Bericht über den Verlauf des dritten Gesprächs zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 5. März 1964 in Bonn, S. 4f. (Ebd., Bd. 329/1).

142 Vermerk der Kulturabteilung des AA o.D. (PA AA, Referat 600, B 90, Bd. 598); August RÜCKER, *Äquivalenz der Hochschulabschlüsse im internationalen Bereich*, in: Berthold MARTIN (Hg.), *Jahrbuch der auswärtigen Kulturbeziehungen 1965* (2. Folge), Bonn 1965, S. 133–143, hier S. 142.

143 Arrêté du 27 juin 1964 (Journal Officiel du 28 juillet 1964, S. 6712).

144 Décret n° 64.796 du 28 juillet 1964 (Journal Officiel du 2 août 1964, S. 7004).

145 Bericht über den Verlauf des fünften Gesprächs zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 26. Januar 1965 in Paris, S. 9. (BayHStA, MK 65913).

146 Ebd., S. 8f.

147 Arrêté du 21 janvier 1965 (Journal Officiel du 5 février 1965, S. 1051).

stimmungen für die Anrechnung in Frankreich verbrachter Studienzeiten und erworbener Studiennachweise für unsere Studenten bereits getroffen wurden oder in Vorbereitung« seien.¹⁴⁸ Die Angelegenheit wurde in der Kultusministerkonferenz tatsächlich beschleunigt behandelt,¹⁴⁹ so dass die entsprechenden Beschlüsse auf der nächsten Plenarsitzung Anfang Juli verabschiedet werden konnten.¹⁵⁰ Auch wenn diese Regelungen schon drei Jahre später, nach der französischen Universitätsreform 1968, Makulatur waren, so hatte Kiesinger als aktive Koordinierungsinstanz zweifellos maßgeblichen Anteil an dieser kurzfristig ausgesprochen erfolgreichen Entwicklung im bis heute schwierigen Bereich der Äquivalenzbestimmungen.

Die Zuständigkeit im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit war, wie oben ausgeführt, umstritten. Kiesinger ließ sich jedoch, allen Auseinandersetzungen zum Trotz, nicht von seinem Standpunkt abbringen, dass auch dieser Themenbereich unter seine Kompetenzen falle.¹⁵¹ Somit wurde der wissenschaftliche Austausch bei seinen Gesprächen mit Erziehungsminister Fouchet mehrmals thematisiert.¹⁵² Allerdings stand man vor dem Problem, dass auf französischer Seite die Zuständigkeit im Grunde nicht beim Erziehungsministerium, sondern beim Ministerium für wissenschaftliche Forschung, Atom- und Weltraumfragen lag und dabei, wie bereits angedeutet, ein gewisses Konfliktpotential vorhanden war. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen im Februar 1966 beschlossen, die Wissenschaftsministerien beider Länder künftig in den Konsultationsmechanismus des Elysée-Vertrags mit einzubeziehen, so dass sich die Minister ab April 1966 in regelmäßigen Abständen trafen.¹⁵³ Kiesinger blieb aber dennoch auch in diesem Bereich aktiv: So sandte er im Oktober 1966 zwei gleichlautende Schreiben an Prof. Schütte, Präsident der Kultusministerkonferenz, und an Prof. Speer, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft,¹⁵⁴ in denen

148 Kiesinger an Hahn, 13. März 1965 (HStASt, EA 3/505, Bd. 333).

149 Frey an Hahn, 4. Juni 1965 (Ebd.).

150 Beschluss der 108. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 7./8. Juli 1965 (PA AA, Referat 600, B 90 /598).

151 Vgl. Kiesingers diesbezügliche Feststellung auf der Hamburger Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 1964 (Anm. 140).

152 Besonders ausführlich wurde bei dem Treffen am 23. November 1965 auf den wissenschaftlichen Austausch eingegangen. Bericht über den Verlauf des siebten Gespräches zwischen ... Kiesinger und ... Fouchet am 23. November 1965 in Paris, S. 5–9 (BayHStA, MK 65914).

153 Vierter Bericht der Interministeriellen Kommission der Bundesregierung über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit, Teil I: Berichtszeitraum 1. April 1966 bis 31. Dezember 1966, S. 13 (BA, B 138 /2675).

154 Kiesinger an Prof. Dr. Ernst Schütte und Prof. Dr. Julius Speer, 12. Oktober 1966 (HStA-Wi, Kultusministerium, Abt. 504, Bd. 5869).

er um Auskunft darüber bat, auf welchen Gebieten deutsche und französische Forschungsstellen und wissenschaftliche Institute zusammenarbeiteten, wo vereinbarte Forschungsprogramme bestünden, inwieweit eine Verbesserung und Ausweitung der Zusammenarbeit möglich und wünschenswert erscheine und welchen Schwierigkeiten man in der alltäglichen Praxis begegne. Der Hochschulausschuss der Kultusministerkonferenz griff diese Anfrage auf und beschloss, auf der Grundlage eines standardisierten Fragebogens, eine entsprechende Erhebung in den Bundesländern durchzuführen.¹⁵⁵

Als die Ergebnisse der Umfrage knapp ein Jahr später vorlagen,¹⁵⁶ war Kiesinger allerdings nicht mehr *Bevollmächtigter*, sondern *Bundeskanzler* der Bundesrepublik Deutschland. Er blieb aber auch in seiner neuen Funktion an einer Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet interessiert: Schon während seines ersten Gipfeltreffens mit Staatspräsident de Gaulle im Januar 1967 vereinbarte er deswegen eine Intensivierung der technologischen Kooperation,¹⁵⁷ welche durch die Bildung einer aus Wissenschaftlern und Verwaltungsfachkräften beider Länder zusammengesetzten Kommission künftig besser koordiniert werden sollte.¹⁵⁸ Der *Bundeskanzler* Kiesinger scheint die Frage der Zuständigkeit in diesen Angelegenheiten allerdings wesentlich anders beurteilt zu haben als der *Bevollmächtigte* Kiesinger noch wenige Monate zuvor: Nachdem der Bundeskanzler das Auswärtige Amt beauftragt hatte, eine deutsche Delegation für die neue Kommission zu bestimmen, fragte der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz im März 1967 bei einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes nach, »ob eigentlich in dieser Sache mit dem neu ernannten Bevollmächtigten, Ministerpräsident Goppel, Fühlung aufgenommen sei«; er erhielt die Antwort, dass »das nicht notwendig erscheine. Denn dieser befasse sich nur mit kulturellen Angelegenheiten.«¹⁵⁹ Der Generalsekretär stellte daraufhin fest, dass »sich der jetzige Bundeskanzler in seiner früheren Eigenschaft als Bevollmächtigter stark für eine Einbeziehung auch der wissenschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder in seinen Verantwortungsbereich ausgesprochen habe.«¹⁶⁰ Der sich damit abzeichnende Konflikt kam allerdings nicht mehr zum Ausbruch, da

155 Protokoll der 95. Sitzung des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz, Ebd.

156 Zusammenfassung der von den Kultusministerien der Länder durchgeführten Erhebung über die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen Forschung, 11. September 1967 (HStAWi, Kultusministerium, Abt. 504, Bd. 5870).

157 AdG 1967, S. 12937.

158 Vierter Bericht der Interministeriellen Kommission der Bundesregierung über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit, Teil II: Berichtszeitraum 1. Januar 1967 bis 30. Juni 1967, S. 22 (BA, B 138 /2675).

159 Rundschreiben des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 24. April 1967, S. 1 (BayHStA, MK 65916).

160 Ebd., S. 1f.

die weiteren Planungen zur Schaffung der deutsch-französischen Arbeitsgruppe im Sande verliefen und das Projekt nicht mehr realisiert wurde.

Für den Landespolitiker Kiesinger gab es, als er ab Dezember 1966 die Bundespolitik bestimmen musste, einige solcher Interessenskonflikte wie den zuletzt angedeuteten. Pikanterweise unterzeichnete er die schließlich am 6. Februar 1969 verabschiedete »Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder zur Durchführung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963«¹⁶¹, in der die rechtliche Stellung und die Arbeitsbedingungen des Bevollmächtigten festgelegt wurden, als Bundeskanzler. Inzwischen war der bayerische Ministerpräsident Goppel im Februar 1967 zu seinem Nachfolger bestimmt worden, womit die Festlegung erfolgt war, auch weiterhin einen Ministerpräsidenten mit dem Amt des Bevollmächtigten zu betrauen.¹⁶² Für die Kalenderjahre 1969/70 wurde dann der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn gewählt.

Die Bund-Länder-Vereinbarung schrieb die bis dahin in der bundesdeutschen Verfassungsordnung unbekannt, besondere juristische Stellung des Bevollmächtigten fest: Es war beispielsweise eine verfassungsrechtliche Neuheit, dass »ein Länderchef als Repräsentant des Gesamtstaates nach außen auftritt«.¹⁶³ Da aber der Außenvertretungsanspruch des Bundes nach Artikel 32, Absatz 1 des Grundgesetzes im konkreten Fall mit der Kulturhoheit der Länder kollidierte, wurde die Verfassungsordnung der Bundesrepublik in einem zentralen Punkt durchbrochen – das *ius repraesentationis* wurde für einen sektoral und geographisch begrenzten Bereich außer Kraft gesetzt. Gegenüber Frankreich verfügt die Bundesrepublik somit quasi über einen »Bundeskulturminister«.

Allerdings konnten nicht alle Fragen, die durch das Amt des Bevollmächtigten aufgeworfen worden waren, in der Bund-Länder-Vereinbarung geklärt werden, was zum Teil wohl auch direkt mit Kiesingers Wirken zusammenhing: Kurt Georg Kiesinger hatte das Amt entscheidend geprägt und geformt und seine Tätigkeit bereits wenige Wochen nach seiner Wahl in genau der Weise wahrgenommen, wie sie dann schließlich festgeschrieben wurde und bis heute erhalten blieb. Er war somit weitaus mehr als ein bloßer »Amtsinhaber« – er verkörperte den Kulturbvollmächtigten schlechthin! Nach seinem Weggang tat sich logischerweise eine Lücke auf, die es den Nachfolgern außerordentlich schwierig machte, dem Amt klar erkennbare, objektive Strukturen zu geben.

161 Bundesanzeiger Nr. 110 vom 21. Juni 1969, S. 1.

162 Der amtierende Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz, begründete dies gegenüber Bundeskanzler Kiesinger: Die Ministerpräsidenten seien »davon ausgegangen, daß wegen des Schwergewichts außenpolitischer Überlegungen eine Repräsentation durch einen Ministerpräsidenten geboten erscheint.« (Albertz an Kiesinger, 14. Februar 1967: HStASt, EA 3/505, Nr. 329/2).

163 M. SATTLER (wie Anm. 53), S. 7.

So blieb in der Vereinbarung beispielsweise die Frage der Amtsdauer ungeklärt – unter Kiesinger hatte diese sich nicht gestellt, seine beiden Nachfolger wurden für jeweils zwei Jahre nominiert und erst 1970 beschlossen die Ministerpräsidenten, dass der Bevollmächtigte künftig für jeweils vier Jahre im Amt bleiben solle.¹⁶⁴ Ebenfalls nicht geregelt wurde die Frage der Vertretung des Bevollmächtigten, was bis zum heutigen Tag in der Praxis eine »empfindliche Lücke«¹⁶⁵ darstellt, weil deswegen für jeden Einzelfall eine neue Lösung gefunden werden muss. Unter Kiesinger war der Fall, dass er vertreten werden musste, nie eingetreten, da er seine Gespräche mit Erziehungsminister Fouchet häufig von den deutsch-französischen Gipfelbegegnungen abkoppelte; nur drei der acht offiziellen Gespräche fanden somit im Rahmen der regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen statt.

Das Engagement und die Ernsthaftigkeit, mit welcher Kurt Georg Kiesinger seine Aufgabe wahrgenommen hat, legen die Vermutung nahe, er habe bei der Ausübung des Amtes möglicherweise weitergehende Ziele im Auge gehabt und damit mittelfristig seine Rückkehr in die Bonner Politik vorbereitet. Ein Schreiben aus dem Bundesinnenministerium zur »Klärung des verfassungsrechtlichen Standpunkts zur Stellung des Bevollmächtigten« vom Juli 1964 gibt einen Hinweis darauf, wie weitreichend die potentiellen Einflussmöglichkeiten des Bevollmächtigten zwischenzeitlich eingeschätzt wurden: Dort ist nämlich die Rede davon, dass »für den Fall, dass Ministerpräsident Kiesinger zum Bundesbevollmächtigten für die kulturellen Angelegenheiten ganz allgemein anerkannt werden würde, seiner Dienststelle« auch der Pädagogische Austauschdienst zugeordnet werden müsse und nicht dem »nur innerstaatlich legitimierten Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister«. ¹⁶⁶ Es schien also, zumindest zeitweise, durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen, dass die Kompetenzen des Bevollmächtigten zu einem allgemeinen Bundesbevollmächtigten für kulturelle Angelegenheiten ausgeweitet werden könnten, einem Amt, das dem intellektuellen Habitus von Kurt Georg Kiesinger sicherlich entgegengekommen wäre. Allerdings sollte Kiesingers Profilierung im Amt des Bevollmächtigten keinesfalls auf karrieristische Absichten reduziert werden; seine Verbundenheit mit der französischen Kultur und sein Interesse für bildungspolitische Fragen sind unumstritten. In seinem Wirken als Bevollmächtigter erwies sich Kurt Georg Kiesinger somit zweifellos als ein Freund Frankreichs!

164 A. BAUMANN, *Begegnung der Völker?* (wie Anm. 18), S. 176.

165 Christoph MERKEL, *Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit*, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft 7 (1999), S. 292–296, hier S. 293.

166 MinDir. Dr. von Meibom (BMI) an LegRat von Lindeiner-Wildau (Kulturabteilung des AA), 17. Juli 1964 (PA AA, Referat 600, B 90 /542).

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Von der »Eurosklerose« zum Maastrichter Vertrag Einführung

Von Werner Link

Es dürfte einen breiten Konsens in der Öffentlichkeit und in der Geschichts- und Politikwissenschaft darüber geben, dass die Europapolitik in der Regierungszeit Helmut Kohls von zentraler politischer Bedeutung war – vor, während und nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Dass sich die Reihe »Die Ära Kohl im Gespräch« dieser Thematik widmet, bedarf deshalb keiner weiteren Begründung. Kurz zu erläutern ist aber wohl, warum auch die europapolitische Gesprächsrunde, der üblichen Zweiteilung der Ära Kohl folgend, die Wiedervereinigung Deutschlands und den Maastrichter Vertrag als sinnvollen Einschnitt ansah und die Erörterung auf die Jahre 1982 bis 1990/91 konzentrierte. Auf den ersten Blick scheint dies problematisch zu sein. Hat doch Hans-Peter Schwarz zutreffend festgestellt: Während in anderen Politikfeldern »eine epochale Zweiteilung zu vermerken ist, weist Kohls Europapolitik, der von Anfang an sein Herz gehörte, eine durchgehende Geradlinigkeit auf«.¹ Indes, so unbestritten diese durchgehende Geradlinigkeit ist, so evident ist zugleich, dass die Europapolitik (wie auch die Politik in anderen Bereichen) nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Bipolarität und dann der Sowjetunion unter fundamental geänderten Bedingungen formuliert und verwirklicht werden musste bzw. muss. Die Machtverteilung und die Mächtebeziehungen im internationalen System haben sich 1990 revolutionär verändert. Nach der Zeitenwende, in der neuen Epoche, stand und steht Europa und die Europapolitik in ganz neuer Art vor der doppelten Herausforderung von Vertiefung und Erweiterung und darüber hinaus vor der Aufgabe, in einer neuen Weltordnung Europas Position, seine Beiträge und seine Rolle zu definieren – »Globalisierung« ist ein weiteres Stichwort. Rückblickend wird man vielleicht die Epoche der neunziger Jahre als »Übergangszeit« begreifen – als Übergang zu dem, was dann durch die große Ost-Erweiterung und durch den in Arbeit befindlichen Verfassungsvertrag bestimmt sein wird. Das Ergebnis wird eine Neue EU sein (so wie die erweiterte NATO eine Neue NATO ist bzw. sein wird). Ob die europäische Entwicklung zu einem »bewussten politischen Neugründungsakt« (Fischer) führt oder ob durch die »Methode Monnet« (die – wenn ich recht sehe – auch für die Europapolitik Helmut Kohls kennzeichnend

1 Hans-Peter SCHWARZ, »Die Ära Kohl«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.10.2002.

war) ihre Fortsetzung findet, ist meines Erachtens eine offene Frage. Ob mit der Neuen EU diejenige Vision Wirklichkeit werden wird, die Helmut Kohl in seiner Ära, ja, Zeit seines politischen Lebens bestimmt hat, ist ebenfalls ungewiss. Man wird freilich nicht unterstellen dürfen, dass diese Zukunftsaspekte der europäischen Integration, die aufgrund der jüngsten Entwicklung von Interesse sind, bereits in früheren Perioden als relevant angesehen wurden. Diejenigen Fragen, die bei der Erörterung der Europapolitik der Jahre 1982 bis 1990/91 – »von der ›Eurosklrose‹ zum Maastrichter Vertrag« – meines Erachtens besondere Beachtung verdienen, seien einleitend in sieben thesenartigen Punkten angedeutet.

Führung und Führungspersönlichkeit(en)

Als die Regierung Kohl 1982 ihr Amt antrat, war die Europäische Integration bereits dreißig Jahre alt, hatten sich feste Strukturen entwickelt, die – wie manche meinten – zu rigide waren. Diese Strukturen und die strukturellen Entwicklungsmöglichkeiten zu erforschen, ist sicher eine wichtige Aufgabe von Geschichts- und Politikwissenschaft. Ebenso wichtig ist jedoch die Berücksichtigung des Persönlichkeitsfaktors. Die Existenz von Führungspersönlichkeiten ist ein Schlüssel für das Verständnis der europäischen Integration, generell und speziell in den achtziger Jahren. Damit unterstelle ich natürlich nicht, dass das, was europapolitisch in der zu analysierenden Epoche erreicht wurde, das ausschließliche und unbedingte Werk der europäischen Führungspersönlichkeiten oder gar der herausragenden Führungspersönlichkeit Helmut Kohls war. Jedoch ist wohl unbestritten, dass Bundeskanzler Helmut Kohl ein großer Impulsgeber der europäischen Integration war zusammen mit Präsident Mitterrand und Jacques Delors. Entstand auf diese Weise so etwas wie eine informelle »gemeinsame Führung«? Und wenn ja, wie sah in konkreten Fällen der Anteil Helmut Kohls aus und wie ist seine Rolle zu erklären? Ein wichtiger erklärender Faktor war (neben dem Gewicht Deutschlands) Helmut Kohls feste europäische Grundeinstellung. Sein »politischer Kompass« war gewissermaßen auf Europa »geeicht«. Wenn Reichskanzler Bismarck einst (in einer Marginalie von 1876, die kürzlich Eckart Conze zitiert hat)² notierte: »Wer von Europa spricht, hat Unrecht«, so könnte man Bundeskanzler Kohl geradezu als Gegentypus zum Reichskanzler begreifen, obwohl beide Kanzler der deutschen Einheit waren. Man könnte – wenngleich spätere Historiker in den Archiven wohl kaum entsprechende Belege finden werden – dem Bundeskanzler das Diktum zuschreiben: »Wer von Europa spricht, hat recht.« Oder wohl besser: »Wer für Europa richtig handelt, hat Recht.«

² Eckart CONZE, »Wiener Ordnung. Das Europa Metternichs«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.11.2002.

Richtungskontinuität

Die Orientierung der deutschen Politik an Europa, die für Helmut Kohl so charakteristisch war und ist, markierte freilich keine Abkehr von der Politik seiner Vorgänger im Bundeskanzleramt. Im Gegenteil: Die europapolitische Kontinuitätslinie, die bekanntlich bis zu Konrad Adenauer zurückreicht, verbindet auch die Politik der Regierung Kohl/Genscher mit derjenigen der Regierung Schmidt/Genscher, und zwar nicht nur aufgrund der personalen Kontinuität bei der Führung des Auswärtigen Amtes. Die beiden folgenden Referate befassen sich u. a. mit der Genscher-Colombo-Initiative von 1981 und der parallelen Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Hier tritt die Kontinuität in den Monaten vor und nach dem Regierungswechsel augenfällig zu Tage. Nahtlose Richtungskontinuität! Aber auch eine gewisse Neuerung in der Europapolitik ist zu vermerken: Während Bundeskanzler Schmidt – wie er einmal sagte – sich auf die deutsch-französischen Beziehungen konzentrierte und Genscher die multilaterale EG-Politik als »Spielwiese« überließ, machte Bundeskanzler Kohl, wie Eckart Gaddum gezeigt hat,³ die Europapolitik insgesamt (als Ganzes) zur Chefsache – in einem »Interessengleichklang zwischen Kanzler und Außenminister«. Das hat freilich taktische Meinungsverschiedenheiten keineswegs ausgeschlossen; die folgenden Referate belegen sie.

Führung und objektive Bedingungen

Selbstverständlich handelten Kohl und Genscher unter objektiven, vorgegebenen Optionen und Begrenzungen. In dem Referat von Andreas Wirsching werden die »strukturellen Zwänge«, die »funktionalen Zwänge« (oder wie immer man auch das nennen mag) stärker betont; im Referat von Ulrich Lappenküper mehr die politischen Akteure. Beide Sichtweisen sollten meines Erachtens als komplementär verstanden werden.

Kontinuität im Wandel durch aktive Anpassung

Wie ist die erwähnte Kontinuität der deutschen Europapolitik trotz des offenkundigen Wandels, generell und speziell diejenige der Regierung Kohl zu erklären? Wie ist Kontinuität im Wandel begrifflich zu fassen? »Aktive Anpassung« scheint mir der geeignete Begriff zu sein. Der Wandel wird mitgestaltet. Und diese aktive Anpassung verbindet dann Wandel mit Kontinuität, wenn die aktive Anpassung gemäß der bisherigen Grundrichtung erfolgt. Neue Fundamentalentscheidungen werden meistens durch »kleine Schritte« (eine Poli-

3 Eckart GADDUM, *Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren*, Paderborn u. a. 1994.

tik, zu der sich Helmut Kohl wiederholt bekannte) vorbereitet. Sie (die Fundamentalentscheidungen) müssen dann freilich getroffen werden, wobei die Wahl des richtigen Zeitpunkts von großer Bedeutung ist (was im Falle einer Beschleunigung des Wandlungsprozesses besonders schwierig ist). Die Implementierung der Fundamentalentscheidung erfolgt wieder schrittweise.⁴ Sowohl die aktive Anpassung als auch die Entscheidungsfindung sind meistens von Kompromissen begleitet – innenpolitisch in den Verhandlungen mit Koalitionspartnern, europapolitisch durch kompromisshaftes Aushandeln mit den EG-Partnern. Bundeskanzler Kohl hat sorgsam-klug auch die kleinen Partner und deren Interessen berücksichtigt und einbezogen in einem meisterlichen Aushandeln. Aber der Hauptverhandlungspartner war zweifelsohne Frankreich. Dass diese deutsch-französische Zusammenarbeit auch bei der Europapolitik nicht problemlos, häufig sogar konfliktreich war, zeigen die folgenden Referate, vor allem das von Hanns Jürgen Küsters.

Die Relation zwischen Europa- und USA-Politik

Bundeskanzler Kohl hat immer wieder (z. B. in seinem Gespräch mit dem stellvertretenden US-Außenminister Eagleburger am 30. Januar 1990)⁵ folgende Maxime betont: »Gerade angesichts der europäischen Integration, für die wir uns leidenschaftlich einsetzen, gebe es für uns nie das Entweder-oder, sondern nur das Sowohl-als-auch.« Indes, ein »Spagat« ist bekanntlich eine unbequeme Stellung und schwierig zudem. Hieß die Maxime nicht doch in Konfliktfällen (wie z. B. bei der strategischen Verteidigungsinitiative, SDI) »in dubio pro America«? Unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts war der an der Systemgrenze gelegene, höchst gefährdete Staat Bundesrepublik Deutschland vom Schutz der USA völlig abhängig, so dass im Zweifel die pro-amerikanische Maxime zwingend war. Gleichwohl hat Bundeskanzler Kohl eine energische Europapolitik betrieben. Überspitzt könnte man sagen: Erst durch die von der Regierung Kohl erreichte Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zu den USA, durch die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses im Jahr 1982/83, war überhaupt eine erfolgreiche Europapolitik möglich. Freilich scheute sich Bundeskanzler Kohl nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und unmittelbar nach der Maastrichter Konferenz nicht, gegen amerikanischen Einspruch europapolitisch zu handeln, so z. B. bei der Vereinbarung mit Präsident Mitterrand in La Rochelle (1991), die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich in Angriff zu nehmen (deutsch-französische Brigade als Kern des

4 Vgl. Amitai ETZIONI, *The Active Society*, London und New York 1968, S. 282ff.

5 Protokoll des Gesprächs abgedruckt in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit*, bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998, Dok. 153, S. 739–743 (hier S. 743).

späteren Eurokorps). Auch Adenauer hatte ja den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag 1963 mit de Gaulle gegen den vehementen Widerstand der US-Regierung und der »Atlantiker« abgeschlossen. Seinerzeit hatten die »Atlantiker« in der CDU mit dem parteipolitischen Gegner, der SPD-Opposition, zusammengespield, um den Elysée-Vertrag zu verwässern. Adenauers Schicksal blieb Bundeskanzler Kohl erspart.

»Integratives Gleichgewicht« statt Hegemonie und Gleichgewicht

Bundeskanzler Kohl hat nachdrücklich die europäische Integration als Abkehr und Überwindung von Gleichgewichts- und Hegemoniepolitik bezeichnet. Generell ist in Deutschland eine pejorative Konnotation von »Gleichgewicht« vorhanden; sie wurde und wird offenbar von Helmut Kohl geteilt. Aber ist nicht auch in der europäischen Integration die Gleichgewichtsproblematik weiterhin existent? Gleichgewicht zur Verhinderung der Hegemonie eines europäischen Staates, vor allem Deutschlands! Die Verhandlungen und der Vertrag von Nizza sind ein vortreffliches Anschauungsbeispiel dafür. »Integratives Gleichgewicht« wäre m.E. eine zutreffende Bezeichnung der Innovation, die »Europäische Integration« genannt wird; gleichgewichtige Integration oder integratives Gleichgewicht!⁶ Die Europäische Währungsunion ist geradezu das Paradebeispiel für eine derartige Politik, nämlich einer Politik zur Verhinderung einer währungspolitischen Hegemonie Deutschlands. Im deutschen Interesse lag dies insofern, als damit eine europäische Gegenmachtbildung gegen Deutschland verhindert, ihr vorgebeugt wurde. War das nicht auch eine der Motivationen Helmut Kohls? Wie anders wäre denn sonst die (leicht missverständliche) Bemerkung des Bundeskanzlers zu US-Außenminister Baker am 12. Dezember 1989 zu verstehen, er habe den Entschluss zur Währungsunion »gegen deutsche Interessen getroffen«; beispielsweise sei der Präsident der Bundesbank gegen die von ihm eingeleitete Entwicklung. »Aber der Schritt sei politisch wichtig, denn Deutschland brauche Freunde«.⁷ Nur am Rande sei erwähnt, dass durch die Europäische Währungsunion auch und nicht zuletzt eine Balance gegenüber dem Dollar, also ein währungspolitisches kooperatives Gleichgewicht, geschaffen werden sollte. Auch deutscherseits wurde das schon 1988 ausdrücklich formuliert, nämlich im Memorandum Außenminister Genschers vom 26. Februar.⁸

6 Siehe u. a. Werner LINK, *Die Entwicklungstendenzen der Europäischen Integration (EG/EU) und die neo-realistische Theorie*, in: *Zeitschrift für Politik*, 48 (2001), S. 302–321.

7 Protokoll (wie Anm. 5), S. 636–641 (hier S. 638).

8 Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank vom 26.2.1988, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 15, März 1988.

Das Problem der »Irreversibilität«

Unumkehrbarkeit, Irreversibilität, war ein Schlüsselbegriff der Europapolitik Helmut Kohls, auf den auch Andreas Wirsching in seinem Referat eingeht. Immer wieder, insbesondere im Zusammenhang mit Maastricht und der EWU, hat der Kanzler hervorgehoben, es gehe darum, die Europäische Einigung »unumkehrbar«, »irreversibel« zu machen. Ist die europäische Einigung in der Ära Kohl unumkehrbar gemacht worden? Gibt es überhaupt so etwas wie Unumkehrbarkeit in der Geschichte? Hat nicht der Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Sowjetunion – wie schon vorher der Zusammenbruch der großen Reiche – gezeigt, dass das, was zusammengefügt wurde, auch wieder zerfallen kann? Wird die erweiterte EU die großen, vielfältigen Heterogenitäten (die bei einem Beitritt der Türkei ins Extrem gesteigert würden) aushalten oder zumindest in verträglicher Weise mildern können? Wie wird sich die nach dem 11. September 2001 neu entstehende Weltordnung auf Europa auswirken? Fragen über Fragen! So geradlinig die Europapolitik in der Ära Kohl war, ob auch die weitere Entwicklung der EU und der europäischen Integration »irreversibel« sein wird, wird erst in späterer Zukunft von der Geschichte beantwortet werden. Die folgenden Referate und der Diskussionsbeitrag von Helmut Kohl haben vielleicht deshalb einen besonderen kenntnis- und erkenntnisfördernden Reiz und Stellenwert, weil sie Fragen und Antworten am Ende einer »Übergangszeit« (im einleitend skizzierten Sinne) und zu Beginn einer neuen europa- und weltpolitischen Ära formulieren.

Stationen auf dem Weg nach Maastricht

Andreas Wirsching

Wohl nur bekennende Euroskeptiker dürften heute bestreiten, dass die 1980er Jahre einen entscheidenden Fortschritt im Prozess der europäischen Integration hervorgebracht haben. Wer diesem Prozess aufgeschlossen gegenüber steht, könnte sogar von einer Sternstunde Europas sprechen. Der Aufbruch in den Binnenmarkt und dann in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion lässt sich in seiner Dimension durchaus vergleichen mit anderen »Sternstunden« der europäischen Integration, etwa dem Jahre 1950 und der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl oder dem Jahre 1957 mit den Römischen Verträgen. Wenn man solche »Sternstunden« oder, neutraler formuliert, Höhepunkte in den langfristigen Zyklen der europäischen Politik zum Gegenstand wissenschaftlicher Analyse macht, stellt sich natürlich sehr bald die Frage nach den spezifischen, in einer bestimmten Periode zugrunde liegenden Antriebskräften. Zu einfach wäre es, würde man bloß vom intentionalen Handeln der Politiker sprechen, von den »großen Europäern«, die dem noch unklaren Verlauf der Geschichte im richtigen Augenblick die richtige Richtung verliehen haben. Zwar ist keineswegs zu bestreiten, dass es solche großen Europäer gab und gibt; ihre Namen sind geläufig. Aber sie selbst wären wohl die letzten, die leugnen würden, dass es überpersönliche Strukturen und funktionale Zusammenhänge sind, die den Erfolg eines politischen Willens überhaupt erst erlauben.

In diesem Zusammenhang ist der Zeitraum von der Mitte der achtziger Jahre bis zum Vertrag von Maastricht ein hochinteressantes Studienobjekt. Die wichtige, vielleicht historische Partnerschaft zwischen dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand fiel in diese Phase und ebnete in entscheidender Weise den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. Wie unten noch näher zu zeigen sein wird, waren sich Kohl und Mitterrand der historischen Dimensionen dieser Partnerschaft in vollem Umfang bewusst; gerade wenn es um die wichtigen Basisentscheidungen auf dem Weg nach Maastricht ging, wurde die historische Erinnerung als Grundlage und Legitimation des politischen Willens regelmäßig evoziert. Darüber hinaus aber gilt es nach den überpersönlichen Strukturzusammenhängen, ja den Zwangslagen zu fragen, die dafür sorgten, dass die vielen ökonomischen, finanziellen und politischen Probleme der Epoche gewissermaßen in einem europäischen guten Willen aufgingen. Wenn man davon ausgeht, dass die spektakuläre *relance européenne* der achtziger Jahre

einem spezifischen Ineinandergreifen von strukturell begründeten Zwangslagen und intentionalem Regierungshandeln entsprang, so würde der hier interessierende Zeitraum nicht wenige Parallelen aufweisen mit einem anderen spektakulären Durchbruch zur europäischen Integration: dem Jahr 1950 und dem Schuman-Plan. Damals war aus der schwierigen Zwangslage der französischen Politik, die sich eingeklemmt wähnte zwischen angelsächsischer Deutschlandpolitik, bundesdeutschem Wiederaufbaustreben und eigener Wirtschaftsschwäche, der europäische Quantensprung des Supranationalismus geboren worden.¹

Um welche Strukturzusammenhänge und Zwangslagen ging es dagegen in den 1980er Jahren? Wenn man verschiedene Faktoren zusammenfasst, könnte man sich vielleicht auf vier solcher Zwangslagen einigen: die sicherheitspolitische, die wirtschaftliche, die finanzpolitische und schließlich die vereinigun- gspolitische Zwangslage. In einem letzten Gedankengang soll dann noch die Frage diskutiert werden, inwieweit man von einem europäischen Mythos sprechen kann.

1. Die sicherheitspolitische Zwangslage

Zu einem Zeitpunkt, als der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende der Militärblöcke noch überhaupt nicht abzusehen waren, wurde die Abhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten einmal mehr klar erkennbar. Das Ende der Entspannungspolitik, die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes, schließlich die erbitterte Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss hatten dies mehr oder minder drastisch vor Augen gestellt. Der Beginn der 1980er Jahre stand im Zeichen amerikanischer Versuche, in militärischer wie in politischer Hinsicht neue Stärke zu gewinnen. Nicht nur der Sowjetunion damit Paroli zu bieten war das Ziel; vielmehr wollte die Reagan-Administration die USA in die Lage versetzen, unilateral und weltweit ihre Rolle als Führungsmacht zu spielen und gegebenenfalls durchzusetzen.²

Polarisierung zwischen Ost und West bei gleichzeitigen Anzeichen eines US-amerikanischen Unilateralismus – beides zusammen akzentuierte das

1 Zu den komplexen Entstehungszusammenhängen des Schuman-Plans siehe Klaus SCHWABE (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, Baden-Baden u. a. 1988. Vgl. die umfassende Darstellung von Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*, Bd. 1: 1949–1958, München 2001, hier S. 229–276.

2 Vgl. die Beiträge in Helga HAFTENDORN u. Jakob SCHISSLER (Hg.), *Rekonstruktion amerikanischer Stärke. Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der USA während der Reagan-Administration*, Berlin 1988. Besonders kritisch in dieser Hinsicht: Jeff MCMAHAN, *Reagan and the World. Imperial Policy in the New Cold War*, New York 1985, v. a. S. 75–86.

westeuropäische Bewusstsein von einer Krise im transatlantischen Bündnis und einer potentiell gefährlichen Sicherheitslücke.³ Im Extremfall erschienen Westeuropa – und die Bundesrepublik im besonderen – nur noch als Vorposten oder gar als nukleares Aufmarschgebiet für amerikanische Weltmachtinteressen. Hartnäckig hielten sich jene Gerüchte und Meldungen, in denen Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Reagan und seiner Berater kolportiert wurden, ein »begrenzter« Atomkrieg mit »taktischen« Nuklearwaffen sei im Prinzip führbar;⁴ entsprechend wuchsen sich die Zweifel im Hinblick auf den amerikanischen Verhandlungsernst bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Zugleich konnten sich das Engagement gegen die Nachrüstung und das Ressentiment gegen die USA auch – wie in Washington stets mit besonderem Interesse vermerkt wurde – mit nationalen oder gar nationalistischen Tönen verbinden.⁵

Zwar erkannten die Staats- und Regierungschefs in Europa, dass – wie in der Vergangenheit auch – eine eigenständige Gewährleistung westeuropäischer Sicherheit aus strategischen und geopolitischen Gründen sowie aus Mangel an Ressourcen nicht möglich war. Dementsprechend eindeutig setzten sie sich nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen für den Nachrüstungsbeschluss ein; zugleich aber forderten sie eine engere Abstimmung und Verflechtung *europäischer* Sicherheitspolitik. Dies betraf im besonderen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland. Im Zuge der 40. deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 vereinbarten beide Seiten eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Unter Bezugnahme auf den Deutsch-französischen Vertrag von 1963 wurde ein gemeinsamer Ausschuss für Sicherheits- und Verteidigungsfragen begründet, der in der Folgezeit regelmäßig tagen sollte.⁶

Im Rückblick fällt es nicht schwer, von diesen Initiativen – im Zeichen des europäischen Sicherheitsdilemmas, aber noch inmitten der Zeiten der »Euro-

3 Vgl. Dieter DETTKE, *Westeuropas Sicherheitspolitik*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* [JBEI] 1983, Bonn 1984, S. 240–248.

4 Anton-Andreas GUHA, »Der Dritte Weltkrieg findet in Europa statt«, in: *Frankfurter Rundschau*, 29.4.1981; Michael NAUMANN, »Aufstand der Angst«, in: *Die Zeit*, 23.4.1982; »USA: Atomkrieg doch führbar?«, in: *Der Spiegel*, Nr. 35 (1982), S. 104f. Vgl. *Kronzeugen gegen die »Nach«-Rüstung*. Eine Dokumentation von Franz H. WALDMANN, Stuttgart 1983.

5 Vgl. Kim R. HOLMES, *The West German Peace Movement and the National Question*, Cambridge/Mass. 1984, hier S. 10ff.

6 Vgl. Valérie GUÉRIN-SENDELBACH, *Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre*, Bonn 1993, S. 90f. Grundlegend für die deutsch-französische Sicherheitspolitik in dieser Phase: Karl KAISER u. Pierre LELLOUCHE (Hg.), *Deutsch-französische Sicherheitspolitik: auf dem Wege zur Gemeinsamkeit?*, 2. Aufl., Bonn 1988; Lothar RÜHL, *Der Aufschwung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit 1982*, in: EBD., S. 27–47; ferner Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, S. 371ff.

sklerose« – eine doppelte Entwicklungslinie zu ziehen: zum einen eine Entwicklungslinie, die über die Einheitliche Europäische Akte (EEA) zur Revitalisierung der Westeuropäischen Union (WEU)⁷ und zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des Vertrags von Maastricht verläuft; zum anderen freilich eine Entwicklungslinie, die gerade diesem Teilbereich der Europäischen Integration weitgehende Erfolglosigkeit attestiert. Ein unmittelbar vorzeigbares Ergebnis ging aus der deutsch-französischen Sicherheitsinitiative vom Oktober 1982 nicht hervor.⁸ Scheiterte – und scheitert? – die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht immer wieder – so lässt sich fragen – an den weiterhin tiefgreifenden Differenzen unter den Mitgliedsländern, an der fortbestehenden strategischen Schwäche Europas und an der daraus resultierenden Abhängigkeit von den USA? Tatsächlich zeigte ja die Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses, dass der Wunsch nach Stärkung der europäischen Zusammenarbeit die US-amerikanische Prärogative im Hinblick auf die sicherheitspolitischen *essentials* keineswegs außer Kraft setzte. Kohl und Mitterand gehörten zu den nachhaltigsten Befürwortern der Nachrüstung.

Beschränkten sich die europäischen Aktivitäten daher nicht – so muss weiter gefragt werden – im wesentlichen auf Proklamationen und symbolische Gesten:⁹ so etwa bei der Einrichtung der deutsch-französischen Brigade in den 1980er Jahren? Oder bei der Einforderung einer eigenständigen »außenpolitischen Identität Europas« – wie sie die EEA von 1986 proklamierte?

Zwar wird man – nicht zuletzt im Lichte der Erfahrungen während der neunziger Jahre, aber auch im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen – alle diese Fragen skeptisch beantworten müssen. Trotzdem dürfte das sicherheitspolitische Dilemma, in dem sich Westeuropa zu Beginn der 1980er Jahre befand, die Europäer darin bestärkt haben, die Fortentwicklung der Integration als schlichte Notwendigkeit zu sehen. Und insofern dürfte es zumindest indirekt auch einen wichtigen Beitrag zur *relance européenne* geleistet haben, auch wenn sich dies nicht in einer unmittelbar kohärenten europäischen Sicherheitspolitik materialisierte.

2. Die wirtschaftliche Zwangslage

Das gilt um so mehr, wenn man die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rückwirkungen berücksichtigt, die sich aus dem sicherheitspolitischen Dilemma der Europäischen Gemeinschaft (EG) während der achtziger Jahre ergaben.

7 Ausfühlich Eberhard BIRK, *Der Funktionswandel der Westeuropäischen Union (WEU) im europäischen Integrationsprozess*, Würzburg 1999, S. 113–122.

8 Vgl. die entsprechend kritische Sicht bei Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, 2. Aufl., Stuttgart 1997, S. 340ff.

9 So spricht ZIEBURA für die 1980er Jahre denn auch von »symbolischer Politik«, EBD. S. 328ff.

Denn sicherheitspolitische Probleme implizieren stets auch rüstungswirtschaftliche und damit technologische Fragen. Und damit ist die zweite, die wirtschaftliche Zwangslage benannt, die dem Weg nach Maastricht Vorschub leistete. Denn als Präsident Reagan am 23. März 1983 eine Strategische Verteidigungsinitiative – das SDI-Projekt – ankündigte, ließ sich das zwar in Teilen der Öffentlichkeit durchaus publikumswirksam als »Krieg der Sterne« persiflieren; das konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Projekt – so vage es auch sein mochte – einen neuralgischen Punkt im Selbstverständnis der Europäer traf. Tatsächlich bekräftigte SDI schlagartig eine Einsicht, die den Europäern immer schmerzhafter bewusst wurde: dass sie nämlich im Bereich der modernen Hochtechnologien – und hier vor allem im Informations- und Kommunikationswesen – gegenüber den USA und Japan zunehmend in Rückstand gerieten.¹⁰ Hieraus – nicht aus seiner verteidigungspolitischen Bedeutung – erklärt sich die langandauernde Präsenz, die SDI auf der Tagesordnung der europäischen Politik eroberte. Vor allem aber provozierte es eine europäische Reaktion: das von Frankreich angestoßene Forschungsprogramm EUREKA. Konzentriert auf die Bereiche Informationstechnologie, Telekommunikation, Laser- und Biotechnik, gab es bis 1988 214 geförderte EUREKA-Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund vier Mrd. ECU. Dies verschaffte der EG nicht nur Wettbewerbsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt; sondern, was langfristig wichtiger war: das Programm fungierte als ein Schrittmacher des Binnenmarktes.

»EUREKA«, so resümierte ein hoher Beamter im Auswärtigen Amt 1986, »gibt einen Impuls in Richtung Abbau von Handelshindernissen im Bereich hochtechnologischer Güter und Dienstleistungen, um einen großen europäischen Binnenmarkt zustande zu bringen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industrien auf dem Gebiet fortgeschrittener Technologien zu stärken.«¹¹

Das Thema »Hochtechnologien« steht stellvertretend für mehrere Problemzonen, die zusammengenommen die wirtschaftliche Zwangslage der Europäischen Gemeinschaft Anfang/Mitte der 1980er Jahre beschreiben. Der Konjunkturreinbruch des Jahres 1975 und die Weltwirtschaftskrise von 1979 bis 1982 hatten tiefe Spuren in den europäischen Ökonomien hinterlassen. 1982 standen die Zeichen EG-weit, wenn nicht auf Sturm, so doch auf »Stagflation«: Hohen Inflationsraten von durchschnittlich 9,8 % standen Nullwachstum, negative Leistungsbilanzen, steigende Haushaltsdefizite sowie ein signifikanter Anstieg der Arbeitslosenquoten – auf 10,6 % im Jahre 1983¹² – gegenüber.

10 Z. B. Bernd MEIER, *Moderne Schlüsseltechnologien. Kriterien und Entwicklungspotentiale*, Köln 1986, S. 30.

11 Klaus W. GREWLICH, *Forschungs- und Technologiepolitik*, in: JBEI 1986/87, Bonn 1987, S. 207–214, hier S. 213. Die genannte Zahl nach: DERS., *Forschungs- und Technologiepolitik*, in: JBEI 1988/89, Bonn 1989, S. 182–191, hier S. 187.

Zu den entscheidenden historischen Voraussetzungen des Maastricht-Prozesses gehört es nun, dass alle westeuropäischen Regierungen dieser ökonomischen Zwangslage mit mehr oder minder den gleichen Rezepten begegneten und dabei einem weitgehenden wirtschaftspolitischen Konsens folgten. Tatsächlich läutete der Krisenzyklus seit 1975 in ganz Europa das definitive Ende des Keynesianismus und – wenn man so will – des »sozialdemokratischen Jahrhunderts« ein. An der Spitze und am kompromisslosesten Großbritannien, wandten sich die Europäer monetaristischen, angebotsorientierten und marktwirtschaftlichen Konzepten zu, um die desolante wirtschaftliche Situation zu überwinden. Aus einer Konvergenz der Interessen – die Krise zu bekämpfen – wurde so die Konvergenz der Politik.

Im binnenökonomischen Bereich strebte diese Politik nach Haushalts- und Währungsstabilität, und durch Deregulierung suchte sie die Marktkräfte zu mobilisieren. Im internationalen Rahmen bekämpfte sie protektionistische Tendenzen und forderte den Abbau von Handelshemmnissen. Bis Mitte der 1980er Jahre hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass diese Linie den Interessen der beteiligten Länder am besten entsprach und sie am nachhaltigsten für die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft, der anhebenden »Globalisierung« zu rüsten versprach. Für exportorientierte Ökonomien wie die deutsche oder die britische galt dies ohnehin. Entscheidend aber wurde, dass sich seit 1983 auch Frankreich unter seiner sozialistischen Regierung dem vorherrschenden Kurs anschloss. Nach dem Scheitern der sozialistischen Experimente in den Anfangsjahren seiner Präsidentschaft optierte Präsident Mitterrand dauerhaft für das Modell der marktwirtschaftlich orientierten Stabilitätspolitik.¹³ Ein solcher Geist wirtschaftspolitischer Gemeinsamkeit lag an der Basis der EEA und ihres Zieles, bis 1992 den Binnenmarkt – das heißt den freien Verkehr von Personen und Waren, Dienstleistungen und Kapital – zu verwirklichen.

3. Die finanzpolitische Zwangslage

Aus dem gemeinsam verfolgten Ansatz zur Lösung der wirtschaftlichen Zwangslage ergab sich jedoch fast notwendig eine neue, nämlich die finanzpolitische Zwangslage. Diese Zwangslage hatte sich schon im 1978 eingeführten Europäischen Währungssystem abgezeichnet. Sie bestand darin, dass die D-Mark als Währung der mit deutlichem Abstand stärksten europäischen Volkswirtschaft in einem zunehmend liberalisierten Europa auch zur wichtigsten, ja zur Leit- oder »Ankerwährung« werden musste. Sofern die EG-Mitgliedsstaaten das favorisierte marktwirtschaftliche Konzept zur Krisenbe-

¹² JBEI 1983, S. 114.

¹³ G. ZIEBURA (wie Anm. 8), S. 315f.

kämpfung und zur Schaffung von Wirtschaftswachstum verfolgen wollten, mussten sie sich währungspolitisch zwangsläufig an der dominanten D-Mark orientieren. Es ist gut bekannt, welche Irritationen dies in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nach sich zog.

Dies galt um so mehr im Hinblick auf die Entwicklung der Leistungsbilanz. Tatsächlich öffnete sich hier die Schere zwischen der Bundesrepublik auf der einen und ihren europäischen Partnern auf der anderen Seite immer weiter. Die Bundesrepublik wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mehrfacher »Exportweltmeister«; ihr gegenüber verzeichneten alle EG-Mitgliedsstaaten ein mehr oder minder hohes Handelsdefizit. Gerade gegenüber der EG stieg der Ausfuhrüberschuss während der achtziger Jahren besonders dynamisch an. Wie die folgende Tabelle zeigt, verfünffachte er sich zwischen 1983 und 1989 von ca. 18 auf über 94 Milliarden DM.

Ausfuhrüberschuss der Bundesrepublik gegenüber den EG-Ländern
1983–1989 (in Mill. DM)

1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
18.334	26.370	31.600	51.433	62.305	80.833	94.181

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1990, S. 275.

Ganz offensichtlich war die Bundesrepublik unter allen europäischen Staaten am besten aus der Wirtschaftskrise 1979–1982 herausgekommen. Und beides, die übermächtige deutsche Leistungsbilanz und die daraus resultierende Stärke der D-Mark, verliehen der Bundesbank eine Stellung, die faktisch der einer europäischen Zentralbank bereits nahekam. Insofern offenbarte der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik auf internationaler Ebene eine »gewaltige Kehrseite«: nämlich, wie Helmut Kohl im Oktober 1989 formulierte, »erhebliche, ganz erhebliche psychologische Verwerfungen.«¹⁴ Die Bundesrepublik, ihre zunehmend rascher an Fahrt gewinnende Wirtschaft und die Macht ihrer Zentralbank erschienen aus der Sicht der europäischen Partner geradezu bedrohlich.

Für alle Beteiligten ergab sich aus dieser Situation eine schwere finanzpolitische Zwangslage: Das überragende Interesse der Bundesrepublik bestand darin, den währungspolitischen Status quo, zugleich aber auch das Wohlwollen und das Vertrauen der europäischen Partner zu bewahren; denn dies war die Voraussetzung für die weitere Liberalisierung des gemeinsamen Marktes, an der die exportorientierte Bundesrepublik ebenfalls ein vitales Interesse hatte.

¹⁴ Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), Bestand 08-001-091/1, Fraktionssitzung vom 24.10.1989, S. 27.

Das Interesse der Partner zielte dagegen darauf, die dominante währungs- politische Position der Bundesbank wenn nicht zu brechen, so doch zumindest zu europäisieren. Es war letztlich der Delors-Bericht vom April 1989, der den sich schon schließenden gordischen Knoten durchschlug: Seine Formel – gemeinsame Währung, dies aber zu den Konditionen der deutschen Währungsphilosophie – wurde zur Grundlage des Vertrages von Maastricht.

Zugleich wies der Delors-Bericht auch in einem anderen Grundsatzkonflikt den Weg: in der Auseinandersetzung nämlich zwischen sogenannten »Monetaristen« und »Ökonomen«, die bereits auf die Diskussionen um den Werner-Plan zurückging. In Frankreich dominierten seit Mitte der achtziger Jahre die Monetaristen, die auf eine politisch-institutionelle europäische Währungs- und Zentralbanklösung setzten, um institutionellen Druck auf die Mitgliedsländer auszuüben. In der Bundesrepublik dominierten dagegen die »Ökonomen«, die zunächst das allmähliche Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften einforderten und eine gemeinsame Währung allenfalls als »Krönung« eines längerfristigen Konvergenzprozesses betrachteten. Gestützt auf den tatsächlichen Konvergenzprozess seit Anfang der 1980er Jahre, schmiedete der Delors-Bericht ein Junktum: Der Prozess der sich fortbildenden Wirtschaftsunion und der zu errichtenden Währungsunion sollte sich *parallel* und zugleich *unwiderruflich* vollziehen. Konkret hieß das: Als Voraussetzung für eine gemeinsame Währung forderte der Delors-Bericht »bindende Regeln« zur Koordinierung und Konvergenz der makroökonomischen Politiken und des Haushaltsgebarens der Mitgliedsstaaten. Als Ziele dieser Regeln nannte der Bericht »Preisstabilität, ein ausgewogenes Wachstum, konvergierende Lebensstandards, einen hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht«. ¹⁵ Dies entsprach im Kern den deutschen Vorstellungen; und tatsächlich war es in der Delors-Kommission gelungen, so resümierte intern deren deutsches Mitglied, Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, »unsere Vorstellungen weitgehend durchzusetzen – erstaunlicherweise«, wie er hinzufügte. ¹⁶

Der Beschluss des Europäischen Rates in Madrid, am 26./27. Juni 1989, die im Delors-Bericht benannte erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 in Kraft zu setzen, verlieh dem europäischen Einigungsprozess eine neue Qualität. Trotzdem müssen die fortbestehenden Divergenzen betont werden. ¹⁷ Denn wenn es um die Frage ging, wann die entscheidende

15 Delors-Bericht, in: *Europa-Archiv* (EA) 44 (1989), D 283-304, hier: D 287. Siehe Peter BOFINGER (Hg.), *Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Analysen und Dokumente*, Wiesbaden 1990, S. 109–46, hier S. 119.

16 ACDP 08-001-1091/1, Fraktionssitzung vom 24.10.1989, S. 21.

17 Werner WEIDENFELD mit Peter M. WAGNER u. Elke BRÜCK, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998, S. 140f.

zweite und dritte Stufe erreicht werden sollte, offenbarten sich die grundlegenden Interessenunterschiede der europäischen Partner. Und es mangelte gerade in der Bundesrepublik nicht an Stimmen, die vor allem die *Probleme* des Übergangs betonten und dazu tendierten, den Abschluss der Wirtschafts- und Währungsunion im Namen der Stabilität in die vage Zukunft hinein zu datieren.

4. Die vereinigungspolitische Zwangslage

Damit tritt die vierte, nämlich die vereinigungspolitische Zwangslage ins Blickfeld. Sie verweist auf eine sensible Diskussion, die auch kontrovers geführt worden ist: War der Euro bereits vor dem 9. November 1989 auf sicherem Wege? Oder handelte es sich um ein Kompensationsgeschäft, mit dem die Zustimmung der europäischen Partner zur Wiedervereinigung gleichsam »erkauft« wurde? Die Wahrheit dürfte in einer nicht genau definierbaren Mitte liegen: Der Blick auf den Sommer 1989 lehrt zwar, dass alle Einzelteile des europäischen Puzzles spätestens seit dem Delors-Plan auf dem Verhandlungstisch lagen. Aber wie genau sie zusammenpassten und vor allem wann das Gesamtbild fertig werden würde, blieb zunächst offen. Und es dürfte wohl unleugbar sein, dass der deutsche Vereinigungsprozess den Prozess der europäischen Integration massiv beeinflusste und auf die Entstehung der Wirtschafts- und Währungsunion katalytisch wirkte. Die »psychologischen Verwerfungen«, vor denen Helmut Kohl schon im Oktober 1989 gewarnt hatte, konnten sich angesichts einer nahenden Wiedervereinigung nur verstärken. Über die Frage des konkreten Fahrplans zur Währungsunion gab es im November/Dezember 1989 auch zwischen Bonn und Paris erhebliche Verstimmungen.¹⁸ Die europäischen Partner trieb die Sorge vor einem deutschen Alleingang um, und um so nachdrücklicher erhob sich die Forderung, den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion durch konkrete Schritte zu sichern und zu beschleunigen. Im Februar 1990 resümierte Jacques Delors in einem vertraulichen Gespräch mit Beamten des Kanzleramtes die kritischen Stimmen: »Angesichts der großen Energie«, so sagte er, »mit der sich die Deutschen derzeit auf die Frage der Wiedervereinigung konzentrierten, verblassten in den Augen der Kritiker die europäischen Willensbekundungen der Bundesregierung, solange ihnen nicht konkrete Schritte folgten.«¹⁹

Umgekehrt freilich bildete die Zustimmung zur Währungsunion für die Bundesregierung ein herausragendes »bargaining chip« – einsetzbar zur rechten Zeit, um den Vereinigungsprozess außenpolitisch zusätzlich absichern zu kön-

18 Jacques ATTALI, *Verbatim III (1988–1991)*, Paris 1995, S. 349ff.

19 *Deutsche Einheit*, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes, Nr. 188: Gespräch des Ministerialdirigenten Hartmann und des Ministerialrats Ludewig mit Präsident Delors, Paris 16.2.1990, S. 853.

nen. Insofern wiederholte sich auf einer anderen Ebene die Situation der fünfziger Jahre: Die Sorge der westlichen Nachbarn vor einem politischen Abdriften der Deutschen mit ihrem überlegenen Wirtschaftspotential gebar die europäische Lösung. Zugleich waren Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und mit ihnen die Mehrheit der Deutschen unumstößlich davon überzeugt, dass gerade ein wiedervereinigtes Deutschland der um so festeren Integration in das westliche Bündnis und in die Europäische Gemeinschaft bedurfte. Die Zwangslage, die sich für alle Beteiligten aus dem Zusammenbruch der DDR und der unvorhergesehenen Dynamik des Vereinigungsprozesses ergab, ließ sich auf diese Weise europäisch auflösen.

5. *Europäischer Mythos?*

Vier Zwangslagen wirkten also seit Beginn der 1980er Jahre zusammen, um den Wegweiser in Richtung auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu stellen: die sicherheitspolitische, die wirtschaftliche, die finanzpolitische und schließlich die vereinigungspolitische. Aber auch zusammengekommen reichen sie wohl kaum aus, um die starke europapolitische Intention zu erklären, welche die Akteure auf ihrem Weg nach Maastricht an den Tag legten. Vielmehr musste noch ein wesentliches Element hinzukommen, nämlich ein wirkungsmächtiges historisches *Deutungsmuster*. Nun wurde und wird ja regelmäßig darüber geklagt, dass es keine europäische »Identität« gebe, auf der die übernationale Europäische Union ausruhen könne. An dieser Stelle sei eine gegenteilige These vertreten, die lautet: Die Europäische Integration hat bereits längst ihren eigenen »Mythos« hervorgebracht, einen Mythos, der kollektive Identität stiftet und aus dem die Union selbst wiederum ein hohes Maß an Legitimität zu schöpfen vermag. Im konkreten Fall – wie auf dem Weg nach Maastricht – weist er auch auf politische Ziele hin.

Um Missverständnisse auszuschließen: Es geht hier keineswegs um einen negativ besetzten Mythos-Begriff, der jetzt ideologiekritisch auseinanderzunehmen, eben zu entmythologisieren wäre. Vielmehr lässt sich auch im Hinblick auf die Geschichte der europäischen Integration an neuere kulturgeschichtliche Erkenntnisse anknüpfen. So geht die neuere Forschung in Anknüpfung an ethnologische und kulturanthropologische Arbeiten von der logischen Eigenständigkeit mythischer Sinnsysteme aus und gesteht ihnen daher auch ein ernst zu nehmendes historisches Eigenrecht zu.²⁰ Mythen manifestieren sich demzufolge häufig in ikonographischer und symbolischer Verdichtung. In dieser Hinsicht verzeichnet die Europäische Union zweifellos ein

20 Vgl. z. B. Claude LÉVI-STRAUSS, *Mythos und Bedeutung*, Frankfurt/M. 1980; Jan ASSMANN, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 4. Aufl., München 2002, S. 75–78.

Defizit, auch wenn abgewartet werden muss, ob nicht der Euro entsprechende Entwicklungspotentiale freisetzt. Wichtiger aber ist – und war in den 1980er Jahren – die andere Form der Mythos-Manifestation: die große *Erzählung*. Seit den Anfängen der europäischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich diese große Erzählung – ein master narrative gewissermaßen – als ebenso einfach wie vital erwiesen. Sie handelt von einem Europa, das sich aufgrund nationaler Zerrissenheit und nationalistischer Hybris in zwei Kriegen an den Rand der Selbstzerstörung brachte. Vor dem Hintergrund dieser bitteren historischen Erfahrung gab es nur einen Weg, Europa zu retten und ihm die Möglichkeit der Regeneration, des Wiederaufstiegs zu geben und die Freiheit seiner Bürger zu sichern: nämlich die Feindschaften zu überwinden, die Gräben aufzuschütten und sich zur Lösung der Probleme dauerhaft zusammenzuschließen. Unter der Ägide der großen Europäer – von Adenauer bis Schuman, von Monnet bis Spaak – gelang dies seit 1950 erfolgreich: Die Gemeinschaft bildete sich und sie bekannte sich »zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit«; sie stärkte »die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen« und förderte deren »wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt«. ²¹ So formulierte es zum Beispiel die Präambel des Vertrages von Maastricht. In ihrem Kern reichte diese Erzählung bereits weit zurück und ist teilweise schon vor 1933/39 antizipiert worden. Während der 1980er Jahre aber erfuhr sie einen neuen Aufschwung. Vor allem bei den bilateralen Treffen zwischen Kohl und Mitterrand wurde sie in geradezu ritueller Form erzählt. So sprach etwa Mitterrand, als er am 20. Januar 1983 seine aufsehenerregende Rede vor dem Bundestag hielt, ausführlich von der Erfahrung des Krieges, aus der Franzosen wie Deutsche gelernt hätten. ²² Und für Helmut Kohl war es »ein großartiges Ergebnis von Politik, wenn Erfahrung aus der Geschichte in die Politik gegossen wird«. ²³ Der Rekurs auf den Krieg, das Lernen aus ihm und die Beschwörung der künftigen, konstruktiv-friedlichen Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen bildete für den Mythos der europäischen Einigung einen wichtigen Baustein.

Freilich verhält es sich bei diesem europäischen Mythos wie bei jedem historischen Mythos. Man kann ihn nicht zum Nennwert nehmen. Aber er erfüllte und erfüllt zentrale wichtige Funktionen, ohne die eine Weiterentwicklung der europäischen Integration kaum denkbar war und ist. So besteht eine entschei-

21 Aus der Präambel des Vertrages von Maastricht.

22 BT, 9. WP, Bd. 123, S. 8978–8984. Vgl. zur Entstehung dieser Rede Hélène MIARD-DELACROIX, *Ungebrochene Kontinuität. François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984*, in: VfZ 47 (1999), S. 539–558, hier S. 550ff.

23 Rede Helmut Kohls am 21. Januar 1983, in: *Bulletin* 8 (1983), S. 75.

dende Funktion des Mythos in der *Reduktion von Komplexität*. Denn wie kann der Bürger Europas und erst recht der politisch handelnde Akteur die unendlich komplexe, komplizierte und widerstreitende Realität der sechs, zehn, zwölf oder fünfzehn Mitglieder überhaupt ertragen? Wie kann er sie ertragen, wenn er nicht über griffige Formeln verfügt, die es ihm erlauben, diese Realität im Sinne des herrschenden Deutungsmusters zu vereinfachen? Und hätten die Akteure der 1980er Jahre *ohne* die komplexitätsreduzierende Kraft des Mythos den Mut aufbringen können, ein politisch, wirtschaftlich und technisch derart kompliziertes, riskantes und unwägbares Unternehmen wie die Wirtschafts- und Währungsunion in Angriff zu nehmen?

Eine wichtige Voraussetzung hierfür entsprang freilich einem weiteren Merkmal des lebendigen Mythos der fortschreitenden europäischen Integration. Denn wenn die Akteure der 1980er Jahre über europapolitische Blaupausen sprachen, betonten sie immer wieder, die Entwicklung sei »unumkehrbar« und *alternativlos*. Wenn man sich zum Beispiel den Delors-Bericht, aber auch die Verlautbarungen der europäischen Gipfeltreffen ansieht, so wird man rasch erkennen, wie stark dort das Wortfeld »irreversibel«, »unumkehrbar«, »unwiderprüflich« etc. vertreten ist. Reduktion von Komplexität und Irreversibilität bedingen im Mythos einander; beides bildet nämlich die Voraussetzung für seine *Weitererzählbarkeit*.

Tatsächlich unterstreicht es die Lebendigkeit des Mythos von der europäischen Integration, dass er von jeder Generation aufs neue weitererzählt werden konnte. In dem Maße, wie er *historische Orientierung* setzt und ein mächtiges Deutungsmuster bereitstellt, werden Herkunft und Zukunft Europas transparent. Die strukturierte Erzählung der Vergangenheit erleichtert auch die Vorstellung oder gar Planung der Zukunft. Dabei lässt sich vermuten, dass der Ursprungsmythos der europäischen Integration Handlungsmodelle erzeugte, die auch künftige Wege zu gemeinsamem politischen Handeln ebneten. Im besonderen dürfte dies für die 1980er Jahre gelten. Nicht zufällig sah sich Helmut Kohl gerade auch europapolitisch dezidiert in der Tradition Konrad Adenauers. Und nicht zufällig wurde 1988 in Frankreich das »Europäische Jahr Jean Monnet« ausgerufen und die Asche des großen Europäers in das Panthéon überführt.²⁴ Schließlich weist die Art und Weise, wie aus den beschriebenen Zwangslagen der 1980er Jahre eine europäische Lösung wurde, nicht wenige Parallelen mit dem »Ursprungsmythos« von 1950 auf. Der lebendige Mythos half, Zwangslagen zu überwinden und den politischen Willen der Akteure zu beflügeln.

²⁴ Hans-Werner GRAF, *Die französische Europapolitik und der europäische Binnenmarkt*, in: *Mitteilungen des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen* 18 (1990), S. 1–60, hier S. 21.

Vieles spricht dafür, dass die Akteure der 1980er Jahre, die ja allesamt noch Zeugen des Weltkrieges waren, ein besonderes Bedürfnis entwickelten, ihre historische Erfahrung durch die Weitererzählung des Mythos dem europäischen »Gedächtnis« unwiderruflich einzuschreiben. Für die Weitervermittlung historischer Erfahrung stellt der Ablauf einer Periode von ca. 40 Jahren eine besonders kritische Schwelle dar. Persönliche Erinnerung beginnt nach diesem Zeitraum zu verlöschen, konkurrierende, von historischer Erfahrung weniger abhängige Deutungsmuster entstehen. Um so mehr musste sich die Generation der damals Handelnden herausgefordert fühlen. »Die Verantwortung unserer Generation für Europa«, so formulierte es Hans-Dietrich Genscher 1988, »liegt in der Vollendung der Europäischen Union.«²⁵ Und in ähnlicher Weise steckte Helmut Kohl bereits 1983 den künftigen Weg ab: »Wir brauchen ... den festen Willen, um uns von unserem Ziel einer Europäischen Union nicht abbringen zu lassen. ... Unser Auftrag ist und bleibt, mit aller Kraft daran mitzuwirken, dass Europa für unsere Kinder und Enkel ein Kontinent bleibt, in dem sich zu leben und zu arbeiten lohnt.«²⁶

Unter einer entsprechend weitgesteckten, kulturhistorisch angereicherten Perspektive lässt sich Maastricht also durchaus als europäisches Vermächtnis einer Generation begreifen. So verstanden wären die europäische Wirtschaftsunion und der Euro gewissermaßen zur Institution geronnene historische Erfahrung.²⁷ Zwar bleibt abzuwarten, wieweit das in der Kriegserfahrung wurzelnde Deutungsmuster der »großen Erzählung« künftig noch Wirkung entfaltet, aber auch wenn es, was manche befürchten, für die Nachkriegsgenerationen an Plausibilität und an Prägekraft verlieren sollte, so hat doch die aus der Geschichte legitimierte Schaffung der europäischen Institutionen den »Erfahrungsraum« der Nachgeborenen grundlegend neu gestaltet. Maastricht hat daher auch den »Erwartungshorizont« sowie die europäischen Zukunftserwartungen der Mitlebenden verändert.²⁸ Neue Entscheidungen und Entwicklungen sind unwiderruflich auf die Ebene des bereits weit integrierten Europa gestellt worden.

25 Rede von Außenminister Genscher vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 20.1.1988, in: EA 43 (1988), D 150.

26 Erklärung zum Europäischen Rat in Stuttgart, 22.6.1983, in: Helmut KOHL, *Reden 1982–1984*, Bonn 1984, S. 220.

27 Zum Mechanismus solcher Institutionalisierungsprozesse vgl. Peter L. BERGER u. Thomas LUCKMANN, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, 5. Aufl., Frankfurt/M. 1977, hier S. 49ff.

28 Vgl. Reinhart KOSELLECK, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: DERS., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1979, S. 349–375.

Die deutsche Europapolitik zwischen der »Genscher-Colombo-Initiative« und der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (1981–1986)

Von Ulrich Lappenküper

Zu Beginn der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts verwunderte es in der Europäischen Gemeinschaft wohl niemanden, als ein Zeitungs-Karikaturist das Wort »Europa« buchstabengetreu so auflöste: E wie Euphorie, U wie Unmut, R wie Resignation, O wie Optimismus, P wie Pessimismus, A wie Apathie. Nimmt man die damals angestoßene europapolitische Entwicklung heute genauer in den Blick, wird deutlich, dass A auch für Aufbruch und Anfang stehen kann. In der Integrationshistoriographie, die sich dieser Epoche erst langsam nähert, betonen sozialwissenschaftliche Arbeiten die Zwänge von Institutionen, untersuchen unter Hinweis auf die Transformation moderner Staatlichkeit die Bedeutung kollektiver Akteure und blenden das Wirken individueller Handlungsträger weitgehend aus.¹ Die folgende Analyse der bundesdeutschen Europapolitik von 1981 bis 1986 geht einem anderen Ansatz nach, denn der strukturelle Rahmen, in dem diese Politik sich vollzog, wurde nicht unwesentlich von der staatlichen Ebene, den nationalen Regierungen wie dem Europäischen Rat, bestimmt. Welche Motive und Ziele kennzeichneten sie? Welchen Anteil besaß die Bundesrepublik Deutschland an den errungenen Erfolgen, den erlittenen Fehlschlägen? Welche Rolle spielte Bundeskanzler Helmut Kohl im Einigungsprozess dieses Quinquenniums?

»Europa braucht einen neuen politischen Impuls. Es braucht einen sichtbaren Schritt in Richtung auf die Europäische Union. Ich frage: Ist es nicht endlich Zeit für einen Vertrag über die Europäische Union?« Mit diesen programmatischen Worten rief Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 6. Januar 1981 dazu auf, der Europäischen Gemeinschaft einen neuen vertraglichen Rahmen zu geben, einen Rahmen, der den Brüsseler »Acquis communautaire« mit den intergouvernementalen Institutionen zusammenfassen, die Gemeinschaftspolitiken ausbauen sowie die Vergemeinschaftung neuer Gebiete an-

¹ Wolfgang WESSELS, *Hans-Dietrich Genscher: Initiator des interregionalen Dialogs – Architekt einer Zivilmacht Europa*, in: Hans-Dieter LUCAS (Hg.), *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002, S. 185–200, hier S. 185f. mit weiteren Literaturangaben.

bahnen sollte.² Mag Genscher auch 1974 als überzeugter Europäer ins Auswärtige Amt gekommen sein und die Wende seiner diesbezüglich ehemals sehr skeptischen Partei dezidiert mitgetragen haben,³ so trat er doch bis 1981 nicht als europapolitischer Impulsgeber hervor. Was veranlasste ihn also auf dem Drei-Königs-Treffen der FDP in Stuttgart zu seinem eindringlichen Appell? Die Antwort lautet: die Lage der EG. Seit Mitte der 1970er Jahre befand sich die von sechs auf zehn Mitglieder anwachsende Gemeinschaft in einem deploralen Zustand. Weder war ihr die seit Jahren angestrebte Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion noch die Umwandlung der Beziehungen ihrer Mitglieder in eine Europäische Union gelungen. Nach der Regierungsübernahme der Tories in Großbritannien 1979 und der Aufnahme Griechenlands in die EG 1981 stellte sich in den Brüsseler Organen eine zunehmende Beschlussunfähigkeit ein. Zur Entscheidungsblockade nach innen gesellte sich Handlungsschwäche nach außen, und das, obwohl sich die globalen Konflikte von Afghanistan über Polen bis zu den Falklandinseln türmten.⁴

In einer Zeit, in der die europapolitische Diskussion in Bonn von den Schlagwörtern »Eurosklерose« und »Zahlmeister« beherrscht wurde,⁵ erhob Genscher die europäische Integration zur »raison d'être« seiner Außenpolitik.⁶ Neben dem atlantischen Bündnis war eine sich immer enger zusammenschließende Europäische Gemeinschaft für ihn unverzichtbare Voraussetzung zur Bewahrung des Weltfriedens; sie gab die überzeugendste Antwort auf die nationalistischen Verirrungen des 20. Jahrhunderts und bildete das Modell für die anzustrebende Einigung Gesamteuropas. Da ihn schon seit Monaten die Sorge umtrieb, die EG könnte in dieser weltpolitisch brisanten Phase zu einer reinen »Zollgemeinschaft« verkümmern,⁷ zielte er mit seinem Stuttgarter Vor-

2 Rede Genschers auf dem Drei-Königs-Treffen der FDP in Stuttgart, 6.1.1981, im Auszug in: DERS., *Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1974–1985*, 2. Aufl., Stuttgart 1985, S. 306–314, hier S. 309; vgl. Niels HANSEN, *Plädoyer für eine Europäische Union*, in: *Europa Archiv* [EA] 36 (1981), S. 141–148.

3 Hans-Dieter LUCAS, *Politik der kleinen Schritte – Genscher und die deutsche Europapolitik 1974–1983*, in: DERS., *Genscher* (wie Anm. 1), S. 85–113; zur Europapolitik der FDP in den 50er Jahren vgl. Peter JEUTTER, *EWG – Kein Weg nach Europa. Die Haltung der Freien Demokratischen Partei zu den Römischen Verträgen*, Bonn 1985.

4 Vgl. Pierre GERBET, *La construction de l'Europe*, überarb. Aufl., Paris 1994, S. 299–401; Andrew MORAVCSIK, *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, London 1999, S. 238–313.

5 Rudolf HRBEK/Wolfgang WESSELS (Hg.), *EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?*, Bonn 1984; Helgar KÜHLCKE/Bernhard MAY, *Zahlmeister oder Nutznießer? Die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1986; DERS., *Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft*, 2. Aufl., Bonn 1985.

6 H.-D. LUCAS, *Politik der kleinen Schritte* (wie Anm. 3), S. 111.

stoß darauf ab, den Primat der Politik gegen die technokratisch-ökonomische Verengung der europäischen Zusammenarbeit zu verteidigen, dem Einigungsgedanken eine Vision zu geben und – wohl auch – seiner Partei ein schärferes Profil zu verleihen.⁸

Die Reaktionen auf Genschers Versuchsballon fielen im In- und Ausland sehr verhalten aus. Es wurde gar der Vorwurf laut, die Bundesregierung wolle lediglich von ihrer fehlenden Bereitschaft ablenken, an der Behebung der EG-Finanzkrise aktiv mitzuwirken. Richtig erwärmen konnte sich an den Ideen des Bundesaußenministers nur sein italienischer Kollege Emilio Colombo, wobei er sie in zweifacher Hinsicht zu modifizieren wünschte. Colombo drängte auf die Einbeziehung der Wirtschafts- und Währungspolitik in die »relance européenne« und riet dazu, vor dem Abschluss eines neuen Europavertrags die vorhandenen Verträge erst einmal auszuschöpfen.⁹ Da Bundeskanzler Helmut Schmidt die in den europäischen Kapitalen angemeldeten Bedenken teilte, erhielt Genscher vom Bundeskabinett lediglich die Ermächtigung, mit den EG-Staaten eine Grundsatzzerklärung, nicht aber einen im Auswärtigen Amt bereits konzipierten Rahmenvertrag auszuhandeln.¹⁰

Nach monatelangen bilateralen Beratungen präsentierten Genscher und Colombo ihren europäischen Partnern Anfang November 1981 den Entwurf einer »Europäischen Akte« und ein Dokument zur wirtschaftlichen Integration.¹¹ Sie bekannten sich darin zum schrittweisen Aufbau einer Europäischen Union, hoben die Bedeutung einer gemeinsamen Außenpolitik einschließlich sicherheitspolitischer Aspekte hervor, ordneten den Europäischen Rat als »politisches Lenkungsorgan« der Gemeinschaft systematisch ein, verklammerten die EG mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und visierten als

neue Ziele eine Rechtsunion sowie die Errichtung eines Kultur- und Justizministerrates an.¹²

7 Ansprache Genschers auf der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 20.5.1980, in: DERS., *Deutsche Außenpolitik* (wie Anm. 2), S. 221–247, hier S. 246.

8 Gianni BONVINCINI, *The Genscher-Colombo Plan and the »Solemn Declaration on European Union«* (1981–1983), in: Roy PRYCE (Hg.), *The Dynamics of European Union*, London u. a. 1987, S. 174–187; Reinhardt RUMMEL/Wolfgang WESSELS, *Federal Republic of Germany: new responsibilities, old constraints*, in: Christopher HILL (Hg.), *National Foreign Policies and European Political Cooperation*, London 1983, S. 34–55.

9 G. BONVINCINI (wie Anm. 8), S. 177f.

10 Erklärung Beckers, 18.9.1981, *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* [Bulletin PIB], S. 723; Wilfried LOTH, *Europa als nationales Interesse? Tendenzen deutscher Europapolitik von Schmidt bis Kohl*, in: *Integration* 17 (1994) S. 149–156, hier S. 151f.

11 Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 363f.; Emilio COLOMBO, *Initiative für Europa*, in: Klaus KINKEL (Hg.), *In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten*, Berlin 1997, S. 477–483.

Aus der Ex-post-Perspektive stilisierte der Bundesaußenminister die Akte zum Auslöser einer »Dreistufenrakete«, die mit dem Maastrichter Vertrag 1991/92 abgehoben habe.¹³ Zeitgenössisch gesehen, schien es keineswegs sicher, ob die nun gelegte Lunte nicht schon vor dem Erreichen der ersten Stufe ausgetreten würde. Denn Dänen, Briten und Griechen betrachteten jede Integrationsvertiefung mit Skepsis, lehnten die Abschaffung der Einstimmigkeitspraxis ebenso ab wie die Stärkung des Europäischen Parlaments. Und die Franzosen maßten der Debatte über institutionelle Reformen in der EG weniger Gewicht bei als der Frage nach einer gemeinsamen Sozialpolitik.¹⁴ Wenn die Zündschnur nicht verglimmte, so lag das insbesondere am Machtwechsel in Bonn Anfang Oktober 1982.

Der neue Bundeskanzler Helmut Kohl gehörte zu jener Generation, die zu Beginn der 50er Jahre idealistisch-bewegt die Grenzpfähle zwischen Deutschland und Frankreich niedergerissen, europäische Lieder gesungen und dann geglaubt hatte, sie baue Europa. Als Hüter der Europapolitik Konrad Adenauers schwebte ihm seit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der CDU 1973 eine Politische Union vor, die er – wie auch Genscher – stets im größeren Kontext der atlantischen Allianz sah.¹⁵ Die Zusammenarbeit mit den Nachbarn müsse unabhängig von deren Größe gepflegt werden, meinte er 1979 und griff damit implizit das Motto Ludwig Erhards vom »Europa der Freien und der Gleichen« auf.¹⁶ Kohl verstand sich aber nicht als Enkel Erhards, sondern Adenauers.

12 Entwurf einer »Europäischen Akte« und Entwurf einer »Erklärung zur wirtschaftlichen Integration«, vorgelegt von den Regierungen der Bundesrepublik und Italiens (Genscher-Colombo-Akte), 6.[sic!]11.1981, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* [JBEI] 1981, Bonn 1982, S. 519–526, hier S. 521; Joseph WEILER, *The Genscher-Colombo Draft European Act: The Politics of Indecision*, in: *Revue d'intégration européenne/Journal of European Integration* 6 (1983), H. 2–3, S. 129–153.

13 H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 368.

14 Wolfgang SCHUMANN, *Dänemark*, in: JBEI 1981, S. 421–427, hier S. 423–425; Nikolaus WENTURIS, *Griechenland*, EBD. S. 437–442; Roger MORGAN, *Vereinigtes Königreich*, EBD. S. 459–467, hier S. 464–467; Memorandum der französischen Regierung über die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, 13.10.1981, in deutscher Übersetzung, EBD. S. 505–518.

15 Rede Kohls auf dem Bundesparteitag der CDU, 12.6.1973, in: DERS., *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993*, Stuttgart 1993, S. 37–55, hier S. 49f.; Vortrag Genschers vor dem European Management Forum in Davos, 29.1.1982, in: DERS., *Deutsche Außenpolitik* (wie Anm. 2), S. 315–332.

16 Rede Kohls auf dem Europaparteitag der CDU vom 26./27.3.1979, in: Günter RINSCHKE (Hg.), *Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Darstellungen und Dokumente zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge*, Köln u. a. 1997, S. 236–240, hier S. 239; Hans-Otto KLEINMANN, *Die Europapolitik der CDU/CSU 1969–1982*, EBD. S. 60–76. In den einschlägigen Biographien über Kohl findet man zu dessen Europapolitik bemerkenswerterweise kaum ein Wort (Jürgen BUSCHKE, *Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs*, Berlin 1998; Patricia CLOUGH, *Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht*,

Wie für den alten Herrn aus Rhöndorf war für ihn Europa mehr als nur ein geographischer Begriff, mehr als die Summe des Bruttosozialproduktes seiner Staaten; es war eine »Werte- und Kulturgemeinschaft«,¹⁷ die nicht nur das »Rumpfeuropa« des Zehnerclubs, sondern auch die übrigen europäischen Demokratien sowie die DDR, die ostmitteleuropäischen Staaten, ja sogar die Ukraine und Russland umfasste.¹⁸

Anders als der Jurist Genscher ließ sich der Historiker Kohl in seinem politischen Agieren stark von geschichtlichen Bezügen leiten. Die Lehren aus der Vergangenheit ziehend, deklarierte er die Europapolitik nach seiner Wahl zum Bundeskanzler zum »Herzstück deutscher Außenpolitik«,¹⁹ einer Außenpolitik, die in seinen Augen von drei Bedingungen bestimmt wurde: von der geographischen Lage Deutschlands; vom Ziel, die deutsche und die europäische Teilung mit friedlichen Mitteln zu überwinden; von der Verpflichtung, »den Frieden in Freiheit zu bewahren«.²⁰ Europapolitik und Deutschlandpolitik bildeten demgemäß »zwei Seiten einer Medaille«²¹: Die europäische Einigung bot die wirksamste Versicherung gegen einen Rückfall in den unheilvollen Chauvinismus des 20. Jahrhunderts; und die deutsche Einheit konnte nur im europäischen Rahmen gewonnen werden. Kohls Ja zur deutschen Nation bedeutete eben auch ein Ja zur europäischen Einigung. Als der Kölner Historiker Andreas Hillgruber ihm einmal entgegenhielt, das Europäische an Europa seien die Nationen, erwiderte Kohl: »Unter Nationalstaat im Sinne des

München 1998; Klaus DREHER, *Helmut Kohl. Leben mit Macht*, Stuttgart 1998; Jürgen LEINEMANN, *Helmut Kohl. Die Inszenierung einer Karriere*, Berlin 1998; Karl Hugo PRUYS, *Helmut Kohl. Die Biographie*, Berlin 1995). Zu Erhards Europapolitik vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, *Den Bau des »europäischen Hauses« vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards (1963–1966)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik* 7 (2000), S. 239–267.

- 17 Rede Kohls auf dem Fachkongress »Kulturgemeinschaft Europas« der CDU, 31.10.1991, in: DERS., *Der Kurs der CDU* (wie Anm. 15), S. 371–379, hier S. 372.
- 18 Rede Kohls vor der Europa-Union Deutschlands, 9.3.1984, *Bulletin PIB*, S. 253–257, hier S. 256; Bundestagsrede Kohls, 27.6.1985, Verhandlungen des Deutschen Bundestages [BT], Sten. Ber. 10. WP, Bd. 133, S. 11093–11100, hier S. 1109; Ansprache Kohls bei einem Treffen von Gemeinden mit dem Namen St. Martin, 17.5.1986, Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin [ACDP], Pressedokumentation, Pressemitteilung PIB Nr. 210/86.
- 19 EBD., Rede Kohls vor der Außenpolitischen Gesellschaft in Kopenhagen, 24.9.1984, Auszug in: PIB-Pressemitteilung Nr. 491/84. Knapper Überblick über Kohls Europapolitik während seiner Kanzlerschaft: W. LOTH (wie Anm. 10); Melanie PIEPENSCHNEIDER, *Die Europapolitik Helmut Kohls 1982–1989*, in: G. RINSCHKE (wie Anm. 16), S. 77–88.
- 20 Rede Kohls auf der Interparlamentarischen KSZE-Konferenz, 26.5.1986, in: *Bulletin PIB*, S. 498–501, hier S. 499.
- 21 Bericht Kohls zur Lage des geteilten Deutschland, 15.3.1984, in: DERS., *Reden 1982–1984*, Bonn 1984, S. 359.

19. Jahrhunderts verstehe ich den Staat des Zentralismus. Der ist tot.«²² Die »Nation als Verbindung freier Bürger« sei wichtiger als der »Nationalstaat als territoriale Einheit«. Man müsse über ihn hinausdenken, Europa als »schmerzlich erfahrenes Vaterland« anstreben.²³

Während Helmut Schmidt integrationspolitisch eine eher defensive Linie fuhr und ein vornehmlich ökonomisch motiviertes Interesse an der EG besaß, verband Helmut Kohl sie stets mit dem Ziel der politischen Einigung. Entsprechend prononciert äußerte er sich in seiner ersten Regierungserklärung am 14. Oktober 1982. Nachdem er die Atlantische Allianz als »Kernpunkt deutscher Staatsräson« gerühmt hatte, plädierte er für den europäischen Binnenmarkt, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die Forcierung der Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG. Dann setzte er den Akzent auf die »Politische Union« und auf die damit verbundene Reform des institutionellen Gerüsts. Ausdrücklich begrüßte er den von Genscher und Colombo vorgelegten Entwurf einer Europäischen Akte²⁴; die Reibungen mit seinem Außenminister im Vorfeld seiner Rede erwähnte er nicht: Genscher hatte nämlich die Ankündigung einer neuen Europaaktion, wie sie Kohl von Beratern empfohlen worden war, verhindert, um seine Initiative nicht zu gefährden und die europapolitischen Zügel der Bundesregierung nicht aus der Hand zu geben.²⁵

Da es zwischen dem Kanzler und dessen Vize in der Folge über die Ausrichtung der Europapolitik kaum Meinungsverschiedenheiten gab, blieb ein Kompetenzstreit aus. Wenn man dennoch mit Werner Kaltefleiter von einer »Kanzlerdemokratie« Kohls spricht – verstanden als ein Regierungssystem, in dem der Chef Macht im Sinne Max Webers besaß²⁶ –, darf man die weitgehende Interessenkongruenz zwischen Kohl und Genscher wie zwischen ihren Dienststellen nicht übersehen. Kümmerte sich das Auswärtige Amt in erster Linie um die EG-Erweiterung, den Binnenmarkt und die regionale Kooperation, liefen die Agrarfragen, die Debatte über die institutionellen Reformen und die Diskussion um die Ausformulierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik weitgehend über das Kanzleramt, das seit 1984 sukzessive die Federführung in der Europapolitik übernahm, ohne dass die Einigkeit litt.²⁷

22 Interview Kohls mit Andreas Hillgruber, in: *Die Welt*, 1.10.1986.

23 Artikel Kohls in den *Lutherischen Monatsheften* 20 (1981), H. 5, abgedr. in: DERS., *Der Kurs der CDU* (wie Anm. 15), S. 199–204, hier S. 201 u. 204.

24 Regierungserklärung Kohls, 13.10.1982, in: DERS., *Reden 1982–1984* (wie Anm. 21), S. 9–48, hier S. 30.

25 Vgl. Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998, S. 87.

26 Vgl. Werner KALTEFLEITER, *Die Kanzlerdemokratie des Helmut Kohl*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (1996), S. 27–37, bes. S. 27 u. 36f.

27 Vgl. Stefan FRÖHLICH, »Auf den Kanzler kommt es an«: *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung*, Paderborn u. a. 2001, S. 129–136; Eckart GADDUM, *Die deutsche Euro-*

Wie Genscher nahm also auch Kohl das Zielbild der Europäischen Union auf, ohne es mit einem finalen Modell zu verbinden. Beide umgingen den Konflikt zwischen Föderalisten und Konföderalisten, gaben dem Begriff einen eher prozeduralen Charakter. Die Union dürfe keine leere Hülse bleiben, aber auch nicht dazu führen, dass »nationale Eigenheiten in einem Melting Pot« aufgelöst würden,²⁸ beteuerte der Bonner Regierungschef Ende 1985. Im Herbst 1982 diente seine Terminologie einer dreifachen Funktion: der auf Krisenfragen fokussierten europäischen Zusammenarbeit neuen Auftrieb zu geben und den in der Nachrüstungsdebatte geschürten Argwohn an der Verlässlichkeit der Bundesrepublik zu zerstreuen. Überdies reagierte er implizit auf die Aktivitäten des Europäischen Parlaments in Richtung auf eine Europäische Verfassung, sah sich in seiner Regierungserklärung gar veranlasst, zu einer gemeinsamen Arbeit einzuladen.²⁹

Den Reformmehrgewinn der Europaparlamentarier machte sich die Bundesregierung gleichwohl nicht zu Eigen. Im Zentrum ihrer europapolitischen Interessen stand vielmehr namentlich die Verbesserung der EG-Entscheidungsstrukturen mit Blick auf das Binnenmarktziel, sodann der Ausbau der gemeinsamen europäischen Außenpolitik, schließlich die Demokratisierung der Gemeinschaft und die Erschließung neuer Politikbereiche. Bezogen auf die prozeduralen Reformvorschläge, räumte sie der Abkehr vom »Luxemburger Kompromiss«³⁰ von 1966 den Vorrang ein. Die Durchsetzung von Mehrheitsentscheidungen in den Organen der EG galt als unverzichtbar, um den Prozess der Binnenmarktvollendung in Bewegung zu bringen; sie bot für die Bundesrepublik zudem den strategischen Vorteil, dass sie bei einem qualifizierten Mehrheitsvotum ihre Stimmzahl stärker zur Geltung bringen konnte.³¹

Im Gegensatz zu den Zeiten Adenauers war die Bonner Europapolitik zu Beginn der Ära Kohl im Prinzip nicht umstritten. Die CDU, in ihrem Selbstverständnis die »klassische Europa-Partei«,³² stand programmatisch hinter ih-

papolitik in den 80er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl, Paderborn u. a. 1994, S. 73–75.

28 Ansprache Kohls vor der Cambridge Union Society und der Cambridge University Conservative Association, 27.11.1985, in: *Bulletin PIB* S. 1181–1187, hier S. 1183.

29 Regierungserklärung Kohls, 13.10.1982, in: DERS., *Reden 1982–1984* (wie Anm. 21), S. 31.

30 Rund-Erlass Lahrs, 31.1.1966, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Matthias PETER und Harald ROSENBACH, München 1997, S. 114–118.

31 Vgl. E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 208f. u. 221.

32 Ansprache Kohls auf dem Bundesparteitag der CDU, 25.5.1983, in: DERS., *Reden 1982–1984* (wie Anm. 21), S. 194; vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, *Zwischen »Sammlungsbewegung« und »Volkspartei«: Die CDU 1945–1969*, in: Michael GEHLER/Wolfram KAISER/Helmut WOHNOUT (Hg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Wien u. a. 2001, S. 385–398, hier S. 390–395.

rem Vorsitzenden. Die FDP unterstützte Genschers Position und hoffte auf Profilierung, was ihr aber im Wettstreit mit der Union nur bedingt gelang.³³ Die SPD begrüßte die deutsch-italienische Gemeinschaftsaktion, warnte aber vor »abstrakten Diskussionen über eine wie auch immer geartete europäische Verfassung«.³⁴

Die Verabschiedung der von der Genscher-Colombo-Initiative anvisierten Europäischen Akte konnte, darüber herrschte in Bonn kein Zweifel, nur dann gelingen, wenn die übrigen Gemeinschaftsprobleme – das Haushaltsungleichgewicht, die gemeinsame Agrarpolitik, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal, die Verbesserung der Entscheidungsverfahren und die Stärkung des Europäischen Parlaments – vorher beseitigt würden. Nach der Übernahme der Ratspräsidentschaft am 1. Januar 1983 konzentrierte sich die Bundesregierung dazu auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs Mitte Juni in Stuttgart. Schmerzhaft zugeständnisse auch in den Beratungen über die politisch-institutionelle Reform waren vorprogrammiert. Mitte Oktober 1982 hatte eine von den EG-Außenministern eingesetzte Ad-hoc-Gruppe einen Text zur Europäischen Akte vorgelegt, der die Integration fördernde Elemente der Genscher-Colombo-Initiative hinsichtlich der Beschlussverfahren im Rat und der Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments weitgehend überging.³⁵ Anfang März 1983 verkündeten die Außenminister – britischem Drängen nachgebend –, sie beabsichtigten statt einer Akte lediglich eine Deklaration zu verabschieden.³⁶

Die vom Wähler soeben bestätigte Bundesregierung Kohl entwickelte daraufhin ein Konzept, das alle EG-Problemkomplexe miteinander verband und für jedes Mitglied neben unvermeidlichen Konzessionen auch Anreize zur Zustimmung schuf. Dass auch sie sich in die Pflicht nahm, signalisierte ihre grundsätzliche Bereitschaft, ihren bisherigen Widerstand in der besonders strittigen Frage einer Erhöhung der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft aufzugeben. Dennoch gelang Kohl in Stuttgart kein Durchbruch. Zum Abschluss heftiger Diskussionen schnürte der Europäische Rat in den materiellen Sachfragen nur ein Paket, das auf seiner nächsten Konferenz unter griechischer Präsident-

33 Vgl. Michael REMMERT, *Die Europapolitik der FDP in den achtziger Jahren*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 4 (1992), S. 143–164.

34 Bundestagsrede Brandts, 25.11.1982, BT, Sten. Ber. 9. WP, Bd. 123, S. 8042–8046, hier S. 8045.

35 Vgl. Rede Genschers vor dem Europäischen Parlament, 14.10.1982, *Bulletin PIB*, S. 877–881.

36 Rede Genschers vor dem Europäischen Parlament, 12.4.1983, Auszug in: EA 38 (1983), S. D253–D255; G. BONVICINI (wie Anm. 8), S. 179–182.

schaft in Athen gelöst werden sollte.³⁷ Immerhin aber verabschiedete er zum Abschluss der Beratungen über die Genscher-Colombo-Initiative eine »Feierliche Deklaration«, die sich zum schrittweisen Aufbau einer Europäischen Union mit vergemeinschafteter Außenpolitik und zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration bekannte sowie die Befugnisse des Europäischen Parlaments stärkte. Am ursprünglichen Vorhaben Genschers gemessen, fiel die Erklärung freilich enttäuschend aus. Sein Ziel eines bindenden Vertrags war zugunsten einer reinen Willenserklärung aufgegeben, ein sichtbarer Schritt zur Demokratisierung der EG nicht gesetzt worden; es fehlte ein klares Bekenntnis zum Mehrheitsprinzip im Entscheidungsverfahren der Gemeinschaft; die Aussagen über die außenpolitische Zusammenarbeit gingen nicht über den »Londoner Bericht« der EG-Außenminister vom Oktober 1981 hinaus.³⁸

Die Bundesregierung gab offen zu, mit dem Erreichten nicht zufrieden zu sein. Skepsis über die Richtigkeit ihrer Politik äußerte sie nicht. Im Gegenteil: Um einen Rückfall ins 19. Jahrhundert zu verhindern, musste der beschrittene Weg fortgesetzt werden, betonte Kohl³⁹ und zitierte deshalb in einer Regierungserklärung zum Stuttgarter Gipfel Mitte Juni aus der Vorlesung Friedrich Schillers zur Universalgeschichte von 1789: »Endlich unsere Staaten – mit welcher Innigkeit, mit welcher Kunst sind sie einander verschlungen! Wie viel dauerhafter durch den wohlthätigen Zwang der Noth als vormals durch die feyerlichsten Verträge verbrüder! Den Frieden hütet jezt ein ewig geharnischter Krieg, und die Selbstliebe eines Staats sezt ihn zum Wächter über den Wohlstand des andern. Die europäische Staatengesellschaft scheint in eine große Familie verwandelt. Die Hausgenossen können einander anfeinden, aber nicht mehr zerfleischen.«⁴⁰

Als dann aber der fast zweihundert Jahre später stattfindende Europäische Rat von Athen ihn Lügen strafte und im Dezember 1983 wegen eines offenen Dissenses über die Geschäftsgrundlage der Gemeinschaft, über Milchmengenbegrenzungen, Währungsausgleichszahlungen und Fettsteuern im »Desaster«

37 Vgl. Pierre FAVIER/Michel MARTIN-ROLAND, *La décennie Méditerranée*, Bde. 1 u. 2, Paris 1990/1991, hier Bd. 1, S. 443–445; Heinz STADELMANN, *Der Europäische Rat*, in: JBEI 1983, Bonn 1984, S. 37–45, hier S. 41–43; Erklärung des Europäischen Rats in Stuttgart, 18.6.1983, EBD. S. 414–416.

38 Feierliche Deklaration des Europäischen Rats zur Europäischen Union, 19.6.1983, EBD. S. 417–424; Bericht der EG-Außenminister über die EPZ, 13.10.1981, in: JBEI 1981, S. 500–504.

39 Ansprache Kohls in Stuttgart, 19.6.1983, *Bulletin PIB*, S. 611f.

40 Friedrich SCHILLER, *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Antrittsrede an der Universität Jena 1789*, Neudruck, Jena 1982, S. 15; vgl. Regierungserklärung Kohls, 22.6.1983, in: DERS., *Reden 1982–1984* (wie Anm. 21), S. 208–220, hier S. 219.

endete,⁴¹ begann in Bonn doch ein Umdenken. Nicht dass man nun an der eigenen Marschroute zweifelte, nein, aber am guten Willen einiger Partner. Im Sommer 1984 müsse ein neuer Anlauf zur politischen Einigung Europas genommen werden, versicherte Kohl vor der Presse und fügte mit erhobenem Zeigefinger hinzu: »Dann werden wir sehen, wer mitmacht und wer nicht.«⁴²

Zumindest einer seiner Kollegen schien ihn erhört zu haben: François Mitterrand. Schon Ende 1982 hatte der französische Staatspräsident die Überzeugung gewonnen, dass er sich intensiver um die europäische Integration kümmern müsse, und zwar im engen Einvernehmen mit Kohl; denn die Beziehungen zwischen Bonn und Paris bildeten für ihn »une pierre angulaire de l'Europe«⁴³. Indem er sich nach dem Scheitern seines sozialistischen »Experiments« in Frankreich aufmachte, die EG aus ihrem Schlaf aufzurütteln, hoffte Mitterrand, sein ramponiertes Image aufzupolieren, den im Zuge der deutschen Nachrüstung wieder auftauchenden »incertitudes allemandes« zu begegnen und – vor allem – Europa als starken Mitspieler auf der globalen Bühne zu positionieren.⁴⁴

Alte Differenzen aus den siebziger Jahren hinter sich lassend, begannen der christdemokratische Bundeskanzler und der sozialistische Präsident 1984 eine Politik des ausgeprägten Bilateralismus mit dem Ziel, politische Schrittmacherdienste in Europa zu leisten und die überfälligen Haushalts- und Agrarreformen der Gemeinschaft endlich auf den Weg zu bringen. Anfang Februar kamen sie abseits der Öffentlichkeit auf Schloss Ludwigshöhe bei Edenkoben in der Pfalz überein, die politische Zusammenarbeit der EG zu vertiefen und die alte Sechser-Gemeinschaft als »neues Kraftzentrum« aufzubauen.⁴⁵ Wenige Wochen später warf Kohl bei einem neuerlichen Treffen in Paris intra muros – wie einst Adenauer – die Idee eines deutsch-französischen »Zweibundes« auf!⁴⁶ Coram publico signalisierte er wiederholt die Bereitschaft, die EG-Reformen mit deutschen Milliardenbeträgen voranzubrin-

41 Ansprache Kohls vor der Europa-Union Deutschlands, 9.3.1984, *Bulletin PIB*, S. 253–257, hier S. 255; zum Europäischen Rat in Athen s. die Dokumentation in: EA 39 (1984), S. D53–D73; H. STADELMANN, *Der Europäische Rat 1983* (wie Anm. 37), S. 43f.

42 ACDP, Pressedokumentation, Interview Kohls im WDR, 17.12.1983, Nachrichtenabteilung des PIB.

43 Unterredung zwischen Mitterrand und König Khaled von Saudi Arabien, 13.6.1981, zitiert nach: Tilo SCHABERT, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*, Stuttgart 2002, S. 92.

44 Vgl. P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 243–245; Elisabeth DU RÉAU, *L'engagement européen*, in: Serge BERSTEIN/Pierre MILZA/Jean-Louis BIANCO (Hg.), *François Mitterrand. Les années du changement 1981–1984*, Paris 2001, S. 282–294.

45 Zitiert nach: *Der Spiegel* (1984), Nr. 13, S. 144; dpa-Meldung 247, 2.2.1984.

46 Zitiert nach: S. FRÖHLICH (wie Anm. 27), S. 224.

gen. Um die ob der Spendierfreude ihres Kanzlers nicht eben glücklichen Landsleute zu beruhigen, führte er ihnen immer wieder den Ertrag solcher Opfer vor Augen: »Motor für die Einigung Europas zu sein, dies ist Teil des nationalen Auftrags, Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an.«⁴⁷

Da die Deutschen sich nicht so einfach überzeugen ließen, klappte zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Bonner Europapolitik bald eine gewisse Lücke. Die hielt den Kanzler aber nicht davon ab, auf der europäischen Bühne nun energisch aufzutumpfen. »Wie würden Churchill und Adenauer reagieren, wenn sie an unserer Stelle säßen?«, redete Kohl Margaret Thatcher ins Gewissen, als es Mitte März 1984 im Europäischen Rat zu hitzigen Gefechten über britische Rückzahlungsforderungen kam. Thatcher aber wollte von der Verpflichtung, die Kohl als Enkel Adenauers und als europäischer Politiker im Geiste Churchills verspürte, nichts wissen: Sie sei weder eine Enkelin Churchills noch stehe sie in der Tradition Adenauers und fühle sich dennoch nicht als schlechtere Europäerin als Kohl, erwiderte die Premierministerin schroff. In gewisser Weise war es der Kanzler selbst, der den Widerspruch der Eisernen Lady anstachelte, hatte er doch die Neigung seiner Kollegen torpediert, ihr finanziell weiter entgegenzukommen.⁴⁸

Trotz der herben Enttäuschung über den Ausgang der mit großer Härte geführten Verhandlungen warnte Kohl in der Öffentlichkeit vor einer Dramatisierung der Krise. Das »Debakel« habe viele Gründe gehabt, die »heilbar« seien.⁴⁹ Die Bundesregierung halte unbeirrt an dem eingeschlagenen Kurs fest, da sie wisse, was auf dem Spiel stehe. Erneut deutete er seine Neigung an, bei fortgesetzter Blockade notfalls mit den integrationsbereiten Staaten voranzugehen, um endlich auf dem Weg zur Politischen Union Fortschritte zu erzielen. Niemandem dürfe die Tür vor der Nase zugeschlagen werden; doch jeder, der durch das Tor hereinkomme, müsse dann auch wirklich mitmachen.⁵⁰ Die Unterstützung der SPD-Opposition war dem Kanzler gewiss. Alle politischen Kräfte müssten nun darauf gerichtet sein, die Krise zu überwinden und neue Fortschritte zur europäischen Einigung zu erreichen, beteuerte Hans-

47 Bericht Kohls zur Lage des geteilten Deutschland, 15.3.1984, in: DERS., *Reden 1982–1984* (wie Anm. 21), S. 344–364, hier S. 359.

48 Zitiert nach: P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 246 (Übersetzung U.L.); *Der Spiegel* (1984), Nr. 13, S. 134; Heinz STADELMANN, *Der Europäische Rat*, in: JBEI 1984, Bonn 1985, S. 33–41, hier S. 35–37.

49 Ansprache Kohls auf einer Regionalkonferenz der rheinland-pfälzischen CDU in Speyer, zitiert nach: *Allgemeine Zeitung Mainz*, 31.3.1984.

50 Regierungserklärung Kohls, 28.3.1984, BT, Sten. Ber. 10. WP, Bd. 127, S. 4229–4233; ACDP, Pressedokumentation, Interview Kohls im ZDF, 21.3.1984, Nachrichtenabteilung des PIB.

Jochen Vogel im Deutschen Bundestag.⁵¹ Auch Mitterrand gab gegenüber der Presse zu: »Ein Europa der Zehn ist wünschenswert, aber nicht unbedingt erhaltenswert.«⁵²

Kurz darauf konnte in den europäischen Kapitalen ein unüberhörbares Aufatmen vernommen werden. Ende März einigte sich der EG-Agrarministerrat auf eine Quotenregelung für die Milchproduktion, senkte die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1984/85 und vereinbarte auf der Basis vorheriger Absprachen zwischen Paris und Bonn einen Abbau des positiven deutschen Währungsausgleichs im Agrarsektor.⁵³ Der finanzielle Kollaps der Gemeinschaft war vorerst abgewendet, die Chance, dass das Stuttgarter Problempaket auf dem kommenden Ratsgipfel, zu dem Präsident Mitterrand ins Schloss von Fontainebleau lud, gelöst werden konnte, stieg. Doch ein in engen deutsch-französischen Konsultationen vorformulierter Beschluss drohte einmal mehr an nationalen Egoismen zu zerschellen. Thatcher, von Mitterrand als »klein-bürgerliche Ideologin« gescholten,⁵⁴ pochte auf die Aufrechterhaltung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen und erneuerte ihre Rückzahlungsforderungen. Kohl wiederum machte die Übernahme höherer finanzieller Lasten mit Rücksicht auf die harsche innenpolitische Kritik an den deutschen Zugeständnissen im EG-Agrarrat von strukturellen Reformmaßnahmen in der Landwirtschaftspolitik und der Billigung von Ausgleichsbeträgen an die deutschen Bauern aus dem Bundeshaushalt abhängig. Allem Anschein nach brachte ein Zwiesgespräch mit Mitterrand am Rande des Gipfels diesbezüglich eine Einigung, wobei Kohl offenbar im Gegenzug sein Plazet für die Ernennung von Jacques Delors zum nächsten Präsidenten der EG-Kommission gab.⁵⁵ »Wir wollen Ihnen helfen, aus Fontainebleau einen Erfolg zu machen«, flüsterte der Kanzler dann Roland Dumas zu, als er erfuhr, dass Thatcher ihn unter vier Augen zu sprechen wünsche.⁵⁶ Und er tat alles, um deren Widerstand gegen die deutsch-französische Kompromisslinie zu brechen. Nachdem das »britische Problem« dank pekuniärer Konzessionen der Partner bereinigt worden war, willigte die Premierministerin tatsächlich in die Einberufung zweier Ad-hoc-Ausschüsse zur Fortschreibung der »Stuttgarter Deklaration« ein. Beflügelt von dieser Verständigung, einigten sich die Staats- und Regierungschefs außerdem auf eine vorläufige Lösung des seit Jahren schwelenden Haushaltskonflikts und bekräftigten die Absicht, die Verhandlungen mit Spanien

51 Bundestagsrede Vogels, 28.3.1984, BT, Sten. Ber. 10. WP, Bd. 127, S. 4233–4237.

52 Zitiert nach: *Der Spiegel* (1984), Nr. 13, S. 135.

53 Vgl. E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 142–152.

54 Zitiert nach: P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND (wie Anm. 37), Bd. 1, S. 437 (Übersetzung U.L.).

55 Vgl. *Der Spiegel* (1984), Nr. 27, S. 99f.; E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 150–152.

56 Zitiert nach: P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 254 (Übersetzung U.L.).

und Portugal bald abzuschließen.⁵⁷ Das Tor zur »relance de l'Europe«⁵⁸ stand offen.

Nicht das Geschick supranationaler Akteure, sondern die Staatskunst der Kabinette zeichnete für den Erfolg von Fontainebleau verantwortlich. Diese Staatskunst ließ die Bundesregierung indes bald darauf in den intergouvernementalen Beratungen über die Zusammensetzung des Ausschusses für institutionelle Fragen arg vermissen. Anders als von Kohl gewünscht, wurde der Vorsitz des Gremiums nicht Alt-Bundespräsident Karl Carstens, sondern dem irischen Senator James Dooge übertragen, weil die reformzögerlichen EG-Staaten nur weisungsgebundene Vertreter entsenden wollten und die Entscheidung in die Zeit der irischen Ratspräsidentschaft fiel. Kohl testierte der heterogenen Mischung aus hohen Beamten und Politikern mangelnde »europäische Inspiration«;⁵⁹ ändern konnte er an der Bestallung aber nichts.

Die führende Rolle im »Dooge-Komitee«, das seit Ende September in engem Kontakt zur EG-Kommission wie zum Europäischen Parlament tagte,⁶⁰ übernahm Maurice Faure, ein alter Fahrensmann der IV. Französischen Republik und Mitunterzeichner der Römischen Verträge. Die Bundesregierung entsandte Staatssekretär Jürgen Ruhfus vom Auswärtigen Amt, dem es mit Hilfe der deutsch-französischen Entente gelang, erheblichen indirekten Einfluss auszuüben. Er agierte zunächst ambitiöser als andere Kollegen, ohne allerdings mit einem konkreten Zielbild deutscher Europapolitik anzutreten.

Zu den ersten Amtshandlungen des »Dooge-Komitees« gehörte die Ablehnung des vom Europäischen Parlament im Februar vorgelegten Entwurfs zur Schaffung einer Europäischen Union⁶¹ und die Annahme eines von Faure erstellten Papiers, das zu wesentlichen Teilen dem Schlussbericht entsprechen sollte. In den Beratungen über dieses französische Arbeitsdokument entwickelte sich rasch eine weitgehend mit gleicher Zielsetzung operierende Kern-

57 Vgl. Roland DUMAS, *Le Fil et la Pelote. Mémoires*, Paris 1996, S. 329–331; P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 251–255; H. STADELMANN (wie Anm. 48), S. 37–39; Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates zur Tagung vom 25./26.6.1984, in: JBEI 1984, S. 434–437.

58 Hubert VÉDRINE, *Les mondes de François Mitterrand. A l'Élysée 1981–1995*, Paris 1996, S. 275.

59 Bundestagsrede Kohls, 12.9.1984, *Bulletin PIB*, S. 917–928, hier S. 923.

60 Zu den Beratungen vgl. Jean DE RUYT, *L'Acte Unique Européen. Commentaire*, Brüssel 1987, S. 51–57; Patrick KEATINGE/Anna MURPHY, *The European Council's Ad Hoc Committee on Institutional Affairs (1984–1985)*, in: R. PRYCE (wie Anm. 8), S. 217–237, hier S. 220–229.

61 Entwurf des Europäischen Parlaments eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union, 14.2.1984, in: Walter LIPGENS (Hg.), *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984 Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments*, Bonn 1986, S. 711–736.

gruppe aus Deutschen, Franzosen und den Vertretern der Benelux-Staaten; ihnen gegenüber standen die Briten, die mehrfach mit dem Abbruch der Diskussionen drohten, und die Italiener, die sich durch das wiederholte Ins-Spiel-Bringen des Parlamentsentwurfs ins Abseits manövrierten.

Anfang Dezember übergab Dooge dem Europäischen Rat einen mit etlichen Einwänden einzelner Delegierter versehenen Zwischenrapport. Das Dokument empfahl die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Aushandlung eines Vertrags über eine Europäische Union, sah eine engere Verbindung zwischen EG und EPZ, die Schaffung eines Binnenmarktes und den Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) vor, räumte dem Europäischen Parlament ein Mitentscheidungsrecht im Gesetzgebungsverfahren ein und wollte das Abstimmungsverfahren des Rats generell auf qualifizierte Mehrheitsabstimmungen fixieren. Nach kurzer Kenntnisnahme des Berichts forderte der Rat das Komitee auf, seine Arbeit bis März mit einem Höchstmaß an Übereinstimmung abzuschließen.⁶² Die »Stunde der Wahrheit« sei gekommen, rief Kohl seinen europäischen Kollegen pathetisch zu; der »Bau der Vereinigten Staaten von Europa« werde beginnen.⁶³

Die Stunde der Wahrheit brach nun auch für die Bundesregierung an. Da sich der »Dooge-Ausschuss« zu einem regulären intergouvernementalen Verhandlungsforum mauserte, erkämpften sich die am innerdeutschen Entscheidungsprozess bisher nicht beteiligten Bundesministerien das Recht, über den Verlauf seiner Beratungen unterrichtet zu werden. Zwei Themen erwiesen sich in der intragouvernementalen Diskussion als besonders umstritten: die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments und die in den Vordergrund geratende Frage einer europäischen Währungsintegration. Hatte Ruhfus die Arbeit im »Dooge-Komitee« bisher aktiv mitgestaltet, musste er aufgrund neuer Weisungen nun mehrfach auf die Bremse treten. Denn die Bundesregierung wollte auf das Einstimmigkeitsprinzip nicht mehr vollständig verzichten und meldete erhebliche Bedenken gegenüber der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion an, da das Bundesfinanzministerium gemäß der von ihm vertretenen »Krönungstheorie« darauf bestand, dass eine solche Institution über eine allmähliche Annäherung der unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken, nicht aber über eine vorzeitige Einigung in der Währungspolitik erichtet werden müsse.⁶⁴

62 Zwischenbericht des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen, in: EA 40 (1985), S. 96–104; Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats zur Tagung vom 3./4.12.1984, in: JBEI 1984 (wie Anm. 48), S. 448–450, hier S. 449.

63 Regierungserklärung Kohls, 7.12.1984, BT, Sten. Ber. 10. WP, Bd. 130, S. 8146–8152, hier S. 8152.

64 Vgl. S. FRÖHLICH (wie Anm. 27), S. 226f.; E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 248f.; P. KEATINGE/A. MURPHY (wie Anm. 60), S. 227f.

Noch ehe das »Dooge-Komitee« Ende März 1985 seinen mit Vorbehalten gespickten Abschlussbericht vorgelegt hatte,⁶⁵ verständigten sich Kohl und Mitterrand darauf, dem nahenden Europäischen Rat in Mailand einen gemeinsamen Vertrag über eine Europäische Union zu präsentieren.⁶⁶ Überschattet von bilateralen Dissonanzen über das französische EUREKA-Konzept und die GATT-Verhandlungen, begannen dazu im April streng vertraulich die Beratungen. Geradezu ins Zwielicht geriet das Engagement der Bundesregierung, als sie Mitte Juni im EG-Agrarministerrat ein Veto gegen eine Senkung der Marktpreise für Getreide und Raps einlegte.⁶⁷ Dieser Alleingang der Deutschen und der zur selben Zeit lancierte Plan der Briten, die institutionelle Zusammenarbeit der Gemeinschaft ohne neues Abkommen fortzuschreiben, ließen den französischen Erwartungshorizont für den Mailänder EG-Gipfel dramatisch sinken. Mitterrands Interesse an der vom »Dooge-Komitee« angeregten internationalen Regierungskonferenz nahm rapide ab. Aus Sorge um den Erfolg der Ratstagung ging Kohl, der sein Augenmerk vor allem auf eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik gelegt hatte, auf die Pariser Reserven weit ein. Ende Juni gaben Kanzleramt und Elysée-Palast dem Vertragsentwurf, der Vorschläge zur schrittweisen Entwicklung einer europäischen Außenpolitik machte, eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik sowie im Rahmen der WEU in Aussicht nahm und die Verpflichtung zur Einrichtung eines Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union enthielt, den letzten Schliff. Um bei den übrigen EG-Staaten nicht den Anschein eines Diktats zu erwecken, zogen beide Regierungen unmittelbar vor der Konferenz die italienische Ratspräsidentschaft ins Vertrauen, boten ihr gar an, das Papier als eigenes Produkt auszugeben.⁶⁸ Dann aber zerstörte Kohl die Geheimhaltungsstrategie und gab die Existenz des Textes möglicherweise wegen heftiger Kritik Helmut Schmidts an der Haltung der Bundesregierung zur Währungsunion am 27. Juni im Bundestag bekannt.⁶⁹

Die Partner reagierten ausgesprochen frostig auf das ihnen tags darauf in der lombardischen Hauptstadt übergebene Schriftstück. Mitterrand, der Kohl intern vorwarf, den Überraschungscoup vereitelt zu haben, spielte das Konzept herunter; ja, er stellte zeitweise sogar – wie Thatcher – die Einberufung der Regierungskonferenz in Frage und schlug in einem zusätzlichen Memorandum vor, eine Aufweichung der Mehrheitsentscheidungen zunächst ohne vertragliche Änderungen zuzulassen. Nur mit Mühe gelang es dem Kanzler, den Prä-

65 Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen an den Europäischen Rat vom 29./30.3.1985, in: JBEI 1985, Berlin 1986, S. 404–417.

66 Jacques ATTALI, *Verbatim, Bd. 1, Chronique des années 1981–1986*, Paris 1993, S. 788.

67 Vgl. E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 155–164.

68 J. ATTALI (wie Anm. 66), S. 802, 809f., 814–821 u. 825–828.

69 Bundestagsrede Kohls, 27.6.1985, BT, Sten. Ber. 10. WP, Bd. 133, S. 11093–11100; Artikel Schmidts, in: *Handelsblatt*, 3.5.1985.

sidenten von einem völlig überraschenden Vorstoß, der Idee einer Übertragung operativer währungspolitischer Entscheidungskompetenzen auf die Europäische Union abzubringen.⁷⁰

In einer durch die Vorlage weiterer Reformpapiere⁷¹ komplizierten Lage gerieten die Delegationen am zweiten Sitzungstag durch immer neue Fassungen und Ergänzungen des deutsch-französischen Vertragskonzepts in die Sackgasse. Den Ausweg wies ihnen ein kurzfristig ausformuliertes Dokument Hans-Dietrich Genschers, das stakkatoartig folgende Zielsetzung formulierte: »Die Europäische Union beginnt; die Mitgliedstaaten werden über die Ausgestaltung einen Vertrag abschließen. Es wird eine Regierungskonferenz eingesetzt, die den Entwurf des Vertrages bis zum 31. Oktober 1985 erarbeitet. Er wird auf dem Europäischen Rat in Luxemburg beraten und beschlossen.« In bezug auf das strittige Entscheidungsverfahren der Gemeinschaft sah Genschers sog. »Badezimmerpapier« vor, zum System vor dem »Luxemburger Kompromiss« zurückzukehren, Mehrheitsbeschlüsse in Binnenmarktfragen zuzulassen und das Vetorecht abzuschaffen.⁷²

Zunächst schienen die Delegationen gegen die Eingebung des Bundesaußenministers immun. Die Briten blieben bei ihrem Nein zur Regierungskonferenz und vertrauten wie die Dänen oder die Griechen darauf, dass ohne ihre Einwilligung ein Beschluss nicht gefasst werden könne. Indem der gewiefte italienische Außenminister Andreotti dann aber erklärte, für die Einberufung einer solchen Konferenz sei die Einstimmigkeit nicht unbedingt erforderlich, öffnete er das Tor zu einer Mehrheitsentscheidung, ohne den Rat zu sprengen.⁷³

Oberflächlich betrachtet, entsprach der Mailänder Gipfel dem altbekannten Ritual der Europapolitik, Entscheidungen zu vertragen und immer neuen Gremien zu übertragen. De facto aber unterschied er sich von früheren Ratstagen in gravierender Weise, weil erstmals seit vielen Jahren eine entschlossene Führung zur Fortentwicklung der EG praktiziert worden war.

Anfang September nahm die in Mailand beschlossene Regierungskonferenz über die Ausarbeitung eines Europäischen Vertrages ihre Tätigkeit auf und tagte bis Dezember sechsmal. Beherrscht wurden ihre Verhandlungen vor dem

70 Entwurf des Vertrages der Regierungen von Frankreich und der Bundesrepublik über eine Europäische Union, 28./29.6.1985, in: EA 40 (1985), S. 449–451; Memorandum der französischen Regierung, 28./29.6.1985, Ebd. S. 444–449; P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND, (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 264–266; S. FRÖHLICH (wie Anm. 27), S. 228f.

71 Arbeitspapier der britischen Regierung zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit, 28./29.6.1985, in: EA 40 (1985), S. 441–444.

72 Zitiert nach: E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 257; H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 373.

73 Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates, 28./29.6.1985, in: JBEI 1985, S. 425–429; E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 258.

Hintergrund erheblicher Einflüsterungsbemühungen von nationaler wie transnationaler Seite von einer Fülle sehr präziser Empfehlungen der EG-Kommission. Die Bundesrepublik gab ihre lange wahrgenommene Antreiberrolle auf und ruderte insbesondere in den Beratungen über die Vollendung des Binnenmarktes und die Währungsintegration zurück. Indem sie sich implizit auf die Seite der Briten schlug und deren Widerstand unterstützte, deutete sich ein europapolitisches ›renversements des alliances‹ an.⁷⁴ Irritiert über den von ihm so wahrgenommenen Kohlschen ›Frontwechsel‹, wühlte Mitterrand Briten und Deutsche im Schlepptau der Amerikaner und warf der Bundesrepublik vor, sie wolle die EG in »eine DM-Zone« umwandeln.⁷⁵

Die Entscheidung oblag schließlich den Staats- und Regierungschefs, die Anfang Dezember 1985 in Luxemburg über das Ergebnis der Regierungskonferenz – die »Einheitliche Europäische Akte« – zu befinden hatten. Für die Deutschen erwiesen sich zwei Materien als besonders heikel: die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die nationalen Schutzstandards. Kohl musste sorgsam darauf achten, Mitterrand nicht zu verprellen, durfte aber gleichzeitig die Vorbehalte des Bundesfinanzministeriums und der Bundesbank nicht übergehen. Nach achtundzwanzig Stunden zäher Verhandlungen gelang den Delegationen der Durchbruch. Sie stimmten – und das war für den Kanzler entscheidend – einem deutschen Vorschlag zu, der eine formale währungspolitische Kompetenz der Gemeinschaft verhinderte und die weitere Debatte einer neuerlichen Regierungskonferenz übertrug. Zugleich nahm sie auf deutsches Drängen eine Klausel über die Absicherung der Schutzstandards in den Europavertrag auf.⁷⁶

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte, deren abschließende Textredaktion die EG-Außenminister auf einer Sondersitzung am 16./17. Dezember erledigten, wurde nicht der Anfang der 1970er Jahre beschrittene Weg der Schaffung neuer Organisationsformen fortgesetzt, sondern der Versuch unternommen, die bestehenden Institutionen (EG, EPZ, Europäischer Rat) unter einem rechtlichen Dach zu bündeln. Im Mittelpunkt des Vertragswerkes standen die schrittweise Verwirklichung des Binnenmarktes bis zum 31.12.1992 und die

74 Vgl. Richard CORBETT, *The 1985 Intergovernmental Conference and the Single European Act*, in: R. PRYCE (wie Anm. 8), S. 238–272; E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 263–266; J. DE RUYT (wie Anm. 60), S. 69–77.

75 Zitiert nach: P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 268 (Übersetzung U.L.).

76 Schlussfolgerungen der Ratspräsidenten zur EG-Regierungskonferenz, 2./3.12.1985, in: EA 41 (1986), S. 157; P. FAVIER/M. MARTIN-ROLAND, (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 268f.; J. DE RUYT (wie Anm. 60), S. 77–81 u. 85–87; E. GADDUM (wie Anm. 27), S. 266–269 u. 295–301; Rudolf HRBEK/Thomas LÄUFER, *Die Einheitliche Europäische Akte. Das Luxemburger Reformpaket: eine neue Etappe im Integrationsprozess*, in: EA 41 (1986), S. 173–184.

Einführung eines neuen Beschlussverfahrens, das qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Rat vorsah, die Stellung des Europäischen Parlaments stärkte, jedoch zugleich eine Reihe von Ausnahmen formulierte, bei denen Einstimmigkeit gefordert wurde. Ohne schon die Schwelle zu einer Gemeinschaftspolitik zu überschreiten, wurde überdies der EWG-Vertrag um ein Kapitel über die Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik ergänzt, das erstmals den Begriff der Wirtschafts- und Währungsunion verankerte und eine Methode zu ihrer Bildung festlegte.⁷⁷

Das Tor zur europäischen Einigung sei weit aufgestoßen, triumphierte Helmut Kohl nach Beendigung der Luxemburger Beratungen im Deutschen Bundestag.⁷⁸ »Der Untergang des Abendlandes findet nicht statt. Das spukt in den Köpfen irgendwelcher Pseudointellektueller herum, die dabei mit diesen maroden Thesen viel Geld verdienen.«⁷⁹ Der Kanzler gestand freilich ein, dass ihn der Vertrag nicht vollständig zufrieden stellte. Statt eines weitreichenden und tragfähigen Gesamtkonzepts war eine pragmatische Fortschreibung bestehender Verfahren und Strukturen vereinbart, die Politik der kleinen Schritte abermals fortgesetzt, ein wirklich qualitativer Sprung in Richtung auf die Europäische Union nicht gewagt worden. Grund zur Trauer sah Kohl deshalb nicht; denn der Zusammenschluss des über Jahrhunderte zersplitterten Kontinents konnte eben nur Schritt für Schritt erfolgen.⁸⁰ In seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des Kanzlers bekannte Helmut Schmidt für die Opposition, er sei mit vielem, was der Regierungschef vorgetragen habe, durchaus einverstanden; in einigen wichtigen Punkten aber sei Kritik angebracht. Schmidt unterstrich die Notwendigkeit des Ausbaus des EWS und äußerte deutliche Skepsis gegenüber der Absicht, einen neuen Europavertrag zu verabschieden.⁸¹

Nach der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte durch die zwischenzeitlich auf zwölf Mitglieder angewachsene EG im Februar 1986⁸² begann in Bonn die Stunde der Legislative. Die Regierung war laut Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes zum EWG-Vertrag von 1957 verpflichtet, Bundestag und Bundesrat über ihre Europapolitik zu unterrichten. Um eine möglichst

77 Einheitliche Europäische Akte, Februar 1986, in: JBEI 1985, S. 431–452.

78 Regierungserklärung Helmut Kohls, 5.12.1985, BT, Sten. Ber. 10. WP, Bd. 135, S. 13763–13768.

79 ACDP, Pressedokumentation, Interview mit dem spanischen Fernsehen, 27.12.1985, PIB-Pressemitteilung Nr. 577/85.

80 ACDP, Pressedokumentation, Ansprache Kohls bei einem Treffen von Gemeinden mit dem Namen St. Martin, 17.5.1986, PIB-Pressemitteilung Nr. 210/86; Rede Kohls auf der EDU-Parlamentarier-Konferenz, 23.5.1986, Ebd., CDU-Pressemitteilung.

81 Bundestagsrede Schmidts, 5.12.1985, BT, Sten. Ber. 10. WP, Bd. 135, S. 13768–13778.

82 Vgl. R. CORBETT (wie Anm. 74), S. 265–267; Wolfgang WESSELS, *Die Einheitliche Europäische Akte – Zementierung des Status quo oder Einstieg in die europäische Union?*, in: *Integration* (1986), S. 65–79.

breite Unterstützung zu erreichen, hielt sie es für sinnvoll, beide Organe in den Ratifizierungsprozess einzubinden. Die Zustimmung des Bundestags konnte als sicher gelten, da er den Kurs des Kabinetts seit Jahren wohlwollend begleitet hatte. Die Länder hingegen, die bisher in das Entscheidungsverfahren nicht einbezogen worden waren, reagierten ausgesprochen kritisch, weil die Verlagerung nationaler Kompetenzen auf die Gemeinschaftsebene ein grundsätzliches Problemfeld deutscher Integrationspolitik neu aufblud: die Konsequenzen der Vergemeinschaftung für den deutschen Föderalismus.⁸³ Als Speerspitze agierte die bayerische Staatsregierung unter Franz Josef Strauß.⁸⁴ Edmund Stoiber, Leiter der Staatskanzlei, brandmarkte die Akte als »kurzzeitiges Machwerk« und »Gemisch geschwätziger Unverbindlichkeiten«, das die deutschen Länder zu »ferngesteuerten Provinzen« der Brüsseler Technokraten herabstufte.⁸⁵ Im Ton weniger polemisch, in der Sache aber ebenso hart, forderte der Bundesrat Ende Februar 1986 per Entschließung die Stärkung seiner europapolitischen Mitwirkungsbefugnisse; Mitte Mai verlangte er eine Ergänzung des vom Kabinett beschlossenen Entwurfs zum Ratifikationsgesetz nach seinem Gusto.⁸⁶

Die Bundesregierung hielt die Kritik der Länder für überzogen – und ließ sich mit ihrer Antwort viel Zeit. In einer im November vorgelegten Replik akzeptierte sie das Ersuchen des Bundesrates, seine Mitwirkungskompetenz rechtlich zu fixieren; sie war aber nicht bereit, ihre Handlungsautonomie in den EG-Gremien zu beschneiden. Im Gesetz zur Einheitlichen Europäischen Akte räumte sie der Legislative die Möglichkeit zur Darlegung ihrer Standpunkte ein; eine Weisungsbefugnis gestattete sie ihr nicht.⁸⁷ Auf dieser Grundlage billigte der Bundestag die Akte am 4. Dezember. Wenngleich Koalition und Opposition einvernehmlich votierten, waren die Parteien in der Einschätzung des Erreichten weit auseinander. Während die Union die EEA als »bedeutendsten Schritt zur Europäischen Union seit dem Abschluss der Römi-

83 Vgl. Eberhard GRABITZ, *Die deutschen Länder in der EG-Politik: verfassungsrechtliche Grundlagen*, in: Rudolf HRBEK/Uwe THAYSEN (Hg.), *Die Deutschen Länder und die Europäischen Gemeinschaften*, Baden-Baden 1986, S. 169–180; Rudolf HRBEK, *Doppelte Politikverflechtung: Deutscher Föderalismus und Europäische Integration. Die Deutschen Länder im EG-Entscheidungsprozess*, EBD. S. 17–36, hier S. 24–36; Gebhard ZILLER, *Die EG-politische Mitwirkung des Bundesrates*, EBD. S. 89–103.

84 Antrag der Bayerischen Staatsregierung für eine Entschließung des Bundesrates, 23.1.1986, EBD. S. 257f.

85 Zitiert nach: *Bayern-Kurier*, 17.5.1986.

86 Entschließung des Bundesrates, 21.2.1986, in: R. HRBEK/U. THAYSEN (wie Anm. 83), S. 259–261; Entschließung des Bundesrates, 16.5.1985, EBD. S. 276–282; Günther EINERT, *EG-Entwicklung unter Ländervorbehalt*, EBD. S. 41–49, hier S. 46–48.

87 Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates, 2.11.1986, EBD. S. 290–294; das Gesetz zur EEA, 19.12.1986, in: JBEI 1986/87, Bonn 1987, S. 425.

schen Verträge«⁸⁸ feierte, bezeichnete die SPD sie als »unterste Grenze des Akzeptablen«. Da ein Nein zu dem Vertrag für die Sozialdemokraten nicht in Frage kam, stimmten sie dem Ratifikationsgesetz zu, verlangten aber »unverzüglich einen neuen und drängenden Anlauf« zur europäischen Einigung.⁸⁹ Am 1. Juli 1987 trat das Abkommen in Kraft.

Nicht wenige Forscher haben die Ursprünge der Einheitlichen Europäischen Akte der Weisheit der EG-Kommission und ihres Präsidenten Jacques Delors sowie multinationaler Geschäftsleute zugewiesen. Gibt es auch keinen Grund, dieses Urteil vollends zurückzuweisen, kann doch kein Zweifel daran bestehen, dass über weite Strecken nicht die supra- und transnationalen, sondern die nationalen Handlungsträger im Mittelpunkt des Geschehens standen.⁹⁰ Einen entscheidenden Anteil am letztlich errungenen Ergebnis besaß die Bundesregierung unter der Leitung Helmut Kohls, was sich auch in der Ähnlichkeit zwischen der Genscher-Colombo-Initiative und der EEA manifestiert. Bonn war maßgeblich an der Formulierung der »Stuttgarter Erklärung« und, in Kooperation mit Paris, an der Bildung des institutionellen Ausschusses beteiligt; es hatte auf die Annahme des »Dooge-Berichts« gedrängt und die Einberufung der Regierungskonferenz unterstützt. Je detaillierter der Dooge-Ausschuss aber verhandelte, desto defensiver agierte die Bundesregierung, weil die Fachressorts die von Kanzleramt und Auswärtigem Amt formulierte Position nur bedingt mittragen mochten.

Fügt man diesem folglich zwiespältigen Befund noch das hier nicht näher beschriebene, ebenfalls ambivalente Bild über die übrigen Bereiche der Kohlschen Europapolitik in der ersten Hälfte der 1980er Jahren hinzu, fällt es schwer, ihr jene »durchgehende Gradlinigkeit« zuzugestehen, die Hans-Peter Schwarz jüngst testiert hat. Besaß Helmut Kohl, der zweite Ehrenbürger Europas, tatsächlich schon damals den Ehrgeiz, »dass man sich seiner einst nicht bloß als des Gründungskanzlers des mit viel Glück wieder vereinten Deutschlands erinnere, sondern zugleich als des Gründungsvaters eines wahrhaft vereinten Europas«?⁹¹

88 Bundestagsrede von Schwarz, 4.12.1986, BT, Sten. Ber. 10. WP, Bd. 140, S. 19717f., hier S. 19717.

89 Bundestagsrede Vogels, 4.12.1986, Ebd. S. 19718–19721, hier S. 19720f. Zwei Wochen später erfolgte die Zustimmung durch den Bundesrat (Beschluss des Bundesrates, 19.12.1986, in: JBEI 1986/87, S. 423f.)

90 Vgl. George ROSS, *Jacques Delors and European Integration*, New York 1995, S. 3 u. 12; A. MORAVCSIK (wie Anm. 4), S. 369–378; Thomas PEDERSEN, *Germany, France and the Integration of Europe. A realist interpretation*, London - New York 1998, S. 119, Anm. 110.

91 Hans-Peter SCHWARZ, »Die Ära Kohl«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.10.2002, S. 6.

Deutsch-französische Europapolitik in der Phase der Wiedervereinigung

Von Hanns Jürgen Küsters

Die Funktionstüchtigkeit der deutsch-französischen Achse gab auch in der Ära Kohl oftmals ein ambivalentes Erscheinungsbild ab. Doch an der Bedeutung der europapolitischen Zusammenarbeit mit Paris ließ Bundeskanzler Kohl in der Phase der Wiedervereinigung keinen Zweifel aufkommen. Allerdings stand das Stimmungsbarometer schon seit geraumer Zeit keineswegs auf hoch. In den entscheidenden Monaten vom Frühjahr 1989 bis zum Herbst 1990 wurde das bilaterale Verhältnis von drei Fragen dominiert: Erstens, kommt die Entscheidung über die Einsetzung einer Regierungskonferenz zum Übergang in die zweite Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zustande? Zweitens, gelingt es der Bundesregierung, mit dieser Entscheidung Verhandlungen über die institutionelle Reform der EG und die Politische Union zu verknüpfen? Und drittens, wie lässt sich die Vertiefung der europäischen Integration mit dem Wiedervereinigungsprozess in Einklang bringen. Über allem schwebte ab Februar 1990 der deutsch-französische Streit um die Frage des Zeitpunktes der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze des wiedervereinigten Deutschland. Umreißen wir zunächst die Ausgangslage, wenden uns dann den Interessenpositionen zu, um anschließend Divergenzen und Kompromisse aufzuzeigen.

Implementierung

Als sich der Europäische Rat im Februar 1988 auf dem Sondergipfel in Brüssel über die Reform des Finanzsystems, der gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturfonds einigte und die Wirtschaftsintegration mit Einführung des Binnenmarktkonzeptes allmählich reaktivierte, wurde dieser Erfolg maßgeblich der deutschen Präsidentschaft zugeschrieben. Mit großer Energie und geschickter Diplomatie hatte der Vorsitzende Kohl die Europäische Gemeinschaft vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Die Beschlüsse wurden weithin als »Befreiungsschlag« empfunden, mit denen die seit vier Jahren andauernde schwere Finanz- und Verteilungskrise ihre Ende fand und die fast bis zur Bewegungsunfähigkeit erstarrte Gemeinschaft wieder eine Zukunftsperspektive erhielt. Wenige Monate nach Verabschiedung dieses so genannten Delors-I-Paktes setzte der Europäische Rat auf seiner Tagung im Juni 1988 in Hannover einen Ausschuss unter dem Vorsitz von EG-Kommissionspräsi-

dent Jacques Delors ein, um die Mittel und Wege zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion konkretisieren zu lassen und damit die Diskussionen um die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung einzuleiten.¹ Als Delors am 17. April 1989 seinen Bericht zum Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion vorlegte,² über den der Europäische Rat im Juni in Madrid Beschluss fassen sollte, stockte das deutsch-französische Tandem an allen Ecken. Mitterrand war über die Deutschen und die Entwicklung des bilateralen Verhältnisses ziemlich verärgert. Das betraf insbesondere das Vorgehen Bonns bei der Zinserhöhung durch die Bundesbank am Tage der deutsch-französischen Konsultationen, die ohne Vorwarnung erfolgte. Je mehr die deutschen Wirtschaftsdaten steigende Tendenz anzeigten, desto größer war das Interesse in Paris, durch Zusammenarbeit im industriellen Bereich – hauptsächlich bei Zukunftstechnologien wie Telekommunikation und Flugzeugbau – nicht den Anschluss zu verlieren. Angesichts des bevorstehenden Besuchs von Gorbatschow Mitte Juni in Bonn kamen Befürchtungen hinzu, Deutschland könnte sich auf die Dauer verstärkt nach Osteuropa orientieren. Die Bereitschaft des Kanzlers zur finanziellen Unterstützung der Reformpolitik in Polen teilte Mitterrand nur halbherzig. Letztlich stand dahinter die Sorge, durch Bushs Parole »partner in leadership« animiert, beabsichtige die Bundesregierung eine eigenständigere Rolle in der europäischen Politik zu spielen.³

Vor Beginn der französischen EG-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1989 brauchte der Elysée-Palast einen möglichst engen Schulterschluss mit Bonn. Mitterrand wollte die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Prüfung der Vorschläge Delors' und zur anschließenden Ausarbeitung der Rechtstexte bereits auf dem Madrider Gipfel vorziehen und den Erfolg als krönenden Abschluss unter seiner Präsidentschaft sicherstellen. Einig waren sich Bonn und Paris darüber, die Sachdebatte und Verfahrenseinleitung im Juni zu betreiben und den Dreistufenplan des Delors-Berichts unbedingt einzuhalten, weil man sonst nicht über die erste unverbindliche Stufe hinauskäme. Uneinigkeit herrschte hinsichtlich der Taktik gegenüber Frau Thatcher. Die französische Regierung rechnete mit hartem Widerstand der eisernen Lady und schloss eine

1 Vgl. Hans TIETMEYER, *Währungsstabilität für Europa*, Baden-Baden 1996; Gerhard STOLTENBERG, *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947–1990*, Berlin 1999, S. 329.

2 Zu der umstrittenen Frage, ob Kohl oder Bundesaußenminister Genscher in der Implementierungsphase der Einsetzung des Delors-Ausschusses zur Erarbeitung eines neuen Plans für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion im ersten Halbjahr 1988 die entscheidende Rolle spielte, vgl. Roland VAUBEL, *Geschichtsforschungen zu dem Buch von Kenneth Dyson und Kevin Featherstone, »The Road to Maastricht«*, in: *Kredit und Kapital*, Heft 3 (2002), S. 460–470.

3 James A. BAKER, III, mit Thomas M. DEFRANK, *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace 1989–1992*, New York 1995, S. 159.

elf-zu-eins-Konstellation in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten nicht aus. Die Bundesregierung wollte den Bogen nicht überspannen und den Briten zumindest Gelegenheit geben, noch auf den fahrenden Zug aufzuspringen und sich an der Wirtschafts- und Währungsunion zu beteiligen.

Mitterrands Forderung, gemeinsam mit Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 zu Ergebnissen in der Frage der Wirtschafts- und Währungsunion zu kommen,⁴ scheiterte am Widerstand Thatchers, die jede zeitliche Limitierung ablehnte. Mitterrand reichte eine Verständigung über den zeitlichen Ablauf. Die Festlegung eines konkreten Termins brauche nicht zu erfolgen, deutete er gegenüber dem Kanzler an. Beiden war wichtig, an dem Gesamtprozess festzuhalten. Mit der ersten Stufe am 1. Juli 1990 zu beginnen ohne Engagement für den Übergang zur zweiten und dritten Stufe, schien Mitterrand sinnlos. So erreichte er nicht sein eigentliches Ziel: die Deutsche Mark in eine europäische Währung einzubinden.

Schließlich verständigte sich der Europäische Rat darauf, mit Vorarbeiten für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Festlegung der anschließenden Stufen sofort zu beginnen, vermied jedoch die Fixierung eines Datums. Die Konferenz sollte zusammentreten, sobald die erste Stufe begonnen habe. In Aussicht genommen war, im Zusammenhang mit der geplanten Regierungskonferenz über eine mögliche Änderung der Römischen Verträge zu verhandeln, die zur Schaffung der einheitlichen Währung und der notwendigen Organe und Strukturen erforderlich wäre.⁵ Damit eröffnete sich die Möglichkeit zu Diskussionen über institutionelle Reformen. Für den Kanzler war zunächst ausschlaggebend, dass die Arbeiten an der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage der in der Bundesrepublik »bewährten geld- und währungspolitischen Strukturen erfolgen« sollten. Die Bundesbank würde Vorbild für die Errichtung einer unabhängigen, der Geldwertstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank sein, verkündete er stolz.⁶

Weitere Ursachen für die andauernde schlechte deutsch-französische Stimmung waren ausbleibende Erfolge bei der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Stichwort: Aufbau einer deutsch-französischen Brigade – und der nuklearpolitischen Zusammenarbeit. Nach dem deutsch-französischen Gipfel vom April 1989 fortgesetzte Verhandlungen zur weiteren Konkretisierung der Zusage Mitterrands, vor einem Einsatz französischer prästrategischer Nuklearwaffen den Kanzler zu konsultieren, waren bislang ergebnislos verlau-

4 Jacques ATTALI, *Verbatim III: 1988–1991*, Paris 1995, S. 269f.

5 Europäischer Rat in Madrid, Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG am 26./27. Juni 1989, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin* hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung [*Bulletin PIB*], Nr. 69, 30. Juni 1989, S. 605–612.

6 Erklärung Kohls zur Sitzung des Europäischen Rates in Madrid, 28. Juni 1989, Ebd. S. 612.

fen. Dementsprechend enttäuscht zeigte sich das Bundeskanzleramt über die ausgebliebenen Fortschritte. Der Grund lag hauptsächlich in den Auffassungsunterschieden beider Seiten über die Rolle der Generalstabschefs und Meinungsverschiedenheiten, ob die Vorverlegung französischer prästrategischer Waffen auf deutschem Boden nur nach vorheriger Zustimmung der Bundesregierung erfolgen solle, wie die Deutschen forderten, oder lediglich aufgrund faktisch unverbindlicher Konsultation, wie die Franzosen meinten.⁷ Zu alledem waren gemeinsame Bemühungen um eine Steuerharmonisierung und andauernde Schwierigkeiten auf dem Weg zur Fusionskontrolle im EG-Rahmen vorläufig gescheitert. Die damalige Stärke der D-Mark erzeugte obendrein einen heftigen Aufwertungsdruck, der in Frankreich den Ruf nach einer expansionistischeren Finanzpolitik laut werden ließ. Jede Aufwertung der D-Mark, so beschwor Ministerpräsident Rocard den Kanzler, werde als Abwertung des Franc angesehen, selbst wenn die Parität des Franc im Verhältnis zu den anderen Währungen des Europäischen Währungssystems unverändert bliebe. Der Kanzler suchte gegenüber Mitterrand die in Paris umlaufenden Gerüchte herunterzuspielen. Denn die Unsicherheit, wie es mit der deutschen Frage weitergehe, schürte vor allem im Quai d'Orsay Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Beteuerungen Kohls zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.⁸

Interessenlage

Was intendierte Mitterrand, und was wollte Kohl erreichen? Das Bundeskanzleramt erhoffte sich von dem bevorstehenden 54. deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 in Bonn und dem Straßburger EG-Gipfel im Dezember ein klares Signal eines engen bilateralen Zusammenhalts in allen Kernfragen der Europapolitik. Das schloss sowohl das Engagement für die Vertiefung des Integrationsprozesses als auch die koordinierte Hilfe für Osteuropa ein. Kohl wollte Mitterrand mit ins Boot holen. Im Oktober ließ der Kanzler Mitterrand durch Bitterlich mitteilen, der Straßburger Ratgipfel könne den Beginn der Regierungskonferenz für das zweite Halbjahr 1990 ankündigen, die Ratifizierung der Abkommen solle bis 1992 erfolgen. Dabei wies er auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Europäischen Zentralbank hin.⁹ Darüber aber wollte die französische Regierung tunlichst nicht sprechen, weil die Unabhängigkeit der Nationalbank für sie ein Anathema war. Mitterrand erkannte in der Wirtschafts- und Währungsunion die einmalige Chance, Deut-

7 Note Hartmann an Kohl betreffend Gesprächsführungsvorschlag für Treffen am 24. Oktober 1989 in Paris, 20. Oktober 1989; Bundeskanzleramt, Registratur (BK), 211-30104 F 2 Fr 24, Paris 24. Okt. 1989.

8 Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 662.

9 J. ATTALI (wie Anm. 4), S. 321.

sche Mark und französischen Franc in einen festen Wechselkurs zu bringen und die Entwicklung der französischen Wirtschaft an die der deutschen Wirtschaft zu ketten. Ihm kam es darauf an, möglichst schnell die Bundesregierung zur Aufgabe ihrer starken Währung zugunsten einer gemeinsamen europäischen Währung zu veranlassen.¹⁰

Welche Absprachen Kohl und Mitterrand bei ihrem abendlichen Treffen am 24. Oktober 1989 im Hinblick auf den Straßburger Gipfel trafen, liegt noch weitgehend im Dunkeln. Fest steht jedoch: Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion bedeutete für den Kanzler keineswegs das Endziel der Integration. Die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion sollten an die Einberufung einer Regierungskonferenz über institutionelle Reformen der EG mit dem Ziel einer Politischen Union gekoppelt und somit die reservierte Haltung des französischen Präsidenten aufgebrochen werden. Schon Ende Mai 1989 hatte der Kanzler Bush¹¹ prophezeit, nach 1992 werde es »die eigentlich große Diskussion geben, ob man bei der wirtschaftlichen Integration stehen bleiben solle oder im Sinn der Römischen Verträge zur staatlichen Integration weitergehen wolle«.¹²

Kohl suchte den Einstieg in die Diskussion um die Politische Union. Frühestens Ende 1990 sollte eine Regierungskonferenz einberufen werden, die sich mit der institutionellen Weiterentwicklung, vor allem den Rechten des Europäischen Parlaments, befassen würde.¹³ Mehrere Konferenzen und Ratifizierungsverfahren einzuleiten hatte wenig Sinn, wurde aber im Kanzleramt nicht prinzipiell ausgeschlossen.¹⁴

Bei den deutsch-französischen Konsultationen Anfang November pochte der Kanzler darauf, dass der Straßburger Gipfel eine erste Aussprache über die Finalität der Gemeinschaft führen müsse. Zum einen konnten die nächsten Europa-Wahlen 1994 seiner Auffassung nach nicht abgehalten werden, ohne dem Europäischen Parlament mehr Kompetenzen zu übertragen. Zum anderen

10 Joachim BITTERLICH, *Frankreichs (und Europas) Weg nach Maastricht im Jahr der Deutschen Einheit*, in: Werner ROUGET, *Schwierige Nachbarschaft am Rhein. Frankreich–Deutschland*, hg. von Joachim BITTERLICH/Ernst WEISENFELD, Bonn 1998, S. 112–123, hier S. 115; Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 61.

11 Zu dessen Rolle im Wiedervereinigungsprozess aufgrund ausgewerteter Akten der Bush-Administration vgl. Michael COX/Steven HURST, »His Finest Hour?« *George Bush and the Diplomacy of German Unification*, in: *Diplomacy and Statescraft*, Bd. 12 (2002) 4, S. 123–150.

12 Aufzeichnung Gespräch Kohl–Bush, 30. Mai 1989, in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs), bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS/Daniel HOFMANN, München 1998, S. 271–276, hier S. 275.

13 J. BITTERLICH (wie Anm. 10), S. 114f.

14 Vorlage Hartmann an Kohl, Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten am 24. Oktober 1989 in Paris, Gesprächsführungsvorschlag, 20. Oktober 1989; BK, 211-30104 F 2 Fr 24, Paris 24. Okt. 1989.

brauchte der Kanzler den Einstieg in die Diskussionen um institutionelle Reformen zur Ruhigstellung innenpolitischer Kritiker der Wirtschafts- und Währungsunion, die einen Stabilitätsverfall befürchteten.¹⁵ Die französische Regierung zeigte aber so gut wie kein Interesse an einer politisch-institutionellen Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften und noch weniger an der Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments.¹⁶

Der Fall der Mauer engte fortan den Handlungsspielraum des Kanzlers ein. Er musste den Staats- und Regierungschefs der EG die Vereinbarkeit der Veränderungen im innerdeutschen Verhältnis und eine vertiefte Integration plausibel machen. Die Überwindung der Teilung Deutschlands sollte mit der Überwindung der Teilung Europas im Rahmen einer stabilen Friedensordnung einhergehen.¹⁷ Dazu galt es, die drei Ziele, europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Politische Union und Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa, in Einklang zu bringen. Hinsichtlich der Vereinbarkeit von deutscher Frage und europäischer Integration gab es für Kohl kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch – sowohl das Streben der Deutschen nach der Einheit als auch ihre Integration in die EG.¹⁸

Wollte Kohl Zweifel an der westlichen Bündnistreue der Deutschen im Vorhinein ausschalten, kam es nun mehr denn je darauf an, Mitterrand nachzuweisen, dass die Bundesregierung den europäischen Integrationsprozess nicht aus den Augen verliere. Den Präsidenten dagegen plagten erhebliche Zweifel und Ängste, ob ein wiedervereintes Deutschland Mitglied der westeuropäischen Gemeinschaft bleiben würde.¹⁹

Dissens

Der Briefwechsel des Kanzlers mit Mitterrand Anfang Dezember ließ den eigentlichen deutsch-französischen Dissens erkennen. In seinem Schreiben an Mitterrand am 27. November²⁰ versuchte Kohl, mit der geplanten Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion die Diskussion über die politische Finalität des europäischen Einigungsprozesses, insbesondere der Verankerung demokratischer Rechte zur Stärkung des Europäischen Parlaments, weiter voranzutreiben. Letztlich ging es um den Einstieg in echte Verhandlungen über die Politische Union. Für den Erfolg, den der französische

15 54. Deutsch-französische Konsultationen in Bonn, 2./3. November 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 470–476, hier S. 472f.

16 Vorlage Bitterlich an Kohl, 2./3. Dezember 1989, EBD. S. 596–598, hier S. 597.

17 Vorlage Teltschik (Bitterlich) an Kohl, 17. November 1989, EBD. S. 541–546.

18 Aufzeichnung Gespräch Kohl–Delors in Bonn, 5. Oktober 1989, EBD. S. 443–447.

19 H.-D. GENSCHER (wie Anm. 8), S. 678.

20 Schreiben Kohl an Mitterrand, 27. November 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 565f.; H. TELTSCHIK (wie Anm. 10), S. 54.

Präsident als amtierender Vorsitzender des Europäischen Rates in Straßburg mit dem Beschluss über die Einberufung einer Regierungskonferenz über die weiteren Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion einheimen würde, wollte der Kanzler dessen Zustimmung zu einer parallelen Regierungskonferenz über institutionelle Reformen der EG einkaufen. Der beigefügte Entwurf eines Arbeitskalenders für das weitere Vorgehen bis 1993²¹ sah die Entscheidung über die Einsetzung der Regierungskonferenz Mitte Dezember 1990 vor, deren erster Teil mit Arbeiten zur Wirtschafts- und Währungsunion Anfang 1991 beginnen sollte. Punkt 4 enthielt zudem den Vorschlag, für einen zweiten Teil der Regierungskonferenz einen Auftrag »für die weiteren institutionellen Reformvorhaben« durch den Europäischen Rat »bis Dezember 1991« zu verabschieden. Beide Teile der Regierungskonferenz sollten ihre Arbeiten im Jahre 1992 abschließen. Der Europäische Rat könnte dann »im Juni 1992 oder spätestens im Dezember 1992« die Vollendung des Binnenmarktes und die notwendigen »institutionellen Vorkehrungen« beschließen. Die folgende Ratifizierung der Verträge durch die nationalen Parlamente könnte damit vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai/Juni 1994 abgeschlossen sein und ihnen neue Schubkraft verleihen.

Diesem Zeitplan lag ein ausgetüfteltes Timing zugrunde. Das Bundeskanzleramt rechnete damit, einem möglichen französischen Druck nichts entgegensetzen zu können, wenn sich Paris den zeitlichen Vorstellungen des Abschlusses der Regierungskonferenz im Laufe des Jahres 1991 unter luxemburgischer oder niederländischer Präsidentschaft anschlosse. Doch würde sich eine Verzögerung bei der Ratifizierung ab Anfang 1993 für die Franzosen kontraproduktiv auswirken. Dann stünde die Entscheidung über den Übergang in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion bevor und bedürfte der Einwilligung der Bundesregierung.

Dem deutschen Junktum lagen im Wesentlichen drei Motive zugrunde: Zum einen wollte das Bundeskanzleramt der Wirtschafts- und Währungsunion nur zustimmen, wenn gleichzeitig Klarheit über die institutionellen Voraussetzungen bestünden, sprich: die Errichtung einer von den Regierungen der Mitgliedstaaten unabhängigen Europäischen Zentralbank. Zum anderen knüpfte es daran die Erwartung, den Einstieg in eine substantielle Diskussion über die politische Gestalt der Europäischen Gemeinschaften zu erreichen.²²

Kohl legte Mitterrand deshalb nahe, in Straßburg eine erste informelle Aussprache über die institutionellen Konsequenzen zu führen. Doch gingen die Meinungen darüber zwischen Kanzleramt und Elysée-Palast auseinander. Mitterrand zielte auf eine definitive Entscheidung beim Straßburger Gipfel, dass

21 EG-Gipfel-Konferenz am 8. und 9. Dezember 1989. Arbeitskalender für das weitere Vorgehen bis 1993, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 566f.

22 Aufzeichnung Gespräch Kohl-Delors in Bonn, 5. Oktober 1989, EBD. S. 443–447.

die Regierungskonferenz zur Vorbereitung der zweiten und dritten Stufe im Oktober 1990 unter italienischem Vorsitz ihre Arbeit aufnehmen und damit die Beschlüsse von Madrid konkretisieren würde.²³ In dem Vorschlag, institutionelle Reformen in Angriff zu nehmen, vermutete Mitterrand mehr ein Ablenkungsmanöver und eine Verzögerungstaktik der Deutschen, die in seinen Augen zu diesem Schritt vielleicht doch nicht bereit wären.²⁴ Angesichts der prekären Lage in Deutschland wäre es jedoch für Kohl töricht gewesen, den Konflikt zu schüren.²⁵ Die Auseinandersetzung darüber, ob am Jahresende 1990 eine Regierungskonferenz eingesetzt würde, war keineswegs nur eine »Symbolfrage«, wie Genscher später behauptete.²⁶ Hinter den Meinungsverschiedenheiten zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt, ob sich die Bundesregierung auf eine solche Erklärung festlegen sollte, verbargen sich offenkundig divergierende Taktiken und Ziele hinsichtlich der weiteren Integrationsfortschritte und deren deutschlandpolitischen Rückwirkungen.

Auf dem Straßburger Gipfel am 8. Dezember 1989 erwartete den Kanzler wegen seines Alleingangs bei der Verkündung des Zehn-Punkte-Programms eine »eisige Atmosphäre«.²⁷ Von allen Seiten wurde er mit Fragen nach seinen Vorstellungen über die Wiedervereinigung bombardiert. Sein Engagement für weitere Einigungsschritte, hohe Beitragszahlungen der Deutschen in den EG-Haushalt und die nuancierte Abstimmung des deutschen Einigungsprozesses mit den geplanten Fortschritten zur Wirtschafts- und Währungsunion wie zur Politischen Union spielten in diesem Moment keine Rolle. Hinter aller Skepsis Mitterrands, Thatchers und der meisten anderen EG-Regierungschefs stand letztlich die Gretchenfrage: Wie hält das wiedervereinigte Deutschland es mit der Westintegrationspolitik?

Obwohl sich Kohl in den Beratungen aufs Neue für die Aufnahme der Diskussion über die Politische Union aussprach,²⁸ enthielt das Schlusskommuniqué lediglich den Hinweis, vor Ende 1990 werde eine Regierungskonferenz einberufen. Tagesordnung und Beratungszeitplan sollte die Konferenz selbst

23 Schreiben Kohl an Mitterrand, 5. Dezember 1989, EBD, S. 614f. Dazu auch H. TELTSCHIK (wie Anm. 10), S. 68f.

24 J. BITTERLICH (wie Anm. 10), S. 115. Zu Mitterrands Misstrauen: H. TELTSCHIK (wie Anm. 10), S. 61.

25 Aufzeichnung Arbeitsfrühstück Kohl mit Mitterrand in Straßburg, 9. Dezember 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 628–631.

26 Dazu Äußerung Genschers: Roland DUMAS/Hans-Dietrich GENSCHER/Hubert VÉDRINE, *Frankreichs Deutschlandpolitik 1989/90 im Rückblick*, in: Brigitte SAUZAY/Rudolf VON THADDEN (Hg.), *Mitterrand und die Deutschen* (Genshagener Gespräche, Bd. I), Göttingen 1998, S. 27.

27 Helmut KOHL, »*Ich wollte Deutschlands Einheit*«, dargestellt von Kai DIECKMANN/Ralf Georg REUTH, Berlin 1996, S. 194f.

28 J. BITTERLICH (wie Anm. 10), S. 116.

festlegen.²⁹ Mit anderen Worten: Ein genauer Konferenzbeginn stand immer noch nicht fest, und der Beratungsgegenstand war weiterhin offen. Nach zähen Beratungen³⁰ erreichte Kohl eine gewisse Unterstützung der EG-Partner für das Wiedervereinigungsziel mit dem Bekenntnis, einen Zustand des Friedens in Europa anzustreben, »in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«.³¹

Verschiedentlich wird behauptet, der Kanzler habe als Preis für die Wiedervereinigung nicht nur der deutschen NATO-Mitgliedschaft zugestimmt, sondern auch die D-Mark – *das* Symbol deutscher Wirtschaftskraft schlechthin – zugunsten einer europäischen Währung hergegeben und damit die Zustimmung Mitterrands eingehandelt. Umgekehrt habe dieser das schnelle Ende der D-Mark als Gegenleistung für die deutsche Einheit erzwungen, und zwar »weit früher und unter anderen Bedingungen, als er je geplant hatte, und nicht einmal für die Wiedervereinigung, sondern für die damals nur vage Aussicht auf eine deutsch-deutsche Konföderation«.³² Als Beleg dient die Äußerung des Kanzlers gegenüber dem amerikanischen Außenminister James Baker am 12. Dezember 1989 in West-Berlin: »Diesen Entschluss« zur Wirtschafts- und Währungsunion »habe er«, der Bundeskanzler, »gegen deutsche Interessen getroffen«.³³ Im Hinterkopf dürfte er hier die kritischen, ja teils ablehnenden Stimmen aus den Reihen der Bundesbank und des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage gehabt haben. Übrigens äußerten sich beide Gremien im Februar/März 1990 nicht weniger kritisch gegenüber der deutsch-deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.³⁴

Tatsache ist: Der Kanzler war schon lange vor dem Mauerfall und der Entwicklung zur deutschen Einheit fest entschlossen, die D-Mark in eine europäische Währung aufgehen zu lassen. Jedoch wollte er für seine Zustimmung Konzessionen der übrigen EG-Staaten, insbesondere des zögerlichen Mitterrand, einhandeln und die Politische Union voranbringen.

29 Europäischer Rat in Straßburg, Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG am 8. und 9. Dezember 1989, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin PIB*, Nr. 147, 19. Dezember 1989, S. 1241–1248, hier S. 1243.

30 Zu den schwierigen Beratungen über das Schlusskommuniqué: Äußerungen Dumas' und Genschers: DUMAS/GENSCHER/VÉDRINE (wie Anm. 26), S. 23f., 27; J. ATTALI (wie Anm. 4), S. 372; Roland DUMAS, *Le Fil et la Pelote. Mémoires*, [Paris] 1996, S. 340.

31 Erklärung zu Mittel- und Osteuropa, in: *Bulletin PIB*, Nr. 147, 19. Dezember 1989, S. 1245f., hier S. 1246.

32 »Dunkelste Stunden«, in: *Der Spiegel*, Nr. 18, 27. April 1998, S. 108–112.

33 Aufzeichnung Gespräch Kohl–Baker in Berlin (West), 12. Dezember 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 638.

34 Schreiben des Vorsitzenden des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Schneider, an Kohl, 9. Januar 1990, EBD. S. 778–781. Schreiben Bundesbankpräsident Pohl an Kohl, 30. März 1990, EBD. S. 1002f.

Kompromissuche

Kohl versicherte Mitterrand beim Treffen am 4. Januar 1990 in Latché, auch ein wiedervereinigtes Deutschland werde an der europäischen Integration festhalten. Der Bundeskanzler gab Mitterrand Rückversicherungen: in Form eines gemeinsamen Vorgehens bei der deutschen Einheit, in Fragen der europäischen Einigung und hinsichtlich des Fortbestandes der deutsch-französischen Beziehungen. Beide stimmten überein, nötig sei eine Wiedervereinigungsstrategie und eine Strategie für Europa. Offen fragte Mitterrand nach der EG-Erweiterung. Was solle mit Staaten wie Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Österreich geschehen und was mit der Türkei? »Die EG könne sie nicht alle aufnehmen«, meinte der Präsident. Kohl entgegnete dem nichts.³⁵

Trotz der Wiederannäherung brodelte es unter der Decke weiter. Ausschlaggebend waren hauptsächlich drei Gründe: Erstens machte sich der französische Präsident die Forderung Polens nach Abschluss eines Vertrag über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vor Vollendung der Wiedervereinigung zu Eigen und brachte damit den Kanzler in arge Bedrängnis. Zweitens war vollkommen unklar, mit welchen inhaltlichen Fragen sich die Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union beschäftigen sollten und drittens wie beide aufeinander abgestimmt würden. Mitterrands Zustimmung zur Wiedervereinigung war jedenfalls nur über eine enge bilaterale Zusammenarbeit und Stärkung der EG zu bekommen. Deshalb wollte der Kanzler bei seinem Besuch am 15. Februar in Paris³⁶ mit ihm zunächst einen Sondergipfel des Europäischen Rates nach den freien Wahlen am 18. März in der DDR vereinbaren, auf dem die Beschlüsse von Straßburg und damit beide Projekte – Wirtschafts- und Währungsunion und Verhandlungen über die Politische Union – »gemeinsam« vorangebracht werden sollten.³⁷

Mitterrand unterstrich die Notwendigkeit einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaften und sprach auch von der »Perspektive der Konföderation, die noch gefunden werden müsse«. Doch drängte er, die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion vorzuziehen. Damit wäre das deutsche Junktim aufgebrochen und beide Sujets entkoppelt worden, was der Kanzler ablehnte.³⁸

35 Aufzeichnung Gespräch Kohl–Mitterrand in Latché, 4. Januar 1990, EBD. S. 682–690, hier S. 687.

36 Aufzeichnung Gespräch Kohl–Mitterrand, Paris, 15. Januar 1990, EBD. S. 842–852; TELTSCHIK (wie Anm. 10), S. 151.

37 J. BITTERLICH (wie Anm. 10), S. 118.

38 Aufzeichnung Gespräch Kohl–Mitterrand, Paris, 15. Januar 1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 851.

Eine wichtige Stütze für Helmut Kohl stellte in diesen Tagen Jacques Delors dar.³⁹ Auch dessen Strategie zielte auf eine möglichst weitgehende Einbindung der DDR.⁴⁰ Als Ergebnis des EG-Sondergipfels schwebte ihm die neuerliche Bekräftigung der beiden Integrationsziele vor, verbunden mit einem Signal an die Menschen in der DDR, sie würden bald Mitglied der EG sein. Damit sicherte er sich die Unterstützung des Kanzlers und band das vereinte Deutschland eng an die Europäischen Gemeinschaften. Kohl bekräftigte gegenüber Delors am 23. März 1990 in Brüssel, seine Straßburger Initiative zum Ausbau und zur Verstärkung der Politischen Union auf dem Dubliner Gipfel im April weiter zu verfolgen. Ob im Rahmen der Regierungskonferenz oder in einer parallelen zweiten Konferenz ließ er offen. Es sei das beste Instrument, bestehende Ängste der Nachbarn abzubauen und um Vertrauen zu werben, damit Deutschland vom Image der Dampfwalze und dem Gespenst eines heraufziehenden »Vierten Reiches« wegkomme.⁴¹

Institutionelle Umgestaltungen der EG, darüber war man sich im Bundeskanzleramt einig, konnten nur bei vorheriger deutsch-französischer Verständigung Erfolg haben.⁴² Grundelemente der Initiative zur Politischen Union standen schon seit Februar auf dem Papier.⁴³ Der Kanzler gab Anfang April grünes Licht für weitere Abstimmungen der »Elemente von Schlussfolgerungen« mit dem Mitarbeiterstab um Mitterrand.⁴⁴ Je konkreter es aber um Textformulierungen ging, desto deutlicher kristallisierten sich Vorbehalte Mitterrands gegen substantielle Diskussionen über institutionelle Reformen und eine Politischen Union heraus. Präsidentenberaterin Mme. Guigou regte an, auf dem Gipfel in Dublin die Außenminister zu beauftragen, einen Bericht vorzulegen, bei dessen Abfassung Bonn und Paris konzertiert vorgehen sollten. Das turnusmäßige EG-Gipfeltreffen Mitte Juni in Dublin würde dann über das Prozedere zur Vorbereitung der Regierungskonferenz entscheiden. Bitterlich vermutete richtig: Die Franzosen suchten sich aus der gemeinsamen Initiative herauszuwinden. Allzu deutlich waren Auffassungsunterschiede, Animositäten und administrative Rivalitäten spürbar. Als Ergebnis der 55. deutsch-französischen Konsultationen richteten Kohl und Mitterrand am 18. April ge-

39 Zu deren Verhältnis vgl. Jacques DELORS, *Realist und Visionär. Zur Europapolitik Helmut Kohls*, in: *Die politische Meinung*, Nr. 389 (2002), S. 71–77.

40 J. BITTERLICH (wie Anm. 10), S. 117.

41 Vermerk, Gespräche Kohl mit Kommissions-Präsident Delors und der Kommission am 23. März 1990, 26. März 1990; Bundesarchiv (BArch), B 136/30060.

42 Vorlage Teltschik an Kohl, Vorbereitung Sondertagung Europäischer Rat Dublin 28. April 1990, Deutsch-französische Initiative, 3. April 1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 1005f.

43 J. BITTERLICH (wie Anm. 10), S. 119.

44 Wesentliche Elemente von Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates am 28. April 1990 in Dublin zur Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses, 3. April 1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 1006f.

meinsam ein Schreiben an den irischen EG-Ratsvorsitzenden Haughey,⁴⁵ das von Kompromissen nur so wimmelte.

Beide setzten sich für die beschleunigte Vorbereitung der Bildung einer Europäischen Union ein, die gleichzeitig zu der geplanten Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion in Angriff genommen werden und zum 1. Januar 1993 in Kraft treten sollte. Damit war der von den Deutschen intendierte Gleichschritt in Bezug auf das Enddatum zwar erhalten geblieben, aber von dem ursprünglichen Ziel, eine Grundsatzdiskussion über die politische Finalität der EG oder gar eine europäische Verfassungsdebatte in Gang zu setzen, hatten die Deutschen Abstand nehmen müssen. Angestrebte Ziele waren reduziert und weitgehend unverbindlich formuliert worden. So sollte die demokratische Legitimation der Union gestärkt, ihr institutionelles System wirksamer ausgestaltet, die Einheit der Union auf den Gebieten Wirtschaft, Währung und Politik gesichert und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Aussicht genommen werden. Von den französischen Überlegungen zur »Europäischen Konföderation« war keine Rede mehr. Vielmehr hatten die Franzosen ihren Verfahrensvorschlag durchgesetzt, dem Europäischen Rat im Juni 1990 einen Bericht vorzulegen und den Schlussbericht für die Tagung des Europäischen Rates im Dezember in Rom zu erarbeiten. Das Bundeskanzleramt hoffte, sein Junktum Wirtschafts- und Währungsunion und Politische Union mit Hilfe paralleler Regierungskonferenzen noch aufrechtzuerhalten.

Hinter den Kulissen des Dubliner Sondergipfels am 28. April stand jedoch eine ganz andere Frage im Vordergrund: Wie schnell würde das vereinte Deutschland mit der D-Mark in eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion eingebunden? Letztlich waren sich die Teilnehmer nur in einem Punkt weitgehend einig: Deutsche Einheit und europäische Integration mussten eng miteinander verknüpft werden.⁴⁶ Mit Beginn der ersten Übergangsstufe am 1. Juli war der erste Schritt dazu getan. Nicht zufällig wurde am gleichen Tag die D-Mark in der DDR eingeführt und eine wichtige Etappe auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands erreicht. Als Kompromiss der Bemühungen um die Politische Union kam das besagte Mandat für die Außenminister heraus.⁴⁷ Am 25./26. Juni sollte dann die institutionelle Reform im Hinblick auf die Entscheidung über die Durchführung einer zweiten Regierungskonferenz, die parallel zur Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungs-

45 Botschaft Kohl und Mitterrand an Haughey, 18. April 1990, in: *Europa-Archiv*, 45. Jg. (1990), S. 283D.

46 H. Kohl (wie Anm. 27), S. 358; H. TELTSCHIK (wie Anm. 10), S. 208.

47 Europäischer Rat in Dublin, Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der EG am 28. April 1990, Schlussfolgerungen des Vorsitizes, in: *Bulletin PIB*, Nr. 51, 4. Mai 1990, S. 401–404.

union und mit gleichem Zeitziel – 31. Dezember 1992 – stattfinden könnte, erörtert werden.

Kohls Zugeständnis bestand in seinem Einverständnis, Entscheidungsoptionen im zweiten Vorbereitungsstakt von Juli bis Dezember mit Blick auf den Gipfel am Jahresende in Rom zu erarbeiten und mit der weiteren Vorbereitung die Außenminister zu beauftragen. Faktisch bedeuteten die Vereinbarungen eine Vertagung der Entscheidung über die Einberufung des zweiten Abschnitts der Regierungskonferenz. Zudem blieben weitere Vorbereitungen für die zweite Jahreshälfte offen. Dem deutschen Junktim war somit zu einem gut Teil der Boden entzogen worden. Während die französische Regierung die prozedurale Kontinuität der Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion gesichert hatte, war der parallele Einstieg in die institutionellen Verhandlungen zunächst hinausgezögert worden. Der Bundesregierung kam es deshalb darauf, beim zweiten Dubliner Gipfel die Entscheidung über die Einberufung der zweiten Regierungskonferenz zu treffen bzw. sie zumindest bis Dezember 1990 offen zu halten, wenn über den weiteren Fortgang insgesamt entschieden würde. Bis Ende 1991 die Verfassung von Europa im Sinne einer Endstufe des Ausbaus der EG zu erreichen, rückte in weite Ferne.⁴⁸

Realistisch betrachtet, konnte es sich nur um einen erneuten Zwischenschritt auf dieses Ziel hin handeln. Eine angepasste Zieldefinition war erforderlich. Aus deutscher Sicht sollte nun zumindest ein neuer wesentlicher Integrations-schritt angepeilt werden, der in einem Vertrag als Ganzes die Römischen Verträge neu fassen oder ergänzen würde. Während die französische Regierung von zwei oder drei Verträgen zur Herausbildung von zwei oder drei Gemeinschaften sprach – also die drei klassischen Europäischen Gemeinschaften neben der Wirtschafts- und Währungsunion sowie einer außen- und sicherheitspolitischen Union, vereint unter dem Dach des Europäischen Rates –, plädierten die Deutschen für einen einzigen Vertrag. Der Kanzler stellte sich nicht vollends gegen die französische Option und hielt damit seine Position geschmeidig.

Die Schwerpunkte institutioneller Reformvorstellungen des Kanzlers lagen also vornehmlich bei der Stärkung einiger Rechte des Parlaments und der Kommission. Ein großer Wurf war aber nicht mehr realisierbar. Dafür blieben seine Vorstellungen bei der Lösung konkreter Probleme zu weit hinter den Erfordernissen zurück. Er verhielt sich pragmatisch, strebte zunächst das vermeintlich Realisierbare an, ohne das langfristige Ziel aus den Augen zu verlieren. Zu weitgehende Schritte hätten sowohl die deutsche Bevölkerung wie den französischen Nachbarn überfordert. Das sahen auch glühende Integri-

48 J. BITTERLICH (wie Anm. 10), S. 122.

onsanhänger im Kanzleramt ein. Wenn die Franzosen nicht für dieses Ziel gewonnen waren, blieben weitere Vorstöße zwecklos.

Gemeinsame Beschlüsse

Nachdem sich nur begrenzt institutionelle Reformen abzeichneten, erzielten Kohl und Mitterrand am 22. Juni während einer Schiffstour auf dem Rhein⁴⁹ Einvernehmen, eine Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Politischen Union herbeizuführen und den Termin für die Konferenz zu konkretisieren.

Der Europäische Rat terminierte am 25./26. Juni⁵⁰ den Beginn der Regierungskonferenz für die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion auf den 13. Dezember 1990 mit dem Ziel eines Abschlusses vor Ende 1992. Darüber hinaus fiel die Entscheidung, nach Artikel 236 EG-Vertrag eine Regierungskonferenz über die Politische Union einzuberufen und am 14. Dezember 1990 auf der Grundlage der Vorarbeiten der Außenminister zu eröffnen. Die Konferenz sollte ihre Arbeiten so rechtzeitig abschließen, »damit deren Ergebnisse von den Mitgliedstaaten vor Ende 1992 ratifiziert werden« könnten. Der Bericht der Außenminister steckte den Arbeitsrahmen ab. Nunmehr lief alles darauf hinaus, die Effizienz und Wirksamkeit der Arbeit der EG und ihrer Organe auf den Prüfstand zu stellen und in Teilen die bisher erreichte funktionale Zusammenarbeit völkerrechtlich festzuschreiben.⁵¹

Auf der Sondertagung am 27./28. Oktober 1990 in Rom einigte sich der Europäische Rat zunächst auf den 1. Januar 1994 als Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion mit Schaffung einer Europäischen Zentralbank. Dem weiteren Terminplan, spätestens drei Jahre nach dem Beginn der zweiten Stufe bereits den Übergang in die dritte, endgültige Stufe zu prüfen, stimmte lediglich Großbritannien nicht zu.⁵² Doch auch die französische Regierung machte vornehmlich aus innenpolitischen Gründen deutlich, es werde noch ein langer Weg sein, bis die Nationalstaaten ihr Mitspracherecht in einer Politischen Union aufgäben.⁵³

49 Aufzeichnung Gespräche Kohl–Mitterrand in Assmannshausen und auf dem Rhein, 22. Juni 1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 12), S. 1247–1249.

50 Europäischer Rat in Dublin, Tagung der Staats- und Regierungschefs am 25./26. Juni 1990, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin PIB*, Nr. 84, 30. Juni 1990, S. 717–732.

51 Anlage I Politische Union, EBD. S. 723f.

52 Europäischer Rat in Rom, Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der EG am 27./28. Oktober 1990, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, EBD. Nr. 128, 6. November 1990, S. 1333–1339.

53 J. ATTALI (wie Anm. 4), S. 613f.

Vor dem nächsten Ratsgipfel am 14./15. Dezember 1990 in Rom schlug der Kanzler zwar wieder eine deutsch-französische Initiative vor,⁵⁴ die sich auf die Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen, Stärkung demokratischer Legitimität durch eine europäische Staatsbürgerschaft, mehr Rechte für das Europäische Parlament und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bezogen.⁵⁵ Von dem großen Durchbruch zur umfassenden institutionellen Reform war aber nur ein auf wenige Punkte begrenztes Mandat für die Regierungskonferenz übrig geblieben. Immerhin stand das Thema nun fest auf der Tagesordnung europäischer Integrationspolitik.

Resümee

Die Strategie des Kanzlers – Aufgabe der D-Mark gegen Zustimmung Mitterrands zum Durchbruch in Fragen der Politischen Union – ging nur zum Teil auf. Die Bundesregierung war nach Zustimmung der Westmächte zur deutschen Einheit nicht in der Lage, weiter gehende Unterstützung von Frankreich für den Einstieg in umfassende institutionelle Gemeinschaftsreformen zu erwirken.

An einer substantiellen politischen Reform zeigte die französische Regierung kein sonderliches Interesse. Sie nutzte die Bestrebungen der Deutschen vielmehr als Vehikel, deren Zustimmung zur Wirtschafts- und Währungsunion zu erlangen. Über kurz oder lang eine Europäische Zentralbank einzurichten, war der Preis, den Mitterrand dafür zahlte. Die Diskussion über die politische Finalität der Europäischen Gemeinschaften wurde jedoch vertagt.

Der Kanzler betrieb mit der kontinuierlichen Beteuerung der beschleunigten Fortsetzung der europäischen Integration in der Phase der Wiedervereinigung wichtige Rückversicherungspolitik bei den EG-Partnern. Für Mitterrand war die europäische Einbindung der deutschen Währung und Wirtschaftskraft ein entscheidender, wenn nicht gar der entscheidende Faktor für sein Ja zur Wiedervereinigung.

54 EBD. S. 651.

55 Europäischer Rat in Rom, Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG am 14./15. Dezember 1990, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin PIB*, Nr. 144, 11. Dezember 1990, S. 1553–1559.

Diskussionsbeiträge

Dr. Helmut Kohl: Meine Damen und Herren, zunächst einmal: Gehen Sie bitte nicht davon aus, dass ich jetzt ein Referat halten werde. Ich wäre da auch aus persönlichen Gründen etwas gehemmt; denn ich überlasse es lieber anderen, meine eigene Politik zu bewerten. Ich bin aber gerne bereit, zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen.

Wenn wir über diesen Zeitraum der Europapolitik reden, dürfen wir nicht vergessen, dass die Bundesrepublik in der Sicherheitspolitik Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre quasi in einem neurotischen Zustand war. Die Zeit, über die wir reden, war innenpolitisch dramatisch, und der Streit ging damals wahrlich nicht um die Europapolitik, sondern um den NATO-Doppelbeschluss. Es war eine tiefe Zäsur, die wir in dieser Form in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht hatten. Die deutschen Sozialdemokraten versagten in der Nachrüstungsfrage ihrem eigenen Kanzler die Gefolgschaft, was schließlich zum Sturz Helmut Schmidts führte. Nicht der Streit um die richtige Europapolitik führte zu einem Wechsel der Bundesregierung, sondern die sicherheitspolitische Lage und der dramatische Anti-Amerikanismus, der damit einherging. Wobei ich beim Thema Anti-Amerikanismus daran erinnern will: Im Unterschied zur jetzigen Situation hatten wir, die Akteure, also meine Generation, noch die Hilfen der Amerikaner erlebt, zum Beispiel die Hoover-Speisung. Wir hatten die Hilfen des Marshall-Plans praktisch erfahren, und für uns ist das Berliner Luftbrückendenkmal die Erinnerung an eine Hilfeleistung inmitten einer der schwersten Krisen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Vielleicht wurden deswegen die Auseinandersetzungen um die Nachrüstung auch so bitter geführt und stießen im Ausland auf so viel Unverständnis.

Meine persönliche Beziehung zu François Mitterrand ist ein eigenes Thema. Wir waren eigentlich überhaupt nicht »füreinander geschaffen«. Wir hatten auch nicht von Grund auf Zuneigung füreinander. Sie entwickelte sich erst mit der Zeit, vor allem als wir über unsere Elternhäuser sprachen und über die Erfahrungen mit unseren Müttern. Es war eine Beziehung, die sich aus unseren privaten Erlebnissen intensivierte. Ich hatte zum Beispiel aus meiner deutschen und proamerikanischen Sicht gar kein Verständnis dafür, dass er, als er Präsident wurde, die Kommunisten in die Regierung nahm. Das war bei uns, in den christlich-demokratischen Parteien ein großes Thema.

Er war kein Mann, »mit dem man sich schnell umarmte«. Als ich ihn erstmals traf, legte ich sehr Wert darauf, äußerste Courtoisie zu wahren. Von

Adenauer kannte ich den Ausspruch, man müsse die Trikolore dreimal grüßen und die Bundesflagge nur einmal – nicht aus mangelndem Respekt vor der Bundesflagge, sondern aus dem einfachen Hinnehmen der Grande Nation. Das war, glaube ich, eine sehr vernünftige Einstellung. Ich konnte, das sage ich ganz offen, sicher vom guten Verhältnis meines Vorgängers Helmut Schmidt mit Giscard d'Estaing profitieren. Mitterrand und Giscard kamen nun wirklich nicht miteinander klar – das muss man nicht näher begründen –, und mein Verhältnis mit Giscard war anfangs auch etwas kompliziert. Das hat sich später sehr geändert. Meine »Ausgangslage« bei Mitterrand war also günstig. Zudem war François Mitterrand in der Riege europäischer Politiker jemand, den man aus gutem Grund zu den bestgebildetsten Männern und Frauen zählen konnte. Er kannte sich bestens in der europäischen Kultur aus. Andererseits war er nicht so bewandert in der jüngsten deutschen Geschichte. Ich initiierte einmal eine Begegnung zwischen ihm und Ewald von Kleist in meinem Büro, damit er einen führenden Zeitzeugen des 20. Juli kennen lernen konnte. Denn ich habe immer wieder entdeckt, wie wenig führende Franzosen überhaupt etwas vom deutschen Widerstand wussten. Ich werde nie vergessen, wie Mitterrand an meinem Schreibtisch saß, um sich ein paar Notizen für seine Rede im Deutschen Bundestag zu machen. Er wollte dort als einer der führenden Gestalten der europäischen Sozialisten auftreten, vor ihm Willy Brandt sitzend und wissend, dass seine Thesen nicht die von Willy Brandt waren.

Etwas anderes kam mir im Verhältnis zu Mitterrand noch zugute: Sie wissen vielleicht, dass er dreimal aus der Gefangenschaft geflohen war. Dabei war er zweimal verraten worden, jeweils von Franzosen. Das war vorteilhaft für uns. So verspürte er uns gegenüber keine Rachegeanken. Er hatte positive Erfahrungen in der deutschen Gefangenschaft gemacht. Er hatte ein Deutschland ganz anderer Art kennen gelernt – das Deutschland der kleinen Leute. Wenn Mitterrand von seinem Schreinermeister in Thüringen erzählte, tat er dies voller Wärme und Sympathie. Trotz des Krieges sah er in ihm einen anständigen Mann. Wie sehr sich sein Deutschlandbild im Laufe der Zeit geändert hatte, zeigte sich daran, dass er auf der ökonomischen Seite immer mehr die Überzeugung gewann, es sei besser, mit den Deutschen eng zusammen zu arbeiten als gegen die Deutschen zu operieren. Dies einzusehen war sicher für ihn nicht leicht. Die Deutsche Bundesbank war ihm eher ein Gräuel, und der großgewachsene Bundesbankpräsident machte ihm, wenn dieser durch die Tür kam, zumindest äußerlich deutlich, dass der Franc weniger wert war.

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die direkte und indirekte Rolle von Jacques Delors hervorheben. Delors war ja ein Erfolgsmann von Mitterrand, jedoch mit etwas anderen Auffassungen. Mitterrand empfand, dass Delors ihm zu wenig Respekt entgegenbrachte, nicht im Äußerlichen, aber wohl im Denken. Aber Mitterrand schätzte Delors gleichwohl sehr, und ihm gefiel es vor allem, dass Delors in Deutschland sehr angesehen war, und zwar

in dem, was er sagte, wie auch in seiner Zuverlässigkeit. Das zeigte sich insbesondere nach 1990, als Delors in einer unglaublichen Weise alle Bedenken fallen ließ, als es darum ging, den neuen Ländern bis in Details hinein zu helfen. Er war dazu nicht verpflichtet. Doch der Präsident der Republik trug seine Ambitionen voll und ganz mit.

Mitterrand wollte natürlich auch mit uns den Weg gemeinsam gehen, weil er sich eine pädagogische Wirkung davon versprach, wenn wir nicht zu eng mit den Amerikanern agierten. Dieses französische Spiel beherrschte er virtuos: Einerseits Distanz zu den Amerikanern zu halten, andererseits alles dafür zu tun, dass, wenn es wirklich kritisch werden würde, sie kommen und helfen würden. So ist er auch gerne gegenüber angelsächsischen Positionen verfahren, und zwar durchaus mit einem Lustgewinn. Wenn er gegen Margret Thatcher etwas unternehmen konnte, tat er es gerne. Das war sehr deutlich spürbar.

Oft wird die Frage gestellt, ob es ein Junktum zwischen dem französischen Ja zur Einheit und dem deutschen Ja zum Euro gab. Meine Antwort ist eindeutig: Nein. Da es trotzdem behauptet wird, wird sicherlich versucht werden, es an einem Aktenstück zu belegen. Doch es bleibt dabei: Der Euro wäre auch gekommen, wenn wir die deutsche Einheit 1989/90 nicht erreicht hätten. Davon bin ich fest überzeugt.

Ungeachtet aller Absprachen und aller enormen Schwierigkeiten hierzulande hatten sich Mitterrand und ich schon beim Europäischen Gipfel 1988 in Hannover für die Einführung einer gemeinsamen Währung stark gemacht. Auch Felipe González spielte hierbei in einer eigenen Weise eine ganz wichtige Rolle. Er war übrigens der einzige Regierungschef, der früh und ohne jeden Vorbehalt Ja zur deutschen Einheit sagte und nie zögerte, sich in dieser Sache zu engagieren. Aber in der Frage des Euro war es für Mitterrand wichtig, das Ansehen für das Ganze zu haben und nicht nur für die Zustimmung zum Sitz der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Ihm lag vor allem daran, dafür zu sorgen, dass der französische Einfluss in der Eurozone direkt und indirekt wachsen würde, was ja ohne Zweifel der Fall ist. Mitterrand sagte 1991 einmal: »Es ist wahr, die Deutschen haben jetzt große Probleme mit der deutschen Wiedervereinigung (gemeint waren ökonomische Probleme), aber Sie werden diese Probleme lösen, sonst wären Sie nicht die richtigen Deutschen.« Er war also damals viel zuversichtlicher, was unsere eigene Kraft anging, als die Deutschen selbst. Und er fügte hinzu: »Sie werden sie lösen. Und danach werden Sie stärker sein als je zuvor.« Diese Aussage verdeutlicht, warum er aus seinem Verständnis als Franzose es für klug und richtig hielt, mit diesen Deutschen zusammenzuarbeiten, engste Verbindungen mit ihnen zu halten und auf diese Art und Weise Zukunft zu gestalten. Mein Rat ist also, bei einer Analyse der damaligen Verhältnisse vor allem die gesamtpolitische Lage, Sicherheitspolitik, NATO-Doppelbeschluss und die starken Zwistigkeiten hierüber in

Deutschland nicht außer Acht zu lassen. Denn bei aller Auseinandersetzung mit Margret Thatcher war das Stehvermögen der Bundesregierung in Sachen NATO-Doppelbeschluss für sie wiederum eine sehr positive Karte, die man in schwierigen Zeiten immer wieder ziehen konnte.

Prof. Bernhard Friedmann: Herr Bundeskanzler, es ist ja wiederholt angeklungen, welche wichtige Bedeutung der Euro für die Entwicklung der EU hatte. Man sieht ja in der praktischen Arbeit alltäglich, wie durch die Konvergenzkriterien die Politik der Mitgliedstaaten sich indirekt einander annähert. Zwar ist es ein gewisses Problem, dass wir keine gemeinsame Wirtschaftspolitik haben, aber der Euro erfüllt eine wichtige Funktion. Nun meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: Es wird immer wieder gesagt – man wird mit der Frage konfrontiert – man habe Sie gezwungen, die D-Mark preiszugeben, damit die Wiedervereinigung von den anderen Europäern akzeptiert werde. War der Verzicht auf die D-Mark ein Angebot von Ihnen oder war es eine Forderung an Sie?

Und wenn ich gleich die zweite Frage stellen darf: Sie haben die Sicherheitspolitik angesprochen. Das desaströse Verhalten des jetzigen Bundeskanzlers in der Irak-Frage hat gezeigt, dass es immer wieder Situationen geben wird, in denen die Europäer sich in sicherheitspolitischen Fragen nicht einigen können. Sehen Sie die Möglichkeit, nachdem jetzt auch neutrale Staaten in der letzten Erweiterungsrunde hinzugekommen sind, dass wir Europäer jemals zu einer ernstzunehmenden gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kommen werden?

Dr. Peter Walter: Herr Bundeskanzler, ein Aspekt, den wir noch nicht gehört haben, ist auch die Presseperzeption Ihrer Europapolitik. Von Ihrem ehemaligen Regierungssprecher Peter Boenisch stammt das Wort, der Bundeskanzler bereitet die Politik gerne im kleinen Zirkel vor, anstatt das in der Öffentlichkeit kundzutun – im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger. Helmut Schmidt hat ja ganz gerne mit der Presse gespielt und auch die Presse als Instrument seiner Politik betrachtet, während Sie hingegen – ich erinnere an das 10-Punkte-Programm – Politik ohne große vorherige Diskussionen vorbereitet haben. Die Medienperzeption Ihrer Politik war im Grunde genommen in der ganzen Zeit Ihrer Kanzlerschaft relativ negativ. Es gab eine kurze Phase der breiten Zustimmung in der Medienlandschaft. Das war die Wiedervereinigung 1989/90. Danach schwang sie wieder um. Es ist doch sicherlich sehr schwierig, gegen eine Medienlandschaft zu arbeiten, Politik zu machen, Politik auch nach außen zu vertreten, und gerade auch die Europapolitik, die ja zu Beginn der 80er Jahre wenig populär war, weil der Streit um den NATO-Doppelbeschluss die Diskussion beherrschte, dann herzugehen und als Bundeskanzler zu sagen, wir wollen das politische Ziel erreichen, also quasi gegen den Strom zu schwim-

men. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, wie man sich bei einer solchen öffentlichen Skepsis gegenüber der eigenen Politik gefühlt hat.

Dr. Gero Pfennig: Wenn ich es richtig sehe, bin ich im Saal der einzige, der dem ersten direkt gewählten Europäischen Parlament 1979 angehört und anschließend auch im Bundestag Europa- und Finanzpolitik gemacht hat. Wenn die Gesprächsreihe hier unter anderem dazu dienen soll, der Forschung zur Ära Kohl Anregungen zu geben, dann möchte ich zwei Punkte anmerken.

Das, was hier gesagt wurde, empfinde ich in vielem als Forschungsergebnis durchaus zutreffend. Ich gebe aber aus meinen bescheidenen Erfahrungen von der Freien Universität Berlin her den Ratschlag, sich auch mit den Gegnern der Europapolitik Kohls etwas mehr zu beschäftigen. Es ist ja vielleicht bei der Euro-Diskussion am besten nachzuvollziehen, dass es in Deutschland Gegnerschaft aus ganz unterschiedlicher Richtung gab. Der Bundesbankpräsident, obwohl er quasi schon der Präsident einer Europäischen Zentralbank war, hatte aus seiner Position her bereits eine gewisse anfängliche Gegnerschaft zum Euro. Das sage ich so, obwohl ich Herrn Tietmeyer sehr schätze. Aber es gab ja noch andere Gegner, es gab Gegner bis in die Reihen der Union, und damit meine ich beide Unionsparteien, die aus grundsätzlichen Überlegungen den Euro nicht wollten und das, was im Maastrichter Vertrag angelegt war. Dann gab es noch die dritte Kategorie von Gegnern, die das sowieso alles nicht wollten, weil sie überhaupt gegen die Kohl'sche Europapolitik waren. Diese benutzten dann die deutsche Wiedervereinigung zum Schlachtruf: Erst die Einheitsprobleme bewältigen, und dann machen wir Europa und das, was in Maastricht vereinbart worden ist. Die haben ja heute auch wieder das Sagen.

Der zweite Punkt, den ich anmerken möchte und der Forschung anheim stelle, bezieht sich auf den Anfang der Regierungspolitik Helmut Kohls. Man sollte mehr erforschen, ob da nicht durch die Arbeiten des damals jedenfalls noch viel belächelten Europäischen Parlaments ganz wichtige psychologische und sonstige Voraussetzungen geschaffen wurden. Meine Unterlagen aus der damaligen Zeit liegen hier im Archiv. Ich bin einer der sieben Abgeordneten gewesen, die an der Spinelli-Initiative mitgearbeitet haben, dem ersten Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung der Europäischen Union. Schon damals haben zwei französische Abgeordnete – der eine war es nur relativ kurze Zeit – eine ganz wichtige Rolle bei dem Thema gespielt. Der eine war Pierre Pflimlin von den Christdemokraten und der andere Jacques Delors. Pflimlin ist es beispielsweise zu verdanken, dass in dem damaligen Vertragsentwurf – man sieht, das ist erst in Maastricht nachher Wirklichkeit geworden – beispielsweise solche Dinge hineinkamen wie EU-Bürger, Unions-Bürger. Diesen Begriff leitete Pflimlin unausgesprochen – ich habe dabei ein bisschen nachgeholfen – aus dem Entstehen des deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes her. Das hat er als Elsässer ja noch miterlebt. In

diesem damaligen Vertragsentwurf, im Artikel 4, war übrigens alles schon drin, was auch sehr viel später kam, nämlich Grundrechte und Grundwerte der Europäischen Union bis hin zu dem Punkt, dass Mitglieder der Union, die sich nicht entsprechend verhalten, ausgeschlossen werden können. In dem damaligen Vertragsentwurf war auch etwas drin, was nach Monaten erbitterter Diskussion, insbesondere mit französischen Abgeordneten, erst hineinkam, nämlich das europäische Währungssystem mit einer einheitlichen Währung und einem europäischen Währungsfonds – Zentralbank wagte noch keiner zu sagen –, der ausschließlich der Stabilität der Währung verpflichtet und unabhängig war. Dies alles ist dann über die Einheitliche Europäische Akte in den Maastrichter Vertrag hineingekommen. Dessen Entwurf ist wiederum von demselben Herrn Delors, der das damals Anfang der 80er Jahre schon mit beeinflusst hat, als Kommissionspräsident vorgetragen worden. Es ist für mich keine Überraschung gewesen – irgendjemand von Ihnen sagte das –, dass das kam. Währungsunion zu deutschen Konditionen, das ist eine wichtige Vorarbeit des Europäischen Parlaments gewesen aus dem Anfang der 80er Jahre. Diese Vorarbeit erleichterte Helmut Kohl die Gestaltung des Maastrichter Vertrags.

Dr. Helmut Kohl: Ich will gleich mit der letzten Bemerkung beginnen. Ich kann die Ansicht nur unterstützen, dass in all den Jahren die Existenz des Europäischen Parlaments von großer Bedeutung war. Ich halte es für einen schweren Fehler, dass bei uns in der Bundesrepublik die Rolle des Europäischen Parlaments chronisch unterschätzt wird. Wenn ich mir vergegenwärtige, wie umfangreich aus dem Deutschen Bundestag im Fernsehen berichtet wird, so ist das im Vergleich zu den – wenigen – Übertragungen aus dem Straßburger Parlament eine absolute Schiefelage. Auch in unseren Parteien wird die Arbeit im Europäischen Parlament eher schlecht dargestellt. Dem Europaabgeordneten eilt der Ruf voraus, wenn er nichts mehr in Bonn oder in Berlin werde, dann gehe er eben nach Brüssel bzw. Straßburg. Es ist aber eine große Dummheit, so zu denken.

Noch einmal zu der Behauptung, die Deutschen, vor allem ich, wären bei der deutschen Einheit mit dem Ja zum Euro erpresst worden. Ich wiederhole: Das istbarer Unsinn! Zu dem Zeitpunkt, als wir ernsthafte Gespräche im kleinsten Kreis – übrigens auch hier in Bonn – über die Einführung einer gemeinsamen Währung führten, war von der deutschen Einheit noch keine Rede. Wenn Sie mich 1986 gefragt hätten, was eher kommen werde, die deutsche Einheit oder eine europäische Währung, wäre für mich klar gewesen: die gemeinsame Währung. Gleichwohl war die Stimmungslage dazu mäßig. Ich hatte nie daran gezweifelt, dass der Euro in Deutschland bei einer Volksabstimmung keine Chance gehabt hätte. Ich kannte die Stimmung auch in meiner eigenen Partei,

in der einige nicht nur deswegen gegen den Euro wetterten, weil sie gegen den Parteivorsitzenden waren. Ich wusste, was die D-Mark den Deutschen bedeutete. Sie war, das versuchte ich immer wieder auch den Ausländern klar zu machen, eine einzigartige Größe. Denn, vergessen wir nicht: Die D-Mark wurde 1948 eingeführt, als es noch keine Nationalhymne gab, keine Flagge und noch keine Bundesrepublik. Und kein Mensch setzte Hoffnung auf das neue Geld. Der Euro war also klar von Mitterrand und mir gewollt. Für François Mitterrand war übrigens ein weiteres Argument wichtig: Er wollte keine Freihandelszone, im Gegensatz zu Margret Thatcher. Doch die Freihandelszone wäre das Ende unserer Überlegungen gewesen.

Dann war mir noch eine Frage gestellt worden zum Thema Politik in der Medienwelt. Also, hier sehen Sie jemanden, der 16 Jahre seine Erfahrung mit der Presse gemacht hat. Ich bin weit davon entfernt, eine pauschale Journalistenschelte abzugeben. Ich habe hervorragende Männer und Frauen im Journalismus kennen gelernt. Aber ich musste auch zur Kenntnis nehmen, dass ich bei einer Reihe von Journalisten und Zeitungen – ich nenne ein Montagsmagazin in Hamburg – nicht ankam.

Sie sprachen das Thema Öffentlichkeit an. Also, wenn von manchen gefordert wird, man müsse alle wichtigen Sitzungen im EU-Konvent öffentlich machen, dann heißt das auch: Die Sitzung, die öffentlich ist, beginnt um 10 Uhr, und die nicht-öffentliche Sitzung beginnt um 8 Uhr. Die menschliche Natur ist eben so, wie sie ist! Ich bin sehr für eine freie Presse, auch als Kontrollinstanz; aber vor aller Öffentlichkeit ist eine vernünftige Beratung eben schwierig. Bei den Bundesregierungen vor 1982 war es offensichtlich möglich, dass Teilnehmer einer Kabinettsitzung direkt im Anschluss ihre Erkenntnisse an den »Spiegel« weitergaben. Meinen Mitarbeitern habe ich immer empfohlen, dies besser nicht zu tun, da dann ihr Weg schnell zu Ende wäre. Allerdings hatte ich nicht die Illusion, dass sich tatsächlich alle an diese Empfehlung hielten. Nach dem Ende der Großen Koalition zog in Bonn ein ungueter Stil ein. Die Beamtenschaft wurde ganz bewusst parteipolitisiert. Ich will nur an die unseelige Debatte um die Ostpolitik Anfang der 70er Jahre erinnern, in der Indiskretionen sozusagen preisgekrönt wurden. Das war kein guter Stil.

Mir wurde oft der Vorwurf gemacht, dass ich 1989 mein Zehn-Punkte-Programm nicht vorher bekannt gemacht hatte. Was hätten wir denn tun sollen? Ihn ins Kabinett bringen? Ich war selbst im Kanzleramt überhaupt nicht sicher, ob es geheim bleiben würde. Das hat nichts mit Geheimdiplomatie zu tun. Wenn ich meinen Plan nach Vorstellungen, wie sie damals im Bundestag geäußert wurden, Mitterrand und anderen zur Kenntnis gegeben hätte, dann wäre er auf diesem Weg sofort publik geworden. Denn mit Ausnahme von George

Bush standen in der Sache alle gegen die »10 Punkte«. George Bush war zwar auch nicht direkt dafür, aber er stand klar auf unserer Seite. Ich kann nur jedem meiner Nachfolger, wie immer er heißt, den Rat geben, sich einen Kreis zu schaffen, auf den er sich wirklich verlassen kann. Dieser Kreis muss übrigens nicht nur aus Parteifreunden bestehen. Wichtig ist, dass man sich in schwierigen Situationen auf den Rat anderer verlassen kann. Das ist eine große Hilfe.

Prof. Carl Otto Lenz: Ich habe eigentlich nur eine kurze Frage. War die Haltung der französischen Bevölkerung zur deutschen Wiedervereinigung genauso negativ wie die von François Mitterrand?

Prof. Renata Fritsch-Bournazel: Ich habe eine Frage zu einem anderen kleineren Dreieck, Deutschland-Frankreich-Polen. Der frühere Bundespräsident von Weizsäcker hat einmal im kleinen Kreis gesagt, das französische Insistieren auf Zustimmung zur polnischen Westgrenze als deutscher Ostgrenze, in der Phase 1989/90, hätte in anderen Zeiten Grund für eine Kriegserklärung werden können. Mit anderen Worten: Das ging bis an die Grenze des Zumutbaren nach Meinung mancher Beobachter. Meine Frage an den Herrn Bundeskanzler: Inwieweit hat die Verstimmung über diese Frage wirklich eine Rolle gespielt? Die Fußnote dazu ist, dass heute interessanterweise, in der Vorphase des 40. Geburtstags des Elysée-Vertrags, in Paris darüber nachgedacht wird, inwieweit man durch einen Symbolakt das Verhältnis zu Polen, also das Weimarer Dreieck gewissermaßen, aufwerten könnte mit einer Zusatzklärung zum Elysée-Vertrag. Auch da haben sich offensichtlich die Stimmungen geändert. Aber die Frage war eher historisch.

Dr. Helmut Kohl: Ich kenne diese These von Richard von Weizsäcker. Aber sie ist falsch. Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki und ich trafen uns im Januar 1990 in Frankfurt an der Oder. Ich gab ihm mein Wort, dass wir die Oder-Neiße-Grenze anerkennen würden. Die polnische Seite konnte überhaupt keinen Zweifel daran haben, dass wir unser Versprechen hielten. Das wusste im Übrigen auch der amerikanische Präsident, der bei entsprechenden Nachfragen aus Polen für mich sprach. In Frankreich kam in der Tat eine richtige Kampagne auf. Ich will hier keinen Namen nennen. Zum Teil waren es Leute, die sich 1939 überhaupt nicht solidarisch verhalten und jetzt einen gewissen Nachholbedarf hatten. Gerade für mich als CDU-Vorsitzenden war immer klar, dass die Grenzfrage enorme innenpolitische Probleme aufwarf. Alle waren sich darüber im Klaren, auch Richard von Weizsäcker, übrigens auch viele in der FDP, dass bei der bevorstehenden ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl dieses Thema eine große Rolle spielen würde. Ich wollte unter allen Umständen vermeiden, dass sich meine Partei bei der Ratifizierung der Erklärung im Bundestag darüber entzweite. Wir erlebten eine dramatische Sit-

zung in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, in der ich heftig attackiert wurde und ich jenen hochehrbaren Wortführer aufforderte, vor der Fraktion seinen Antrag zu stellen, damit aber auch in Kauf zu nehmen, dass die Wiedervereinigung scheiterte. Das war sicher polemisch gemeint, aber genauso formulierte ich damals. Danach gab es in der Fraktion eine deutliche Mehrheit für meine Position. Ich halte es für eine meiner größten Leistungen, gemeinsam mit anderen Kollegen, diese Mehrheit zusammenbekommen zu haben. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, gab es damals nur 17 Gegenstimmen. Insofern halte ich die These von der französischen Zustimmung für nicht akzeptabel, und deswegen setze ich mich auch dagegen mit Härte, wie Sie gerade gemerkt haben, zur Wehr. Dabei lasse ich mir den Vorwurf gefallen, dass ich auch parteipolitisch dachte. Aber wenn Sie etwas machen wollen, obwohl sie keine Mehrheit im Parlament haben, dann sind Sie zwar in der Nähe der Heiligkeit angekommen, aber nicht mehr in der Lage, ihr Amt wahrzunehmen.

Prof. Renata Fritsch-Bournazel: Ich würde gerne den Herrn Bundeskanzler fragen, ob Sie im Nachhinein bedauern, dass es nicht möglich war, im Dezember 1989 mit François Mitterrand gemeinsam durch das Brandenburger Tor zu gehen. Es wäre aus meiner Sicht eine wunderschöne Ergänzung gewesen zu der Symbolgeste von Verdun, und zwar eine in die Zukunft gewandte Geste.

André Leysen: Es ist ein Vorrecht meiner Generation, den Übergang von einem durch Kriege geeinten Europa, wie es Napoleon und Hitler versucht haben, zur friedlichen Einigung in Europa zu erleben. Ich finde das eine großartige Zeit, und ich bin froh, in dieser Zeit zu leben. Mein Land ist seit dem Vertrag von Verdun 843 ein Reich der Mitte gewesen, das die Armeen von Deutschland und Frankreich über Jahrhunderte hindurch erobern wollten. Das war ein schreckliches Los. Es hätte das Los Deutschlands werden können, wenn es nicht zur Wiedervereinigung gekommen wäre. Es ist eine Schicksalsfrage für ganz Europa, dass wir in dem Augenblick, als diese Gefahr in Deutschland gebannt war, wirklich darangehen konnten, Europa mit beschleunigtem Tempo aufzubauen. Jetzt sind wir dabei, das umzusetzen. Aber es hätte das Schicksal Ihres Landes werden können, in der Mitte Europas ein umstrittenes Gebiet zwischen Ost und West zu sein.

Meines Erachtens ist die große Leistung von Helmut Kohl folgende: mit seinen Partnern beständig am Aufbau eines großen Vertrauens gearbeitet zu haben. Deutschland hat für den Westen optiert und hat in vielen Jahren ein Kapital an Vertrauen gesammelt. Damit hat Deutschland sozusagen ein Fort Knox des Vertrauens aufgebaut und hat diesen Schatz bei der Wiedervereinigung ausgegeben. Jeder war dagegen, abgesehen vom amerikanischen Präsidenten. Aber Kohl hat eine wichtige kaufmännische Grundregel angewandt:

zu handeln, wenn die Zeit reif ist. Denn das ist eine der größten Schwierigkeiten für einen Unternehmer zu wissen, wann er handeln muss. Das ist Intuition, und diese Intuition hat Helmut Kohl gezeigt. In dem Moment, wo sich das Fenster öffnete, hat er zugegriffen und gehandelt. Das war sein Verdienst für Europa, und das war von entscheidender Bedeutung. Die kleinen Länder in Europa suchen sich ihre Freunde aus, weil sie sich ihrer Unwichtigkeit bewusst sind. Sie müssen jemand haben, dem sie sich anschließen können. Und wenn wir uns umschauen, dann sehen wir England, das mit einem Bein im transatlantischen Verhältnis steht, Spanien, das seine Hispanidad und seine Träume hat, und Frankreich mit seiner Grandeur. Wir brauchen Deutschland als starke Kontinentalmacht, um die Zukunft Europas zu gestalten. Es ist unsere Hoffnung, dass Deutschland die Politik weiterführt, die Bundeskanzler Helmut Kohl begonnen hat. Im Augenblick jedoch sind wir weit davon entfernt. Belgien ist eine kleine Nation und hat wenig Einfluss. Wir müssen die Politik eines großen Nachbarn unterstützen. Deutschland muss der Treibriemen der weiteren europäischen Integration sein, und das im festen Freundschaftsverhältnis mit Frankreich. Ich sage immer, ich bin ein redlicher Mensch, aber wenn es um das deutsch-französische Verhältnis geht, dann bin ich absolut voreingenommen: Alles ist gut, was dieser Freundschaft dient, und alles schlecht, was der Sache schadet.

Prof. Franz Knipping: Ich möchte gerne dem Herrn Bundeskanzler eine konkrete Frage zum deutsch-französischen Sicherheitsverhältnis in den 80er Jahren stellen. Es ist von Herrn Wirsching, auch kurz von Herrn Küsters, darauf hingewiesen worden, dass dies eine Rolle gespielt hat. Herr Küsters hat sogar die Formulierung »sicherheits- und nuklearpolitische Zusammenarbeit« gebraucht. Meine Frage richtet sich auf die Einrichtung des Verteidigungsrates von 1987, der parallel zum Wirtschaftsrat errichtet wurde und in dem offenkundig auch in Ausführung des Elysée-Vertrags, vielleicht darüber hinausgehend, über deutsch-französische Sicherheitsfragen gehandelt worden ist. Hatte der Verteidigungsrat eine Funktion in der Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik, die ja mit der Einheitlichen Europäischen Akte offiziell 1986 auftauchte? Oder muss man sich hier zwei verschiedene Stränge von sicherheitspolitischen Entwicklungen in den 80er Jahren vorstellen, die dann später mit den Vorgängen von 1989/90, über die Herr Küsters berichtet hat, zusammengelaufen sind?

Editha Limbach: Etwas ist mir bei dem Vortrag von Dr. Küsters nicht so ganz deutlich geworden. Vielleicht kann der Bundeskanzler selbst etwas dazu sagen. Das Zehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung sah ja eigentlich eine längere Frist vor, als dann eingehalten werden konnte, weil uns die Realität, sagen wir einmal, eingeholt und überrollt hat. Mich würde interessieren, ob diese

plötzliche Beschleunigung Belastungen im deutsch-französischen Verhältnis und überhaupt im internationalen Bereich brachte oder ob man das dort so geschluckt hat, wie es hinterher den Anschein hatte. Denn ich denke, da wird es manches Gespräches bedurft haben und mancher geschickten Verhandlungen, um das dann zu machen. Denn mit den 10 Punkten sich anzufreunden, ist das eine – das war schon schwierig für manche –, dann aber zu sehen, dass es viel schneller ging, als man dachte, das war das andere. Dazu würde ich gerne etwas hören.

Dr. Helmut Kohl: Wir haben bisher darüber gesprochen, was andere über uns dachten. Das Meinungs- und Stimmungsbild in Deutschland haben wir noch gar nicht betrachtet. Wenn Margret Thatchers bei der EG-Konferenz vom Dezember 1989 klagte: »Zweimal haben wir sie geschlagen, jetzt sind sie wieder da«, dann sprach sie aus, was insgeheim viele dachten. Ich hatte immer Verständnis für die, die im Ausland die Wiedervereinigung mit Skepsis betrachteten. Wie sollten sie auch an die Zukunft eines wiedervereinigten Deutschlands glauben, da doch nicht wenige Funktionsträger der deutschen Gesellschaft die Idee der deutschen Einheit längst aufgegeben hatten. Von weiten Teilen der politischen Linken in Deutschland war das Verfassungsziel, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden, längst aufgegeben und verraten worden. Wir sollten also mit Vorwürfen gegenüber unseren ausländischen Freunden in Sachen deutsche Einheit zurückhaltend sein.

Und wenn heute darüber räsoniert wird, was man in Ostdeutschland im Bereich der Wirtschaft zwischen 1990 und 1992 anders hätte machen können, dann kann ich nur anmerken, dass es natürlich schön gewesen wäre, wenn sich die deutsche Wirtschaft noch stärker im Osten Deutschlands engagiert hätte. Ich freute mich natürlich darüber, dass sich François Mitterrand dafür einsetzte, dass Elf-Aquitaine im Chemiedreieck investierte. Er wusste, dass ich unbedingt einen Chemiestandort in Ost-Deutschland halten wollte. Denn die Chemieindustrie hatte in Bitterfeld-Wolfen Tradition, es gab vor Ort viele hochmotivierte Arbeitskräfte, und die chemische Industrie hatte in der Bevölkerung eine große Akzeptanz, die in weiten Teilen Westdeutschlands längst nicht mehr gegeben war. François Mitterrand hatte immer wieder gesagt, dass es ihm wichtig wäre, dass die größte ausländische Investition in den neuen Ländern aus Frankreich käme. Dafür eignete sich das Chemiedreieck ganz hervorragend. Durch die Investition von Elf-Aquitaine ist das Chemiedreieck heute ein respektable Investitionsstandort mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen für die Menschen in der Region.

Jetzt zum Zehn-Punkte-Plan: Ich musste in der damaligen Situation handeln, auch aus innenpolitischen Gründen. Die Ereignisse kamen ja mit voller Wucht

über uns. Dann stellte sich noch die Frage, ob wir in Friedensvertragsverhandlungen eintreten, oder ob wir die deutsche Einheit sozusagen als eine Gegenleistung dazu annehmen sollten. Das war die Alternative. Margret Thatcher war natürlich für die Friedensverhandlungen. Ich brauche Ihnen aber nicht zu sagen, dass, wenn wir zu Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Friedensverhandlungen eingetreten wären, wir noch 1992 verhandelt hätten. Denn ich weiß nicht, wie viele Länder, die am 1. Mai 1945 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatten, nun angetreten wären, um bestimmte Rechte einzuklagen. Also: Wir waren von diesen Ereignissen überrollt worden.

Was ich jetzt gelegentlich bei der Osterweiterung höre, ist schlicht ein Verrat an den Völkern. Denn wir versprachen diesen Ländern zur Zeit der kommunistischen Herrschaft, wenn sie dieser ledig würden, seien sie uns willkommen. Aber sie wurden dann hingehalten mit dem Argument, man müsse erst die Probleme im Hause lösen, bevor neue Mieter hinzukämen. Sicher, die wirtschaftlichen und finanziellen Dinge sind wichtig; aber wenn wir uns nicht mehr als Europäer verhalten, wenn wir das Bewusstsein verlieren, dass wir in Prag oder in Krakau genauso mitten in Europa sind wie in München oder Bonn, dann haben wir keine Chance, in Europa etwas Vernünftiges zustande zu bringen.

Vor allem die kleinen Länder Europas brauchen einen Freund. Man muss versuchen, im dauerhaften Miteinander ein Stück weiterzukommen. Ich habe beispielsweise von Adenauer gelernt, dass es wichtig ist, auch mit Blick auf die Nachkriegszeit in den 50er und 60er Jahren, ein besonders enges Verhältnis mit Luxemburg zu pflegen. Luxemburg ist ein kleines Land. Die Blutopfer des Dritten Reiches waren hier besonders hoch. Adenauer bemühte sich schon früh um ein gutes Verhältnis zum Großherzogtum, auch mit vielen kleinen Gesten.

Zum Thema Sicherheitspolitik möchte ich anmerken: Es gab in Frankreich, aber auch anderswo eine permanente Sorge, ob die Deutschen aus Gründen der Selbstachtung und des Prestiges die Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstreben würden. Jedem intelligenten Menschen musste indes klar sein, dass uns auch nur der winzigste Schritt in diese Richtung schlagartig in eine völlige Isolierung manövriert hätte. Gerade in der Frage der Sicherheitspolitik war Mitterrand hellhörig. Für ihn war es schon sehr beruhigend, dass er nie den Eindruck gewann, dass wir uns in diese Richtung bewegen könnten. Was er hingegen befürwortete, war eine engere Zusammenarbeit im Bereich des Heeres. In jener Zeit galten die deutschen Panzerdivisionen – eigenartig, wenn man das jetzt überhaupt erwähnt – als die führenden in der NATO.

Apropos Deutsche und Franzosen: Ich bin überzeugt, dass wir den Unterschied nie aufheben werden. Es wäre auch schrecklich, wenn alle Franzosen so wären wie wir, die Deutschen. Lassen Sie doch jeden so sein, wie er will. Wenn die Franzosen sich als die Grande Nation verstehen, dann sind sie eben die Grande Nation! Was mich optimistisch stimmt, ist die Tatsache, dass Generationen herangewachsen sind, die nie wieder gegeneinander Krieg führen werden. Die Einstellung von Thomas Mann aus dem Jahr 1921: »Ich bin deutscher Europäer und europäischer Deutscher«, die finden Sie jetzt bei vielen jungen Deutschen und in Entsprechung bei vielen jungen Franzosen. Und wenn das erreicht worden ist, meine Damen und Herren, dann haben wir nicht umsonst in unserer Zeit gelebt.

Georg Schneider: Ich habe eine ganz konkrete Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: zu Frankreich jenseits von François Mitterrand aus deutscher Sicht in der damaligen Zeit. Nun hatten sich ja einige sehr bekannte französische Oppositionspolitiker dezidiert für die Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung ausgesprochen, und zwar schon sehr früh, Ende 1989, z. B. Jacques Chirac oder Edouard Balladur. Welche Beachtung fanden diese Stellungnahmen im Bundeskanzleramt damals? Wie wurden sie gewertet? Eher als die grundsätzlich bessere Einsicht in die Entwicklung der Geschichte in dieser Situation oder eher als Augenblick im innenpolitischen Machtkampf in Frankreich?

Dr. Helmut Kohl: Jacques Chirac und ich sprachen in dieser Zeit oft miteinander. Wir hatten eine Vielzahl von Gründen, uns auszutauschen. Ich kannte ihn seit vielen Jahren, als er noch Staatssekretär beim Finanzminister zur Zeit Pompidous war. Ich habe mit ihm immer Kontakt gehalten. Das hatte auch einen persönlichen Grund: Er war als junger Leutnant in Neustadt an der Weinstraße, also in meiner Heimat, stationiert und zog nach seiner Heirat mit seiner jungen Frau dorthin. Ich glaube nicht, dass er gegen Mitterrand eingestellt war. Es ist jetzt leider in Frankreich so, dass Mitterrand kaputt geredet wird. Ich finde das ziemlich geschmacklos. Bei allen Fehlern, aus deutscher Sicht war seine Haltung für uns ganz wichtig. Ich höre deshalb auch nicht auf, meine persönliche und sehr freundschaftliche Beziehung mit ihm zu betonen.

François Mitterrand war ein stark emotional ansprechbarer Mann. Für ihn war beispielsweise unser Treffen in Verdun ein bedeutendes Ereignis. Das war kein Propagandagag, wie viele meinten. Der Bezugspunkt war der 50. Jahrestag der alliierten Invasion 1944 in der Normandie. »Le Monde« titelte damals: Wird François Helmut einladen? Ich las das voller Bestürzung und bat François Mitterrand, er solle das nicht weiter verfolgen. Ich würde eine solche Einladung nicht annehmen. Ich konnte das nicht tun aus prinzipiellen Gründen, aber

auch aus persönlichen, da mein Bruder im Krieg schwer verwundet wurde und später fiel. Wir überlegten dann gemeinsam eine Alternative, wobei Miterrand von sich aus auf Verdun kam. Ich hatte auch schon daran gedacht, hätte es aber von mir aus nicht angeregt; denn Verdun ist für Frankreich nicht irgendein Ort. Ich war mit seinem Vorschlag sofort einverstanden. Wir einigten uns darauf, 20.000 Schulkinder aus beiden Ländern nach Verdun einzuladen, dazu Persönlichkeiten, die auch in Frankreich großes Ansehen hatten. Dazu gehörte Georg Leber, aber auch Ernst Jünger. Besonders für Ernst Jünger war das ein großer Empfang.

Biographische Notizen zu den Diskussionsteilnehmern:

Bernhard Friedmann (1932), Dr. rer. pol., 1976–1990 MdB (CDU), seit 1989 Präsidiums-Mitglied und 1996–1999 Präsident des Europäischen Rechnungshofes.

Renata Fritsch-Bournazel, Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin, Hochschullehrerin am Institut d'Études Politiques der Universität Paris.

Franz Knipping (1944), Dr. phil., seit 1994 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal.

Carl Otto Lenz (1930), Prof. Dr., Rechtsanwalt und Notar, 1965–1984 MdB (CDU), 1984–1997 Generalanwalt am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg.

André Leysen (1927), Dr. h.c., seit 1984 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Agfa-Gevaert-Gruppe, 1990–1994 Mitglied des Präsidiums im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt.

Editha Limbach (1933), Historikerin, Journalistin, 1987–1998 MdB (CDU).

Gero Pfenning (1945), Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar, 1975 MdB Berlin, 1977–1980 und 1985–1994 MdB (CDU), 1979–1985 MdEP.

Georg Schneider (1977), Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Peter Walter, Dr. rer. pol., Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Gießen.

MISZELLE

Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung

Von Daniel Hildebrand

Kann Natur Gegenstand und Inhalt von Politik werden?¹ Diese Frage ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit dem Namen Herbert Gruhl eng verbunden. Der 1969 für die CDU in den Bundestag gewählte Geschäftsführer eines Datenverarbeitungsunternehmens trat am 16. Dezember 1970 in der ersten großen parlamentarischen Debatte über den Umweltschutz in das Licht einer breiteren Öffentlichkeit: Damals nahm das Problem der Reaktionen von Natur auf deren Nutzung und Umgestaltung infolge einer über einhundertjährigen Industrialisierung Einzug in die Politik, wo es sich in den folgenden Jahren allmählich institutionell verfestigte.

Herbert Gruhl, der eine der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit so früh erkannte, wurde 1921 als Bauernsohn in Gnaschwitz in der Oberlausitz geboren, erwarb nach der Teilnahme am Zweiten Weltkrieg das Abitur als Autodidakt und schloss ein Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin mit der Promotion ab. Seine Geschäftsführertätigkeit führte ihn nach Niedersachsen, wo er sich in Barsinghausen niederließ und für die CDU von 1961 bis 1972 im Stadtrat saß. Der Partei war er bereits 1954 in Berlin beigetreten.² Gruhl starb 1993 in Regensburg. Sein Nachlass ist jetzt archiviert im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung zugänglich.³

Den Begriff des Umweltschutzes definierte Gruhl von Beginn an umfassend: »Wir meinen damit«, so erläuterte er in seiner Bundestagsrede, »Schutz des Lebens überhaupt ... vor dem Menschen selbst, vor seinem eigenen Tun und dessen Folgen.«⁴ Von Anfang an sah Gruhl auch den Umweltschutz in der für das Politische kennzeichnenden Antinomie von Ideen und Macht. Unbehagen und Angst angesichts der fortschreitenden ökologischen Gefährdung standen bis dahin unorganisiert im politischen System den Institutionen der Politik, des Rechts und der Wirtschaft gegenüber. Die Interessen des Umweltschutzes artikulierten sich vorwiegend emotional und zumeist vermittelt über

1 Die Ausführungen legen mithin zunächst die klassische Politikdefinition Max Webers zugrunde, Politik als Verteilung(skampf) von Macht anzusehen, Max WEBER, *Politik als Beruf*, Berlin 1968, S. 9. Dass eben jenes Konzept der weitere Gang der Überlegungen in Zweifel zieht, liegt in der Eigenart des Erkenntnisgegenstandes begründet.

2 Die Unterlagen aus Gruhls Berliner CDU-Zeit sind erhalten; ACDP 01-699-007/1.

3 Bestand ACDP 01-699.

4 *Verhandlungen des Dt. Bundestages*, Sten. Ber. 6. WP, Bd. 74, S. 4802.

Gefühle der Bedrohung. Die Interessen waren demgegenüber fest etabliert und folgten seit Generationen eingefahrenen Denk- und Wahrnehmungsmustern. Für Gruhl ging der Konflikt zwischen ideellen Zielen und machttechnischen Möglichkeiten mit einem radikalen Votum für den Primat der Ideen von der Macht aus: Der Gründung einer eigenen Partei, der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) im Jahre 1981.

Dabei entsprach die ökologische Protestbewegung in ihren emotionalen Antrieben vielfach genau den Kräften, aus denen sich der Fortschrittsglaube der Wirtschaftswunderzeit gespeist hatte. In der Wirtschaftswunderbegeisterung war auch die Sozialdemokratie in der Opposition ebenso wie der damalige Atomminister Franz Josef Strauß einer Atomeuphorie erlegen, die sich auf »semantische Überschusspotentiale« des Atom-Begriffs gründete.⁵ Diese Potentiale schienen nun durch die ökologische Protestbewegung gleichsam einen Vorzeichenwechsel zu erfahren, was ihrer Kraft und Stärke keinen Abbruch tat.

Der Fall Gruhl hat nach dem Erfolg der Grünen in den achtziger Jahren die Frage aufgeworfen, ob die CDU gegenüber der Umweltbewegung in ihrer Funktion als Volkspartei versagt habe. Tatsächlich scheint es sich bei der Umweltbewegung um das erste große soziale Phänomen zu handeln, das die bürgerliche Volkspartei nicht ohne weiteres sofort zu integrieren imstande war.⁶ Dies lag unter anderem auch an der institutionellen Zuordnung, die das Problem innerhalb der Partei fand: Es war ganz überwiegend der Wirtschaftsrat der CDU, der sich zunächst Fragen des Umweltschutzes annahm und die Arbeitsgruppe »Umweltschutz« im Schatten ließ. Das Phänomen des Umweltschutzes weist damit Parallelen zu dem des Verbraucherschutzes in der Gegenwart auf. Beide Aufgaben ressortierten ursprünglich bei Interessenvertretungen von Betroffenen, die die zu bewältigenden Probleme und abzuwehrenden Gefahren erst hervorbrachten. Im Falle des Umweltschutzes war es die Industrie, im Falle des Verbraucherschutzes die Landwirtschaft, die auf die institutionalisierte Politik Einfluss nahm und »Politik machte«. Es fragt sich, warum bei anderen Integrationsproblemen, wie sie Vertriebene und Flüchtlinge, Wiederbewaffnungsgegner oder die Bildungsmisere aufwarfen, die großen Volksparteien sensibler und erfolgreicher antworteten. Warum gestaltete sich die Integration der ökologischen Bewegung so schwierig? Sicher-

5 Bernd RUSINEK, *Das Forschungszentrum*, Frankfurt/M.-New York 1996, S. 16.

6 Überdeutlich wird dies, wenn Gruhl etwa nicht nur die liberalen Denker wie Smith und Malthus, sondern auch Marx zu widerlegen trachtet; vgl. Herbert GRUHL, *Ein Planet wird geplündert*, Frankfurt/M. 1975, S. 140. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zur Gestalt begründet, die die ökologische Protestbewegung in den achtziger Jahren annahm.

lich lässt sich hierauf nicht eine einzige Antwort geben, die Frage lässt sich auch nicht mit dem Phänomen Herbert Gruhl ohne weiteres gleichsetzen.

Eine herausragende Funktion bei der Entfaltung der ökologischen Bewegung kommt zweifelsohne den Medien zu, ohne die auch die Gruhlsche Karriere nach 1970 kaum erklärbar ist. Die Medien entwickelten, weitgehend gespeist aus einer Zivilisationskepsis der jüngeren Journalistengeneration, schon Anfang der siebziger Jahre ein auffallendes Interesse am Problem des Umweltschutzes. Dass Gruhl nach seinem allseits mit Anerkennung wahrgenommenen und von großer Sachkunde zeugenden Debattenauftritt im Deutschen Bundestag vom Dezember 1970 sich als Gesprächspartner geradezu anbot, ist seiner Korrespondenz zu entnehmen. Im illustrativen Querschnitt wird zugleich deutlich, welch breites Medienspektrum das Umweltthema bewegte.⁷ Mit seinem berühmt gewordenen Bestseller »Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik« aus dem Jahre 1975 trat Gruhl auch selbst als wirkmächtiger Produzent öffentlicher Meinung hervor. Sein Buch problematisiert weit über das Thema Umweltverschmutzung im technisch-naturwissenschaftlichen Sinne hinaus die geistes- und mentalitätsgeschichtlichen Hintergründe und Ursachen der Umweltbedrohung. Die Argumentation löst sich teilweise sogar von der Ausgangsfrage. Der rasche Erfolg dieses Werkes zeigt, dass die Auseinandersetzung mit dem Umweltthema offensichtlich eine Asymmetrie zwischen frei flottierender medialer Wirkmacht und institutionalisierter politischer Macht verursachte. Dass hierbei fehlende institutionelle Macht mit starkem Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein einherging, ermöglichte der ökologischen Protestbewegung über eine vergleichsweise lange Zeit jene »Differenzerhaltung«, auf der die Existenz von Protestbewegungen aufbaut.⁸ Die auffallend langanhaltende politische Ohnmacht der ökologischen Protestbewegung war gerade der Quell ihrer sozialen Kraft. In diesem Zusammenhang wird auch der für die Union folgenschwere Parteiaustritt Gruhls am 11. Juli 1978 erklärlich: In einer Zeit, in der die Grünen noch nicht parteiförmig präsent waren und alternative Gruppen allenfalls in Niedersachsen und Hamburg erwähnenswerte Wahlerfolge zu verzeichnen hatten,⁹ glich der Schritt einem politischen Selbstmord, auch wenn Gruhl zwei Tage später die »Grüne Aktion Zukunft (GAZ)« gründete. Dem Austritt war ein monatelanger, maßgeblich mit dem niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann ausgetra-

7 ACDP 01-699-001.

8 Niklas LUHMANN (Hg.), *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1997, S. 138.

9 Die ersten Erfolge alternativer Gruppen bei nichtkommunalen Wahlen in Deutschland datieren auf den 4. Juni 1978, die Ergebnisse lagen freilich weit unter der entscheidenden »Fünf-Prozent-Hürde«, Werner JÄGER/Werner LINK, *Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 5/II), Mannheim 1987, S. 153, 467.

gener Streit vorausgegangen. Wiederholt war Gruhl dabei mit einem Parteiausschlussverfahren gedroht worden.¹⁰ Schützenhilfe hatte der Bundestagsabgeordnete zuletzt nur von der Jungen Union in Südbaden¹¹ und dem RCDS erhalten.¹²

Voll verständlich wird Gruhls Entscheidung aufgrund der großen Kraft, die nicht nur die Umweltbewegung im ganzen, sondern auch ihre prominenten Einzelvertreter im besonderen durch ihre mediale Massenwirkung erhielten.¹³ Diese Resonanz vermochte wiederum das eigene Missionsbewusstsein zu festigen. Durch den Parteiaustritt eines der nach wie vor profiliertesten Vertreter der Umweltbewegung schien wenn nicht ein Rückschritt so doch zumindest eine Stagnation in der Politisierung der Umweltbewegung unvermeidlich zu sein. Es war jener »Totalitätsanspruch ..., die Gesellschaft als Ganzes ändern« zu wollen, der die Ökologen einerseits die Konkurrenz zu den Parteien suchen ließ,¹⁴ andererseits den Wunsch aufkommen ließ, sich über die Parteien zu stellen.

Die Frage drängt sich auf, wie das Umweltproblem binnen weniger Jahre eine solche unwiderstehliche soziale Dynamik entfalten konnte. Wir haben es hier mit einer ebenso vielschichtigen wie widersprüchlichen Entwicklung zu tun. Der Bewusstseinswandel, der sie begründete, ist in seiner ganzen Tragweite erst in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich geworden: Nämlich im Übergang von der »klassischen Moderne« zu etwas Neuem, für das zumeist Begriffe wie »Postmoderne« oder »Postindustrielles Zeitalter« bemüht werden. Tatsächlich hat Gruhl wie die entstehende ökologische Protestbewegung im allgemeinen früh das Phänomen einer aus dem Gleichgewicht geratenen natürlichen Umwelt als Symptom einer ebenfalls aus dem Gleichgewicht geratenen sozialen Umwelt gedeutet: Nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch persönliche Freiheit seien nicht unbegrenzt zu steigern, so hatte Gruhl 1975 verkündet.¹⁵ Mehr oder weniger dumpf schwappte mit der ökologischen Protestbewegung eine emotionale Welle über die Gesellschaft, die dem Tenor folgte: »So kann es nicht weitergehen.«

Tatsächlich erweist sich rückblickend, dass die ökologische wie ökonomische Krise der westlichen Welt Mitte der siebziger Jahre Symptom grundlegender Veränderungen war, die bis heute andauern:

10 *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 16. Juni 1978.

11 *Stuttgarter Zeitung*, 20. Juni 1978.

12 *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 26. Juni 1978.

13 Eine Wirkung, die für Gruhl beiläufig auch handfeste materielle Folgen gezeitigt hatte: Durch die Veröffentlichung seines Bestsellers »Ein Planet wird geplündert« hatte sich der Ökologe einen bescheidenen Wohlstand geschaffen; ACDP 01-699-001/3.

14 W. JÄGER/W. LINK (wie Anm. 9), S. 152.

15 H. GRUHL (wie Anm. 6), S. 14.

- der Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch, die sich zunächst als Ende des Wirtschaftswachstums darstellte;¹⁶
- der Entkoppelung von Wachstum, Geldwertstabilität, ausgeglichener Handelsbilanz und Arbeitsmarkt, der das Stabilitätsgesetzes von 1967 durch das »magische Viereck« entgegenzusteuern suchte;
- der durch Wertewandel begründeten Entkoppelung des Individuums von jeglichen überindividuellen Bezugsgrößen.

Es drängt sich der Eindruck auf, die in solchen Zeiten beschleunigten Wandels aufkommenden »Endzeit«-Ideologien seien das einzige gewesen, was zumal jüngeren Menschen Identität und Inhalt vermitteln konnte, zumal das Fernsehen diese Strömungen rasch aufnahm.

Gruhls ganzheitlicher Ansatz, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt aufeinander zu beziehen, hatte, wie angedeutet, eine konservative Grundausrichtung. Kehrseite seiner allgemeinen Fortschrittsskepsis war seine indirekte Verherrlichung früherer vor- und frühindustrieller Zeiten. Die immer weiter voranschreitende Industrialisierung führe keinesfalls zu einem Wegfall an Arbeit. Im Gegenteil, die Menschen arbeiteten heute mehr denn je, seien Sklaven des Wohlstandes, argumentierte der Ökologe 1975.¹⁷ Insofern distanzierte sich Gruhl, wenn auch unter negativem Vorzeichen, nicht nur von den Fortschrittsoptimisten, die eine »Freizeitgesellschaft« aufziehen sahen, sondern auch von jenen Gruppen, die sich vor Arbeitslosigkeit fürchteten. In einem gewissen Sinne entzog Gruhl sich zwar damit den damals vorherrschenden Konfliktlinien, bot aber mit seiner konservativen Sicht durchaus Integrationspotential für bürgerliche Kräfte. Seine Gesellschaftskritik ging freilich weiter in eine Richtung, die knapp dreißig Jahre später für keine demokratische Kraft mehr politisch tragbar sein dürfte. Nach seiner Ansicht nähme die Dienstleistung im ursprünglichen Sinne in Deutschland im Gefolge der vorangeschrittenen Industrialisierung keinesfalls zu: »Wer persönliche Dienstleistungen schätzt, der muss in ein Entwicklungsland reisen – dort bekommt er sie! Wer dagegen in Deutschland als Tourist Dienstleistungen sucht, der bekommt entweder eine lustlose deutsche Bedienung oder eine solche durch Ausländer, denen er nicht einmal seine Wünsche ganz verständlich machen kann.«¹⁸ Aus der Analyse und Kritik der industriellen Entwicklung zog Gruhl also Folgerungen, die nicht nur den Bereich des Umweltschutzes weit hinter sich ließen, sondern die mit der linken Herkunft und Genese der institutionalisierten Umweltbewegung durch die »Grünen« in den achtziger Jahren nichts gemein hatten. Für eine

16 Leon A. NEFIODOW, *Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information*, Sankt Augustin 1997, S. 9f.

17 H. GRUHL (wie Anm. 6), S. 147ff.

18 EBD. S. 155.

Volkspartei wie die CDU jedenfalls war bereits Mitte der siebziger Jahre die Entwicklung der Gesellschaft zu weit vorangeschritten, um derartige gesellschaftspolitische Konservatismen zu integrieren. Vor allem die grundsätzliche Skepsis Gruhls gegenüber persönlicher Freiheit und zunehmendem Individualismus dürfte im Bundestagswahlkampf 1976 für die Union nur schwer verwertbar gewesen sein. Das ganzheitliche Konzept, die Gesellschaft in toto zu ändern und die Krise der Natur als Funktion einer allgemeinen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Krise anzusehen, verband Gruhl mit den Alternativen linker Provenienz.

Aus diesen gesellschafts- und wertepolitischen Vorstellungen erklärt sich, warum die zwei Jahre nach seinem Austritt aus der CDU erfolgte Mitgründung der »Grünen« (1980) für Gruhl nur ein Zwischenspiel darstellte. Namentlich die Frage der Doppelmitgliedschaft in den sogenannten K-Gruppen und den »Grünen« wurde für Gruhl nicht hinreichend eindeutig negativ beantwortet,¹⁹ um in der neuen Partei zu bleiben. Auf eine Vorstandskandidatur hatte er bereits verzichtet.²⁰ Auch die Angebote mehrerer Landesverbände, ihn für die Bundestagswahl als Kandidaten aufzustellen, lehnte der schon damals allgemein als verbittert charakterisierte Ökologe ab. Bereits im Januar 1981 trat der inzwischen mandatslose Politiker auch aus der Partei der »Grünen« aus,²¹ weil er zu der Überzeugung gelangt sei, »dass eine Kursänderung dieser Partei nicht mehr zu erwarten ist«,²² und gründete die ÖDP. Das Ziel, das die Neugründung verfolgen sollte, beschreibt anschaulich eine Wahlanzeige aus dem Jahre 1984: »Was die Grünen bei der SPD bewirken, das möchten wir gerne bei den sogenannten ›christlichen‹ Parteien.«²³ Offensichtlich sollte es der Zweck der Partei sein, als Protestpartei mittelbar auf die Union, Gruhls frühere politische Heimat, Einfluss zu nehmen. Bei allem Sinn für die politischen Realitäten blieb jedoch das Dilemma bestehen, dass sich auf einer solch funktionellen Arbeitsteilung noch weniger als auf jeder anderen Konzeption einer ausschließlich dem ökologischen Protest verpflichteten Partei eine dauerhafte Institutionalisierung von Macht schaffen ließ. Bezeichnenderweise unternahm Gruhl, der als Protestant aus der Lausitz sein Leben in Berlin und Niedersachsen verbracht hatte, den Versuch mit der ÖDP von Bayern aus,²⁴ den Sprung vom Idealisten zum Politiker, von der Idee zur Herrschaft vermochte Gruhl auch auf diese Weise nicht zu schaffen.

19 *Frankfurter Rundschau*, 8. Januar 1980.

20 *Die Welt*, 24. März 1980; *Hamburger Abendblatt*, 25. März 1980.

21 *Süddeutsche Zeitung*, 20. Januar 1981.

22 *Die Zeit*, 23. Januar 1981.

23 ACDP 001-699-011/1.

24 Christine DZUBIEL, Art. *Gruhl*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. von Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 258.

Gruhls Konservatismus verhärtete sich in seinen letzten Lebensjahren: Nachdem die ÖDP 1989 einen Abgrenzungsbeschluss zur NPD und zu den Republikanern verabschiedet hatte, legte ihr Gründer den Vorsitz nieder und trat ein Jahr später aus der Partei aus. Gruhl wandte sich zudem vehement gegen eine einheitliche europäische Währung. Nach dem Untergang der Sowjetunion schrieb er über die Europäische Gemeinschaft: »Man könnte glauben, dass Politbüro sei von Moskau nach Brüssel umgezogen.«²⁵ Er wollte die Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten, die sich rechts der Union positionierten, nicht ausschließen, hatte allerdings das Bedenken, dass »dann ja sofort die Narren kommen – wie bei den Grünen.«²⁶

Während die ÖDP in politischer Bedeutungslosigkeit verharrte, blieb ihr Gründer Gruhl weiter ein beredter und öffentlichkeitswirksamer Protagonist des Umweltschutzes. Immer stärker prägte eine Endzeitstimmung seine Arbeit, immer stärker war sie von einer dem ursprünglichen Anliegen entfernten Denkweise gekennzeichnet, wie die Titel seiner Bücher verdeutlichen: »Der atomare Selbstmord« 1986, zuletzt »Himmelfahrt ins Nichts. Der geplünderte Planet vor dem Ende« 1992. Die Überlegungen des greisen Ökologen überborden von Endzeittopik. Angesichts des beeindruckenden Politisierungsschubes und beginnender Juridifizierung des Umweltproblems muteten seine Äußerungen zunehmend realitätsfremd an. Mittlerweile war Umweltschutz quer durch alle Parteien längst zu einem zentralen Thema der Politik geworden, was sich nicht zuletzt 1986 in der Gründung eines Bundesministeriums für Umwelt und Naturschutz niederschlug. Die Protestbewegung hatte sich auf unterschiedlichsten Wegen institutionalisiert, teils war sie zur Partei in den Parlamenten geworden (Die Grünen), teils hatte sie den personellen Grundstock für die aufkommende Verwaltung und institutionalisierte Interessenvertretung des Umweltschutzes gebildet.

Kurz vor Gruhls Tod versuchte der damalige niedersächsische Fraktionsvorsitzende Jürgen Gansäuer den Ökologen der ersten Stunde wieder für die CDU zu gewinnen: Längst anerkannte auch die Union Gruhls Wirken. Diese Annäherungsversuche wehrte Gruhl jedoch ab.²⁷ In diesem Sinne bedauerte nach Gruhls Tod auch Norbert Blüm, »dass dieser Prophet einer nachindustriellen Kultur nicht weiter in der CDU gewirkt hat.«²⁸

Während die anfangs so anarchische Protestbewegung zur politischen Herrschaft fand, wurde der am Anfang so etablierte und bürgerliche Politiker Gruhl immer politikferner. Die Politisierung und Institutionalisierung der ökologi-

25 *Der Spiegel*, 23. März 1992.

26 *Rheinischer Merkur*, 12. Juni 1992.

27 *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 28. Juni 1993.

28 dpa-Meldung 0109 vom 26. Juni 1993.

schen Protestbewegung ist von ihm zwar maßgeblich initiiert worden, schließlich war er jedoch derjenige, der isoliert war.

LITERATURBERICHTE

Bonns »neue Ostpolitik« und der SPD-SED-Dialog in der Sicht damaliger DDR-Partner

Von Gerhard Wettig

Karl SEIDEL, *Berlin-Bonner Balance*, Berlin 2002, 440 S.

Erich HAHN, *SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989*, Berlin 2002, 280 S.

Rolf REISSIG, *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*. Mit einem Nachwort von Erhard Eppler, Frankfurt/M.–New York 2002, 449 S.

Der Bau der Berliner Mauer veränderte die Lage in Deutschland grundlegend. Die bisherige Hoffnung schwand, die UdSSR werde die DDR auf Dauer nicht halten können und sich daher bereit finden, die nationale Einheit in Freiheit zuzulassen. Die Ostdeutschen konnten sich nun der ihnen auferlegten kommunistischen Herrschaft nicht länger durch die Flucht entziehen; sie mussten sich wohl oder übel mit dem SED-Regime arrangieren, das dadurch entscheidend gefestigt wurde. Zugleich geriet die Bundesrepublik im westlichen Bündnis unter den Druck von Entspannungsbefürwortern, deren Leitvorstellung eine Befriedung der Beziehungen zur östlichen Seite auf der Grundlage des Status quo war. Demnach erschien der Anspruch auf Wiedervereinigung zunehmend als Störung der europäischen Verhältnisse, die Frieden und Sicherheit beeinträchtigte.

Zudem kam der westdeutschen Seite während der sechziger Jahre immer stärker zu Bewusstsein, dass sie selbst ein ausgeprägtes Interesse an einer Minderung der Spannungen hatte – und zwar nicht nur zwecks Krisen- und Kriegsverhütung. Auch nach Abebben der großen Berlin-Krise 1963 war der Westteil der Stadt latent, zuweilen sogar akut bedroht. Die Führungen der Sowjetunion und der DDR ließen statt der westlichen Präsenz die Bindungen an die Bundesrepublik als Ziel ihrer Angriffe erscheinen und suchten so in den westlichen Hauptstädten den Eindruck des Nichtbetroffenseins hervorzurufen. Weiter waren West-Berlin und Bonn bestrebt, die seit dem Mauerbau extrem eingeschränkten Kontakte zwischen den Deutschen beiderseits der Ost-West-Trennlinie wieder zu erweitern – was nur in einer weniger gespannten Atmosphäre zu erhoffen war. Es setzte daher ein Umdenken ein. Das Ergebnis war die »neue Ostpolitik« ab Herbst 1969.

Das – maßgeblich von Egon Bahr entwickelte – Konzept beruhte auf dem Leitgedanken, dass die Bundesrepublik den Status quo der Zweistaatlichkeit

unter den gegebenen Umständen akzeptieren musste, um West-Berlin zu sichern und die Kontakte zwischen den Menschen in Deutschland zu verbessern. Die Akzeptanz des bestehenden Zustandes durfte aber nicht auf die Preisgabe der Vereinigungsoption hinauslaufen. Das zog einen dreifachen Vorbehalt nach sich. Die Anerkennung der Grenzen durfte nur als Verzicht auf deren gewaltsame, nicht in wechselseitigem Einvernehmen erfolgende Änderung – nicht jedoch als Verzicht auf deren Änderung überhaupt – erfolgen. Die Anerkennung der DDR als des anderen deutschen Staates musste mit einer Regelung verbunden werden, die einen gemeinsamen Bezugspunkt für beide Seiten herstellte. Das war auch im Blick auf West-Berlin notwendig, dem gegenüber die DDR andernfalls keine begründbare Verpflichtung hatte, was vor allem wegen der Zugangsfrage erforderlich war. Schließlich musste gewährleistet sein, dass der Standpunkt, den Deutschen stehe so wie anderen Völkern ein nationales Selbstbestimmungsrecht zu, der Bundesrepublik nicht als »Revanchismus« ausgelegt werden konnte. Natürlich war nicht zu erwarten, dass sich die Führungen in Moskau und Ost-Berlin diese Auffassung zu Eigen machten, aber sie sollten es als eine mit Frieden und Sicherheit vereinbare Haltung hinnehmen, dass Bonn diese Haltung vertrat.

Angesichts der Abhängigkeitsverhältnisse im Osten lag der Schlüssel zu einer solchen Regelung nicht in Ost-Berlin, sondern in Moskau. Daher hatten die Verhandlungen mit der UdSSR zeitlichen Vorrang vor denen mit der DDR. Im Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 setzte die Bundesregierung durch, dass nicht von der »Unverrückbarkeit« der Grenzen in Europa die Rede war, wie der Kreml zuerst gefordert hatte, sondern stattdessen von der »Unverletzlichkeit«. Damit war angedeutet, dass lediglich eine Verletzung der Grenzen, also ein gewaltsamer Eingriff, ausgeschlossen wurde. Eine begleitende Vereinbarung sah vor, dass die UdSSR eine Erklärung der Bundesrepublik hinzunehmen bereit war, der zufolge sich diese das Recht auf Aufrechterhaltung ihres Wiedervereinigungsstandpunkts vorbehielt. Zudem war Gromyko in den Gesprächen mit Bahr zu der Überzeugung gelangt, dass sein Land an den Vier-Mächte-Rechten in Deutschland festhalten müsse, um den Westmächten auf gleicher Ebene gegenüberzutreten zu können. Aus westdeutscher und westlicher Sicht war das positiv. Demnach unterlag nicht nur die Bundesrepublik Souveränitätsbeschränkungen bezüglich Deutschlands als Ganzem und Berlins, sondern auch die DDR war gegenüber den Vier Mächten grundsätzlich in die Pflicht genommen. Auf dieser Basis ließ sich der westliche Standpunkt begründen, dass es nach wie vor einen Vier-Mächte-Bereich über beiden deutschen Staaten gab und dass die DDR das Recht der Westmächte auf Zugang nach West-Berlin zu achten hatte.

Diese Vorstellungen wurden, ohne von der UdSSR ausdrücklich akzeptiert worden zu sein, zur Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971, der innerdeutschen Folgevereinbarungen vom Dezember

1971 und des Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Übereinkünfte vom 8. November 1972. Die SED-Führung sah sich veranlasst, nach dem Willen der Vier Mächte gegenüber West-Berlin Vertragspflichten zu übernehmen und sich in den Verhandlungen mit der westdeutschen Seite auf besondere innerdeutsche Modalitäten einzulassen, die freilich als solche nicht offiziell anerkannt wurden. Ehe es dazu kam, hatte der Kreml wiederholt dem SED-Regime sein Interesse am Zustandekommen der Vereinbarungen deutlich gemacht. Dem lag das Motiv zu Grunde, dass die »Ostverträge« nur als Gesamtpaket Geltung erhalten konnten. Mithin hing das In-Kraft-Treten des Moskauer Vertrages, auf das der Kreml entscheidenden Wert legte, von der gleichzeitigen Regelung der Berlin- und Deutschland-Fragen im Einvernehmen mit der Bundesregierung ab.

Nachdem der Grundlagenvertrag Mitte 1973 in Kraft getreten war, begann zwischen beiden deutschen Staaten eine neue Verhandlungsphase. Soweit nicht bereits im Zusammenhang mit dem Vertrag Einzelvereinbarungen abgeschlossen worden waren, suchte die Bundesregierung den geschaffenen Rahmen durch konkrete Übereinkünfte im Detail auszufüllen. Das betraf neben der Regelung auftauchender Streitfragen (etwa als die DDR die Zwangsumtauschsätze für Besucher einseitig erhöhte) vor allem weitere Erleichterungen beim Zugang nach West-Berlin und im innerdeutschen Reiseverkehr. Dafür verlangte und erhielt die DDR-Führung regelmäßig erhebliche finanzielle Vorteile. Das Geschäft westdeutsche Zahlungen gegen politische Zugeständnisse, das bereits in den innerdeutschen Folgevereinbarungen zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und bei den Abmachungen zum Grundlagenvertrag eine wesentliche Rolle gespielt hatte, weitete sich immer mehr aus und wurde für das wirtschaftlich zunehmend bedrängte SED-Regime immer wichtiger, zumal die sehr günstigen Energie- und Rohstofflieferungen der UdSSR für die DDR seit Mitte der siebziger Jahre zunächst teurer und dann auch knapper wurden.

In Moskau rief die wachsende Abhängigkeit des ostdeutschen Verbündeten von Bonner Unterstützung Sorge hervor. Mehrfache Warnungen vor den politischen Gefahren, die damit verbunden seien, fruchteten nichts, weil die sowjetische Seite nicht bereit und wohl auch nicht fähig war, die dann entstehende materielle Lücke zu schließen. Daher betrachtete der Kreml das innerdeutsche Verhältnis mit wachsendem Unmut. Das Misstrauen verstärkte sich noch dadurch, dass die DDR-Führung, die der UdSSR sonst alle ihre Politik offen legte, über diesen Punkt kaum Informationen gab. Wie man in Moskau vermutete, gab es da etwas zu verbergen, zumal sowjetische Einsprüche gegen das eine oder andere mit Bonn geplante Vorhaben, von dem man Wind bekommen hatte, nur wenig bewirkten. Wie groß der Argwohn im Kreml war, zeigt die Schaffung der »Gruppe Lutsch«. Das war eine Sondergruppe, die

der Geheimdienst KGB in Ost-Berlin stationierte. Der Name war Programm: Die Gruppe sollte der »Lichtstrahl« (lutsch) sein, der das Dunkel der deutsch-deutschen Machenschaften erhellte.¹

1984 kam es zu einem ersten Höhepunkt in den Spannungen zwischen der DDR und ihrer sowjetischen Schutzmacht. Der Kreml ging nach der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, die als Gegengewicht zu den auf Westeuropa gerichteten SS-20 für notwendig erachtet worden waren, zu einer scharf antibundesdeutschen Politik über. Honecker verweigerte die Gefolgschaft und suchte den durch die Konfrontation entstandenen »Schaden zu begrenzen«, um weiter die von Bonn gebotenen, inzwischen für ihn unverzichtbar gewordenen materiellen Vorteile zu nutzen. Als er diesem Kurs durch einen Besuch in Westdeutschland noch einen zusätzlichen Akzent geben wollte, kam es zum Eklat: Die Führer der UdSSR machten ihm im August heftige Vorwürfe und nötigten ihn zum Verzicht auf die Reise, ohne freilich an seiner Interessenlage und Orientierung Grundlegendes ändern zu können. Sie boten keine Alternative zur ökonomischen Hilfe der Bundesrepublik. Die Diskrepanz zwischen Bündniserfordernis und Wirtschaftsbedarf verschärfte sich weiter, als Gorbatschow in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dazu überging, die – nach erfolgten Preiserhöhungen immer noch günstigen – RGW-Lieferungen auslaufen zu lassen und mit der bisher übernommenen Verantwortung für das SED-Regime Schluss zu machen. Die DDR sollte künftig ihre Probleme selbst lösen. Das bedingte die Zuerkennung einer bis dahin nicht vorstellbaren innenpolitischen Selbstbestimmung und das Ende der Schutzgarantie vor innenpolitischen Herausforderungen, die den kommunistischen Herrschaftsträgern bis dahin gewährt worden war. Zugleich sah sich die DDR 1989/90 in materieller Hinsicht total auf Westdeutschland angewiesen.

Diese Entwicklung kommt in Seidels Buch über die innerdeutschen Verhandlungen nicht zur Sprache. Es ist aber immer wieder von Details die Rede, die diesen Kontext deutlich werden lassen. Der Autor kennt als Akteur des politischen Geschäfts mit der Bundesrepublik – er war Leiter der zuständigen Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und an sehr vielen Gesprächen mit der westdeutschen (und verschiedentlich auch der sowjetischen) Seite beteiligt – die Vorgänge sehr genau. Auf die Anregung, über seine Erfahrungen zu berichten, ging er zunächst trotzdem nicht ein, weil er nicht auf einschlägige Unterlagen zurückgreifen konnte. Erst als Dokumentenbände aus DDR-Archiven, zeitgeschichtliche Darstellungen und Memoiren anderer Beteiligten in größerer Zahl vorlagen, entschloss sich Seidel dazu, sich auch

¹ Vgl. die – in der Hauptthese freilich verzerrende – Darstellung von Ralf Georg REUTH/Andreas BÖNTE, *Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam*, München/Zürich 1993, S. 210–214.

seinerseits zu den Vorgängen zu äußern. Der häufige, nicht durch Quellenangaben gekennzeichnete Gebrauch von Fremdmaterial lässt den Leser freilich weithin im Unklaren darüber, ob der Verfasser jeweils aus der Erinnerung oder aus irgendwelchen Unterlagen schöpft. Wer freilich keine wissenschaftlichen Ansprüche stellt, findet den Verlauf der wichtigsten Verhandlungsprozesse in ziemlicher Vollständigkeit dargestellt.

Seidel war in der DDR durch seine Herkunft als echtes Arbeiterkind zu einer mustergültigen Karriere prädestiniert, da er es gleichzeitig weder an geistigen Fähigkeiten noch an politischer Konformität fehlen ließ. Seine Ausführungen lassen nicht nur Stolz auf den gelungenen sozialen Aufstieg erkennen, sondern auch immerwährende Dankbarkeit gegenüber dem SED-Staat, der ihm diese Chance bot, die ihm unter anderen Umständen kaum zuteil geworden wäre. Eine politische Verbundenheit mit der DDR und eine selbstverständliche Identifikation mit ihr und ihren Zielen sind die Folge. Gelegentliche Kritik an Einzelheiten schmälert das Engagement nicht, das nicht selten mit einer forschen, wenig reflektierten Parteinahme gegen die Bundesrepublik und ihre Positionen verknüpft ist. Da ist etwa wiederholt von »barem Unsinn« die Rede, wenn es um die Unterscheidung zwischen staats- und völkerrechtlichen Beziehungen geht, mit der die Bundesregierung den – von der SED-Führung prinzipiell abgelehnten, im Blick auf die Vorteile des innerdeutschen Handels aber gerne praktisch in Anspruch genommenen – Sondercharakter des beiderseitigen Verhältnisses begründete. Demnach war es vernunftwidrig, noch irgendetwas neben der Koexistenz der zwei Staaten gelten zu lassen. Die Annahme einer beide verbindenden Gemeinsamkeit, die Bindungen staatsrechtlicher Art erlaubte, gilt von vornherein als absurd. Seidel erhebt in diesem Zusammenhang den Vorwurf eines systematischen Rechtsbruchs der westdeutschen Seite, ohne dem Leser deren Argumentation zu erläutern. Entgegen diesem politisch-moralischen Verdikt räumt er freilich anderswo ein, dass die trotz aller Systemgegensätze gepflegte praktische Zusammenarbeit, die weit über das zwischenstaatlich Übliche hinausging, in der Tat etwas »Besonderes« war.

Seidel bejaht alle Schritte, die dem Schutz der DDR vor Einflüssen aus der Bundesrepublik dienen. Er stimmt Chruschtschows Versuch von 1958 zu, West-Berlin als »Freie Stadt« dem östlichen Machtbereich einzufügen, weil es nach seiner Ansicht nicht anging, dass die offene Grenze jedem Besucher aus dem Osten ein »Schaufenster des Kapitalismus« vor Augen führte und ihm so die Überlegenheit des westlichen Systems bewusst machte. Darin habe eine »ständige Existenzbedrohung für die DDR« gelegen, der man ein Ende habe setzen müssen (S. 46f.). Aus der projektierten großen Lösung, die unter anderem West-Berlin und seine Zugangswege der Kontrolle durch die DDR überantworten sollte, wurde dann zwar nichts, doch kam es 1961 zum Bau der Berliner Mauer, der ausdrücklich als »unumgänglich« bezeichnet wird. Zwar räumt der Autor ein, dass der Schritt eine politisch-moralische »Nieder-

lage« war, aber er sieht keinen anderen Weg, welcher der DDR eine Existenz von wenigstens noch weiteren 28 Jahren ermöglichte. Wenn zuvor der separate Friedensvertrag von UdSSR und DDR (auf dessen Grundlage anschließend die Regelung für West-Berlin durchgesetzt werden sollte) immer nur angekündigt worden sei, habe das zu einer »Fluchthysterie« geführt. Demnach war es also nicht so sehr das ostdeutsche Gesellschafts- und Herrschaftssystem selbst, das die massenhafte Abwanderung auslöste, sondern eine Politik, welche die Schließung der offenen Grenze durch Kontrolle aller Verbindungen der Inselstadt zur Außenwelt zwar vorsah, aber nicht realisierte. Dem musste unbedingt ein Ende gemacht werden, um den Sozialismus zu retten (S. 47f.).

Seidel macht einen Unterschied zwischen dem notwendigen Mauerbau an sich und seiner missratenen Ausführung: Die »Herstellung der Kontrolle über die gesamte Staatsgrenze der DDR« gilt ihm als legitim, während das »konkrete Grenzregime« eine Verletzung der Menschenrechte und mithin »antisozialistisch« gewesen sei (49f.). Die Frage, ob die Mauer angesichts der vielen Grenzdurchbrüche, die in den ersten Wochen und Monaten die Sperrwirkung erheblich beeinträchtigten, überhaupt mit anderen Mitteln als denen brutaler Gewalt zu »sichern« war, wird nicht gestellt. Wie es scheint, hält Seidel den Sozialismus sowjetischer Machart für eine Staats- und Gesellschaftsordnung, welche die Menschenrechte grundsätzlich zu ihrer Sache machte. Dass er ohne Zwangsgewalt nicht auskam, will ihm nicht in den Kopf. Die Auffassung, das System der DDR sei, wie die Propaganda behauptete, an Werten der Humanität orientiert gewesen, kommt auch in der Kritik am Menschenfreikauf seit Anfang der sechziger Jahre zum Ausdruck. Das »Kopfgeld« wird verurteilt als »unwürdige Praxis, die eigenen Bürger zu verkaufen«. Damit sei auch die Staatsbürgerschaftstheorie der DDR unterlaufen und der »BRD-These von der ›Obhutspflicht‹ für alle Deutschen« Vorschub geleistet worden (S. 171–174).

Seidel hält die Klage des Freistaates Bayern beim Bundesverfassungsgericht, der zufolge der Grundlagenvertrag gegen den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes verstieß und in deren Folge die Bundesrepublik auf eine Vertragsinterpretation festgelegt wurde, die jede Beeinträchtigung für diesen Auftrag ausschloss, für eine schwerwiegende »Irritation« in den Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und spricht von dem »berühmt-be-rüchtigten Urteil«. Die darin getroffene Feststellung, die Bundesrepublik sei identisch mit dem früheren Deutschen Reich, und die daraus abgeleitete Folgerung, der Grundlagenvertrag sei nicht als in Widerspruch zur Präambel des Grundgesetzes stehendes Teilungsabkommen anzusehen, verstößt nach seiner Ansicht gegen alle Logik und Billigkeit. Wie er implizit andeutet, konnte vernünftiger- und gerechterweise nur von einer endgültigen Besiegelung der deutschen Zweistaatlichkeit die Rede sein, welche die DDR in keinen übergreifenden politischen Kontext mehr einfügte (S. 178–181). Die – gegen vorangegangene Absprachen verstoßende (was unerwähnt bleibt) – Erhöhung des

Zwangsumtauschs für DDR-Besucher vom 5. November 1973 hält er für gerechtfertigt; sie habe zudem »weit eher ökonomische als politische Gründe« gehabt. Dass sich die Bundesregierung dagegen mit einiger Heftigkeit wandte, ist für ihn »ein starkes Stück« (S. 182).

Der Streit um die NATO-Nachrüstung Anfang der achtziger Jahre bringt den Autor – so wie seinerzeit die SED-Führung – in einen Zwiespalt. Zum einen stellt er sich auf die Seite der UdSSR und meint, dass die Stationierung der sowjetischen SS-20 für den Westen lediglich ein »Vorwand« gewesen sei, »das Wettrüsten zu forcieren«. Zum anderen aber sieht er sich bewogen zu erläutern, wieso Honecker nach Dislozierung der Gegenraketen in der Bundesrepublik nicht dem Blockadekurs des Kreml gegen Bonn folgte. Wie auch in anderen Fällen ähnlicher Art hilft hier die These, dass die Schuld gleichmäßig bei den streitenden Seiten in Ost und West zu suchen sei: »An die Stelle politischer Vernunft trat immer mehr die Torheit der Regierenden, man könne militärische Überlegenheit über die andere Seite erlangen« (S. 230). Die Tatsache, dass der massive einseitige SS-20-Aufwuchs in Westeuropa als Gefahr für die »Aufrechterhaltung der wechselseitigen Abschreckung« und damit als Gefahr künftigen Erpressbarseins empfunden wurde, bleibt genauso unberücksichtigt wie der Umstand, dass die NATO den Verlust ihrer Abschreckungsfähigkeit mit weit schwächeren, die UdSSR möglichst wenig bedrohenden Minimalkapazitäten zu verhindern suchte.² Das von Seidel als Rechtfertigung angeführte Motiv war freilich gar nicht der Grund für den Ost-Berliner Dissens mit Moskau. Wie anschließend festgestellt wird, war es für die DDR »nachgerade eine Frage des ökonomischen Überlebens, den Faden zur BRD nicht abreißen zu lassen« (S. 230).

Ungeachtet der zuweilen sehr eifrigen Parteinahme für das SED-Regime und seine Politik, argumentiert Seidel – von Spekulationen über die Frühzeit von SBZ und DDR abgesehen – im Wesentlichen sachbezogen und bietet daher in der Regel brauchbare Informationen. Nicht nur an der Aufrichtigkeit, sondern auch an der Fundiertheit der den deutsch-deutschen Verhandlungen gewidmeten Darstellung besteht kein Zweifel. Dem Leser eröffnen sich gelegentlich neue Einsichten. Die Bemerkung, es gebe »keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Anerkennung und Respektierung der Staatsbürgerschaft eines Staates« (S. 41), zeigt deutlich, was die ostdeutsche Seite 1987 unter der Zusage der SPD-Führung verstand, sie wolle nach einem Sieg ihres Kanzlerkandidaten Rau die Staatsbürgerschaft der DDR »voll respektieren« (S. 321–323). Seidel stellt auch heraus, dass Ulbricht nach Bildung der sozialliberalen Regierung in Bonn im Herbst 1969 bereit war, sich auf deren »neue Ostpolitik«

2 Siehe hierzu die Beiträge in: Erhard FORNDRAN/Gert KRELL (Hg.), *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*, Baden-Baden 1984.

einzulassen, und dass die damaligen Ost-Berliner Verlautbarungen, die im Westen den gegenteiligen Eindruck hervorriefen, auf innerparteiliche Opponenten und den Kreml zurückzuführen waren (S. 62–73).

Breshnew war zunächst noch gegen Verhandlungen mit Bonn, während der SED-Chef die Chance einer Annäherung an die SPD sah und nutzen wollte. Im Februar 1970 wendete sich in Moskau der Kurs gegenüber der Bundesregierung zum Positiven (S. 76). Wenn Ulbricht gleichwohl für die Gespräche mit Brandt in Erfurt und Kassel unannehmbare Maximalforderungen vorsah, dann waren dafür taktische Überlegungen maßgebend. Nach Seidel setzte die spontane Massendemonstration für den Bundeskanzler in Erfurt der Bereitschaft zu anschließendem Entgegenkommen vorerst ein Ende. Zunächst sollte erst einmal die Ordnung im eigenen Haus (so wie die SED-Führung sie verstand) hergestellt werden (S. 75–87). Nach Kenntnis des Autors wurde Breshnew erst durch seine Gespräche mit Brandt auf der Krim im Herbst 1970 dazu bewegt, seine »zweispaltige Haltung« in der Frage der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik aufzugeben und auf das Verlangen nach deren völkerrechtlichen Form zu verzichten (S. 88–101). Damit war eine unerlässliche Voraussetzung für den Abschluss des Grundlagenvertrags geschaffen worden. Insgesamt ist Seidels Buch für Leser mit Vorkenntnissen zu empfehlen, die ihr Bild von den Geschehnissen vervollständigen wollen und zugleich hinreichend kritikfähig sind, um DDR-bedingte Verzerrungen zu erkennen und zu korrigieren.

In den sechziger und siebziger Jahren hatte Bahr als »Architekt der neuen Ostpolitik« eine Entwicklung ins Auge gefasst, die schließlich dadurch zur Lösung der deutschen Frage führen sollte, dass es zu immer weiter gehender Entfeindung und Annäherung von Ost und West kommen würde. Nach einer Entspannungsphase, die durch die Verträge der Bundesrepublik mit den sozialistischen Staaten 1970–1973 und die den Rüstungskontrollabkommen von USA und UdSSR eingeleitet worden war, geschah jedoch genau das Gegenteil. Der erwähnte Streit um die SS-20 und die – im Falle deren weiteren Aufwuchses zu ergreifenden – westlichen Gegenmaßnahmen ließ Bahr und andere in der SPD die mühsam erzielte Übereinkunft mit dem Osten und damit die Zukunft der innerdeutschen Entspannung und des dabei erreichten Vertragsstandes bedroht erscheinen. Eine neuerliche Konfrontation war demnach unbedingt zu verhindern. Für die Sorge der westeuropäischen Regierungen, die sowjetische Führung könne den europäischen Teil der NATO durch einseitig erworbene »euro-strategische« Fähigkeiten von den USA abkoppeln und eine politisch instrumentierbare Überlegenheit gewinnen, hatten sie kein Verständnis. Ihnen galt das Bemühen, das Problem der SS-20 notfalls auch mittels »Nachrüstung« zu lösen, als Politik sinnlosen Wettrüstens.

Nachdem auf Drängen vor allem von Bundeskanzler Schmidt und des britischen Labour-Premiers Callaghan das atlantische Bündnis und dessen – zunächst unwillig reagierende – amerikanische Führungsmacht das Problem der nuklearstrategischen Bedrohung Westeuropas auf die politische Tagesordnung gesetzt hatten, richteten Bahr und seine Gesinnungsgenossen in der SPD ihre Vorwürfe an die westliche Adresse. Die UdSSR, die im Stillen gehandelt, aber kein Aufheben davon gemacht hatte, wurde dagegen kaum ins Visier genommen. Schmidts innerparteiliche Gegner forderten, die politische Entspannung (die mit den Ostverträgen erreicht schien) müsse durch eine »militärische Entspannung« ergänzt und gesichert werden. Eine »zweite Ostpolitik« sei nötig. Anders als bei der »ersten Ostpolitik« schien nun keine Solidarität mehr mit den Verbündeten angebracht; auf den Rückhalt von NATO und USA in Verhandlungen mit der östlichen Seite wurde von vornherein verzichtet, denn der Kreml bekannte sich ja schon zur »militärischen Entspannung« (die vermeintlich eine Hinnahme der SS-20 ohne Gegenmaßnahmen erforderte). Diese Ausgangslage ließ Bahr und die anderen Opponenten in der SPD den Schluss ziehen, man müsse sich in der Sicherheitsfrage mit der UdSSR gegen die westliche Politik solidarisieren.

Nach Bahrs Ansicht sollten Ost und West ihre »gemeinsame Sicherheit« wahren und zur Abwehr der Nuklearkriegsgefahr eine »Sicherheitspartnerschaft« miteinander eingehen. Dabei ging er vom westlichen Abschreckungsgedanken aus, dass der Besitz von Kernwaffen einen militärischen Konflikt verbiete und leitete daraus den Schluss ab, dass beide Seiten in der Verhütung des Krieges unter allen Umständen ihr gemeinsames Interesse sähen. Dabei blieb außer Betracht, dass der Kreml die Abschreckungsvorstellung grundsätzlich ablehnte und nicht bereit war, auf die Fähigkeit zum Führen eines Krieges mit der Aussicht auf Sieg zu verzichten.³ Gleichwohl hielt er es für angebracht, Bahr und seine Gesinnungsgenossen durch eine nur mit kleinerem Vorbehalt versehene Zustimmung⁴ zu ermutigen, um den politischen Rückhalt der NATO im Westen zu schwächen und der Nachrüstung durch Stärkung ihrer Gegner im entscheidenden Stationierungsland Bundesrepublik die Grundlage zu entziehen. Tatsächlich gelang es den innerparteilichen Opponenten Schmidts, in der SPD die Oberhand zu gewinnen. Der Bundeskanzler verlor damit seine parlamentarische Basis. Eine neue, von der CDU/CSU geführte Regierung kam ins Amt und setzte die Nachrüstung gegen alle Widerstände durch.

3 Dazu im einzelnen Gerhard WETTIG, *Umstrittene Sicherheit. Friedenswahrung und Rüstungsbegrenzung in Europa*, [West-]Berlin 1982.

4 *Der Palme-Bericht*. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit »Common Security«, [West-]Berlin 1982.

Die in die Opposition verwiesenen Sozialdemokraten suchten die Macht zurückzugewinnen, indem sie sich um eine überzeugende Alternative zur Sicherheitspolitik der Regierung Kohl-Genscher bemühten, um sich der Bevölkerung als Garanten des angeblich tödlich bedrohten Friedens zu empfehlen. Zu diesem Zweck nahmen sie Kontakt zur SED und zu anderen kommunistischen Parteien des sowjetischen Machtbereichs auf. Das war ein Novum: Bei der »ersten Ostpolitik« war es zwar um bessere zwischenstaatliche Beziehungen gegangen, aber der prinzipielle Gegensatz zwischen westlicher Demokratie und östlicher Diktatur war nicht in Frage gestellt worden. Eine Annäherung der Sozialdemokraten an die Kommunisten hatte daher nicht zur Diskussion gestanden, obwohl die politische Strategie des Kreml seit den ausgehenden sechziger Jahren die Bildung einer gemeinsamen Front vorsah. Nunmehr gab die SPD ihren Vorbehalt dagegen auf. Der Kurswechsel fand konkreten Ausdruck in gemeinsam von beiden »Arbeiterparteien« gebildeten Arbeitsgruppen, die den Auftrag erhielten, sicherheitspolitische Konzepte mit antiatlantischer Zielrichtung auszuarbeiten. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit als Entwürfe für künftige Verträge zwischen der Bundesrepublik und den östlichen Ländern präsentiert, um so den Eindruck hervorzurufen, dass es sich um bereits perfekt ausgearbeitete Regelungen handele. Zusammen mit der SED, deren Führung alle Fragen mit dem Kreml vorbesprach, formulierte die SPD Vereinbarungen über eine »chemiewaffenfreie Zone« in Europa (Juni 1985) sowie einen »atomwaffenfreien Korridor« (Oktober 1986) und eine »Zone des Vertrauens und der Sicherheit« (Juli 1988) in der Mitte des Kontinents. Über weitere sicherheitspolitische Themen wurde in Beratungen der westdeutschen Sozialdemokraten mit den kommunistischen Parteien der UdSSR, Polens und Ungarns Einvernehmen erzielt.⁵

Die Zusammenarbeit reichte über die Sicherheitspolitik hinaus. Ihr Ausgangspunkt war das gemeinsame Interesse daran, die von Kohl und Genscher vertretene NATO-Politik als friedenswidrig zu erweisen und damit die Voraussetzung für die Ablösung der Bundesregierung zu schaffen. Zugleich attestierte die SPD den Machthabern im Osten jenes Engagement für den Frieden, das sie dem westlichen Bündnis und den Verfechtern seiner Politik in der Bundesrepublik absprachen. Im Interesse des Friedens und der Sicherheit erklärte sie eine Stabilisierung der bestehenden östlichen Verhältnisse für notwendig. Es galt demnach, den Schulterchluss mit den Machthabern in Osteuropa zu suchen und die aufbegehrenden Kräften in den sozialistischen Ländern abzuwehren. Nur von oben werde sich die dortige Staats- und Gesellschaftsordnung in demokratischem Sinne ändern können. Regungen von unten dagegen seien nicht nur zwecklos, sondern provozierten auch Gewalt und ge-

5 Nähere Angaben bei Frank FISCHER, »Im deutschen Interesse«. *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum 2001.

fährdeten den internationalen Frieden. Dem lag die Prämisse zu Grunde, das sozialistische System sei fest gegründet und durchaus reformfähig. Mithin könne man mit einer allmählichen Hinwendung der Kommunisten zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie rechnen.

Vor dem Hintergrund dieser Annahmen und Erwartungen entschloss sich die Führung der SPD dazu, in einen Dialog mit der SED über grundsätzliche Gemeinsamkeiten einzutreten. In diesem Rahmen könne man dann Regeln für die Austragung von Differenzen finden. Das stieß in Ost-Berlin zunächst auf Bedenken. Man war zwar prinzipiell gerne zu Diskussionen bereit, weil man an Annäherung und Bündnisbildung mit den westdeutschen Sozialdemokraten interessiert war, hatte aber Schwierigkeiten mit dem Vorschlag, einen herrschaftsfreien Ideen- und Meinungsaustausch zu institutionalisieren. Dieser Teilbereich der »zweiten Ostpolitik« ist der Untersuchungsgegenstand der Bücher von Erich Hahn und Rolf Reißig. Wie der Delegationsleiter, der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Otto Reinhold, nahm Hahn auf Seiten der SED an allen sieben Sitzungen der Gespräche teil, die mit der Grundwertekommission der SPD unter Leitung von Erhard Eppler geführt wurden. Er stützt sich auf persönliche Notizen während der Gespräche, auf die Aufzeichnungen eines anderen ostdeutschen Teilnehmers, auf die Niederschrift von Egon Krenz über die einschlägige Diskussion im Politbüro und auf zahlreiche Hinweise beteiligter östlicher Akteure. Reißigs Darstellung liegen die Mitwirkungserfahrungen bei vier Sitzungen, eine systematische Auswertung der Unterlagen in den Archiven und die Aussagen der noch lebenden Teilnehmer des Parteidialogs und weiterer Zeitzeugen zu Grunde. Beide Autoren verwenden neben den publizistischen Quellen die verschiedenen Diskussionspapiere. Da auf Protokolle verzichtet wurde, war kein Rückgriff auf genaue Wiedergaben der gemachten Äußerungen möglich.

Reißig hebt zu Recht hervor, dass die – von Erhard Eppler angestoßenen – Gespräche zwischen SPD und SED im Zeichen der »zweiten Ostpolitik« anderen Charakter hatten als die Verhandlungen, die auf der Basis des Grundlagenvertrages geführt wurden. Es ging nicht um praktische Vereinbarungen zwischen Staaten, sondern um den Dialog zweier Parteien, die unterschiedlichen Leit- und Wertvorstellungen verpflichtet waren und diese zum Thema einer Auseinandersetzung machten. Das Ziel war zwar nicht unbedingt eine Einigung, wohl aber Verständnis und Akzeptanz füreinander. Vor allem grundlegende Fragen der Sicherheit und der Systemausrichtung standen zur Erörterung (S. 31f.). Nach Reißigs Ansicht war das ein »Experiment mit offenem Ausgang«, wobei das größere Risiko bei der SED gelegen habe (S. 27). Zugleich werden die Intensität und Vielfalt der – auch anderweitig gepflegten – Kontakte betont. Als Gesamtergebnis sei ein ganzes, das Maß der üblichen Kooperation zwischen Parteien weit hinter sich lassendes »Netzwerk der Zusammenarbeit« entstanden, das die SPD nicht allein mit der SED, sondern auch

mit den anderen kommunistischen Staatsparteien des sowjetischen Imperiums verband (S. 41f.). Hahn und Reißig sehen darin eine große Errungenschaft der Bemühungen und sind darüber enttäuscht, dass die Sozialdemokraten weithin heute nichts mehr von der damaligen politischen Nähe wissen wollen.

Die Vertreter der SPD stellten in den Gesprächen das Interesse an gemeinsamen Initiativen zur Sicherung des Friedens, zur Förderung der Abrüstung und zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten in den Vordergrund. Das schloss nach ihrer Ansicht den politisch-gesellschaftlichen Wandel auf beiden Seiten nicht aus, sondern bedingte ihn sogar. Da sie glaubten, dass Veränderungen im kommunistischen Machtbereich Stabilität in dessen Innern voraussetzten, nahmen sie gegen alles Stellung, was einer Destabilisierung des östlichen Systems und der darauf gegründeten Herrschaft Vorschub leisten konnte. Ihre Hoffnung, das ostdeutsche Regime sei zu grundlegenden Reformen fähig und willens, war nach Reißig so groß, dass der SPD-Vorsitzende Brandt im Blick auf eine fernere Zukunft intern die Frage stellte, ob Sozialdemokraten und Kommunisten denn dauernd getrennte Wege gehen müssten (S. 43f.). Demgegenüber kam für die SED-Führung ein Ende der ideologischen Gegnerschaft von vornherein nicht in Betracht (S. 90f.). Alle Hoffnungen in SPD-Kreisen, die Abgrenzungsschwelle könnte niedriger werden und eines Tages vielleicht ganz verschwinden, erwies sich als unbegründet. Es ging der Ost-Berliner Spitze – anders als manchem SED-Teilnehmer des Dialogs – vor allem um eine Aktionseinheit gegen die Regierung in Bonn. Wie insbesondere die bei Hahn dokumentierte Erörterung im Politbüro (S. 209–216) deutlich macht, sahen die kommunistischen Führer die Gespräche mit der SPD wesentlich in diesem Licht. Nur so ist zu erklären, dass das Ergebnis, das Papier »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« (das in beiden Büchern abgedruckt ist), ungeachtet seiner brisanten Implikationen – wie der Infragestellung des geltenden Feindbildes und des Anspruchs auf alleinigen Wahrheitsbesitz – im Ost-Berliner Politbüro ohne Widerstand gebilligt wurde und erst nach dem Einsetzen unerwünschter innerparteilicher Diskussionen auf Einwände stieß.

Die Sozialdemokraten erlitten Schiffbruch mit dem Versuch, ein enges Einvernehmen mit der SED-Führung in den Fragen von Sicherheit und Frieden herzustellen, ohne dass die – vermeintlich nur zunächst noch bestehenden – ideologischen Differenzen hindernd ins Spiel kommen sollten. Die kommunistische Spitze der DDR war, wie Reißig zeigt, an sicherheitspolitische Vereinbarungen zum Schaden der NATO und an einer gesamtdeutschen »Koalition der Vernunft« zwischen beiden Weltmächten interessiert (S. 91f., 93f.). Es ging ihr um einen antiatlantischen Konsens mit den als künftige Regierungspartei betrachteten Sozialdemokraten und in der Folge auch um vermehrte wirtschaftliche Vorteile aus dem Bonner Füllhorn. Vor allem unter dem zweiten Blickwinkel war es folgerichtig, dass sie, wie bei Reißig ebenfalls zu

lesen ist, dem Kreml keinen Einblick in den Parteiendialog gab, während sie die Beratungen mit der SPD in den sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen genauestens mit der sowjetischen Seite abstimmte (S. 307). Es erstaunt darum nicht, dass, wie Hahn deutlich macht, der Kreml diesen Bereich des Sonderverhältnisses der SED zu den westdeutschen Sozialdemokraten mit Misstrauen beobachtete (S. 208f.).

Die im Dialog befindlichen Personen kamen sich freilich viel näher, als die Spitze in Ost-Berlin wünschte. Das lag vor allem daran, dass die Vertreter der ostdeutschen Seite so wie ihre Gesprächspartner aus dem Westen Intellektuelle waren, die in den achtziger Jahren ideologisch weniger festgelegt waren als ihre Führung. Nachdem Honecker, der kaum die grundsätzlichen Implikationen der vorgesehenen Themen ermessen haben dürfte, dem Dialog durch einen Politbürobeschluss freie Bahn verschafft hatte, waren die SED-Vertreter keiner genauen Aufsicht unterworfen und konnten daher ihre Linie weithin nach eigenem Ermessen gestalten. Sie mussten zwar über jede Sitzung mit Berichten Rechenschaft ablegen, konnten aber heikle Punkte hinter unverfänglich klingenden Formulierung verstecken und zudem darauf bauen, dass die einzelnen Fragen bei den Parteioberen weder auf großes Interesse noch genaues Verständnis stießen. Die östlichen »Dialogakteure«, wie Reißig sie an einer Stelle nennt, glaubten, auch wenn ihnen die Nötigung zu großer Vorsicht die Grenzen ihres Einflusses beständig vor Augen führte, zuversichtlich an die Chance, auf die Entwicklung ihrer Partei durch Ergebnisse des Gesprächs mit der SPD einwirken zu können. Sie suchten einer neuen, überlebte Festlegungen hinter sich lassenden Orientierung den Weg zu bereiten. Daher überrascht es nicht, dass ihre sozialdemokratischen Gesprächspartner den Eindruck einer Ost-Berliner Reformbereitschaft erhielten, der den Realitäten nicht entsprach.

Die SED-Vertreter revidierten etwa das hergebrachte Konzept der »friedlichen Koexistenz«. Sie sahen darin nicht mehr eine spezifische, den Bedingungen des nuklearen Zeitalters angepasste Form des internationalen, im Westen auch innerstaatlich-subversiv zu führenden »Klassenkampfes«, sondern einen generell friedlichen Wettstreit der Systeme. Die Anregung der SPD, eine machtfreie »Streitkultur« zu entwickeln, bereitete zwar den ostdeutschen Gesprächspartnern anfänglich Kopfschmerzen, wurde aber dann von ihnen akzeptiert. Mit vollem Recht konnte die SPD daher das 1987 beschlossene gemeinsame Dokument, das diesen Punkt ins Zentrum rückte, als Erfolg verbuchen, wenn sie dessen Postulate als Beschreibung der SED-Haltung auffasste. Tatsächlich jedoch handelte es sich, wie Reißig deutlich macht, nur um Absichtserklärungen, die erst durch noch ausstehendes – und dann niemals realisiertes – Handeln Wirklichkeit werden konnten (S. 106). Trotz der Billigung des Abschlussdokuments durch das Politbüro zeigte sich die SED-Führung anschließend nicht gewillt, den Worten Taten folgen zu lassen (S. 325–333). Die Ost-Berliner Parteiführung hielt starr an den alten Leitlinien und der bis-

herigen Herrschaftspraxis fest; die »Friedensfrage« war für sie weiterhin das einzige »einigende Band«, das sie mit der SPD zusammenführte (S. 337). Aber auch hinsichtlich der unmittelbaren Gesprächspartner auf Seiten der SED waren die Erwartungen überzogen. Wie Hahn deutlich macht, ging es auch ihm und seinen Kollegen darum, einen gemeinsamen Kurs speziell mit den Sozialdemokraten zu formulieren. Dass diese sich, wie sie später erfuhren, bei Darlegung ihrer Standpunkte als Vertreter der westlichen Demokratie insgesamt fühlten, wurde mit Enttäuschung vermerkt (S. 221). Das oberste Ziel war nicht ein geistiger *modus vivendi* mit dem Westen überhaupt, sondern der Frontwechsel von dessen sozialdemokratischem Teil.

Als sich im Frühjahr 1989 der Sturm über Ostdeutschland zusammenbraute, musste die SPD von der Hoffnung Abschied nehmen, dass sich die Verhältnisse in der DDR durch Dialog und Reform in demokratischer Richtung normalisieren und stabilisieren würden (S. 334). Obwohl die SED-Spitze den Inhalt des Dialogdokuments faktisch ignorierte und teilweise sogar offen ablehnte, war aber die Arbeit daran nicht umsonst. Das Papier war bei seiner Verabschiedung im Zentralorgan »Neues Deutschland« voll abgedruckt worden und wurde danach von den Parteimitgliedern aufmerksam gelesen. Nach Reißigs Zeugnis ermutigten seine Aussagen alle, die mit der Politik der Honecker-Führung unzufrieden waren und kommunistische Reformen wünschten (S. 335f.). Somit erreichte die SPD genau das Gegenteil dessen, was sie gewollt hatte: Das SED-Regime wurde durch den Grundsatzfragendialog nicht gefestigt und erneuert, sondern ansatzweise destabilisiert. Die Gärung, die auf Grund der Stagnation und der Misere im Innern und angesichts des – im Zuge von Perestrojka und neuem Denken immer deutlicher hervortretenden – ideologischen Dissenses mit der UdSSR (die doch stets als leuchtendes Vorbild und oberste Lehrautorität gegolten hatte) in den Reihen der Partei einsetzte, wurde durch das SPD-SED-Dokument verstärkt, das unverkennbar mit amtlicher Zustimmung neue Positionen formuliert hatte. Ganz gegen ihre Absicht, das ostdeutsche Regime behutsam auf den Weg stabilisierender Veränderungen zu bringen, leisteten die Sozialdemokraten einen – wenn auch nur relativ kleinen – Beitrag dazu, dass sich Kommunisten in der DDR vielfach nicht dem Wandel verschlossen, der sich gegen den Willen ihrer Führung vollzog. Der Verlauf des Parteiendialogs und die Rezeption seines Ergebnisses durch Teile der SED zeugt freilich umgekehrt auch davon, dass – ein untrügliches Vorzeichen des herannahenden Umbruchs – die Kader kaum noch die motivierende Kraft der offiziellen Ideologie verspürten.

Hahn und Reißig waren zwar am Grundsatzfragendialog von SPD und SED als Vertreter der östlichen Seite beteiligt, doch legen sie Darstellungen vor, die nicht nur sehr informativ sind, sondern auch in aller Regel den Kriterien sachlicher Geschichtsschreibung entsprechen. Anders als Seidel machen sie zudem klar, auf welchen Quellen ihre Darlegungen fußen. Es geht ihnen auch

nicht darum, dem Leser ihre Sicht auszudrücken. Hahn erörtert abschließend die verschiedenen Blickwinkel, unter denen der SPD-SED-Dialog betrachtet wird (S. 196–261); Reißig stellt dessen gegensätzlichen Bewertungen in der Literatur einander gegenüber (S. 365–373). In einer Hinsicht schlägt jedoch eine Vorausüberzeugung durch, die zu Skepsis Anlass gibt: Das System der DDR, so ist zu entnehmen, war grundsätzlich reformfähig; nur der Starrsinn Honeckers verhinderte den notwendigen Wandel. Die kritische Frage, ob nicht systembedingte Machtstrukturen und damit verbundene Status-quo-Interessen von Herrschaftsträgern notwendigerweise jeder Reformabsicht unüberwindliche Hindernisse in den Weg legten, wird nicht gestellt. Lässt sich kommunistische Herrschaft unbruchslos durch Reformen von oben in ein funktionsfähiges, irgendwie auf demokratischen Grundsätzen beruhendes Gemeinwesen verwandeln, wie die SPD damals glaubte und wie Hahn und Reißig immer noch meinen? Der gescheiterte Versuch Gorbatschows zeigt, welche enormen Probleme dabei auftreten.

Die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur im sowjetischen Machtbereich in Europa nach 1945

Neue Untersuchungen gelesen und besprochen von Stefan Donth

Stefan CREUZBERGER/ Manfred GÖRTEMAKER (Hg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn 2002, 468 S.

Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programmatik – Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 36), Düsseldorf 2001, 590 S.

Ehrhart NEUBERT, *Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi*, Freiburg/Basel/Wien 2002, 267 S.

Christoph KÖSTERS, *Staatssicherheit und Caritas 1950–1989. Zur politischen Geschichte der katholischen Kirche in der DDR*, 2. Aufl., Paderborn 2002, 225 S.

Christoph KÖSTERS (Hg.), *Caritas in der SBZ/DDR 1945–1989. Erinnerungen, Berichte, Forschungen*, Paderborn 2001, 257 S.

Mit der Besetzung weiter Teile Mittel- und Osteuropas 1944/45 eröffnete sich der Sowjetunion die Möglichkeit, ihr Gesellschaftsmodell auf die eroberten Staaten zu übertragen. Die kommunistische Diktatur entstand nicht im Selbstlauf, sondern sie wurde bewusst und gegen erheblichen Widerstand breiter Schichten der Bevölkerung in den von der Roten Armee besetzten Gebiete durchgesetzt.¹

In dem von Kreuzberger und Görtemaker herausgegebenen Band untersuchen ausgewiesene Experten auf der Grundlage bisher unzugänglicher Archivalien osteuropäischer Provenienz, in welchen Etappen und mit welchen Methoden sich dieser Prozess in den »klassischen« Fällen Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, der Tschechoslowakei sowie der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und den beiden »Sonderfällen« Österreich und Finnland vollzog.

¹ Für diesen Forschungsansatz vgl. Rainer BEHRING/Mike SCHMEITZNER (Hg.), *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945-1952* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 22), Köln/Weimar/Wien 2003.

Keinen Zweifel kann es am Ziel der Sowjetunion geben, ihre Machtstrukturen auf die von der Roten Armee eroberten Gebiete zu übertragen. Die Autoren zeigen, dass die sowjetischen Vorgaben von den Kommunisten in den einzelnen Ländern flexibel umgesetzt wurden. Das dem Vorgehen zugrundeliegende Konzept der »Nationalen Front«, von der sowjetischen Partei- und Staatsführung und der Kommunistischen Internationale (Komintern) seit 1943 entwickelt, zielte darauf ab, die kommunistischen Parteien mittels von diesen dominierten, nach außen hin bürgerlichen Koalitionen an die Macht zu bringen. Jegliche politische Opposition, ob nun sozialdemokratischer, liberaler oder konservativ-bürgerlicher Natur, war einzubinden, aufzuspalten und schließlich unschädlich zu machen. Mit dieser verdeckten Strategie sollten Widerstände der westlichen Alliierten aufgefangen werden. Angepasst an die jeweiligen Bedingungen integrierten die sowjetischen Statthalter und ihre einheimischen Helfer in den kommunistischen Parteien diese Staaten schrittweise in den sowjetischen Herrschaftsbereich. Detailliert wird in den Beiträgen unter einheitlichen Fragestellungen nachgezeichnet, wie die Opposition ausgeschaltet wurde und welcher Mechanismen der Einflussnahme sich die Sowjets bedienten. Dadurch wird das sowjetische Vorgehen in den Staaten Mittel- und Osteuropas vergleichbar. Aus geostrategischem Interesse kam dabei Polen und der SBZ für die Sowjetunion besondere Bedeutung zu, während in Finnland und Österreich eine Eingliederung in das Sowjetimperium nicht erfolgte.

Die weitaus besten Bedingungen gab es Jugoslawien, da hier bereits in den dreißiger Jahren die Kommunistische Partei bolschewisiert war und sich auch gegenüber der Komintern behauptet hatte. Aufgrund ihres erfolgreichen Partisanenkampfes gegen die deutsche Besatzungsmacht konnten sich die jugoslawischen Kommunisten bei Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung stützen. Tito schaltete die Opposition aus eigener Kraft aus. Mit der von ihm forcierten Selbstsowjetisierung unterschied sich Jugoslawien von den anderen untersuchten Staaten.

Die SBZ bildete einen Sonderfall. Hier erfolgte die Gleichschaltung über einen längeren Zeitraum und vollzog sich stärker als in den anderen Staaten in parlamentarisch-demokratischen Scheininstitutionen. Spätestens 1947, als Rücksichten auf die westlichen Verbündeten weitgehend entfielen, setzte eine doppelte Gleichschaltung ein, die gleichermaßen die SED und die bürgerlichen Parteien erfasste. Die Autoren zeigen, dass die Ausschaltung der politischen Opposition eine zentrale Voraussetzung für den Aufbau der am sowjetischen Vorbild orientierten sozialistischen Gesellschaftsordnung in den von der Roten Armee besetzten Gebieten war. Damit legen sie eine sichere Grundlage für weitere vergleichende Forschungen. Mit Ausnahme von Österreich und Finnland war der Aufbau einer an westlichen Vorbildern angelehnten Demokratie von Anfang an ohne Chance.

Nachdem die Sozialdemokratie in der SBZ als selbstständig handelnder politischer Akteur 1946 beseitigt war, betrachteten Sowjets und deutsche Kommunisten die CDU als wichtigsten Gegner. Gestützt auf eine breite Quellenbasis untersucht Baus die Geschichte der CDU von deren Gründung 1945 und bis zum Erfurter Parteitag 1948 und beantwortet die Frage nach dem Handlungsspielraum der Union unter den Bedingungen sowjetischer Besatzungsherrschaft.

Vor dem Hintergrund der von der KPD/SED im Auftrag der Sowjets in der SBZ forcierten Blockpolitik konnte von einer eigenständigen und freien Entwicklung der CDU keine Rede sein. Vielmehr bestimmten Verfolgung und Widerstand den Alltag der Mitgliedschaft, die sich lange gegen die kommunistische Übermacht wehrte. Detailliert untersucht Baus die innerparteilichen Willensbildungsprozesse am Beispiel der Parteigründung in Berlin und den Ländern sowie der Diskussion um die von Jakob Kaiser angestoßene programmatische Neupositionierung der CDU Anfang 1946, als der CDU-Vorsitzende mit seinen Formulierungen vom »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« und »Deutschland als Brücke zwischen Ost und West« die Partei auf einen Kurs führte, dem nicht alle Funktionäre widerspruchslos folgten. Bei der Untersuchung der Programmatik der CDU und deren politischer Umsetzung zeigt Baus die demokratischen, antitotalitären und antikommunistischen Traditionen der Partei im Osten Deutschlands auf. Dieser politische Ansatz stand den Intentionen der sowjetischen Besatzungsmacht diametral gegenüber. Deshalb bildet die Analyse der Konflikte zwischen Union und Sowjetischer Militäradministration in Deutschland (SMAD) einen Schwerpunkt der Arbeit. Baus nimmt neben den Absetzungen der CDU-Führungen um Andreas Hermes (Ende 1945) und Jakob Kaiser (Ende 1947) auch das Vorgehen von Sowjets und deutschen Kommunisten gegen die CDU auf der Ebene der Länder, Kreise, Städte und Kommunen der SBZ in den Blick. Bereits in der Gründungsphase der CDU, die hier erstmals für alle Länder und Provinzen der SBZ dargestellt wird, forcierte die SMAD die Gründung von zwei bürgerlichen Parteien – der CDU und der LDP. Ein politisch geschlossen agierendes Bürgertum betrachtete die sowjetische Besatzungsmacht als Hindernis für die Errichtung einer am sowjetischen Vorbild orientierten sozialistischen Gesellschaftsordnung in der SBZ. Besonders massiv griff die SMAD im Vorfeld der Wahlen 1946 ein, um ein gutes Ergebnis der Union zu verhindern und kommunistische Mehrheiten in den »Scheinparlamenten« auf kommunaler und Landesebene sicherzustellen.

Ausmaß und Methoden, mit denen SMAD und SED die CDU unter Druck setzten und überrollten, werden im Detail sichtbar gemacht. Mittels der »Differenzierung« isolierten sowjetische Besatzungsmacht und deutsche Kommunisten sogenannte »reaktionäre Politiker« und unterstützten »fortschrittliche

Kräfte«. Damit verhinderte die SMAD, dass die Parteiführungen um Hermes und Kaiser die Union in der SBZ auf einem einheitlichen Kurs halten konnten.

Detailliert geht Baus auf den größten und wichtigsten Landesverband der Union in der SBZ, die sächsische CDU, ein, ohne die anderen Verbände zu vernachlässigen. Bei der Bewertung der Rolle des sächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hugo Hickmann während der Absetzung Kaisers gelangt Baus zu neuen Forschungsergebnissen, die eine differenzierte Beurteilung dieses wichtigen Politikers erlauben. Dies gilt auch für den prosovjetschen CDU-Politiker Otto Nuschke, der als Nachfolger Jakob Kaisers die Gleichschaltung der Union vorantrieb. Baus schließt mit dieser Untersuchung eine Forschungslücke zur Geschichte der CDU und der SBZ.

Die Konflikte zwischen CDU und SED interpretiert Ehrhart Neubert als »politischen Zweikampf in Deutschland« und legt den Schwerpunkt seiner Untersuchung der deutschen Nachkriegsgeschichte auf das Vorgehen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegen die Union. Über die Analyse der geheimdienstlichen Aspekte dieser Auseinandersetzung wird der Frage nachgegangen, warum 1989/90 die Demokratie über die Diktatur siegte. Letztlich setzte sich das Menschenbild der Union durch, die Menschenwürde und Menschenrechte zur Grundlage ihrer Politik gemacht hatte. Neubert belegt, dass SED und MfS die CDU in beiden deutschen Staaten als ihren wichtigsten politischen Gegner ansahen. Auf der Grundlage der bisher weitgehend verschlossenen archivalischen Hinterlassenschaft des MfS wird das Vorgehen der Staatssicherheit herausgearbeitet, ohne dies auf die MfS-Perspektive zu verengen. Neubert befasst sich in dieser wichtigen Forschungsarbeit zur Geschichte des Einflusses der DDR auf die westdeutsche Innenpolitik ausführlich mit dem Vorgehen des MfS gegen Bundeskanzler Konrad Adenauer und zeigt, wie die noch junge Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis herausgebrochen werden sollte. Der DDR-Staatssicherheitsdienst gehörte zu den Instrumenten, die Stalin zur Umsetzung seiner Deutschlandpolitik einsetzte. Breiten Raum nimmt die Beantwortung der Frage ein, in welchem Ausmaß der DDR-Staatssicherheitsdienst, der immer im Auftrag der SED-Spitze handelte, die Politik der Bundesrepublik zu beeinflussen vermochte. Auf der Grundlage der MfS-Akten benennt Neubert die Verstrickungen einzelner CDU-Politiker in die Machenschaften der Stasi. Dabei gelangt er zu dem Ergebnis, dass es das MfS zu keinem Zeitpunkt vermochte, die Politik der CDU-Führungsspitze zu beeinflussen. Hier blieb der Zugriff immer äußerst begrenzt. Dieser Befund gilt jedoch nicht für Teile der SPD sowie der Grünen, da hier aufgrund der Arbeit Neuberts bisherige Forschungsergebnisse einer Korrektur bedürfen. Dies betrifft insbesondere die »Friedensbewegung« gegen die NATO-Nachrüstung in den achtziger Jahren. Dass die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa nicht verhindert werden konnte und 1982 der Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl er-

folgte, bedeutete ein Scheitern der SED-Westpolitik, die beides auch unter Rückgriff auf die Unterwanderungs- und Zersetzungsstrategien des MfS zu verhindern versucht hatte.

Neubert schließt mit einer Analyse der Politik der CDU beim Sturz der SED-Herrschaft und während der Wiedervereinigung. Nach einem Ausblick auf die Aufarbeitung des Kommunismus leitet er über zu einem Plädoyer, die Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihres Geheimdienstes nicht allein als Problem der neuen Bundesländer anzusehen, sondern als gesamtdeutsche Aufgabe zu begreifen. Dazu liefert Neuberts Studie einen wichtigen Beitrag.

War die CDU der wichtigste politische Gegner der SED, so gelten die Katholiken als deren »interessantester«. Diese gehörten zu den Schichten, denen es gelang, sich dem Herrschaftsanspruch der SED zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend zu entziehen. Die Katholiken trotzten dem Totalitätsanspruch der SED Freiräume ab, was anderen gesellschaftlichen Gruppen bei weitem nicht in diesem Ausmaß bzw. gar nicht gelang. In der SBZ/DDR entstand, wie Wolfgang Tischner eindrucksvoll herausgearbeitet hat, eine »katholische Subgesellschaft«.²

Der Verzicht der Katholischen Kirche auf politische Aktivitäten, von zahlreichen Zeitzeugen auch als Rückzug in das eigene Ghetto bezeichnet, eröffnete im Gegenzug Zugeständnisse des Staates im sozialen Bereich. Gestützt zum einen auf eine detaillierte Kenntnis kirchlicher und geheimdienstlicher Quellen, und zum anderen auf die Erinnerungen der kirchlichen Entscheidungsträger schließt Kösters mit seinen beiden Bänden eine Forschungslücke zu den Auseinandersetzungen zwischen MfS und Caritas. Deren Organisation in der DDR war die einzige im gesamten Ostblock, die die Sowjets nach Kriegsende nicht auflösten. Neben einer Rücksichtnahme auf die westlichen Alliierten ist zudem davon auszugehen, dass die SMAD damit auch die Tätigkeit der Caritas gegen das NS-Regime anerkannte. Außerdem wollte die sowjetische Besatzungsmacht in der Nachkriegsnot auf die Caritas zurückgreifen.

In der DDR organisierte sich die Caritas im Gegensatz zur Bundesrepublik nicht als Verband, sondern wurde in die Strukturen der Amtskirche eingebunden, um ihre Angriffsfläche zu verringern. Dies stärkte die Caritas gegenüber SED und DDR-Staatsapparat, die einen Kirchenkampf in letzter Konsequenz vermied. Zudem gab diese Organisationsform der Kirchenführung die Möglichkeit, die Kontakte zu Partei und Staat bei wenigen Vertrauenspersonen zu konzentrieren. Die Katholische Kirche und mit ihr als Teil die Caritas lehnten

2 Wolfgang TISCHNER, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 90), Paderborn 2001.

das ideologische Fundament der SED-Herrschaft ab. Trotz aller partiellen Zusammenarbeit fand nie ein Ausgleich der jeweils gegensätzlichen Interessen statt. Die Nischenexistenz von Katholischer Kirche und Caritas bedeutete jedoch nicht, dass das MfS nicht wissen wollte, was hier vor sich ging. Gerade die »relative Selbstständigkeit« und die Brückenfunktion der Katholischen Kirche zwischen Ost und West weckten das Interesse Mielkes.

Fundiert weist Kösters bei der Überprüfung der Stasi-Kontakte von 183 hochrangigen Caritas-Mitarbeitern nach, dass es das MfS trotz einer wachsenden Informationsbasis, die sich vor allem aus abgehörten Telefonaten, anderen Abhöraktionen sowie »Abschöpfungsvorgängen« speiste, zu keinem Zeitpunkt vermochte, die Caritasarbeit direkt zu steuern. Die DDR-Staatssicherheit scheiterte mit ihren intensiven Bemühungen und erzielte keinen entscheidenden Einbruch in die Elite der Caritas. Nur auf unterer Ebene gab es langjährige Kontakte. Ausgehend vom Ziel des MfS, alle Bereiche der DDR-Gesellschaft zu kontrollieren und zu steuern, kam dies einer Niederlage des auf den ersten Blick übermächtigen Geheimdienstes gleich.

Kösters analysiert die verschiedenen Phasen des Spannungsverhältnisses zwischen MfS und Caritas. Während für die fünfziger Jahre vor allem die gewaltsame Repression charakteristisch war, wich diese nach dem Mauerbau einer »pragmatischen Koexistenz«. Dafür stehen die zwischen SED-Regime und Caritas praktizierten Regelungen des Devisentransfers sowie Häftlingsfreikäufe und Familienzusammenführungen. In den siebziger Jahren begann dann eine »partielle Kooperation«, für die allerdings detaillierte Untersuchungen noch ausstehen.

Der Caritas ging es darum, das katholische Leben in der DDR mitzuprägen und ihre sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser und Kindergärten gegen staatliche Marginalisierungsversuche zu verteidigen. So gelang es der Caritas, 32 kirchliche Krankenhäuser unter den Bedingungen des DDR-Gesundheitswesens zu erhalten. Die Caritasarbeit war tragender Bestandteil der Tätigkeit der katholischen Kirche, für die das identitätsstiftende Bewusstsein caritativen Wirkens bei ihren Bemühungen, sich gegen die SED zu behaupten, unverzichtbar war. Die sich daraus ergebenden Berührungspunkte zwischen Caritas und MfS blieben, wie Kösters nachweist, im Wesentlichen auf die bischöflich genehmigten Kontakte beschränkt. Die machtpolitischen Realitäten in der DDR ließen dazu aus Sicht der Verantwortlichen bei der Caritas keine andere Möglichkeit zu, wenn für die Bürger in der DDR etwas erreicht und ihnen geholfen werden sollte. Kontakte mit dem MfS waren immer auch eine Gratwanderung der beteiligten kirchlichen Amtsträger, die sich nicht durch den SED-Geheimdienst instrumentalisieren lassen durften. Während Prälat Johannes Zinke, der 1951 eine Zweigstelle der Caritas in Ost-Berlin aufgebaut hatte, zäh und lange mit dem DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel verhandelte und pragmatisch von Fall zu Fall mit der Stasi sprach, verzichtete sein Nachfolger

Otto Groß in Einzelfällen auf Absprachen mit seinem Bischof. Das aufgrund seiner Initiative durch die DDR genehmigte »Bischöfliche Hilfswerk Not in der Welt« verstieß gegen die »politische Abstinenz« der Katholischen Kirche. Groß hatte ein politisches Geschäft eingefädelt, nach dem die Katholische Kirche in der DDR als Spenderin für caritative Projekte in Algerien auftrat und dieser Staat als Gegenleistung die DDR diplomatisch anerkannte.

Seitens der DDR-Führung bestand partiell Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Caritas. Das betraf beispielsweise die Qualität der medizinischen Versorgung, die Deviseneinnahmen der Caritas und deren Engagement für behinderte Menschen. Die Caritas nutzte die schlechte materielle Situation in der DDR bei ihren Verhandlungen mit dem Staat aus, um ihre Position zu verbessern. Dabei halfen ihr die Hilfslieferungen, die sie aus der Bundesrepublik Deutschland erhielt. Ob und in welchem Ausmaß diese pragmatische Zusammenarbeit zwischen Caritas und MfS in letzter Konsequenz die SED-Diktatur stabilisierte – dieser Zwangslage waren sich die kirchlichen Amtsträger bewusst. Mit den Worten des damaligen Bischofs von Berlin und heutigen Kölner Kardinals Joachim Meisner war es ihr Hauptziel, den »Menschen zu helfen«. 35.000 Häftlingsfreikäufe und 250.000 Familienzusammenführungen haben dazu beigetragen, die Wunden der Teilung Deutschlands zu lindern. Dies ließ sich in der Rückschau Meisners nicht »so rein« von der Systemstabilisierung trennen. Ob die Caritas damit vielleicht unbeabsichtigt den Untergang der DDR hinausgezögert hat, müssen weitere Forschungen zeigen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass es zu jedem Zeitpunkt der über 40 Jahre dauernden kommunistischen Diktatur nicht nur in der DDR, sondern in allen von der Roten Armee 1945 besetzten Gebieten bis 1989/90 immer die Sowjetunion war, die die Herrschaft der Kommunisten garantierte, weil diese niemals die Zustimmung der Bevölkerung für ihre Politik gewannen.

Abgeordnete, Kanzler und Minister

Die Personengeschichte des Deutschen Bundestages im Spiegel historisch-biographischer Neuerscheinungen

Von Martin Schumacher

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, Hg. von Rudolf VIERHAUS/Ludolf HERBST unter Mitarbeit von Bruno JAHN, 3 Bde., München 2002/2003, zus. 1.845 S.

Udo KEMPF/Hans-Georg MERZ (Hg.), *Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*, 1. Aufl. März 2001, korrig. Nachdruck Juli 2001, Wiesbaden, 839 S.

Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Hg. von Winfried BECKER/Günter BUCHSTAB/Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Rudolf MORSEY, Paderborn 2002, 809 S.

Zur 50. Wiederkehr der Konstituierung des Deutschen Bundestages regte die Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien die Herausgabe eines biographischen »M.d.B.-Handbuchs« an. Die Vorplanungen für das Forschungsvorhaben, das mangels Finanzierung nicht realisiert wurde, waren Mitte 1995 abgeschlossen.¹ Während der weiteren Sondierungen übernahm der K.G. Saur Verlag das Feld, das niemand verteidigen wollte oder konnte: die Volksvertretung.

Offenbar hatte die verlegerische Konkurrenz,² ihrer Sache zu sicher, das Jubeljahr 1999 verschlafen. Im September 2001 erschienen die ersten Prospekte zur Subskription für das »Gesamtverzeichnis aller Mitglieder des Deutschen Bundestages«, wie der K.G. Saur Verlag sein Werk bescheiden nannte. Immerhin dauerte es noch mehr als ein Jahr, bis »die Kopffjäger aus München« (FAZ) mit drei Bänden, gut 1.800 Druckseiten stark, auf dem Markt erschienen.

1 Ein Teilergebnis wurde veröffentlicht: *M.d.B., Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder westzonaler Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation*, hg. u. bearb. von Martin SCHUMACHER, Düsseldorf 2000.

2 Die Amtlichen Handbücher sind eine Domäne der Neuen Darmstädter Verlagsanstalt. Nur zwei von Fritz Sängler, dem späteren SPD-Bundestagsabgeordneten, für die 1. Wahlperiode herausgegebene Handbücher erschienen bei Cotta. Vgl. Martin SCHUMACHER, *Deutsche Parlamentshandbücher. Bibliographie und Standortnachweis*, Düsseldorf 1986, Nr. 302 u. 304.

Wer war Wer im Bundestag

Bearbeitet vom Parlamentsarchiv, herausgegeben vom Deutschen Bundestag, gibt das Amtliche Handbuch »Auskunft über die Mitglieder, über die Arbeitsweise des Parlaments und die gesetzlichen Grundlagen dieser Arbeit«, so Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im Vorwort zum Handbuch für die 14. Wahlperiode. Die Parlamentshandbücher, vielfach Loseblattwerke, sind die vorrangige Quelle parlamentarischer Personengeschichte. Als Taschenbuch bringt »Kürschners Volkshandbuch«, vom gleichen Verlag betreut, sehr erfolgreich das amtliche Wissen →»Biographien und Bilder« – in eine handliche Form: »seit über 110 Jahren«.

Ursprünglich ein Westentaschenwinzling im Format von 4,7 mal 7,4 cm, hat der traditionell rot-weiß-gestreifte Kürschner im Laufe der Jahre sein Erscheinungsbild nur wenig verändert: Ein einleitender Beitrag »von Carl-Christian Kenner, einem kritischen Kenner und Beobachter des parlamentarischen Geschehens«, vermittelt dem »Laien«, für den das in vielen Ausgaben während einer Legislaturperiode aktualisierte Bändchen erscheint, ein Bild von der »Arbeit« des Bundestages, dessen Mitglied zu sein »eine große Ehre, aber ebenso ein hartes Brot« bedeute.³ Diesen »Auftakt« hat mit der 15. Wahlperiode Sönke Petersen übernommen, der »das parlamentarische Treiben im neuen und modernen Berliner Parlamentsviertel beobachtet«⁴.

Zur konstituierenden Sitzung des Bundestages erscheint jeweils eine Sonderausgabe des Volkshandbuchs: »Wie am ersten Schultag«⁵. In der 15. Wahlperiode hat der »Kürschner«, dem Bundestagspräsidenten druckfrisch überreicht, Konkurrenz bekommen durch ein »Arbeitshandbuch Bundestag«⁶, »ein zuverlässiges Nachschlagewerk, auch wenn die Pflege der Eitelkeiten unserer Volksvertreter/innen manchmal kuriose Züge hat«⁷. Gegen den »Klassiker« dürfte der Newcomer kaum eine Chance haben.

Der biographische Teil von »Kürschners Volkshandbuch« beruht auf den Selbstangaben der Abgeordneten, auf denen auch das Amtliche Handbuch fußt. Getrennt von den Biographien dokumentiert das Amtliche Handbuch »die

3 Klaus-J. HOLZAPFEL (Hg.), *Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag*, 14. Wahlperiode 1998. Redaktion: Klaus-J. Holzapfel, Andreas Holzapfel, Rheinbreitbach 1999 (87. Auflage, Stand: 16. September 1999, Sonderdruck für den Deutschen Bundestag – Referat Öffentlichkeitsarbeit), S. 8, 37.

4 DERS., 15. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2003 (95. Auflage, Stand: 15. Januar 2003), S. 7.

5 *Das Parlament* Nr. 42–43 vom 21./28. Oktober 2002: »181 Neulinge sitzen im 15. Deutschen Bundestag« von Jörn BENDA, dpa; Ebd. Nr. 8 vom 17. Februar 2003: »Der neue ›Kürschner‹ ist da«.

6 Thorsten LÜTHKE/Kai WEBER, *Arbeitshandbuch Bundestag. Abgeordnete, Funktionen, Adressen, Telefonnummern*, Potsdam 2002.

7 *Das Parlament*, Nr. 9 vom 24. Februar 2003: »Der 15. Deutsche Bundestag« von Helmut LÖLHÖFFEL.

Funktionen der Abgeordneten« sowie »Aufbau und Gliederung des Deutschen Bundestages«. Weiterhin enthält es Verzeichnisse der Mitglieder des Präsidiums, Ältestenrats, der Schriftführer, Fraktionen, Ständigen Ausschüsse und anderer Gremien, z. B. der Mitglieder des Vermittlungsausschusses. Darüber hinaus finden sich hier gemäß § 44a des Abgeordnetengesetzes und entsprechend den Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages auch die veröffentlichungspflichtigen Angaben zum vor und während der Mitgliedschaft ausgeübten Beruf, zu Funktionen in Unternehmen, in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, in Vereinen und Stiftungen sowie in Verbänden oder ähnlichen Organisationen. Schließlich werden hier Spenden von einer bestimmten Höhe an publiziert. Beim Erscheinen des Grundwerks für die 14. Wahlperiode lagen »für das Kalenderjahr 1998« solche Anzeigen nicht vor. Die betreffenden Angaben zu den Mitgliedschaften sind übersichtlich und füllen nur in seltenen Fällen mehrere Seiten.

Bei so viel handlich zubereitetem Rohstoff verwundert es, dass der Deutsche Bundestag dem Beispiel anderer Parlamente⁸ nicht gefolgt ist und ein zusammenfassendes historisch-biographisches Handbuch publiziert oder in Auftrag gegeben hat. Das in der Sammlung und Erschließung des Gesamtmaterials unübertroffene »Datenhandbuch« von Peter Schindler⁹ beleuchtet »alle nur denkbaren Aspekte« der fünfzigjährigen Geschichte des Deutschen Bundestages, seiner Organisation, Arbeitsweise und Zusammensetzung detailscharf und benutzerfreundlich. Hinsichtlich der personellen Zusammensetzung des Parlaments nennt der Index des »Datenhandbuches« mit Stand vom 30. April 1999 für alle MdB u. a. die Dauer des Mandats einschließlich der Partei- und Fraktionszugehörigkeit, »wichtige Ämter und Funktionen« sowie im Einzelfall eine Mitgliedschaft im Europäischen Parlament und in der Volkskammer.

Das »Datenhandbuch«, 1983 erstmals erschienen, machte erst recht das Fehlen eines biographischen Handbuches für die deutschen Nationalparlamente und insbesondere für den Deutschen Bundestag bewusst. Der Hinweis auf ver-

8 DER PRÄSIDENT DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.), *50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten*, Düsseldorf 1996. Der Band wurde redaktionell von Dr. Wolfgang Gärtner, Friedhelm Geraedts (verantw.), Klaus-J. Holzapfel, Norbert Korfmacher und Dr. Alois Vogel sowie verlegerisch von der Neuen Darmstädter Verlagsanstalt betreut; die Biographien bearbeiteten Michael Haßenteufel und Norbert Korfmacher. Für das vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtags herausgegebene biographische Handbuch *Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994* zeichnete als Bearbeiterin Barbara SIMON, die Archivarin des Landtags, allein verantwortlich.

9 *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999*, verfaßt und bearb. von Peter SCHINDLER, Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, 3 Bde., Baden-Baden 1999; auch als CD-ROM lieferbar.

gleichbare Sammelwerke nationaler Parlamente des Auslands¹⁰ fruchtete wenig. Der Dank für die mit der Entwicklung einer Forschungskonzeption verbundene »Mühehaltung« allein reichte nicht aus, ein solches Großprojekt für das »Herz unserer Demokratie«¹¹ zu realisieren. Die Marktlücke hatte der Verleger K.G. Saur erkannt. Das Ergebnis dieses verlegerischen Kraftakts steht nicht in der Forschungstradition »kollektiver Biographik«¹². Es zeugt, und das ist gar nicht abwertend gemeint, von der hohen Kunst der Kompilation.

Bis zum Beginn der 13. Wahlperiode 1994 registrierte das »Datenhandbuch« von Schindler 2.808 »verschiedene Abgeordnete«.¹³ Das Biographische Handbuch verzeichnet nun alle Bundestagsabgeordneten von 1949 bis 2002. Wer allerdings die Gesamtzahl wissen möchte, muss die Biographien selbst zählen oder lieber gleich zum Aufsatz von Michael F. Feldkamp greifen, in dem er dieses Geheimnis lüftet: 3.005 verschiedene MdB.¹⁴

Das Vorwort der Herausgeber charakterisiert als wesentliche Leistung des Handbuches nicht zuletzt die Dokumentation »der öffentlich oft wenig wahrgenommenen Arbeit der Abgeordneten in den Ausschüssen«. Die Ungleichgewichtigkeit der einzelnen Artikel resultiert danach aus der »Vielfalt der Lebenswege der Abgeordneten«, die von Abelein, Manfred bis Zywietz, Werner auf 949 Seiten biographisch erfasst werden. 126 Artikel sind namentlich gezeichnet. Unter den insgesamt 72 Autoren finden sich einige ehemalige Akteure, die mit ihren »Kollegen« Gegenstand des Handbuches sind. Das ist im Einzelfall nicht ohne Reiz.¹⁵

10 Vgl. Heinrich BEST/Wilhelm WEEGE, *Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Düsseldorf 1996, S. 13; dort auch weitere Nachweise für amerikanische, englische und französische Sammelwerke.

11 *Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag*, 15. Wahlperiode (wie Anm. 4), S. 9: »Zum Geleit« von Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages.

12 Wilhelm Heinz SCHRÖDER, *Lebenslaufforschung zwischen biographischer Lexikographie und kollektiver Biographik: Überlegungen zu einem »Biographischen Handbuch der Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen bis 1933«* (BIOPARL), in: *Historical Social Research* 31 (1984), S. 38–62. Von diesem projektierten Handbuch ist nur der Auftaktband erschienen; vgl. ergänzend H. BEST/W. WEEGE (wie Anm. 10), S. 15f.

13 Bd. 1, S. 382.

14 ZParl 34 (2003), 1, S. 5–20: Michael F. FELDKAMP, *Deutscher Bundestag 1983 bis 2002/03: Parlaments- und Wahlstatistik*.

15 »Doch solch besondere Zusammenstellungen« – Weggenossen- und Kennerschaft verbindend, so Georg Paul HEFTY (FAZ vom 20. September 2002) – »sind leider die Ausnahme.« Zu diesen Ausnahmen zählt der Parlamentsjournalist die »Paarungen« Jutta Limbach/Ernst Benda, Rita Süßmuth/Antje Vollmer, Gerhard Stoltenberg/Kai-Uwe von Hassel und Hans-Jochen Vogel/Helmut Schmidt. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger konnte bei der Würdigung ihres liberalen Fraktionsgenossen Burkhard Hirsch noch nicht ahnen, dass sich das Ergebnis jahrelanger Ermittlungen der Bonner Staatsanwaltschaft in Sachen »Kanzleramts-Akten« in zwei Worte fassen lässt: »falsch abgeheftet«. Der Artikel zeichnet ein differenziertes Bild dieses »streitbaren Vertreters liberaler Grundsätze«, der im übrigen weiterhin auf seiner Sicht der Dinge beharrt. Dass der »Innenpolitiker« dank sei-

Das Handbuch will in erster Linie informieren, macht es dem Benutzer aber nicht gerade leicht, wesentliche Informationen rasch zu erkennen, von Geburts- und Sterbedaten abgesehen. Vielfach beginnt der biographische Text mit einem Hinweis auf die familiäre Herkunft, die offenbar als bedeutsam für die spätere politische Entwicklung eingeschätzt wurde: »Tochter eines Theaterintendanten und einer Opern- und Operettensängerin, die später Souffleuse wurde«¹⁶ oder »Tochter eines Binnenschiffers und einer Friseur«¹⁷. Es versteht sich von selbst, dass diese Art biographischer Präzision nicht in jedem Fall eingelöst werden kann. Wie aus einer anderen Welt muten die Biographien der wenigen Abgeordneten an, die »einer Arbeiterfamilie« entstammten, ohne selbst »Arbeiter«¹⁸ zu sein. In diesen Fällen mag der Leser vielleicht sogar noch dankbar sein für die Übernahme einer der Standardformulierungen aus dem Volkskammer-Handbuch.¹⁹

Das Redaktionsteam schöpft aus vielen Quellen, den Parlamentshandbüchern und wohl nicht zuletzt dem »Munzinger-Archiv«, das im Literaturverzeichnis aber nicht einmal erwähnt wird. Die Eigenart der Vorlagen führt dazu, dass manch Privates – von einzelnen Abgeordneten im Amtlichen Handbuch vielleicht auch bewusst herausgestellt – im Einzelfall in den Vordergrund tritt, einschließlich der Konfession und der Fruchtbarkeit: »Das Paar bekam vier Kinder.«²⁰ Manches aus dem Amtlichen Handbuch fiel seltsamerweise unter den Tisch, so die Selbstangabe »jüdisch« bei dem »Initiator des Deutsch-Israelischen Vertrages von 1952«²¹ oder, ein weiteres Beispiel, die Deklaration einer eheähnlichen Lebensform²² an der Stelle, wo sonst »led.« oder »verh.« dokumentiert wird. Hinsichtlich der illegitimen Herkunft eines Bundesminis-

ner »Machtstellung« bei der Beratung des Bundesarchivgesetzes vom 6. Januar 1988 für insbesondere dem Steuergeheimnis unterliegende Akten eine »unverkürzbare« 80-jährige Archivschutzfrist durchsetzen konnte, bleibt unerwähnt. Dieses »letzte rechtliche Hindernis für eine lückenlose Erforschung der NS-Gewaltherrschaft« wurde erst durch das Änderungsgesetz vom 5. Juni 2002 beseitigt. Vgl. Klaus OLDENHAGE, *Änderung des Bundesarchivgesetzes beseitigt letzte rechtliche Hindernisse zur Erforschung von NS-Verbrechen*, in: *Der Archivar* 56 (2003), 1, S. 25.

16 Petra Bläss, PDS.

17 Edelgard Bulmahn, SPD.

18 Für die 15. Wahlperiode weisen Franziska DEUTSCH/Suzanne S. SCHÜTTEMAYER, *Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages – 14. Und 15. Wahlperiode*, in: ZParl 34 (2003), 1, S. 21–32, hier S. 27, mehr »Hausfrauen« (4=0,7%) als »Arbeiter« (3=0,5%) nach.

19 *Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode*, Berlin 1987.

20 Karl Arnold und »Liesel Joeres, die Tochter eines Gewerkschafters«; namentlich genannt werden aber nur wenige Ehefrauen, zumindest einmal erst die dritte.

21 Jakob Altmaier, SPD. – Die SPD-Abgeordnete Jeanette Wolff, Überlebende des Holocaust, Mitglied des Zentralrats der Juden, verzichtete auch im Amtlichen Handbuch darauf, durch eine »Konfessionsangabe« ihre Zugehörigkeit zur Jüdischen Gemeinde zu belegen.

22 Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen.

ters weiß das Handbuch mehr als die »amtliche« Biographie, ohne die politische Biographie damit wesentlich zu bereichern.²³

Auch unter politisch-parlamentarischen Gesichtspunkten durchaus mittelmäßige Verwandtschaftsbeziehungen erscheinen in der Regel nicht,²⁴ ausgenommen einige Parlamentarier-Ehen (Beyer/Kurlbaum; Lederer/Gysi) und – auf den Bundestag bezogen – die ohnehin bekannten »Fälle« (z. B. Bernhard und Hans-Jochen Vogel oder Karl und Gottfried Arnold). Abkömmlinge berühmter Vorfahren (»Enkel des Reichskanzlers«) kommen nicht zu kurz. Ein zehnzeiliger genealogischer Vorspann, jedoch ohne parlamentarische Bezüge, ein anderes Beispiel, zeigt einmal mehr, dass gedruckt wurde, was vorgefunden wurde.

Die im Kopf der Biographien genannte Berufsbezeichnung kennzeichnet in der Regel nicht den »Hauptberuf im Sinne der Erwerbsstellung« vor der erstmaligen Annahme eines Bundestagsmandats.²⁵ Die Bezeichnung verweist vielfach auf den erreichten Status (»Gymnasiallehrer«), den »erlernten«, durch Brief oder Diplom bestätigten Beruf. Bei »Juristen« steht in einer Klammer im allgemeinen die spezifische Berufsausprägung. So wird der »Jurist« Adenauer, der vor seiner Wahl zum Bundeskanzler stets als »Oberbürgermeister a.D.« firmierte, als »Rechtsanwalt« und »Verwaltungsbeamter« charakterisiert.

Die Aufzählung »Bibliothekarin, Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin, leitende Angestellte im Bildungsbereich« (Frolinde Balser) zeigt in besonderer Weise den »Wirrwarr aus Studien- und Ausbildungsabschlüssen, Tätigkeitsbezeichnungen und Berufsangaben«,²⁶ der eine zutreffende Verortung vielfach erschwert. Welchen Beruf der oder die Abgeordnete vor, während oder insbesondere auch nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag ausübte, bleibt hier vielfach offen oder in einer zeitlichen Endlosschleife, die ein Grundmuster der »amtlichen« Biographie darstellt und sich auch in der politischen Biographie in unendlichen Variationen wiederfindet. So ist Friedrich Kronen-

23 »Der einer Bauernfamilie entstammende und unehelich geborene H. wuchs in einfachen Verhältnissen bei seinem Großvater« auf. Der Burschenschaftler Hermann Höcherl (»Sohn eines Bauern«, vgl. *Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft* I, 2, 1999) wuchs wie Willy Brandt, »Sohn der ledigen Verkäuferin Martha Frahm«, bei seinem Großvater auf, ohne dass der politische Gegner ihn später mit dieser Herkunft verunglimpft hätte, wie dies Brandt widerfuhr.

24 Genannt seien als Beispiele nur Heinrich und Friedrich Wilhelm Lübke (1951–1954 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein), oder die Bundestagsabgeordneten Otto und Carl Otto Lenz sowie die Europaparlamentarierin Marlene Lenz.

25 Zur Problematik der Selbstangaben der Abgeordneten im Amtlichen Handbuch vgl. Adalbert HESS, *Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages*, in: Hans-Peter SCHNEIDER/Wolfgang ZEH (Hg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/New York 1998, S. 727–756, 735.

26 F. DEUTSCH/S. S. SCHÜTTEMEYER (wie Anm. 18), S. 22.

berg, der inzwischen seinen 70. Geburtstag gefeiert hat, offenbar immer noch Mitglied der CDU, vermutlich aber nicht mehr Mitglied des RCDS, dessen Vorsitzender »er 1958« wurde.

Schule, Ausbildung und Studium, auch Verfolgungs- und Emigrationschicksale – für die Gründerjahre –, Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft werden ausführlich anhand der amtlichen Lebensläufe nacherzählt. Es empfiehlt sich jedoch, auch an anderer Stelle nachzuschauen. Martin Hirsch, später Richter am Bundesverfassungsgericht, »nahm« hier »seit 1941 am Zweiten Weltkrieg teil« und »praktizierte« von 1945 bis 1963 als Rechtsanwalt in Marktredwitz. Im »Munzinger« wird nicht nur der »Kriegsdienst« deutlicher (»Panzerartillerieregiment im Osten«), auch die Flucht der Familie nach Oberfranken findet dort Erwähnung. Bei Akademikern scheint der Titel der Dissertation kursiv im biographischen Fließtext auf, von Ausnahmen abgesehen.²⁷ Die parlamentarische Praxis bestimmte zumindest in einem Fall auch das Thema: »Impulse und Initiativen bezüglich vorschulischer kompensatorischer Erziehung im 7. Deutschen Bundestag 1972–1976« (Jürgen Anbuhl, 1979). Nicht jedem ist das Themenglück so hold wie dem späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss, der den »Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N.« abhandelte.

Der politische Lebensweg hatte für die im Handbuch genannten Männer und Frauen stets ein Ziel: Bonn bzw. Berlin. Im Wahlkreis oder auf der Landesliste gewählt, »kam« oder »saß« man im Bundestag, dessen »Mitglied« man auch sein oder als »Nachrücker« werden konnte. Der Register-Band dokumentiert die Mitgliedschaft »in Tagen«, an denen die Abgeordneten offenbar vor allem in den Ausschüssen des Parlaments tätig waren.

Der lange, mühevollen Tag der Ausschüsse, der Mittwoch²⁸ der Sitzungswochen, füllt und füllt die Biographien. Allein 30.086 Stunden Sitzungszeit zählten die Parlamentsstatistiker für die ständigen Ausschüsse von 1949 bis 2002.²⁹ Die Biographien fädeln Ausschuss an Ausschuss und belegen damit, was es mit einem fleißigen Arbeitsparlament auf sich hat. Der Nachweis der Ausschussmitgliedschaft ist jedoch nur ein Näherungswert für das tatsächliche politische Engagement eines Abgeordneten. Wenn es etwa heißt, dass Heinrich Krone als ordentliches Mitglied des Auswärtigen Ausschusses »arbeitete«, so müsste zur Einschätzung dieser Mitarbeit einschränkend erwähnt werden, dass

27 Im Fall Marion Morgenstern, einer langjährigen »politischen Mitarbeiterin beim Zentralkomitee der SED« wird dagegen nur erwähnt, dass sie »zum Dr. phil. promoviert« wurde und sich habilitierte. Bei Hans Modrow wird das Thema »der außerplanmäßigen Promotion zum Dr. rer. oec. an der Humboldt Universität Berlin« 1966 lediglich paraphrasiert.

28 »Fast rund um die Uhr und parallel tagen die 21 Ausschüsse des Bundestages. Beginn morgens um 8.30 Uhr. Abends brennt oft noch Licht im Paul-Löbe-Haus, wo sich die Sitzungssäle der Ausschüsse befinden.« Vgl. S. Petersen (wie Anm. 4), S. 31f.

29 M. F. FELDKAMP (wie Anm. 14), S. 12.

der CDU-Abgeordnete in der 3. Wahlperiode – bis zum 8. April 1959 (und nicht »seit April 1959«) an keiner Sitzung dieses Gremiums teilgenommen hat. Auch für andere Mitglieder ist diese Mitarbeit kaum messbar. So ergriffen etwa Aenne Brauksiepe und Erwin Welke in keiner der 72 Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses während der 3. Wahlperiode das Wort. Immerhin waren sie dessen Mitglied, und diese Mitgliedschaft ist nun umfassend dokumentiert.

Die entsprechenden personenbezogenen Sammlungen des Parlamentsarchivs, über Jahrzehnte gepflegt, machten es leicht, sich aus dieser Quelle zu bedienen. Vieles hat der Wissenschaftliche Dienst im Laufe der Jahre als Graue Literatur publiziert, wie bei Schindler nachgelesen werden kann; diese Dienstleistung hatte er vergessen oder unterlassen. Die separate Zusammenstellung nach Ausschüssen, 120 Druckseiten im 3. Band, ist jedenfalls eine Dienstleistung, die früher niemand erbracht hat.

Grundsätzlich ist der Benutzer des Handbuches gut beraten, ergänzend das Amtliche Handbuch und das »Munzinger-Archiv« heranzuziehen, das für die meisten Bundestagsabgeordneten Herkunft, Ausbildung, Wirken, Werke, Mitgliedschaften, Familie und Adressen nachweist, und dies in der Regel auch ausführlicher. Ähnlichkeiten sind in diesem Genre stets zufällig. So wird etwa bei Manfred Abelein der Werdegang nahezu deckungsgleich – bis auf den Wortlaut – referiert. Dafür fehlt aber im Handbuch der Hinweis darauf, dass A. »zu den schärfsten Kritikern der Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Koalition« gehörte.

Ein durchgehender Webfehler des Handbuchs dürfte eine banale Erklärung finden: Herausgeber und Redaktionsteam haben einen weiten Bogen um die Stenographischen Berichte gemacht, das Plenum weitgehend als vernachlässigenswert betrachtet. Bei 220.430 Druckseiten³⁰ mochte es klug oder notwendig sein, das Gesamtvorhaben nicht mit einer systematischen Erkundung dieses Papierberges zu verbinden. Immerhin werden gelegentlich einzelne Abgeordnete »als Sprecher« oder »Sprecherin« für ein Fachgebiet charakterisiert. Auch in einem fleißigen Arbeitsparlament wie dem Bundestag gab es schließlich den »ersten großen Auftritt«, die »erste Rede«.

Nur selten fällt einmal Licht auf diese politische Bühne. Von der Bedeutung und Spannung grundsätzlicher Positionen und Auseinandersetzungen, die im Plenum ausgetragen werden, vermitteln die Biographien in der Regel wenig. Bei einem Umfang von 6 Zeilen bis 2 1/2 Spalten je Biographie hätte es jedoch möglich sein sollen, bei Guttenberg etwa dessen Vermächtnisrede vom 27. Mai 1970 zu erwähnen. Das politische Profil des als »arrogant« geltenden Freiherrn, der nur wenige Freunde in der CSU-Landesgruppe hatte, bleibt unscharf.

30 EBD.

Der Artikel, gänzlich blutleer, lässt nicht einmal ahnen, was der glänzende Debattenredner nicht nur an diesem Tag beschwor: das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. Seine Geheimverhandlungen 1962 mit Herbert Wehner über eine große Koalition empfand Franz Josef Strauß als »illoyal« (Renate Höpfinger). Guttenberg, dessen gleichnamiger Enkel drei Jahrzehnte später in den Bundestag gewählt wurde, stimmte 1972 mit einem Häuflein von neun weiteren Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion gegen die Ostverträge.

Natürlich ist es leichter, mit Auszeichnungen und Ehrenzeichen, die auch in den nichtssagenden jährlichen Verzeichnissen der verstorbenen Mitglieder des Bundestages, das politische Porträt grundieren, oberflächlich die Anerkennung politischer Arbeit zu dokumentieren und vor allem Zeilen zu schinden. Sollte der Verlag einmal für die verblichene Volkskammer ein ähnliches Handbuch kompilieren, könnten das »Banner der Arbeit« und die »Verdienstmedaille der DDR« nachgetragen werden.

Eine knappe Personalbibliographie beschließt die Biographie. Die einschlägigen Veröffentlichungen zum Demokratieverständnis notierte bereits Schindler. Weitere Literatur und Hinweise zu einem Depositum oder Nachlass sind im Einzelfall nützlich, oft ergänzungsbedürftig. Vielfach können Informationen umfassender und kostenfrei im Internet abgerufen werden. Die genannten Veröffentlichungen sollen die einzelnen Artikel »vervollständigen«. Quellen und Literatur sind aber ausschließlich schmückendes Beiwerk, nicht Fundament der Einzelbiographie. Die »Verdichtung« der Literatur auf einen Titel, wie bei Helmut Schmidt, ist eher die Ausnahme. In diesem Fall hat der Autor der zitierten Dissertation, Martin Rupp, 2002 »eine politische Biographie« nachgelegt.

Auch Bundestagsabgeordnete werden nicht als Parteimitglied geboren. Ludwig Erhard ist dafür das vielleicht prominenteste Beispiel. »Stimmenmagnet« (Volkhard Laitenberger) seiner Partei von Anfang an, trat er der CDU förmlich jedoch erst als Bundeskanzler 1965 (sic!) bei, so Ludolf Herbst. Manche traten später aus ihrer Partei aus, andere vergaßen, einer Partei einmal beigetreten zu sein oder bestritten dies. So wird für Erhard ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er – ungeachtet einer gewissen Annäherung seiner »wirtschaftspolitischen Auffassungen« an jene der »Nationalsozialisten« – »nie Mitglied der NSDAP« wurde.

Eine gründliche Durchforstung der unter diesem Aspekt einschlägigen Bestände des Bundesarchivs ist bisher unterblieben. Wie ist der »Fall« eines späteren Bundespräsidenten (Karl Carstens) zu bewerten, der »trotz ablehnender Haltung« als Zwanzigjähriger der SA und fünf Jahre später aus Karrieregründen der NSDAP beitrug? War es tatsächlich so oder erledigte sich der Aufnahmeantrag – »auf Druck eines Vorgesetzten« – durch den Einberufungsbefehl? Beide Versionen scheinen plausibel, das *Faktum* im Handbuch (Kai von Jena), die *glückliche Fügung* – unter Bezugnahme auf die Entnazifizierungs-

akten – im Lexikon der Christlichen Demokratie (Wolfgang Wiedemeyer) belegt. Andere (bekannte) Fälle, selbst offensichtlicher Verstrickung und »Mithilfe an den Judenverfolgungen« in den Niederlanden (Hermann Conring), scheinen eindeutiger. Im Kontrast dazu lassen sich anhand der Biographien nun viele Beispiele innerer Distanz und offener Gegnerschaft – verbunden mit Verfolgung und Emigration – finden. Diese »Gemengelage« kennzeichnete den »Neubeginn in Bonn« wie auch in den Ländern. Eine prosopographische Aufarbeitung dieser Vorgeschichte der »Erfolgsstory« steht noch aus.

Im Ungefähren bleibt die Stasi-Verstrickung einzelner Abgeordneter. Ein Antrag auf Überprüfung aller Abgeordneten, Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre auf eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit der DDR fand im Bundestag 1991 keine Mehrheit. Bei 652 freiwilligen Anträgen zur Stasi-Überprüfung endete die Untersuchung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 12. bis 14. Wahlperiode in keinem Fall mit der Feststellung einer hauptamtlichen Tätigkeit oder politischen Verantwortung für die DDR-Staatssicherheit. Gleichwohl klebt der Verdacht der Stasi-Mitarbeit wie Mehltau an mancher Biographie. Inwieweit einzelne Mandatsverzichtete in der 12. Wahlperiode mit der Stasi-Überprüfung »zusammenhängen, kann erst nach Auswertung der »Rosenholz«-Akten geklärt werden.³¹

Die historische Dimension scheint in der Parlamentsstatistik nicht auf. Im Fall Julius Steiner vermerkt die Biographie das Ergebnis eines entsprechenden »strafrechtlichen« Verfahrens nicht. Der Liberale William Borm, selbst Stasi-Opfer, gilt als »eine der Schlüsselfiguren der HVA-Einflusspolitik in der FDP.³² Im Handbuch findet sich dazu nichts. Im Fall Björn Engholm gab eine »amtliche« Nichtbestätigung der empörten Abrede des ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden Gewicht, den das Nachrichtenmagazin »Focus« als Stasi-Agenten entlarvt zu haben glaubte. Schon fast wieder in Frage gestellt wird im Handbuch die Stasi-Verbindung der Skandalfigur Karl Wienand. Ohne Zweifel hatte die Stasi »Bonn im Blick« (Werner Großmann). Andere Dienste waren vielleicht erfolgreicher, wie der Fall des 1961 wegen Landesverrats zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilten Alfred Frenzel (Deckname »Anna«) an-

31 SCHINDLER (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 398. Nach M. F. FELDKAMP (wie Anm. 14), S. 10, wurde in der 13. und 14. Wahlperiode in insgesamt fünf Fällen durch den Ausschuss eine inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt; gleichfalls fünf Überprüfungen in der 12. bis 14. Wahlperiode schlossen mit sonstigen Feststellungen ab. Insgesamt wurden im gleichen Zeitraum acht Überprüfungsverfahren »ohne Antrag beziehungsweise Zustimmung der betroffenen MdB« eröffnet. Die Tabelle ist, wie schon bei Schindler, für die 12. Wahlperiode hinsichtlich der namentlichen Erwähnung im Überprüfungsbericht nicht stimmig.

32 Ehrhart NEUBERT, *Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi*, Freiburg i.Br. 2002, S. 88.

deuten könnte. Immerhin kandidierten auch Günter Guillaume und seine Ehefrau einmal auf einer Landesliste für den Bundestag.

Fast 150 ehemalige Mitglieder der Volkskammer gehörten später dem Deutschen Bundestag an, darunter vier Abgeordnete, die noch als Volkskammerabgeordnete vor/bis 1990 »der Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und der weiteren Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie« gedient hatten. Im Fall der Vera Lengsfeld, die nicht zu diesem »Kleeblatt« zählt, verzeichnet das Handbuch als Beruf des Vaters »Stasi-Offizier«, verliert aber kein Wort zur Stasi-Auskundschaftung durch den eigenen Ehemann (IM »Donald«).

Zu den am 3. Oktober 1990 in den Bundestag entsandten Abgeordneten gehörte auch Joachim Gauck, der einen Tag später das Amt des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR übernahm. Sein Bundestagsmandat fiel damit V. Wollenberger zu, die nach der Scheidung 1994 ihren Geburtsnamen Lengsfeld wieder annahm. Auch Marianne Birthler, Amtsnachfolgerin Gaucks, kam 1990 in den Bundestag. 27 Veröffentlichungen der Autorin Lengsfeld, die eine »Recherche« im Katalog der Bundestagsbibliothek am 1. April 2003 zu Tage förderte, bleiben im Handbuch unerwähnt, darunter die 1992 erschienene »Innenansicht aus Stasi-Akten« (»Viren der Heuchler«) und auch die 2002 veröffentlichten Memoiren »Von nun an ging's bergauf ... Mein Weg zur Freiheit«.

Aus dem »Uniformierten Reichstag« 1933 bis 1945 führte, von Oskar Farny abgesehen, kein Weg in den Bundestag. Für die Behauptung, dass sich der Zentrumspolitiker im Frühjahr 1933 der NSDAP-Fraktion als Hospitant angeschlossen habe, gibt es in den amtlichen Drucksachen keinen Beleg. Weitere Ehemalige blieben mit ihren Bewerbungen auf der Strecke, ausgenommen einige wenige Wiedergänger in den Landtagen von Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.³³

Im zweiten Band enthält das Handbuch ein Personen- und Ortsregister, weiterhin »Listen« – u. a. der »Präsidenten und Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages« –, die Schindlers Datenhandbuch im Einzelnen weiterführend auch nützlich sein können. Darüber hinaus bietet der Index-Band auf manche Fragen Antwort: Im »Set« verzeichnet er Wahlperioden und Wahlergebnisse

33 Martin DÖRING, »Parlamentarischer Arm der Bewegung«. *Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik*, Düsseldorf 2001, S. 464; *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten vor 1933*, bearb. von Joachim LILLA unter Mitarb. von Martin DÖRING und Andreas SCHULZ, Düsseldorf 2003.

und wiederum viele Listen, die Volumen bringen. Wer schließlich wissen möchte, dass Richard Stücklen unter Berücksichtigung der »parlamentslosen« Zeit als Spitzenreiter genau 14.961 »Tage« im Bundestag gesessen hat, wird in einer gut fünfzigseitigen Aufstellung zur Dauer der Mitgliedschaft fündig.

War nun J. Gauck – am anderen Ende dieser »Zeittafel« zu finden – »2« Tage Mitglied oder, wie Schindler dokumentiert, nur einen Tag lang? Gewiss ist das Angebot an zusätzlicher Information alles in allem gut gemeint, aber zugleich ermüdend. Allein die nach Wahlperioden geordnete Übersicht der Ausschüsse und ihrer Mitglieder führt endlich zusammen, was zusammengehört. Hier kommen die Spezialisten, die bei Schindler nur die Spitzenleute finden, voll auf ihre Kosten. Andere dürften die Übersichten kaum vermisst haben. Zweieinhalb Seiten »Corrigenda und Ergänzungen« belegen, wie rasch ein bis in die Gegenwart reichendes Handbuch veraltet. Immerhin führt der Index-Band die Chronik der Veränderungen bis zum Ende der 14. Legislaturperiode fort.

Dank der Initiative eines Verlegers liegt ein Handbuch vor, das alterungsbeständig gedruckt und solide gebunden wurde. Dieser biographische Parla-mentsspiegel ist gewiss nicht das beste aller denkbaren Handbücher, eine eindrucksvolle verlegerische Leistung aber ohne Zweifel. Da der Bundestag weder dieses noch ein anderes Handbuch »wollte«, konnte nur ein mit biographischen Unternehmungen so erfolgreich operierender Verlag das Mammutunternehmen realisieren. Jedenfalls werden auch alle, die von einem anderen Handbuch geträumt und daran gearbeitet haben, dieses Handbuch künftig zu Rate ziehen müssen.

Kanzler und Minister

Das Lexikon »Kanzler und Minister 1949–1998« würdigt in Einzelartikeln 157 Personen – »Prototypen einer politischen Elite par excellence«. Die Einleitung analysiert Rekrutierungskriterien und Entlassungsgründe, bilanziert Leistungen und Fehleinschätzungen der Kabinettsmitglieder. Ein Exkurs ist »den Mitgliedern der letzten Regierung der DDR gewidmet, die das Vertrauen der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR besaß«. Alle Artikel – von Adenauer (Hans-Peter Mensing) bis Zimmermann (Eckhard Jesse) – sind namentlich gezeichnet. 70 Autoren, ausschließlich Wissenschaftler, haben die einzelnen Beiträge geschrieben. Als »Lesebuch« wie als »Nachschlagewerk« führt der Sammelband »ein halbes Jahrhundert Politikwirklichkeit« durch die Biographien »von ehemaligen Gestaltern deutscher Politik« vor Augen sowie auf zwanzig leider »gestürzten« Bildseiten auch deren Köpfe, von der ersten Regierung Adenauer bis zur fünften und letzten Regierung Kohl.

Eine übersichtliche Zeittafel ist jeder Biographie vorangestellt. Jeder Artikel schließt mit einer knappen bibliographischen Annotation. Anhänge dokumentieren die Zusammensetzung der 13 Kabinette 1949 bis 1998, die Wahl der Bundeskanzler und in einer alphabetischen Übersicht der Ministerien die Bundesminister – in chronologischer Abfolge – sowie die Amtszeiten der Bundeskanzler und Bundesminister auf der Grundlage des »Datenhandbuchs« von Peter Schindler. Auf weitere Literatur verweist die knappe abschließende Übersicht.

Mit 157 Regierungsmitgliedern in knapp 50 Jahren zeichnet sich die »Bonner Republik« im europäischen Vergleich durch »eine außergewöhnliche Stabilität aus«. 26 Minister gehörten bei ihrer Berufung nicht dem Bundestag an, nur drei »weder zuvor noch später«. Drei Bundesminister zogen nach ihrer Wahl zum Bundespräsidenten in die Villa Hammerschmidt ein. Nur eine Minderheit konnte sich – in der »Ministerschule« – als Parlamentarischer Staatssekretär für ein Ministeramt qualifizieren.

70 Bundesminister – mehr als die Hälfte – kamen aus den Reihen der CDU und CSU sowie einige Parteiwechsler, zudem die Bundeskanzler Konrad Adenauer, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl. Kanzleramtsminister Westrick trat offiziell nie der CDU bei. Erhard »vollzog diesen Schritt erst kurz vor (sic!) seiner Kanzlerschaft«. Der Artikel selbst erwähnt das belanglose Datum aber nicht. Ein Zeichen der Stabilität ist auch die geringe Zahl der »Parteiwechsel« unter den Bundesministern. So verzeichnete die CDU vier Zugänge und einen Abgang (G. Heinemann). Für »Ehemalige« gab es in der Regel kein Comeback. Zu den Ausnahmen zählen neben Heinemann u. a. Franz Josef Strauß und Walter Scheel.

Aufgrund von »Affären« mussten nur wenige Minister ihren Hut nehmen, zwei traten wegen ihrer »Tätigkeit im Dritten Reich« schließlich zurück: Theodor Oberländer und Hans Krüger. Kurt Georg Kiesinger verklagte Beate Klarsfeld, die ihn 1968 »unter dreimaligem Ruf ›Nazi‹, ›Nazi‹, ›Nazi‹ öffentlich« geohrfeigt hatte. Als Wahlkreiskandidatin trat sie ein Jahr später dem Bundeskanzler erfolglos politisch entgegen.

Für das Amtsverständnis konnten die Herausgeber die Ergebnisse einer Befragung der ehemaligen Bundesminister auswerten. Die »Ministerantworten« berühren die Rolle der Ressortchefs als »Befehlshaber in ihren Häusern« und als »Ratsherr« im Bundeskabinett, entsprechend einer Charakterisierung von Theodor Eschenburg. Im Rückblick ist viel Weisheit eingeschlossen: »Es war nicht sehr schön, wenn man Probleme mit Kollegen hatte« (Ernst Benda). So überrascht es auch nicht, dass »eine erhebliche« Anzahl von »Ex-Ministern« aus dieser Distanz den »Begriff der Kanzlerdemokratie« für wenig angemessen erachtet: Heiner Geißler wird »die zutreffende, die hauptsächlichen Machtfaktoren integrierende Formel ›Kanzler- und Koalitionsdemokratie« zuge-

schrieben.³⁴ Ein zuverlässiges Register, das die vielfältigen Personen- und Sachbezüge in der Einleitung und den Beiträgen benutzerfreundlich erschlossen hätte, fehlt leider.

Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland

Das Lexikon wurde als »vorwiegend praktisches Nachschlagewerk« konzipiert. Ein einleitender Essay von Winfried Becker, sieben den Gesamtzeitraum von 1870 bis 2000 abdeckende Übersichtsartikel aus der Feder der Herausgeber und weiterer Autoren (Brigitte Kaff, Hans-Otto Kleinmann, Horst Möller und Karl Schmitt) und ein der »CDU in der DDR« gewidmeter Beitrag von Manfred Agethen orientieren über »Geschichte und Politik der christlich-demokratischen Bewegung in Deutschland«. Den Überblick erleichtert eine auch in der grafischen Umsetzung gelungene Zeittafel.

Die spezifische »Problematik« eines solchen Handbuches – »Auswahl und Kürze« – wird im Vorwort thematisiert: Es durfte nur einen Band geben. So mussten die biographischen Artikel (Umfang 240 Seiten) klassifiziert werden – »in kurze, mittlere und längere«. Das Grundinformationsangebot hat darunter nicht gelitten. Der Band trägt die Handschrift der Herausgeber und einer kleinen Redaktion, die alle Artikel überarbeitete und in die vereinbarte Form brachte.

Das »Biographische Lexikon« mit rund 350 Artikeln enthält Lebensdaten und Würdigungen wichtiger Politiker, die ein Partei- oder Regierungsamt innehatten, sowie Gewerkschafter und Publizisten, von Adenauer über Brüning, Kohl, Merkel, Stoiber und Windthorst bis Zimmermann. Den einzelnen Biographien vorgeschaltet ist ein Absatz mit chronologisch geordneten Kerndaten. Jeder Artikel endet in der Regel mit einem Literatur- und Bestandsnachweis, der weitere Recherchemöglichkeiten eröffnet oder verspricht. Die Konfession wird durchgängig vermerkt. Weitere Angaben zum »Familienstand« sind eher »zufällig«, im Einzelfall aufschlussreich. So wird der »streitbare« erste Bun-

34 *Kanzler und Minister*, S. 80; Hans Peter MENSING (EBD. S. 95) weist unter Bezugnahme auf eine Analyse, die Adenauer 1958 »Staatssekretär Globke zuleitete«, darauf hin, dass der Begriff der »Kanzlerdemokratie« im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik »Wandlungen unterworfen« war. – Im *Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages* fasst Henning KÖHLER die Quintessenz im ersten Satz seines Artikels zusammen: »A. hat die parlamentarische Demokratie in der modifizierten Form der Kanzlerdemokratie in Deutschland heimisch gemacht«. – Nach Hans-Peter SCHWARZ (*Lexikon der Christlichen Demokratie*, S. 172: »Die Erfindung der Kanzlerdemokratie«) hat A. die im Grundgesetz angelegten »institutionellen Voraussetzungen« nur »maximal ausgeschöpft«, dank der »Doppelmacht« als Bundeskanzler und Parteivorsitzender, der »weniger auf Kompromisse und den Konsens als auf Konflikte setzte«: »So gewöhnte er auch die damals noch stärker als später autoritäts-fixierte deutsche Öffentlichkeit daran, daß Demokratie und Regierungsautorität keine Gegensätze sind, sondern sich idealiter ergänzen.«

desminister für Familienfragen, zu dessen familienpolitischen Leistungen u. a. die Einführung des Kindergeldes, des »Wuermeling-Passes« und des »Honnefer Modells« zählen, als »Vater von fünf Kindern« charakterisiert.

Dem biographischen Teil folgt ein Sachlexikon (noch 50 Seiten umfangreicher), das mit seinen Stichworten zur »christlich-demokratischen Bewegung« über Politikfelder und Begriffe, über Werte, Institutionen und Organisationen informiert, von »Abendland« (Heinz Hürten) bis »Zukunft« (Hermann Lübke). Weitere Übersichten und Tabellen finden sich im Anhang: Parteitage, Landesversammlungen, Programme, Mitgliederentwicklung, Präsidenten und Kanzler, Vorsitzende und Generalsekretäre, Wahlen und Regierungsbildungen von 1871 bis 2002.

Fünf der acht Bundespräsidenten und fünf der sieben Bundeskanzler sind mit einem ausführlichen biographischen Artikel vertreten. Ein übersichtlich gegliedertes Literaturverzeichnis sowie getrennte Personen- und Sachregister ergänzen und erschließen dieses Nachschlagewerk, an dem 230 Autoren mitgewirkt haben, unter ihnen ein halbes Dutzend ehemaliger Akteure. Nur zwei dieser Autoren fanden selbst Aufnahme: Ernst Benda, 1984–1996 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, und Josef Stingl, 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit; beide waren über mehrere Legislaturperioden Mitglied des Bundestages.

Zu den weiblichen Mandatsträgern – insgesamt weniger als ein Zehntel der knapp 150 Biographien – zählen die ehemaligen Zentrums Politikerinnen Helene Weber (»Politik und Caritas«, R. Morsey) und Helene Wessel, die »erste Frau an der Spitze einer deutschen Partei«, der neutralistischen Gesamtdeutschen Volkspartei. Elisabeth Schwarzhaupt wurde nach einer »Demonstration« von vier CDU-Parlamentarierinnen vor dem Palais Schaumburg 1961 mit dem neugeschaffenen Bundesgesundheitsministerium betraut. Die Kabinettsitzungen pflegte Adenauer auch weiterhin mit einem trockenen »Meine Herren« einzuleiten, woran die erste »Frau Minister« keinen Anstoß nahm. Hannarene Laurien, die selbst 1976 als erste Frau das Kultusressort in Rheinland-Pfalz übernahm, würdigt die Leistung der »fachfremd« berufenen Kirchenjuristin.

Aus dem Kreis der ehemaligen DDR-Bürger und späteren Mandatsträger im Bundestag ist hier neben Lothar de Maizière, dem letzten Ministerpräsidenten der DDR, noch der Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann (»DDR-Bürgerrechtler«) zu nennen, der zunächst zur SPD tendierte. Von den neun im Lexikon vertretenen »ostdeutschen« Ministerpräsidenten haben nur zwei erfolgreiche »Westimporte« – Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel – auch dem Bundestag angehört. Vogel, der am längsten amtierende Ministerpräsident der Bundesrepublik, war aber keineswegs »der einzige, der zwei Länder regiert hat«. Aufgrund der Flurbereinigung im Südwesten kamen auch Gebhard Müller, im Lexikon mit einem Artikel vertreten, und der erzliberale Reinhold Mai-

er zur Ehre der »Doppelregentschaft«, wenn diese »Fälle« auch gewiss nicht vergleichbar sind.

Bei den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen und Karl Arnold wird die Mitgliedschaft im Bundestag nicht erwähnt. Als Bundestagsabgeordneter ist der »eloquente Nationalliberale« und Ritterkreuzträger Erich Mende, 1960 bis 1968 FDP-Parteivorsitzender und nach seinem Parteiwechsel von 1970 bis 1990 CDU-Mandatsträger, mit einem Artikel präsent. Bei jeder Auswahl wird der Benutzer auch einmal vergeblich suchen, hier etwa nach Fritz Hellwig oder Günther Henle, um zwei Namen aus dem Wirtschaftsumfeld der CDU zu nennen.

Das Lexikon ist ein Beleg dafür, dass eine klare wissenschaftliche Konzeption am Beginn eines Handbuchprojektes stehen sollte. Nach dem gelungenen Auftakt ist dem Unternehmen eine Fortsetzung mit dem Ziel eines umfassenden biographischen Handbuchs der christlich-demokratischen Bewegung zu wünschen.

Konservatives Milieu in Vorpommern am Beispiel der Universitätsstadt Greifswald

Bemerkungen zu einem Buch von Helge Matthiesen

Von Günter Wirth

Wenn man davon ausgehen muss, dass es hinsichtlich der Entwicklungsprozesse im Bürgertum, zumal im konservativen Bürgertum im Osten Deutschlands, in den letzten hundert Jahren viele ungelöst gebliebene, wissenschaftlich nicht ausreichend analysierte, dafür aber mit agitatorischen Losungen überfrachtete Probleme gibt, ist man in einer komfortablen Situation, auf ein Buch hinweisen zu können, das eine Schneise in dieses Dickicht von Problemen gehauen und vor allem der Frage von Kontinuität und Diskontinuität, Brüchen in der Bürgerlichkeit Ostdeutschlands seine Aufmerksamkeit gewidmet hat.¹

In der Würdigung dieser bemerkenswerten Veröffentlichung geht es mir allerdings weniger um die politologischen Modellierungen, die der Verfasser im Interesse einer akademischen Arbeit vorgenommen hat, obwohl diese auch für den dieser Disziplin nicht unmittelbar Verpflichteten aufschlussreich genug sind. Es geht eher um die Wertung und Würdigung des historischen Materials und des Personennetzwerks, die von Matthiesen vorgestellt werden. Wenn der Verfasser bei aller Betonung der Brüche in seiner Schlussbetrachtung darauf verweist, dass die Greifswalder »Wähler der CDU 1990 eine Gemeinsamkeit mit den Wählern der DNVP 1919 und auch mit den Konservativen der Wahlen von 1912 verband«, dann hat er dafür auf 680 Seiten die hierfür verantwortlichen Ursachen herausgearbeitet, insbesondere ein regionalgeschichtlich prägendes pommersches Milieu, die ebenso konservative wie weltoffene Kirchlichkeit, die Intensität des bildungsbürgerlichen Beziehungsgeflechts in der Stadt, meist in Verbindung stehend mit dem Mittelstand und seinen Vereinigungen.

Nimmt man Matthiesens Diktum aus seiner Schlussbetrachtung auf, so würde dieses mit anderen Worten bedeuten, dass die CDU 1990 in Greifswald (und nicht nur dort) nicht oder jedenfalls nicht allein wegen der D-Mark gewählt worden ist, die DDR-CDU also als bloßes Substitut der CDU von Hel-

¹ Helge MATTHIESEN, Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 122). Düsseldorf 2000, 764 S.

mut Kohl. Nein, Matthiesen macht mit Blick auf seinen Untersuchungsbereich klar, dass diese Partei einige eigenständige Elemente in sich vereinigte, die sie jenseits des »Blockflöten«-Konzerts kenntlich werden ließ: »Die Christdemokraten hatten ihre Substanz bewahrt...«. Sie wären von einer »tieferen Fundierung« geprägt gewesen, die mit der Religion und der Kirchenbindung zusammenhing. Auch für diese Thesen, die gewiss (noch) nicht zur *opinio communis* gehören, hat Matthiesen genügend erhellendes Material bereitgestellt – übrigens auch in der Gegenüberstellung von CDU und der in Greifswald dank des Petershagen-Mythos² nicht gerade erfolglosen NDPD, die indes auch hier wie überall in der DDR 1990 sang- und klanglos verschwand. An dieser Stelle wäre Matthiesen allerdings insofern zu modifizieren, als seine in Greifswald erhobenen Befunde einer gewissen Monopolisierung des Einflusses auf den Mittelstand durch die NDPD seit den frühen fünfziger Jahren für den Gesamtbereich der DDR nicht verifiziert werden können. Vor allem im Sächsischen und Thüringischen hatte die CDU starke mittelständische Positionen, und schließlich ist die spektakulärste Erscheinung der Mittelstandspolitik in der DDR, die Staatsbeteiligung an Privatbetrieben, mit der CDU verbunden.

Wenn ich auf Matthiesens Buch nachdrücklich hinweise, dann freilich in erster Linie wegen der in ihm ausgiebig behandelten hochschulpolitischen Sachverhalte, und zu diesen gehört allerdings auch die hier angedeutete parteipolitische Problematik, die in Greifswald auf eigene Weise mit der hochschulpolitischen verflochten war. Mehr noch: Es sind gerade sie, an denen Matthiesen in seinem voluminösen Werk die Kontinuitäten und Brüche im Milieu der konservativen oder – im weiteren Sinne – der bürgerlichen Gelehrten an der Greifswalder Universität verdeutlichen kann. Diese wird zwar immer wieder, so auch an manchen Stellen in diesem Buch, als eine nicht so bedeutende Universität hingestellt, eine Feststellung, die gerade im Zusammenhang mit der das konservative bildungsbürgerliche Milieu Greifswalds prägenden Theologischen Fakultät zu relativieren ist. Man braucht nur ein Stichwort zu nennen: »Greifswalder Schule« in der Zeit der letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts. Hinsichtlich der übergreifenden, Kontinuität markierenden Zusammenhänge politischen Engagements bürgerlicher Gelehrter in Greifswald kann Matthiesen auf den konservativen Protagonisten vor 1914, den Geographen Curschmann, ebenso verweisen wie auf deutsch-nationale Ordinarien wie den Chirurgen Pels-Leusden, den Direktor der Universitätsbibliothek Luther und die Theologen Deißner, Glawe, von der Goltz und Schultze

2 Oberst Rudolf Petershagen übergab 1945 die Stadt Greifswald kampflos den sowjetischen Truppen. Nach Inhaftierung in der Bundesrepublik Deutschland wurde er Mitte der 50er Jahre als Held propagandistisch aufgebaut. R. PETERSHAGEN, *Gewissen in Aufruhr*, Berlin-Ost 1957.

sowie – und dies vor allem – den Nationalökonom Kähler, der als Abgeordneter und zeitweiliger preußischer Kultusminister wirksam war. Den konservativen Radius überschreitend ist Matthiesen in der Lage, die Tatsache zu würdigen, dass in der Zeit vor 1933 eine quantitativ und qualitativ nicht unbeträchtliche Plejade linksbürgerlicher, der DDP verpflichteter Professoren (Ludwig Bergsträsser, der Jurist Klingmüller und der Kunsthistoriker Semrau) in Greifswald lehrten, und mit dem Theologen Dunkmann war der seltene Fall der Orientierung auf eine überkonfessionelle christlich-demokratische Parteiung verbunden.

Wir bekommen also einen respektablen personellen Hintergrund für die dann folgenden Auseinandersetzungen in der Zeit von 1933 bis 1945 geschildert, die in Matthiesens Darstellung darin gipfeln, dass es zumal konservative Professoren der Greifswalder Universität waren (unter ihnen der damalige Rektor Carl Engel, der dann in der DDR als Spezialist für die Zuckerkrankheit überregional bekannte Mediziner Katsch und der – freilich nicht als konservativ einzustufende – Theologe Lohmeyer), die Oberst Petershagen zur kampflosen Übergabe der Stadt drängten.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn Matthiesen im folgenden herausarbeiten kann, dass sich schon im Juni 1945 in Greifswald eine gesamtbürgerliche Demokratische Partei formierte (also aus früheren Parteigängern der DNVP, DVP, DDP und des Zentrums sowie bisher parteilose Gewesenen) – und dies zumal auf Initiative von Universitätsprofessoren und Gymnasiallehrern. Unter den Universitätsprofessoren nennt der Autor vor allem den Neutestamentler Ernst Lohmeyer, der vom NS-Regime aus Breslau nach Greifswald strafversetzt worden war, den Historiker Ulrich Noack, den Physiker Rudolf Seeliger, die Germanisten Leopold Magon und Bruno Markwardt, den Nationalökonom Anton Fleck sowie die Gymnasialdirektoren Ernst Jenssen und Paul Hoffmann. Er hätte auch die an anderer Stelle erwähnten Professoren Serge von Bubnoff (Geologie) und Georg Blohm (Landwirtschaftswissenschaften) als frühe Mitglieder der Partei hinzufügen können.

Matthiesen stellt diese Parteigründung als originär greifswaldisch dar, was sie so zweifellos auch war. Es gab indes einen analogen Vorgang in Leipzig, wo im Frühsommer 1945 ebenfalls eine Demokratische Partei entstand, auch hier mit Unterstützung von einigen Universitätslehrern wie dem evangelischen Theologen Alfred Dedo Müller und dem katholischen Historiker Karl Buchheim, vor allem aber vom Handelsbürgertum der Stadt.

Als die Sowjetische Militäradministration, die ursprünglich ja die lokalen bürgerlichen Parteigründungen lizenziert hatte (für die CDU habe ich vier verschiedene Typen: CDU, Christlich-Soziale Partei, Zentrum und Demokratische Partei nachweisen können), im Herbst 1945 darauf drängte, dass sich für die gesamte SBZ ein einheitliches Parteiensystem bildete, ging in Leipzig die Mehrheit der Demokratischen Partei zur LDP, die Minderheit zur CDU. In

Greifswald blieb demgegenüber die übergroße Mehrheit angesichts ihrer prägenden christlichen Orientierung zunächst bei der CDU – eine Sezession zur LDP war numerisch gegenstandslos, da diese Partei nach den Untersuchungen Matthiesens damals als Partei der Umsiedler, der Vertriebenen galt. 1946 lösten sich aber einige wichtige Exponenten der CDU, die mehr linksbürgerliche als christlich-konservative Positionen vertraten, von der Partei und gingen vor oder nach den Wahlen 1946 zur SED – unter ihnen der Vorsitzende und 1945 alsbald zum Oberbürgermeister avancierte Paul Hoffmann, der auf diese Weise noch einige Zeit Oberbürgermeister bleiben konnte; überdies erhielt er eine Pädagogik-Professur.

Andererseits musste die junge Partei Anfang 1946, unmittelbar vor Wiedereröffnung der Universität, die Verhaftung des designierten Rektors Ernst Lohmeyer hinnehmen. Dieser Fall ist wiederholt dargestellt, die entsprechenden Veröffentlichungen sind in »hochschule ost«³ zur Kenntnis gebracht worden. Ein anderer Parteigründer, Ulrich Noack, erhielt eine Berufung als Berater des hessischen Ministerpräsidenten Geiler; später wurde er Professor in Würzburg und machte mit zahlreichen politischen Initiativen Ende der vierziger Jahre (»Nauheimer Kreis«) von sich reden.

Die Spitzenposition in der Greifswalder CDU übernahm Oberstudiendirektor Ernst Jenssen, ein früheres DVP-Mitglied, der später Professor für Angewandte Theologie an der Universität wurde, und das Rektorat ging an Professor Rudolf Seeliger, einen angesehenen und aus einer alten Gelehrtenfamilie stammenden Physiker (sein Vater war der berühmte Astronom Hugo Ritter von Seeliger), der wie auch der dann an die Humboldt-Universität zu Berlin berufene Geologe von Bubnoff früh den Nationalpreis erhalten hat. Mit Serge von Bubnoff, einem Bruder des Heidelberger Religionsphilosophen Nikolai von Bubnoff, war übrigens ein russisch-orthodoxer Christ CDU-Mitglied geworden, mit Leopold Magon ein Katholik, der vor 1933 dem Zentrum angehört hatte und auch in DDR-Zeiten (später als Berliner Ordinarius und Abteilungsleiter in der Akademie der Wissenschaften) seine Kontakte zur Görres-Gesellschaft katholischer Akademiker aufrecht erhielt. Das heißt, dass in dem damals protestantisch dominierten Greifswald die CDU durchaus ökumenische Züge aufwies. Es ist nun sehr interessant, und dies ist mit Blick auf die Wahlerfolge der CDU 1990 in Greifswald in der Tat relevant, dass die CDU nicht nur in der Übergangszeit bis 1948/49, sondern auch in der Folgezeit nicht ohne Einfluss in der Universität blieb. Hierfür war in erster Linie die Tatsache verantwortlich, dass Ernst Jenssen als Kreisvorsitzender und als Professor an der Theologischen Fakultät eine quantitativ überhaupt nicht messbare Ausstrahlung an Integrität und Integrationskraft besaß, die ihm – zumal als Gesprächs-

³ »hochschule ost«, *politisch-akademisches Journal aus Ostdeutschland*, Universität Leipzig; seit 2002: »hochschule«, Universität Halle-Wittenberg.

partner des damaligen Bischofs von Scheven – auch dann noch Möglichkeiten des Engagements bot, als sie (nach 1950) objektiv kaum noch vorhanden schienen. Es kam als merkwürdiger Umstand hinzu, dass 1950 der bisherige Neutestamentler an der Hallenser Martin-Luther-Universität und CDU-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Erich Fascher, nach Greifswald strafversetzt wurde, mit dem ein politisch und kulturpolitisch umtriebiger Gelehrter an die Ernst-Moritz-Arndt-Universität kam, der bis zu seiner Berufung nach Berlin in der Theologischen Fakultät eigene Akzente setzen konnte – auch gegenüber Studenten, die im Umkreis der CDU-Hochschulgruppe zu finden waren (und diese existierte, um 1950 von Reinmar Tschirch, dem Sohn des Greifswalder Germanisten Fritz Tschirch, geleitet, entgegen Matthiesen bis 1954). Zu den damals der CDU angehörenden Theologieprofessoren gehörte weiterhin Wilhelm Koepp, der nicht unumstritten war.

Matthiesen gewinnt auch der Tätigkeit von Gerhard Kehnscherper als Nachfolger von Ernst Jessen auf dem Lehrstuhl für Angewandte Theologie und als CDU-Kreisvorsitzender (in dieser Funktion gab es allerdings das Interregnum mit dem Direktor der Greifswalder Sparkasse) positive Züge ab. Er hätte in diesem Zusammenhang überdies auf kulturelle Initiativen Kehnscherpers hinweisen können, die in den sechziger, siebziger Jahren ziemlich singulär waren, vor allem auf die Abhaltung regelmäßiger »Greifswalder Kulturtage« unter der Ägide der CDU. Ich erinnere mich auch, von ihm zu einem sehr gut besuchten Vortrag in die Fakultät eingeladen worden zu sein – mit dem Thema: Das christliche Menschenbild bei Böll und Bobrowski.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass CDU-Mitglieder auch außerhalb der Theologischen Fakultät Positionen innehatten, im Umfeld der Naturwissenschaften nicht nur der von Matthiesen namentlich erwähnte Leiter des »Forschungsinstituts Insel Riems«, Heinz Röhrer, sondern auch die Biologen Franz Fukarek und Mauritius Dittrich und der mit zahlreichen Veröffentlichungen hervorgetretene Kunsthistoriker Zaske, nicht zuletzt der Geograph Alfred Gmolka, der 1990 Ministerpräsident werden sollte.

Um dies noch hinzuzufügen: In den achtziger Jahren waren an der Theologischen Fakultät der Alttestamentler Hans Jürgen Zobel, der Kirchenhistoriker Hans-Günter Leder und der praktische Theologe Günter Kehnscherper Mitglieder der CDU, und 1990 wurde mit Zobel erstmalig wieder ein CDU-Mitglied Rektor der Universität.

Es ist für mich ebenso überraschend wie erfreulich, dass Matthiesen diese auf die CDU zu beziehenden hochschulpolitischen Sachverhalte sehr genau herausgearbeitet hat, dies zumal im Kontext des von ihm gewählten methodischen Ansatzes, Kontinuitäten und Brüche im konservativen Bürgertum zu analysieren. Allerdings hat er damit den Radius seiner Arbeit insofern eingeschränkt, als er mit der Akzentsetzung auf den Konservatismus andere Strö-

mungen von Bürgerlichkeit weitgehend ausgeblendet ließ (freilich nicht die von ihm gewürdigten linksbürgerlichen Gelehrten der zwanziger Jahre).

So nennt Matthiesen zwar an einer Stelle den Philosophen Günther Jacoby, aber er verzichtet darauf herauszustellen, dass mit ihm, dem bedeutenden Ontologen, fast der einzige bürgerliche Philosoph in einem Ordinariat an einer DDR-Universität verblieb. 1955 wurde Jacoby, zwar schon im hohen Alter, dann doch trotz seiner Loyalität zwangspensioniert, als er in einer Denkschrift die Situation der Philosophie in der DDR der Kritik unterzogen hatte. Die geistig-politische Situation in Greifswald in den frühen DDR-Jahren zu beschreiben, ohne die spezifische Position Jacobys und seiner Schüler – sozusagen zwischen Konservatismus und Marxismus-Leninismus – zu würdigen, ist in der Tat gleichbedeutend mit der angedeuteten Verkürzung des Radius der Arbeit von Matthiesen. Zu den Schülern Jacobys (und Seeligers) gehörte Ende der vierziger Jahre im übrigen ein CDU-Mitglied, das damals schon mit Veröffentlichungen in der CDU-Presse und im »Forum« auf sich aufmerksam gemacht hatte, der spätere theoretische Physiker an der TU Dresden, Hans-Georg Schöpf, der sich wiederholt zu Grenzfragen zwischen Glaube und Vernunft, Wissenschaft und Theologie geäußert hat.

Ebenfalls nur marginal erwähnt Matthiesen den systematischen Theologen Rudolf Hermann, nach 1945 immerhin Prorektor der Universität und ein mit Vertretern aller wissenschaftlichen Disziplinen in einem intensiven und schöpferischen Diskurs stehender eigenständiger Theologe. Daher konnte Hermann als Organisator und Inspirator der jährlichen Tagungen der »Luther-Akademie« in einer für die DDR geradezu spektakulären Weise Theologen und bürgerliche Natur- und Geisteswissenschaftler im freien Dialog zusammenführen. In Matthiesens Darstellung des Konservativen gehörte Hermann insofern im engeren Sinne, als er gleichsam der »Beichtvater« des konservativen protestantischen Schriftstellers Jochen Klepper war.

Matthiesen hätte auch den Alttestamentler Alfred Jepsen nicht übergehen sollen, einen schon von seinem Habitus und Konventionen her konservativen Gelehrten, der in Verbindung mit dem Gustaf-Dalman-Institut der Theologischen Fakultät der engagierte Vertreter eines höchst bemerkenswerten Erbes der Erforschung der jüdischen Religionsgeschichte war. Auch Gustaf Dalman ist nicht ins Visier Matthiesens gekommen, der 1855 in Niesky geborene und 1941 in Herrnhut verstorbene Alttestamentler und Religionswissenschaftler, der 1902 bis 1916 erster Direktor des Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaften in Jerusalem und anschließend – bis 1923 – Professor in Greifswald war und dessen Bedeutung für die Wissenschaft des Judentums nicht nur von protestantischer, sondern gerade auch von jüdischer Seite gewürdigt worden ist. Auch das gehört zum konservativen Greifswald.

Schließlich kann nicht die Bedeutung des Greifswalder Neutestamentlers Werner Schmauch übersehen werden. Aus der Dahlemer Ecke der Bekennen-

den Kirche kommend, hatte sich Schmauch seit Mitte der fünfziger Jahre im Engagement für Koexistenz und ein »neues Ethos« im Zusammenleben der Völker verzehrt. Als führende Persönlichkeit der Prager Christlichen Friedenskonferenz (CFK), zu deren Gründern er 1958 gehörte hatte, zog er zahlreiche ökumenische Aktivitäten nach Greifswald.

Wenn es solche bürgerliche Professoren waren, die »dem Land ein wenig akademischen Glanz und internationale Anerkennung« vermittelten, mag das eine noch einigermaßen zutreffende Formulierung sein. Dies mit scheinbaren Privilegien zu verbinden und daraus die Schlussfolgerung zu ziehen: »Die Wissenschaftler waren ganz offensichtlich käuflich«, ist indes unhaltbar.

Diese Hinweise haben nichts mit einer Schmälerung des herausragenden Verdienstes der Arbeit von Matthiesen zu tun –, im Gegenteil, sie sollen nur andeuten, in welche Richtung möglicherweise ein Ausbau einschlägiger Forschungsarbeiten sich ergeben könnte. Dies übrigens auch in einer genaueren Untersuchung von Materialien aus dem konfessionell marginalen, geistig-politisch aber durchaus bemerkenswerten katholischen Umfeld, wenn ich an den Buchhändler Singlstein denke und an einige der genannten CDU-Dozenten, bis hin zu Gomolka.

Ein Aspekt von Matthiesens Buch ist nun freilich doch als problematisch zu behandeln, nämlich das Quellen- und Literaturverzeichnis, das sage und schreibe 53 Seiten umfasst und alle wichtigen Vertreter der altbundesdeutschen Politologie, Soziologie und Historiographie mit bibliographischer Akkuratess (Falter mit 10, Kocka sogar mit 14 Titeln) vereinigt, unabhängig davon, wie Matthiesen im einzelnen von diesen Arbeiten Gebrauch gemacht hat. Um ein bezeichnendes Beispiel aus literarischem Umfeld aufzugreifen: Matthiesen führt den Titel »Jugend« des in Greifswald geborenen Schriftstellers Wolfgang Koeppen an, ohne in seinem Buch hierauf substantiell zurückzukommen. Einen relevanten Teil machen die nach der Wende erschienenen Greifswald-Bücher aus, unter ihnen die aus kirchenhistorischer Sicht von Norbert Buske und Martin Onnasch.

Das eigentlich Problematische dieser Rubrik betrifft die Literatur, die in der DDR erschienen ist: Hier finden sich zwar zahlreiche Arbeiten, die marxistische Gesellschaftswissenschaftler, zumal aus Greifswald, als Verfasser haben. Es fehlen aber oft genug Veröffentlichungen, die sich auf Persönlichkeiten beziehen bzw. von Persönlichkeiten stammen, die Gegenstand in Matthiesens Darstellung sind, damit also (was entscheidend ist) Veröffentlichungen, die der Verfasser so oder so zur Verifizierung seiner Position hätte heranziehen können. Dabei handelt es sich vor allem um »bürgerliche« Publikationen! So taucht der Name des Greifswalder Bischofs Friedrich Wilhelm Krummacher im Literaturverzeichnis überhaupt nicht auf, obwohl er zahlreiche Sammlungen von Predigten und Aufsätzen vorgelegt hat, darunter »Gottes bunte Gna-

de«, Berlin 1973. Auch die zum 60. Geburtstag des Bischofs am 3. August 1961 veröffentlichte Festgabe »Gemeinde Gottes in dieser Welt« hat der Verfasser nicht zur Kenntnis genommen, obwohl einer der Herausgeber, Werner Rautenberg, langjähriger pommerscher Synodalpräses, eine ausgeprägte und einflussreiche konservative Führungsgestalt in Greifswald war (zusammen mit den bei Matthiesen auch nicht erwähnten Oberkonsistorialräten Woelcke und Faißt). So gibt es in dieser Rubrik wie im Text auch keinen Hinweis auf die von Krummacher vorgenommene Sammlung seiner Predigten, Ansprachen und Aufsätze aus seiner Zeit im Nationalkomitee »Freies Deutschland« 1944/45, die zum »20. Jahrestag der Befreiung« 1965 erschien, zusammen mit einem Aufsatz des Bischofs aus den »Zeichen der Zeit« 4/1965, in dem es – den historischen Ertrag zeitgenössisch einfordernd – u.a. hieß: »Sie (die Mitarbeiter im NKFD) waren ... bereit, einer dem anderen gegenüber Respekt vor abweichenden politischen, gesellschaftlichen, weltanschaulichen und glaubensmäßigen Überzeugungen zu erweisen. Nur in innerer Freiheit und gegenseitigem Respekt war es möglich, Menschen so verschiedener Herkunft zum gemeinsamen Kampf ... zusammenzufassen.« Dieses Buch – ich trug als seinerzeitiger Cheflektor des Union Verlags die Verantwortung – war (und das ist für die Topoi des Buches von Matthiesen nicht ganz uninteressant) aus internen Absprachen zwischen Walter Ulbricht, Gerald Götting und dem Bischof zustande gekommen.

Analoges betrifft Erich Fascher. 1957 erschien dessen Vortrag auf der Veranstaltung der Theologischen Fakultät zur 500-Jahr-Feier der Universität, der seinerzeit viel Aufsehen hervorgerufen hatte, in einer separaten Veröffentlichung des Union Verlags. Thema dieses Vortrags war »500 Jahre Christentum«, und da konnte man Sätze lesen wie diese: »Wer keine Kirchen bauen wollte, würde am Ende die Zuchthäuser vermehren müssen. ... Es ist auf die Dauer kein tragbarer Zustand, dass Kinder christlicher Eltern in der materialistischen Geschichtsauffassung unterwiesen werden, während das nicht-christliche Kind nichts davon zu wissen braucht, warum ein christliches Kind anders denken muss.« Am Schluss seines Vortrags hatte Fascher den Atheisten zugerufen: »Sucht nicht nur das Gespräch mit unseren westdeutschen Brüdern, sucht es erst einmal mit euren eigenen christlichen Mitbürgern. Wenn ihr mit denen nicht verständigt redet, die mit euch im gleichen Staate leben, wie wollt ihr euch mit denen verständigen, die jenseits der Grenze leben? Und wie soll der Wunsch nach Koexistenz den Millionen von Christen in Westdeutschland glaubwürdig erscheinen, wenn diese Koexistenz nicht zuvor im eigenen Staatswesen und seiner Gesellschaftsordnung beispielhaft verwirklicht wird!«

Zuvor wurde Faschers Vortrag zum 80. Geburtstag Albert Schweitzers auf einer zentralen Veranstaltung der CDU in Züssow im Januar 1955 in einer CDU-Publikation vorgelegt. Führende Persönlichkeiten der CDU, der Kirche

und der Theologischen Fakultät trafen bei dieser Gelegenheit als Gäste von Superintendent Liesenhoff zusammen.

Oder nehmen wir Ernst Jenssen: 1966 kam beim Union Verlag sein »Buch der Anmerkungen« heraus: »Menschen und Zeiten«. In meinem Nachwort bestimmte ich die geistig-politische Position Ernst Jenssens mit den Begriffen »konservative Gesinnung und christliche Sittlichkeit«, also mit zentralen Begriffen von Matthiesens Studie, freilich mit Begründungen, die heute womöglich als »systemkonform« eingestuft werden könnten, die aber andererseits gerade von da aus verdeutlichen, wie diese moralische Autorität konservativer Prägung in der DDR und in der DDR-CDU ihren Platz fand und behielt.

Auch hinsichtlich der bei Matthiesen genannten Pfarrer liegen bemerkenswerte Veröffentlichungen aus DDR-Zeiten vor, zu Gottfried Holtz etwa oder zu dem katholischen Märtyrer Alfons Maria Wachsmann. Von Konrad Kob, Pfarrer an St. Marien, wurde 1964 in der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin sein Bericht als Urlaubspfarrer »Acht Wochen auf Capri« herausgebracht, 1973 folgte sein »Kleines Waldenserbuch – Erlebtes und Erfahrenes« – Zeichen dafür, welche Möglichkeiten für ökumenisches Engagement trotz allem vorhanden waren.

Schließlich sei wenigstens darauf verwiesen, dass das von Matthiesen im Literaturverzeichnis genannte, in den späten sechziger Jahren herausgekommene Greifswald-Buch nicht nur von R. Biederstedt, sondern vor allem auch von Gustav Erdmann verfasst ist, von einem Markwardt-Schüler, der sich später mit Editionen von Ernst Moritz Arndt und vor allem von Gerhart Hauptmann einen Namen gemacht hat. Mit Greifswald sind weiterhin seine Veröffentlichung über die Ernst-Moritz-Arndt-Universität und ihre Institute von 1959 und das von ihm herausgegebene Buch des Hiddenseepastors Arnold Gustavs verbunden. Erdmann war jahrelang Lektor des Union Verlages.

Im Blick auf das von Matthiesen immer von neuem thematisierte Grundproblem von Kontinuität und Brüchen im konservativen Bürgertum hat er an mehreren Stellen seines Buchs hierfür paradigmatisch sozusagen »familiäre Fälle« anführen können. Ein solcher Fall ist der des als Regionalkirchenhistoriker schon vor, erst recht nach der Wende hervorgetretenen, und vor und nach der Wende in der CDU aktiven Pfarrers Dr. Norbert Buske, der mit einer Enkelin des deutschnationalen Medizinprofessors Pels-Leusden verheiratet ist. Der weitreichendste Fall ist allerdings der der Großfamilie Kähler: Wilhelm Kähler, der Greifswalder Nationalökonom und Abgeordnete, war Bruder des Stettiner Generalsuperintendenten Walther Kähler. Von 1954 bis 1978 lehrte Ernst Kähler, der 1914 geborene Sohn Walther Käblers, an der Greifswalder Theologischen Fakultät; er ist vor allem mit reformationsgeschichtlichen Arbeiten hervorgetreten. Verheiratet war Ernst Kähler mit einer Tochter des bekannten, auch ökumenisch und kulturell engagierten Freiburger Superintendenten Arndt

von Kirchbach und dessen Frau Esther geb. von Carlowitz, einer bekannten Schriftstellerin und Publizistin aus dem »Eckart«-Kreis. Einer der Söhne Ernst Käblers, Christoph Kähler, lehrte am Leipziger Missionsseminar, nach der Wende finden wir ihn an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig; heute ist er Thüringer Landesbischof. Ein anderer Sohn, Georg Kähler, ist Arzt und gehörte in das Umfeld der CFK.

Matthiesen erwähnt, dass Ernst Kähler sich in Greifswald massiv gegen die Einführung des Marxismus-Leninismus-Unterrichts an der Fakultät gewehrt und später – Zeichen der Neuorientierung eines Konservativen im Verhältnis zur Sozialdemokratie – mit Brandts Ostpolitik sympathisiert habe (hierbei dürfte freilich die nationale Komponente ausschlaggebend gewesen sein). Aus Klemperers Nachkriegstagebüchern, die Matthiesen für seine Arbeit noch nicht zur Verfügung standen, die aber bei der Fortführung derartiger Forschung gebührend heranzuziehen wären, wissen wir, dass Ernst Kähler im September 1955 einen Brief an Klemperer geschrieben hat, in dem er dessen Vorstöße zur Sicherung des Lateinunterrichts in der DDR unterstützte.⁴ Über Walter Kähler hat Trude Richter, Exponentin des Bundes proletarischer Schriftsteller vor 1933 und spätere Leipziger Germanistin, in ihrem Erinnerungsband »Die Plakette« berichtet, was sie dem Kirchenmann an philosophischen Kenntnissen verdanke. Und als Ludwig Renn, der kommunistische Aristokrat, von den Nationalsozialisten verhaftet wurde, solidarisierte sich die protestantische Aristokratin Esther von Kirchbach mit ihm.

Zweifellos ist es einerseits das konservativ-christliche Beziehungsgeflecht, das über Brüche Kontinuität zu sichern vermochte. Es musste aber andererseits ein Wertbewusstsein – man spricht nicht zufällig vom »Wertkonservativen« – vorhanden sein, das so stark war, das sich das Geflecht nach außen und nach vorn öffnen konnte. Es sind solche und viele andere Einsichten – verbunden mit der Vermittlung immenser Kenntnisse –, die wir Matthiesens Buch verdanken. Es könnte hinzugefügt werden, dass die von ihm bearbeitete Thematik auch für andere Städte der ehemaligen DDR – auf je eigene Weise – aufgenommen worden ist, für Potsdam, Halle und Magdeburg.⁵

4 Victor KLEMPERER, *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950–1959*, hg. v. Walter NOWOJSKI, Berlin 1999, S. 509.

5 Günter WIRTH, *Der andere Geist von Potsdam*, Frankfurt/M. 2000; Thomas GROSSBÖLTING, *Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle*, Halle/Saale 2001.

Abstracts*

Winfried Becker: Christian Faith and Politics. On the change of the relationship between faith and politics in Germany (pp. 1–22)

This essay deals with the changing relationships existing between religion and politics from the Middle Ages to the present. While the impact of secularization and the amalgamation of nationalist and dynastic feeling with the forces of Protestantism contributed to the formation of Catholic parties in Germany, the Christian forces of this country were not united and, hence, assumed a relatively minor position: they were unable to prevent the emergence of a totalitarian state. Nevertheless representatives of the Christian denominations met in the resistance movement against National Socialism. Their return to fundamental principles and the roots of a culture formed by Christian traditions influenced many institutions of the Federal Republic, even the constitution. For many reasons, as the author will show, the preservation and further development of dialogue and cooperation between the secular and the religious is desirable in today's Germany.

Joachim Scholtyseck: Anti-Americanism in the course of German history (pp. 23–42)

The author looks into the specifically German anti-American criticism paired with feelings of anti-democratic resentments during four stages of the 20th century. The political conflict with the USA started with the First World War, the disappointed German population judged the failure of Wilson's Fourteen Points as a failure of liberal democracy. Conservatives and nationalists dismissed the modernisation of industry, technology, culture and society starting from the USA during the »roaring twenties« as a kind of shallow mass culture. The Nationalist Socialist regime, which was open to technical progress, but propagated racism and anti-democracy, condemned the USA after entering the war. During the Cold War the United States were seen as a nuclear protecting power and – with the exception of persons living in the past – the American-western cultural exchange was approved of. During the middle of the 1960s the left-wingers' anti-Americanism became, triggered off by the war in Vietnam, vicious, it tied up to stereotypes propagated by the German Communist Party and the GDR's anti-American propaganda. In the end the ambivalent attitude towards the United States of America goes back to Hegel's approach, the contrast between education and human mind on the one hand and technology and natural science on the other hand.

Bernhard Forster: A christian-nationalist politician between assemblage and restriction: Adam Stegerwald and the grand coalition at the beginning of the Weimar republic (pp. 43–73)

Adam Stegerwald (1874–1945), chairman of the Christian Trade Unions and of the German Labor Federation (DGB), deputy of the German Centre Party in the Reichstag and the Prussian parliament, was one of the most influential personalities of the emerging Weimar Re-

* Translated by Denise Lindsay

public. Gathering all political and socio-economic powers in the Reich was his main political intention during the period of crisis between 1920 and 1923 – particularly in the »Zentralarbeitsgemeinschaft« of employers and labor associations and in the grand coalition of Centre Party, German People's Party (DVP), German Democratic Party (DDP) and Social Democratic Party of Germany (SPD) in the Reich and in Prussia. By this way he hoped to create the »Volksgemeinschaft« in Germany. Based on new researches, the author corrects the idea of Stegerwald as a representative of the Centre Party's right wing and describes his enormous political influence at the beginning of the Weimar Republic.

Daniela Rütther: Freiburg economists on their way into the resistance movement. The latest findings on the role of the »Professors' Committee« of 1939 (pp. 75–94)

The so called »Professors' Committee« of 1939, a board of economists, which after the outbreak of the war furnished an expert opinion for the »Reichswirtschaftsminister« (secretary of state for trade and industry) concerning the financing of war, which criticised the adopted economic policy harshly, is up to now known only as a short chapter in the »Freiburg Circles« (Freiburger Kreise) history of resistance. Newly found sources are going to illustrate the committee's founding and background. In doing so conceptions which were up to now valid are going to be revised. It becomes apparent that this temporary advisory committee became very important for the resistance activities of the economists belonging to the »Freiburg Circles«. With the committee's help its members came into contact with prominent figures belonging to the resistance movement of July, 20th 1944, who asked their advice and included them in their planning.

Erik Lommatzsch: Hans Globke and National Socialism. A draft (pp. 95–128)

Hans Globke (1898–1973), from 1953 up to 1963 minister of State at the Federal Chancellery, has been often criticised during the post-war period for his career under the rule of National Socialism. The author analyses this civil servant's activities during this period of time in three different ways: to begin with he describes his occupation at the Reich's Ministry of the Interior (his last position was Senior Legal Secretary), then his precise field of duty and the possibility of exerting his influence on the legislation and his participation in commenting the Nuremberg race laws. In doing so the often used argument that Globke tried to help persecuted persons by taking a moderating influence on the National Socialist legislative is pursued. Finally Globke's oppositional attitude and his contacts to the resistance movement will be illustrated.

Rudolf Morsey: Andreas Hermes. A Christian Democrat during the first and second German democracy (pp. 129–149)

The internationally renown agricultural expert Andreas Hermes (1878–1964) was in charge of the Reich's agricultural ministry (1920–1922) and of the ministry of finance (1922/23). The politician belonging to the Centre Party and being President of the Federation of German (Christian) Agricultural Associations and of the »Raiffeisenverband« was dismissed in 1933 and worked from 1936 to 1939 as agricultural advisor in Colombia. Hermes survived Hitler's regime although he was arrested and convicted of high treason in 1944. In 1945 having co-

founded the Christian-Democratic Union and being its chairman in Berlin and the Soviet occupation zone he was dismissed by the new rulers. From 1946 on he organised the German Agricultural Association and the »Raiffeisenverband« which he chaired up to 1954 respectively 1961.

Wolfgang G. Schwanitz: Adenauer's ambassador to Cairo. The secret peace negotiations between Egypt and Israel in 1953 (pp. 151–171)

Most secret records that were classified for 50 years offer unique insights into the year 1953, during which the Cold War unfolded in the Middle East. Bonn had to face diverse challenges: the agreement of restitution with Israel had provoked the threat of an Arab boycott and the Egyptians suggested to develop the project of the Aswan High Dam with German companies. The »German national question« was highly topical and East and West German envoys competed with each other. The new Egyptian government did ask the German ambassador Dr. Günther Pawelke on April 4, 1953 to explore with the utmost discretion a peace agreement with Israel. Following a number of cables between Bonn and the team that accompanied Chancellor Konrad Adenauer for his meeting with president Eisenhower, Bonn officially conveyed Egypt's peace message to the Israelis 24 days later. But Israel did never respond. What would have happened, if Israel had taken Abd an-Nasirs peace offer seriously?

Daniela Gniss: Eugen Gerstenmaier: A Politician Borne by Christian Conviction (pp. 173–192)

Without a doubt Eugen Gerstenmaier, born in 1906 in Kirchheim/Teck, was one of the most significant politicians of the post-war era in Germany. He is especially remembered for his work as President of the Bundestag (federal parliament) for almost 15 years. In addition to his work as the second highest ranking politician, the eloquent Gerstenmaier greatly influenced his party – the Christian Democratic Union (CDU). As a deputy party chairman, a member of both the party executive and the party executive committee he belonged to the inner ruling circle of the CDU. But the influence of the former chairman of the Foreign Committee of the Bundestag and Adenauer-confidant cast a wide net, even outside his party. As a member of the Protestant synod and initiator of the Protestant relief organisation (Evangelisches Hilfswerk) Gerstenmaier had a considerable following amongst a big part of the German protestant population. Despite his powerful position, controversy always surrounded the Swabian theologian and even amongst his political friends, critics targeted his distinct individuality.

Norbert Grube: »Schröder's winning chances are rising« – »Erhard's chances are on the increase«. Political consulting by opinion poll during the decision-making process on the succession of Federal Chancellor Adenauer in the spring of 1963 (pp. 193–223)

The importance of the surveys' influence by EMNID and the »Institut für Demoskopie Allensbach« (IfD) on the nomination of Ludwig Erhard as the Federal Chancellor's successor by the CDU/CSU's parliamentary fraction on April, 23 1963 was up to now hardly noticed. Strategically planned publications of EMNID data which showed a growing acceptance for

Erhard and which were presented as a kind of plebiscite, consolidated Erhard's reputation as being the favourite for Konrad Adenauer's succession. The IfD on the other hand established a growing support for Gerhard Schröder's chancellorship. Erich Peter Neumann, political advisor at Allensbach, pleaded in informal talks for Schröder's chancellorship and for a honorable leave-taking of Konrad Adenauer, but his efforts remained, in view of the media dominated public relations campaign for Erhard, unsuccessful.

Ansbert Baumann: Kurt Georg Kiesinger – A friend of France? (pp. 225–253)

Kurt Georg Kiesinger's work as an envoy for cultural affairs is one of the lesser known aspects of his political biography. The office was created as a result of the Elysée Treaty, which envisaged someone appointed in approval with the federal states as a counterpart for the consultations with the French Education Secretary. In June 1963 Kiesinger was elected as an envoy and stayed in office up to his election as Federal Chancellor in December 1966. During his term of office he consequently advocated the rights of the federal states and made decisions on the general frame-work of the envoy's position which are still valid.

Werner Link: From Eurosclerosis to the Maastricht Treaty. An Introduction (pp. 255–260)

After giving an explanatory statement as to the choice and temporary classification of the topic some problems are going to be named, which are – from the moderator's point of view – extremely relevant to the discussion of the following statements and of Helmut Kohl's contribution: the role of leading persons in Europolitics, especially the role of Helmut Kohl, and the importance of predetermined conditions, the continuity of the direction taken by German Europolitics, the relationship between continuity and change, the relationship between Europolitics and the policy pursued towards the USA, the integrative balance in the European community, and – last but not least – the question of the irreversibility of European unification as raised by Helmut Kohl, a question that is hard to answer at the beginning of a new era of Euro- and world politics.

Andreas Wirsching: Stages on the road to Maastricht (pp. 261–273)

The way, which from the middle of the 1980s on was leading up to Maastricht, could be compared with a spectacular »relance européenne«, which does not need to be afraid of being compared to other peaks of the European integration process. This contribution inquires in addition to the politicians' personal actions also about the specific structural conditions of this process. Four different major problems respectively exigencies, which all were asking for an European solution, will be discussed. It concerns in detail defence, economic, financial and also unification problems. Finally the idea of a special myth of the European unification, which was very powerful during the 1980s, will be discussed. Against the background of the war experience this myth presented a powerful explanation in the way of a »grand tale«, which made the process of unification seem irreversible and without an alternative.

Ulrich Lappenküper: German Europolitics in between the »Genscher-Colombo-Proposal« and the passing of the Single European Act (1981–1986) (pp. 275–294)

After years of stagnation the process of European unification was in 1981 given fresh impetus by the Foreign secretaries Hans-Dietrich Genscher and Emilio Colombo. About four years later the »Genscher-Colombo-Proposal«, launched by both, led to the Single European Act (SEA). Contrary to statements made in literature, for most part of the way neither supranational nor transnational protagonists, but the national protagonists of the European Community were the ones accountable for the achievements. Mainly responsible for the success reached in 1986 was the federal government led by Helmut Kohl. Chiefly involved in drafting the »Stuttgart Declaration« and, by co-operating with France, in forming the »Dooge Committee«, it supported the convention of an intergovernmental conference to formulate the SEA. The more the committee went into detail the more defensive the federal government acted, because the functional departments were only up to a point inclined to support the position formulated by the Federal Chancellery and the Foreign office.

Hanns Jürgen Küsters: German-French Europolitics during the process of German Unification (pp. 295–309)

Three problems dominated the German-French Europolitics in 1989/90: establishing an intergovernmental conference on the second stage of the economic and monetary union, the federal government's package deal of linking the negotiations on the institutional reforms of the EC to the aim of a political union and adjusting the process of the European integration to the process of German unity. The Federal Chancellor's constant affirmation to advance the European integration, gave necessary assurance to his partners in the European Community. Helmut Kohl's policy – abandoning the German Mark in return for Mitterrand's agreeing to the breakthrough in questions of the European political union – was only partly achieved. After the Western powers' consent to the German unity, the federal government was unable to get further support by France for institutional reforms of the European Community.

To Mitterrand the bonding of the German financial and economic power was an important, if not the decisive factor for his agreeing to the unification.

Daniel Hildebrand: Herbert Gruhl and the ecological protest movement (pp. 327–334)

During its formation phase in the 1970s the ecological protest movement was closely connected with the personality of Herbert Gruhl. The member of Parliament presented his theses concerning the change of the outdated industrial society to a wider audience during the big debate on environment protection in 1970. He called for a renunciation of the idea of growth and advocated a kind of rent capitalism as a desirable economic system. In 1978 Gruhl left the Christian-Democratic Union, soon after that he quarrelled with the Green Party, founded in 1980, and in 1990 left the Ecological Democratic Party, founded by himself. Gruhl's occupation during the 1980s up to his death in 1992 was mainly journalistic.

Gerhard Wettig: Bonn's »new Ostpolitik« and the dialogue between SPD and SED as seen by the then partners from the GDR (p. 335–349)

The building of the Berlin wall became a turning point in German post-war politics. A unification in freedom was for the moment not to be reckoned with. Furthermore the human solidarity of the divided nation was at risk. The objective of the »new Ostpolitik« was to maintain it without giving up the claim to unity, this was achieved by the pressure Moscow put on the GDR and its growing dependence on material help from Bonn. The account of Karl Seidel, one of the Eastern negotiators at the inner-German negotiations from 1972 up to 1989, shows how much East Berlin resented this basis of transaction on which it was committed. Rolf Reißig and Erich Hahn examine this »second Ostpolitik«, during which the SPD tried to close ranks with the SED in the second half of the 1980s against the western concept of deterrence, which led her to hope in vain that the regime might be transformed democratically and which, on the other hand, encouraged within the party a turning away from the dogmatic line.

Stefan Donth: The enforcement of the Communist dictatorship in the Soviet sphere of influence (pp. 351–357)

The authors describe the process of establishing the communist dictatorship in those parts of Europe, which were occupied in 1945 by the Red army. The Soviet zone of occupation presents a special case, as the consolidation of institutional powers took place over a longer period of time compared to other regions belonging to the Soviet sphere of influence. By using the Christian-Democratic Union and the Caritas as an example the authors shows the degree, stages and methods of confrontation used in the conflict between these important opponents of the communist dictatorship and its system of rule.

Martin Schumacher: Members of parliament, chancellors and ministers. A history of the Bundestag as mirrored in recent historical and biographical publications (pp. 359–374)

A comprehensive historical and biographical compendium of the German national parliaments is still a thing to be desired. The important source for parliamentary personal history are still the directories and compendiums edited by the parliaments themselves. The »Biographical compendium of the members of the Bundestag« now provides access to all biographies of those who have been members of parliament from 1949 up to 2002. The entries are mostly based on the »official« biographies. The encyclopaedia »Chancellors and ministers« pays, in short essays, tribute to the persons who formed the »Republic of Bonn«, all in all 157 persons of contemporary history. The »Encyclopaedia of Christian democracy in Germany« contains about 150 biographies of prominent mandate holders, mostly belonging to the CDU and CSU parties.

Günther Wirth: Conservative society in West Pomerania as represented exemplarily by the university city of Greifswald. Comments on a book by Helge Matthiesen (pp. 375–384)

The voluminous scholarly piece by Matthiesen »Greifswald in West Pomerania. Conservative society during the Wilhelmine empire, democracy and dictatorship 1900–1990« (Düsseldorf 2000), which describes and analyses continuity and disruption in the mainly protestant educated classes in a sophisticated way, is the object of further discussion. The aspect of party politics and intellectual imprint will be, considering the Christian-Democratic Union's huge election victory in 1990 – which the party was able to repeat (practically unique for one of the new federal states) in 2002 – discussed and different families will be presented as an example. The thesis that the CDU was able to keep its relatively independent character by placing emphasis on the »high C« will be underlined by presenting characteristic examples. Finally there will be some suggestions given how the work on this subject – which has been dealt with, in a different way, for the cities of Halle/Saale, Magdeburg and Potsdam – might be continued.

Résumés*

Winfried Becker: Foi chrétienne et politique. De l'évolution des rapports entre religion et politique en Allemagne (pages 1 à 22)

Cet essai traite de l'évolution des relations entre religion et politique du moyen-âge à nos jours. Des relations marquées par le dialogue et les oppositions, après qu'en 1648, les confessions se soient inscrites dans un ordre juridique plaçant en retrait les différents religieux. Ces relations ont évolué avec la laïcisation de la société. Au XIX^{ème} siècle sont apparus des partis catholiques, qui s'élevaient non seulement contre de l'église nationale protestante, mais aussi contre la tendance croissante à l'identification de la nation à la dynastie des Hohenzollern et au protestantisme. Le statut minoritaire des forces politiques d'obédience chrétienne s'est poursuivi sous la République de Weimar, et elles n'ont donc pas été en mesure d'empêcher l'avènement d'un régime totalitaire. Pourtant, des représentants des confessions chrétiennes se retrouvèrent côte à côte dans la résistance contre le national-socialisme. Leur recentrage sur les valeurs fondamentales et les racines d'une culture marquée par les traditions chrétiennes eut des répercussions sur bien des institutions de la République fédérale d'Allemagne, jusque dans la Loi fondamentale. Les défis de la laïcité du monde contemporain rendent indispensable le dialogue et la coopération entre l'église et l'Etat, entre la foi et la politique.

Joachim Scholtyseck: L'antiaméricanisme dans l'histoire allemande (pages 23 à 42)

L'auteur examine la critique anti-américaine spécifiquement allemande chargée de ressentiments et de relents antidémocratiques au cours de quatre phases du XX^{ème} siècle. La confrontation politique aux Etats-Unis a débuté avec la première guerre mondiale, les Allemands, déçus, considérant l'échec du Plan Wilson en 14 points comme une faillite de la démocratie libérale. La modernisation de l'industrie, des technologies, de la culture et de la société, partie des Etats-Unis au cours des »roaring twenties«, fut rejetée par les forces conservatrices nationales, qui n'y voyaient qu'une culture de masse insipide. Le régime nazi, qui se montrait ouvert à l'encontre du progrès technique, mais prônait le racisme et rejetait la démocratie, diabolisa les Etats-Unis après l'entrée en guerre. Pendant la guerre froide, les Etats-Unis furent perçus comme la puissance nucléaire protectrice, et le transfert des cultures américaine et occidentale fut approuvé de tous, exception faire des éternels nostalgiques. L'antiaméricanisme de la gauche, déclenché au milieu des années 60 par la guerre du Vietnam, fut virulent, et se raccrocha aux stéréotypes du parti communiste allemand et de la propagande anti-américaine de la RDA. L'attitude ambivalente vis à vis de l'Amérique repose au fond sur la dialectique »hégélienne«, l'opposition entre l'éducation et l'esprit d'une part, la technologie et les sciences exactes d'autre part.

* Traduit de l'allemand par Pierre Richard

Bernhard Forster: Un homme politique national-chrétien entre récollection et démarcation: Adam Stegerwald et la grande coalition aux débuts de la République de Weimar (pages 43 à 73)

Adam Stegerwald (1874–1945), président des syndicats chrétiens et de la «Confédération allemande des syndicats» (DGB), nationale-chrétienne, député du parti du centre au Reichstag et au Landtag prussien, fit partie des personnalités les plus influentes de la jeune République de Weimar après 1919. Son principal objectif, dans les années de crise, jusqu'en 1923, a consisté à réunir par delà les frontières partisans toutes les forces politiques et de la société, ce qui a débouché sur son engagement pour l'équilibre entre les partenaires sociaux et la grande coalition allant du DVP au SPD. En se basant sur les résultats des recherches les plus récentes, l'auteur décrit les tentatives de Stegerwald pour mettre en place la grande coalition dans l'empire et en Prusse, et réaliser ainsi la «communauté populaire». Ce-faisant, l'auteur parvient non seulement à relativiser l'image couramment répandue d'un Stegerwald, archétype de l'aile droite du centre, mais aussi à retracer son rôle politique, jusqu'alors à peine reconnu, dans les débuts de la République de Weimar.

Daniela Rütther: Les économistes nationaux de Fribourg sur la voie de la résistance. Nouvelles révélations sur le rôle du «comité des professeurs» de 1939 (pages 75 à 94)

Le cénacle de scientifiques, baptisé «comité des professeurs», qui, en 1939, élaborait une analyse sur le financement de la guerre pour le ministère de l'économie du Reich, après le déclenchement du conflit, dénonçant sévèrement les choix économiques faits par l'Allemagne, est connu jusqu'ici comme un bref épisode de l'histoire de la résistance dans les milieux d'opposition fribourgeois. De nouvelles sources documentaires offrent un nouvel éclairage sur la naissance et l'histoire de ce comité. Elles permettent notamment de remodeler et d'élargir nos connaissances actuelles sur des points décisifs. Il en ressort de façon flagrante que cet organe temporaire de consultation politique tenait un rôle décisif dans les activités d'opposition des économistes nationaux dans les milieux fribourgeois: C'est par le comité des professeurs que les Fribourgeois sont entrés en contact avec le cercle restreint des conspirateurs du 20 juillet 1944, qui firent ensuite appel à leurs conseils d'experts dans les préparatifs et les planifications.

Erik Lommatzsch: Hans Globke et le national-socialisme. Une esquisse (pages 95 à 128)

Hans Globke (1898–1973), qui fut secrétaire d'Etat à la Chancellerie de 1953 à 1963, a souvent subi le feu de la critique pour son activité professionnelle pendant la dictature national-socialiste. L'auteur examine cette activité au cours des dites-années selon trois aspects: Il décrit dans un premier temps la carrière du juriste de l'administration, achevée au poste de conseiller ministériel au ministère de l'Intérieur du Reich, puis ses compétences réelles et l'influence qu'il a pu avoir sur la législation ainsi que sa participation au commentaire des lois de Nuremberg. L'auteur examine l'argumentation selon lequel Globke se serait efforcé d'adoucir la législation national-socialiste au bénéfice des personnes persécutées. La troisième partie présente l'attitude de Globke dans l'opposition et ses contacts avec les milieux de la résistance.

Rudolf Morsey: Andreas Hermes. Un chrétien démocrate dans la première et la deuxième démocraties allemandes (pages 129 à 149)

Expert agronome de renommée internationale, Andreas Hermes (1878–1964) dirigea de 1920 à 1922 le ministère de l’Agriculture et en 1922/1923 le ministère des Finances du Reich. Cet homme politique du centre, président de l’union des associations des agriculteurs (chrétiens) allemands et de la fédération des caisses d’épargne mutualistes Raiffeisen fut limogé en 1933, et travailla de 1936 à 1939 comme conseiller économique en Colombie. Arrêté et condamné à mort en 1944 pour «haute trahison», Hermes survécut au régime hitlérien. Cofondateur en 1945 de la CDUD et premier président à Berlin et dans la zone soviétique, il fut congédié par le nouveau pouvoir. A partir de 1946, depuis Godesberg, il instaura la fédération des agriculteurs allemands et la fédération de crédit mutuel Raiffeisen, qu’il dirigea respectivement jusqu’en 1954 et 1961.

Wolfgang G. Schwantz: L’ambassadeur d’Adenauer au Caire. La médiation secrète pour la paix entre Israël et l’Egypte en 1953 (pages 151 à 171)

Une affaire tenue strictement secrète pendant cinquante ans offre un regard unique sur l’année 1953, au cours de laquelle la guerre froide a commencé à s’installer au Proche-Orient. Bonn devait faire face à de multiples défis. Du fait de l’accord de réparations, l’Allemagne risquait le boycott des pays arabes dans la région. Les Egyptiens voulaient construire le barrage d’Assouan avec des entreprises allemandes. A cela s’ajoutait la question de la Nation allemande, et la rivalité entre les envoyés des représentations des deux Allemagnes. La nouvelle direction égyptienne pria l’ambassadeur d’Allemagne, Günther Pawelke, le 4 avril 1953 de sonder secrètement les dispositions d’Israël vis-à-vis d’un plan de paix. Après quelques télégrammes échangés avec le cabinet qui accompagnait le Chancelier fédéral Konrad Adenauer aux Etats-Unis pour sa rencontre avec le Président Eisenhower, Bonn transmit 24 jours plus tard le message de paix des Egyptiens à l’Etat hébreux. Mais il n’y eut pas de réponse. Que serait-il advenu si Israël avait alors pris Nasser aux mots?

Daniela Gniss: Eugen Gerstenmaier: Homme politique par conviction chrétienne (pages 173 à 192)

Il est incontestable qu’Eugen Gerstenmaier, né en 1906 à Kirchheim/Teck, compte parmi les personnalités les plus influentes de l’après-guerre allemande. Le monde se souvient en particulier des presque quinze années pendant lesquelles il occupa les fonctions de Président du Bundestag. Par delà son action en tant que deuxième personnage de l’Etat, l’éloquent Gerstenmaier, en qualité de vice-président du parti, membre du bureau du groupe parlementaire et du comité exécutif du parti, appartenait au cercle restreint des dirigeants de la CDU/CSU. Mais la parole du président de la commission des Affaires Etrangères, intime d’Adenauer au début des années cinquante, portait au-delà des limites des partis de l’Union. En tant que membre du synode de l’église évangélique d’Allemagne et initiateur de l’œuvre évangélique, Gerstenmaier était également une personnalité écoutée par une grande partie des protestants allemands. Pourtant, le théologien Souabe, avec sa personnalité tranchée, était également contesté jusque dans ses propres rangs.

Norbert Grube: »Les chances de Schröder augmentent« – »perspectives en progrès pour Erhard«. Analyse politique des sondages avant la décision pour la succession de Konrad Adenauer à la Chancellerie au printemps 1963 (pages 193 à 223)

Les résultats des enquêtes d'EMNID et de l'institut de sondage Allensbach (IfD) ont eu une influence jusqu'ici méconnue sur la nomination de Ludwig Erhard comme candidat à la succession de Konrad Adenauer par le groupe parlementaire CDU/CSU le 23 avril 1963. La réputation d'Erhard comme favori pour la succession de Konrad Adenauer a été consolidée par la publication stratégique de résultats d'enquêtes EMNID, d'où ressortait la popularité croissante de Ludwig Erhard, et qui furent présentés comme un quasi plébiscite. Au contraire, les sondages de l'IfD faisaient apparaître un soutien croissant des personnes interrogées pour une candidature de Gerhard Schröder. Erich Peter Neumann, analyste politique d'Allensbach, plaida dans des entretiens informels pour une candidature de Gerhard Schröder, et pour un départ honorable du Chancelier Adenauer de ses fonctions, mais ne réussit pas à imposer ses vues face au travail de communication, par médias et sondages interposés, en faveur d'Erhard.

Ansbert Baumann: Kurt Georg Kiesinger. Un ami de la France? (pages 225 à 253)

Kurt Georg Kiesinger en plénipotentiaire chargé des Affaires culturelles de la République fédérale d'Allemagne, c'est une facette moins connue de sa carrière politique. La fonction est née du Traité de l'Elysée, qui prévoyait pour les consultations franco-allemandes comme interlocuteur au ministre français de l'Education, une personnalité qui devait être nommée en concertation avec les länder. Kiesinger fut choisi pour ce poste en juin 1963, et y resta jusqu'à son élection à la Chancellerie en décembre 1966. Il y défendit avec acharnement les droits des länder et jeta les bases sur lesquelles s'appuie encore aujourd'hui l'activité du plénipotentiaire.

Werner Link: De l'euroscélérèse au Traité de Maastricht. Introduction (pages 255 à 260)

Après une introduction justifiant le choix et la périodicité des thèmes de discussion, sont évoqués certains problèmes particulièrement pertinents, dans la perspective du présentateur, pour la discussion des exposés suivants et de la contribution d'Helmut Kohl: Le rôle des personnalités dirigeantes pour la politique européenne, en particulier le rôle moteur d'Helmut Kohl, l'importance des conditions de départ, la continuité des orientations de la politique européenne de l'Allemagne, le rapport entre continuité et évolution (»ajustement actif«), les relations entre la politique européenne et celle vis-à-vis des Etats-Unis, »l'équilibre intégrateur« au sein de la Communauté européenne, et enfin, la question du caractère irréversible de la construction européenne, souhaité par Helmut Kohl, et à laquelle il est difficile de répondre, à l'aube d'une ère nouvelle de la politique européenne et mondiale.

Andreas Wirsching: Etapes sur la voie de Maastricht (pages 261 à 273)

La voie menant du milieu des années 80 à Maastricht s'apparentait à une spectaculaire relance européenne, qui n'a rien à envier à d'autres grandes époques de l'intégration européenne. Cet essai s'interroge, par delà l'action personnelle des hommes politiques, sur les conditions structurelles spécifiques de ce processus. Sont évoqués quatre ensembles de problèmes ou contraintes qui toutes exigeaient une solution européenne. Il s'agit dans les détails des contraintes de sécurité, des contraintes économiques, financières, et des contraintes d'unification. Une dernière réflexion est consacrée à la question d'un mythe spécifique de la construction européenne, qui agit de façon particulièrement marquée au cours des années quatre-vingt. Face à l'expérience de la guerre, ce mythe fournissait un modèle d'interprétation sous forme d'une «grande narration», faisant apparaître l'intégration européenne comme solution unique et irréversible.

Ulrich Lappenküper: La politique européenne de l'Allemagne entre «l'initiative Genscher-Colombo» et l'adoption de l'Acte unique européen (1981-1986) (pages 275 à 294)

Après des années de stagnation, la construction européenne connut un nouvel élan en 1981 grâce aux ministres des Affaires Etrangères Hans-Dietrich Genscher et Emilio Colombo. Presque quatre ans plus tard, «l'initiative Genscher-Colombo» débouchait sur «l'Acte unique européen». Contrairement à ce qu'affirme la littérature, pour des pans considérables de l'accord, ce ne sont pas les instances supranationales et transnationales, mais les acteurs nationaux de la CE qui engagèrent leur responsabilité pour cette réussite. Une part décisive du résultat atteint en 1986 revient au gouvernement fédéral du Chancelier Kohl. Il a joué un rôle déterminant dans la rédaction de la «déclaration de Stuttgart» et, en coopération avec la France, dans la constitution du Comité Dooge, et s'est engagé pour la convocation de la conférence intergouvernementale pour élaborer le texte de l'Acte unique européen. Plus le comité négociait dans les détails, plus le gouvernement allemand s'est placé sur la défensive, parce que les ministères techniques n'étaient prêts à endosser que partiellement la position défendue par la Chancellerie et le ministère allemand des Affaires Etrangères.

Hans-Jürgen Küsters: La politique européenne franco-allemande dans la phase de la réunification (pages 295 à 309)

Ce sont trois problèmes qui dominaient la politique européenne franco-allemande en 1989/1990: la mise en place d'une conférence gouvernementale sur la deuxième marche de l'union économique et monétaire, la prétention conjointe du gouvernement allemand d'y lier des négociations sur la réforme institutionnelle de la CE avec le but d'une union politique, et la concordance de l'intégration européenne avec le processus de l'unité allemande.

Le Chancelier, en affirmant sans cesse sa volonté de poursuivre la construction européenne à un rythme accéléré, continuait sa politique de réassurance vis-à-vis de ces partenaires européens. La stratégie d'Helmut Kohl – abandon du D-Mark en échange de l'accord de Mitterrand pour la percée sur les question d'union politique – n'a que partiellement fonctionné. Le gouvernement allemand, après l'approbation par les puissances occidentales de l'unité allemande, n'est pas parvenu à obtenir davantage de soutien de la France pour

les réformes institutionnelles des Communautés européennes. Pour Mitterrand, l'intégration européenne de la monnaie et de la puissance économique allemandes fut un facteur essentiel, voire le facteur décisif de son «oui» à la réunification.

Daniel Hildebrand: Herbert Gruhl et la contestation écologiste (pages 327 à 334)

Le mouvement protestataire écologiste, au cours de sa phase initiale, était intimement lié à la personne d'Herbert Gruhl. C'est à l'occasion du grand débat du Bundestag sur l'environnement en 1970 que le député présenta pour la première fois à un large public sa thèse sur la société post-industrielle. Il plaidait l'abandon de l'idée de croissance et privilégiait comme modèle économique une sorte de capitalisme de rentiers. En 1978, Gruhl quitta la CDU, se brouilla bientôt avec le parti des Verts, fondé en 1980, et quitta en 1990 l'ÖDP qu'il avait lui-même fondé. L'action de Gruhl au cours des années 80 et jusqu'à sa mort en 1992 s'est surtout concentrée sur des travaux de publication.

Gerhard Wettig: La «nouvelle Ostpolitik» de Bonn et le dialogue entre le SPD et le SED dans la perspective des partenaires de RDA d'alors (pages 335 à 349)

La construction du mur de Berlin en 1961 est le point de rupture de la politique de l'Allemagne de l'après-guerre. Il ne fallait plus, avant longtemps, s'attendre à une unité dans la liberté. De plus, la cohésion sociale était menacée dans la nation divisée. Maintenir cette cohésion, sans pour autant renoncer à l'ambition de l'unité, tel fut l'objectif de la «nouvelle ostpolitik» à partir de 1970, d'ailleurs atteint du fait de la pression de Moscou sur la RDA et de la dépendance croissante de l'Allemagne de l'Est vis-à-vis des aides matérielles en provenance de Bonn. Le compte-rendu d'un émissaire de l'Est dans les négociations entre les deux Allemagnes de 1972 à 1989, Karl Seidel, montre à quel point Berlin-Est refusait cette base d'entente, à laquelle elle se sentait contrainte d'adhérer. Rolf Reifig et Erich Hahn apportent leur éclairage sur cette «deuxième Ostpolitik», par laquelle le SPD, au cours de la deuxième moitié des années 80, tenta de se solidariser avec le SED contre le concept occidental de la dissuasion, et s'abandonna à l'espoir vain d'une transformation libérale démocratique du régime est-allemand, promouvant naturellement aussi dans une certaine mesure au sein du parti, sans que telle ait été l'intention, le rejet des orientations dogmatiques.

Stefan Donth: La mise en place de la dictature communiste dans la zone d'influence soviétique en Europe après 1945 (pages 351 à 357)

Les auteurs de l'ouvrage publié sous la direction de Creuzberger/Görtemaker examinent le processus par lequel s'est imposé la dictature communiste dans les parties de l'Europe occupées par l'armée rouge en 1945. La zone d'occupation soviétique en Allemagne constitue à cet égard un cas à part, puisque là, la mise au pas du système politique s'étendit sur une plus longue période que dans d'autres régions sous influence soviétique. A l'exemple de la CDU et de la Caritas, les auteurs Baus et Kösters montrent l'ampleur, les étapes et les méthodes de conflit entre ces deux opposants importants à la dictature communiste et son appareil d'Etat.

Martin Schumacher: Député, chancelier et ministre. L'histoire des personnes qui ont fait le Bundestag allemand à travers les dernières parutions historiques et biographiques (pages 359 à 374)

Un manuel biographique complet de l'histoire des Parlements nationaux allemands reste un objet rare et précieux. Les dossiers et ouvrages publiés par les parlementaires eux-mêmes sont toujours la principale source d'information sur l'histoire des personnels parlementaires. Le »manuel biographique des membres du Bundestag allemand« permet désormais d'accéder au curriculum vitae de tous les 3005 membres qu'a compté le Bundestag entre 1949 et 2002. Les articles reposent largement sur les biographies »officielles«. Le dictionnaire »Chancelier et ministre« consacre de brefs portraits à tous ceux qui ont façonné la »République de Bonn«, au total, 157 personnes de l'histoire contemporaine. Le »dictionnaire de la démocratie chrétienne en Allemagne« contient dans la partie biographique près de 150 biographies d'élus éminents, surtout des partis de l'Union.

Günter Wirth: Le milieu conservateur en Poméranie antérieure à l'exemple de la ville universitaire de Greifswald. Commentaires d'un livre de Helge Matthiesen (pages 375 à 384)

L'ouvrage imposant de Helge Matthiesen, »Greifswald en Poméranie antérieure, le milieu conservateur sous l'empire, la démocratie et la dictature, de 1900 à 1990«, qui décrit et analyse de façon nuancée la continuité et les ruptures de cette bourgeoisie cultivée, surtout protestante, est l'occasion de pousser plus avant certaines réflexions. La grande victoire électorale remportée par la CDU à Greifswald en 1990, qu'elle a également pu rééditer en 2002 (fait assez exceptionnel dans les nouveaux länder), est le cadre choisi pour étudier les liens entre les orientations politiques (partisanes) et les traits intellectuels – notamment à partir de l'exemple de quelques familles. Il en ressort clairement que la CDU de RDA à Greifswald, en soulignant avec insistance le »C majuscule«, a été en mesure de maintenir son caractère relativement autonome (comme le démontrent des cas exemplaires). Enfin, quelques suggestions sont faites pour poursuivre la réflexion sur un sujet repris – à chaque fois différemment – pour Halle/Saale, Magdeburg et Potsdam.

Zusammenfassungen

Winfried Becker: Christlicher Glaube und Politik. Zum Wandel des Verhältnisses von Religion und Politik in Deutschland (S. 1–22)

Der Essay behandelt die Wechselbeziehungen zwischen Religion und Politik vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Das Verhältnis der Konfessionen war geprägt von Dialog und Kontroverse, nachdem sie seit 1648 endgültig in eine die Glaubensstreitigkeiten zurückstellende Rechtsordnung eingebunden waren. Dieses Verhältnis wandelte sich aufgrund der Säkularisation. Im 19. Jahrhundert entstanden katholische Parteien, die sich nicht nur gegen das Staatskirchentum, sondern auch gegen die wachsende Tendenz zur Identifikation von Nation, Hohenzollerntum und Protestantismus richteten. In der Weimarer Republik dauerte die Minderheitssituation der politisch organisierten christlichen Kräfte an, daher waren sie nicht in der Lage, die Entstehung eines totalitären Regimes zu verhindern. Doch fanden Vertreter der christlichen Konfessionen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zusammen. Ihre Neubesinnung auf Grundlagen und Wurzeln einer von christlichen Traditionen geprägten Kultur wirkte in viele Institutionen der Bundesrepublik hinein, auch in das Grundgesetz. Die säkularistischen Herausforderungen der Gegenwart machen den Dialog und die Kooperation zwischen Kirche und Staat, Glauben und Politik unverzichtbar.

Joachim Scholtyseck: Anti-Amerikanismus in der deutschen Geschichte (S. 23–42)

Der Autor untersucht die spezifisch deutsche, antiamerikanische Kritik mit antidemokratischen Ressentiments in vier Phasen des 20. Jahrhunderts. Die politische Auseinandersetzung mit den USA begann mit dem Ersten Weltkrieg, die enttäuschten Deutschen werteten das Scheitern von Wilsons 14-Punkte-Programm als Versagen der liberalen Demokratie. Die von den USA ausgehende Modernisierung in Industrie, Technik, Kultur und Gesellschaft in den »roaring twenties« wurde von Nationalkonservativen als seichte Massenkultur abgelehnt. Das NS-Regime, das sich offen für technischen Fortschritt zeigte, aber Rassismus und Antidemokratismus propagierte, verteuflte die USA nach Kriegseintritt. In Zeiten des Kalten Krieges wurden die USA als nukleare Schutzmacht begriffen und der amerikanisch-westliche Kulturtransfer bejaht, abgesehen von den Ewiggestrigen. Der Anti-Amerikanismus der Linken wurde Mitte der 60er Jahre – ausgelöst durch den Vietnamkrieg – virulent, er knüpfte an Stereotype der KPD und der anti-amerikanischen Propaganda der DDR an. Die ambivalente Haltung zu Amerika geht letztlich auf den Hegelschen Denkansatz, den Gegensatz von Bildung und Geist einerseits und Technik und Naturwissenschaft andererseits, zurück.

Bernhard Forster: Ein christlich-nationaler Politiker zwischen Sammlung und Abgrenzung: Adam Stegerwald und die große Koalition in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (S. 43–73)

Adam Stegerwald (1874–1945), Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften und des christlich-nationalen »Deutschen Gewerkschaftsbundes« (DGB), zählte als Abgeordneter der Deutschen Zentrumspartei im Reichstag und im Preußischen Landtag nach 1919 zu den

einflussreichsten Persönlichkeiten der jungen Weimarer Republik. Sein wichtigstes Ziel in den Krisenjahren bis 1923 war eine überparteiliche Sammlung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, was sich in seinem Einsatz für den Ausgleich zwischen den Tarifparteien und die große Koalition von der DVP bis zur SPD konkretisierte. Auf der Grundlage neuester Forschungsergebnisse beschreibt der Autor die Versuche Stegerwalds, die große Koalition im Reich und in Preußen auf den Weg zu bringen und so die von ihm propagierte »Volksgemeinschaft« zu begründen. Dadurch gelingt es nicht nur, das gängige Bild von Stegerwald als einem ausgesprochenen Vertreter des rechten Zentrumsflügels zu relativieren, sondern auch sein bislang nur andeutungsweise gewürdigtes politisches Gewicht zu Beginn der Weimarer Republik nachzuzeichnen.

Daniela Rütter: Freiburger Nationalökonomien auf dem Weg in den Widerstand. Neue Erkenntnisse über die Rolle des »Professorenausschusses« von 1939 (S. 75–94)

Der so genannte »Professorenausschuss« von 1939, ein Gremium von Wirtschaftswissenschaftlern, das für den Reichswirtschaftsminister nach Kriegsausbruch ein Gutachten zur Kriegsfinanzierung erstellte, welches mit der eingeschlagenen Richtung der Wirtschaftspolitik scharf ins Gericht ging, ist bislang bekannt als kurze Episode der Widerstandsgeschichte der oppositionellen Freiburger Kreise. Aufgrund neu erschlossener Quellen werden Entstehung und Hintergründe dieses Ausschusses näher beleuchtet und die bisherigen Erkenntnisse in entscheidenden Punkten revidiert. Es wird evident, dass dieses temporäre Gremium zur Politikberatung eine Schlüsselbedeutung für die oppositionellen Aktivitäten der Nationalökonomien der Freiburger Kreise besaß: Durch den Professorenausschuss kamen die Freiburger mit Persönlichkeiten der engeren Verschwörung des 20. Juli 1944 in Kontakt, welche sie in der Folge als Fachleute konsultierten und in ihre Planungen einbezogen.

Erik Lommatzsch: Hans Globke und der Nationalsozialismus. Eine Skizze (S. 95–128)

Hans Globke (1898–1973), von 1953 bis 1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, stand in der Nachkriegszeit oft wegen seiner beruflichen Tätigkeit während der nationalsozialistischen Diktatur in der Kritik. Der Autor untersucht seine Tätigkeit in diesen Jahren unter drei Aspekten: Zunächst beschreibt er die Laufbahn des Verwaltungsjuristen, zuletzt Ministerialrat im Reichsinnenministerium, dann seinen konkreten Aufgabenbereich, die mögliche Einflussnahme auf die Gesetzgebung sowie seine Mitwirkung am Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen. Dabei wird die häufig angeführte Argumentationslinie verfolgt, wonach Globke sich bemüht habe, zugunsten der Verfolgten mildernden Einfluss auf die nationalsozialistische Gesetzgebung zu nehmen. Im dritten Teil werden die oppositionelle Haltung Globkes und seine Kontakte zu Widerstandskreisen dargestellt.

Rudolf Morsey: Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten deutschen Demokratie (S. 129–149)

Der international bekannte Landwirtschaftsexperte Andreas Hermes (1878–1964) leitete 1920–22 das Reichslandwirtschafts- und 1922/23 das Reichsfinanzministerium. Der Zentrumspolitiker und Präsident der Vereinigung der Deutschen (christlichen) Bauernvereine

und des Raiffeisenverbands wurde 1933 entlassen und war 1936–1939 als Wirtschaftsberater in Kolumbien tätig. 1944 wegen »Hochverrats« verhaftet und zum Tode verurteilt, überlebte Hermes das Hitler-Regime. 1945 Mitgründer der CDUD und Erster Vorsitzender in Berlin und der sowjetischen Zone, wurde Hermes von den neuen Machthabern entlassen. Ab 1946 baute er von Godesberg aus den Deutschen Bauernverband und Raiffeisenverband auf, die er bis 1954 bzw. 1961 leitete.

Wolfgang G. Schwanitz: Adenauers Botschafter in Kairo. Die geheime Friedensvermittlung Ägypten–Israel 1953 (S. 151–171)

Ein fünfzig Jahre streng geheimer Vorgang gewährt einzigartige Einsichten in das Jahr 1953, in dem sich der Kalte Krieg in Nahost zu entfalten begann. Bonn musste vielfältigen Herausforderungen begegnen. Wegen des Wiedergutmachungsabkommens drohte ein arabischer Boykott. Ägypter wollten mit deutschen Firmen den Assuan-Hochdamm bauen. Hinzu kam die deutsche Nationalfrage und das konkurrierende Auftreten der ost- und westdeutschen Gesandten. Die neue Führung Ägyptens bat den deutschen Botschafter Dr. Günther Pawelke am 4. April 1953, insgeheim gegenüber Israel ein Friedensabkommen zu sondieren. Nach einigen Telegrammen an den Arbeitsstab, der den Bundeskanzler Konrad Adenauer nach Amerika zum Treffen mit Präsident Eisenhower begleitete, übermittelte Bonn den Israelis 24 Tage später Ägyptens Friedensbotschaft. Aber eine Antwort blieb aus. Was wäre wohl geschehen, wenn Israel Abd an-Nasir beim Wort genommen hätte?

Daniela Gniss: Eugen Gerstenmaier: Ein Politiker aus christlicher Überzeugung (S. 173–192)

Ohne Frage zählte der 1906 in Kirchheim/Teck geborene Eugen Gerstenmaier zu den einflussreichsten Gestalten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Nachwelt blieb er besonders aufgrund seiner fast 15-jährigen Amtszeit als Bundestagspräsident, durch sein Wirken als zweiter Mann im Staat in Erinnerung. Darüber hinaus gehörte der wortgewandte Gerstenmaier als stellvertretender Parteivorsitzender, Mitglied von Fraktionsvorstand und Parteipräsidium zum inneren Führungszirkel der CDU/CSU. Das Wort des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und Adenauer-Vertrauten der frühen fünfziger Jahre hatte aber nicht nur in der Union Gewicht. Als Mitglied der EKD-Synode und Initiator des Evangelischen Hilfswerks verfügte Gerstenmaier auch bei weiten Teilen der protestantischen Bevölkerung Deutschlands über Einfluss. Gleichwohl war der schwäbische Theologe aufgrund seiner ausgeprägten Individualität selbst in den eigenen Reihen durchaus umstritten.

Norbert Grube: »Schröders Chancen steigen« – »Steigende Chancen für Erhard«. Demoskopische Politikberatung in der Entscheidung um die Kanzlernachfolge Konrad Adenauers im Frühjahr 1963 (S. 193–223)

Umfragewerte von EMNID und dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) hatten einen bislang unbeachteten Einfluss auf die Nominierung Ludwig Erhards zum Kanzlernachfolger durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23.4.1963. Erhards Ruf als Favorit für die Nachfolge Konrad Adenauers befestigten strategisch angelegte Veröffentlichungen von EMNID-Daten, die eine wachsende Zustimmung für Erhard auswiesen und als Quasi-Plebiszit präsentiert wurden. Dagegen ermittelte das IfD einen anwachsenden Rückhalt für eine Kanz-

lerschaft Gerhard Schröders. Der Allensbacher Politikberater Erich Peter Neumann plädierte in informellen Gesprächen für Schröders Kanzlerschaft und für einen ehrenvollen Amtsabschied Adenauers, blieb jedoch gegenüber der medien-demoskopisch angelegten PR für Erhard erfolglos.

Ansbert Baumann: Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs? (S. 225–253)

Kurt Georg Kiesingers Tätigkeit als Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten gehört zu den wenig bekannten Facetten seiner politischen Biographie. Das Amt entstand in der Folge des Elysée-Vertrags, der bei den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen als Gesprächspartner des französischen Erziehungsministers eine Persönlichkeit vorsah, die in Abstimmung mit den Bundesländern benannt werden sollte. Kiesinger wurde im Juni 1963 zum Bevollmächtigten gewählt und blieb dies bis zu seiner Wahl zum Bundeskanzler im Dezember 1966. Dabei vertrat er konsequent die Rechte der Länder und legte die bis heute gültigen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit des Bevollmächtigten fest.

Werner Link: Von der »Eurosklерose« zum Maastrichter Vertrag. Einführung (S. 255–260)

Nach der einleitenden Begründung für die Auswahl und Periodisierung des Gesprächsthemas werden einige Probleme benannt, die für die Diskussion der folgenden Referate und des Beitrages von Helmut Kohl, aus der Sicht des Moderators, besonders relevant sind: die Rolle von Führungspersönlichkeiten in der Europa-Politik, insbesondere die Führungsrolle Helmut Kohls, die Bedeutung der vorgegebenen Bedingungen, die Richtungskontinuität der deutschen Europapolitik, das Verhältnis von Kontinuität und Wandel (»aktive Anpassung«), die Relation zwischen Europa- und USA-Politik, das »integrative Gleichgewicht« in der Europäischen Gemeinschaft und schließlich die Frage nach der von Helmut Kohl angestrebten »Irreversibilität« der europäischen Einigung, die zu Beginn einer neuen europä- und weltpolitischen Epoche schwer zu beantworten ist.

Andreas Wirsching: Stationen auf dem Weg nach Maastricht (S. 261–273)

Der Weg, der von der Mitte der 80er Jahre nach Maastricht führte, kam einer spektakulären *relance européenne* gleich, die den Vergleich mit anderen Hochzeiten der europäischen Integration nicht zu scheuen braucht. Der Beitrag fragt über das persönliche Handeln der Politiker hinaus nach den spezifischen Strukturbedingungen dieses Prozesses. Diskutiert werden vier Problemkomplexe bzw. Zwangslagen, die allesamt eine europäische Lösung erheischen. Im Einzelnen handelt es sich um die sicherheitspolitische, wirtschaftliche, finanzpolitische und schließlich auch vereinigungspolitische Zwangslage. Abschließend wird die Frage nach einem spezifischen Mythos der europäischen Integration gestellt, der in den achtziger Jahren besonders stark wirkte. Vor dem Hintergrund der Kriegserfahrung stellte dieser Mythos ein mächtiges Deutungsmuster in Form einer »großen Erzählung« bereit, die den Einigungsprozess als alternativlos und unumkehrbar erscheinen ließ.

Ulrich Lappenküper: Die deutsche Europapolitik zwischen der »Genscher-Colombo-Initiative« und der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (1981–1986) (S. 275–294)

Nach Jahren der Stagnation gewann die europäische Einigung 1981 dank der Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Emilio Colombo neuen Auftrieb. Gut vier Jahre später mündete die von ihnen lancierte »Genscher-Colombo-Initiative« in die »Einheitliche Europäische Akte« (EEA). Anders als in der Literatur behauptet wird, zeichneten über weite Strecken nicht die supra- und transnationalen, sondern die nationalen Handlungsträger der EG für diesen Erfolg verantwortlich. Entscheidenden Anteil am 1986 errungenen Ergebnis besaß die Bundesregierung unter Helmut Kohl. Maßgeblich an der Formulierung der »Stuttgarter Erklärung« und, in Kooperation mit Frankreich, an der Bildung des Dooge-Ausschusses beteiligt, unterstützte sie die Einberufung der Regierungskonferenz zur Ausarbeitung der EEA. Je detaillierter der Ausschuss aber verhandelte, desto defensiver agierte die Bundesregierung, weil die Fachressorts die von Kanzleramt und Auswärtigem Amt formulierte Position nur bedingt mittragen mochten.

Hanns Jürgen Küsters: Deutsch-französische Europapolitik in der Phase der Wiedervereinigung (S. 295–309)

Drei Probleme dominierten die deutsch-französische Europapolitik 1989/90: die Einsetzung einer Regierungskonferenz über die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, das Junktim der bundesregierung, damit Verhandlungen über die institutionelle Reform der EG mit dem Ziel der Politischen Union zu verknüpfen, und die Harmonisierung der europäischen Integration mit dem Prozess der deutschen Einheit. Bundeskanzler Kohl betrieb mit der kontinuierlichen Beteuerung, die europäische Integration beschleunigt fortzusetzen, wichtige Rückversicherungspolitik bei den EG-Partnern. Die Strategie des Kanzlers – Aufgabe der D-Mark gegen Mitterrands Zustimmung zum Durchbruch in Fragen der Politischen Union – ging nur zum Teil auf. Der Bundesregierung gelang es nicht, nach Zustimmung der Westmächte zur deutschen Einheit weitergehende Unterstützung von Frankreich für institutionelle Reformen der Europäischen Gemeinschaften zu erwirken.

Für Mitterrand war die europäische Einbindung der deutschen Währung und Wirtschaftskraft ein entscheidender, wenn nicht gar der entscheidende Faktor für sein Ja zur Wiedervereinigung.

Daniel Hildebrand: Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung (S. 327–334)

Die ökologische Protestbewegung war während ihrer Entstehungsphase in den 1970er Jahren eng mit der Person Herbert Gruhls verbunden. Der Bundestagsabgeordnete stellte seine Thesen zum Wandel der überkommenen Industriegesellschaft erstmals während der großen Umweltschutzdebatte des Deutschen Bundestages im Jahre 1970 einer größeren Öffentlichkeit vor: Er forderte dabei eine Abkehr von der Wachstumsidee und favorisierte eine Art Rentenskapitalismus als anzustrebende Wirtschaftsform. 1978 trat Gruhl aus der CDU aus, überwarf sich bald mit der 1980 gegründeten Partei der Grünen und verließ 1990 die von ihm gegründete ÖDP. Gruhls Wirken während der 1980er Jahre bis zu seinem Tod im Jahre 1992 bestand maßgeblich in publizistischer Tätigkeit.

Gerhard Wettig: Bonns »neue Ostpolitik« und der SPD–SED-Dialog in der Sicht damaliger DDR-Partner (S. 335–349)

Der Bau der Berliner Mauer 1961 wurde zur Zäsur der deutschen Nachkriegspolitik. Mit einer Vereinigung in Freiheit war vorerst nicht zu rechnen. Überdies war der menschliche Zusammenhalt der geteilten Nation gefährdet. Diesen aufrechtzuerhalten, ohne den Anspruch auf die Einheit aufzugeben, war das Ziel der »neuen Ostpolitik« ab 1970, das wegen Moskauer Drucks auf die DDR und wegen deren zunehmender Abhängigkeit von den materiellen Leistungen Bonns auch erreicht wurde. Der Bericht eines östlichen Unterhändlers bei den innerdeutschen Verhandlungen von 1972–1989, Karl Seidel, zeigt, wie sehr Ost-Berlin diese Geschäftsgrundlage ablehnte, auf die einzugehen, es sich genötigt sah. Rolf Reißig und Erich Hahn beleuchten jene »zweite Ostpolitik«, mit der die SPD in der zweiten Hälfte der 80er Jahre den Schulterchluss mit der SED gegen das westliche Abschreckungskonzept suchte und sich der vergeblichen Hoffnung auf eine demokratisch-liberale Transformation ihres Regimes hingab, freilich auch unbeabsichtigt in gewissem Umfang innerhalb der Partei die Abwendung vom dogmatischen Kurs förderte.

Stefan Donth: Die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur im sowjetischen Machtbereich in Europa nach 1945 (S. 351–357)

Die Autoren des von Kreuzberger/Görtemaker herausgegebenen Sammelbandes untersuchen den Prozess der Durchsetzung der kommunistischen Diktatur in den 1945 von der Roten Armee besetzten Teilen Europas. Einen Sonderfall bildete dabei die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, da sich hier die Gleichschaltung des politischen Systems über einen längeren Zeitraum erstreckte als in anderen Gebieten des sowjetischen Einflussbereichs. Am Beispiel von CDU sowie Caritas zeigen Baus bzw. Kösters Ausmaß, Etappen und Methoden der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden wichtigen Gegnern der kommunistischen Diktatur und deren Herrschaftsapparat.

Martin Schumacher: Abgeordnete, Kanzler und Minister. Die Personengeschichte des Deutschen Bundestages im Spiegel historisch-biographischer Neuerscheinungen (S. 359–374)

Ein umfassendes historisch-biographisches Handbuch deutscher Nationalparlamente ist nach wie vor ein Desiderat. Die zentrale Quelle parlamentarischer Personengeschichte sind daher weiterhin die von den Parlamenten selbst herausgegebenen Verzeichnisse und Handbücher. Das »Biographische Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages« ermöglicht nun den Zugriff auf die Lebensläufe aller 3005 Bundestagsabgeordneten von 1949 bis 2002. Die Artikel beruhen weitgehend auf den »amtlichen« Biographien. Das Lexikon »Kanzler und Minister« würdigt in Kurzporträts die Gestalter der »Bonner Republik«, insgesamt 157 Personen der Zeitgeschichte. Das »Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland« enthält im biographischen Teil rund 150 Biographien prominenter Mandatsträger, überwiegend der Unionsparteien.

Günter Wirth: Konservatives Milieu in Vorpommern am Beispiel der Universitätsstadt Greifswald. Bemerkungen zu einem Buch von Helge Matthiesen (S. 375–384)

Das voluminöse Werk Helge Matthiesens, »Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900–1990«, das die Kontinuität und Brüche im protestantischen Bildungsbürgertum differenziert beschreibt und analysiert, wird zum Anlass weiterführender Überlegungen. Im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die CDU in Greifswald 1990 einen großen Wahlsieg erreicht hat, den sie (für die neuen Bundesländer fast singulär) auch 2002 wiederholen konnte, wird dem Geflecht (partei)politischer Orientierung und intellektueller Prägung – auch am Beispiel einiger Familien – nachgegangen. Dabei wird deutlich, dass die DDR-CDU in Greifswald dank der nachdrücklichen Betonung des »hohen C« einen relativ eigenständigen Charakter zu bewahren vermochte, wie einige exemplarische Fälle zeigen. Schließlich erfolgen Anregungen für die Weiterarbeit an einer Thematik, die inzwischen – auf unterschiedliche Weise – auch für Halle/Saale, Magdeburg und Potsdam bearbeitet worden ist.

Die Mitarbeiter dieses Bandes

Ansbert Baumann, Dr. phil., Seminar für Zeitgeschichte, Tübingen

Winfried Becker, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Passau

Forster, Bernhard, Dr. phil., Dipl.-Kulturwirt, Passauer Neue Presse, Passau

Stefan Donth, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, Berlin

Daniela Gniss, Historikerin, Promotion 2003, Institut für bankhistorische Forschung, Frankfurt/M.

Norbert Grube, Dr. phil., Institut für Demoskopie Allensbach

Daniel Hildebrand, Dr. phil., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin

Hanns Jürgen Küsters, Dr. phil., Privatdozent, Bundesarchiv, Sankt Augustin

Ulrich Lappenküper, Dr. phil., Hochschuldozent, Historisches Seminar der Universität Bonn

Werner Link, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft, Universität Köln

Erik Lommatzsch, MA, Leipzig

Rudolf Morsey, Dr. phil., Professor em. für Neuere Geschichte, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer

Daniela Rütter, Dr. phil., Journalistin, "Netzwerk für Bildung", Düsseldorf

Joachim Scholtyseck, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Bonn

Martin Schumacher, Dr. phil., Generalsekretär der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn

Wolfgang G. Schwanitz, Dr. oec., Dipl.-Arabist, Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts, z. Zt. New Jersey/USA

Gerhard Wettig, Dr. phil., 54472 Kommen

Andreas Wirsching, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg

Günter Wirth, Dr. phil., Dr. theol. h.c., Professor, Publizist, Berlin

Autorenregister HPM 1–10

- Agethen, Manfred 1/89–114, 2/309–311, 3/235–253, 7/311–323
- Baumann, Ansbert 10/225–254
Baus, Katrin 6/79–108
Baus, Ralf 2/83–118, 6/79–108
Becker, Winfried 1/135–154, 3/39–57, 7/1–38, 8/11–32, 9/1–30, 10/1–22
Besier, Gerhard 3/133–144
Béthouart, Bruno 3/85–102, 7/197–217
Beaugrand, Günter 4/261–281
Buchstab, Günter 1/215–221, 2/283–297, 4/167–174, 4/321–324, 5/167–174, 7/269–288, 8/113–130, 9/227–229
Bücker, Vera 2/49–82
- Canavero, Alfredo 7/219–238
Clapham, Ronald 6/265–286
Creuzberger, Stefan 2/119–130
- Detjen, Claus 9/209–216
Dietrich, Yorck 2/173–187
Doering-Manteuffel, Anselm 3/1–38
Dohnanyi, Klaus von 9/195–202
Donth, Stefan 3/103–131, 7/109–133, 10/351–358
Durand, Jean-Dominique 1/155–182
Ducerf, Laurent 2/313–323
- Forster, Bernhard 10/43–74
- Gniss, Daniela 10/173–192
Grube, Norbert 10/193–224
Goldschmidt, Nils 4/1–17, 5/33–48
- Hacke, Christian 1/33–48
Häußler, Frank 6/189–205
Hansen, Niels 2/223–246, 6/229–264
Heidemeyer, Helge 3/215–234
Hehl, Ulrich von 5/83–104, 6/167–188
Heidemeyer, Helge 3/215–234
Hellwig, Fritz 8/1–10
- Heydemann, Günther 1/15–32
Hildebrand, Daniel 10/327–334
Hömig, Herbert 7/39–51
Honecker, Martin 8/33–44
- Jäger, Wolfgang 4/141–168
Jansen, Hans-Heinrich 4/35–72
Jung, Ernst Friedrich 5/237–254
- Kaff, Brigitte 7/135–150
Keller-Kühne, Angela 4/19–34
Kittel, Manfred 1/49–68, 6/1–28
Kleinmann, Hans-Otto 3/195–206
Klump, Rainer 4/221–238
Kohl, Helmut 10/311–324
Kos, Franz-Josef 4/105–140
Krengel, Hildegard 4/301–320
Kühne, Konrad 6/333–345
Küsters, Hanns Jürgen 9/141–160, 10/295–310
- Lappenküper, Ulrich 7/239–267, 10/275–294
Latotzky, Alexander 8/175–187
Leitgeb, Babette 6/49–78
Liermann, Christiane 1/197–213
Link, Werner 10/255–260
Lipinsky, Jan 4/73–104
Lommatzsch, Erik 10/95–128
- Martin, Anne 2/131–148
Masala, Carlo 3/145–163
Metz, Andreas 5/49–82
Möller, Franz 9/95–126
Morsey, Rudolf 1/1–14, 2/247–281, 10/129–150
Müller, Frank 2/189–221
- Neumann, Manfred 5/219–226
- Oldenhage, Klaus 2/299–307
Oppelland, Torsten 2/25–47, 5/105–144, 8/73–94

- Pape, Matthias 2/149–174, 6/207–227
- Recker, Marie Luise 5/227–236
- Reusch, Ulrich 3/59–84
- Reuter, Dieter 4/191–220
- Richter, Michael 1/115–134, 8/189–240
- Rißmann, Martin 1/69–88
- Ruchniewicz, Krzysztof 9/73–94
- Rüther, Daniela 10/75–94
- Sack, Birgit 5/1–32
- Sebaldt, Martin 3/163–193
- Schaad, Martin 8/95–112
- Schäfer, Bernd 5/145–165, 7/53–78
- Schiwy, Peter 9/203–208
- Schlecht, Otto 4/175–190
- Schlemmer, Thomas 6/287–324
- Schneider, Beate 9/217–225
- Schreiner, Reinhard 1/183–196, 1/241–252
- Scholtzseck, Joachim 10/23–42
- Schulz, Günther 4/169–174, 8/131–144
- Schumacher, Martin 10/359–374
- Schwanitz, Wolfgang 10/151–172
- Schwarz, Hans-Peter 3/207–214
- Schwarz-Schilling, Christian 9/177–194
- Sprenger, Bernd 5/201–218
- Stoltenberg, Gerhard 8/145–152
- Streit, Manfred 4/239–259
- Theurl, Theresia 5/175–200
- Tischner, Wolfgang 7/151–181
- Trinchese, Stefano 6/29–48
- Trippen, Norbert 9/63–72
- Troche, Alexander 7/183–195
- Uertz, Rudolf 2/1–24, 8/45–71, 8/267–290, 9/31–62
- Vogel, Bernhard 9/169–176
- Walter, Michael 4/141–168
- Wengst, Udo 1/223–240
- Wettig, Gerhard 6/109–138, 6/325–332, 7/79–107, 7/289–309, 10/335–349
- Wilke, Jürgen 9/161–168
- Wirsching, Andreas 9/127–139, 10/261–274
- Wirth, Günter 8/241–265, 10/375–384
- Zeidler, Sonja 6/139–166
- Zohnhöfer, Reimut 8/153–174
- Zohnhöfer, Werner 8/153–174

Sachregister HPM 1–10

- Albers, Johannes 3/195–206
Abendländische Akademie 8/45–72
Adenauer, Konrad 1/1–14, 3/195–206,
5/49–104, 6/207–227, 8/1–10, 9/63–
94, 10/193–224
Ägypten 10/151–172
Anti-Amerikanismus 10/23–42
Archivwesen 1/215–240, 2/283–311,
4/321–324, 6/333–345, 7/311–323,
8/11–32
Aufstand, 17. Juni 1953 7/151–181
Außenpolitik 2/25–47, 2/149–174,
5/237–254, 6/229–264, 8/73–94,
10/255–324
- Bayerische Volkspartei (BVP) 5/1–32
Brüning, Heinrich 7/39–51
Buchenwald 4/73–104
Bundeswehr 7/183–195
Bund der Verfolgten des Naziregimes
(BVN) 4/261–281
Burgbacher-Plan 7/269–288
- Christlich-Demokratische Union
(CDU) 1/183–196, 3/145–163,
3/215–234
– Gründung 2/83–117, 2/131–148,
3/195–206, 4/19–34
– Landesverbände
– Berlin 7/135–150
– Brandenburg 6/79–108
– Hessen 4/19–34
– Rheinland-Pfalz 2/131–248
– Sachsen 2/83–118, 7/109–133
– Vereinigungen
– Evangelischer Arbeitskreis (EAK)
5/105–143
– Sozialausschüsse 3/195–206
– CDU/CSU-Bundestagsfraktion
1/33–48,
Christlich-Soziale Union (CSU)
6/287–324
- Christliche Demokratie 1/155–182,
1/197–213, 2/1–24, 2/313–333,
9/31–62, 10/1–22, 10/129–150
Christliche Ethik 5/33–48, 8/33–44,
8/267–290, 10/1–22
Christliche Gewerkschaften 3/85–101
- Demokratische Bauernpartei (DBD)
4/141–168, 6/333–345
Demoskopie 10/193–224
Dertinger, Georg 4/105–140
Deutschlandpolitik 1/1–48, 2/189–221,
4/35–71, 6/207–227, 8/73–94
DDR
– Kirchen 3/133–144, 5/145–165,
7/53–78, 7/151–182, 10/351–357
– Staatssicherheit 3/133–144,
9/95–126
– Friedliche Revolution 1/89–134,
4/141–168, 6/325–332, 8/189–265
Democrazia Christiana 3/145–163
Deutscher Bundestag 10/359–374
Deutsches Reich 6/1–28
Diplomatie 3/59–84, 8/95–111
Drittes Reich 7/1–37, 10/95–128
- Eichstätt 8/45–72
Erhard, Ludwig 4/175–190, 7/239–267,
10/193–224
Erzberger, Matthias 2/25–48
Etzel, Franz 2/175–188,
Eucken, Walter 5/33–48
Europa, Einigung 1/135–196,
4/239–259, 7/197–217, 7/239–267,
10/255–324
Europäische Gemeinschaft/ Union
6/265–286, 10/255–309
- Finanzpolitik 2/173–187, 5/201–218,
8/131–174
Fischer, Karl 7/53–58
Franken 6/1–28

- Frankreich 2/313–323, 3/39–102,
7/197–218, 10/225–254, 10/255–309
– Besatzungspolitik 2/131–248
Freiburger Kreise 4/1–18, 5/33–48,
10/75–94
Frings, Josef Kardinal 9/63–72
- de Gasperi, Alcide 6/49–78, 7/219–238
Genscher, Hans Dietrich 5/237–254
Gerstenmaier, Eugen 9/95–126,
10/173–192
Geschichtsschreibung 5/83–104, 7/219–
238, 8/11–32,
Globke, Hans 10/95–128
Gruhl, Herbert 10/327–334
Greifswald 9/161–225, 10/375–384
- Hermes, Andreas 10/129–150
Hochschulpolitik 3/163–193
Huyn, Graf Karl 8/95–111
- Israel 2/223–246, 6/229–264, 10/151–
172
Italien 1/297–313, 3/145–162,
6/29–48
- Katzer, Hans 4/169–174
Kiesinger, Kurt Georg 10/225–254
Kirkpatrick, Ivone 6/207–227
Konfessionalismus 6/167–188
Kohl, Helmut 8/131–174, 9/127–160,
10/255–326
Konservatismus 8/45–72, 10/375–384
Krone, Heinrich 3/207–214, 5/83–104
- Laupheimer Kreis 6/189–205
Lübke, Heinrich 2/247–281
- Maastrichter Vertrag 10/261–274
Medienpolitik 9/161–225
Mouvement Républicain Populaire
(MRP) 1/183–196
- Nationalsozialismus 1/49–68
Neue Medien 9/169–176, 9/209–216
Ost-CDU 1/69–134, 2/83–118, 2/309–
311, 3/133–144, 3/235–253, 4/105–
140, 5/145–166, 6/79–166, 7/109–150,
8/189–265, 10/351–357
Öffentliche Meinung 9/127–140,
10/193–224
Österreich 2/149–172, 2/223–246
Ostpolitik 10/335–349
- Parteienstruktur 4/19–34, 5/1–32,
5/227–236
Pawelke, Günther 10/151–172
Pfleiderer, Karl-Georg 4/35–71
Philosophie 1/197–213
Pluralismus 3/39–57
Polen 9/73–94
Politischer Katholizismus 3/39–57,
9/1–30
Politischer Protestantismus 6/1–28
Printmedien 9/209–216
Privatfernsehen 9/177–202
- Regierungswechsel 8/131–144, 9/127–
140, 10/193–224
Reichskonkordat 7/1–38
Rosmini, Antonio 1/197–213
- Sachsen 2/83–117, 2/219–130, 3/103–
131, 7/109–133
Schauff, Johannes 9/227–229
Schröder, Gerhard 5/105–143, 8/73–111,
10/193–224
Schuman, Robert 7/197–218
Sicherheitspolitik 6/207–227, 7/183–
195
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
(SPD) 2/189–221, 10/335–349
Soziale Marktwirtschaft 4/169–259,
6/265–286, 8/131–174
Sozialistische Einheitspartei Deutsch-
lands (SED) 2/189–221, 3/103–131,
10/335–349
Sozialpolitik 4/169–174, 5/167–174,
8/33–44, 8/267–290

- Sowjetunion
 – Deutschlandpolitik 7/79–108, 7/289–309
 – Besatzungsmacht 2/119–130, 6/109–138, 7/109–133, 10/351–358
 – Speziallager 4/73–104, 8/175–187
 Sport 8/113–130
 Stalin, Josef W. 7/79–107
 Stegerwald, Adam 10/43–74
 Steiner, Ulrich 6/189–205
 Sturzo, Luigi 6/29–48
- Umweltschutz 10/327–334
 USA 10/23–42
- Vatikan 3/59–84
 Vereinigung der Verfolgten des Nazi-
 regimes (VVN) 4/261–281
- Vergangenheitsbewältigung 1/49–68
 Vermögenspolitik 7/269–288
 Währungsreform 5/201–218
 Währungssystem 5/175–226
 Weimarer Republik 2/25–48, 7/39–52, 10/43–74
 Westintegration 3/1–37
 Widerstand, Drittes Reich 2/49–82, 4/1–18, 4/261–281, 5/33–48, 7/1–38, 10/75–94
 Wiedervereinigung 2/189–221, 4/141–168, 4/239–259, 9/141–160
 Wirtschaftsordnung 4/221–238, 5/33–48, 6/265–286
 Wirtschaftspolitik 8/131–174
- Zentrumspartei 5/1–32, 6/29–48, 7/1–38, 10/43–74
 Zypernkonflikt 7/183–195